Kurz-Scherf / Scheele (Hrsg.)
Macht oder ökonomisches Gesetz?

ARBEIT – DEMOKRATIE – GESCHLECHT

herausgegeben von Ingrid Kurz-Scherf, Lena Correll, Stefanie Janczyk,
Tina Jung, Julia Lepperhoff, Clarissa Rudolph und Alexandra Scheele

Band 16

Ingrid Kurz-Scherf, geb. 1949, Professorin für Politische Wissenschaft mit dem Schwerpunkt „Politik und Geschlechterverhältnis" am Institut für Politikwissenschaft der Philipps-Universität Marburg. Arbeitsschwerpunkte: Geschlechterpolitik, Politischer Feminismus, Arbeits- und Sozialpolitik, Politische Ökonomie der Demokratie, Gewerkschaften.

Alexandra Scheele, Dr. phil., geb. 1969, M.A., studierte Politikwissenschaft, Germanistik und Medienwissenschaften und ist derzeit akademische Mitarbeiterin am Institut für Arbeits- und Sozialwissenschaften der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus. Projektarbeit und Lehrtätigkeiten im Bereich Arbeits- und Sozialpolitik, Geschlechtersoziologie, feministische Politikwissenschaft und Methodologie.

Ingrid Kurz-Scherf / Alexandra Scheele (Hrsg.)

Macht oder ökonomisches Gesetz?

Zum Zusammenhang von Krise und Geschlecht

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Gedruckt mit Unterstützung der Hans-Böckler-Stiftung

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

2. Auflage Münster 2013
© 2012 Verlag Westfälisches Dampfboot
Alle Rechte vorbehalten
Umschlag: Lütke Fahle Seifert AGD, Münster
Druck: Rosch-Buch Druckerei GmbH, Scheßlitz
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
ISBN 978-3-89691-903-8

Inhalt

Ingrid Kurz-Scherf/Alexandra Scheele
Macht oder ökonomisches Gesetz? Einleitung 7

I. Hat die Krise ein Geschlecht?

Alexandra Scheele
Technokratie oder Androkratie?
Zum (geschlechter-)demokratischen Defizit der gegenwärtigen Krisenpolitik 22

Brigitte Young
Zwei getrennte Welten?
Finanzökonomie und Geschlechterforschung 36

Andreas Heilmann
Die Krise männlicher Muster von Erwerbsarbeit –
Chance für eine solidarische Arbeits- und Geschlechterpolitik? 52

Friederike Habermann
Der homo oeconomicus und seine Animal Spirits
Wie die Wirtschaft wirklich (nicht mehr länger) funktioniert 68

Ingrid Kurz-Scherf
„The Great Transformation" – Ausstieg aus dem Kapitalismus?
Ein Plädoyer für feministischen Eigensinn in den
aktuellen Krisen- und Kritikdynamiken 81

II. „Zweitrundeneffekte" – nach der Krise beginnt die Krise

Helene Schuberth
Von der Währungs- zur Politischen Union und wieder zurück?
EU-Politik in der Krise 108

Gabriele Michalitsch
Arbeit und Geschlecht: Macht- und Wahrheitseffekte der Krise 125

Diana Auth
Auswirkungen der (Finanz- und Wirtschafts-)Krise
auf den Wohlfahrtsstaat 141

Margit Schratzenstaller
Konsolidierungspolitiken in Deutschland und Österreich – auf Kosten von Frauen? 163

Maria Karamessini
Strukturkrise, Schocktherapie und Gender in Griechenland 187

Cristina Castellanos Serrano / Elvira González Gago
Wirtschaftskrise, Politik, Protest und Geschlecht in Spanien 206

III. Alternativen denken

Eva Berendsen
Am Besten nicht Neues!? Feministisch inspirierte Überlegungen zu einer alternativen Finanzökonomie 226

Elisabeth Voß
Solidarische Ökonomie als wirtschaftliche Selbsthilfe und in gesellschaftlicher Dimension 243

Lena Schürmann / Lena Correll
Zwischen sozialer Inklusion und Individualisierung von Risiken – Mikrokredite auf dem geschlechterpolitischen Prüfstand 260

Irene Dölling
Vergesellschaftungsmodi jenseits des Arbeitsparadigmas 276

Silke van Dyk
Kritik in der Krise
Zum Kritikhype im Gefolge der Finanzmarktkrise 290

Autorinnen und Autoren 312

Ingrid Kurz-Scherf/Alexandra Scheele

Macht oder ökonomisches Gesetz? Einleitung

Die durch die Pleite von Lehman Brothers im September 2008 ausgelöste Finanz- und Wirtschaftskrise hat der feministischen Kritik patriarchaler Herrschaftsverhältnisse zu unverhoffter, gleichzeitig aber auch höchst fragwürdiger Prominenz verholfen. „The Economist" – ein durchaus wirtschaftsfreundliches Blatt – fragte im August 2009, ob die Krise in dem Ausmaß und der Dramatik denn überhaupt stattgefunden hätte, wenn Frauen mehr Einfluss auf das Geschäftsgebaren an den Finanzmärkten hätten, wenn diese nicht (nur) von Lehman Brothers, sondern (auch) von Lehman Sisters kontrolliert würden. Und auch in die „Financial Times Deutschland" setzte sich im Oktober 2010 unter dem Titel „Hormongesteuert ins Chaos" mit der These der damaligen französischen Finanzministerin (und jetzigen Direktorin des Internationalen Währungsfond IWF) Christine Lagarde auseinander, nach der Männer im Job von ihrer Libido und Testosteron gesteuert würden, weshalb die Krise unvermeidlich gewesen wäre. In Island wurden in Reaktion auf den dort in Folge der Finanzmarktkrise drohenden Staatsbankrott Topmanager im Bankensektor tatsächlich durch Frauen ersetzt und auch eine Frau zur Premierministerin gewählt. Selbst in Deutschland, wo sich der geschlechterpolitische Konservatismus traditionell besonders hartnäckig hält, bekam die Debatte um Frauenquoten in den Führungstagen der Wirtschaft durch die desaströse Blamage und den offenkundigen Mangel an Einsichtsfähigkeit der Banker und Broker neuen Auftrieb.

Gleichzeitig erhält die feministische Kritik am *homo oeconomicus* als einer der hartnäckigsten Bastionen männlicher Dominanz auch unerwartete Schützenhilfe ausgerechnet aus dem Feld der Wirtschaftswissenschaften: Der Wirtschaftsnobelpreisträger George A. Akerloff geißelt den homo oeconomicus als fiktive Verklärung der tatsächlichen Triebkräfte ökonomischen Handelns, die – wie er meint – „animal spirits". Mit seinem Co-Autor, Robert J. Shiller, erklärt Akerloff, „inwiefern mangelndes Wissen über die grundlegenden Funktionsweisen der Wirtschaft zum gegenwärtigen Desaster geführt hat" (Akerlof/Shiller 2009, 13). Akerlof und Shiller lasten den Zusammenbruch der Kreditmärkte und den Kol-

laps der Realwirtschaft massiven Vertrauensbrüchen und korruptem Verhalten einem unfairen, gierigen, arglistigen Managertypus an, der im Lauf der letzten Jahre immer mehr an Einfluss in einer globalisierten Wirtschaft gewonnen hat. Die kritische Männer- und Männlichkeitsforschung verweist seit langem auf die männliche Codierung dieses Managertypus und fasst die sich mit ihm herausbildende Formationen männlicher Herrschaft unter Begriffen wie *transnational business masculinity* (Connell) und transnationale Patriarchien.

Die feministische Debatte der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise erschöpft sich nun allerdings keineswegs in einer Schuldzuweisung an „die Männer"; sie weist diese sogar eher als essentialistisch zurück; sie zeigt sich auch eher skeptisch hinsichtlich der Erfolgsaussichten eines einfachen „Geschlechtswechsels der Macht" in der Wirtschaft und an den (Finanz)Märkten. Feministische Erörterungen im Kontext der jüngsten Wirtschafts- und Finanzkrisen bewegen sich insbesondere auf drei Ebenen:

Erstens werden die Ursachen der Finanz- und Wirtschaftskrisen analysiert und gefragt, inwieweit diese Ergebnis unzureichender Regulierungs- und Steuerungsmechanismen sind und welche Bedeutung Geschlechterstereotype und Geschlechterasymmetrien, hegemoniale Konstrukte von Männlichkeit und Weiblichkeit in diesem Kontext haben. Dabei geht es nicht nur um die Forderung, die Repräsentanz von Frauen in den Entscheidungspositionen von Politik und (Finanz-)Wirtschaft zu erhöhen, sondern darüber hinaus um eine Kritik der kapitalistischen Wirtschaftsweise und der darin enthaltenen Machtstrukturen unter besonderer Beachtung ihrer geschlechterpolitischen Grundierungen. Zweitens werden die Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt, die Beschäftigungsstrukturen und die Arbeits- und Lebensverhältnisse einer Geschlechteranalyse unterzogen und danach befragt, ob Frauen und Männer unterschiedlich stark und in unterschiedlicher Weise – z.B. von Arbeitslosigkeit oder prekärer Beschäftigung – betroffen sind und wie sich bestehende Ungleichheiten sowohl zwischen den Geschlechtern, verschiedenen Beschäftigtengruppen (z.B. befristet Beschäftigten, MigrantInnen) oder auch zwischen verschiedenen Ländern (z.B. Abbau von Beschäftigung in einem Land, Verlagerung der Produktion in ein anderes Land) wechselseitig verstärken. Drittens werden die politischen Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Krisen ergriffen werden, dahingehend analysiert, ob sie eine direkt oder indirekt geschlechterdiskriminierende Wirkung haben, z.B. durch die einseitige Förderung von industrieller Produktion, oder ob sie sich zeitversetzt zum Nachteil von Frauen auswirken, z.B. wenn im Zuge von Haushaltskonsolidierungen Einsparungen im öffentlichen Dienst stattfinden. Gleichzeitig wird gefragt, ob und inwieweit dem Krisenmanagement auch in seiner allgemeinen

Orientierung ein *gender bias* zugrunde liegt und welche Auswirkungen dieser ggf. auf die Wahrnehmung von Chancen und Potenzialen auf der einen Seite und von Risiken und Blockaden auf der anderen Seite der praktizierten Krisenbearbeitung hat. Diese Analyse wird vielfach von der Diskussion der Frage begleitet, welche normativen Leitbilder diesen Maßnahmen zugrunde liegen.

Darüber hinaus haben Frauenorganisationen, wie z.B. die Europäische Frauenlobby EWL oder das Netzwerk „Women in Development Europe (WIDE)" ebenso wie andere soziale Bewegungen und NGOs immer wieder an Regierungen und Wirtschaftsverbände appelliert, die aktuelle Vielfachkrise als Chance für ein politisches und wirtschaftliches Umsteuern zu nutzen, das nicht zuletzt auch den Ansprüchen von Geschlechtergerechtigkeit im Kontext einer allgemeinen Demokratisierung von Arbeits- und Lebensverhältnissen in den modernen Gesellschaften und im globalen Maßstab genügt und dabei Nachhaltigkeit zum Prinzip erklärt.

In einigen Ländern, wie z.B. in der Bundesrepublik Deutschland, scheint sich das jüngste, an den Finanzmärkten ausgelöste Wirtschaftsbeben unerwartet schnell wieder beruhigt zu haben. Andere Länder, wie z.B. Griechenland oder Portugal, haben sich dagegen immer tiefer in ökonomischen, sozialen und politischen Verwerfungen verstrickt oder bewegen sich auf dem schmalen Grat zwischen Erfolgsmeldung und sozialem Abstieg. Aber auch dort, wo längst wieder positive Wirtschaftsdaten vermeldet werden, schwindet das Vertrauen in die Zukunftsfähigkeit der kapitalistischen Wirtschaftsweise und der mit ihr unlösbar verknüpften Wachstumsdoktrin. Es mehren sich die Forderungen nach einem grundlegenden Umsteuern der Wirtschaftsweise in den einzelnen Ländern wie aber auch weltweit. Tatsächlich schienen sich in den durch die Lehmann-Pleite ausgelösten Turbulenzen Möglichkeitsfenster einer grundlegenden Umorientierung wirtschaftlichen und politischen Handelns zu öffnen, mittlerweile orientieren sich Politik und Wirtschaft in ihrem Krisenmanagement aber längst wieder an genau den Konzepten – wie etwa dem so genannten Neoliberalismus –, die mit der Krise zunächst als nachhaltig diskreditiert dastanden. Dementsprechend ist auch ein Ende der „hegemonialen Männlichkeit" in den Zentren der Macht aktuell eher unwahrscheinlich. Obwohl gigantische Summen zur Rettung von Banken und Staaten bewegt wurden und werden, obwohl sich die Weltpolitik in einen „unendlichen" Konferenzmarathon begeben hat, obwohl Vorschläge für alternatives Wirtschaften längst nicht mehr nur von radikal-oppositionellen Gruppen formuliert werden, sondern einige der diesbezüglichen Papiere und Vorschläge im Rahmen von Veranstaltungen supranationaler Organisationen wie z.B. der UNO oder der Europäischen Kommission entstanden sind, herrscht

„irgendwie“ doch *business as usual* und man gewinnt den Eindruck: „The more things change, the more they stay the same“.

In diesem Band werden nicht nur die zentralen feministischen Debatten um die Finanz- und Wirtschaftskrise zusammengeführt, sondern auch – über die aktuelle Krise hinausgehend – die Verfasstheit von Ökonomie, Arbeit und Politik kritisch unter die Lupe genommen. Leitfragen dabei sind: Inwiefern eröffnet die Kategorie „Geschlecht“ weitergehende Perspektiven in der Auseinandersetzung mit den gegenwärtigen Krisen? Gibt es eine spezifisch feministische Perspektive auf den gegenwärtigen Wandel – analytisch ebenso wie konzeptionell? Welche Rolle spielt Geschlecht für die Entstehung und den Verlauf der jüngsten Finanz- und Wirtschafts- sowie schließlich auch Staatskrisen? Welche sozialen und politischen Folgen sind mit unterschiedlichen Krisenszenarien verbunden? Eröffnen sich in der Krise Möglichkeitsräume für politisches Handeln oder folgt auf die Wirtschaftskrise eine Krise der Politik, auf die Krise des Kapitalismus eine Krise der Demokratie?

Mit dem Titel dieses Bandes knüpfen wir an die vor fast einhundert Jahren mit dem berühmten Aufsatz von Eugen von Böhm-Bawerk unter dem Titel „Macht oder ökonomisches Gesetz?“ (Böhm Bawerk 1914) vorrangig in den Wirtschaftswissenschaften angestoßenen und bis heute anhaltenden Kontroverse über das Verhältnis zwischen Ökonomie und Politik an. Böhm-Bawerk beharrt in diesem Aufsatz auf der Eigengesetzlichkeit der Ökonomie, die sich innerhalb der gegebenen Rahmenbedingungen durch Macht und Politik – etwa durch Gewerkschaftsmacht – nicht außer Kraft setzen lasse. Insbesondere die Lohnentwicklung – so das zentrale Anliegen der Argumentation – folge ökonomischen Gesetzen und könne allenfalls kurzfristig durch Machtfaktoren – sei es auf Arbeitgeber- oder Gewerkschaftsseite – politisch bestimmt werden. Er räumt allerdings ein, dass die Rahmenbedingungen, unter denen sich die ökonomischen Gesetze entfalten und wirksam werden, keineswegs Produkt ökonomischer Sachzwänge, sondern Ausdruck von Machtverhältnissen sind. Der vorliegende Band vereinigt nun wirtschafts-, sozial- und politikwissenschaftliche Perspektiven auf das Verhältnis zwischen Ökonomie und Politik in der gegenwärtigen Vielfachkrise. Er fragt nach den darin wirksamen Macht- und Herrschaftsverhältnissen wie aber auch nach den darin enthaltenen Möglichkeiten politischen Handelns – auch im Sinn der Entfaltung einer zukunftsfähigen Ökonomie. Auf unterschiedliche Weise und in unterschiedlicher Akzentuierung stehen die einzelnen Beiträge im Kontext feministischer Wissenschaft, die ihr spezifisches Profil durch die analytische Integration der Kategorie Geschlecht und die normative Orientierung auf die Überwindung von Geschlechterstereotypen und Geschlechterhierarchien im

Kontext einer allgemeinen Demokratisierung der Lebensverhältnisse auf allen Ebenen gewinnt.

Der Sammelband gliedert sich in drei thematische Blöcke:

Im ersten Block „Hat die Krise ein Geschlecht?“ werden nicht nur die feministischen Diskurse zur gegenwärtigen Krise reflektiert, sondern auch gefragt, wie „Geschlecht“ aus feministischer Sicht in den ökonomischen und finanzpolitischen Diskurs eingebracht werden kann, welche Barrieren dem entgegenstehen, welche Schwierigkeiten dabei zu bewältigen sind und welche Potenziale es dabei zu entfalten gilt.

Alexandra Scheele nimmt in ihrem Beitrag die Ernennung von Experten und Nicht-Politikern an die Regierungsspitze Italiens und Griechenlands als Ausgangspunkt für eine demokratiekritische Reflexion über das diesen Entscheidungen zugrunde liegende technokratische Politikverständnis. Sie stellt die These auf, dass in der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise der Eindruck vermittelt wäre, politisches Handeln orientiere sich mehr oder minder wertneutral an Sachzwängen. Dies führe nicht nur dazu, dass die Möglichkeiten zur Partizipation eingeschränkt werden – und damit nicht zuletzt die Beteiligung von Frauen bzw. die Verfolgung geschlechterdemokratischer Prinzipien –, sondern dass die Politik als alternativlos dargestellt werde und damit Ansätze für eine geschlechtergerechte Neuorientierung von Wirtschaft von vorneherein der Auseinandersetzung entzogen werden.

Ausgehend von der Feststellung einer tiefen Kluft zwischen feministischen Debatten einerseits und den *mainstream* Finanz-Debatten andererseits analysiert *Brigitte Young* in ihrem Beitrag, wie es zur strukturellen und diskursiven Exklusion von feministisch-ökonomischen Ideen in der Finanzökonomik kommt und wieso es kaum weibliche Finanzexpertinnen in den zunehmend privaten transnationalen Netzwerkstrukturen der Entscheidungsgremien der Finanzbranche gibt. Dabei greift sie auf die theoretischen Ansätze von struktureller und diskursiver Macht zurück. Sie konstatiert aber zugleich auch eine Schwäche der genderorientierten oder feministischen Ökonomie, die bislang noch keine überzeugende Analyse der Finanzmärkte und der dort auftretenden bzw. von dort aus verursachten Finanz-, Subprime- und Kreditkrisen wie aber auch der privaten und öffentlichen Schuldenkrisen vorgelegt habe. *Young* plädiert für eine stärkere Integration der Makroebene in die feministische Ökonomie, die sich bislang vorrangig auf die Mikro- und Mesoökonomie konzentriert habe. Darüber hinaus begreife auch die feministische Ökonomie die kapitalistische Wirtschaftsweise immer noch als Produktionskapitalismus und verfehle so die

zentralen Charakteristika des Finanzmarktkapitalismus auch hinsichtlich seiner Gender-Aspekte.

Andreas Heilmann kontextualisiert die gegenwärtige Krise in bereits länger andauernden Krisenphänomenen von männlich konnotierter Erwerbsarbeit und einem auch von Männern artikulierten „Leidensdruck". Er stellt die These auf, dass die krisenhafte Zuspitzung des Formwandels von Erwerbsarbeit (und privater Lebenswelt) im finanzmarktgetriebenen Kapitalismus auch den Wandel der industriegesellschaftlich geprägten Geschlechterordnung krisenhaft beschleunigt. *Heilmann* plädiert für ein differenzierteres Verständnis des wachsenden Krisenbewusstseins weiblicher und männlicher Akteure auf betrieblicher Ebene. Durchaus vorhandene Ansätze der Krisenbewältigung in Richtung auf ein egalitäres Geschlechterverhältnis, auf gute Arbeit und das ganze Leben und die dabei er- und gelebten Widersprüche und Verwerfungen sollten Orientierungspunkte für weitere empirische Untersuchungen sein.

Friederike Habermann setzt sich kritisch mit dem homo oeconomicus als Leitbild der Wirtschaftswissenschaften auseinander. Dieses Leitbild basiere – wie von feministischen Ökonominnen schon länger aufgezeigt wird – auf der Fiktion, menschliches Handeln sei ausschließlich rational bestimmt und die ihm zugrunde liegende Rationalität orientiere sich ausschließlich an individuellem Nutzen bzw. Profit. Wenn nun neuerdings eingeräumt werde, dass im wirtschaftlichen Handeln auch Gefühle, gar „Triebe" – *animal spirits* – wirksam sind, und diese auch als Erklärung für wirtschaftliches Fehlverhalten herangezogen werden, wie dies aktuell von Akerlof und Shiller vorgeschlagen würde, dann könne dies nicht ernsthaft als eine „Revolution" in den Wirtschaftswissenschaften interpretiert und gewürdigt werden. Letztendlich handle es sich dabei nur um das längst überfällige Eingeständnis von Fehlannahmen in den Wirtschaftswissenschaften. *Habermann* plädiert daher dafür, den homo oeconomicus zu *queeren* und Vertrauen und Fairness zu den Fundamenten des Wirtschaftens zu machen.

Unter dem Titel „The Great Transformation" – Ausstieg aus dem Kapitalismus? Ein Plädoyer für feministischen Eigensinn in den aktuellen Krisen- und Kritikdynamiken" greift *Ingrid Kurz-Scherf* die aktuelle Hochkonjunktur von Kapitalismuskritik auch jenseits der darauf spezialisierten politischen und intellektuellen Linken auf. Sie zeigt auf, dass Kapitalismuskritik keineswegs per se einer sozial-emanzipatorischen Perspektive verpflichtet, sondern historisch wie aktuell in komplexe rechts-links-Dynamiken verstrickt ist. Die feministische Perspektive auf die Organisation der modernen Ökonomien und deren Entwicklungsdynamik verfolgt traditionell und aktuell ebenfalls ein kapitalismuskritisches Projekt, macht dabei aber gleichzeitig Verkürzungen und Verzerrungen der Kapitalismuskritik deutlich, die ihre Ursache insbesondere in dem darin enthaltenen Androzentrismus haben. *Kurz-Scherf* plädiert für eine eigensinnige und eigenständige feministische Kritik der Politischen Ökonomie, die sich ausdrücklich nicht auf Kapitalismuskritik beschränkt, diese aber auch nicht vernachlässigt.

Im zweiten Block mit dem Titel „Zweitrundeneffekte – nach der Krise, in der Krise, vor der Krise?" werden die Anti-Krisenpolitik einerseits sowie die tatsächlichen Auswirkungen der Krise auf Geschlechtergerechtigkeit andererseits in Deutschland und in einigen europäischen Ländern diskutiert. Zunächst analysiert *Helene Schuberth* die in der gegenwärtigen Finanzkrise in Europa deutlich zu Tage tretenden Konstruktionsfehler der Europäischen Währungsunion. Dazu zählt sie die fehlende Koordinierung von Geld- und Fiskalpolitik, die asymmetrische Ausgestaltung der Währungsunion mit supranationaler Geld-, aber nationaler Fiskalpolitik, das Fehlen steuerpolitischer Mindeststandards sowie gravierende Defizite und Mängel in der Abstimmung der Geld- und Fiskalpolitik mit der Struktur- und der Lohnpolitik. Obwohl diese Konstruktionsfehler der Währungsunion schon seit langem bekannt sind, wurden bislang keine Maßnahmen ergriffen, sie zu korrigieren; auch aktuell ließen sich kaum praktische Initiativen in diese Richtung erkennen. Vielmehr – so die These von *Schuberth* – werde die Krise dazu genutzt, den neoliberalen Umbau des Sozialstaates in den einzelnen Mitgliedsstaaten zum Teil überhaupt erst durchzusetzen bzw. weiter voranzutreiben. Da dies meist mit einem Rückbau öffentlicher Dienstleistungen verbunden sei, seien Frauen von dieser Politik besonders negativ betroffen. Darüber hinaus fände tendenziell eine Verlagerung von Entscheidungsprozessen in zentralen Bereichen der Wirtschaftspolitik von nationalen Parlamenten und Bürokratien auf EU-Institutionen statt, die die ohnehin mangelhaften Partizipationsmöglichkeiten von Frauen weiter einschränkten.

Unter Bezugnahme auf Foucaults Kritikbegriff untersucht *Gabriele Michalitsch* in ihrem Beitrag Macht- und Wahrheitseffekte der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 im Hinblick auf Arbeit und Geschlechterverhältnisse. Sie beschreibt zunächst, wie die Wirtschaft in hochgradig nach Geschlecht hierarchisierte Segmente gegliedert ist: den globalen Finanzmarkt, die „reale Marktwirtschaft", den öffentlichen Dienstleistungssektor, den informellen Sektor und die als „privat" definierte Versorgungsökonomie. Im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise und der beschlossenen Sparprogramme zur „Konsolidierung" öffentlicher Haushalte werde der Staat „verschlankt" und das öffentliche Dienstleistungsangebot eingeschränkt, was zu einer Verstärkung der bereits bestehenden Machtasymmetrien zwischen den Segmenten und der sozialen und geschlechtlichen Ungleichheit

führe. Begleitet und legitimiert werde diese Entwicklung von einem Diskurs, der die Krisenursachen naturalisiere und vergeschlechtliche und damit grundsätzliche Kritik am hegemonialen Ökonomieverständnis erschwere.

Nach diesen beiden Analysen zur Tiefenstruktur der gegenwärtigen Entwicklungen folgen einige Beiträge zum konkreten Stand der gegenwärtigen Konsolidierungspolitiken in Deutschland, Österreich, Griechenland und Spanien.

Zunächst untersucht *Diana Auth*, welche Auswirkungen die globale Finanz- und Wirtschaftskrise auf den deutschen Wohlfahrtsstaat hat und ob im Zuge der Haushaltskonsolidierung ein Ab- oder Umbau sozialstaatlicher Leistungen zu beobachten sei. Dabei interessiert sie besonders, inwieweit es sich um neue Entwicklungen handelt oder um die Fortsetzung einer Politik, die schon länger versucht, die andauernde „Krise des Sozialstaates" in den Griff zu bekommen. Ihre Analyse der Arbeitsmarktpolitik und der Grundsicherung für Arbeitssuchende, der Rentenversicherung, der Krankenversicherung sowie der Familienpolitik – also den Politikfeldern, in denen in 2011 und 2012 das Budget gekürzt wurde – zeigt, dass die von der Bundesregierung beschlossenen Sparmaßnahmen stark selektiv sind und besonders Langzeitarbeitslose betreffen. Insgesamt werde in der Krise der Um- und Abbau des Wohlfahrtsstaates in Richtung Eigenverantwortung und Selbstregulierung sowie Re-Aktivierung subsidiärer Elemente und Re-Privatisierung ehemals kollektiver Risiken fortgesetzt. Damit, so die These des Beitrags, verkleinerten sich sukzessive die Spielräume für aus geschlechterpolitischer Sicht dringend notwendige strukturelle Reformen.

Margit Schratzenstaller vergleicht die Konsolidierungsmaßnahmen in Deutschland und Österreich miteinander und kommt zu dem Ergebnis, dass die steuerlichen Maßnahmen im deutschen Konsolidierungspaket überwiegend negative Verteilungswirkungen für Frauen haben, während dies in Österreich in geringerem Maße der Fall sei. Darüber hinaus enthalte das deutsche Maßnahmenpaket einen beträchtlichen Anteil von Komponenten – beispielsweise in der Steuerpolitik – mit aus Gleichstellungsperspektive eher unerwünschten Effekten insbesondere hinsichtlich der Gestaltung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit. Für *Schratzenstaller* ergibt sich daraus eine Bestätigung der Notwendigkeit von Gender Budgeting, das jedoch – so ihre Kritik – trotz der Aufforderung des Europäischen Parlaments an die EU-Mitgliedstaaten, eine gleichstellungspolitische Folgenabschätzung der Steuerpolitik und des Haushaltsgebarens vorzunehmen, sowohl in Deutschland als auch in Österreich bislang ignoriert werde.

Maria Karamessini zeigt die negativen Auswirkungen der von den übrigen Mitgliedsländern der Eurozone sowie dem Internationalen Währungsfonds (IWF) verordneten „Schocktherapie" auf den Arbeitsmarkt, den Sozialstaat und

den sozialen Zusammenhalt in Griechenland. Sie kritisiert, dass die griechische Staatsschuldenkrise ohne die globale Finanzkrise nicht ausgebrochen wäre und dass darüber hinaus auch der durch Spekulationen verursachte, astronomische Anstieg der Staatsverschuldung in einer solidarischeren, föderativeren Art von der Währungsunion hätte gestemmt werden können. Die gegenwärtig umgesetzte Strategie des wirtschaftlichen Anpassungsprogramms, das in erster Linie darin bestehe, Menschen zu entlassen sowie Gehälter, Renten und soziale Leistungen zu kürzen, führe eher zu einer Verschlechterung denn zu einer Verbesserung der griechischen Verschuldung. Das neoliberale Sparprogramm untergrabe zudem die Fundamente für eine Gleichstellung der Geschlechter, da es genau jene Bereiche betreffe – Bildung, Erwerbsarbeit, öffentliche Beschäftigung und Sozialleistungen – die gemeinhin als zentrale Voraussetzungen einer größeren (ökonomischen) Unabhängigkeit von Frauen gelten.

Auch in Spanien hat die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise zu einer drastischen Verschärfung der Folgen einer spezifisch spanischen Krise nach dem Platzen der Immobilienblase und zu einem massiven Stellenabbau in Verbindung mit einem sprunghaften Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt. *Elvira Gonzales* und *Cristina Castellanos* zeigen in ihrem Beitrag, dass sämtliche „Rettungspakete" und wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise geschlechterblind waren; weder Gender Mainstreaming noch Gender Budgeting fanden Berücksichtigung. Die Sparpolitik hat zu einer weiteren Schlechterstellung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen, vor allem von Frauen, Kindern, Jungen und Alten geführt, die sinnbildlich durch die Abschaffung des erst 2008 gegründeten Gleichstellungsministeriums und die Preisgabe der geschlechter-paritätischen Besetzung der Regierung untermauert wird. Die Analyse der Arbeitsmarktdaten und der sozialen Sicherungssysteme zeigt, dass Frauen in stärkerem Maße von den Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst, vom Absenken des realen Mindestlohns, von der Reform des Rentensystems und von allgemeinen Kürzungen in den Bereichen Gesundheit, Bildung sowie in der Familien- und Sozialpolitik betroffen sind. Die landesweiten Proteste gegen die Politik der Regierung, die auch international viel Aufmerksamkeit bekommen haben, klammern allerdings bislang geschlechterpolitische Anliegen ebenso aus wie die institutionalisierte Politik.

Der letzte, dritte Block dieses Sammelbands fragt unter dem Titel „Alternativen denken" danach, wie sich unter den gegenwärtigen Umständen Alternativen überhaupt denken und entwickeln lassen, wie ökonomische Alternativmodelle aussehen und praktisch in Gang gesetzt werden (könnten) oder auch, wie sich gesellschaftliche Integrationsmodi jenseits von Erwerbsarbeit denken und gestalten lassen. Ausgehend von der These, dass in den meisten der vorliegenden

links und sozial-emanzipatorisch orientierten Alternativangeboten zum herrschenden Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell die Geschlechterperspektive zu kurz kommt, arbeitet *Eva Berendsen* in ihrem Beitrag den Forschungsbedarf feministischer Wissenschaft im Hinblick auf die Entwicklung konkreter Konzepte zu einem Paradigmenwechsel der Wirtschaftsweise und ihrer politischen Regulierung heraus. Ihre Hauptansatzpunkte dabei sind die Zusammenführung von „Produktion" und „Reproduktion", die Neuziehung der „Grenzen des Wachstums" und die Ablösung des homo oeconomicus durch einen neuen Menschen- bzw. Berufstypus, der nicht nur am eigenen Vorteil, sondern auch an Vor- und Fürsorge für andere orientiert ist. Diese feministisch akzentuierten Orientierungspunkte für den Suchprozess nach Alternativen zum *status quo* treffen sich – wie *Berendsen* darlegt – mit Anliegen und Praxisprojekten der Protestbewegung, die durch die aktuellen Entwicklungen hervorgerufen wurden.

Eine weitere Orientierungsmarke im Suchprozess nach Alternativen wird geradezu weltweit in unterschiedlichen Ansätzen solidarischer Ökonomie gesehen. *Elisabeth Voß* arbeitet in ihrem Beitrag als den entscheidenden Unterschied zur herkömmlichen, auf Macht, Konkurrenz und Gewinnmaximierung basierenden Ökonomie heraus, dass Solidarische Ökonomien in erster Linie auf die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse ausgerichtet sind und nicht auf die Rentabilität privaten Kapitals. *Voß* skizziert die lange, lebendige Geschichte unterschiedlicher Formen und Anliegen „anderen Wirtschaftens" und macht damit deutlich, dass es sich nicht um ein einzelnes, fixes Konzept zur „Rettung der Welt" handelt, sondern um eine Vielzahl von unterschiedlichen Ansätzen, die die in Theorie und Praxis die immer wieder behauptete Alternativlosigkeit des aktuell dominierenden Modells wirtschaftlichen Handelns in Frage stellen. Es geht *Voß* um die Entfaltung einer „Kultur der Kooperation"; in der Anerkennung von Unterschieden und in der Bereitschaft, sich mit ihnen kritisch und solidarisch auseinanderzusetzen, sieht sie eine ihrer wichtigsten Komponenten. *Voß* verweist auch auf feministisch geprägte Konzepte und Projekte einer solidarischen Ökonomie. Dennoch identifiziert sie in Theorie und Praxis der solidarischen Ökonomie deutliche Defizite und Mängel hinsichtlich einer adäquaten Berücksichtigung der Geschlechterperspektive, die es durch feministische Forschung und feministische Interventionen zu bearbeiten gelte.

Lena Correll und *Lena Schürmann* untersuchen in ihrem Beitrag das politische Instrument des Mikrokredits, das auch in Deutschland in der Finanzkrise an Bedeutung gewonnen habe, hinsichtlich seiner geschlechterpolitischen Wirkungen. International seien die Mikrokredite programmatisch und praktisch vor allem auf die Förderung von Frauen ausgelegt. Demgegenüber gelten Frauen in Deutschland nicht als vorrangige Zielgruppe des Programms. Dies schlägt sich auch in der Zusammensetzung der KreditnehmerInnen nieder. *Correll* und *Schürmann* arbeiten mit einer qualitativen Fallstudie die Ambivalenz von Mikrokrediten im heraus. Zwar nutzten Frauen Mikrokredite weit häufiger als andere Formen der klassischen Wirtschaftsförderung, könnten dadurch aber dennoch in der Regel einer prekären Existenz nicht entkommen. Das anvisierte ökonomische Empowerment könne die geschlechtliche Segregation des Arbeitsmarktes nicht überwinden, sondern befördere vielmehr die wohlfahrtsstaatliche Strategie der Aktivierung und der Privatisierung von sozialen Risiken.

Irene Dölling beginnt ihren Beitrag mit einem Plädoyer für eine kritische Sozialwissenschaft, die im Zuge der zu beobachtenden grundlegenden Transformation der kapitalistisch-modernen Gesellschaft ihre weitgehend verloren gegangene Aufgabe der Kritik wieder beleben müsse. In diesem Sinne zielt der Beitrag auf die Überwindung des (Erwerbs)Arbeitsparadigmas als dem zentralen Vergesellschaftungs- und Integrationsmodus moderner Gesellschaften. Für *Dölling* kann sich eine kapitalismuskritische feministische Sozialwissenschaft nicht darauf beschränken, den Androzentrismus in den bisher gängigen Vorstellungen von (Erwerbs-)Arbeit zu kritisieren oder für eine erweiterten Arbeitsbegriff zu plädieren und danach zu streben, den gesellschaftlichen Wert von Tätigkeiten dadurch zu erhöhen, dass sie in den Rang von „Arbeit" gehoben werden. Vielmehr gehe es darum, die komplexen, herrschaftssichernden Wirkungen auf die (vergeschlechtlichte) „Arbeiter-Identität" sichtbar zu machen und Erkenntnisse des Feminismus in eine gesellschaftstheoretische Debatte einzubringen, die im Gegebenen objektive und subjektive Möglichkeiten für ein transformatorisches Überschreiten des Arbeitsparadigmas offen legt.

Silke van Dyk schließlich geht in ihrem Beitrag der Bedeutung und Reichweite der aktuellen Welle der Kritik nach und bestimmt das Verhältnis von kapitalistischem System und Kritikkonjunktur im Kontext der Wirtschafts- und Finanzkrise. Dabei stellt sie die These auf, dass die populäre, an sich instruktive Zeitdiagnose der Vereinnahmung und Vermarktlichung von Kritik im Zuge ihrer Popularisierung verflacht und unzulässig verallgemeinert wurde; dadurch würde der Blick auf das vielschichtige Verhältnis von Kritikdynamiken, ökonomischen Krisen, Kräfteverhältnissen und sich wandelnden Kompromissgleichgewichten eher verstellt als erhellt. Kritik müsse sich der Gefahr ihrer Vereinnahmung für die Modernisierung und Stabilisierung genau der Verhältnisse, gegen die sie sich richtet, bewusst sein; ihre intendierten Wirkungen würden aber aktuell weniger durch Vereinnahmung als durch die Schwäche der Bewegungen, aus denen die Kritik hervorgeht, konterkariert. Die Analyse der Möglichkeiten und Bedingun-

gen von Verschiebungen im hegemonialen Konsens und die Überwindung der dagegen wirksamen Barrieren und Widerstände sollten ihres Erachtens die radikale Kritik leiten – und nicht die Angst vor Vereinnahmung. Dementsprechend böten auch die realen Auseinandersetzungen und Kämpfe – z.B. im Rahmen der Occupy-Bewegung – trotz der Unschärfe ihrer Forderungen und ihres (noch) nur punktuellen Zulaufs wichtige Anknüpfungspunkte.

Die einzelnen Aufsätze machen deutlich, dass es bei der Einbeziehung von Geschlecht in die Analyse von ökonomischen und politischen Krisenprozessen nicht um das Prinzip „add women and stir" geht, sondern um ein komplexes Unterfangen, bei dem einzelne Dimensionen der Krise – ihre Ursachen und Auswirkungen, der Krisendiskurs, die Krisenpolitiken und die von der Krise angestoßenen Proteste und Gegenbewegungen – zwar separat analysiert, dabei aber jeweils mit einer umfassenderen und grundsätzlicheren Kritik von Macht und Herrschaft in Wirtschaft und Politik verbunden werden. Alle Beiträge stimmen in der Diagnose überein, dass die gegenwärtige Krise und ihr Management alte Asymmetrien in den Geschlechterverhältnissen noch einmal schärfer hervortreten lässt und dabei auch neue Defizite an Geschlechtergerechtigkeit produziert. Die hier entfalteten feministisch inspirierten und orientierten Kritikperspektiven begrenzen sich aber nicht auf geschlechterpolitische Fragen, sondern erweitern und vertiefen in vielerlei Hinsicht sowohl den Horizont kritischer Analysen des *status quo* und der darin enthaltenen Tendenzen wie aber vor allem auch den der Suche nach Alternativen. Dennoch markiert diese Suche auch für feministische Debatten und Bewegungen eine Herausforderung, die eigene Schwächen und Defizite deutlich werden lässt. Auch und gerade zu deren Bearbeitung soll dieser Band einen Beitrag leisten.

Die Grundidee des Sammelbandes basiert auf den 4. Marburger Arbeitsgesprächen zum Thema „(Männer)Macht oder Ökonomisches Gesetz? Zur (Un)Möglichkeit von Alternativen in der Krise, nach der Krise, vor der Krise …", die von der Forschungs- und Kooperationsstelle GendA konzipiert und im Januar 2011 mit Unterstützung der Hans- Böckler-Stiftung sowie der Philipps-Universität Marburg und in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung Hessen durchgeführt wurde. Der Sammelband greift die Tagung auf, basiert aber auf einem eigenständigen Konzept – auch unter Berücksichtigung von Entwicklungen, die erst nach der Tagung stattfanden. Zusätzlich zu den Referentinnen der Tagung wurden weitere Autorinnen und Autoren gewonnen, die das Themenspektrum der Tagung für diesen Band erweitern.

Wir bedanken uns bei der Heinrich Böll- und der Hans-Böckler-Stiftung für die finanzielle Unterstützung der Tagung; die Hans-Böckler-Stiftung hat darüber hinaus auch einen wichtigen finanziellen Beitrag zur Ermöglichung dieser Buchpublikation erbracht, für den wir uns zusätzlich bedanken. Für die Vorbereitung und Durchführung der Tagung danken wir den Marburger KollegInnen von GendA – Forschungs- und Kooperationsstelle Arbeit, Demokratie, Geschlecht (www.gendanetz.de), die nicht nur die Kontinuität der Marburger Arbeitsgespräche sichergestellt, sondern auch zu deren Konzeption maßgeblich beigetragen haben. Wir danken namentlich und stellvertretend vor allem Julia Graf, Tina Jung, Mirjam Dierkes und Marie Reusch, die für den reibungslosen Ablauf und ein ebenso gutes Klima der 4. Marburger Arbeitsgespräche – darin maßgeblich unterstützt durch Stefanie Dziuba-Kaiser und Jan Wetzel – gesorgt haben.

Schließlich bedanken wir uns bei Silke Schneider, die das Manuskript durchgesehen und für den Verlag vorbereitet hat.

Literatur

Akerlof, George A./Shiller, Robert, 2009: Animal Spirits. Wie die Wirtschaft wirklich funktioniert. Frankfurt/M., New York.

Böhm-Bawerk, Eugen v., 1914: Macht oder ökonomisches Gesetz? Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung. 23. Band. Wien, 205-271.

Connell, Raewyn, 2010: Im Innern des gläsernen Turms: Die Konstruktion von Männlichkeiten im Finanzkapital. Feministische Studien: Zeitschrift für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung. 28(1), 8-24.

Dehmel, Angelika, 2010: Hormongesteuert ins Chaos. Financial Times Deutschland, 12.10.2010. http://www.ftd.de/politik/international/:finanzkrise-hormongesteuert-ins-chaos/50181554.html (Download: 28.2.2012).

The Economist, 2009: Of bankers and bankeresses. 6. August 2009 http://www.economist.com/node/14177408 (Download: 28.2.2012).

I.

Hat die Krise ein Geschlecht?

Alexandra Scheele

Technokratie oder Androkratie?
Zum (geschlechter-)demokratischen Defizit der gegenwärtigen Krisenpolitik[1]

Einleitung

„Die Stunde der Profis" überschrieb die Süddeutsche Zeitung am 23. November 2011 einen Beitrag von Johan Schloemann im Feuilleton, in dem dieser sich über die Einsetzung von „technischen Regierungen" in Griechenland und Italien mokiert. Er schreibt: „Es ist der Traum, das Zusammenleben der Menschen ließe sich nach wissenschaftlichen, objektiven, der Demagogie des Tages entzogenen Erkenntnissen und Modellen planen und gestalten. Mithin durch die Herrschaft dessen, was die Ideologiekritik die 'instrumentelle Vernunft' genannt hat" (Schloemann 2011, 11). Weiter weist er darauf hin, dass in der Gegenüberstellung von ökonomischen Experten(innen?) einerseits und PolitikerInnen andererseits gefährliche Illusionen und Missverständnisse stecken, da zum einen bereits die Politik rationalen Kriterien folge und von wissenschaftlicher Expertise durchdrungen sei und es sich zum anderen bei der vermeintlich „technischen Wissenschaft", der Ökonomie, keinesfalls um eine neutrale, vor- oder apolitische Sache handele.[2] Anschaulich gemacht wird diese Verwobenheit von Finanz- (Ökonomie) und Politik im amerikanischen Dokumentarfilm „Inside Job", der im Jahr 2011 mit dem Oscar ausgezeichnet wurde. Im Film interviewt werden Ökonomen, die durch ihre Position an renommierten Universitäten wie dem MIT (so auch der jetzige – parteilose (!) – griechische Ministerpräsident Papademos, der früher Vizepräsident der Europäischen Zentralbank war) oder Yale (so der jetzige – parteilose (!) – italienische Ministerpräsident Monti, der bis 2004 als EU-Kommissar für den Binnenmarkt und danach für den Wettbewerb zuständig

1 Eine gekürzte Fassung des Beitrages erschien in der Zeitschrift „Widerspruch" im Dezember 2011 (vgl. Scheele 2011b).

2 „Es ist ein politisch weitgehend unerfahrenes Team" beschreibt die Financial Times Deutschland am 16.11.2011 das neue Kabinett Montis.

war) zunächst den Eindruck erwecken, so etwas wie neutrale, an Sachfragen orientierte Analysten zu sein. Bis durch die Interviews deutlich wird – was jegliche kritische Wissenschaft schon immer gewusst hat –, dass natürlich auch sie nicht nur „opinions" (Inside Job) bzw. „Überzeugungen" (Schloemann), sondern häufig auch handfeste, nicht selten auch materielle Interessen haben, z.B. wenn sie als hochbezahlte Berater Einschätzungen zur Solvenz von Unternehmen oder gar Staaten abgeben.[3] Hier bestätigt sich noch einmal, dass Politik und (Wirtschafts-) Wissenschaft nicht gänzlich unterschiedlichen Handlungslogiken folgen, sondern in einer komplexen Abhängigkeitsbeziehung stehen.

Wo das Geld nicht mehr viel wert ist, die Schulden ins Unermessliche steigen und das Aberkennen von Bestnoten durch die drei Rating-Agenturen[4] wie ein Damoklesschwert nicht nur über Unternehmen oder Banken, sondern über Staaten hängt und immer häufiger auch fällt, scheinen demokratisch legitimierte Regierungen am Ende zu sein. Die Verlagerung von Entscheidungskompetenzen auf „unabhängige Expertenteams" hat dann eine entlastende Funktion.

Nun wird das Einsetzen von technokratischen Regierungen in den beiden europäischen Ländern der Öffentlichkeit zunächst einmal als Fortschritt gegenüber den vorherigen Verfilzungen verkauft. Da mag auch etwas dran sein, schließlich ist es nicht schwer, einem offensichtlich korrupten System, das sozial- und wirtschaftspolitisch versagt hat bzw. weniger Politik zum Wohle der Bevölkerung als zum Eigennutz (Berlusconi) betrieben hat, etwas anderes gegenüberzustellen – dem Ertrinkenden reiche man einen Strohhalm! Allerdings sind damit nicht nur demokratietheoretische Probleme im Allgemeinen verbunden, von denen einige bereits von Schloemann aufgegriffen wurden, sondern es werden auch Fragen von Geschlechterdemokratie berührt. Ich möchte im Folgenden zunächst das Spannungsverhältnis zwischen Politik und Wissenschaft, das sich in der Vorstellung vom technokratischen Expertentum spiegelt, etwas genauer auffächern, bevor ich anschließend herausarbeite, inwiefern davon die Repräsentanz von Frauen

3 Die Märkte reagierten positiv", so das Echo in den Medien nach der Ernennung Montis und Papandreous' zu Ministerpräsidenten der Übergangsregierungen.

4 Island wurde übrigens kurz vor dem Staatsbankrott noch von der Ratingagentur „Moody's" mit der Bestnote „AAA" bewertet. Wie passt das zusammen? Entweder war das der entscheidende Wendepunkt, von dem an nun die Rating-Agenturen vorsichtiger geworden sind und bereits schlechtere „Noten" ankündigen, bevor es dann für ein Land tatsächlich schwer wird, sich auf dem Markt noch Geld zu leihen? Oder ist es tatsächlich viel einfacher ein Indiz für die Grenzen des Ratings? In beiden Fällen hätte der Glaube an die Rationalität und die Berechenbarkeit von politischen, wirtschaftlichen und sozialen Prozessen bereits hier erschüttert werden müssen.

in politischen Entscheidungsprozessen betroffen ist. Abschließend – und dabei auch etwas mehr an den medialen Diskurs um die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise und die daran geübte feministische Kritik anschließend – soll der geschlechterpolitische Gehalt dieser Art von Krisenpolitik analysiert werden.

Technokratische Politik

Der Ansatz, Experten oder auch Expertinnen heranzuziehen, um politische oder ökonomische Probleme zu lösen, mag auf den ersten Blick – insbesondere aus Sicht einer Wissenschaftlerin – angebracht sein. Schließlich ist zunächst einmal davon auszugehen, dass eine besondere Sachkenntnis eher von Vorteil ist, wenn es um die Bearbeitung komplexer Sachverhalte geht – und um solche scheint es sich ja bei den Auswüchsen der gegenwärtigen Finanzkrise zu handeln. Problematisch wird dies jedoch dann, wenn in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt wird, die mitgebrachte Expertise sei – entsprechend dem klassischen, vielfach kritisierten Wissenschaftsverständnis – wertneutral und damit frei von Ideologien oder gar politischen Interessen. Hinzukommt, dass mit der Unterstützung durch Expert(Innen?)tum nicht selten ein technokratisches Politikverständnis verbunden ist, also die Vorstellung, die Gestaltung von gesellschaftlichen Prozessen müsse einer rationalen und effektiven, auf wissenschaftlichem und technischem Wissen basierenden Planung folgen.

Die Auseinandersetzung mit den Vorzügen und Nachteilen technokratischer Modelle hat eine lange Tradition. Als Begründer dieses Modells gilt Henri de Saint-Simon, der zu Beginn des 19. Jahrhunderts dem normativ-teleologischen Weltbild ein „rational deduktiv erfahrbare[res], mechanistisches Weltbild" (Kevenhörster 2003) gegenüberstellte. An die Stelle der Herrschaft von Menschen über Menschen treten die Herrschaft von Sachgesetzlichkeiten und die Verwaltung von Sachen: Herrschaft wird durch Sachzwang ersetzt (vgl. Senft 2003, 3). Dies wurde von Saint-Simon jedoch durchaus als Fortschritt begriffen, die soziale Ordnung solle rational organisiert auf die Entwicklung der Produktivkräfte hin ausgerichtet sein. Dieser Grundgedanke wird in der späteren Auseinandersetzung über den Zusammenhang zwischen „Wissenschaft" und „Politik" Mitte des 20. Jahrhunderts wieder aufgegriffen – jedoch in deutlich kritischerer Absicht. Zentrale Figur in Deutschland war Helmut Schelsky, der 1961 die These aufgestellt hat, dass die Politik vor dem Sachzwang kapituliere (vgl. Senft 2003, 10):

> „Anstelle der politischen Normen und Gesetze (treten) Sachgesetzlichkeiten der wissenschaftlich technischen Zivilisation, die nicht als politische Entscheidungen setzbar und als Gesinnungs- oder Weltanschauungsnormen verstehbar sind. Damit verliert auch die Idee der Demokratie sozusagen ihre klassische Substanz: An die Stelle eines politischen Volkswillens tritt die Sachgesetzlichkeit, die der Mensch als Wissenschaft und Arbeit selbst produziert" (Schelsky 1961, zitiert nach Habermas 1968, 116).

In seiner Auseinandersetzung mit Schelsky setzt sich Jürgen Habermas von dessen Prophezeiung ab. Im Zentrum seiner Überlegungen steht vielmehr, dass Technokratie einen ideologischen Charakter habe, der die abgebauten bürgerlichen Ideologien übernehme. An dieser Stelle der manifesten Herrschaft des autoritativen Staates treten die manipulativen Zwänge der technisch-operativen Verwaltung (Habermas 1968, 83; Senft 2003, 9). Diese mache sich gewissermaßen automatisch gegen Kritik immun, da der Verweis auf technische Sachzwänge und Verwaltungsvorgaben Politik sinnlos mache und damit in letzter Konsequenz auch eine Entpolitisierung der Gesellschaft mit sich bringe (Senft 2003, 9).

Die Aktualität dieser Diagnose zeigt sich nicht nur in der gegenwärtigen Krisenpolitik: Harald Welzer (2011) bezeichnet im Zusammenhang mit Stuttgart 21 und den Protesten dagegen Expertokratie als Kombination aus Verwaltung und Experten, die Strategiepapiere für Politiker verfasse. In diesem Prozess blieben BürgerInnen völlig außen vor. Problematisch dabei sei, „dass auf der technischen Ebene alle parlamentarischen Verkehrsformen eingehalten werden – aber zugleich die Planungsprozesse immanent undemokratisch sind, weil sie nur in der Dualität zwischen Techno- und Politikerpolitik ablaufen. Am Ende heißt es dann: Was wir entschieden haben, war alternativlos" (Welzer 2011). In der Folge würde die Marktlogik die Demokratie fressen und die Finanzmärkte mit ihrem Zeitdiktat die Politik zerstören. Sachgesetzlichkeit tritt an die Stelle wertbasierter Entscheidungen: „Politischer Spielraum wird durch Sachzwänge stark eingeengt oder sogar verdrängt" (Hustedt u.a. 2010, 3). Zu den Sachzwängen gesellt sich dann nicht selten die (zumindest erklärte) Notwendigkeit, politische Entscheidungen unter immensem Zeitdruck fällen zu müssen. Wird aber das Regiment von Sach- und Zeitzwängen übernommen, können viele Aspekte nicht gründlich genug diskutiert und geplant werden, obwohl sie weitreichende Folgen haben können – demokratisch legitimierte Entscheidungsprozesse werden auf diesem Weg nahezu unmöglich gemacht.

Denkwürdig ist in diesem Zusammenhang der Umstand, dass die Ankündigung des ehemaligen griechischen Ministerpräsidenten Papandreou im November 2011, Anfang Dezember ein Referendum in Griechenland abhalten zu lassen, bei dem das Volk über das Rettungspaket abstimmen sollte, in den anderen EU Mitgliedsstaaten auf Irritation, Unverständnis und unverhohlene Ablehnung gestoßen ist. Beim Ministertreffen in Cannes im November 2011 wurde dem-

entsprechend Papandreou vor die Wahl gestellt, entweder von diesem Ansinnen Abstand zu nehmen oder aber auf die angekündigten finanziellen Zusagen vorerst zu verzichten, weil die anderen Länder nicht bereit seien, mit unsicheren Zusagen zu leben. Aus der Sicht der Geldgeber ist dies natürlich selbstverständlich, Geldzahlungen werden in der Regel an Zusagen des Schuldners gebunden. Dennoch wurde mit dieser „Erpressung" ein gewöhnliches, aber dennoch zentrales demokratisches Verfahren wie eine Volksabstimmung als illegitim verurteilt – illegitim, weil eben der Zeitdruck („Rettung der Eurozone") und der Sachzwang („Griechenland muss dem Rettungspaket zustimmen, dazu gibt es keine Alternative") andere Verfahren voraussetzte – nämlich die undiskutierbare Zustimmung. In der „Zeit" wies Jan Ross zurecht darauf hin, dass mit dieser Abstimmung dem griechischen Volk endlich ein Instrument in die Hand gegeben worden wäre, das es aus dem Gefühl der Fremdbestimmung, dem Gefühl der Ohnmacht und der Entmündigung hätte befreien können. Schließlich – unabhängig davon, wie am Ende die Abstimmung ausgegangen wäre – lassen sich aus der Möglichkeit, entscheiden zu können, zu müssen, wieder neue Kräfte gewinnen. Sie hätte den symbolisch-politischen Zweck gehabt, endlich wieder das eigene Schicksal in die Hand nehmen zu können (Ross 2011).

Es überrascht von daher nicht, dass die Diagnose des britischen Politikwissenschaftlers Colin Crouch (2008), wir befänden uns in einer „Postdemokratie", weithin auf Zustimmung stößt. Mit diesem Begriff soll deutlich gemacht werden, dass wir uns zwar weiterhin in demokratischen Systemen befinden, das demokratische Prinzip jedoch nur noch über Wahlen hergestellt wird – was selbstverständlich im Vergleich zu autoritären Systemen schon viel wert ist – aber keine ernsthafte Bürgerbeteiligung und Debatte über die zu treffenden Entscheidungen bzw. die zukünftige Gestaltung der Demokratie möglich sei. Darüber hinaus problematisiert er den Einfluss der politischen Eliten und die Herrschaft der Sachverständigen, die mit einer rationalen, effektiven Planung und Durchführung das Ziel erreichen wollen. Das führe dazu , wie Birgit Sauer darlegt, dass demokratische Institutionen zu bloßen Verwaltungshüllen würden und der so genannte Sachzwang vorgeblich Entscheidungen erzwängen– während in Wirklichkeit die Entscheidungsmacht bereits den „Lobbyisten der Wirtschaft" übereignet wurde (Sauer 2011, 32). Im Hinblick auf die noch immer virulente quantitative und qualitative politische Unterrepräsentanz von Frauen, wendet Sauer kritisch ein, ob es jemals aus „einer Geschlechterperspektive jenen Augenblick der Demokratie gegeben [habe], an dem Crouch seinen Befund des 'Danach' festmach[e]" (Sauer 2011, 33).

Es sollte deutlich geworden sein, dass zwar die (wissenschaftliche) Beratung durch ExpertInnen nicht an sich schlecht ist, dass aber transparent gemacht

werden muss, dass dieses Wissen nicht in einem vor- oder gar unpolitischen Raum entstanden ist. Darüber hinaus – und darauf wird noch eingegangen – muss berücksichtigt werden, dass bereits die Wahl bestimmter ExpertInnen und der Ausschluss anderer, eng mit interessenpolitischen Machtkämpfen zu tun hat[5]. Schließlich ist ein zentraler Punkt, ob und wenn ja, wie Beteiligungsmöglichkeiten gegeben sind und Positionen eingebracht werden können, die denen der ExpertInnen entgegenstehen.

„Cleaning up men's mess?" – Der mediale Geschlechterdiskurs zur Krise

Es ist noch gar nicht lange her, dass Frauen als Retterinnen aus der Krise und Gewinnerinnen der Krise stilisiert wurden. Auf „Spiegel online" gab es mehrere Artikel und Interviews, mit den beschwörenden Titeln: „Warum Frauen die Finanzkrise managen sollten", „Frauen greifen nach der Macht" oder auch „Lehman Sisters hätten uns die Krise erspart". In Island wurde eine Frau zur Regierungschefin gewählt, und es schien so, als ob das Credo „Cleaning up men's mess" (Ertel 2009) jahrzehntelange Gleichstellungsbemühungen beschleunigt, den „Ritt auf der Schnecke" (Berghahn) zum Galopp gemacht hätte und Frauen an die Spitze bringen könnte. Auch die Wirtschaft sollte nun endlich begreifen, dass mehr Frauen zum Erfolg führen oder zumindest verhindern können, dass sich eine ähnliche Testosteronkrise wiederholt. Allerdings soll dieser Lernerfolg nicht mit einer gesetzlichen Quote erreicht werden, sondern, wie die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Kristina Schröder, auf einem Treffen mit den Vorstandsmitgliedern der Dax-30-Unternehmen im März 2011 in Berlin[6] erklärte, nur mit einer „FlexiQuote", einer gesetzlichen Pflicht zur Selbstverpflichtung,.

Auch wenn die Finanzmarktakteure überwiegend männlichen Geschlechts sind, greift der Verweis auf männliches Verhalten (übertriebenes Selbstvertrauen von Investoren, hohe Risikobereitschaft) oder fehlende Moral – also „Gier" – als

5 Ein prominentes Beispiel dafür ist die nach dem Atomaren GAU in Fukushima im April 2011 eingerichtete Experten-(Ethik)-Kommission zur Atomkraft, die in ihrem Abschlussbericht zu dem Ergebnis gekommen ist, ein Ausstieg aus der Kernenergie sei machbar. Erst im August 2010 hatte die schwarz-gelbe Regierung noch Gutachten erstellen lassen, die ihr damaliges Vorhaben der Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken wissenschaftlich untermauern lassen sollten.

6 http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/gleichstellung,did=168620.html)

Erklärungsansatz für die Finanzkrise zu kurz. Gertraude Mikl-Horke (2011) zeigt, dass die Vorstellung, Gier der Spekulanten und der Herdentrieb der Anleger hätten einen exzessiven Übermut an den Börsen ausgelöst, Kriterien von Rationalität und Irrationalität an einen Bereich anlege – den Finanzmarkt –, der von doppelter Ungewissheit der Marktteilnehmer[7] gekennzeichnet sei. Sighard Neckel weist außerdem darauf hin, dass Gier im modernen Kapitalismus mit dem ökonomischen Gewinnstreben an sich gleichgesetzt und „die maßlos-zerstörerische Seite einer Leidenschaft aus dem Begriff des wirtschaftlichen Interesses säuberlich hinausdefiniert" wurde (Neckel 2011, 44). Dass nun gerade die Finanzmärkte bzw. die dort tätigen Akteure als „gierig" klassifiziert werden, sei nicht überraschend, da es sich bei Gier um ein maßloses Streben nach Gütern, die die reine Potentialität endloser Möglichkeiten repräsentieren, handelt. Die Finanzmärkte handeln nun eben genau mit Erwartungen bzw. Erwartungserwartungen, die sich auf die künftige Bewertung von Investments und Kapitalanlagen richten (Neckel 2011, 47). Er sieht nun in dem Versuch, Charaktereigenschaften von Personen als Erklärungsvariable heranzuziehen, eine Naturalisierung von ökonomischen Prinzipien (Wettbewerbszwänge und Renditeerwartung) mit dem Ziel, die Akteure im Sinne einer „strukturierten Verantwortungslosigkeit" (Honegger u.a. 2010) aus der Verantwortung zu entlassen.

Diese Entlassung aus der Verantwortung ist allerdings gebrochen: einerseits wurden eben noch einzelne Personen und ihre „Zockermentalität" für die Krise verantwortlich gemacht, wie z.B. der ehemalige Chef der britischen Großbank Royal Bank of Scotland (RBS), Sir Fred Goodwin, oder auch die Banker, die mit ihren Pappkartons die Wallstreet entlangliefen. Diese „Bauernopfer" mögen dazu dienen, aufgebrachte AnlegerInnen zu beruhigen, erschüttern aber das Finanzsystem – die Märkte – kein bisschen. Vielmehr erleben wir so etwas wie eine Abspaltung eines guten Kapitalismus von einem schlechten Finanzmarktkapitalismus – wobei letzterer keine Rücksicht auf Menschen, auf Arbeit und „reale Ressourcen" nimmt, sondern danach strebt, in virtuellen Räumen nach Profit zu suchen. Dass es sich dabei – wie weiter oben angeführt – nur um eine Fortsetzung von kapitalistischen Grundprinzipien in anderen Sphären handelt, wird dabei oftmals übersehen.

Auch der mediale Diskurs um Frauen als Gewinnerinnen (und dementsprechend Männer als Verlierer) der Krise zeigte nur die halbe Wahrheit. So schrieb beispielsweise „Die Zeit" im Juli 2009: „Die Weiberwirtschaft. Männer verlieren ihre Jobs, Frauen kommen voran – in dieser Krise schneller denn je" (Die Zeit, 23. Juli 2009, 17ff.). Zwar gingen insbesondere zu Beginn der Krise überwiegend Männerarbeitsplätze verloren – „[...] weil sie [Männer] öfter in krisenanfälligen Berufen wie Maschinenbau und Autoindustrie arbeiten" (Handelsblatt 2009, 4), während Frauen in Bereichen arbeiten, die auf den ersten Blick in krisenfesteren Positionen arbeiten. Diese haben jedoch von vorneherein eine negative Schlagseite. Horizontale und vertikale Segregation, Einkommensunterschiede, Teilzeitarbeit und Beschäftigung im informellen Bereich sind nur einige Stichworte, die diese Schlechterstellung deutlich machen. Außerdem kommt die Betroffenheit von Arbeitsplatzverlust bei Frauen häufig kaum in den Blick, da sie nicht sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind und deshalb erst gar nicht (mehr) in der Arbeitslosenstatistik auftauchen.

Der Zusammenhang zwischen Krise und Geschlecht ist also mit vielen Widersprüchen verbunden. Unabhängig davon zeigt jedoch die Kritik am Maskulinismus des Finanzsektors sowie an der Entkoppelung der Finanzökonomie von der Realökonomie und der damit verbundenen zweigeschlechtlichen „Arbeitsteilung" deutlich den Mangel an Gleichberechtigung in den Spitzenpositionen der Finanzinstitutionen sowie in den Entscheidungspositionen von Regulierungsbehörden, Zentralbanken und formellen wie informellen Netzwerken (vgl. Annesley/Scheele 2011; Young/Schuberth 2010, 1).

Geschlossene Gesellschaft?

Damit berührt die Frage, ob die gegenwärtige Krise hätte vermieden werden können, wenn mehr Frauen in den Finanzinstitutionen vertreten gewesen wären, eine der grundsätzlichen Fragen der feministischen Repräsentationsforschung (vgl. Hoecker/Scheele 2008). In dieser wird der Zusammenhang zwischen dem Anteil von Frauen in (politischen) Entscheidungsgremien und die damit möglicherweise verbundenen qualitativen Veränderungen von Politikinhalten schon länger diskutiert. Im Rahmen des „critical mass-Ansatzes" wird beispielsweise analysiert, ob und ab welcher Schwelle eine numerische Erhöhung des Anteils von Frauen überhaupt zu qualitativen Veränderungen von Politikinhalten, Strategien zu ihrer Umsetzung oder auch der politischen Kultur führt. So ist nicht zwingend davon auszugehen, dass eine paritätische Vertretung von Frauen in politischen Entscheidungspositionen automatisch zu einer besseren Interessenvertretung von Frauen beiträgt – oder eben zu einem anderen, klügeren politischen oder wirtschaftlichen Handeln, wie es in der gegenwärtigen Krise immer wieder nahe gelegt wurde. Vielmehr lässt sich die (symbolische) Vertretung einer Gruppe (Frau sein bzw. „standing for") und das substanzielle Handeln für eine Gruppe

7 Zeitfaktor und die Interdependenz der Aktionen

(für Frauen handeln bzw. „acting for") als Spannungsverhältnis beschreiben. Empirische Forschungen belegen vielmehr, dass nicht nur die Zahl, sondern auch der politische und parlamentarische Kontext, insbesondere Parteienzugehörigkeit und WählerInnenschaft, entscheidend sind (Hoecker/Scheele, 2008, 15; Sauer/Wöhl 2011, 10).

Folgt man dieser Argumentation, dann ist es mehr als fraglich, ob die Lehman-Sisters tatsächlich anders gehandelt hätten. Die öffentlichen Diskurse mit der Stereotypisierung von (männlichen) Bankern als hormongesteuerten, irrationalen Draufgängern und von Frauen als rationaleren, profitableren, werteorientierten Anlegerinnen, Managerinnen und Kreditnehmerinnen brechen zwar teilweise mit alten Geschlechterstereotypen, nach denen der Mann als rationales und die Frau als emotionales Wesen gilt[8], sie bleiben aber grundsätzlich dem Prinzip der Stereotypisierung und Essentialisierung verhaftet und schaffen neue Zuschreibungen und Festlegungen. Damit verbunden ist nicht nur eine starke Individualisierung von strukturellen Problemen, sondern auch die Gefahr – und darauf weist Christa Wichterich (2010) hin – dass „nur" Geschlecht thematisiert wird und nicht mehr andere gesellschaftliche Ungleichheitsdimensionen (z.B. Klasse, Ethnie, Herkunft).

Das Thema der politischen Repräsentation von Frauen hängt zudem eng mit der zu Beginn des Beitrages angesprochenen Entwicklung zusammen, nach der wir gegenwärtig eine Resignation der Politik vor der Herrschaft der Sachverständigen erleben.

Gegenwärtig unterscheidet man in der Politikwissenschaft zwischen Lobbyismus, also dem Versuch gesellschaftlicher Akteure, ihre Interessen in den politischen Entscheidungsprozess einzubringen, und der Politikberatung, also der Unterstützung politischer Entscheidungsfindung durch Wissen, das von Seiten der Wissenschaft bzw. Experten eingebracht werden soll. Politikberatung übernehme eine Rationalisierungsfunktion, „da sie demokratisch gewählten Politikern ermöglicht, rationale Entscheidungen zu treffen und diese damit einer 'doppelten Legitimation' [...] zuzuführen" (Hustedt u.a. 2010, 2).[9] Hustedt u.a. weisen darauf hin, dass in der Praxis die Grenzen zwischen Lobbyismus und Politikberatung, fließend sind, wie ein Blick auf die ad-hoc eingesetzten ExpertInnen-Kommissionen (sie verweisen auf das Beispiel der Hartz-Kommission) zeige. Diese seien i.d.R. von WissenschaftlerInnen und InteressenvertreterInnen besetzt.[10]

8 Es werden aber auch traditionelle Zuschreibungen beibehalten, wenn die Frau als Für- und Vorsorgende dargestellt wird, die gut haushalten kann.

9 „Die Akteurslandschaft wissenschaftlicher Politikberatung der Bundesregierung ist vielfältig. Grundsätzlich lassen sich die Ressortforschungseinrichtungen (RFE) des Bundes, Sachverständigenräte und Beiräte einzelner Ministerien, ad hoc eingesetzte Expertenkommissionen, Universitäten und andere staatliche Forschungseinrichtungen sowie *think tanks* und Stiftungen unterscheiden." (Hustedt u.a. 2010, 5)

Es ist zu untersuchen, inwieweit eine Erhöhung des Anteils von Frauen in den demokratisch legitimierten Arenen im Zuge der Anerkennung des Gleichberechtigungsgebotes oder von Gender Mainstreaming konterkariert wird, da deren Mitsprache- und Entscheidungsrahmen in Frage gestellt wird, wenn „[g]esellschaftlich wichtige und verbindliche Entscheidungen [...] in der Postdemokratie nicht mehr im Parlament, sondern vielmehr in der Lobby des Parlaments, in supranationalen Gremien wie der EU oder in Vorstandsetagen multinationaler Konzerne getroffen [werden]" (Sauer 2011, 33), wie es z.B. im Rahmen der Euro-Rettung geschehen ist.

Die damit verbundene „Entöffentlichung" (Sauer) von politischen Entscheidungsräumen lenkt nicht nur den Blick auf die prekäre demokratische Legitimierung von Entscheidungsgremien und politischen Prozessen jenseits gewählter Institutionen, sondern darüber hinaus auf die dadurch eingeschränkten Möglichkeiten für die politische Teilhabe von Frauen – schließlich beruht die verbesserte Repräsentanz von Frauen in Parteien und Parlamenten auf Gleichberechtigungsgrundsätzen und formalen Regelungen. Auch wenn, wie bereits ausgeführt, das Vorhandensein von Frauen nicht automatisch zu einer Verfolgung geschlechterpolitisch relevanter Themen führt, besteht doch über die öffentliche Kontrolle bzw. das Votum der WählerInnen immerhin eine Chance darauf, dass diese Themen auf die politische Agenda gesetzt werden.

Während mit dem Governance-Ansatz vielfach Hoffnungen auf eine weitere Demokratisierung verbunden werden[11], da mit außerparlamentarischen Gremien prinzipiell auch ein weiter Politikbegriff und inklusive, partizipatorische Verhandlungsregime verbunden sein können, wodurch sich potenziell auch die

10 „Ad hoc eingesetzte Kommissionen [...] werden temporär zu einer bestimmten Problemstellung vom jeweils zuständigen Bundesminister oder der Bundeskanzlerin eingesetzt. Im Zeitraum 1998 bis 2008 gab es 17 Expertenkommissionen auf Bundesebene. Die Expertenkommissionen, die zwischen 1998 und 2005 tätig waren, waren zu 30 Prozent mit Wissenschaftlern, zu 26 Prozent mit Vertretern aus Politik und Verwaltung, zu 25 Prozent mit Personen aus der Wirtschaft und zu 13 Prozent mit Interessenvertretern besetzt" (Hustedt 2010, 6).

11 Zur Kritik an einem normativen Governance-Begriff, der die neuen Formen des Regierens mit verbesserten Einflussmöglichkeiten von Frauen verbindet vgl. den Überblick von Kerchner/Schneider 2010, 14f.

Einflusschancen von Frauen verbessern könnten[12], vermittelt die Einrichtung von ExpertInnen-Kommissionen (oder gar ganzer Expertenregierungen[13]) ein ganz anderes Bild. Dadurch, dass diese Gremien vielfach durch VertreterInnen der Wirtschaftsverbände oder auch aus den Führungsetagen von Wirtschaft, Gewerkschaften oder auch Wissenschaft besetzt werden, in denen Frauen mangels regulativer Instrumente nicht oder nur gering vertreten sind, finden sich dann in diesen Gremien häufig keine Frauen (z.B. Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit) oder kaum Frauen (z.B. Hartz-Kommission, Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität") (vgl. Kurz-Scherf 2002, Scheele 2011a, 155).

„Entschlossen in der Krise"?[14] Zur Krisenpolitik der Bundesregierung

Betrachtet man nun die wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Entscheidungen der deutschen Bundesregierung in der Krise unter dem Blickwinkel der (technokratischen) Sachzwanglogik, dann überrascht es kaum, dass Ansätze für eine nachhaltige und geschlechterdemokratische Politik dabei nicht berücksichtigt wurden. Entsprechend der Vorgabe der Kanzlerin, Deutschland müsse „Exportweltmeister" bleiben[15], waren die investitionspolitischen Reaktionen

12 Sauer und Wöhl identifizieren drei Voraussetzungen für Geschlechterdemokratie: Es bedarf 1. öffentlicher Räume für die Diskussion über Fraueninteressen, 2. Mechanismen der Vermittlung von frauenbewegten deliberativen Öffentlichkeiten in die Institution des politischen Systems hinein und 3. Demokratie ist mehr als ein Verfahren der Repräsentation, sondern hat auch unmittelbar mit den Lebensbedingungen unterschiedlicher Menschen zu tun (Sauer/Wöhl, 2011, 16; Sauer 2011, 36). Erst das Empowerment von Frauen zur Politik, also soziale Gleichstellung durch Verfügung über Zeit und ökonomische Ressourcen, ermögliche in ihren Augen die politische Selbstbestimmung, also Souveränität im eigentlichen Sinne des Begriffs Demokratie.

13 In Italien werden nun von den 12 Ministerien drei von Frauen geführt. Gegenüber der früheren Zusammensetzung der Regierung unter Berlusconi ist das kein Rückschritt – dort waren nur zwei ordentliche Ministeriumsposten mit Frauen besetzt – aber einen geschlechterpolitischen Fortschritt kann man es auch nicht wirklich nennen.

14 Aus der Überschrift des zweiten Konjunkturprogramms der großen Koalition vom 13. Januar 2009 – der ganze Titel lautet: „Entschlossen in der Krise, stark für den Aufschwung" (http://bmwi.de/BMWi/Navigation/Medienraum/infografiken,did=294896.html?view=renderPrint)

15 Angela Merkel in der ARD-Sendung „Anne Will" am 22. März 2009: „Ein generelles Umsteuern der deutschen Volkswirtschaft lehne ich ab. Mein Ziel ist, dass das Land Exportweltmeister bleibt." (zitiert in Sabine Reiner 2009, 9)

im Herbst 2008, zu Beginn 2009 und im Herbst 2009 mit der Begründung, „entschlossen" auf die Finanz- und Wirtschaftskrise reagieren zu müssen, auf den Bankensektor und die Schlüsselindustrien, vor allem Autoherstellung, Maschinenbau, Stahlindustrie und Bauwirtschaft und damit – aufgrund der geschlechtlichen Segregation von Berufen und des Arbeitsmarktes – vorrangig auf Männerarbeitsplätze konzentriert. Die Krise der sozialen Reproduktion (mit Ausnahme der Bildungskrise) wurde hingegen ignoriert anstatt z.B. „sozialpolitische Ziele von Anfang an in die Konjunkturpakete einzubauen und soziale Dienstleistungen als Zukunftsbranchen zu entwickeln" (Wichterich 2010, 182). Es wurde auch – dabei wäre hier der ExpertInnen-Rat sicher sinnvoll gewesen – kein Gender Budgeting der Konjunkturprogramme vorgenommen, obwohl dieses dringend nötig gewesen wäre (vgl. auch Schratzenstaller in diesem Band; Kuhl 2010; Schambach 2010). In der Berechnung von Schambach kamen die beschäftigungspolitisch relevanten Maßnahmen der Konjunkturprogramme zu 72% männlichen und nur zu 28% weiblichen Beschäftigten zugute. Studien zur Wirkung der Konjunkturpakete haben gezeigt, dass strukturelle Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt und in der Beschäftigung nicht beeinflusst bzw. gar aufgehalten wurden. Die Bundesagentur für Arbeit hat außerdem darauf hingewiesen, dass sich im Jahresverlauf 2010 der Arbeitsmarkt zugunsten von Männern entwickelt hat, da deren Arbeitslosenzahlen zwischen Dezember 2009 und Dezember 2010 um 10% gefallen sind, während der Rückgang bei Frauen im gleichen Zeitraum nur bei 6% lag. Während Männer von der Krise stärker betroffen waren als Frauen, profitierten sie nun mehr vom ökonomischen Aufschwung (Bundesagentur für Arbeit 2011, 7). Auch wenn nicht klar ist, ob sich dieser Trend fortsetzt, so ist er doch Ausdruck eines geschlechterpolitischen Konservatismus (Scheele 2009), dem die Krisenpolitik gefolgt ist.

Schluss

Wir erleben gegenwärtig nicht nur die Tendenz, dass im politischen und öffentlichen Diskurs die gegenwärtige strukturelle Krise des Kapitalismus zu einer individuellen – von Regierungen bzw. Personen – umgedeutet wird, sondern darüber hinaus, dass politische Entscheidungen entlang von Sachzwängen getroffen werden und die Möglichkeiten der Einflussnahme eingeschränkt werden. Die in kapitalismuskritischen Beiträgen und von einigen NGO geäußerte Hoffnung, die Finanz- und Wirtschaftskrise würde zu einer Reflexion über die Rahmenbedingungen für politisches Handeln oder auch über eine geschlechtergerechte Zukunft von Wirtschaft und Demokratie genutzt – und vielleicht sogar für ein

entsprechendes politisches Umsteuern –, wurde weitgehend enttäuscht. Diese Reflexion benötigt schließlich – neben dem politischen Willen – zunächst einmal genau das, was gegenwärtig nicht vorhanden zu sein scheint: Zeit und Möglichkeiten zur politischen Teilhabe.

Literatur

Annesley, Claire/Scheele, Alexandra, 2011: Gender Capitalism and Economic Crisis: Impact and Responses across Europe. Journal of Contemporary European Studies. Vol. 19, Nr. 3, 335-347.

Bundesagentur für Arbeit, 2011: Arbeitsmarkt in Deutschland – Zeitreihen bis 2010. Nürnberg. http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Statistische-Analysen/Analytikreports/Zentrale-Analytikreports/Jaehrliche-Analytikreports/Generische-Publikationen/Arbeitsmarkt-Deutschland-Zeitreihen/Analyse-Arbeitsmarkt-Deutschland-Zeitreihen-2010.pdf (Download: 15.02.2012)

Crouch, Colin, 2008: Postdemokratie. Frankfurt/M.

Ertel, Manfred, 2009: Cleaning Up the Men's Mess. Iceland's Women Reach for Power. Der Spiegel. Nr. 22, http://www.spiegel.de/international/europe/0,1518,620544,00.html. (Download: 15.4.2011)

Habermas, Jürgen, 1968: Technik und Wissenschaft als „Ideologie", Frankfurt/M.

Handelsblatt 2009, Nr. 11, S. 4

Höcker, Beate/Scheele, Alexandra, 2008: Feminisierung der Politik? Neue Entwicklungen und alte Muster der Repräsentation – Einleitung. Femina Politica. Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft. 16. Jg. Heft 2, 9-19.

Honegger, Claudia/Neckel, Sighard/Magnin, Chantal, 2010: Strukturierte Verantwortungslosigkeit. Berichte aus der Bankenwelt. Frankfurt/M.

Hustedt, Thurid/Veit, Sylvia/Fleischer, Julia, 2010: Wissen ist Macht? Wissenschaftliche Politikberatung der Bundesregierung. Aus Politik und Zeitgeschichte 19/2010, 15-21.

Kerchner, Brigitte/Schneider, Silke, 2010: Governing Gender. Feministische Studien zum Wandel des Regierens. Government – Governance – Gouvernementalität. Einleitung. Femina Politica. Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft. 18. Jg. Heft 2, 9-23.

Kevenhörster, Paul, 2003: Politikberatung. In: Andersen, Uwe/Woyke, Wichard (Hg.): Handwörterbuch des politischen Systems. Opladen.

Kuhl, Maja, 2010: Wem werden Konjunkturprogramme gerecht? Eine budgetorientierte Gender-Analyse der Konjunkturpakete I und II. Eine Expertise im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin.

Kurz-Scherf, Ingrid, 2002: Hartz und die Frauen, oder: Auf dem Weg in die autoritäre Gesellschaft. Femina Politica. Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft. 11. Jg. Heft 2, 87-90.

Mikl-Horke, Gertraude, 2011: Finanzmärkte und ihre Krisen aus soziologischer Sicht. In: Dies.: Historische Soziologie – Sozioökonomie – Wirtschaftssoziologie. Wiesbaden, 210-230.

Neckel, Sighard, 2011: Der Gefühlskapitalismus der Banken: Vom Ende der Gier als „ruhiger Leidenschaft". Leviathan, 39. Jg., Nr. 1, 39-53.

Reiner, Sabine, 2009: Wem nutzen die Konjunkturpakete? In: Antworten aus der feministischen Ökonomie auf die globale Wirtschafts- und Finanzkrise. WISO-Diskurs Oktober. Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin, 5-14.

Ross, Jan, 2011: Huch, das Volk! Die Zeit Nr. 45, 2.11.2011.

Sauer, Birgit, 2011: Die Allgegenwärtigkeit der „Androkratie". Feministische Anmerkungen zur „Postdemokratie". Aus Politik und Zeitgeschichte 1-2/2011, 32-36.

–/Wöhl, Stefanie, 2011: „Demokratie und Geschlecht". In: Demokratie in Deutschland 2011 – Ein Report der Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin. http://www.demokratie-deutschland-2011.de/common/pdf/Demokratie_und_Geschlecht.pdf. (Download: 26.2.2012).

Schambach, Gabriele, 2010: Gender in der Finanz- und Wirtschaftskrise. Beschäftigungsrelevante Aspekte in den Konjunkturpaketen der Bundesregierung für Frauen und Männer. Expertise für die Hans-Böckler-Stiftung. http://www.boeckler.de/pdf_fof/S-2009-285-3-1.pdf (Download: 15.6.2011)

Scheele, Alexandra, 2009: Hat die Wirtschaftskrise ein Geschlecht? Blätter für deutsche und internationale Politik. Nr. 3, 26-28.

–, 2011a: „Staatliche Zwangsbeglückung"? Von Quoten, Gleichstellung und einer Männerkommission. Femina Politica. Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft. 20. Jg., Heft 1, 153-157.

–, 2011b: Die Stunde der Technokraten. Geschlechterdemokratische Defizite der gegenwärtigen Krisenpolitik. Widerspruch. Nr. 61. 2. Hj. 2011, 13-20.

Schloemann, Johan, 2011: Die Stunde der Profis. Süddeutsche Zeitung, 23.11.11, 11.

Senft, Gerhard, 2003: Aufstieg und Niedergang der Technokratie. Zeitschrift für Sozialökonomie. 40. Jg., 3-19.

Welzer, Harald, 2010: Interview zu Stuttgart 21: „Die Zukunft wird sehr kleinteilig sein". Taz 22.10.2010, 15. http://www.taz.de/!60183/ (Download: 28.2.2012)

Wichterich, Christa, 2010: Geschlechteranalysen und -diskurse in der Krise. Peripherie. Nr. 118/119. Vol. 30, 164-187.

Young, Brigitte/Schuberth, Helen, 2010: The Global Financial Meltdown and the Impact of Financial Governance to Gender. Garnet Policy Brief No. 10, January 2010.

Brigitte Young

Zwei getrennte Welten?
Finanzökonomie und Geschlechterforschung

> „The barbarians *(read "softer" Social Sciences – BY)* are surely at the gate. The only question is: Are the barbarians the ones outside the gate, or are we inside it"? Sen 1993

I. Die Macht der Deutungshoheit: Traditionelle Ökonomie versus „Barbaren"?

Gleich zu Beginn dieses Aufsatzes soll eine Anekdote von einer der späteren Vorreiterinnen der US-amerikanischen Feministischen Ökonomie, Diana Strassmann, Aufschluss über die unterschiedliche epistemologische Deutung von *Theorie* in der traditionellen Ökonomie und in der Genderforschung[1] geben. Der darin beschriebene Zusammenprall zweier sehr unterschiedlicher wissenschaftlicher Praktiken ist exemplarisch für die getrennten Welten der Genderforschung und der Makroökonomie. In einem Aufsatz, erschienen in der *American Economic Review im Jahr 1994,* beschreibt Strassmann ihre anfängliche Ablehnung des von feministischen SozialwissenschaftlerInnen verwendeten Theoriebegriffs. Die Mainstreamökonomie geht nämlich davon aus, dass ökonomische Theorien auf der Basis von Differenzialgleichungen mit mathematisch formulierten Definitionen, Annahmen und Beweisen konzipiert und dargestellt werden. Dementsprechend liegt eine der wichtigsten Aufgaben des Ökonomiestudiums darin, eine mathematischen Methodik zu verinnerlichen, die auf der Annahme basiert, wissenschaftlicher Fortschritt könne nur durch *bessere (mathematisch abstrahierte) Theorien* mit *besseren (mathematisierten) Modellen* erzielt werden.

1 Die Frage, die hier nicht beantwortet werden kann, ist, ob die Genderforschung und feministische Ökonomie/feministische Politökonomie unter einen gemeinsamen Nenner subsumiert werden können. Da es methodische Unterschiede zwischen diesen beiden Forschungssträngen gibt, stehen sich die beiden feministischen Ansätze mit Skepsis, wenn nicht sogar teilweise mit Ablehnung, gegenüber.

Sogenannten *qualitative Theorien,* die dieser abstrakten Logik nicht folgen, wird der Theoriestatus nicht zuerkannt.

Entsprechend ihrem klassischen ökonomischen Studium an den Eliteuniversitäten Princeton und Harvard und ihrer erst späteren Besinnung zur feministischen Ökonomie reagierte Strassmann anfänglich ablehnend gegenüber einer feministischen *qualitativen* Theoriekonzeption: „...these scholars working in the other social sciences or the humanities were not rigorously educated. Such *false applications of the term „theory"* (Hervorhebung BY) clearly revealed that they did not know how to think in the disciplined manner required of theorists" (Strassmann 1994, 153).

Dieses Zitat verweist auf die unterschiedlichen epistemologischen und ontologischen Prämissen in Ökonomie und Genderforschung, die sich bis heute in noch verstärkter Form etabliert haben. In verstärkter Form deshalb, weil gerade die abstrakte mathematische Welt der globalen Finanzwissenschaft die Explosion der Finanzinnovationen – wie z.B. den Handel mit Derivaten, mit Versicherungsprämien (CDSs) und mit hypothekenbesicherten Wertpapieren (CDOs) – erst ermöglichte (Semmler/Young 2010; Young 2011; 2009). Zwar hat sich in den angelsächsischen Ländern seit den 1990er Jahren die feministische

Ökonomik etabliert, ein Fachverband der *International Association for Feminist Economics (IAFFE)* wurde gegründet und eine Fachzeitschrift, *Feminist Economics*[2]*,* wird vierteljährlich publiziert. Gleichwohl wurde die Trennung zwischen der Methodik der Ökonomie und der Genderforschung nur marginal aufgehoben. Trotz der Erweiterung der warenförmigen Ökonomie (Privatwirtschaft) auf nicht-marktförmige Prozesse wie z.B. die Care-Ökonomie, den öffentlichen Sektor und den Bereich des Dritten Sektors, die in ihrer Gesamtheit einen funktionierenden marktbasierten Kapitalismus erst möglich machen (UNIFEM 2000), verharrt die feministische Ökonomiekonzeption auf den Annahmen der Mikroökonomie und des methodischen Individualismus.

Andererseits und umgekehrt ist die feministische Erweiterung der kapitalistischen Ökonomie nur begrenzt geeignet, die herausragende Rolle der Finanzmärkte in diesem Wandel und die Volatilitäten auf den Kapitalmärkten (z.B. Finanzkrisen, Subprime Krise, Kreditkrisen, private und öffentliche Schuldenkrise) aus einer Genderperspektive angemessen zu analysieren und zu kritisieren. Die

2 Das vierteljährlich erscheinende Journal *Feminist Economics* ist bis heute weltweit die einzige Zeitschrift, die Beiträge ausschließlich zur feministischen Ökonomie publiziert. 1997 wurde *Feminist Economics* als eines der innovativsten neuen Journale in den USA vom Council of Editors and Learned Journals (CELJ) honoriert.

Defizite sind vor allem zweierlei Gründen geschuldet: Erstens bleibt die feministische Ökonomie in der Methodik der Mikro- und Mesoökonomie verankert, wie dies die zahlreichen Veröffentlichungen in der *Feminist Economics* immer wieder zum Ausdruck bringen (Elson 2004). Zweitens wird in der feministischen Ökonomie und in der Genderforschung die kapitalistische Ökonomie vorwiegend in ihrer Funktionsweise als Produktionskapitalismus – also als reale Ökonomie – konzipiert. Die Mehrheit der AutorInnen analysiert zwar die Transformation einer keynesianischen Nachfragepolitik hin zu einer angebotsorientierten Politik der „Workfare-Policies" und deren geschlechtspezifische Auswirkungen in Bezug auf Arbeitsmärkte und die Care-Ökonomie. Durch diese Schemata wird der Kapitalismus aber dennoch reduziert auf das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit (nun allerdings mit einer Erweiterung auf soziale Reproduktion). Gänzlich ausgeblendet wird dabei die zunehmende Dominanz des grenzüberschreitenden globalen Finanzkapitalismus, der seit dem Zusammenbruch des Bretton Woods Systems in den 1970er Jahren eine zunehmend disziplinierende Macht (Strange 1994) auf die Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital, Geld, Boden (wie auch auf öffentliche Finanzen) ausübt (Young u.a. 2011; Young 2001; 2012).

Die begrenzte Reichweite der feministischen Ökonomie in finanzpolitischer Perspektive wurde von der chilenischen Finanzministerin in einem UN-Seminar bereits im Sommer 2002 folgendermaßen zum Ausdruck gebracht:

> „I can see how gender analysis can be useful to Ministers of Education and Health, and even Ministers of Agriculture and Industry, but I do not see why it is relevant to Ministers of Finance. It would not have helped me when I was Minister of Finance" (zitiert in Elson 2004, 8).

Daran hat sich bis heute wenig geändert. Es ist deshalb auch nicht verwunderlich, dass auch noch fünf Jahre nach dem Ausbruch der Finanzkrise 2007 der Großteil der feministischen Ökonominnen/Politökonominnen sowie Genderforscherinnen zu den Ereignissen schweigt.[3] Die wenigen veröffentlichten Studien seit der Finanzkrise befassen sich mit den Auswirkungen der Finanzkrise auf Frauen, mit den staatlichen Stimulus- und Bankenrettungspaketen, die vor allem männlich

3 Natürlich darf nicht übersehen werden, dass es konzeptionelle Überlegungen zu Finanzen und Gender gibt, die insbesondere durch die Asienfinanzkrise 1997/1998 inspiriert wurden, aber diese Arbeiten befassen sich nicht mit der geschlechtsspezifischen Form, Logik and Funktionsweise der Finanzmärkte, sondern vor allem mit den Auswirkungen der Finanzkrise auf Frauen in Entwicklungsländern (Singh/Zammit 2000; Lim 2000; Young 2003; 2002; Floro/Dymski 2000). Die wenigen Ausnahmen sind Elson 2002; Bakker 2002; van Staveren 2002; Young 2001.

dominierten Sparten der Wirtschaft zu Gute gekommen sind (Walby 2009; Smith 2009; Seguino 2009; Hartmann 2009; European Commission 2009; Antonopoulos 2009). Andere Studien wiederum hinterfragen, ob Frauen mit ihrem angeblich geringeren Risikoverhalten besser geeignet gewesen wären die Finanzkrise erst gar nicht auszulösen.[4]

Im vorliegenden Aufsatz wird eine andere Herangehensweise verfolgt. Im Mittelpunkt stehen vielmehr die Institutionen der Finanzmärkte, die Governance Strukturen und die Normen und Logiken dieses Sektors. Eruiert werden soll, welche Faktoren einerseits für die strukturelle und diskursive Exklusion von feministisch-ökonomischen Ideen in der Finanzökonomik existieren, und anderseits wird der Frage nachgegangen, warum es kaum weibliche Finanzexpertinnen in den zunehmend privaten transnationalen Netzwerkstrukturen der Entscheidungsgremien der Finanzbranche gibt (*financial governance without women*). Die theoretischen Ansätze von struktureller Macht (Strange 1994) und diskursiver Macht (Fuchs 2004; Campbell 1998; Schmidt 2002) eignen sich für diese Untersuchung, da sie Aufschluss über die systematische Ausgrenzung von alternativen heterodoxen (nicht nur feministischen) Ansätzen in der Finanzwissenschaft sowie die Ausgrenzung von weiblichen Experten in den Entscheidungsgremien der globalen Finanzbranche geben können.

Der Aufsatz gliedert sich in vier Teile. Zuerst wird kurz geschildert, warum es für die feministische Wissenschaft durchaus *gefährlich* sein kann, die vermeintliche (aber nicht belegbare) unterschiedliche Risikobereitschaft von Frauen und Männern im Investmentverhalten als Erklärung für die Finanzkrise zu propagieren. Stattdessen wird das theoretische Gerüst von struktureller und diskursiver Macht im zweiten Teil vorgestellt. Anschließend wird mit diesem theoretischen Instrumentarium untersucht, wie die Finanzökonomik durch diese Machtstrukturen eine Rationalisierungsorientierung vorgibt, der sich Akteure dementsprechend anpassen müssen (Wendt 1999, 106). Die Konstruktion dieses sehr technischen Wissens in exklusiven transnationalen Netzwerkstrukturen erzeugt ein Gruppendenken, das sich gegen jegliche Form von alternativen Ideen durchsetzt. In den Schlussbemerkungen werden dann einige Ideen vorgestellt, wie die derzeitige Kluft zwischen Finanzökonomie und feministischer Forschung ansatzweise überbrückt werden kann.

4 Eine Übersicht über Studien, die das männliche Risikoverhalten als Auslöser der Krise und umgekehrt Frauen als die Erlöser des Kasino Kapitalismus darstellen, findet sich in Prügl 2009.

II. Die Gefahr der *Finanztrümmerfrauen*

Die Finanzmarktakteure sind weit überwiegend männlich; dennoch greift der Verweis auf männliches Verhalten (übertriebenes Selbstvertrauen von Investoren, hohe Risikobereitschaft) oder fehlende Moral – also „Gier" – als Erklärungsansatz für die schlimmste Finanzkrise seit den 1930er Jahren zu kurz. Finanzmarktakteure sind vielmehr selbst Getriebene, die unter einem ungeheuren Renditedruck in einem System mit einem laxen neoliberalen Regelwerk und finanziellen Anreizen für kurzfristige und risikoreiche Spekulationsgewinne agieren (Schuberth/Young 2011). Dies bedeutet auch, dass die *Lehman Sister Hypothese,* der zufolge die Risikopräferenzen von Frauen als Investoren, als Fonds- und Bankenmanagerinnen und als Aktien- und Börsenhändlerinnen sich durch eine eher konservative und vorsichtige Prägung von Männern unterscheiden und daher die Finanzkrise hätten verhindern können, zu kurz greift (van Staveren 2011).

In einer kürzlich veröffentlichten empirischen Studie über Unterschiede im Finanzverhalten von Frauen und Männern in den Niederlanden warnt Irene van Staveren (2011) vor der voreiligen Annahme, Frauen wären generell weniger risikofreudig. Die empirische Auswertung zeigt, dass „female financial professionals are hardly more risk averse than their male colleagues but have a higher spread of risk with more adjustment towards lower risk levels after the crisis" (van Staveren 2011, 17).[5] Weitgehend ähnlich sieht dies eine Studie mit dem Titel "Is Gender a good predictor of financial risk taking?" (Badunenko u.a. 2010), in der Unterschiede bezüglich Wertbestandbesitz (financial assets) und Investmententscheidungen von Frauen und Männern in Österreich, den Niederlanden, Italien und Spanien untersucht werden. Die Ökonominnen kommen zu einem einleuchtenden Ergebnis. Nicht *gender qua gender* ist die primäre erklärende Variable, vielmehr "gender based differences in the risk taking depend on the level of gender equality in a given society". Somit spielen kulturelle gesellschaftliche Eigenschaften die entscheidende Rolle, wie sich weibliches (und männliches) Risikoverhalten in unterschiedlichen Gesellschaften entwickelt (Badunenko u.a. 2010).

Es kann auch schon deshalb nicht im Interesse von feministischer Wissenschaft sein, Frauen in Zeiten von Krisen als „Finanztrümmerfrauen" zu propagieren, die die Finanzwüste wieder zum Blühen bringen – um dann selbst wieder in die

5 Natürlich spielt hier die Selbstselektion eine entscheidende Rolle. Frauen, die sich für den Beruf der Fondmanagerin, Börsen- und Aktienhändlerin oder Investmentbankerin entscheiden, dürften sich von ihren männlichen Kollegen alleine durch die Berufswahl nicht wesentlich unterscheiden.

Wüste geschickt zu werden. Ein Phänomen, das Irene van Staveren als g*lass cliff be*zeichnet: in Zeiten erheblicher Unsicherheiten werden Frauen größere Chancen eingeräumt, Toppositionen zu übernehmen als in normalen Zeiten; sie laufen dabei aber Gefahr, durch ihre größtenteils unpopulären Rationalisierungsmaßnehmen sehr schnell wieder vom *cliff* gestoßen zu werden.

> „But it may not serve the women themselves, after the job is done and the sector is back on track – it is relatively easy to find a reason to push these women over the cliff, since they had to fire and punish some of their (largely male) subordinates (van Staveren 2011, 6).

Verweise auf geschlechtsspezifische Charaktereigenschaften und Verhaltensdispositionen kommen in der Regel nicht ohne essentialistische Annahmen aus. Die Ablehnung von essentialistisch begründeten Argumenten bedeutet selbstverständlich nicht, dass die Forderung nach mehr weiblichen Finanzexpertinnen in den Chefetagen an den Finanzmärkten nicht mit allem politischen Druck, auch durch Quotenregelungen, weiter verfolgt werden muss (Young/Schuberth 2010).

III. Das theoretische Gerüst von struktureller und diskursiver Macht

Mit der Liberalisierung und Deregulierung der Kapitalmärkte seit den 1970er Jahren hat sich ein Finanzmarkt-Kapitalismus etabliert, der den Finanzmarktakteuren einen dominanten Einfluss auf die internen Organisationsstrukturen der Unternehmen (Windolf 2005), auf die nationale Fiskal- und Geldpolitik bis hinein in die Lebenswelt der normalen BürgerInnen einräumt. Diese Finanzmarktdominanz verändert die globalen und regionalen Strukturen des Wettbewerbs und schafft nationalstaatliche Rahmenbedingungen in Richtung eines *new constitutionalism*[6] (Gill 1998), der sich weltweit als finanzmarktorientierte Governance-Struktur herauskristallisiert hat. Die strukturelle Macht dieser Governance-Strukturen auf die Real-Wirtschaft ist immens (Strange 1994). Allein die Fähigkeit der Banken, Hedgefonds, Investmentfonds, Versicherungen etc. jenseits des Staates Kredite und Geld zu generieren, erlaubt es diesen Finanzintermediären neue Finanzinstrumente und Produkte zu kreieren und ohne staatliche Regulierung weltweit Geld zu transferieren. Daraus entsteht eine Rationalisierungsorientierung, die Staaten und Unternehmen zwingt, eine Fiskal-,

6 Mit dem Begriff des *new constitutionalism* erklärt Gill „the reconfiguration of forms of state and power/reproduction/social reproduction along largely liberal lines in ways designed to empower private property associated with capital" hin (zit. nach Bakker/Gill 2003, 29).

Finanz- und Firmenpolitik zu verfolgen, die in erster Linie auf das Vertrauen ausländischer Investoren und privater Rating-Agenturen orientiert ist, um so eine Bonitätsbewertung zu erreichen, die den Zugang zu niedrigen Zinsraten auf den Geld- und Anleihemärkten ermöglicht. Die globale Veränderung hin zu einer Vorherrschaft der Finanzmärkte signalisiert, dass es auf der Ebene der Unternehmen, der Arbeitsmärkte, der öffentlichen Politik und der privaten Haushalte nur noch schwer möglich ist, der disziplinierenden strukturellen Macht der globalen Kapitalmärkte auszuweichen oder gar sie zu blockieren und zu revidieren.

Im Wandel von einer keynesianischen Produktionsweise hin zu einem finanzdominierten Kapitalismus steckt dennoch kein unausweichlicher Automatismus, sondern wie Strange bereits in den 1990er Jahren hinwies, basiert die strukturelle Macht und deren Herausbildung nicht zuletzt auch auf diskursiven Grundlagen, d.h. auf der Macht der diskursiven Generierung und der diskursiven Hegemonie von Ideen, „Wissen", Normen und Werten. „Whoever is able to define and control the channels by which a specific kind of finance knowledge is communicated exercises a very special kind of structural power" (Strange 1994, 324). Wenn Finanzmarktakteure neoliberale Ideen, Normen und Diskurse global als alternativlos für die kapitalistische Ordnung der Weltwirtschaft propagieren, so verfolgen sie nicht einfach individuelle oder Gruppeninteressen, vielmehr erzeugen sie dadurch erst diese Interessen (Fuchs 2004, 138). Dies bedeutet, dass die Finanzakteure ganz bewusst Ideen „verpacken" und sie symbolisch und diskursiv darstellen (*framing),* um Akteure mit konträren Ideen sowie die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass die neuen Ideen eine plausible und akzeptable Lösung für die existierende Problemlage auf den Finanzmärkten darstellen (Campbell 1998). Dadurch wird eine Legitimität und Autorität gegenüber alternativen Ansätzen erreicht, die weit über den Aspekt des Einflusses hinausgehen. Die Verbreitung dieses neuen Finanzwissens ist, nach Diane Stone (2010), eng mit exklusiven meist transnationalen Netzwerken verbunden, die einen autoritativen Anspruch eines policy-relevanten Wissens verkörpern. Diese exklusiven Netzwerke von meist angelsächsischen-eurozentrischen marktgläubigen Finanzeliten bedienen sich einer rationalen Logik und technischen Rhetorik, die zum Grundelement dieses Finanzkapitalismus gehören und einer Glaubenslehre nahe kommen.

Strukturelle und diskursive Machtkonstellationen durchdringen und bedingen sich so wechselseitig.

IV. Der Gender-Bias in technokratischen wissensbasierten Finanznetzwerken

Die Ausgrenzung alternativen Finanzwissens vollzieht sich auch dadurch, dass der Ort der Wissensproduktion nicht länger beschränkt ist auf akademische Kreise. Vielmehr wird homogenes Wissen in exklusiven wissensbasierten transnationalen Netzwerkstrukturen erzeugt. Diane Stone (2011) hat die Entwicklung dieser Wissens- und Policy-Netzwerke als einen charakteristischen Aspekt der neuen Form von Global Governance bezeichnet. Diese teils staatlichen, teils privaten Netzwerke haben dazu beigetragen, dass neoliberale regulatorische Praktiken über diese Netzwerke weltweit Verbreitung fanden und weiterhin finden. Globale Eliten finanzieren Think Tanks, Stiftungen und andere wissenschaftliche Einrichtungen und Institutionen. Die Exklusivität dieser Netzwerke liegt darin, dass „these institutions impose a rationality that gives precedence to a particular conception of knowledge instrumental in restructuring the global economy" (Stone 2005, 99). In diesen Clubs versammeln sich Mitglieder von privaten und staatlichen Organisationen, wie z.B. Mitglieder von unabhängigen Regulierungs- und Aufsichtsbehörden, Mitglieder von Ministerien, Repräsentanten der Zentralbanken, der Banken und Finanzindustrie, Finanzexperten und Finanzanalysten, die mit gigantischer struktureller Macht die globale Wirtschaft steuern.

Die Exklusivität dieser Zirkel befördert die Herausbildung eines äußerst einseitigen *Gruppendenkens* (Tsingou 2010), das vor allem von männlichen Theoretikern und Anhängern der *efficient market hypothesis* (Fama 1970) geprägt wurde. Die *efficient market hypothesis* fungiert seit vierzig Jahren als leitende Grundorientierung des Finanzkapitalismus; sie besagt, dass Investoren anhand der verfügbaren Informationen rational ihre Investitionsentscheidungen valutieren. Auch wenn irrationale Investoren den Markt beeinträchtigen, wird die Fehlbewertung der Preise durch rationale Arbitragehändler wieder in ein Gleichgewicht gebracht. Noch dazu gelang es den Gurus des Finanzkapitalismus die Politik, Medien und Gesellschaft davon zu überzeugen, dass die neuen Regeln des Finanzkapitalismus die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus außer Kraft setzen würden. Ökonomen sprachen von einer neuen Zeit der 'Great Moderation', in der die makroökonomische Volatilität der Inflationsrate und der wirtschaftlichen Produktionsmenge seit den 1980er Jahren durch die Innovationen auf den Finanzmärkten reduziert wurde. Insbesondere die Modelle der *rocket scientists* erzeugten eine abstrakte mathematische Welt, die erst die Explosion des Handels mit Aktienteilen und Derivaten ermöglichte. Die ständige diskursive Wiederholung einer alternativlosen ökonomischen Gesellschaftsordnung, wie dies die

britische Premierministerin, Margaret Thatcher, mit dem Begriff TINA (There is no Alternative) auf den Punkt brachte, hat dazu geführt, dass das interessengeleitete Postulat „Theory is always *for* someone and *for* some purpose" (Cox 1996) bis zur Finanzkrise 2007 von heterodoxen ÖkonomInnen und der Zivilgesellschaft nicht hinterfragt werden konnte.

Die ökonomische Finanzorthodoxie enthält ein Bündel von geschlechtsspezifischen Annahmen. Frauen werden als weniger rational konstruiert, ihnen wird ein geringeres Verständnis von Mathematik und logischem Denken nachgesagt. In den wenigen Fällen, in denen Frauen in die exklusiven Netzwerkstrukturen des Finanzmarktkapitalismus eindringen konnten, wurden sie gezwungen sich den Regeln, dem Habitus, den Normen und wissenschaftlichen Traditionen dieser Expertengruppen unterzuordnen. Diejenigen, die trotzdem versuchen, mit heterodoxen Ansätzen zu intervenieren, werden meist schon in der Rekrutierung der Netzwerke ausgeschlossen, in den Institutionen marginalisiert und aus dem Karrieretableau eliminiert. Der bekannteste Fall ist der von Brooksley Born, die Ende der 1990er Jahre als Leiterin der US-amerikanischen Commodity Futures Trading Commission (CFTC) gegen die Finanzelite (namentlich Alan Greenspan, damaliger Chef der US-Notenbank und Robert Rubin, ehemaliger Finanzminister) im US-amerikanischen Kongress die Regulierung des Derivatmarktes forderte. Ihr wurde von Alan Greenspan vorgeworfen, sie hätte keine Ahnung von Finanzen und würde mit ihren Regulierungsvorschlägen sogar eine Krise des Derivatenhandels heraufbeschwören. Interessant ist an dieser Geschichte, dass die *New York Times* über diese Auseinandersetzung erst nach Ausbruch der Finanzkrise, als es um das politische Vermächtnis von Alan Greenspan ging, berichtete, Ein ehemaliger Abteilungsdirektor innerhalb von CFTC wird in diesem Artikel aus dem Jahr 2008 zitiert:

> „Greenspan told Brooksley that she essentially didn't know what she was doing and she'd cause a financial crisis. Brooksley was this woman who was not playing tennis with the guys and not having lunch with these guys. There was a litte bit of the feeling this woman was not of Wall Street" (New York Times, 2008).

Borns Forderung nach mehr Regulierung wurde unterdrückt und sie verließ ihren Leitungsposten im CFTC. Dieser Fall demonstriert die strukturelle und diskursive Macht des Finanzkapitalismus, alternative Ansätze zu diskreditieren und jegliche abtrünnigen Ideen sowie deren ÜbermittlerInnen zu marginalisieren und zu bestrafen.

V. Schlussbemerkungen: Theoretische Anregungen, wie feministische Forschung mit Finanzökonomie verknüpft werden kann

Damit die feministische Forschung die Welt der globalen Finanzmärkte hinsichtlich ihrer geschlechtsspezifischen Charakteristiken und Bias analysieren kann, müsste eine Re-Orientierung selbiger in Richtung makroökonomischer Prozesse und die darin verankerte Finanzmarktökonomie stattfinden. Vor allem die derzeitige Fokussierung auf einzelne wirtschaftliche Sektoren ist problematisch. Es gibt zwar hervorragende Studien zu den geschlechtsspezifischen Aspekten der Arbeitsmärkte, den unterschiedlichen Sozialsystemen (wie z.B. Gesundheits- und Bildungssysteme, Pensions- und Rentensysteme) sowie auch vergleichende sektorale Länderstudien zu liberalen, konservativen und sozialdemokratischen Wohlfahrtssystemen, die Einblicke in die geschlechtsspezifischen Organisations- und Entscheidungsstrukturen und deren Auswirkungen auf Frauen und Männer geben. Diese sektoralen und oftmals funktionalistischen Perspektiven können aber weder die systemischen Veränderungen der kapitalistischen Entwicklung in ihrer Gesamtheit erfassen, noch können sie den institutionellen Wandel in den einzelnen Sektoren umfassend erklären. Es mag zwar sein, dass die Entwicklung der flexiblen Arbeitsmärkte durch die neoliberale Globalisierung entstand und dass die Prozesse der Deregulierung, Privatisierung und Liberalisierung die Funktionsweise des weltweiten angebotsorientierten Wirtschaftssystems beschreiben, aber diese Darstellung erfasst die Entwicklung, die Ursachen und politökonomischen Charakteristika der globalen Finanzialisierungsprozesse und deren disziplinierende Auswirkungen auf ganze Volkswirtschaften und politische Systeme allenfalls unzulänglich.

Der wachsende Trend zur Kommerzialisierung und Privatisierung aller wirtschaftlichen sowie gesellschaftlichen Bereiche resultiert aus einer von den Finanzmärkten dominierten Politik. Die Globalisierung der Finanzmärkte spielt deshalb eine entscheidende Rolle, weil die (Re)-Organisation der Kapital- und Finanzmärkte ausschlaggebend ist für den Wandel der makroökonomischen Rahmenbedingungen der Weltwirtschaft. Zur selben Zeit verändern diese Strukturen die nationalstaatlichen, regionalen und lokalen Rahmenbedingungen in Richtung jenes *new constitutionalism* (Gill 1998), der sich weltweit als neue finanzmarktdominierte Governance-Struktur herauskristallisiert. Mit den Begriffen *privatized Keynesianismus*[7] und *Finanzialisierung* wird auf der

7 Der Begriff privatized Keynesianismus suggeriert eine Phase des Kapitalismus, in dem wirtschaftliche Nachfrage trotz des Rückzugs des Staates garantiert werden

nationalen sowie internationalen Ebene eine Machtverschiebung konstatiert, die die traditionelle Sichtweise des Kapitalismus, wonach der Finanzsektor zur Unterstützung der Realökonomie dient, auf den Kopf stellt. Mit dem Begriff des *privatized Keynesianism* (Crouch 2009; Young 2009; 2011) wird auf die Wende von einem über die Makroökonomie gesteuerten Sozial- und Wirtschaftsmodell zu einem konsumfinanzierten und privat verschuldeten Modell hingewiesen, welches die wirtschaftliche Nachfrage trotz staatlichen Rückzugs garantierte. *Financialization* ist der Motor dieses privatisierten Keynesianismus und weist auf die "increasing importance of financial markets, financial motives, financial institutions, and financial elites in the operation of the economy and its governing institutions, both at the national and international level" (Epstein, 2001, 1) hin. Beide Begriffe gehen davon aus, dass ein zunehmender Anteil der ökonomischen Wertschöpfung aus finanziellen Aktivitäten erzielt wird, im Vergleich zu jenem Teil, der sich aus der Produktion ergibt. Einher geht damit eine Machtverschiebung und Machtkonzentration sowohl innerhalb von Unternehmen als auch zwischen ihnen, bei der der Finanzsektor dem produzierenden Sektor übergeordnet wird. Diese globale Dominanz der Finanzmärkte und die damit einhergehende Politik der Preisstabilität und Haushaltskonsolidierung üben einen disziplinieren Druck auf Unternehmen, staatliche Fiskalpolitik sowie auf das gesellschaftliche Alltagsleben aus (Gill 1998).

Wie kann nun eine Genderperspektive mit den Ansätzen des *privatisierten Keynesianismus* und dem Prozess der *Finanzialisierung* verknüpft werden? Einerseits ist es sinnvoll, den bereits vorgestellten Ansatz der strukturellen und diskursiven Macht der technokratischen Finanzmarkt-Netzwerkstrukturen um das Konzept des Gender-Bias zu erweitern. Diane Elson hat bereits im Jahre 2000 drei Bias in makroökonomischen Theorien identifiziert, die Frauen und Geringverdiener stärker tangieren als Männer und Besserverdienende. Es handelt sich um einen deflationären Bias; den Bias der Kommodifizierung und das männliche Ernährer-Modell (UNIFEM 2000). Mit dem deflationären Bias wird signalisiert, dass die Preisstabilität im Zentrum der Geldpolitik steht, um jegliche Inflationsgefahr im Keim zu ersticken. Eng verbunden mit dem deflationären Bias ist auch der warenförmige Kommodifizierungs-Bias. Zunehmend werden

konnte. Keynes' Theorien basieren auf der Annahme, dass in Zeiten ökonomischer Rezension der Staat die Voraussetzungen für die Nachfrage durch Steuerreduzierung und/oder Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen erzeugt. Der staatliche Keynesianismus wurde in den 1980er Jahren durch den privatisierten Keynesianismus ersetzt, in dem nun die privaten Schulden die wirtschaftliche Nachfrage trotz stagnierender Löhne und reduzierter Sozialleistungen garantierten.

öffentliche Dienstleistungen über den Markt angeboten und können von denen gekauft werden, die es sich leisten können. In diesem Prozess hat sich nicht nur die geschlechtsspezifische Trennung zwischen Gering- und Gutverdienern verstärkt, sondern sie wird überlagert von einer neuen ethnisch definierten weiblichen „Unterklasse", die als private Hausangestellte in westlichen Industrieländern den Bedarf der fehlenden staatlichen Kinder- und Haushaltsversorgungen abdecken. Als dritten Bias identifiziert Elson den männlichen Brotverdiener-Bias, der trotz der massiven Integration von Frauen seit den 1970er Jahren noch immer in ökonomischen Modellen von der Annahme ausgeht, dass Männer die Haupterwerbstätigen sind und Frauen als Zuverdienerinnen fungieren. Darauf basieren gesamtgesellschaftliche Sozialsysteme, die die geschlechtsspezifische Diskriminierung immer wieder aufs Neue (re-)produzieren und stabilisieren (UNIFEM 2000; Young 2001).

Diese drei geschlechtsspezifischen Verzerrungseffekte können mit den von mir und Helene Schuberth (2010) in die Debatte gebrachten weiteren Bias kombiniert werden, die mit dem neuen Policy Regime des privatisierten Keynesianismus und dem Prozess der Finanzialisierung in Verbindung stehen. Diese Bias sind der Shareholder-Value-Bias und der Individual-Risk-Bias, die durch die strukturelle Macht der globalen Finanzmärkte produziert wurden und durch die diskursive Macht allgemeine Gültigkeit in der Öffentlichkeit erlangten. Seit den 1970er Jahren propagierten neoliberale Ökonomen das Shareholder Value-Prinzip als Unternehmensstrategie, die den US-amerikanischen Kapitalismus fundamental verändert hat; damit einher ging, dass diese Variante des privatisierten Kapitalismus sich immer mehr als Unternehmerstrategie auch in Europa durchsetzte. Ausgangspunkt dieser Systemänderung ist die Liberalisierung der Finanzmärkte und der dadurch entstandene globale Druck der Kapitalmärkte auf kurzfristige Unternehmensgewinne. Aber nicht nur harte ökonomische Gründe von Produktionstechniken, globalem Wettbewerb und der Dominanz der Kapitalmärkte begünstigten den Shareholder Value-Kapitalismus; dieser wurde zugleich durch die staatliche Deregulierung der Wirtschaft forciert. Wenn man die unternehmensinternen Verteilungsmechanismen im Shareholder Value-System analysiert, so zeigt sich, dass die Ressourcen in die profitablen Sektoren fließen. Dadurch wird eine Umverteilung von Stakeholder zu den profitableren Shareholdersektoren begünstigt.

Genderstudien haben zwar die Entwicklung des Shareholder-Systems und dessen geschlechtsspezifische Auswirkungen auf die Arbeitsmärkte untersucht, aber die organisatorischen sowie strukturellen Veränderungen der Unternehmensstrategien durch die Kapital-, Währungs-, Devisenmärkte spielen in diesen Studien

nur eine untergeordnete Rolle. Die neuen Unternehmensstrategien haben jedoch die Struktur und die Aufgaben von privaten Business- und Finanzeliten in der globalen Weltwirtschaft neu geordnet, indem sie den finanzdominierten Shareholder Value durch Normen, Ideen und gesellschaftliche Institutionen legitimierten.

Durch den Systemwechsel von einem keynesianisch gesteuerten Sozial- und Wirtschaftsmodell hin zu einem privatisierten Keynesianismus, der von einem konsumfinanzierten und privat verschuldeten Modell getragen wird, findet eine Umverteilung von Risiken statt. Von der Individualisierung von Lebensrisiken sind NiedrigverdienerInnen in besonderer Weise betroffen, da sie aufgrund eines geringen Einkommens nur wenig finanzielle Rücklagen und nur sehr begrenzt realen Wohlstand bilden können. Insbesondere die hohe Privatverschuldung hat das Verhältnis zwischen Gläubigern und Schuldnern stark zu Ungunsten der letzteren verändert. Während die Kreditgeber weiterhin über monetäre Wertbestände (assets) verfügen, müssen sich die Schuldner der disziplinierenden Logik der Finanzmärkte unterwerfen. „The increasing power of capital on a global scale has meant that the relationship between creditors and debtors has become highly asymmetrical" (Gill 1998). Die Subprime-Krise in den Vereinigten Staaten ist hierfür ein typisches Beispiel. Zahlreiche Studien zeigen, dass Subprimekredite überproportional an Frauen aus Minderheitsgruppen und an weibliche Alleinerziehende vergeben wurden, die nun besonders von steigender Verschuldung und hohen Tilgungskosten betroffen sind. Die steigende private Haushaltsverschuldung ist vor diesem Hintergrund kein Nebenprodukt der Implosion des Finanzmarktes der Vereinigten Staaten, sondern vielmehr ein Indikator für die Individualisierung von Risiken derer, die es sich am wenigsten leisten können. Gleichzeitig hat die Finanzkrise auch gezeigt, dass die Risiken der Banken, Investmentfonds, Versicherungen durch staatliche Rettungspakete abgefedert wurden, während die Schuldner sich mit Zwangsversteigerungen ihrer Wohnhäuser konfrontiert sahen.

Wenn es das Ziel der Genderforschung ist, sich gezielt mit der Finanzökonomik auseinanderzusetzen, dann muss sie die Zwänge und Strukturen des neuen Policy-Regimes eines privatisierten Kapitalismus und die damit verbundenen Prozesse der Finanzialisierung auf geschlechtsspezifische strukturelle und diskursive Machtfaktoren durchleuchten. Dies würde bedeuten, die institutionellen und strukturellen globalen, regionalen und lokalen Veränderungen im (Investment)Bankensektor, der Rating Agenturen, der Accounting Standards, der Hedge Fonds und Derivatenmärkte, der zentralen Regulierungs- und Finanzaufsichtsbehörden, Zentralbanken, der staatlichen und privaten transnationalen Finanznetzwerke in den Mittelpunkt der Analyse zu stellen. Erst wenn diese

Strukturen und Strategien der Finanzmärkte durch eine Genderperspektive analysiert werden, kann eine Problemlösung für die Vernichtung von sozialversicherten Arbeitsplätzen wie auch für die Privatisierung der Sozialsysteme gefunden werden. Das Übel liegt nämlich nicht in den Arbeitsmarktstrukturen und auch nicht in der Inflationspolitik der Zentralbanken, sondern vielmehr in dem System eines finanzdominierten Kapitalismus.

Literatur

Antonopoulos, Rania, 2009: The Current Economic and Financial Crisis: A Gender Perspective. Working Paper Nr. 562. The Levy Economics Institute of Bard College, Mai 2009.

Badunenko, Oleg/ Barasinska, Nataliya/Schäfer, Dorothea, 2010: Is Gender a Good Predictor of Financial Risk Taking? Evidence from National Surveys of Household Finance (unveröffentlichte Studie).

Bakker, Isabella, 2002: Who Built the Pyramids? Engendering the New International Economic and Financial Architecture. Femina Politica. Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft. 11. Jg. H.1, 13-25.

–/Gill, Stephen, 2003: Ontology, Method, and Hypotheses. In: Dies. (Hg.): Power, Production and Social Reproduction. Houndmills, 17-41.

Campbell, John, 1998: Institutional Analysis and the Role of Ideas in Political Economy. Theory and Society. 27. 3, 377-409.

Cox, Robert, 1996: Social Forces, States, and World Orders: Beyond International Relations Theory (1981). In: Ders./Sinclair, Timothy J.: Approaches to World Order. Cambridge, 85-123.

Crouch, Colin, 2009: Privatised Keynesianism: An Unacklowdged Policy Regime. The British Journal of Politics and International Relations. Vol. 11, 382-399.

Elson, Diane, 2002: International Financial Architecture: A View from the Kitchen. Femina Politica. Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft. 11. Jg. H.1, 26-37.

–, 2004: Feminist Economics Challenges Mainstream Macroeconomics. International Association for Feminist Economics. Vol. 14. Nr. 3 (Oktober), 6-9.

Epstein, Gerald, 2001: Introduction: Financialization and the World Economy. In: Epstein, Gerald (Hg.): Financialization and the World Economy. Cheltenham, 3-16.

Europäische Kommission, 2009: Opinion on the Gender Perspective on the Responses to the Economic and Financial Crisis. Beratender Ausschuss für die Chancengleichheit. 10. Juni 2009. www.equineteurope.org/opinion.pdf (Download: 1.10.2011)

Fama, Eugene, 1970: Efficient Capital Markets: A Review of Theory and Empirical Work. In: Journal of Finance. 25, 383-417.

Floro, Maria/Dymski, Gary, 2000: Financial Crisis, Gender, and Power: An Analytical Framework. World Development. 28/7, 1269-1283.

Fuchs, Doris, 2004: Private Business as an Actor in Global Economic Governance. In: Schirm, Stefan A. (Hg.): New Rules for Global Markets. Public and Private Governance in the World Economy. Houndsmills, 133-154.

Gill, Stephen, 1998: European Governance and New Constitutionalism: EMU and Alternatives to Disciplinary Neo-Liberalism in Europe. New Political Economy. Nr. 3/1, 5-26.

Hartmann, Heidi, 2009: The Impact of the Current Economic Downturn on Women. Aussage vor dem Joint Economic Committee des US-Kongress, 6. Juni 2008. Institute for Women's Policy Research IWPR #B260. www.iwpr.org (Download: 1.10.2011)

Langley, Paul, 2008: 'Financialization and the Consumer Credit Boom'. *Competition & Change*. Special Issue: Financialization in Retrospect and Prospect.Vol. 12. No. 2, 133-147.

Lim, Joseph Y., 2000: The Effects of the East Asian Crisis on the Employment of Women and Men: The Philippine Case. World Development. 28/7, 1285-1306.

Prügl, Elisabeth, 2009: Gender and the Global Crisis. Unveröffentlichte Presentation. The Graduate Institute of International and Development Studies. Genf.

Schmidt, Vivien A., 2002: The Futures of European Capitalism. Oxford.

Schuberth, Helene/Young, Brigitte, 2011: The Role of Gender in Governance of the Financial Sector. In: Young, Brigitte/Bakker, Isabella/Elson, Diane (Hg.): Questioning Financial Governance from a Feminist Perspective. London, New York.

Seguino, Stephanie, 2009: The Global Economic Crisis, Its Gender Implications, and Policy Responses. Hintergrunddokument einer Präsentation für die Commission on the Status of Women. 53. Sitzung. United Nations. New York. 2.-13. März 2009.

Semmler, Willi/Young, Brigitte, 2010: Lost in Temptation of Risk: Financial Market Liberalization, Financial Market Meltdown and Regulatory Reforms. Comparative European Politics. Vol. 8. Nr. 3, 327-353.

Sen, Amartya, 1993: Back cover of Ferber, Marianne/Nelson, Julie (Hg.): Beyond Economic Man: Feminist Theory and Economics. Chicago.

Singh, Ajit/Zammit, Ann, 2000: International Capital Flows: Identifying the Gender Dimensions. World Development. 28/7, 1249-1268.

Smith, Mark, 2009: Analysis Note: Gender Equality and Recession. Vorbereitet für die Europäische Kommission. Generaldirektorat für Beschäftigung, Soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit. Grenoble Ecole de Management. Mai 2009, 1-24.

Stone, Diane, 2005: Knowledge Networks and Global Policy. In: Dies./Maxwell, Simon: Global Knowledge Networks and International Development. London, New York, 89-105.

Strassmann, Diana L., 1994: Feminist Thought and Economics; Or, What Do the Visigoths Know? American Economic Review. Vol. 84, 153-158.

Strange, Susan, 1994: The Study of International Political Economy: In Lehmkuhl, Ursula (Hg.): Theorien Internationaler Politik. München, Wien, 310-330.

The New York Times, 8.10.2008: Taking Hard New Look at a Greenspan Legacy. http://www.nytimes.com/2008/10/09/business/economy/09greenspan.html?pagewanted=all (Download: 15.12. 2008).

Tsingou, Eleni, 2010: Regulatory Reactions to the Global Credit Crisis. Analyzing a Policy Community Under Stress. In: Helleiner, Eric/Pagliari, Stefano/Zimmermann, Hubert: Global Finance in Crisis. The Politics of International Regulatory Change. London, New York, 21-36.

UNIFEM (United Nations Development Fund for Women), 2000: Progress of the World's Women 2000. New York.

Van Staveren, Irene 2011: Lehman Sisters in the Netherlands: Gender Differences in Financial Behavior during the Crisis. Paper presented at the Conference "Developments in Economic Theory and Policy". Bilbao, July 2011.

–, 2002: Global Finance and Gender. In: Scholte, Aart/Schnabel, Albrecht: Civil Society and Global Finance. London, 228-246.

Walby, Sylvia, 2009: Gender and the Financial Crisis: Dokument des UNESCO Projekts zu 'Gender and the Financial Crisis'. 6. April 2009, 1-33.

Wendt, Alexander, 1999: On Constitution and Causation in International Relations. In: Dunne, Tim/Cox, Michael/Booth, Ken (Hg.): The Eighty Years Crisis: International Relations 1919-1999. Cambridge, 101-118.

Windolf, Paul, 2005: Finanzmarkt-Kapitalismus. Analysen zum Wandel von Produktionsregimen. Wiesbaden.

Young, Brigitte, 2012: Structural Power and the Gender-Biases of the Technocratic Network Governance in Finance. In: Caglar, Gülay/ Prügl, Elisabeth/Zwingel, Susanne (Hg.): Feminist Strategies in International Governance. London, New York.

–, 2011: Der privatisierte Keynesianismus, die Finanzialisierung des 'alltäglichen Lebens' und die Schuldenfalle. In: Kessler, Oliver (Hg.): Die Internationale Politische Ökonomie der Weltfinanzkrise. Wiesbaden, 15-36.

–, 2010: The Global Financial Meltdown and the Impact of Financial Governance on Gender. GARNET Policy Brief. No. 10. Paris. (www.sciences-po.fr/english)

–, 2009: Vom staatlichen zum privatisierten Keynesianismus. Der globale makroökonomische Kontext der Finanzkrise und der Privatverschuldung. Zeitschrift für Internationale Beziehungen. Heft 1/2009, 141-158.

–, 2003: Financial Crises and Social Reproduction: Asia, Argentina and Brazil. In: Bakker, Isabella/Gill, Stephen (Hg.): Power, Production and Social Reproduction. Houndmills, 103-123.

–, 2001: Genderdemokratische Governance der Finanzpolitik in der Europäischen Währungsunion. Zeitschrift für Frauenforschung und Geschlechterstudien. Heft 1 u. 2, 79-91.

–/Bakker, Isabella/Elson, Diane, 2011: Questioning Financial Governance from a Feminist Perspective. London, New York.

Andreas Heilmann

Die Krise männlicher Muster von Erwerbsarbeit – Chance für eine solidarische Arbeits- und Geschlechterpolitik?

Inwiefern eröffnet die aktuelle Krise des finanzmarktgetriebenen Akkumulationsregimes Chancen für eine von Frauen und Männern getragene solidarische Arbeits- und Geschlechterpolitik?[1] Dieser Frage möchte ich hier auf der Grundlage der Annahme nachgehen, dass die schon seit längerem um sich greifende Krise des fordistischen Arbeits- und Geschlechterregimes einerseits mit neuen sozialen Spaltungen innerhalb beider Genusgruppen einhergeht. Andererseits liegen genau darin möglicherweise Chancen für geschlechterübergreifende interessenpolitische Konstellationen, die auch und insbesondere von Akteuren betrieblicher Arbeits- und Geschlechterpolitik erkannt und genutzt werden können. Um die Potentiale für geschlechterübergreifende Konvergenzen auszuloten, ist ein differenzierteres Verständnis des wachsenden Krisenbewusstseins weiblicher und männlicher Akteure auf betrieblicher Ebene notwendig. Während die Rolle von Frauen als Akteurinnen des Wandels der Arbeits- und Geschlechterverhältnisse (vgl. Vester/Gardemin 2001; Heintz u.a. 1997) in der Arbeits- und Geschlechtersoziologie eingehender untersucht wurde, blieb der Anteil von Männern empirisch bislang eine Black Box. Dies ist umso erstaunlicher, als die Krise der Erwerbsarbeit in öffentlichen Diskursen zunehmend auch als eine Krise der Männlichkeit gedeutet wird. In meinem Beitrag werde ich zunächst den makrosoziologischen Bezugsrahmen des hier zu Grunde gelegten Krisenbegriffs abstecken und auf die arbeits- und geschlechterpolitischen Implikationen auf betrieblicher Ebene eingehen. Im Hauptteil fokussiere ich dann den Aspekt einer Krise der Männlichkeit und schlage einige Arbeitshypothesen und heuristische Ansätze für ein noch zu entwickelndes Forschungsprogramm vor, mit denen das Krisenbewusstsein und die Interessenlagen von Männern auf der Ebene subjektiver Ansprüche an einen

1 Der Beitrag stützt sich auf Ausarbeitungen zu einem gemeinsam mit Hildegard Maria Nickel und Hasko Hüning erarbeiteten Forschungsvorhaben, das 2012 beantragt wird. Ich danke Ingrid Kurz-Scherf und Alexandra Scheele für hilfreiche Anregungen.

politisch zu gestaltenden Wandel erfasst werden können. Abschließend skizziere ich einige vorläufige Perspektiven für die Reformulierung geschlechterdemokratischer Interessenpolitik auf betrieblicher Ebene.

1. Krise und Krisenbewusstsein – der makrosoziologische Bezugsrahmen

Fragen wir nach dem Krisenbewusstsein, den daraus resultierenden Handlungsstrategien und Ansatzpunkten für eine solidarische Arbeits- und Geschlechterpolitik im Zusammenhang mit den Folgen der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/09, die im erweiterten Kontext der EU bzw. der OECD-Länder mittlerweile zu einer veritablen Krise der Staatshaushalte, der politischen Repräsentation und der sozialen Integration angewachsen ist, können wir aus einer historisch weiter ausgreifenden Perspektive eine schon länger sich anbahnende Krise der fordistischen Produktionsweise als Interpretationsfolie heranziehen. Mit Blick auf die spezifische Krisenentwicklung in Deutschland wäre das aktuelle Krisenereignis demnach nicht als vorübergehende Konjunkturkrise der Ökonomie zu verstehen, sondern als Kulminations- und Beschleunigungsprozess einer tiefer greifenden gesellschaftlichen Strukturkrise, die industriegesellschaftlich habitualisierte und institutionalisierte (vgl. Baethge 2001) Handlungsmuster gesellschaftlicher Reproduktion in Frage stellt. Damit folgen wir einer Kriseninterpretation, die die gegenwärtige Krise als spezifisches historisches Stadium in einem schon seit Ende der 1960er/Anfang der 1970er Jahre andauernden krisenhaften Transformationsprozess von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft einordnet. Dieses Stadium markiert einen (vorläufigen?) Höhepunkt, an dem krisenhafte Entwicklungen in verschiedenen gesellschaftlichen Teilbereichen („Vielfachkrise"; Demirović u.a. 2011) zeitgleich in systemische Funktionszusammenbrüche (Finanz- und Wirtschaftskrise) umschlagen, die nur noch durch ihre Verschiebung (vgl. Bischoff u.a. 2010; Heitmeyer 2010) – und damit gesellschaftliche Ausweitung – in andere Teilbereiche (Fiskalkrise, Krise der politischen Repräsentation) bzw. ihre räumliche (an die EU-Semiperipherie, etwa Griechenland) und zeitliche (Zeitgewinn durch Rettungsschirme) Verlagerung (Demirović 2011, 76) aufgefangen werden können. Die Teilkrisen werden nunmehr in ihrem Zusammenhang als gesamtgesellschaftliche Krise wahrnehmbar, die sich um die gesellschaftliche Re-/Organisation von Arbeit zentriert. Gestützt auf eine zentrale Erkenntnis der Frauen- und Geschlechterforschung, dass nämlich „die Art der strukturellen Verknüpfung von Produktions- und Reproduktionssphäre die Geschlechterordnung formt" (Nickel/Hüning 2008, 223; vgl. auch Beer 1990;

Becker-Schmidt/Knapp 1995), können wir davon ausgehen, dass die krisenhafte Zuspitzung des Formwandels von Erwerbsarbeit (und privater Lebenswelt) im finanzmarktgetriebenen Kapitalismus auch den Wandel der industriegesellschaftlich geprägten Geschlechterordnung krisenhaft beschleunigt. Wenn auch die Krise des fordistischen Arbeitsregimes zuletzt vor allem durch die Entkoppelung von Finanz- und Realwirtschaft im Finanzmarktkapitalismus vorangetrieben wurde, ist sie doch seit jeher eng mit der Krise des fordistischen Geschlechterregimes verwoben (Nickel/Hüning 2008, 223f.). Die vorrangig durch Frauenbewegung und Frauenpolitik repräsentierten emanzipatorischen Potentiale dieser Krise drohen unter den aktuellen Bedingungen verloren zu gehen. Daraus ergibt sich die Frage, ob und inwieweit eine geschlechterübergreifende Perspektive der Arbeits- und Geschlechterpolitik – insbesondere auf betrieblicher Ebene – eine Reaktivierung der emanzipatorischen Potentiale aktueller Krisenerfahrungen bewirken kann und welche Anknüpfungspunkte es dabei insbesondere auch in den Krisenerfahrungen von Männern gibt.

2. Arbeits- und geschlechterpolitische Implikationen der aktuellen Krise

Eine emanzipatorische Triebkraft für den Wandel war bekanntlich die zunehmende Erwerbsintegration von Frauen und die Artikulation von eigensinnigen Ansprüchen auf ein eigenes Stück Leben auf der Grundlage eines gegenüber ihren Müttern wesentlich verbesserten Ausbildungsstandes. Vester und Gardemin (2001) sprechen in diesem Zusammenhang von einer maßgeblich von Frauen getragenen Kompetenzrevolution, die die für die alte Bundesrepublik typische Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern und das bürgerliche Arrangement von männlich konnotierter Erwerbsarbeit und weiblich konnotierter Privatsphäre zwar nicht gänzlich aufheben konnte, aber doch in ihrer Legitimität deutlich in Frage stellte. Auf betrieblicher Ebene führte ab den 1980er Jahren eine finanzmarktgetriebene, radikalisierte Vermarktlichung und eine Arbeitskultur der Subjektivierung zu einer paradoxen Aufwertung des so genannten weiblichen Arbeitsvermögens (Nickel u.a. 2008) – paradox insbesondere deshalb, weil sie sich bisher nicht in eine entsprechende Angleichung der Teilhabechancen von Frauen an die der Männer umsetzt. Weibliche Beschäftigung bleibt überdurchschnittlich prekär und relativ schlechter bezahlt als vergleichbare Beschäftigung von Männern. Darüber hinaus sind im Zuge der Privatisierung von Staatsunternehmen und permanenter innerbetrieblicher Restrukturierungen die insbesondere in der Privatwirtschaft ohnehin nur schwachen Ansätze emanzipativer betrieblicher

Frauenförderpolitik zugunsten von vorgeblich geschlechtsneutraler, weil rein leistungsbezogener Gleichstellungs- und schließlich humanressourcenorientierter Diversity-Politik abgelöst worden. Diese Dethematisierung einer expliziten Geschlechterpolitik auf betrieblicher Ebene ließ sich bisher nur unzureichend durch die Eröffnung individueller Handlungsspielräume über die betriebliche Arbeitspolitik auffangen[2]. Schon seit Anfang der 1980er Jahre wird die Erosion des fordistisch geprägten, männlichen Normalarbeitsverhältnisses problematisiert, während gleichzeitig eine tendenzielle Zunahme weiblicher Beschäftigung, wenn auch auf prekärem Niveau, vermerkt wird. In der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich der Akzent der Debatte allerdings grundlegend verschoben von der Kritik an Defiziten und Mängeln des Normalarbeitsverhältnisses zu Lasten von Frauen hin zu der Beschreibung der Krise des Normalarbeitsverhältnisses zu Lasten von Männern. Die populäre These von den männlichen Verlierern und den weiblichen Gewinnerinnen greift hierbei freilich zu kurz, denn die Lager beider Genusgruppen haben sich intern längst entlang neuer sozialer Spaltungslinien differenziert. Vor allem die Spreizungen der Einkommen und der beruflichen Aufstiegschancen haben zugenommen, aber auch Migration, Mobilität und Familienstand spalten zunehmend. Dadurch wird allerdings eine betriebliche Arbeits- und auch Geschlechterpolitik in den Horizont des Möglichen gerückt, die ihre solidarische Qualität gerade durch die Bildung neuer interessenpolitischer Konstellationen *über die Geschlechtergrenzen hinweg* erhalten könnte. Während in der Arbeits- und Geschlechtersoziologie die Rolle von Frauen als Akteurinnen des Wandels tradierter Arbeits- und Geschlechterverhältnisse mittlerweile anerkannt wird, ist die männliche Seite außer den monotonen Verweisen auf die männliche Verhaltensstarre bisher unterbelichtet geblieben.

2 So lässt sich am empirischen Beispiel der Deutschen Bahn AG zeigen, dass im Zuge der Privatisierung und betrieblichen Restrukturierungen sich eine Politik expliziter Frauenförderung und materialer Gleichstellungsziele in mehreren Phasen zu einem Leitbild lediglich formaler Chancengleichheit im Rahmen von Human Ressource Management transformierte. Damit gingen auf betrieblicher Ebene eine De-Thematisierung von Geschlecht und eine Individualisierung von Geschlechtergleichstellung einher (vgl. Frey 2007, 168). Mittlerweile firmiert „Gleichstellung“ bei der DB AG unter einem auf „demografischen Wandel“ fokussierten Diversity Management.

3. Männlichkeit in der Krise der Erwerbsarbeit – heuristische Ansätze für ein Forschungsprogramm

Die auf Seiten der Frauen gestiegenen Ansprüche auf „gute" Erwerbsarbeit und Nutzung ihrer erworbenen Qualifikationen sowie auf eine eigenständige Existenzsicherung kollidieren nicht nur mit neoliberalen Entsicherungen und Entgrenzungen fordistischer Arbeitsverhältnisse, sondern auch mit fortdauernden männlichen Hegemonieansprüchen (vgl. Vester/Gardemin 2001), etwa einer männlichen Arbeitskultur im Betrieb, insbesondere in Führungspositionen und im Facharbeitermilieu, aber auch bei Betriebsräten und Gewerkschaften. Dieser Befund verweist auf ungleichzeitige Entwicklungen im Geschlechterverhältnis im Zuge der Krise fordistischer Arbeit. Ungleichzeitigkeit wurde bisher als weitgehende Stagnation auf Seiten der Männer interpretiert. Dieser Eindruck bestätigt sich, wenn monoton auf den historischen Kernbestand industriegesellschaftlicher Männlichkeit fokussiert wird. Allerdings relativiert er sich, wenn die Aufmerksamkeit stärker auf die erodierenden Ränder und die zunehmende Brüchigkeit dieses Kernes gerichtet wird. Denn die Anzeichen mehren sich, dass unter dem Eindruck öffentlicher Kritik am männlich dominierten „Monopoly-Kapitalismus" (Kurz-Scherf 2009; vgl. auch Wichterich 2010; Honegger u.a. 2010) und vor allem durch die Erosion des männlich konnotierten Normalarbeitsverhältnisses die „männliche Herrschaft" (Bourdieu 2005) in der Erwerbsarbeit erheblich unter Druck geraten ist. So belegen die empirischen Ergebnisse der Betriebsfallstudien in der Deutschen Bahn und in der Landesbank Berlin von Nickel, Hüning und anderen, in denen Interviews auch mit männlichen Führungskräften geführt wurden, spätestens seit Mitte der 1990er Jahre einen Krisenverlauf im Kontext betrieblicher Restrukturierungen, der einen auch von Männern artikulierten „Leidensdruck" (Nickel/Hüning 2008, 235) aufgebaut hat (Nickel/Hüning 1998; Nickel u.a. 1999; Nickel u.a. 2002; Nickel u.a. 2008; Frey 2009). Mit einem gewissen Zeitverzug gegenüber ihren Kolleginnen scheinen zunehmend auch Männer ihre Lebens- und Karriereorientierungen grundsätzlicher zu reflektieren. Die subjektiven Wahrnehmungen der Krise der Arbeit als eine Krise hegemonialer Männlichkeit (Connell 1999) könnten bisher wenig beachtete Polarisierungen innerhalb der Gruppe der Männer entlang neuer sozialer Ungleichheitslagen indizieren. Ob und inwiefern die Wahrnehmungen und Interpretationen einer Krise der Erwerbsarbeit mehr oder weniger explizite Reflexionen von Geschlecht auch unter Männern initiieren, ist eine empirisch offene Frage. Sollten sich dafür Anhaltspunkte finden lassen, dürfte darin ein relevantes Potential für die Einbindung von Männern in eine solidarische Arbeits-

*und Geschlechter*politik liegen; solidarisch, weil sie weder in einen polemischen Antagonismus Männer vs. Frauen zurückfällt noch die weiterhin vorhandenen strukturellen Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern dethematisiert.

3.1 Die Krise der Arbeit als Krise der Männlichkeit?

Eine Krise der Männlichkeit ist bisher vernehmbar vor allem auf der Ebene von massenmedialen oder populärwissenschaftlichen Diskursen – oft verbunden mit einem anti-feministischen ideologischen Einschlag – thematisiert worden (vgl. Meuser 2001). Dabei „findet in vielen Analysen jedoch eine zu schnelle Ineinssetzung von [massenmedialen; ah] diskursiven Veränderungen mit alltäglichen Praxen [und Bewusstseinslagen; ah] statt, ohne dass die Alltagspraktiken selbst in den Blick genommen werden" (Meuser/Scholz 2011, 59). Meuser und Scholz konstatieren, dass der Zusammenhang des Wandels von Erwerbsarbeit und Männlichkeit bisher kaum empirisch untersucht ist (2011, 65). Bezüglich einer Krise der Männlichkeit vertreten sie die These eines Strukturwandels hegemonialer Männlichkeit – etwa im Sinne einer *flexiblen Modernisierung* (Heilmann 2010) – anstelle einer systemischen Krise männlicher Hegemonie. Sie folgen einerseits der These von Connell/Wood (2005), derzufolge sich in transnationalen Feldern einer globalisierten Ökonomie – allen voran in den Führungsetagen der Finanzwirtschaft – die *transnational business masculinity* als eine modernisierte, stark individualistische Form hegemonialer Männlichkeit entwickelt. Diese löst sich von traditionellen, in konservativ-bürokratischen Kulturen verankerten und auf das fordistische Normalarbeitsverhältnis zentrierten Formen von Familienernährer-Männlichkeit und orientiert sich an „Macht durch Marktbeherrschung" (Meuser/Scholz 2001, 68). Als ihre zentralen Merkmale werden verschärfter Wettbewerb und produktives Unsicherheitsmanagement[3] ausgemacht. Zugleich werden nach Scholz (2009) und Meuser (2010) durch die zunehmende Entsicherung ehemaliger (männlicher) Normalarbeitsverhältnisse Männer in prekären Erwerbs- und Lebenslagen in ihrer traditionellen Rolle als Familienernährer und Berufsmensch habituell verunsichert. Die typische männ-

3 „Ein zentrales Merkmal dieser Männlichkeit besteht darin, den immensen Druck auszuhalten, der mit wechselnden Unsicherheitszonen einer globalen Ökonomie einhergeht, auch damit, dass die eigene Karriere alles andere als institutionell gesichert ist. Mit Unsicherheit produktiv umzugehen, sich vom Wandel nicht verunsichern zu lassen, sondern diesen zu gestalten, sich gleichsam an dessen Spitze zu setzen, kennzeichnet [...] hegemoniale Männlichkeit unter den Bedingungen von Entgrenzung und wachsenden Unübersichtlichkeiten" (Meuser/Scholz 2011, 66/67).

liche Reaktion in diesen Lagen sei ein eher kontraproduktiver und zweifelhafter Rückzug auf traditionelle Männlichkeitsmuster.

Dabei muss allerdings beachtet werden, dass die unter fordistischen Bedingungen durch das Normalarbeitsverhältnis stabilisierte Integrationskraft von Männlichkeit unter den aktuellen Bedingungen des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus zunehmend brüchig wird oder zumindest werden könnte. Denn transnationale Managermännlichkeit als eine Vision modernisierter hegemonialer Männlichkeit lässt sich von Männern in prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen kaum mehr einholen. Die neuen sozialen Spaltungen in der finanzmarktgetriebenen Dienstleistungsökonomie übersetzen sich demnach in eine zunehmende Distanz zwischen hegemonialer Männlichkeit in einer Arena globalisierter Unternehmen auf der einen Seite und „komplizenhafter" (Connell 1999, 100), aber zunehmend verunsicherter, weil prekarisierter Männlichkeit in national verhafteten sozialen Milieus auf der anderen Seite. Spinnen wir diese Dynamik ein Stück weiter in die Zukunft, so lässt sich fragen, ob sich hier möglicherweise eine Polarisierung von hegemonialer Männlichkeit und prekarisierten Männlichkeiten abzeichnet – analog oder auch quer zu den sozialen Verunsicherungs- und Entkoppelungsdynamiken in der Erwerbsarbeit. Solche Spaltungstendenzen zwischen Männern scheinen aber nicht nur Prekarisierte und Führungseliten zunehmend auseinander driften zu lassen, sondern durchziehen möglicherweise auch die Führungsetagen selbst, wie die Befunde von Nickel u.a. andeuten. So könnten ein anschwellender Leidensdruck und zunehmendes Krisenbewusstsein die Aufkündigung der Komplizenschaft und einen Bruch mit dem hegemonialen Modell fordistischer bzw. – in der modernisierten Variante – neoliberaler erwerbszentrierter Männlichkeit als Konsequenz haben. Dies wäre aber gleichbedeutend mit einem Aufkündigen des (geschlechter)kulturellen Einvernehmens zwischen Männern über die aktuellen Bedingungen männlicher Hegemonie, also auch der konsensuellen Einordnung der männlichen Komplizen unter die Herrschaft ihrer hegemonialen Eliten. Es ließe sich zudem interpretieren als Anzeichen für eine radikale Infragestellung hegemonialer Männlichkeit *als Hegemonie des Männlichen*, die über einen bloßen „Strukturwandel" (Meuser/Scholz 2011) hinausginge.

Empirisch hinreichend belegt ist bislang weder das Aufkommen einer transnationalen Managermännlichkeit im internationalen Finanzbusiness als modernisierter Form hegemonialer Männlichkeit noch ein genereller Rückbezug auf traditionelle Männlichkeitsmuster bei den Prekarisierten. Dagegen kann mittlerweile als gut belegt gelten, dass Männlichkeit im Zuge ihrer Krise zunehmend

diskursiviert und daher *reflexiv* wird (Meuser 1998/2006). Dies ist eine weitere These von Meuser und Scholz, die sie aus der modernisierungstheoretischen Annahme einer reflexiven Moderne ableiten. Diskursiviert und einer kritischen Reflexion zugänglich werden im Zuge des Krisentheorems u.a. zunehmend privatlebensweltliche Themen wie (aktive) Vaterschaft und Männergesundheit, aber auch die zunehmenden Schwierigkeiten niedrig qualifizierter Männer, eine Familie zu gründen und zu finanzieren (Scholz 2009). Auch wenn sich zunehmende Reflexion über Männlichkeit nicht automatisch in veränderte Männlichkeitspraxen übersetzt und „sich männlicher Leidensdruck anscheinend noch recht gut mit männlicher Verhaltensstarre (verträgt)" (Nickel/Hüning 2008, 235), geht der eine doch nicht völlig in der anderen auf. In den männlichen Krisenerfahrungen findet sich, so könnte eine *erste Arbeitshypothese* als heuristischer Ausgangspunkt für empirische Erkundungen lauten, auch ein (zwar geringer, aber zunehmender?) kritisch-emanzipativer Überschuss als Ferment für ein neues Interesse an einer solidarisch-emanzipatorischen Arbeits- und Geschlechterpolitik bei Männern, die sich keineswegs auf lebensweltliche Belange beschränkt, sondern auch und gerade arbeitsweltliches Politikperspektiven umfasst. Dieser Überschuss kann empirisch anhand von drei normativen Leitbildern ausgelotet werden, die geeignet sind, männliches Krisenbewusstsein thematisch zu fokussieren (Egalitäres Geschlechterverhältnis, Gute Arbeit und das Ganze Leben)[4]. Sie liefern ein heuristisches Raster für die systematische Erkundung von männlichem Krisenbewusstsein auf betrieblicher Ebene. Ein männliches Krisenbewusstsein erwächst – so eine *zweite Arbeitshypothese* – vor allem aus den enttäuschten Erwartungen an das mit dem Wandel der Arbeit verknüpfte Versprechen von mehr Autonomie, überlagert von Frustrationen über wahrgenommene Verletzungen des Meritokratieprinzips. Entsprechend unserer Ausgangsthese einer wechselseitigen Verwobenheit der Krisen des fordistischen Arbeits- und Geschlechterregimes knüpft die hier vorgeschlagene Heuristik jeweils an subjektiv erfahrene Enttäuschungen normativer Ansprüche von Männern an das Geschlechterverhältnis, die Qualität der (Erwerbs)Arbeit und das Ganze Leben an. Eine Krise der *Männlichkeit* in der

4 Der Begriff „Gute Arbeit" knüpft an die in den 70er und 80er Jahren verfolgten arbeitspolitischen Ansätze einer Humanisierung der Erwerbsarbeit und an das daraus entwickelte gewerkschaftliche Leitbild insbesondere des Deutschen Gewerkschaftbundes an (vgl. DGB-Index Gute Arbeit 2006). „Ganzes Leben" meint hier eine für das Individuum ausgeglichene Balance zwischen verschiedenen lebens- und arbeitsweltlichen Ansprüchen sowohl in einer synchronen als auch in einer Lebenslaufperspektive unter den Bedingungen spätmoderner Entgrenzungen (vgl. Jurczyk u.a. 2009).

Erwerbsarbeit bildet sich in diesen Ansprüchen insofern ab, als sie mehr oder weniger explizit zentrale Strukturelemente des fordistischen Geschlechterregimes und der darüber vermittelten männlichen Hegemonie reflektieren. Aufgrund der unterschiedlichen Lagen, Wissensbestände und Erfahrungen in der Genusgruppe der Männer sind hier eher inkonsistente und höchst widersprüchliche Aussagen zu erwarten. Denn ein männliches geschlechterreflexives Krisenbewusstsein greift auf den verschiedenen betrieblichen Ebenen auf ein je unterschiedlich verfügbares Geschlechterwissen (Wetterer 2008; Dölling 2005) zurück. Die daraus erwachsenden Widersprüchlichkeiten lassen Brüche und Verwerfungen innerhalb (spät)fordistischer respektive neoliberaler Männlichkeit hervortreten, die Ansatzpunkte für geschlechterübergreifende gemeinsame Interessen und Bündnisse bieten könnten.

3.2 Subjektive Ansprüche von Männern an das Verhältnis der Geschlechter

Die Krise verstört männliche Ansprüche an das Verhältnis der Geschlechter. Sie verunsichert die habituellen Praktiken von Männlichkeit (Meuser 2010, 327), indem die bislang unhinterfragte männliche Dominanz im Geschlechterverhältnis reflektiert und ihre Legitimität offen in Frage gestellt wird. So müssen sich Männer in einem öffentlichen Diskurs zunehmend mit teils essentialisierenden Anwürfen auseinandersetzen, generative Prinzipien männlicher Praxis wie hohe Risikobereitschaft, Konkurrenzdenken und Profitstreben hätten die Krise verursacht, während *feminine skills* eine krisenentschärfende Wirkung zugeschrieben wird (vgl. Krell 2008). Männer geraten hier rhetorisch in die Defensive und werden mit Fragen nach ihrem Verantwortungsbewusstsein, ihrem Dominanz- und Risikoverhalten (nicht nur) in der Erwerbsarbeit konfrontiert. Gleichzeitig wird ihr Verhalten geschlechtlich markiert und als krisentreibend, wenn nicht gar verursachend (vgl. Wichterich 2010) auf einen gesamtgesellschaftlichen Krisenkontext bezogen. Dies kann zu Strategien der Verschiebung von Verantwortung innerhalb der Gruppe der Männer führen (Honegger u.a. 2010). Sie konturieren neue Konfliktlinien unter Männern, an denen auch Unmut über die zunehmende Einkommensungleichheit und ungerechtfertigte Privilegien (Bankerboni) bestimmter männlich dominierter Berufs-, Tätigkeits- und Einkommensgruppen artikuliert wird (beispielsweise zwischen Geschäfts- und Investmentbankern, wie bei Honegger u.a. 2010 bspw. auf S. 217ff. deutlich wird; aber auch intergenerationell zwischen jungen Vertretern der aufstiegsverhinderten Generation Praktikum und etablierten Führungskräften). Inwiefern Männer ihre Erfahrungen einer deprivierten Männlichkeit über

einen Rückgriff auf traditionelle Verhaltensmuster, pragmatische Anpassung oder kritisch-offensive Infragestellung hegemonialer Männlichkeit verarbeiten, ist eine empirisch weitgehend offene Frage. Darüber hinaus bringen zunehmend auch Männer Geschlechtergerechtigkeit – oder zumindest leistungsbezogene Geschlechterneutralität – als normativen Anspruch an subjektivierte Arbeit ein, die sie als unaufgelösten Widerspruch mit ihren alltäglichen Erfahrungen in der Arbeitswelt erleben. Das Erleben gemischtgeschlechtlicher Arbeitszusammenhänge, Frauen als Vorgesetzte und Erfahrungen mit der Situation eigener berufstätiger Töchter wären als potentielle Kristallisationspunkte von (männlicher) Kritik an den Verhältnissen zu untersuchen.

3.3 Subjektive Ansprüche von Männern an die Qualität/Nachhaltigkeit der Erwerbsarbeit

Die Subjektivierung von Arbeit (Lohr/Nickel 2009) ist mit einem Versprechen von mehr Partizipation im Sinne der eigenverantwortlichen Arbeitsgestaltung verbunden. Subjektpotentiale sollen effizienter eingebracht und dadurch auch die Qualität der Arbeit gesteigert werden. Dieses Versprechen lässt sich prinzipiell mit normativen Ansprüchen der Arbeitnehmer an eine Gute Arbeit verbinden, was ihre schon seit langem strapazierte Bereitschaft erklärt, die Belastungen der damit verbundenen betrieblichen Restrukturierungen mitzutragen. Dieser Vertrauensvorschuss scheint mittlerweile allerdings verbraucht. Denn die betriebsseitigen Qualitätskriterien für Gute Arbeit haben sich im finanzmarktgetriebenen Kapitalismus unter dem Druck innerbetrieblicher Vermarktlichung und kurzfristiger Gewinnmaximierungsstrategien einseitig in Richtung output-orientierter Produktivitätssteigerung entwickelt. Hier greifen zunehmend Arbeitsverdichtung und eine kapitalismusinhärente „Dynamisierungsspirale“ (Rosa 2009), die mit gesellschaftlichen Erwartungen und beschäftigtenseitig eingebrachten Ansprüchen an eine langfristig orientierte, sozial abgesicherte und nachhaltige Produktionsweise kollidieren. War der zunehmende Widerspruch zwischen Zeit-/Ressourcenverknappung und der Begrenztheit der natürlichen Grundlagen der Produktivkräfte im fordistischen Geschlechterregime noch eine vornehmlich weibliche Erfahrung, so teilen diese mit den krisenhaften Zuspitzungen im neoliberalen Turbokapitalismus immer mehr auch männliche Beschäftigte. Aufgrund der geschlechtsspezifischen Entwicklungspfade industriegesellschaftlicher Arbeitsteilung ist jedoch zu erwarten, dass sich diese Krisenerfahrungen strukturell geschlechtsgebrochen vermitteln. Für männliche Beschäftigte scheint hierbei vor allem die Wahrnehmung einer „Gesundheitskrise“ (Becker u.a. 2010) im

Vordergrund zu stehen, die aus dem Widerspruch zwischen den strukturellen Überforderungen durch hohe Zeit- und Arbeitsverdichtung einerseits und der in entsicherten Arbeitsverhältnissen erzwungenen Eigenverantwortung für körperliche und mentale Arbeitsfähigkeit andererseits erwächst. Die zunehmende Beschleunigung der Arbeitsabläufe, die eine Ökonomisierung auch des privaten Lebens erzwingt, könnte als ein individueller Kontrollverlust empfunden werden, der die traditionelle männliche Identität des autonomen Subjekts verunsichert. Durch Arbeitsverdichtung induzierte Stressbelastungen, interpretiert als Resultat eines entgrenzten Wettbewerbs, könnten aber auch Ansatzpunkte für eine kritische Reflexion kapitalistischer Wachstumszwänge – und mit ihnen assoziierter männlicher Arbeitspraktiken – bieten. Das darin angelegte Kritikpotential könnte sich erhöhen, wenn die Beschleunigungs- und Wachstumsspirale zusätzlich als Qualitätsverlust des Produkts der eigenen Arbeit erfahren wird. Ein weiterer Bezugspunkt enttäuschter Ansprüche an Gute Arbeit, der noch viel direkter an männlichen Identitätskonzepten ansetzt, liegt in der Problematik abnehmender Berechenbarkeit und Planbarkeit von Erwerbsarbeitsverläufen für fordistisch standardisierte männliche Berufskarrieren und Familienernährerbiografien. Scholz (2009) verweist in diesem Zusammenhang auf ein männliches „Reproduktionsproblem", weil es immer weniger jungen Männern in niedrig qualifizierten Erwerbspositionen gelingt, eine Partnerin zu finden, mit der sie eine beständige Familie gründen und Kinderwünsche realisieren können. Als Hauptursachen macht sie einerseits die Unsicherheit der beruflichen Entwicklung aus, andererseits veränderte Vorstellungen von Vaterschaft und Partnerschaftsstatus (Scholz 2009, 89). In der aktuellen Krise stellt sich allerdings die Frage, inwiefern nicht auch bei höherqualifizierten Männern gewandelte Ansprüche an Partner- und Elternschaft sowie wachsende berufliche Unsicherheiten einen Veränderungsdruck auf traditionelle männliche Muster von Erwerbsarbeit erzeugen.

3.4 Subjektive Ansprüche von Männern an das Ganze Leben

In ihrer Studie über weibliche Potentialträgerinnen in der Landesbank Berlin weisen Nickel, Fahrenholz und Meißner (2002) bei den interviewten Frauen eine „reflexive Karriereorientierung" nach, die die männlich geprägte Arbeitskultur mit ihren hohen Verfügbarkeitsanforderungen auf höheren Führungsebenen als wenig attraktiv für Frauen erscheinen lässt. Obgleich sich dies strukturell als geschlechtsspezifische Aufstiegsbarriere für hochqualifizierte Frauen auswirkt, verzichten die Frauen nicht auf ihre subjektiven Ansprüche an ein Ganzes Leben: „Die Arbeit soll Spaß machen, sie soll eine Herausforderung und keine

Überforderung sein *und sie soll nicht ausschließlicher Bestandteil des Lebens sein*. Darüber hinaus zählen auch ethisch-moralische Bewertungskriterien, die sich vor allem auf die sozialen Konsequenzen von Unternehmensentscheidungen beziehen" (Nickel/Hüning 2008, 231; Herv. ah). Ein Teil des handlungsleitenden Orientierungsmusters „reflexive Karriereorientierung" entspricht also dem, was unter Qualitätsansprüchen an Gute Arbeit gefasst ist und zunehmend auch für Männer relevant werden könnte. Hinzu kommt hier der Wunsch nach autonomen Gestaltungsspielräumen in subjektivierter Arbeit, die auch Raum und Zeit für ein selbstbestimmtes Leben *jenseits* der Erwerbsarbeit bieten. Dies galt bisher als vornehmlich von Frauen formulierter Anspruch, dessen Triebfeder in einer sozialisierten Doppelorientierung von Frauen auf die Erfordernisse der häuslich-privaten *und* der Erwerbsarbeitssphäre lokalisiert wurde (Becker-Schmidt 1987; Heintz u.a. 1997). Zwar sind auch Männer in die widersprüchliche Struktur von Familien- und Erwerbssphäre eingebunden. Sie konnten die darin enthaltenen Anforderungen und Belastungen aus unbezahlter Arbeit in der Privatsphäre im fordistischen Geschlechterregime jedoch weitgehend an Frauen delegieren (Kreckel 1993). Mit der Erosion des fordistischen Familienernährermodells und der neoliberalen Intensivierung und Verdichtung subjektivierter Erwerbsarbeit wachsen auch auf Seiten der Männer allmählich die Zweifel an einer einseitigen Erwerbszentrierung. Zwar scheint Erwerbsarbeit noch immer einen hohen Stellenwert für die männliche Identitätsbildung zu haben (Meuser 2010; Scholz 2009; Scholz 2004). Mit dem Befund beharrlicher männlicher Erwerbsorientierung sollte aber nicht ausgeblendet werden, dass möglicherweise für einen wachsenden Anteil von Männern die private Lebenssphäre eine Aufwertung erfährt. Inwiefern auch Männer im Zuge der Entgrenzung von Arbeit und Leben (Gottschall/Voß 2005; Jurczyk u.a. 2009) lebensweltliche Ansprüche auf ein Ganzes Leben stellen und in eine reflexive Karriereorientierung übersetzen, wäre allerdings empirisch erst noch zu überprüfen. Vermutlich ist hier eine größere Orientierung auf Freizeitbedürfnisse als bei Frauen festzustellen. Andererseits erfährt unter jüngeren Männern aktive Vaterschaft eine Aufwertung, so dass eine vereinbarkeitsorientierte Arbeits- und Geschlechterpolitik mit dem Ziel ausgewogener Verpflichtungsbalance tendenziell eine höhere Akzeptanz auch bei (jüngeren) Männern findet oder zumindest finden könnte.

4. Perspektiven für eine geschlechterdemokratische Interessenpolitik

Die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise spült die alten, nie aufgelösten Widersprüche gesellschaftlicher Arbeits- und Geschlechterverhältnisse wieder an die Oberfläche öffentlicher Diskurse und macht sie dadurch der Reflexion zugänglich. Dabei werden vermehrt auch neue soziale Konfliktlinien innerhalb der Genusgruppen sichtbar, entlang derer sich geschlechterübergreifende Interessenkonstellationen formieren können. Auch auf der Seite der Männer ist mit einem zunehmenden kritischen Krisenbewusstsein zu rechnen, das sie als betriebliche Akteure und potentielle Bündnispartner für eine solidarische Arbeits- und Geschlechterpolitik in Allianzen mit engagierten Frauen führen kann. Noch ist empirisch unklar, ob und inwieweit sich tatsächlich schon neue Allianzen für eine solidarisch-emanzipatorische Arbeits- und Geschlechterpolitik abzeichnen, in die in stärkerem Maße auch Männer einbezogen sind. Dennoch lassen sich bereits heute Anforderungen und Herausforderungen an eine solche Politik auf betrieblicher Ebene formulieren, die die Aktivierung solcher Potentiale zumindest nicht behindert, sondern möglichst befördert. Dazu wären zunächst einmal die subjektiven Ansprüche von Männern an das Geschlechterverhältnis, an Gute Arbeit und an das Ganze Leben empirisch differenzierter zu erheben, so dass sich Interessenkonvergenzen mit Frauen auf der betrieblichen Ebene ausloten und artikulieren lassen. Dies gelingt nur, wenn alte Antagonismen der Geschlechterkampf-Metapher in Frage gestellt und überkommene Deutungsmuster auf Seiten der Frauen, etwa die pauschalierende Annahme einer männlichen Verhaltensstarre ebenso wie anti-feministische Feindbilder auf Seiten der Männer kritisch reflektiert werden. Die Rethematisierung von Geschlecht durch die Krise eröffnet dann neue, machtvolle Perspektiven für eine solidarische Arbeits- und Geschlechterpolitik, wenn erstens insbesondere die geschlechterpolitische Dimension wieder als kollektives politisches Handeln jenseits individualistischer Mikropolitiken organisiert wird, d.h. von institutionalisierten betrieblichen Kollektivakteuren offensiv aufgegriffen wird, und wenn sie zweitens als geschlechterdemokratisches Projekt angelegt wird, das die subjektiven Ansprüche von Frauen *und von Männern* ernst zu nehmen und zu integrieren in der Lage ist.

Literatur

Baethge, Martin, 2001: Abschied vom Industrialismus: Konturen einer neuen gesellschaftlichen Ordnung der Arbeit. In: Baethge, Martin/Wilkens, Ingrid (Hg.): Die große Hoffnung für das 21. Jahrhundert? Perspektiven und Strategien für die Entwicklung der Dienstleistungsbeschäftigung. Opladen, 23-44.

Becker, Karina/Brinkmann, Ulrich/Nachtwey, Oliver, 2010: Die Krise in der Krise – Subjektive Wahrnehmungen und Reaktionsmuster von Beschäftigten. WSI Mitteilungen 9, 458-464.

Becker-Schmidt, Regina, 1987: Die doppelte Vergesellschaftung – die doppelte Unterdrückung: Besonderheiten der Frauenforschung in den Sozialwissenschaften. In: Unterkirchen, Lilo/Wagner, Ina (Hg.): Die andere Hälfte der Gesellschaft. Österreichischer Soziologentag 1985. Wien, 10-25.

–/Knapp, Gudrun-Axeli (Hg.), 1995: Das Geschlechterverhältnis als Gegenstand der Sozialwissenschaften. Frankfurt/M., New York.

Beer, Ursula, 1990: Geschlecht, Struktur, Geschichte. Soziale Konstituierung des Geschlechterverhältnisses. Frankfurt/M., New York.

Bischoff, Joachim/Detje, Richard/Lieber, Christoph/Müller, Bernhard/Siebecke, Gerd, 2010: Die große Krise. Hamburg.

Bourdieu, Pierre, 2005: Die männliche Herrschaft. Frankfurt/M.

Connell, R.W./Wood, Julian, 2005: Globalization and Business Masculinities. Men and Masculinities 7, 347-364.

Connell, Robert W., 1999: Der gemachte Mann. Konstruktion und Krise von Männlichkeiten. Opladen.

Demirović, Alex, 2011: Ökonomische Krise – Krise der Politik? In: Ders. u.a. (Hg.): Vielfachkrise im finanzmarktdominierten Kapitalismus. Hamburg, 63-78.

–/Dück, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hg.), 2011: Vielfachkrise im finanzmarktdominierten Kapitalismus. Hamburg.

Dölling, Irene, 2005: 'Geschlechter-Wissen' – ein nützlicher Begriff für die 'verstehende' Analyse von Vergeschlechtlichungsprozessen? Zeitschrift für Frauenforschung und Geschlechterstudien. 23. Heft 1/2, 44-62.

Frey, Michael, 2007: Wandel betrieblicher Geschlechterpolitik durch Vermarktlichung und Subjektivierung von Arbeit – „Riskante Chancen" für Frauen. In: Aulenbacher, Brigitte/Funder, Maria/Jacobsen, Heike/Völker, Susanne (Hg.): Arbeit und Geschlecht im Umbruch der modernen Gesellschaft. Wiesbaden, 165-182.

–, 2009: Autonomie und Aneignung in der Arbeit. Eine soziologische Untersuchung zur Vermarktlichung und Subjektivierung von Arbeit. München/Mering.

Gottschall, Karin/Voß, Günter G. (Hg.), 2005: Entgrenzung von Arbeit und Leben. Zum Wandel der Beziehung von Erwerbstätigkeit und Privatsphäre im Alltag. München/Mering.

Heilmann, Andreas, 2010: Hegemoniale Männlichkeit zwischen flexibler Modernisierung und 'systemischer' Krise. EWE. 21/2010, 355-358.

Heintz, Bettina/Nadai, Eva/Fischer, Regula/Ummel, Hannes, 1997: Ungleich unter Gleichen – Studien zur geschlechtsspezifischen Segregation des Arbeitsmarktes. Frankfurt/M.

Heitmeyer, Wilhelm, 2010: Deutsche Zustände. Folge 9. Frankfurt/M.

Honegger, Claudia/Neckel, Sighard/Magnin, Chantal, 2010: Strukturierte Verantwortungslosigkeit. Berichte aus der Bankenwelt. Frankfurt/M.

Jurczyk, Karin/Schier, Michaela/Szymenderski, Peggy/Lange, Andreas/Voß, Günter G., 2009: Entgrenzte Arbeit – entgrenzte Familie. Grenzmanagement im Alltag als neue Herausforderung. Berlin.

Kreckel, Reinhard, 1993: Doppelte Vergesellschaftung und geschlechtsspezifische Arbeitsmarktstrukturierung. In: Frerichs, Petra/Steinrücke, Margareta (Hg.): Soziale Ungleichheit und Geschlechterverhältnisse. Opladen, 51-63.

Krell, Gertraude, 2008: „Vorteile eines neuen, weiblichen Führungsstils": Ideologiekritik und Diskursanalyse. In: Dies. (Hg.): Chancengleichheit durch Personalpolitik. Gleichstellung von Frauen und Männern in Unternehmen und Verwaltungen. Rechtliche Regelungen – Problemanalysen – Lösungen. Wiesbaden, 319-330.

Kurz-Scherf, Ingrid, 2009: Monopoly-Kapitalismus – Reservat der Männlichkeit. Blätter für deutsche und internationale Politik. 5, 36-40.

Lohr, Karin/Nickel, Hildegard Maria (Hg.), 2009: Subjektivierung von Arbeit – Riskante Chancen. Münster.

Meuser, Michael, 1998/2006: Geschlecht und Männlichkeit: Soziologische Theorie und kulturelle Deutungsmuster. (1. Aufl. 1998/2. überarbeitete und aktualisierte Aufl. 2006). Wiesbaden.

–, 2001: „Ganze Kerle", „Anti-Helden" und andere Typen. Zum Männlichkeitsdiskurs in neuen Männerzeitschriften. In: Döge, Peter/Meuser, Michael (Hg.): Männlichkeit und soziale Ordnung. Neuere Beiträge zur Geschlechterforschung. Opladen, 219-236.

–, 2010: Geschlecht, Macht, Männlichkeit – Strukturwandel von Erwerbsarbeit und hegemoniale Männlichkeit. EWE. 21/2010, 325-336.

Meuser, Michael/Scholz, Sylka, 2011: Krise oder Strukturwandel hegemonialer Männlichkeit? In: Bereswill, Mechthild/Neuber, Anke (Hg.): In der Krise? Männlichkeiten im 21. Jahrhundert. Münster, 56-79.

Nickel, Hildegard Maria/Fahrenholz, Anja/Meißner, Hanna, 2002: Potentialträgerinnen sichtbar machen. Forschungsprojekt bei der Landesbank Berlin, gefördert durch die Hans-Böckler-Stiftung. Humboldt-Universität zu Berlin. Auszüge publiziert in: Fahrenholz, Anja/Meißner, Hanna, 2003: Welche Macht wollen Frauen? Reflexive Karriereorientierung von weiblichen Führungskräften. In: Dackweiler, Regina-Maria/Hornung, Ursula (Hg.): frauen – macht – geld. Münster, 207-226.

Nickel, Hildegard Maria/Hüning, Hasko (Hg.), 1998: Finanzmetropole Berlin. Strategien betrieblicher Transformation. Opladen.

–, 2008: Frauen an die Spitze? Zur Repolitisierung der Arbeits- und Geschlechterdebatte. In: Eickelpasch, Rolf/Rademacher, Claudia/Lobato, Philipp Ramos (Hg.): Metamorphosen des Kapitalismus – und seiner Kritik. Wiesbaden, 216-238.

Nickel, Hildegard Maria/Hüning, Hasko/Frey, Michael, 2008: Subjektivierung, Verunsicherung, Eigensinn. Auf der Suche nach Gestaltungspotentialen für eine neue Arbeits- und Geschlechterpolitik. Berlin.

Nickel, Hildegard Maria/Völker, Susanne/Hüning, Hasko, 1999: Transformation – Unternehmensreorganisation – Geschlechterforschung. Opladen.

Rosa, Hartmut, 2009: Kapitalismus als Dynamisierungsspirale – Soziologie als Gesellschaftskritik. In: Dörre, Klaus/Lessenich, Stephan/Rosa, Hartmut (Hg.): Soziologie Kapitalismus Kritik. Eine Debatte. Frankfurt/M., 87-125.

Scholz, Sylka, 2004: Männlichkeit erzählen. Lebensgeschichtliche Identitätskonstruktionen ostdeutscher Männer. Münster.

–, 2009: Männer und Männlichkeiten im Spannungsfeld zwischen Erwerbs- und Familienarbeit. In: Aulenbacher, Brigitte/Wetterer, Angelika (Hg.): Arbeit. Perspektiven und Diagnosen der Geschlechterforschung. Münster, 82-99.

Vester, Michael/Gardemin, Daniel, 2001: Milieu, Klasse, Geschlecht. Das Feld der Geschlechterungleichheit und die „protestantische Alltagsethik". In: Heintz, Bettina (Hg.): Geschlechtersoziologie. Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. 41/2001, 454-486.

Wetterer, Angelika, 2008: Geschlechterwissen und soziale Praxis. Theoretische Zugänge – empirische Erträge. Königstein/Taunus.

Wichterich, Christa, 2010: Geschlechteranalysen und -diskurse in der Krise. Peripherie. 118/119, 164-187.

Friederike Habermann

Der *homo oeconomicus* und seine Animal Spirits
Wie die Wirtschaft wirklich (nicht mehr länger) funktioniert

In den Wirtschaftswissenschaften geschieht eine Revolution: die Entdeckung, dass der Mensch nicht immer nur – und erst recht nicht nur auf eine spezifisch ökonomische Weise – rational handelt. Aufsehen erregt hat in diesem Zusammenhang vor allem die von George A. Akerlof und Robert Shiller im Jahre 2009 vorgelegte Schrift mit dem Titel *Animal Spirits: Wie die Wirtschaft wirklich funktioniert* (Akerlof/Shiller 2009). Ist damit die jahrzehntelange Kritik von Feministinnen am Menschenbild des *homo oeconomicus* nun endlich im Mainstream der Wirtschaftswissenschaften angekommen und damit hinfällig geworden?

Im Folgenden werden zunächst Begriff und Genese des *homo oeconomicus* erläutert, um daraufhin die Innovation von Akerlof und Shiller darzustellen – allerdings aus der Perspektive einer feministischen Ökonomin, die sich manchmal eines ironischen Untertons nicht enthalten kann und will. Dennoch geht es mir um einen ernsthaft-kritischen Einblick in die Gedankenwelt der Wirtschaftswissenschaften. Dabei will ich vor allem verdeutlichen, dass es (anders als gerade auch im Zuge der Finanzmarktkrise oft nahegelegt wird) nicht deren Komplexität, sondern ihr einfaches Strickmuster ist, welches sich – vielleicht insbesondere für Frauen – oft schwer verstehen lässt. Die Betrachtungen schließen mit einer kurzen Überlegung, was das Menschenbild des *homo oeconomicus* mit uns macht, und wie das feministische Konzept des *queering* auf unsere ökonomischen Identitäten übertragen werden kann.

Genealogie des *homo oeconomicus* und feministische Kritik

Den lateinischen Term *homo oeconomicus* gebraucht zum ersten Mal Vilfredo Pareto in seinem *Manuale di economia politica* von 1906. Der englische Ausdruck *economic man* findet sich bereits in John Kells Ingrams *A History of Political Economy* von 1888. Ingram verwendet ihn sowohl für die Theorie von Adam Smith als auch für die von Mill, und er vermutet, dass Adam Smith (1723-1790) sich nur dem Geist seiner Zeit anpasste, als er Menschen auf die Verfolgung

ihres individuellen Vorteils reduzierte. John Stuart Mill (1806-1873) dagegen habe explizit deutlich gemacht, dass diese Annahme der politischen Ökonomie verkürzt sei und nicht die Wirklichkeit des Menschen abbilde. Smith und Mill stünden damit im Gegensatz zu anderen Ökonomen, welche sich dieser Verkürzung nicht bewusst seien.

Dies gilt vor allem für spätere Vertreter der ökonomischen Theorie. William Stanley Jevons (1835-1882) setzte Nutzen explizit mit Eigennutz gleich – anders als noch der Begründer des Utilitarismus, Jeremy Bentham (1748-1832), der darunter nicht weniger als das größtmögliche Glück der Menschheit verstanden hatte. Jevons, der die wirtschaftswissenschaftliche Methode „as sure and demonstrative as that of kinematics or statics, nay, almost as self-evident as are the elements of Euclid" ansah (Jevons 1871, 21), betonte zwar, dass es keine messbare Einheit für Gefühle gebe, glaubte aber gleichzeitig, durch die Vergleichbarkeit der verschiedenen mit dem letzten Geldatom hinzugewonnenen 'pleasures' eine Gleichsetzung mit dem Geldpreis erreichen zu können, ja sogar, dass umgekehrt aus den gegebenen ökonomischen Größen auf die Quantität menschlicher Gefühle geschlossen werden könne (vgl. Manstetten 2002, 72).

Von hier aus war es ein nur folgerichtiger Schritt zu der von Gustav Cassen 1899 publizierten „Einsicht", dass der Rückgriff auf Nutzen (oder Glück) im Vergleich zu einer direkten Verwendung von monetären Nachfragefunktionen keinerlei zusätzliche Information in sich berge. Der Gedanke, eine Steigerung des Glücks sei mit einer Erhöhung von Produktion und Kaufkraft gleichzusetzen, setzte sich durch. Der Wohlfahrtstheoretiker Arthur Cecil Pigou (1877-1959) argumentierte, die Unterscheidung zwischen Verlangen und Befriedigung habe eine große theoretische, jedoch kaum eine praktische Bedeutung; er setzte den Erwerb von Wirtschaftsgütern mit Nutzenzuwachs gleich – und damit Kauf mit Wohlbefinden.

Subjektive Werte galten nun als unmittelbar aus beobachtbaren Abläufen, aus tatsächlich stattfindendem Entscheidungsverhalten ermittelbar, weil sich dieses immer „rational" an jenen orientiere. Dieses Verständnis von Rationalität diente der Legitimierung des Marktmechanismus als Grundlage der Verteilung: Indem unterstellt wird, dass alle Akteure rational handeln – völlig unabhängig davon, wie sie tatsächlich handeln, wie es ihnen damit ergeht und welche anderen Wahlmöglichkeiten ihnen offen stehen – erscheint der Markt als optimales Verteilungs- und Allokationssystem. Die marktförmige Verteilung und Allokation von Ressourcen wird als ein Interaktionsverfahren beschrieben, das prinzipiell optimale Ergebnisse hervorbringt, über die folglich auch nicht mehr verhandelt werden kann und darf.

Es sei denn, die Handelnden waren Frauen: Beispielsweise beschrieb der französische Ökonom und Utilitarist Jean Baptiste Say (1767-1832) Frauen als irrationale Konsumentinnen, und John Ramsey McCulloch (1789-1864) bezeichnete das von ihm beobachtete Bemühen von Frauen der Mittelklasse, bei der Arbeitssuche Stellungen im Haushalt unter allen Umständen vermeiden zu wollen, weshalb dieser Arbeitsbereich '*undercrowded*' sei, als irrational. Interessant ist, wie hier mit dem Begriff 'Irrationalität' argumentiert wurde, obwohl ansonsten davon ausgegangen wird, dass – solange Individuen eine in sich konsistente Rangordnung bei ihren Entscheidungen einhalten – niemand sich irrational verhalten kann, da der Eigennutzen und die eigene Wahl alleiniges Kriterium für Rationalität darstellen.

Generell gilt: Da die Wirtschaftstheorie dem methodologischen Individualismus verhaftet ist – der sich dadurch kennzeichnet, dass er als Erklärungsmethode ausschließlich das Verhalten von Individuen zur Grundlage nimmt und dieses dann aggregiert – kann sie strukturelle Differenzen analytisch nicht erfassen. Diskriminierung nach Geschlecht oder Ethnie, aus wirtschaftlicher Sicht also das freiwillige Überbezahlen von Arbeitnehmenden, nur weil sie weiß und/oder männlich sind, lässt sich so nicht erklären. Im Gegenteil: solche diskriminierenden Unternehmen können und dürften sich nicht als konkurrenzfähig erweisen, so dass theoretisch mittelfristig immer ein Gleichgewichtszustand ohne Diskriminierung eintreten müsste.

Wie bereits in der Einleitung erwähnt haben in den letzten Jahrzehnten feministische Ökonom_innen vielfach die androzentrischen, männerfixierten Verzerrungen der ökonomischen Grundprinzipien und damit des *homo oeconomicus* kritisiert.[1] Aus liberaler Perspektive geschieht dies mit dem Ziel, Frauen/*people of colour* ihre Fähigkeit zu (ökonomischer) Rationalität zuzusprechen; aus differenzfeministischer wurde hingegen die Forderung erhoben, männliche Rationalität durch weibliche Sichtweisen zu ergänzen, um eine ganzheitlichere Ökonomie zu erreichen. Beide Ansätze greifen allerdings zu kurz. Die erste Perspektive akzeptiert den Anspruch auf Allgemeingültigkeit des *homo oeconomicus* und damit eines Konzepts, das auf weiße, bürgerliche Männer zugeschnitten ist; die zweite Perspektive setzt die der Männlichkeit und der Weiblichkeit zugeschriebenen Eigenschaften als essentiell voraus und reproduziert damit Geschlechterstereotype. Beide Ansätze negieren den identitätskonstruierenden Aspekt, den der *homo oeconomicus* als Grundlage der Wirtschaftstheorie besaß und besitzt.

1 Einen guten Überblick geben Ferber/Nelson 1993 und 2003 sowie die seit 1994 in Assoziation mit IAFFE (International Association of Feminist Economists) dreimal jährlich erscheinende Zeitschrift *Feminist Economics*.

Aufbauend auf dekonstruktivistischen Konzepten lässt sich zeigen, dass und wie der *homo oeconomicus* nicht nur als Stereotyp des weißen, heterosexuellen, gesunden, jungen (etc.) Mannes als Wirtschaftssubjekt fungiert; es besteht vielmehr auch ein diskursiver Zusammenhang zwischen diesem Entwurf und der Konstruktion des (Wirtschafts-)Subjektes im modernen Staat. Historische Forschungen zeigen darüber hinaus, dass und wie der *homo oeconomicus* als Referenz für die Ausbildung des Stereotyps 'Frau' oder 'schwarz' fungiert. Heute hat der *homo oeconomicus* allerdings eine so weitreichende, geradezu allgemeingültige Hegemonie ausgebildet, dass er auch für Frauen/*people of colour* als Leitfigur gilt: Beinahe jede_r strebt danach, unabhängig, flexibel und erfolgreich zu sein. Der *homo oeconomicus* hat als Leitbild Gültigkeit für alle Identitäten erlangt – da er jedoch in engem Zusammenhang und in Interaktion mit der Konstruktion des weißen, männlichen Bourgeois entstanden ist, bleibt es für Mitglieder dieser Identität leichter, dem Leitbild zu genügen und vor allem erfolgreich zu sein (vgl. Habermann 2008).

Der Wirtschaftsgeist Ende des alten Jahrtausends: Gary S. Becker

Gary S. Becker, Nobelpreisträger von 1992 und Begründer der *New Home Economics*, teilt die feministische Kritik an der (schon bei Smith zu findenden) Konzeption einer Ökonomie, die davon ausgeht, der Markt werde bestimmt von vollkommener Konkurrenz und vollkommenem Egoismus, wohingegen „zu Hause" von vollkommenem Altruismus auszugehen sei. Bei Becker verbindet sich die Kritik an diesem Dualismus allerdings mit einer anderen Motivation als bei den meisten Feministinnen: Ökonomische Theorie ist für ihn nicht mehr nur für einen Teilbereich der Gesellschaft gültig, sondern für jede auch noch so intime Sphäre menschlichen Lebens. Für Becker herrscht immer und überall vollkommener Egoismus (vgl. Becker 1976).

Doch auch Becker erklärt wie seine Vorgänger, die Familien-Nutzenfunktion sei identisch mit der des Oberhauptes, weil „seine Sorge um das Wohlergehen der anderen Mitglieder gewissermaßen die Nutzenfunktionen aller Mitglieder in eine einzige konsistente 'Familien'-Funktion integriert" (Becker 1976, 301). Unterschiedliche Interessen und Machtverhältnisse innerhalb von Familien existieren von daher auch bei Becker nicht.

Gleichzeitig fasst er Ehe als eine auf Reproduktion ausgerichtete '2-Personen-Firma', welche ihre Arbeitszeit nach rationalen Gesichtspunkten auf Markt- und

Haushaltsproduktion aufteile, wobei der auf dem Arbeitsmarkt zu erzielende Lohnsatz eine entscheidende Rolle spiele. Da Frauen einen geringeren erzielten, übernähmen sie die Hausarbeit. Darum wiederum verlören sie an Humankapital, ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt verschlechterten sich weiter und ihr potenzielles Einkommen sinke. Warum Frauen sich langfristig nach ökonomischen Kriterien derartig unökonomisch verhalten, erklärt Becker damit, dass sich nur so ihre 'enorme biologische Investition in die Reproduktion rentiere' (vgl. Becker 1981, 21). Zwar sieht er nicht bei allen, sondern nur bei den meisten Frauen eine solche biologisch bestimmte Orientierung auf den Haushalt statt auf den Markt, gleichwohl erweise sich dies aber als komparativer Vorteil des gesamten weiblichen Geschlechts, welcher dann auch die geschlechtsrollenspezifische Erziehung für alle Mädchen sinnvoll erscheinen lasse.

Doch trotz des Firmenvergleichs: Die Haus- und Versorgungsarbeit erscheint bei Becker nicht als Arbeit, sondern als 'produktiver Konsum' oder bestenfalls als 'zeitintensive Aktivität' (vgl. Becker 1976, 112/119). Aber nicht die Zeitintensivität sei ausschlaggebend dafür, ob 'Kinder als dauerhafte Konsumgüter' von 'höherer Qualität' gelten oder nicht, sondern ausschließlich die Höhe der Investition (separates Schlafzimmer? Musikunterricht? privates College?) mache den Unterschied: „Ich werde teurere Kinder als Kinder 'höherer Qualität' bezeichnen, in der gleichen Weise wie Cadillacs Wagen von höherer Qualität sind als Chevrolets", erläutert Becker, um jedes Missverständnis auszuschließen (Becker 1976, 190).

Genauso ökonomistisch erklärt er die Monogamie: „Wenn man unterstellt, dass alle Männer und alle Frauen jeweils identisch sind, und wenn man die durchaus plausible Annahme macht, dass zusätzliche Personen bei Haushalten mit einem Mann und einer Frau 'abnehmende Erträge' erbringen, so wäre der Gesamtoutput von, sagen wir, zwei männlichen Einpersonenhaushalten und einem Haushalt mit drei Frauen und einem Mann geringer als der Gesamtoutput dreier Haushalte, die jeweils aus einem Mann und einer Frau bestehen" (Becker 1976, 233). Polygamie mache allerdings Sinn, wenn eine große Ungleichheit zwischen den Männern herrsche, und somit der Gesamtoutput größer sein könnte, „wenn jemand als zweite Frau eines fähigen Mannes mehr zum Output beitragen würde, denn als erste Frau eines weniger fähigen Mannes" (Becker 1976, 267).

Dieser 'ökonomische Imperialismus' macht Schule. Reiner Manstetten zitiert in *Das Menschenbild der Ökonomie* (2002) ein 1993 von Bernd-Thomas Ramb veröffentlichtes Beispiel für *Die allgemeine Logik menschlichen Handelns*:

> „Ein junger Mann möchte mit einer von ihm verehrten jungen Dame ein privates Rendezvous durchführen. Damit sollen fünf Aktivitäten zusammenhängen, über deren Beiträge zur Verminderung oder Erhöhung seines Wohlbefindens er zum Zeitpunkt der Entscheidung für die Einladung zum Rendezvous bestimmte Erwartungen bildet. Zunächst folgen drei als unangenehm angesehene Handlungen (1. zum Supermarkt gehen und einkaufen, 2. Wohnung aufräumen und 3. ein Essen zubereiten) und anschließend zwei angenehme Handlungen (4. mit der Freundin das Essen einnehmen und 5. trautes Beisammensein). Der Beitrag der einzelnen Aktivitäten zur Wohlbefindensänderung kann unterschiedlich hoch sein [...] Entscheidend ist, dass am Ende der Aktivitätenfolge ein höheres Wohlbefindensniveau [Für die Höhe des Wohlbefindens am Ende sind, so Ramb (ibid. 14.), insbesondere die Faktoren 'Kusslänge und Kussintensität' im Rahmen der 'fünften Aktivität' von Bedeutung, R.M.] erreicht wird als am Anfang" (Ramb 1993, zitiert nach Manstetten 2002, 115).

Zwischenmenschliche Beziehungen werden auf Konsum reduziert, und Liebe, Verliebtheit, Verlangen oder auch Gier sind nichts als recht ungenaue Beschreibungen eines simplen Kosten-Nutzen-Kalküls. Die ökonomische Analyse gewinnt hier aufklärerische Funktion: Sie nimmt für sich in Anspruch, dem Menschen bewusst zu machen, was er – mal mehr, mal weniger offensichtlich – immer und überall tut. Verborgene Kosten-Nutzen-Kalküle bilden demnach die unbewusste Rationalität menschlichen Handelns. Bei Becker werden Menschen folgerichtig zu *decision units*[2] oder zum *REMM: resourceful, evaluating, maximising man*.

Machtverhältnisse werden nicht nur in der *black box* Familie ignoriert, sondern generell und systematisch ausgeblendet. Und trotzdem: Der ökonomische Ansatz kann sich in seiner eigenen Logik nicht als falsch erweisen – er ist sogar so gut wie unwiderlegbar. Das liegt – wie Gary S. Becker selbst betont – an seiner „fast tautologischen Art" (Becker 1976, 6). Wenn eine allem Anschein nach günstige Gelegenheit nicht ergriffen wird, dann wird daraus auf individuelle Präferenzen geschlossen, die psychische Kosten aufgrund dieser vermeintlich günstigen Gelegenheit verursachen. Entsprechend argumentiert Becker, der seine Dissertation über die ökonomische Diskriminierung von Schwarzen schrieb, mit den 'psychischen Kosten' der (weißen) Arbeitgebenden, welche sich nur bei wesentlich niedrigeren Lohnzahlungen bereit erklären würden, Schwarze in ihrem Unternehmen zu dulden (vgl. Becker 1957).

2 Vgl. Becker 1976; im englischen Original (S. 7) heißt es '*decision units*', in der deutschen Übersetzung (S. 6) wird jedoch von 'Entscheidungsträgern' gesprochen.

Im neuen Jahrtausend: Auf dem Weg zum Glück?

Im Übergang zum neuen Jahrtausend finden sich dann zunehmend Ansätze, die über eine rein monetäre Betrachtung hinausgehen. Der Soziologe Siegwart Lindenberg (1985) erweitert entsprechend das REMM-Modell um die Eigenschaften 'restricted' und 'expecting' zum RREEMM, womit er ebenfalls sozialpsychologische Beschränkungen einbeziehen will. Die von ihm begründeten *Behavioural Economics* verwenden Forschungen über Voreingenommenheiten im Denken und Fühlen, um Rückschlüsse auf wirtschaftliche Entscheidungen zu ziehen.

Um die Jahrtausendwende setzt bei einigen Ökonomen noch deutlicher eine Rückbesinnung auf utilitaristische Ursprünge ein: Das Glück wird wiederentdeckt. Der Wirtschaftswissenschaftler Richard Layard versucht, der Reduzierung von Glück auf Kaufkraft in der ökonomischen Theorie und Politik entgegenzuwirken. Zentral ist für ihn dabei seine Erkenntnis, „Arbeit ist gut für die Seele" (Layard 2006). Mit fast jeder Arbeit werde man sich besser fühlen, als wenn man keine Arbeit habe: „Unsere Forschung zeigt, dass es in Ländern, deren Arbeitsmarktpolitik Druck auf Menschen ausübt, vorhandene Jobs anzunehmen, weniger unglückliche Menschen gibt" (ebd.). Dementsprechend beriet Layard den britischen Premierminister Tony Blair jahrelang in der Arbeitsmarktpolitik. Layard wurde zum Architekt der '*Welfare to Work*'-Politik, dem Vorbild der deutschen Sozialreformgesetzgebung, welche unter dem Stichwort 'Hartz IV' bekannt wurde. Dass die von 'Hartz IV' Betroffenen nicht glücklicher geworden seien, liegt für ihn daran, dass diese Maßnahme noch nicht weit genug gegangen wäre: „Am Ende werden die Arbeitslosen sich bei der Bundesregierung bedanken" (ebd.).

Durch die Beachtung der psychischen Ebene kommt die Ökonomie dem ursprünglichen utilitaristischen Konzept von *pleasure* und *pain* wieder näher, als es in der Ökonomie durch die Verkürzung auf monetäre Aspekte über lange Zeit hinweg üblich war. Am tautologischen Grundmuster der ökonomischen Argumentation, womit gesellschaftliche Bedingungen entnannt werden, ändert sich jedoch nichts.

Die Erkenntnisse der Herren Akerlof und Shiller

George Akerlof gehört zu der neuen Art von Nobelpreisträgern für Ökonomie, die inzwischen immer häufiger an Menschen verliehen werden, die nicht mehr die Theorie auf die alltägliche Wirklichkeit ausweiten, sondern die alltägliche Wirklichkeit wieder in die Theorie zurückholen. Akerlof hat im Jahr 2001 u.a. zusammen mit Joseph Stiglitz den Nobelpreis für die Einsicht erhalten, dass es

beim Abschluss von Verträgen manchmal einen unterschiedlichen Informationsstand bei den Vertragspartnern geben kann. Darüber hinaus hat er zusammen mit Rachel Kranton (2010) festgestellt, dass sich Frauen bzw. Schwarze, die ihr Leben weniger auf Karriere ausrichteten als weiße Männer, aus ihrer Sicht durchaus rational verhielten – da sie nämlich in der geforderten 'Insider-Identität', die nun mal überwiegend aus weißen Männern bestehe, nicht völlig aufgingen. Wieder einmal blendet die Reduktion auf individuelles Entscheidungsverhalten strukturelle Machtverhältnisse aus.

In der Veröffentlichung *Animal Spirits: Wie die Wirtschaft wirklich funktioniert*, die Akerlof 2009 zusammen mit seinem Kollegen Robert Shiller vorgelegt hat, werden nun die *Animal Spirits* ökonomischer Akteure entschlüsselt. Diese werden – anders als man vielleicht vermuten würde – von den Autoren nur an einer Stelle mit 'Instinkten' gleichgesetzt. Vielmehr definieren sie sie vage als „ein Element der Rastlosigkeit und Widersprüchlichkeit in der Wirtschaft" (Akerlof/Shiller 2009, 21). Als ökonomischer Ausdruck umschrieben *Animal Spirits* „unseren eigentümlichen Umgang mit Mehrdeutigkeit oder Ungewissheit. *Animal Spirits* können lähmen; unter anderen Bedingungen können sie erfrischend und belebend wirken und uns helfen, unsere Angst und Unentschiedenheit zu überwinden" (ebd.).

Wirtschaftstheorie, so argumentieren die Autoren, beschäftige sich ausschließlich mit ökonomischen Zielen und rationalen Entscheidungen – in die allerdings, beispielsweise bei Garry S. Becker wie oben dargelegt, durchaus auch die 'psychischen Kosten' der weißen Arbeitgeber durch das Einstellen schwarzer Arbeiter eingehen können, die dann aber als rationale Erwägungen nach ökonomischen Kalkülen umgedeutet werden. Für Akerlof und Shiller vertrat demgegenüber John Maynard Keynes in seiner *General Theory*, dem Hauptwerk des Keynesianismus, einen grundlegend anderen Ansatz, indem er nicht einfach von rationalen Entscheidungen ausging, sondern davon, dass *Animal Spirits* Entscheidungen beeinflussen. Adam Smith dagegen und mit ihm die gesamte liberale Theorie sowie bis dato ebenso die um Anschluss bemühten keynesianischen Theoretiker, inklusive ihnen selbst, hätten dies bislang nicht richtig rezipiert (Akerlof/Shiller 2009, 22).

Akerlof und Shiller wollen nun die Wirtschaftstheorie mit den *Animal Spirits* wieder anreichern. Als solche beschreiben sie fünf: *Vertrauen*, *Fairness*, *Korruption* und unmoralisches Verhalten, *Geldillusion* sowie zuletzt *Geschichten*. Im Folgenden sei jeweils kurz ihre Argumentation wiedergegeben:

Das Einstiegsbeispiel für *Vertrauen* lautet wie folgt: Akerlof reflektiert, dass er vor wenigen Jahren die Tatsache, dass ein entfernter Verwandter für sein Wohn-

haus in Norwegen eine Million Dollar zahlte, nicht als 'kuriose skandinavische Besonderheit', sondern als 'Ausdruck einer weltweiten Immobilienblase' hätte erkennen müssen. „Aber er [Akerlof, F.H.] war zu vertrauensselig gewesen" (2009, 32), interpretiert er jetzt seine eigene Fehleinschätzung. Wieso hier nicht auch davon gesprochen werden kann, dass seine rationale Kapazität versagt hat, wird nicht begründet. Jedenfalls scheint Vertrauen in der wirtschaftlichen Analyse wenig förderlich zu sein.

Auch *Fairness* erscheint als problematische Größe: Diese, im Beispiel vorzufinden in Form sozialer Gruppen unter Arbeitnehmern, beschränke schließlich die Freiheit der Arbeitgeber, Löhne 'markträumend', also so weit zu senken, dass die Arbeitslosigkeit beseitigt werden könnte.

Selbstverständlich kritisieren Akerlof und Shiller auch *unmoralisches Verhalten*. Allerdings bleibt die Frage völlig offen, was an der von den beiden beispielhaft genannten Korruption nicht ökonomisch rational sein soll? Verständlicher wird dies bei der *Geldillusion*, mit der sie die Tendenz unter Wirtschaftssubjekten erläutern, Inflation nicht mitzudenken.

Der zuletzt genannte *Animal Spirit* besteht, wie erwähnt, aus *Geschichten*: Menschen würden von Geschichten angetrieben, die sie sich selbst ausmalten, heißt es. Von Diskursen, gar hegemonialen oder herrschenden Diskursen, findet sich nichts in diesem Buch. So erscheinen denn auch „Geschichten" als die Übeltäter, die an der Finanzkrise schuld sind, denn „tatsächlich wurde die Krise durch nicht greifbare Veränderungen in den Köpfen der Menschen ausgelöst, durch die Flüchtigkeit des Vertrauens, durch Sehnsüchte, Neidgefühle, Verstimmungen und Illusionen" (Akerlof/Shiller 2009, 22).

An anderer Stelle bemühen Akerlof und Shiller, um den Grund für die Krise zu erklären, den Vergleich mit dem Risiko der Achterbahn in einem Freizeitpark (wobei dieser als Metapher für die heutige Gesellschaft steht); das Management des Freizeitparks traf vor allem deshalb keine Sicherheitsvorkehrungen, weil es sich um ein „von der unbekümmerten Haltung der Besucher angestiftetes Management" (2009, 18) handelte. Vorsicht also bei Ihrem nächsten Besuch eines Freizeitparks – sollten Sie sich in einer unbekümmerten Stimmung befinden, könnten Sie wegen Anstiftung zu Ihrer eigenen Tötung verurteilt werden!

Wie ist es denn zu diesem unbekümmerten Verhalten in der Finanzkrise gekommen? „Die Börsianer tranken sich in einen besinnungslosen Rausch. Und die Welt muss nun die Konsequenzen tragen" (2009, 13). Sich kollektiv besaufen? Das tun doch nur Männer! In diesem Sinne rissen sich die Medien im Zuge der Finanzkrise um Statements wie jenes von Alice Schwarzer, welche „die Männer" als Urheber der Wirtschaftskrise ausmachte, und eine 40-Prozent-Frauenquote

in Aufsichtsräten forderte, damit dem Spielen mit Milliarden und Billionen ein weibliches Ende gesetzt würde.[3] „Die Krise ist männlich" diagnostizierte auch die isländische Bankerin Halla Tomasdottir, von der es hieß, sie stehe der vielleicht einzigen Finanz- und Investmentgesellschaft ihres Landes vor, die noch in der Krise Gewinn machte. Tomasdottir bezeichnete die Krise als Folge eines immerwährenden „Penis-Wettkampfes" nach dem Motto 'Wer hat den Größten?'[4] Auch in Österreich verkündete im krisengeschüttelten Herbst beispielsweise Marco Schreuder, Landtagsabgeordneter der Grünen Wien: „Wahrscheinlich braucht es in der Finanzwelt nicht nur neue Spielregeln. Es braucht vor allem Frauen! Dann kann man/frau auch wieder spielen, denn Spiel an sich ist nichts schlechtes".[5]

Akerlof und Shiller plädieren als Konsequenz ihrer Analyse für eine wirtschaftspolitische Rolle des Staates, die dem sehr ähnelt, was Eltern in der gängigen Ratgeberliteratur lesen können: Sie sollen nicht allzu autoritär sein, aber auch nicht alles erlauben, die Kinder lernten dann nämlich nicht, sich selbst zu disziplinieren; es gelte, die Grenzen für das Kind so zu setzen, dass es seine *Animal Spirits* im Zaum halten könne. „Kurz und gut: Aufgabe der Eltern sei es, ein *glückliches Zuhause* zu schaffen, das dem Kind Freiheit gibt, es aber zugleich vor seinen *Animal Spirits* schützt" (Akerlof/Shiller 2009, 11). Überhaupt gefällt Akerlof und Shiller der familiäre Vergleich: „Eine Volkswirtschaft verhält sich in gewisser Weise ähnlich wie eine einzelne Familie. Deren Mitglieder ziehen an einem gemeinsamen Strang. Manchmal aber gibt es auch Konflikte, und sie geraten in Streit miteinander; sie sind glücklich oder traurig, feiern Erfolge oder verirren sich auf fremden Wegen. Auch eine Volkswirtschaft durchlebt gute und schlechte Zeiten" (2009, 21).

'Gute Zeiten, schlechte Zeiten': Damit können wir umgehen, das kennen wir aus dem Vorabendprogramm. Leider befinden wir uns gerade in schlechten Zeiten, denn, wir wissen es schon, es

> „neigen kapitalistische Volkswirtschaften, die *sich selbst überlassen* bleiben, zu Exzessen. Das können wir heute mit unseren eigenen Augen sehen. Es kommt zu *Manien*. Die Manien wiederum münden in *Ausbrüche von Panik*. Es entsteht Arbeitslosigkeit. Die Leute geben zu viel Geld für Konsumgüter aus und sparen zu wenig. Minderheiten werden diskriminiert und verlieren den Anschluss. Immobilienpreise,

3 http://www.netpilot24.de/news/20090407/alice-schwarzer-maenner-sind-schuld-an-finanzkrise (15.01.2011)

4 http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,619758,00.html (15.01.2011).

5 http://www.marco-schreuder.at/2008/10/ist-die-finanzkrise-typisch-mnnlich.html (15.01.2011).

> Aktienkurse und der Ölpreis schießen in die Höhe und stürzen dann wieder ab. Die angemessene Rolle des Staates besteht analog zu jener des mustergültigen Elternteils darin, einen Rahmen zu setzen" (Akerlof/Shiller 2009, 12).

Akerlof und Shiller definieren 'Neuklassik' und damit Neoliberalismus als „Verpönung staatlicher Eingriffe in eigennütziges privates Handeln" (2009, 13). Tatsächlich aber unterscheidet sich der Neoliberalismus vom Liberalismus gerade darin: nicht alles der 'unsichtbaren Hand' überlassen zu wollen, sondern die Wirtschaft wie eine Pflanze zu pflegen und sich aktiv um die Schaffung der für sie günstigsten Verhältnisse zu kümmern – um in einem Bild von Friedrich August von Hayek zu sprechen (Hayek 1944, 20). Mit anderen Worten: Folgen wir Akerlof und Shiller, sind wir vielleicht etwas zurückversetzt in die Zeit, als Keynesianer wie auch Liberale aufgrund der Erfahrungen von Wirtschaftskrise und Weltkrieg für mehr staatliche Initiative standen – eine Alternative zum Bestehenden verbirgt sich darin aber sicher nicht. Entsprechend verwundert auch nicht, wenn Akerlof und Shiller beschreiben, wie zufrieden sie noch vor kurzem waren: „Alles schien in Ordnung zu sein. Es sah so aus, als könne nichts Gefährliches passieren" (Akerlof/Shiller 2009, 18).

Alles schien in Ordnung zu sein – vom ökologischen Kollaps oder den Hundertausend tagtäglich Verhungernden abgesehen. Nein, diese verrecken nicht erst bei einer 25-Prozent Rendite, wie sie Josef Ackermann von der Deutschen Bank sich erträumte. Es ist diese Welt 'in Ordnung', es ist die Welt des 'Normalen', welche „die Banalität des Bösen" (Hannah Arendt) mit sich bringt.

Den *homo oeconomicus* queeren

Wer sich mit Theorien wie der von Akerlof und Shiller auseinandersetzt, versteht, warum es früher hieß „Die Zukunft ist weiblich oder gar nicht". Aber Weiblichkeit – die gibt es seit dem von Judith Butler ausgerufenen Postfeminismus der 1990er Jahre ja auch nicht mehr so richtig. 'Was sind Frauen? Was sind Männer?' wurde spätestens seitdem intensiv ge- und hinterfragt, und unter dem Begriff 'queer' wird versucht, jenseits von Kategorien wie 'Frau' und 'Mann', 'hetero'- und 'homosexuell' danach zu suchen, welche Identitäten wir wirklich leben wollen – auch wenn klar ist, dass wir unserer jeweiligen gesellschaftlich zugewiesenen Subjektivität „hartnäckig verhaftet" (Butler) sind. Aber warum spielt, was als Queertheorie vielen heute so selbstverständlich ist, eine so geringe Rolle, wenn es sich statt um Sexismus um Kapitalismus handelt? Wenn es sich statt um unsere sexuelle Orientierung um unsere ökonomische Orientierung auf Geld handelt, zum Beispiel anstelle von Glück?

In diesem Sinne ist es auch keine Überraschung, dass beim Vergleich mit anderen Studierenden jene der Wirtschaftswissenschaften die ersten sind, die in Kooperationsspielen unkooperative Strategien beginnen (vgl. Kersting u.a. 1998, 34): Sie sind dem Diskurs, Menschen handelten als *homo oeconomicus*, besonders ausgesetzt. Doch letztlich stellen nicht nur die Wirtschaft, sondern die gesamte Lebenswelt und wir selbst darin das größte Lern- Experimentierfeld der Denkungsart und Handlungsweise des *homo oeconomicus* dar. Im Fremdwörterbuch des Duden wird der *homo oeconomicus* nicht nur beschrieben als „der ausschließlich von wirtschaftlichen Zweckmäßigkeitserwägungen geleitete Mensch", sondern auch als gelegentliche Bezeichnung des „heutigen Menschen schlechthin" – denn die Reduktion des Lebens auf Verwertbarkeit, Egoismus und Konkurrenz ist das, was wir alle tagtäglich lernen.

Es muss also nicht nur die eigene Identität 'gequeert' werden, wie sich dies aus der feministischen Theorie Judith Butlers ergibt: als aktive Ent-Identifizierung mit den uns zugedachten Rollen. Ebenso hat die Geschichte oft genug bewiesen, dass es ebenfalls nicht reicht, nur die äußeren gesellschaftlichen Verhältnisse umzuwerfen. Stattdessen müssen sowohl die eigene Identität als auch der gesellschaftliche Kontext Ziel von Veränderung sein, da das eine sich nur zusammen mit dem anderen verändern kann. „If you want to change yourself, change your environment. If you want to change the world, change yourself", zitieren die Feministinnen J.K. Gibson-Graham (2006, xxvii), die mit ihren Ansätzen eine kleine und (im doppelten Sinne) recht junge queerfeministische, kapitalismuskritische Bewegung inspiriert hat, den Philosophen Francisco Varela. Nur die Veränderung des einen eröffnet wieder Möglichkeiten für die Veränderung des anderen. Entsprechend können wir in unserem heutigen Sein gar nicht wissen, wie eine andere Welt im Detail aussehen kann. Tausch, Wettbewerb und Sich-Durchsetzen-Müssen haben uns geformt; wir brauchen neue Erfahrungen, in denen wir uns verändern und so zu neuen Erkenntnissen erlangen können.

Die Alternative zum besoffenen Testosteron-Banker ist nicht der Östrogen gespritzte ehrbare Kaufmann – und auch nicht die Kauffrau. Es geht um nicht weniger, als die Welt des Normalen mitsamt unseren darin verankerten Identitäten zu verändern: Der *homo oeconomicus* ist jetzt, aber er ist nicht das Ende der Geschichte. Die Alternative wäre eine Welt, in der Vertrauen und Fairness nicht wie von Akerlof und Shiller lediglich als 'Widersprüchlichkeiten in der Wirtschaft' zu entdecken sind, sondern im Gegenteil Fundamente des Wirtschaftens bilden.

Literatur

Akerlof, George A./Shiller, Robert, 2009: Animal Spirits. Wie die Wirtschaft wirklich funktioniert. Frankfurt/M., New York.

Akerlof, George A./Kranton, Rachel E., 2010: Identity Economics. How our Identities Shape our Work, Wages, and Well-Being. Princeton.

Becker, Gary S., 1957: The Economics of Discrimination. Chicago 1971.

–, 1976: Der ökonomische Ansatz zur Erklärung menschlichen Verhaltens. Tübingen 1993.

–, 1981: Treatise of the Family. Cambridge.

Gibson-Graham, J.K. 2006: A Postcapitalist Politics. Minneapolis/London.

Ferber, Marianne A./Nelson, Julie A. (Hg.), 1993: Beyond Economic Man. Feminist Theory and Economics. Chicago/London.

–/– (Hg.), 2003: Feminist Economics Today. Beyond Economic Man. Chicago/London.

Habermann, Friederike, 2008: Der Homo Oeconomicus und das Andere. Hegemonie, Identität und Emanzipation. Baden-Baden.

–, 2009: Halbinseln gegen den Strom. Anders leben und wirtschaften im Alltag. Königstein.

–, 2011: Solidarität wär' eine prima Alternative. Oder: Brot, Schoki und Freiheit für alle, rls-paper; http://www.rosalux.de/publication/37369/solidaritaet-waer-eine-prima-alternative.html. (Download:

Hayek, Friedrich August, 1944: Der Weg zur Knechtschaft. In: Ders.: Gesammelte Schriften in deutscher Sprache. Hg. v. Bosch, Alfred u.a. Tübingen 2001ff., Abt. B(ücher)/Bd. 1.

Ingram, John Kells, 1888: A History of Political Economy. http://socserv. mcmaster.ca/econ/ugcm/3ll3/ingram (Download: 18.12.2011).

Jevons, William Stanleye 1871: The Theory of Political Economy. London 1911.

Kersting, Wolfgang u.a. 1998: Grenzen des ökonomischen Imperialismus? Diskussion zu dem Beitrag von Birger P. Priddat, „Moral Based Rational Man". In: Norbert Brieskorn/Johannes Wallacher (Hg.): Homo Oeconomicus: Der Mensch der Zukunft?, Stuttgart/Berlin/Köln, 33-37.

Layard, Richard, 2006: Arbeit ist gut für die Seele. Richard Layard, ehemaliger Berater von Tony Blair und Wirtschaftsprofessor, über die Rolle des Glücks für Politik und Wirtschaft (ein Interview mit Flora Wisdorff). Der Tagesspiegel, 16.04.2006.

Lindenberg, Siegwart, 1985: An Assessment of the New Political Economy. Its Potential for the Social Sciences and for Sociology in Particular. Sociological Theory. Bd. 3, 99-114.

Manstetten, Reiner, 2002: Das Menschenbild der Ökonomie. Der homo oeconomicus und die Anthropologie von Adam Smith. Freiburg/München.

Pareto, Vilfredo 1909: Manuale di economia politica. Mailand.

Ingrid Kurz-Scherf

„The Great Transformation" – Ausstieg aus dem Kapitalismus?
Ein Plädoyer für feministischen Eigensinn in den aktuellen Krisen- und Kritikdynamiken

1. Einleitung

Ein Phantom geht um in Europa und in der Welt: sein Name ist Kapitalismus alias Neoliberalismus alias Globalisierung alias „die Märkte", „die Anleger" ... und manchmal auch alias „die Macht", „die Männer" alias „Patriarchat". Anders als das Gespenst des 19. Jahrhunderts namens Kommunismus, das die Menschen in seinem Namen zum Handeln, ja zur Revolution motivieren sollte und sich erst im Laufe des 20. Jahrhunderts als einigermaßen diktatorisch entpuppte, fungiert das Phantom des beginnenden 21. Jahrhunderts von vorneherein als Signum der Entmutigung und der Entmächtigung politischen Handelns in sozialemanzipatorischer Absicht. In ihm wird eine weltumspannende, vorrangig in den globalen Finanzmärkten verankerte Hyperstruktur imaginiert, die sich aber auch in den feinsten Kapillaren von Privatheit, Intimität und Identität festgesetzt hat und selbst noch den Widerstand gegen seine Omnipotenz für eigene Zwecke zu instrumentalisieren vermag. Das Phantom als Produkt von Allmachtsphantasien ist eindeutig männlich, obwohl durchaus auch Frauen maßgeblichen Anteil an seiner Inszenierung haben und es auch und gerade Männer in tiefe Verunsicherung und nicht wenige von ihnen in Armut und Prekarität stürzt – wenn auch überwiegend immer noch in milderen Varianten und in geringerem Ausmaß als dies bei Frauen der Fall ist. Das Phantom repräsentiert insoweit den klassischen Fall „hegemonialer Männlichkeit" (Connell 1987) mit ihrer doppelten Distinktionslogik gegenüber Frauen und unter Männern – und mit einem hohen Anteil an Imagination und Inszenierung. Feministische Kritik hat es also wieder einmal damit zu tun, die „Luft herauszulassen" aus den diskursiven Konstrukten „männlicher Herrschaft" (Bourdieu 2005), die auch noch ihre internen Konflikte – unter aktiver Mittäterschaft von Frauen – als Männersache inszeniert, um sich dann ein eigenes Bild von der Lage zu verschaffen. Dies allerdings ist unter den nun einmal obwaltenden Umständen alles andere als einfach.

Das Phantom, unabhängig davon unter welchem Synonym es gerade sein Unwesen treibt, ist selbstverständlich kein reines Hirngespinst, sondern verdankt seine Wirkungsmacht gerade auch einer starken Verankerung in der Realität. Es stellt sich aber die Frage, ob und inwieweit es in seiner Allmacht und Unangreifbarkeit nicht doch auch erhebliche Anteile von Imagination und Inszenierung enthält, die eine kontrafaktische Reduktion der Komplexität der Welt, in der wir leben, teils absichtsvoll betreibt, teils ungewollt bewirkt – zum Nutzen derer, die von den gegenwärtigen Verhältnissen und den darin angelegten Tendenzen profitieren, und zum Nachteil derjenigen, die darunter zu leiden haben. Es geht mir im Folgenden insbesondere um die Frage, ob und inwieweit die aktuelle Renaissance der Kapitalismuskritik auch Momente einer phantomatischen Übersteigerung realer Machtverhältnisse mit dem Endeffekt ihrer Entpolitisierung hat. Ich werde dazu eine feministische Perspektive einnehmen[1].

Die Frauenbewegungen des 20. Jahrhunderts positionierten sich schon in ihrem Entstehen überwiegend in Opposition zur kapitalistischen Wirtschaftsweise. Gleichzeitig opponierte der kritische Feminismus aber auch gegen eine Kapitalismuskritik, die traditionell und in ihren vielfältigen Ausprägungen als Hochburg des linken „Antifeminismus" (Thönnessen 1958) fungiert. Schließlich verbindet sich nur in Ausnahmefällen – wie etwa schon bei Charles Fourier, später bei August Bebel, noch später bei Pierre Bourdieu, wie aber vor allem im linken Feminismus – Kapitalismuskritik mit einer systematischen Analyse der in die kapitalistische Wirtschaftsweise eingelassenen, ihr vorausgesetzten und von ihr produzierten Geschlechterverhältnisse. Früher explizit, mittlerweile eher implizit basiert linke Kapitalismuskritik auf dem Konstrukt des Hauptwiderspruchs zwischen Kapital und Arbeit, das alle anderen Dimensionen sozialer Ungleichheit – und damit auch das Geschlechterverhältnis – als davon abgeleitet betrachtet und so in den Rang eines Nebenwiderspruchs mit entsprechend nachrangiger Bedeutung sowohl in analytischer wie auch in programmatischer Perspektive versetzt. Die auf feministischer Seite viel, auf linker Seite kaum diskutierte „unhappy marriage between marxism and feminism" (Hartmann 1979) mündete letztendlich für große Teile der Frauenbewegung in der Scheidung oder doch zumindest in einer tiefgreifenden Störung der Beziehung zwischen Feminismus und Kapitalismuskritik.

In jüngerer Zeit häufen sich nun aber Stimmen, die angesichts der zunehmenden sozialen Verwerfungen und der darin enthaltenen Risiken dem Feminismus

1 Zur Konkretisierung des hier zugrunde gelegten Feminismuskonzept vgl. Kurz-Scherf, Lepperhoff, Scheele 2009.

ein eklatantes Defizit an Gesellschafts- und dabei insbesondere an Kapitalismuskritik vorhalten (Vgl. nur z.B. Fraser 2009; Haug 2009; Aulenbacher 2012). Ich teile die Kritik am Relevanzverlust sozialer und ökonomischer Themen in paradigmatisch maßgeblichen feministischen Diskursen; mich beunruhigen auch die schon seit einiger Zeit durchaus hegemonialen Tendenzen weniger zur Dekonstruktion als zur Dethematisierung von Geschlechterstereotypen und Geschlechterhierarchien und zur Delegitimierung feministischer Wissenschaft und Politik (vgl. ausführlicher Soiland 2009). Ich hege aber gleichwohl die Befürchtung, dass im Topos der Kapitalismuskritik eine dreifache Gefahr angelegt ist: *erstens* die der Selbstmarginalisierung feministischer Herrschafts- und Emanzipationskritik unter der von feministischen Diskursen möglicherweise selbst beförderten Hegemonie geschlechtsblinder Kapitalismuskritiken; *zweitens* die Gefahr einer Assimilation feministischer Diskurse an den m.E. aktuell dominierenden konservativen, rückwärtsgewandten Geist der Kapitalismuskritik; *drittens* und vor allem aber frage ich mich, ob die Fokussierung feministischer Kritik auf „den" Kapitalismus nicht einer phantomatischen Fortwirkung der Vergangenheit aufsitzt, statt sich den Herausforderungen der Zukunft zu stellen. Wenn schon das Weltwirtschaftsforum in Davos die Frage aufwirft, "is capitalism failing?"[2] und nach neuen Modellen der Organisation von Ökonomie sucht, sollte man dann nicht davon ausgehen, dass der Kapitalismus – was auch immer darunter konkret zu verstehen ist – seine Zeit längst hinter sich hat? Wenn dem so ist, müsste sich dann die feministische Kritik nicht vielmehr den im Verfall der kapitalistischen Wirtschaftsweise aufscheinenden Alternativen zuwenden, um so einer erneuten Restauration männlicher Dominanz im postkapitalistischen Zeitalter entgegenzuwirken?

Der vorliegende Text ist das Resultat eines ersten Orientierungsversuchs in einem äußerst unübersichtlichen und auch hart umkämpften Terrain. Ich werde zunächst schlaglichtartig den wechselnden Konjunkturen der Kapitalismuskritik und den darin erkennbaren rechts-links Dynamiken nachgehen (2.). Der Diskurs hatte und hat eine stark androzentrische Ausrichtung und wird auch so rekonstruiert. Im zweiten Schritt werde ich dann die feministische Perspektive auf die Organisation der modernen Ökonomien und deren Entwicklungsdynamik aufnehmen (3.). Nach einem kurzen Blick auf die durch die Krise und ihr Management angestoßenen Protestdynamiken (4.) schließt der Beitrag mit einem Plädoyer für die Wiederaufnahme einer eigensinnigen feministischen Kritik

2 http://business.time.com/2012/01/25/time-debate-is-capitalism-failing/ (Download 20.02.2012)

der Politischen Ökonomie, die sich ausdrücklich nicht auf Kapitalismuskritik beschränkt, diese aber auch nicht vernachlässigt (5.).

2. Konjunkturen des Kapitalismus und seiner Kritik

Kapitalismuskritik ist weder traditionell noch aktuell ein ausschließlich von der politischen Linken bestelltes Feld. Obwohl sie vielfach mit dem Namen und den Schriften von Karl Marx assoziiert wird, hat Karl Marx den Begriff des Kapitalismus eher gemieden, weil er – wie Elmar Altvater vermutet – mit ihm die Gefahr einer Verdinglichung und damit Verfestigung sozialer Verhältnisse verband (vgl. Altvater 2002). Zu den berühmtesten und wirksamsten Kapitalismuskritikern zählen denn auch im deutschsprachigen Raum vor allem Werner Sombart, der als Wegbereiter eines antisemitischen Antikapitalismus gilt (vgl. Wehler 1972), sowie Max Weber und Joseph Schumpeter, die beide einer eher konservativen, bürgerlichen Geisteshaltung zuzurechnen sind. Auch der deutsche Nationalsozialismus pflegte eine kapitalismuskritische Rhetorik und der aktuelle Rechtsextremismus und Rechtspopulismus gerieren sich geradezu als Speerspitze einer eindeutig autoritär, rassistisch und nationalistisch geprägten Kapitalismus- und Globalisierungskritik.

Nach dem zweiten Weltkrieg galt in Deutschland die Absage an die kapitalistische Wirtschaftsweise zunächst geradezu als Pflichtübung des sich neu konstituierenden politischen Denkens und Handelns – und zwar keineswegs nur in den unter sowjetischer Besatzung stehenden östlichen Landesteilen. Vielmehr hieß es auch gleich zu Beginn des Ahlener Programms der West-CDU aus dem Jahr 1947: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen. Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein“ (CDU 1947).

Diese Haltung löste sich bekanntlich in Westdeutschland sehr schnell in die faktische Restauration einer kapitalistischen Wirtschaftsweise auf. Diese blieb allerdings im Vokabular der westdeutschen Nachkriegsgeschichte so verpönt, dass viele schon glaubten, das eng mit dem westdeutschen Wirtschaftswunder assoziierte Wirtschaftsmodell der „sozialen Marktwirtschaft“ sei tatsächlich nicht einfach nur – wie im angelsächsischen Sprachraum geradezu selbstverständlich unterstellt – eine Spielart der „varieties of capitalism“, sondern etwas ganz anderes

als Kapitalismus – also z.B. so etwas wie ein dritter Weg jenseits der falschen Alternative zwischen dem durch die deutsche Geschichte nachhaltig diskreditierten Kapitalismus auf einen und dem autoritären Staatssozialismus im so genannten Ostblock auf der anderen Seite. Dort blieb die Kapitalismuskritik auf einem der vorderen Ränge der Diskursagenda; sie fungierte dabei aber zunehmend nach innen als Legitimationsressource der diktatorischen Komponenten des realsozialistischen Bollwerks gegen den „Klassenfeind“ jenseits der eigenen Grenzen. Im Westen erlebte die Kapitalismuskritik erst 1968 ff. eine Renaissance – und zwar nun in eindeutig linker Akzentuierung. Die Kapitalismuskritik der „68er“ folgte aber gerade nicht der in der westlichen Traditionslinken ebenso wie im Osten weit verbreiteten, sich selbst als Marxismus-Leninismus bezeichnenden Weltsicht, die sich im „kalten Krieg der Systeme“ mit ihrer Kapitalismuskritik klar und eindeutig auf die Seite des „real existierenden Sozialismus“ geschlagen hatte. Vielmehr ging es auch um die Suche nach einem anderen Weg der (Selbst) Organisation von Gesellschaft, Ökonomie, Politik, Kultur – also um Alternativen jenseits der Assimilation an die kapitalistisch-postfaschistischen Verhältnisse im Westen und der bedingungslosen Unterwerfung unter die stalinistischen (und ebenfalls postfaschistischen) Verhältnisse im Osten. Die 68er hielten aber die so genannte soziale Marktwirtschaft gerade nicht für eine dauerhaft gangbare Alternative, sondern für einen sehr geschickten Etikettenschwindel, der durch die exorbitante Wachstumsdynamik der westdeutschen Nachkriegswirtschaft ermöglicht worden war. Mit dem sich Ende der 1960er Jahre bereits abzeichnenden Ende des „Wirtschaftswunders“ würde dieser Schwindel auffliegen und das hässliche Gesicht der kapitalistischen Wirtschaftsweise würde immer deutlicher hinter der freundlichen Maske der sozialen Marktwirtschaft hervortreten.

Zunächst schien sich dann aber doch die Möglichkeit einer anderen Option abzuzeichnen, zu der die 68er Revolte und die von ihr angestoßenen neuen sozialen Bewegungen selbst maßgeblich beigetragen hatten – obwohl dies gar nicht in ihrer Intention lag: die Einbettung der kapitalistischen Ökonomie in ein politisches und kulturelles Umfeld, das sich seiner Kolonialisierung durch kapitalistische Imperative immer erfolgreicher erwehrt, so dass sich die kapitalistische Ökonomie in einem schrumpfenden Segment der modernen Gesellschaften abkapselt, nicht verschwindet, aber immer irrelevanter wird für die Lebensrealität moderner Gesellschaften. (So wie sich in vielen modernen Gesellschaften ja auch die Königshäuser als Erinnerung an eine vergangene Zeit erhalten haben). Die Arbeiterbewegung schien mit den Kompromissen, die sie der kapitalistischen Ökonomie in sozialer Hinsicht abgerungen hatte, die Voraussetzungen dafür geschaffen zu haben, dass die neuen sozialen Bewegungen nun auch noch die

kulturelle Hegemonie und die politische Macht „des Kapitals" zumindest so weit schwächen konnten, dass Alternativen zur kapitalistischen Wirtschafts- und der von ihr durchdrungenen Lebensweise wenigstens wieder denkbar und zum Teil auch – vorläufig im kleinen Maßstab – lebbar wurden.

Von heute aus gesehen war es immerhin ein schöner Gedanke, dass „die Industriegesellschaft sich in ihrer *Durchsetzung*, also *auf den leisen Sohlen der Normalität, über die Hintertreppe der Nebenfolge von der Bühne der Weltgeschichte verabschiedet*" (Beck 1986, 15, i.O.) und diese freigibt für eine andere, zweite Moderne „jenseits von Klasse und Schicht" (Beck 1986, 121 ff.) und „jenseits der sozialen Fragen" (Vobruba 1991). Zwar waren auch schon zum Zeitpunkt der Formulierung dieses Gedankens die „Grenzen des Wachstums" (Meadows 1972) und das „Ende des kurzen Traums immerwährender Prosperität" (Lutz 1984) längst in Sicht, man glaubte dennoch, dass der Wohlstand in den westlichen Gesellschaften auf einem Niveau angelangt war, das den Verteilungskonflikt nach innen und außen doch so deutlich entschärft hatte, dass Fragen der Lebensqualität, der Lebenskultur und des Lebensstils wichtiger geworden waren als die quantitative Dimension des Lebensstandards. Der Ausstieg aus der Arbeitsgesellschaft und der Einstieg in eine Tätigkeitsgesellschaft standen auf dem Programm; ebenso die Neuerfindung des Politischen, eine neue Kultur der Anerkennung – auch im Geschlechterverhältnis und gegenüber allem Fremden und Anderen, in den Binnenverhältnissen der modernen Gesellschaften ebenso wie im globalen Maßstab der im Entstehen befindlichen Weltgesellschaft. Mit all dem war man im Zuge der Modernisierung der Moderne in den Metropolen des kapitalistischen Weltsystems zumindest potenziell über die Grenzen und Verwerfungen der kapitalistischen Wirtschaftsweise und dem in ihr systemisch verankerten Wachstumszwang gleichsam hinausgewachsen. So die noch in den Beginn des neuen Jahrtausends hineinragende, sicher nicht mehrheitlich, aber doch von einer starken und auch durchaus einflussreichen Minderheit getragene Selbsteinschätzung der westlichen Wohlstandsgesellschaften. Deren Probleme hinsichtlich der tatsächlich eher zunehmenden als abnehmenden sozialen Ungleichheit, der hohen Arbeitslosigkeit und der sich immer mehr durchsetzenden Tendenz zur Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse wurden den Nachwirkungen der eigentlich längst überwundenen kapitalistischen Industriemoderne und der immer noch ungebrochenen Macht der an sie gekoppelten Interessen zugeschrieben.

Der hier skizzierte Diskurs firmierte in seiner Selbsteinschätzung teilweise unter dem Logo „jenseits von rechts und links" (Giddens 1997), weil man annahm, dass sich mit dem Übergang in eine zweite Moderne auch die politischen

Lager der ersten Moderne auflösen würden. Tatsächlich eröffnete sich jedoch in dem seit eh und je vielfältig gespaltenen linken Milieu eine neue Konfrontation zwischen „Modernisierern" und „Traditionalisten", die sich nicht zuletzt an der Notwendigkeit und der Relevanz von Kapitalismuskritik entzündete. Auch in der so genannten Traditionslinken verlor dann aber die Vokabel Kapitalismus ihre einsame Spitzenposition als zentraler Fokus linker Kritik; sie wurde ergänzt (teilweise auch ersetzt) durch Begriffe wie zunächst Fordismus und später Postfordismus, z.T. auch durch Moderne und Postmoderne, dann aber vor allem durch die diskursive Allgegenwart von Globalisierung und Neoliberalismus. Zwar wurden Fordismus und Postfordismus, Globalisierung und Neoliberalismus in links orientierten Debatten durchgängig als kapitalistisch attributiert; dabei blieb aber unklar und umstritten, ob und inwieweit sich die Kritik gegen Globalisierung oder gegen deren kapitalistische Ausprägung unter der Hegemonie des Neoliberalismus richtete, ob sie „nur" die neoliberalen Auswüchse von „Kapitalismus pur" oder die kapitalistische Wirtschaftsweise selbst und insgesamt im Blick hatte.

Auch bei Vokabeln wie „finanzmarktgetriebener Kapitalismus" oder kurz „Finanzmarktkapitalismus" ist unklar und strittig, ob und inwieweit sich die Kritik auf das Treiben der Finanzmärkte oder auf die Grundstrukturen und Grunddynamiken der weltweit dominierenden Wirtschaftsweise richtet. Immerhin verkündete einer der profiliertesten deutschen Kapitalismuskritiker schon 2005 „Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen" (Altvater 2005). Allerdings blieb auch bei Altvater offen, wovon das von ihm proklamierte Ende ein Anfang sein könnte bzw. sollte.

In Reaktion auf die im September 2008 durch die Lehman-Pleite ausgelöste und schon zwei Jahre später erneut dramatisch zugespitzte Krise ist Kapitalismuskritik neuerdings auch wieder ein Thema jenseits der darauf abonnierten Kreise der politischen und intellektuellen Linken. Oberflächlich betrachtet befördert die Hochkonjunktur der Kapitalismuskritik eine Renaissance der Geltungskraft linker Weltsichten: „Ein Jahrzehnt enthemmter Finanzmarktökonomie" – so schreibt der sich allerdings selbst auch noch in seiner Kapitalismuskritik dem „bürgerlichen Lager" zuordnende Herausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Frank Schirrmacher – „entpuppt sich als das erfolgreichste Resozialisierungsprogramm linker Gesellschaftskritik. So abgewirtschaftet sie schien, sie ist nicht nur wieder da, sie wird auch gebraucht" (Schirrmacher 2011).

Tatsächlich gibt es einen zunächst sehr grundsätzlich anmutenden Krisendiskurs, der sich teilweise quer zu den überkommenen Rechts-links-Schemata entfaltet und sich aktuell v.a. auf drei Fragen konzentriert: Es mangelt zum einen

nicht an Vergleichen der gegenwärtigen Situation hinsichtlich der darin enthaltenen Risiken mit der Weltwirtschaftskrise der späten 20er/frühen 30er Jahre des vergangenen Jahrhunderts. Explizit oder implizit schwingt bei den historischen Reminiszenzen die Warnung vor der realen Möglichkeit einer dem Faschismus und dem 2. Weltkrieg vergleichbaren Katastrophe der Zivilisationsgeschichte mit. U.a. daraus ergibt sich zweitens die Frage nach der langfristigen Kompatibilität zwischen Kapitalismus und Demokratie und drittens noch grundsätzlicher die Frage nach der langfristigen Kompatibilität von Kapitalismus mit dem Überleben der Menschheit[3]. Die Debatte nimmt Bezug u.a. auf die nun doch wieder aufscheinende Affinität der kapitalistischen Wirtschaftsweise zu Krieg und Autoritarismus, auf die allem Anschein nach kapitalismusinhärenten Gefährdungen der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit, auf die ebenfalls anscheinend systemimmanenten Barrieren gegen eine wirksame Bekämpfung von Hunger und Elend in großen Teilen der Welt, die sich gerade in jüngerer Zeit entgegen der mit großer Emphase verabschiedeten Milleniumsziele der UN seit der Jahrtausendwende keineswegs halbiert, sondern weiter ausgedehnt und verschlimmert haben.

Aber trotz der geradezu apokalyptischen Risiken, die der kapitalistischen Wirtschaftsweise systemimmanent anzuhaften scheinen, mangelt es an radikalen Gegenentwürfen und alternativen Konzepten der Organisation von Ökonomie. Im linken Spektrum der Debatte übersetzt sich die abstrakte Krisenrhetorik im Konkreten überwiegend in eher bescheidene Vorschläge zur Re-Regulierung der Finanzmärkte und einer eher moderaten Besteuerung von Finanztransaktionen, in vorsichtige Erörterungen von Verstaatlichungen und wohlmeinende Verweise auf eher kleinteilige Projekte einer solidarischen Ökonomie. Konzeptionell überwiegen Verunsicherung und Ratlosigkeit; erst recht ist unklar, welche sozialen Kräfte, welche sozialen Bewegungen eine grundlegende Erneuerung der Ökonomie im lokalen, nationalen und globalen Maßstab konzeptionell und praktisch in Gang setzen sollen und können.

Im „bürgerlichen Lager" ist die dort wieder entdeckte Kapitalismuskritik überwiegend eine Angelegenheit der Feuilletons. Sie artikuliert sich vor allem im Duktus wohltemperierter und eloquenter Wutbürgerschaft – allerdings ohne den andernorts mit der Wutbürgerschaft oft verbundenen Hang zum nicht nur verbalen Protest. Wenn die bürgerliche Kapitalismuskritik in Kontakt mit der

3 Für den Historiker Eric Hobsbawm stand schon Mitte der 1990er Jahre fest: „Wenn die Menschheit eine Zukunft haben soll, kann der Kapitalismus ... keine haben" (Hobsbawm 1995, 703).

real-existierenden Ökonomie tritt – wie Anfang 2012 in Davos – kommt sie i.d.R. gar nicht erst so recht in Gang. Dennoch zeichnet sich in der aktuellen Kapitalismusdebatte immerhin die Möglichkeit neuer Bündnisse und Allianzen ab, für die es ja auch Anhaltspunkte in den durch die aktuellen Entwicklungen angestoßenen Protestbewegungen und deren Widerhall in der politischen Öffentlichkeit gibt. In gewisser Weise erneuert sich im bürgerlich-wirtschaftsnahen „Lager" aber auch der mindestens in gleichem Maße antidemokratische wie antikapitalistische Geist konservativer Kapitalismuskritik.

Die Verunsicherung der Wohlstandsbürger hinsichtlich der Zukunftsfähigkeit der ökonomischen Grundlagen ihres Wohlstands ist der Nährboden für eine neue Radikalität in Teilen des Bürgertums (einschließlich der privilegierten Teile der so genannten Arbeitnehmerschaft), die sich immer offenkundiger zu einem immer deutlicheren Unbehagen an der Demokratie verdichtet: wenn die bürgerliche Demokratie nicht in der Lage ist, den globalen Kapitalismus so zu bändigen, dass er sich nicht gegen die Interessen der lokalen Mittelschichten verselbständigt, dann bedarf es anderer politischer Formen, die ihn in seine Schranken verweisen. Die aktuelle (Kapitalismus)Krise wird dann in erster Linie als das Versagen und die Überforderung demokratisch legitimierter Willensbildung und Entscheidungsfindung gedeutet; dass diese auch tatsächlich in zunehmendem Maße durch eine neue Techno- und Expertokratie abgelöst werden, wird so mit dem Siegel der Unausweichlichkeit und der Verhinderung noch schlimmeren Übels beglaubigt. Gleichzeitig gewinnt auch die rassistische Fundierung nationalsozialistisch-faschistischer Kapitalismuskritik wachsenden Zuspruch bis weit in die Mitte der modernen Gesellschaften hinein – wie aktuell insbesondere in Frankreich, aber auch in Deutschland und in vielen anderen Ländern zu beobachten ist.

Wenn man das politische Spektrum der Gegenwart im Spannungsbogen zwischen den Polen egalitär und emanzipativ auf der einen (nach links hin tendierenden) Seite und elitär und autoritär auf der anderen (nach rechts hin tendierenden) Seite aufspannt, dann ist Kapitalismuskritik nicht per se links in dem Sinne, dass sie sozial-emanzipatorische Tendenzen und Möglichkeiten befördert. Sie muss sich diese Qualität vielmehr erst durch besondere Anstrengungen erschließen – und zwar sowohl hinsichtlich ihrer analytischen wie auch hinsichtlich ihrer konzeptionellen und praktischen Qualität. Ein Seismograph dieser Qualität ist traditionell die Integration der so genannten Frauenfrage in die von der linken Kapitalismuskritik aufgespannte soziale Frage; aktuell scheint nun aber die Relevanz der Geschlechterverhältnisse hinter anderen Dimensionen der zunehmenden sozialen Ungleichheit zurückzutreten. Im Verhältnis zwi-

schen Feminismus und Kapitalismuskritik scheint dementsprechend – wie hier bereits einleitend bemerkt – das Problem eher im Defizit an Kapitalismuskritik auf feministischer Seite als im Defizit an Genderkompetenz bei der männlich dominierten politischen und intellektuellen Linken zu liegen.

3. Blickwechsel: Feminismus und Gesellschaftskritik oder: „Zentrale Herausforderungen liegen anderswo"

Oberflächlich betrachtet verschafft die Akteursstruktur der gegenwärtigen Krise und ihres Managements nicht nur der linken Kapitalismus-, sondern auch der feministischen Patriarchatskritik neue Resonanz, die bis in die Zentren der bürgerlichen Medien und der Wirtschaftspresse hineinragt[4]. Es ist allerdings auch hier wiederum durchaus unklar, ob wir es tatsächlich mit einem Bedeutungsgewinn feministischer Weltsichten zu tun haben oder nicht nur mit einer weiteren Schleife der ewigen Reproduktion von Ambivalenz im Wandel der Geschlechterverhältnisse. Vielleicht präsentiert sich im neuen Unmut an den Männlichkeitsinszenierungen im Gebaren von Bankern und Börsianern ja auch nur ein weiteres „Double" (Fraser 2009) des feministischen Projekts, eine weitere Variante seiner Einvernahme, die den eigentlichen Anliegen der feministischen Bewegung nicht nur völlig fremd, sondern ihnen sogar diametral entgegengesetzt ist.

Als eine der wesentlichen Barrieren der Geschlechteremanzipation gilt im kritischen Feminismus seit jeher die ökonomische Verfassung moderner Gesellschaften, ihre kapitalistische Wirtschaftsweise und die darin enthaltene Konstruktion und Organisation von Arbeit, deren institutionelle Befestigung im so genannten Normalarbeitsverhältnis, ihre regulative Absicherung durch die Konstruktionsprinzipien des Sozialstaats und ihre habituelle Verankerung im industriekapitalistischen Arbeitsethos und Arbeitsmythos. Kapitalismus wird hier nicht nur gefasst als ein Wirtschaftssystem, das auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln, der Organisation von Arbeit als Lohnarbeit, der Regulation über Märkte und dem dominanten Prinzip der Kapitalakkumulation etc. (vgl. Kromphardt 2008) beruht; vielmehr (re)produziert die kapitalistische Wirtschaftsweise auch eine eng mit den Geschlechterverhältnissen verbundene doppelte Spaltung zwischen Privatheit und Öffentlichkeit; damit korrespondiert eine spezifische, mehrfach gespaltene Subjektkonstruktion. Der Zusammenhang von Ökonomie, Politik und Kultur, von Arbeit und Leben, von symbolischer und materieller Reproduktion, von System und Lebenswelt löst sich unter der Dominanz einer kapitalistischen Wirtschaftsweise nicht nur in wechselseitig gegeneinander verselbstständigte Segmente des gesellschaftlichen und individuellen Lebens auf, sondern auch in hierarchisch angeordnete Identitätsschablonen, die eng mit der sozialen Konstruktion von Männlichkeit und Weiblichkeit verwoben sind.

4 Vgl. ausführlicher die Einleitung zu diesem Band.

Feminismus versteht sich in diesem Kontext als eine Kritikperspektive, die ein Demokratie- und Emanzipationsprojekt verfolgt, das mit der Gleichberechtigung und Emanzipation von Frauen sowohl die Korrektur der androzentrischen Verkürzungen und Verzerrungen des „unvollendeten Projekts der Moderne" wie aber auch die wirklich umfassende – keineswegs auf das Geschlechterverhältnis begrenzte – Verwirklichung des darin enthaltenen Versprechens von Gleichheit, Freiheit und Solidarität betreibt (vgl. Kurz-Scherf u.a. 2009). Mit dem Fokus auf traditionell ausgeblendete Komponenten der kapitalistischen Wirtschaftsweise, wie insbesondere die ihr inhärente geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, und mit der engen Verkopplung ihrer Struktur- und Subjektdimensionen befördert die feministische Perspektive einerseits sowohl eine Erweiterung wie auch eine Vertiefung des Horizonts und der Reichweite der Kapitalismuskritik. Andererseits liegt im Fokus der feministischen Kritik auf verdrängte Wirklichkeiten und „widerspenstige Praktiken" von Frauen (und Männern), auf das Erkunden und Öffnen von Möglichkeits- und Gelegenheitsfenstern politischen Handelns im Sinn von Gleichberechtigung und Emanzipation auch eine Relativierung der Bedeutung und der Reichweite der Kapitalismuskritik insofern, als dieser Fokus zwar auf die inhärenten Möglichkeiten moderner Gesellschaften aber nicht unbedingt *in*, sondern eher *jenseits* ihrer kapitalistischen Verfasstheit ausgerichtet ist.

In dieser Perspektive markiert die gegenwärtige Krise mit ihrem Zentrum an den Finanzmärkten eine weitere Zäsur in der langen Tradition der unendlichen (?) Metamorphosen patriarchaler Herrschaft: War im Kontext des Strukturwandels moderner Ökonomien von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft noch vielfach erwartet worden, dass dies vor allem auch Frauen und einem Abbau der Geschlechterhierarchien im Erwerbssektor zugute kommen würde, so bewirkte die explosionsartige Expansion des Finanzsektors die gegenteilige Tendenz: Die Finanzökonomie mit einem deutlich überproportionalen Männeranteil beanspruchte nicht nur die Dominanz in der neuen Dienstleistungsökonomie, sondern auch einen weit überproportionalen Anteil am insgesamt zur Verfügung stehenden Einkommen. Demgegenüber hatten die überproportional von Frauen besetzten Segmente der Dienstleistungsökonomie mindestens einen relativen Rückgang der Einkommen bei gleichzeitiger Prekarisierung der Arbeitsbedingungen und -verhältnisse insbesondere in diesem Sektor zu verzeichnen. Der Siegeszug der Finanzökonomie mit dem Aufstieg der Börse zum regulativen Zentrum nicht

zuletzt auch des politischen Handelns ging einher mit einem deutlichen Macht- und Bedeutungsverlust der Politik an die Ökonomie und konterkarierte damit auch höchst wirkungsvoll die Zugewinne an Repräsentation und Partizipation, die sich Frauen mühsam in der politischen Sphäre errungen hatten.

Der so genannte Finanzmarktkapitalismus stellt aus feministischer Perspektive nun aber nicht unbedingt einen Bruch mit den vorgängigen Gepflogenheiten einer kapitalistischen Ökonomie dar. Sie ist in gewisser Weise nur deren Fortsetzung über den Punkt hinaus, an dem sie ihren immer schon frag- aber letztendlich doch glaubwürdigen Sinn verloren und ihr großes Versprechen – „Wohlstand für alle!" – zurücknehmen muss. Voraussetzung für die „Finanzialisierung" der kapitalistischen Wirtschaftsweise, die nun ganze Staaten in den Ruin treibt, war offenkundig ein gigantischer Überschuss an Rendite suchendem Kapital, der in der so genannten Realwirtschaft erwirtschaftet worden war, dort aber keine hinlänglich renditefähigen Anlagen mehr fand und findet und diese nun vorrangig in spekulativen Geschäften sucht. Die Aussicht auf eine „postindustrielle Gesellschaft" (Bell 1973) (für viele mit der Hoffnung auf eine postkapitalistische Gesellschaft verknüpft) wird gleichsam verstellt durch die Umwandlung von Finanzdiensten in eine Finanzindustrie, also quasi in eine neue Sparte des eigentlich in die Bedeutungslosigkeit hinein schrumpfenden produzierenden Gewerbes, nur dass diese neue Sparte keine Autos mehr produziert, sondern „Finanzprodukte" – virtualisierter Hightech-Kapitalismus, der sich nicht etwa gegen den materiellen Hightech-Kapitalismus entfaltet, sondern aus ihm heraus und in enger Verflechtung mit den Traditionsbastionen der Kapitalverwertung. Der schon lange verbreitete Kalauer über Siemens als „Bank mit angeschlossener Elektrowerkstatt" beschreibt längst die Realität der meisten Industriekonzerne. So bestreitet beispielsweise die 1994 gegründete *Financial Services AG* des Volkswagenkonzerns mittlerweile mehr als ein Drittel des Konzernumsatzes[5].

Es ist deshalb auch nicht davon auszugehen, dass die „wirkliche Ökonomie" nur den „Tsunami" des Bankrotts der Spekulationsökonomie und dessen Konsequenzen in den Haushalten einiger Mitgliedsstaaten der EU überstehen muss, um sich dann wieder – gestützt auf den weiteren Fortgang der technologischen Entwicklung und auf ständiges Wirtschaftswachstum – in bewährten Bahnen auf den Weg zur Vollbeschäftigung und zur Gleichberechtigung zu machen.

5 Bei der Empörung über die Einkünfte von Bankern und Börsianern wird in jüngerer Zeit oft übersehen, dass diese von denen der Industriemanager oft noch übertroffen werden (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18.3.2011).

Die politische Ökonomie moderner Gesellschaften basiert vielmehr in ihren kapitalistischen Segmenten strukturell, d.h. unabhängig von ihrer stofflich-inhaltlichen Gestalt, auf einem starken Moment von Virtualität, das sich auch in ihren „produktiven" Sektoren etwa in der Dominanz des Tauschwerts gegenüber dem Gebrauchs- bzw. Brauchwert[6], in der allenfalls indirekten Vermittlung von Preis und Wert und in dem Status von Geld als dem letztendlich einzigen Wertmaßstab einer kapitalistischen Ökonomie manifestiert. In dieser strukturellen Abstraktion von allem Qualitativen basiert die kapitalistische Wirtschaftsweise bekanntlich auf der Abspaltung des größten Teils der in der Reproduktion moderner Gesellschaften zu befriedigenden Bedürfnisse und der dazu notwendigen Arbeit und deren Verlagerung in die Privathaushalte, wo sie traditionell vorrangig von Frauen verrichtet wird. Dies ist die Voraussetzung dafür, dass sich das Prinzip der Verwertung in dieser Wirtschaftsweise gegen das Prinzip der Versorgung verselbständigen kann.

Die kapitalistische Wirtschaftsweise ist nicht in erster Linie auf die Befriedigung von Bedürfnissen ausgerichtet, sondern auf deren Instrumentalisierung für ihren eigentlichen Zweck – die Verwertung, Akkumulation und private Aneignung von Kapital. Individuelle Bedürfnisse und gesellschaftliche Bedarfe interessieren die im Wortsinn „kapitalistische" Ökonomie nur in Form kaufkräftiger Nachfrage; die wichtigsten Quellen individueller und gesellschaftlicher, d.h. vorrangig staatlich organisierter Kaufkraft – Löhne (inkl. Sozialversicherungsbeiträge etc.) und Steuern – nimmt die kapitalistische Ökonomie aber nur als zu minimierende Kosten wahr. Dieser innere Widerspruch in der Konstruktion einer kapitalistischen Ökonomie macht sie systemimmanent krisenanfällig. Allerdings basiert dieser Widerspruch bereits auf einem anderen, nämlich dem zwischen einer marktwirtschaftlich regulierten Verwertungs- und einer privatisierten Versorgungsökonomie mit dem darin eingelagerten Gender Code der Gesamtökonomie.

Nun vollzieht sich Ökonomie aber bekanntlich nicht nur zwischen den beiden Polen „kapitalistische Unternehmen" und „private Haushalte"; vielmehr enthalten moderne Ökonomien auch eine starke öffentliche, überwiegend staatlich, zum Teil aber auch zivilgesellschaftlich organisierte Komponente. Darüber hinaus ist auch durchaus fraglich, ob privatrechtlich geführte Unternehmen – beispielsweise

6 Der Begriff des Gebrauchswerts ist auf materielle Güter fokussiert; ich bevorzuge demgegenüber den in der Ökonomie bislang nicht gebräuchlichen Begriff des Brauchwertes, der auf den Bedarf an und die Bedürfnisse nach Gütern und Dienstleistungen orientiert ist.

im traditionellen Handwerk oder auch auf neuen Feldern der so genannten Wissens- und der so genannten Care-Ökonomie – umstands- und unterschiedslos als kapitalistische Unternehmen zu bezeichnen sind. Gerade die gegenwärtige Krise und ihr Management dokumentieren auf eindrückliche Weise die Dominanz der kapitalistischen Wirtschaftsweise für die modernen Ökonomien insgesamt und in allen Facetten der modernen Gesellschaften wie aber auch im globalen Maßstab. Gleichwohl reproduziert aber die Rede vom Kapitalismus als dem alles durchdringenden System auch die als anonyme Sachzwänge getarnten Dominanzansprüche der Kernsegmente der kapitalistischen Wirtschaftsweise und der daran gekoppelten Interessen. Der Eigensinn und die Eigenlogik der nicht originär kapitalistisch organisierten und regulierten Segmente der modernen Ökonomien mit dem darin auch enthaltenen Entwicklungs- und über die Dominanz der kapitalistischen Wirtschaftsweise möglicherweise hinausweisenden Transformationspotenzial werden systematisch verfehlt, wenn sie kontrafaktisch nur als Nischen und Funktionsträger der kapitalistischen Wirtschaftsweise wahrgenommen werden[7].

Die hier nur skizzierte Kritikperspektive nimmt zwar ihren Ausgangspunkt bei der Kategorie Geschlecht, geht dann aber weit über die Kritik der Geschlechterverhältnisse hinaus. Ihr spezifisch feministisches Profil gewinnt sie gleichwohl aus dem Rückbezug etwa der Kapitalismuskritik auf die in der kapitalistischen Wirtschaftsweise historisch und systematisch angelegten Geschlechterstereotypen und Geschlechterhierarchien sowie aus der normativen Orientierung auf deren Überwindung im Kontext einer allgemeinen Demokratisierung der Lebensverhältnisse. Zwar ist die Rede vom Haupt- und Nebenwiderspruch, mit der die so genannten Frauenfrage der sozialen Frage traditionell unter- und nachgeordnet wurde, mittlerweile verpönt, aber gerade in der aktuellen Situation einer sich in kurzen Abständen immer wieder neu zuspitzenden weltweiten Krise wird die selbstverständlich auch darin enthaltene Geschlechterproblematik wieder verstärkt als nachrangig betrachtet – nach dem kürzlich von Jens Alber formulierten Motto „Zentrale Herausforderungen liegen anderswo“ (Alber 2010, 7). Tatsächlich hat die Frage nach der Relevanz der Geschlechterproblematik vor allem auch in der gegenwärtigen Krise angesichts von veritablen Katastrophen, die sich jedenfalls nicht in erster Linie an der Geschlechterachse entzünden, selbstverständlich ihre Berechtigung. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich jedoch,

7 Besonders geläufig und zugleich absurd wird dieser Reduktionismus, wenn die private Versorgungsökonomie auf die Funktion der Reproduktion von Arbeitskraft für ihre kapitalistische Ausbeutung verkürzt wird.

dass die „Frauenfrage“ selbst unter sozialstrukturellen und sozialpolitischen Gesichtspunkten – wie Jutta Allmendinger überzeugend dargelegt hat – keineswegs als erledigt zu betrachten ist (vgl. Allmendinger 2010). Aus meiner Sicht aktualisiert die gegenwärtige Krise die feministische Herausforderung aber darüber hinaus vor allem auch auf dem Feld der politischen Ökonomie im Sinn einer Erweiterung und Vertiefung bei gleichzeitiger Relativierung der Kapitalismuskritik und im Sinn ihrer normativen Einbindung in sozial-emanzipatorische Optionen auf die Zukunft.

4. „La Revolución será feminista o no será“

Im Zusammenspiel mit dem *linguistic* und *cultural turn,* den auch maßgebliche Teile insbesondere des akademischen Feminismus vollzogen haben, mit poststrukturalistischen, subjektzentrierten, stark individualistisch geprägten Perspektiven, mit dem Postfeminismus einer postpatriarchalen Postmoderne auf der einen Seite und dem so genannten „neuen Feminismus“ der selbsternannten „Alpha-Mädchen“ in der neuen F-Klasse auf der anderen Seite, mit der Verbreitung der top-down-Strategie des Gender Mainstreaming oder des modischen Diversity Management in der praktischen Frauen- und Geschlechterpolitik, hat sich der gesellschaftskritische Impetus in Teilen der Geschlechterdebatte deutlich abgeschwächt. Auch das in den Hochzeiten der Frauenbewegung und im Entstehen der feministischen Wissenschaft – zunächst weitgehend außerhalb der Universitäten oder am Rand der *scientific community* – sehr stark betonte Moment des Eigensinns und der Eigenständigkeit feministischer Kritik ist mit deren Akademisierung doch eher in den Hintergrund verstärkter Bemühungen um Anschluss an Erkenntnisse und Befunde insbesondere der als „kritisch“ apostrophierten Gesellschaftstheorie in ihren unterschiedlichen Traditionen und Schattierungen getreten. Zwar werden linke Kritikpositionen weiterhin einer geschlechterkritisch inspirierten Kritik unterworfen; dennoch folgt der kritische Feminismus in gesellschaftstheoretischer und gesellschaftspolitischer Perspektive weitgehend den von männlich dominierten Diskursen vorgezeichneten Pfaden. Er korrigiert und erweitert die vorwiegend von Männern vorgegebenen *frames* der Gesellschaftskritik um die Dimension der Geschlechterverhältnisse, stellt die Grundstruktur und die Grundkategorien etwa der Marxschen Kapitalismuskritik, der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule, von bestimmten Autoren der Regulationstheorie oder der Internationalen Politischen Ökonomie, des Neogramscianismus, des Bourdieu'schen Ansatzes, der Modernisierungstheorien oder vor allem auch der Postmoderne in ihren jeweils unterschiedlichen Aus-

prägungen aber nur punktuell im Hinblick auf ihre Geschlechtsblindheit hin in Frage. Partiell verschafft dies FeministInnen und feministischen Ansichten immerhin eine gewisse Anerkennung in der allerdings weiterhin von Männern dominierten *kritischen Wissenschaft* und *oppositionellen Praxis*. Es lassen sich auch durchaus Öffnungen kritischer Wissenschaft und oppositioneller Praxis gegenüber feministischer Kritik – etwa im Zuge der so genannten kritischen Männerforschung oder durch Einbeziehung von neuen, geschlechterpolitisch besonders relevanten Forschungs- und Politikfeldern – verzeichnen. Dennoch reproduzieren sich auch und gerade gesellschaftskritische Debatten jenseits feministischer Zirkel weiterhin als „Gruppenbild mit Dame(n)" – so wie sich die Linke in ihren vielfältigen Schattierungen seit eh und je und trotz ihres Bekenntnisses zur Gleichberechtigung der Geschlechter – zugespitzt formuliert – als „Männerbund + Rosa Luxemburg"[8] geriert.

Praktisch scheint nun aber die feministische Gesellschafts- und Kapitalismuskritik im Kontext der durch die aktuellen Krisendynamiken angestoßenen Protestdynamiken eine neue Relevanz zu entfalten. „We are the 99%" – mit dieser Parole akzentuiert beispielsweise die Occupy-Bewegung in zweifellos zugespitzter Weise die mittlerweile extreme Konzentration von Macht und Reichtum bei einer kleinen Minderheit. Die US-amerikanische Sozialphilosophin Nancy Fraser sieht in der Doppelorientierung der Occupy-Bewegung auf sozialen Protest und Umverteilung einerseits und auf politisches Engagement und Demokratie andererseits einen besonders interessanten Aspekt: „In den USA hat die Bewegung zwei zentrale Slogans: „Wir sind die 99 Prozent", dahinter steht die Forderung nach Umverteilung, aber eben auch: „So sieht Demokratie aus!" Diese Parole richtet sich gegen die Erosion des politischen Systems, in dem Teilnahme lediglich in der Stimmabgabe bei Parlamentswahlen besteht, nur die Interessen der Unternehmen wahrgenommen werden, samt einem Mediensystem, im dem zentrale Anliegen der Bevölkerung überhaupt nicht vorkommen. Damit imaginiert die Bewegung eine ganz neue Form von Demokratie. Es geht der Occupy-Bewegung um sozialen Schutz *und* um Emanzipation" (Fraser 2011[9]). Die Occupy-Bewegung greift in vielerlei Hinsicht Impulse der Frauenbewegungen auf und versteht sich mit

8 Dieser Kritik kann selbstverständlich mit dem Hinweis auf Klara Zetkin begegnet werden. Allerdings fanden die Ansichten und Bemühungen von Klara Zetkin in linken Debatten – von Ausnahmen wie Bebels „Die Frau und der Sozialismus" abgesehen – nie eine auch nur ansatzweise vergleichbare Resonanz wie die Darlegungen von Rosa Luxemburg.

9 Telepolis Interview 19.12.2011 (http://www.heise.de/tp/artikel/36/36048/1.html).

ihrer Absage an Führerschaft und leadership auch explizit als antipatriarchal. Genau dies – so zeigen die hohe Beteiligung von Frauen und die weit überwiegend positive Würdigung der Bewegung in feministischen Medien sowie von feministischen AktivistInnen und WissenschaftlerInnen – macht die Occupy-Bewegung auch und gerade für Frauen interessant. Gleichwohl präsentieren sich auch noch die gegenwärtigen Protestbewegungen unter dem Signum der Dominanz von Männern.

Dementsprechend haben sich den mittlerweile fast schon weltweit verbreiteten Occupy-Protest-Aktionen und dem „Aufstand der Empörten" in Spanien, in den USA, Italien und vielen anderen Ländern sehr schnell „OccupyPatriarchy"-Initiativen zur Seite gestellt, die sehr selbstbewusst postulieren: „La Revolución será feminista o no será"[10]. Ohne Frauen – so die hier intendierte Botschaft – ist nicht nur kein Staat mehr zu machen, sondern auch keine Revolution. Dabei geht es auch, aber nicht nur, um den Proporz auf Rednerlisten, bei Aktionen und Präsentationen der Bewegung in der Öffentlichkeit; es geht vor allem um Inhalte, um analytische ebenso wie um programmatische Perspektiven politischen Handelns, um die Motive der Empörung, die Anliegen des Engagements und um dessen Formen. Insoweit richtet sich der feministische Impuls an die Träger und Trägerinnen, an die Aktivisten und Aktivistinnen und an alle, die sie begleiten, unterstützen, ihnen zuarbeiten: öffnet Euch den feministischen Herausforderungen, reproduziert im eigenen Denken, Fühlen und Handeln nicht die androzentrischen und patriarchalen Muster der Herrschenden und des hegemonialen Denkens, Fühlens und Handelns, gegen das ihr opponiert – einschließlich seiner systemischen Befestigungen, insbesondere in der Organisation der Arbeit, seiner habituellen Verankerungen, insbesondere in den sozialen Konstruktionen von Männlichkeit und Weiblichkeit und seiner normativen Unterfütterung in den herrschenden Werthierarchien und Handlungsorientierungen.

Aber „La Revolución será feminista o no será" markiert selbstverständlich auch eine Herausforderung der „feministischen Herausforderung" hinsichtlich ihrer Aktualität, ihrer Radikalität und ihrer Praktikabilität in politischem Handeln und in sozialer Bewegung. Was genau beinhalten vollmundige Parolen wie „occupy patriarchy" oder „la Revolución será feminista o no será" – wo doch der Feminismus im allgemeinen und besonders der auf Patriarchatskritik orientierte Feminismus auch in ehemals frauenbewegten Kreisen und Milieus sowie im Kontext der seit langem in Politik und Wissenschaft dominierenden Gender Politics und Gender Studies längst aus der Mode gekommen ist? Sind

10 http://www.rebelion.org/noticia.php?id=128966 (Download: 5.1.2012).

Parolen und Gesten wie „occupy patriarchy“ oder die bereits mehrfach zitierte Beschwörung einer feministisch inspirierten Revolution nicht doch eher nur noch Reminiszenzen an die Vergangenheit einer radikal-feministischen Emanzipationsbewegung, als dass sie noch wirklich an reale Praxen feministischer Wider- und der Eigenständigkeit anknüpfen können? Ist die Occupy-Bewegung nicht auch Ausdruck des postfeministischen und postgender-Zeitalters, indem sie feministische Anliegen integriert und mit den Anliegen anderer sozialer Gruppen und Bewegungen zu jener großen Verbindung der 99% verschmolzen hat? Oder besteht bei der Occupy-Bewegung ebenso wie beispielsweise in Deutschland bei der Piratenpartei nicht doch auch die Gefahr, dass gerade die postgender- und die Postfeminismus-Perspektive die Reproduktion von Geschlechterstereotypen und Geschlechterhierarchien in alten und neuen Formen nicht nur nicht verhindert, sondern befördert?

5. Occcupy Future

Es spricht einiges dafür, dass gegenwärtig die Weichen für die Entwicklungsdynamik des 21. Jahrhunderts gestellt werden. Richtung und Qualität dieser Entwicklungsdynamik werden auch (und vielleicht maßgeblich) davon abhängen, welchen Einfluss Frauen und Frauenbewegungen und die von ihnen repräsentierten Bedürfnisse und Interessen in den darauf orientierten sozialen Bewegungen und politischen Interventionen nehmen können. Gleichzeitig werden gegenwärtig wahrscheinlich auch die Weichen für oder gegen eine Revitalisierung feministischen Eigensinns in gesellschaftstheoretischer und gesellschaftskritischer, vor allem aber auch in emanzipatorischer und transformatorischer Perspektive gestellt. Ich will abschließend einige Punkte benennen, an denen feministischer Eigensinn auch und gerade in der Kapitalismuskritik vonnöten ist und an denen er sich m.E. auch schärfen und erweisen muss. Diese Punkte betreffen zum einen drei zentrale Kategorien der kapitalistischen Wirtschaftsweise – Arbeit, Wachstum, Technik – und zum anderen zwei dominante Perspektiven ihrer Kritik, die ich als „Externalisierung interner Inkonsistenzen“ und als „Reproduktion imperialer Tendenzen des Gegenstands der Kritik“ bezeichne.

Die feministische Kritik am verkürzten und verzerrten Arbeitsbegriff, wie er nicht nur der kapitalistischen Ökonomie, sondern auch ihrer Kritik überwiegend zugrunde liegt, gehört seit eh und je zum Kernbestand feministischer Wissenschaft und Politik. Dabei geht es keineswegs um eine rein additive Ergänzung des auf Erwerbstätigkeit fokussierten Arbeitsbegriffs um unbezahlte Sorgetätigkeit. Aus feministischer Perspektive rückt vielmehr vor allem der Zusammenhang

zwischen Arbeit und Leben ins Zentrum der Aufmerksamkeit – und zwar sowohl in analytischer Perspektive als Co-Konstitutionsverhältnis (Janczyk 2009), wie auch in normativer Perspektive im Hinblick auf die Verzahnung von „gut arbeiten“ und „gut leben“. Zentrale Bedeutung hat in diesem Kontext auch der innere Zusammenhang zwischen der Demokratisierung der Arbeits- und der Lebensverhältnisse. In diesem Kontext entfaltet eine weitere Kategorie eine zentrale Relevanz: die des Bedürfnisses.

Die kapitalistische Wirtschaftsweise bedient nur Bedürfnisse, die sich warenförmig befriedigen lassen, deren Befriedigung der quantitativen Steigerung, also dem Wachstum, zugänglich ist, und sie bedient sich dazu einer Art von Arbeit, die der Rationalisierung vorrangig auf dem Wege ihrer Technifizierung, also der Produktivitätssteigerung, zugänglich ist. Diese Bedürfnisinterpretation und dieses Arbeitsverständnis sind nicht nur eng verwoben mit einer analogen Konstruktion von Männlichkeit auf der einen Seite und einer kompensatorischen Konstruktion von Weiblichkeit auf der anderen Seite, sondern sie beinhalten auch eine in mehrfacher Hinsicht höchst problematische Weichenstellung für die Zukunft. Denn tatsächlich sind die kapitalistische Bedürfnisinterpretation und das ihr entsprechende Arbeitsverständnis längst an „die Grenzen des Wachstums“ gestoßen. Diese Grenzen des Wachstums spielen in den aktuellen Krisendebatten allenfalls unter ökologischen Gesichtspunkten eine Rolle. Ökonomische Grenzen des Wachstums werden ignoriert und tabuisiert. Tatsächlich treffen aber auch prinzipiell steigerungsfähige Bedürfnisse irgendwann an Sättigungsgrenzen, jenseits derer sich z.B. die Nachfrage nach privaten Kraftfahrzeugen zwar kurzfristig durch Abwrackprämien u.ä. noch einmal kräftig stimulieren lässt, die dann aber nur einen entsprechenden Nachfragerückgang in den folgenden Jahren produzieren. Wer auf Sättigungsgrenzen von prinzipiell, aber eben nicht unendlich steigerungsfähigen Bedürfnissen in den westlichen Wohlstandgesellschaften hinweist, wird auf den großen Mangel im Rest der Welt verwiesen, der damit gleichzeitig als Absatzmarkt für die Überschussproduktion der so genannten Industrieländer gleichsam in Beschlag genommen wird – bis die betroffenen Regionen und Länder endlich wirksame Gegenstrategien entwickeln. Es mag essentialistisch anmuten, aber die absurde Vorstellung unendlichen Wachstums scheint mir tatsächlich auch in einer Männlichkeitskonstruktion verwurzelt, die in prometheischer Selbstüberhöhung sogar die Grundbedingung alles Lebens – Natalität und Mortalität und dabei insbesondere Vergänglichkeit – meint außer Kraft setzen zu können, und davon auch nichts weiß, weil sie alle Sorge um dieses Leben gleichsam externalisiert, d.h. an Frauen und deren Weiblichkeit delegiert hat.

Noch länger als die durch Ökologie und Sättigung definierten Wachstumsgrenzen sind die Grenzen der Technik als permanent erneuerbarer Wachstumsimpuls bekannt. Schon John Stuart Mill und John Maynard Keynes wussten, dass permanente Rationalisierung auf der Grundlage des Einsatzes immer neuer Techniken an eine Grenze stößt, an der sich die technologische Entwicklung, die die Wachstumsdynamik kapitalistischer Ökonomien zunächst vorantreibt, in eine ihrer wirksamsten Bremsen verwandelt. Sie erzeugt nämlich Arbeitslosigkeit, wenn sie nicht durch Arbeitszeitverkürzungen aufgefangen wird, und schmälert über ihre Wirkungen auf die so genannte Massenkaufkraft die Realisierungschancen von Renditeerwartungen. Immerhin galt die sukzessive Verringerung der für die Erwerbstätigkeit gebundenen Arbeitszeit lange geradezu als Ausweis der Leistungsfähigkeit moderner Ökonomien auf kapitalistischer Grundlage. Dass sich die säkulare Tendenz allgemeiner Arbeitszeitverkürzungen mittlerweile nur noch in Form zunehmender Teilzeitarbeit von Frauen sowie in Form der Zunahme von befristeter, geringfügiger und diskontinuierlicher Beschäftigung (ebenfalls vorrangig von Frauen) fortsetzt, hat nicht nur aber auch mit der Arbeitsorientierung hegemonialer Männlichkeit – im Manager- ebenso wie im Gewerkschaftsmilieu – zu tun, die – durchaus zurecht – in der (auch durch ihr Zeitkorsett abgesicherten) Zentralität der Erwerbstätigkeit eine der wichtigsten Stützen der Vormachtstellung von Männern gegenüber Frauen vermutet.

Ein weiteres kommt hinzu: der Wandel der Geschlechterverhältnisse in den letzten Jahrzehnten hat zwar die patriarchale Grundstruktur moderner Gesellschaften bislang noch nicht außer Kraft gesetzt, die tradierten Muster der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung sind gleichwohl brüchig geworden. Die kapitalistische Ökonomie kann aber die elementaren Bedürfnisse, deren Befriedigung sie bislang an die privaten Haushalte und dort vorrangig an Frauen „delegiert" hat, selbst nur auf dem Wege ihrer Kommodifizierung befriedigen. Tatsächlich beobachten wir schon seit einiger Zeit deutliche Tendenzen der Industrialisierung nicht nur von Finanz- und unternehmensbezogenen, sondern auch von personenbezogenen Dienstleistungen – indem eben nicht nur Finanz- und business-service-Produkte, sondern auch Gesundheits-, Pflege-, Betreuungs-, Bildungs- und alle möglichen anderen Produkte in zunehmendem Maße auf privatrechtlicher Grundlage am Markt angeboten werden mit der Konsequenz der Entstehung einer Kultur-, Wissens-, Gesundheits-, Care-Industrie etc. Dem kapitalistischen Verwertungskalkül scheinen in diesen Feldern aber doch auch Grenzen gesetzt zu sein, die sich aus der spezifischen Qualität der hier zu befriedigenden Bedürfnisse und der dazu notwendigen Arbeit ergeben. Gerade deshalb hat sich das überschüssige renditesuchende Kapital eben nicht auf den

Ausbau einer neuen *Care Economy*, sondern in die Spekulationsökonomie bzw. die Finanzindustrie gestürzt. Ob es wirklich wünschenswert wäre, wenn Anleger und Investoren in stärkerem Maße als bislang ihre Renditeerwartungen auf Kinderbetreuung, Altenpflege, psychosoziale Dienste, Jugendhilfe etc. richten sollten, ist eher fraglich; eine solche Umwidmung von Kapital erscheint allerdings auch eher unwahrscheinlich. Ebenso unwahrscheinlich ist die Annahme, dass sich die Inszenierung hegemonialer Männlichkeit demnächst auf die Altenpflege und die Kinderbetreuung verlagern wird.

Die hier angesprochenen Problemkonstellationen einer kapitalistischen Wirtschaftsweise liegen in ihren internen Konstruktionsprinzipien, die ihr zunächst zu einer gewaltigen Dynamik verhelfen, der sie dann aber auch innere Schranken setzen. Diese können nur vorübergehend durch „Landnahme" (Dörre 2009) in bislang noch nicht industrialisierten Bereichen und Regionen verschoben werden – eine Funktion, die traditionell der klassische Imperialismus übernommen hatte und die nun die Form der Globalisierung angenommen hat. Dass diese Strategien nun allmählich ebenfalls an ihre Grenzen stoßen, wird durch die neue Strategie der Virtualisierung der Akkumulation von Kapital und privatem Reichtum dokumentiert. Dies müsste die Kapitalismuskritik eigentlich zurückführen auf diejenigen Konstruktionsprinzipien einer kapitalistischen Wirtschaftsweise, an denen deren Transformation ansetzen muss, wenn sie denn „ihre Auswüchse" an den Finanzmärkten dauerhaft unter Kontrolle bringen soll. Tatsächlich aber folgt die Kapitalismuskritik überwiegend dem Prinzip der „Externalisierung interner Inkonsistenzen" (Luhmann 1988). Dies ist regelmäßig dann der Fall, wenn etwa die zentralen Ursachen der Arbeitslosigkeit und der Prekarisierung von Arbeits- und Lebensbedingungen *in* den modernen Gesellschaften externalisiert und beispielsweise dem trans- und supranationalen Treiben der Konzerne oder der Finanzmärkte angelastet werden. Zweifellos bedarf es auf dieser Ebene der politischen Intervention. Die Erwartung aber, dass dadurch – also z.B. durch die supranationale Regulierung der Finanzmärkte oder gar eine neue Weltwirtschaftsordnung – auch die Probleme „vor Ort" zu lösen wären, beruht auf der Verkennung und Verdrängung der tiefer liegenden Ursachen dieser Probleme.

Ich will hier nicht über die Verankerung gigantomanischer Phantasien in modernen Männlichkeitskonstrukten spekulieren, tatsächlich lenkt die Fixierung auf Weltmärkte, Weltordnungen, Weltgesellschaften etc. aber von der Notwendigkeit einer internen Reorganisation der modernen Ökonomien ab – etwa hinsichtlich des ihnen zugrundeliegenden Verständnisses von Arbeit, hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Ökonomie und Demokratie, hinsichtlich der Suche nach neuen Koordinationsmöglichkeiten ökonomischen Handelns jenseits des

doch sehr schmalen Möglichkeitsspektrums von Markt versus Staat, hinsichtlich des notwendigen Umbaus der modernen Ökonomien zu einer auch ökologisch nachhaltigen Versorgungsökonomie in Verbindung mit einer grundlegenden Rekonstruktion der Geschlechterverhältnisse etc. Dabei geht es nicht zuletzt auch um Fragen nach den Möglichkeiten und Schwierigkeiten einer demokratischen Organisation der Artikulation, Interpretation und Verwirklichung von Bedürfnissen, die bislang – wenn überhaupt – nur unter konsequenter Ausblendung der so genannten Frauenfrage und der quasi in ihr versteckten Demokratiedefizite der Bedürfnispolitik in modernen Gesellschaften erörtert wurden.

Feministischer Einspruch ist schließlich auch geboten gegenüber der in der Kapitalismuskritik oft enthaltenen Tendenz zur Reproduktion der imperialen bis totalitären Tendenzen ihres Gegenstands, in dem beispielsweise die tatsächliche Komplexität und Vielfalt moderner Ökonomien entweder ganz übersehen oder dem Diktat ihrer kapitalistischen Abteilungen unterstellt wird. Dies ist immer dann der Fall ist, wenn Familie und Privatheit auf die (Re-)Produktion von kapitalistisch verwertbarer Arbeitskraft verkürzt oder wenn in der „bürgerlichen" Demokratie nur die politische Fassade der ökonomischen Herrschaft des Kapitals gesehen, der Sozialstaat als das Verdienst von Henry Ford und die bescheidenen Fortschritte an Gleichberechtigung als Steigbügelhalter des Neoliberalismus interpretiert werden. Die doppelte Verkürzung der gesellschaftlichen (und damit auch der individuellen) Lebensrealität auf a) ihre Ökonomie und b) deren kapitalistisch organisierten Segmente wird aus meiner Sicht schon dann virulent, wenn die modernen Gesellschaften als „kapitalistische Gesellschaften" tituliert werden, was in linken Diskursen nach wie vor fast durchgängig der Fall ist, und wodurch nicht nur semantisch genau die Haupt-/Nebenwiderspruchskonstruktionen aufrechterhalten werden, die zwar der Legitimation männlicher Dominanz, nicht aber dem Durchdringen der Herrschaftsverhältnisse moderner Gesellschaften und der in ihnen enthaltenen Möglichkeiten von Widerstand und Emanzipation dienlich sind.

The Great Transformation (Polanyi 1944), die möglicherweise aktuell eine neue Qualität entfaltet, beinhaltet vor allem auch neue Herausforderungen an die Utopiefähigkeit kritischen Denkens und oppositionellen Handelns, die sich allerdings nicht in der Abwendung von, sondern nur in der Auseinandersetzung mit der sozialen Realität moderner Gesellschaft und ihrer politischen Ökonomie entwickeln und bewähren kann. Auch wenn die kapitalistische Wirtschaftsweise ihre Zukunft schon hinter sich hat und ihre Entwicklungsdynamik nur noch in destruktivem Potential fortwirkt, so können handlungsrelevante konkrete Utopien doch nur aus den realen Möglichkeiten der Gegenwart entwickelt werden

– nur dass die Widerspruchskonstellationen, die Bewegung und Entwicklung im Sinn der Entfaltung von Gerechtigkeit und Demokratie eben nicht mehr primär in der kapitalistischen Wirtschaftsweise, sondern im gesellschaftlichen Ganzen und seinen Amivalenzen und Kontingenzen verankert sind[11]. Der weitgehend verstummte Diskurs um eine andere Moderne (s.o.) könnte vielleicht als kritischer Ausgangspunkt einer feministisch inspirierten Zukunftsdebatte fungieren – allerdings wohl nur durch die Reintegration der in diesem Diskurs doch eher gemiedenen Herrschaftskritik – auch in Form einer Erneuerung der Kapitalismus- und Patriarchatskritik. Sowohl hinsichtlich der Utopietheorie (vgl. Benhabib 1992; Cooke 2009) wie auch hinsichtlich der Utopiepraxis (vgl. u.a. Fraser 1996; Maltry u.a. 2004) gilt es, die dazu vorliegenden Ansätze zu einem eigensinnig und eigenständig feministischen Utopie-Projekt zu verdichten, das nicht der zähen Behaglichkeit von heile-Welt-Phantasien folgt, sondern den Kampf um die Zukunft auf die Agenda setzt – Occupy Future!

Literatur

Alber, Jens, 2010: Geschlecht – die überschätzte Dimension sozialer Ungleichheit. Zentrale Herausforderungen liegen anderswo. WZB-Mitteilungen Nr. 129, 7-11.

Jutta Allmendinger, 2010: Geschlecht bleibt eine wichtige Dimension sozialer Ungleichheit. Eine Replik auf Jens Alber. WZB-Mitteilungen Nr. 129, 12-15.

Altvater, Elmar, 2002: Kapitalismus – Zur Bestimmung, Abgrenzung und Dynamik einer geschichtlichen Formation. Erwägen Wissen Ethik. Heft 3, 281-291.

–, 2005: Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen: eine radikale Kapitalismuskritik. Münster.

Aulenbacher, Brigitte, 2012: Feministische Kapitalismuskritik als arbeitssoziologische Herausforderung. In: Dörre, Klaus/Sauer, Dieter/Wittke (Hg.): Arbeitssoziologie und Kapitalismustheorie. Frankfurt/M., New York.

11 Herbert Marcuse attestierte der kritischen Theorie als ihre größte Schwäche schon 1967 eine „Unfähigkeit, die befreienden Tendenzen innerhalb der bestehenden Gesellschaft aufzuweisen" (Marcuse 1989, 265). Dieser Mangel widerlege allerdings nicht die Gültigkeit und Rationalität der Gesellschaftskritik, wie sie die kritische Theorie vorgelegt habe. Dass diese außerstande sei, „ihre Rationalität in die Begriffe der geschichtlichen Praxis zu übersetzen", zeige nur, dass die „Befreiung der inhärenten Möglichkeiten die geschichtliche Alternative nicht mehr angemessen ausdrückt". Bei Marcuse mündete diese Einsicht in den Gestus der „Großen Weigerung". Auf die Idee, dass die von ihm erkannte Schwäche der Kritischen Theorie trotz aller Distanz zum orthodoxen Marxismus doch immer noch auf einer Engführung der Gesellschaftskritik auf Kapitalismuskritik beruhen könnte, ist Marcuse leider nicht gekommen.

Beck, Ulrich, 1986: Risikogesellschaft : auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt/M.

Bell, Daniel, 1973: The Coming of Post-Industrial Society: a Venture in Social Forecasting. New York.

Benhabib, Seyla, 1992: Kritik, Norm und Utopie : die normativen Grundlagen der Kritischen Theorie. Frankfurt/M.

Bourdieu, Pierre, 2005: Die männliche Herrschaft. Frankfurt/M.

CDU 1947: Ahlener Programm (http://www.kas.de/wf/de/33.813/) (Download: 9.3.2012).

Connell, Raewyn W., 1987: Gender and Power: Society, the Person and Sexual Politics. Cambridge.

Cooke, Maeve, 2009: Zur Rationalität der Gesellschaftskritik. In: Jaeggi, Rahel (Hg.):Was ist Kritik? Frankfurt/M., 117-133.

Dörre, Klaus, 2009: Die neue Landnahme. Dynamiken und Grenzen des Finanzmarktkapitalismus. In: Ders./Lessenich, Stephan/Rosa, Hartmut (Hg.): Soziologie – Kapitalismus – Kritik: eine Debatte. Frankfurt/M., 21-86.

Fraser, Nancy, 1996: Die Gleichheit der Geschlechter und das Wohlfahrtssystem: Ein postindustrielles Gedankenexperiment. In: Nagl-Docekal, Herta/Pauer-Studer, Herlinde (Hg.): Politische Theorie: Differenz und Lebensqualität. Frankfurt/M., 394-432.

–, 2009: Feminismus, Kapitalismus und die List der Geschichte. In: Blätter für deutsche und internationale Politik (Hg.): Das Ende des Kasino-Kapitalismus? Globalisierung und Krise. Sonderheft. Berlin, 86-100.

Giddens, Anthony, 1997: Jenseits von Links und Rechts : die Zukunft radikaler Demokratie. Frankfurt/M.

Hartmann, Heidi I., 1979: The Unhappy Marriage of Marxism and Feminism: Towards a More Progressive Union. Capital & Class. Vol. 3. No. 2, 1-33.

Haug, Frigga, 2009: Feministische Initiative zurück gewinnen – eine Diskussion mit Nancy Fraser. Das Argument. Jg. 51. Heft 2, 393-419.

Hobsbawm, Eric, 1995: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München.

Janczyk, Stefanie, 2009: Arbeit und Leben: eine spannungsreiche Ko-Konstitution : zur Revision zeitgenössischer Konzepte der Arbeitsforschung. Münster.

Kromphardt, Jürgen 2008: Konzeptionen und Analysen des Kapitalismus: von seiner Entstehung bis zur Gegenwart. 4. Auflage. Göttingen.

Kurz-Scherf, Ingrid/Lepperhoff, Julia/Scheele, Alexandra (Hg.) 2009: Feminismus: Kritik und Intervention. Münster.

Luhmann, Niklas, 1988: Kapital und Arbeit. Probleme einer Unterscheidung. In: Ders.: Die Wirtschaft der Gesellschaft. Frankfurt/M., 151–176.

Lutz, Burkart, 1984: Der kurze Traum immerwährender Prosperität : eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts. Frankfurt/M., New York.

Maltry, Karola/Holland-Cunz, Barbara/Köllhofer, Nina/Löchel, Rolf/Rausch, Renate (Hg.) 2004: Zukunftsbilder: wie Frauen in dreißig Jahren leben werden – Prognosen und Visionen: Königstein/Ts.

Marcuse, Herbert, 1989: Der eindimensionale Mensch: Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft. Frankfurt/M.

Meadows, Dennis, 1972: Die Grenzen des Wachstums: Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. Stuttgart.

Polanyi, Karl, 1944: The Great Transformation. New York.

Schirrmacher, Frank, 2011: Ich beginne zu glauben, dass die Linke recht hat. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.08.2011.

Soiland, Tove, 2009: „Gender": Kontingente theoretische Grundlagen und ihre politischen Implikationen, in: gender politik online (http://web.fu-berlin.de/gpo/pdf/soiland/soiland.pdf). (Download: 9.3.2012)

Thönnessen, Werner, 1958: Die Frauenemanzipation in Politik und Literatur der Deutschen Sozialdemokratie: 1863-1933. Frankfurt/M.

Vobruba, Georg, 1991: Jenseits der sozialen Fragen : Modernisierung und Transformation von Gesellschaftssystemen. Frankfurt/M.

Wehler, Hans-Ulrich, (Hg.) 1972: Deutsche Historiker. Göttingen.

II.

„Zweitrundeneffekte“ – nach der Krise beginnt die Krise

Helene Schuberth

Von der Währungs- zur Politischen Union und wieder zurück?
EU-Politik in der Krise

Einleitung

Nachdem geschlechtsspezifische Anliegen sowohl in den Vorgaben der Europäischen Union (EU), wie beispielsweise in den Integrierten Leitlinien, als auch in den EU Mitgliedstaaten bereits in den letzten Jahren vor der Krise an Bedeutung verloren haben (Fagan u.a. 2006), zeichnet sich heute als Ergebnis der Krise und der gewählten Strategien zu deren Bewältigung eine Schwächung der sozialen, politischen und ökonomischen Stellung von Frauen ab, die die Errungenschaften der letzten Jahrzehnte nachhaltig zu revidieren droht. Begünstigt wird dies durch die fehlende Repräsentanz von Frauen und deren Interessen in jenen Gremien der EU, in denen die Entscheidungen dazu getroffen werden (Schuberth/Young 2011). Darüber hinaus wird im Zuge der Neugestaltung der wirtschaftspolitischen Entscheidungsmechanismen, die den Weg zur politischen Union ebnen soll, der Einfluss der männlich dominierten Finanzbürokratien sowohl auf EU- als auch auf nationaler Ebene gestärkt. Es findet ein Transfer der Politikgestaltung von demokratisch legitimierten Institutionen zu Expertengremien (‚epistemische Gemeinschaften') statt, in denen Frauen und deren Interessen kaum vertreten sind. Die in der Vergangenheit verfolgte Strategie, Gendergerechtigkeit auch über den Weg der Stärkung der politischen Partizipationsmöglichkeiten von Frauen in demokratisch legitimierten Institutionen zu fördern, erweist sich in einer Situation, in der die relevanten Entscheidungen zunehmend in Foren gefällt werden, in denen Frauen stark unterrepräsentiert sind, als ineffektiv. Selbst eine Erhöhung der Repräsentanz von Frauen in diesen Foren wäre aufgrund der beharrlichen Dominanz eines marktradikalen Paradigmas in diesen Gremien und Institutionen, dem sich Frauen unterzuordnen haben, kein Garant für mehr Gendergerechtigkeit.

Die Finanzkrise wirkt sich insbesondere in der Phase, in der sie im Gewand der Staatsschuldenkrise auftritt, fundamental auf die Lebensbedingungen und die Existenz von Frauen aus. Frauen sind die Hauptempfängerinnen von sozialstaatlichen Leistungen. Im öffentlichen Dienst sind sie überproportional beschäftigt. Von den Einsparungen beim Sozialstaat und vom Abbau der Beschäftigten im öffentlichen Dienst werden sie daher vermutlich besonders betroffen sein. Dazu kommt ein neuerlicher konjunktureller Einbruch, der sich im Zuge des Auslaufens der Konjunkturprogramme und der Staatsschuldenkrise verschärft. Die Arbeitslosigkeit von Frauen wird im formellen Arbeitsmarkt steigen und Frauen werden verstärkt in prekäre Beschäftigungsverhältnisse sowie in den informellen Arbeitsmarkt gedrängt.

Als Schweden, Finnland und Norwegen Anfang der 1990er Jahre in eine tiefe Rezession schlitterten, hieß es, der skandinavische Wohlfahrtsstaat sei gescheitert; eine Interpretation der Ereignisse, die sich bis heute in den Köpfen vieler Kommentatoren festgesetzt hat. Tatsächlich war es aber nicht der überbordende Sozialstaat, der diese Länder ökonomisch destabilisierte, sondern die Kombination von Deregulierung und Liberalisierung der Finanzmärkte sowie steuerlicher Änderungen, die einen Immobilienboom auslösten und letztlich eine Banken- und Währungskrise (Jonung u.a. 2008). Die Krise und die Maßnahmen zur deren Bewältigung haben deutliche Spuren in den Budgets der nordischen Staaten hinterlassen. Um die krisenbedingt ansteigenden Staatsschulden wieder zu reduzieren, wurden auch Einschnitte im Sozialsystem vorgenommen. Die Krise wurde letztlich dazu genutzt, den Wohlfahrtsstaat zu schwächen.

Die Geschichte von Finanzkrisen zeigt erstaunliche Parallelen, auch jene des Diskurses über deren Ursachen und ihre Bewältigung. Einer Finanz- und Bankenkrise folgt stets ein starker konjunktureller Einbruch. Bankenrettungs- und Konjunkturpakete sowie die fiskalischen Wirkungen des Wirtschaftseinbruches lassen schließlich die Staatsschulden stark ansteigen. Wenn heute fiskalische Austerität tatsächlich als zentraler Teil der Lösung der durch die Finanzkrise verursachten Staatsschuldenkrise gesehen wird, deutet dies zunächst darauf hin, dass wirtschaftspolitische Fehlentscheidungen, die im Zuge von Finanzkrisen – mit wenigen Ausnahmen – immer wieder getroffen wurden, sich laufend zu wiederholen scheinen.

Der Vorwurf, man habe aus der Geschichte nichts gelernt, gewinnt allerdings erst seine volle Brisanz, wenn man die Stoßrichtung der Konsolidierungsbemühungen betrachtet. Es handelt sich um die Umsetzung einer Agenda, die zwar schon seit einigen Jahrzehnten durch das herrschende ökonomische Paradigma – basierend auf einem neoliberalen Denk- und Wirtschaftsmodell – legitimiert war, die aber in der EU in der wirtschaftspolitischen Praxis vor der Krise nur eine eingeschränkte Durchsetzungskraft erlangte; zu stark war die Ablehnung breiter Teile der Bevölkerung, wenn es um die Umsetzung konkreter Maßnah-

men ging. Eine Ausnahme bildete die in den letzten ein bis zwei Jahrzehnten vorangetriebene Deregulierung des Finanzsystems; diese wurde bis zur Krise von der Bevölkerung nicht unmittelbar wahrgenommen. Die Macht des Faktischen, die Sanktionskraft unregulierter Finanzmärkte, stellt nun die Durchsetzung der neoliberalen Agenda nahezu automatisch her. Begünstigt durch die Privatisierung von Teilen des Rechtssystems im Bereich der Finanzmarktregulierung, ein Umstand, der auch fünf Jahre nach Ausbruch der Krise nicht beseitigt wurde, wird nun der Sozialstaat – in der Diktion der Europäischen Kommission – „modernisiert". Das Risiko einer Abwärtsspirale mit der Folge einer schweren Rezession wird dabei in Kauf genommen. In den Peripheriestaaten der Währungsunion ist dieser Prozess, der verzögert auch den Kern erfassen wird, bereits in vollem Gange.

Dass gerade die europäische Währungsunion im Zentrum der Staatsschuldenkrise steht, ist allein durch Fundamentaldaten nicht begründbar. Während sich der Anstieg der Bruttostaatsschuldenquote im Euroraum zwischen 2007 und 2010 von 66% auf 85% belief, verzeichneten die USA in diesem Zeitraum einen Anstieg von 65% auf 95%. Dieser Zuwachs der Staatsverschuldung ist im historischen Vergleich moderat. Im Durchschnitt der vergangenen Finanzkrisen ist die Verschuldung innerhalb von nur drei Jahren nach Krisenausbruch real um durchschnittlich 89% gestiegen (Reinhart/Rogoff 2009).

Kern der Krise des Euroraums, der sich in erster Linie in einem Rückzug privater Investoren aus einigen Peripheriestaaten manifestiert, ist nicht die Überschuldung der öffentlichen Haushalte, sondern es sind die Schwächen der Koordinierungsarchitektur der Europäischen Währungsunion, auf die bereits seit Beginn der 1990er Jahre in zahlreichen Analysen hingewiesen wurde (z.B. Buiter u.a. 1993).

Vorliegender Beitrag versucht zu zeigen, dass die Fehlkonstruktion der Währungsunion in ihrer konkreten wirtschaftspolitischen Ausgestaltung zunächst vor allem auch die Durchsetzung ökonomischer, politischer und sozialer Gleichstellung der Geschlechter über verschiedene direkte und indirekte Transmissionskanäle erschwerte. Die Krise hat nun die Schwächen der Koordinierungsarchitektur auch in anderer Hinsicht offen zu Tage treten lassen. Anstatt nun aber diese Konstruktionsfehler zu beseitigen, wird die Krise dazu genutzt, um mit Hilfe einer Fiskalunion, die den Charakter einer Disziplinierungsunion aufweist, den Sozialstaat zurückzubauen – und dabei gerade auch die Position der Frauen weiter zu schwächen.

Im nachfolgenden Abschnitt werden die Konstruktionsfehler der Währungsunion analysiert und ihre Implikationen für Geschlechtergleichstellung diskutiert. Im dritten Abschnitt folgt ein Überblick über die neuen wirtschaftspolitischen Steuerungsmechanismen der EU, die derzeit als Reaktion auf die Koordinierungsdefizite der Währungsunion in atemberaubender Geschwindigkeit eingerichtet werden und als Elemente einer politischen Union verkauft werden. Der abschließende Abschnitt unterzieht die neue Koordinierungsarchitektur einer feministischen Kritik.

Die Konstruktionsfehler der Wirtschafts- und Währungsunion

Die Konstruktionsfehler der im Maastrichter Vertrag skizzierten wirtschaftspolitischen Architektur der Wirtschafts- und Währungsunion sind seit beinahe zwei Jahrzehnten Gegenstand zahlreicher wissenschaftlicher Analysen und politischer Initiativen.[1] Im Zentrum der Kritik stehen die fehlende Koordinierung von Geld- und Fiskalpolitik, die asymmetrische Ausgestaltung der Währungsunion mit supranationaler Geld-, aber nationaler Fiskalpolitik, das Fehlen steuerpolitischer Mindeststandards sowie die unzureichende Koordinierung der Makropolitiken (Geld- und Fiskalpolitik) mit der Struktur- und der Lohnpolitik. Letzteres hat vor allem für exportorientierte Länder den Anreiz erhöht, über Lohnabschlüsse unter dem Produktivitätswachstum Wettbewerbsvorteile zu erzielen. Diese Problematik hat, neben zahlreichen anderen Faktoren, die makroökonomischen Ungleichgewichte innerhalb der Europäischen Union im letzten Jahrzehnt verschärft und vor allem die südlichen Länder der Europäischen Union in eine problematische Lage gebracht (European Commission 2010).

Im Folgenden werden einige der problematischen Charakteristika etwas ausführlicher nachgezeichnet:

Dominanz der Neuen Klassischen Makroökonomie: Die Ausgestaltung der wirtschaftspolitischen Koordinierung in der Europäischen Union spiegelt die Denkschule der Neuen Klassischen Makroökonomie wider, die die Unwirksamkeit staatlicher Nachfragepolitik behauptet (Maes 2010). Wenngleich dieses Paradigma bereits in den 1990er Jahren von der „Neuen Neoklassischen Synthese" abgelöst wurde, die neukeynesianische Elemente (Rigiditäten auf den Güter, Arbeits- und Kreditmärkten) mit langfristigen Gleichgewichtsvorstellungen synthetisiert und somit eine aktive Rolle staatlicher Konjunktursteuerung theoretisch begründet, ist die Neue Klassische Makroökonomie in den Europäischen Institutionen nach wie vor präsent (Schuberth 2004). Dieses oft als Brüsseler Konsens bezeichnete Paradigma ist allerdings mit Krisenausbruch temporär suspendiert worden, als es galt, über Konjunktur- und Finanzmarktstabilisierungsmaßnahmen die Kontrak-

1 Eine erste, sehr einflussreiche Kritik am Vertrag von Maastricht findet sich in Buiter u.a. 1993.

tion des Wirtschaftsgeschehens zu mildern. Während die Praxis der Geldpolitik sich weit von diesem Paradigma entfernt hat, scheint man sich heute mit einer neuerlichen Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes sowie mit dem Beschluss des EU-Gipfels vom 2. März 2012, Schuldenbremsen in den Verfassungsrang der Mitgliedstaaten zu heben, in der Fiskalpolitik wieder den Imperativen der neuen klassischen Makroökonomie unterzuordnen.

Keine Ex-Ante Koordinierung von Geld- und Fiskalpolitik: Basierend auf den Vorstellungen der Neuen Klassischen Makroökonomie, wonach Geld- und Fiskalpolitik kurz- und langfristig keinen Einfluss auf Wachstum und Beschäftigung haben, ist die wirtschafts- und währungspolitische Architektur der EU durch eine historisch einzigartige Asymmetrie gekennzeichnet: Während die Geldpolitik vergemeinschaftet ist und zentral von der EZB für den gesamten Euro-Raum gestaltet wird, fällt die Fiskal- bzw. Budgetpolitik weiterhin in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten. Vorschläge zur Europäisierung der Fiskalpolitik, wie etwa die Ausweitung des EU-Budgets und die Erhöhung der Einnahmen, die direkt ins EU-Budget fließen, bis hin zu einer Fiskalunion, in der, analog zu den USA, über Fiskaltransfers arme durch reiche Staaten unterstützt werden, waren bislang nicht durchsetzbar.

An die Stelle einer ex-ante Koordinierung von Geld- und Fiskalpolitik treten bindende Fiskalregeln, die eine flexible Reaktion der Budgetpolitik auf geänderte konjunkturelle Rahmenbedingungen erschweren: die Maastricht-Kriterien des EU-Vertrages (3%-Defizitgrenze, 60%-Schuldenquote) bzw. der Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP), der die Spielregeln für die dritte Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) vorgibt. Der SWP führte zu einer Verschärfung der Regeln für die Fiskalpolitik, da die Mitgliedstaaten mittelfristig nunmehr ein Nulldefizit oder einen Überschuss erwirtschaften müssen und die 3%-Defizitgrenze nur noch in ökonomischen Ausnahmesituationen ausgeschöpft werden kann. Im Jahr 2005 wurde der SWP reformiert. U.a. wurde für solide Staaten eine Neuverschuldung bis zu einer bestimmten Höhe zugelassen, sofern damit wachstumsfördernde budgetäre Ausgaben finanziert werden. Damit wurde auf die Kritik reagiert, der SWP unterlaufe die Ziele der Lissabon Agenda.

Hierarchie der Wirtschaftspolitiken: Laut Vertrag von Maastricht dominiert die Geldpolitik die anderen Politikbereiche. Nach Art. 105 EG-Vertrag ist Preisstabilität das vorrangig zu beachtende Ziel der Geldpolitik. Allerdings ist diese auch vertraglich verpflichtet, an der Verwirklichung der Ziele der Gemeinschaft, wie beispielsweise eine hohe Beschäftigung beizutragen. Diese Zielformulierung des EU-Vertrags hat Anlass zu verschiedenen Interpretationen gegeben. Während manche argumentierten, dass damit der EZB eine konjunkturstabilisierende Rolle

zugeschrieben werde (Schuberth 2004), hat die EZB diese Zielformulierung eng ausgelegt und in der Preisstabilität das vorrangige Ziel gesehen. Einen geringen Spielraum bieten allerdings die vertraglichen Grundlagen, wenn es um die monetäre Staatsfinanzierung geht. Der Kauf von Staatsanleihen am Primärmarkt ist der EZB – im Unterschied zu den Regelungen in den USA – untersagt, sie kann lediglich Staatsanleihen im Rahmen der geldpolitischen Operationen am Sekundärmarkt kaufen. Derzeit schwelt in der EU ein Konflikt um die Lastenverteilung zwischen Geld- und Fiskalpolitik. Er entzündete sich daran, ob die EZB noch stärker als bisher Staatsanleihen am Sekundärmarkt kaufen oder ob sie im Falle eines Erwerbs dieser Staatsanleihen durch die EFSF oder den ESM von der EZB zur Refinanzierung angenommen werden dürfen. Beide Prinzipien, das ex-ante Koordinierungsverbot von Geld- und Fiskalpolitik als auch die dominante Position der Geldpolitik sowie das Verbot der monetären Staatsfinanzierung, wurden im Krisenverlauf in Frage gestellt – sowohl theoretisch als auch in der aktuellen Praxis der Krisenbewältigung. Viele sehen in der Aufhebung dieser Prinzipien den Schlüssel zur Lösung der Staatsschuldenkrise in Europa (de Grauwe 2011; Wyplosz 2011)

Angebotspolitik determiniert langfristiges Wirtschaftswachstum: Diese in der EU bis zur Krise dominierende Vorstellung besagt, dass langfristig Wirtschaftswachstum nicht durch Geldpolitik und nur in bescheidenem Ausmaß mittels fiskalpolitischer Maßnahmen beeinflusst werden kann; wesentliche Wachstumsdeterminante sei die Angebotsseite der Volkswirtschaft, die nur über Strukturreformen, Deregulierung der Finanzmärkte, Flexibilisierung der Arbeitsmärkte sowie Modernisierung des Sozialsystems gestärkt werden könne. Letzteres betrifft insbesondere Frauen und beschreibt den Rückbau des Sozialstaats und hier zum Beispiel den Versuch, Risiken, vor denen das Sozialsystem schützen soll, zu individualisieren. Wesentliches institutionelles Instrument der Umsetzung in der EU sind die Integrierten Leitlinien, die im Rahmen der offenen Methode der Koordinierung erstellt und als Empfehlung an die Mitgliedstaaten ausgesprochen werden. Die Schwächung der öffentlichen Altersicherung zugunsten der privaten Altersvorsorge oder aber die Empfehlungen an die Mitgliedstaaten, das Gesundheitssystem effizienter zu organisieren, sind dafür nur zwei Beispiele. Besondere Beachtung verdient der im Rahmen der Lissabonner Agenda 2000 vorangetriebene „Finanzsektoraktionsplan" („Financial Sector Action Plan"), der neben zahlreichen sinnvollen Initiativen, wie etwa die Harmonisierung der nationalen Zahlungsverkehrssysteme, auch den Umbau des Finanzsystems in Richtung angelsächsischer Praktiken zum Ziel hatte (Weber 2006). Die Stärkung der Bedeutung der kapitalmarktorientierten Finanzierung zugunsten der

Bankenfinanzierung sollte Wachstumspotenziale heben. Tatsächlich hat diese Strategie das Weltfinanzsystem an den Rand des Zusammenbruchs geführt und nicht zuletzt auch die Lebensbedingungen von Frauen über zahlreiche direkte und indirekte Transmissionsmechanismen nachhaltig beeinträchtigt (vgl. Schuberth/Young 2011).

Arbeitsmärkte tragen die Anpassungslasten in der Währungsunion: Im Falle asymmetrischer Schocks sind aufgrund des Wegfalls des autonomen geld- und währungspolitischen Instrumentariums und der eingeschränkten Spielräume antizyklischer Fiskalpolitik die Arbeitsmärkte einer hohen Anpassungslast ausgesetzt. Die Koordinierungsarchitektur sollte erzwingen, dass sich letztlich die Löhne im Falle eines Konjunktureinbruchs anzupassen haben, da andernfalls das entsprechende Land in seiner Wettbewerbsfähigkeit zurückfällt. Die in einigen Ländern sehr weitgehende Flexibilisierung der Arbeitsmärkte äußerte sich im starken Zuwachs prekärer Beschäftigungsverhältnisse sowie von Teilzeitarbeit (vgl. Schuberth 2011). Es sind Frauen, die das Gros der teilzeitbeschäftigten Arbeitskräfte stellen. Während im Jahr 2000 31,5% der Frauen im Euro-Raum teilzeitbeschäftigt waren, stieg dieser Wert im Jahr 2011 auf etwa 35%. Bei den männlichen Beschäftigten stieg die Teilzeitquote in diesem Zeitraum von 5,6 auf 7,7%. Frauen arbeiten vorwiegend wegen familiären Betreuungspflichten in Teilzeit, Männer wegen Aus- und Fortbildung. Ein weiteres Auseinanderdriften der Einkommensschere zwischen Männern und Frauen, Armutsgefährdung, der Verlust jeglicher Karriereperspektiven und eine Verfestigung der geschlechtsspezifischen Rollenteilung sind die Folge. Die erhofften makroökonomischen Wirkungen der Flexibilisierungsstrategie, makroökonomische Ungleichgewichte zu verhindern, blieben hingegen aus.

Die Integrierten Leitlinien sind ein wenig effektives Koordinierungsinstrument: Die Integrierten Leitlinien, mit denen der Europäische Rat die Schwerpunkte und Ziele im Bereich der Makropolitik, der Struktur-, Arbeits- und Sozialpolitik festlegt und die in die Lissabon Programme Eingang gefunden haben, sind ein schwaches Koordinierungsinstrument, sowohl zwischen den Ländern als auch zwischen den Politikbereichen. Dies hängt zum einen damit zusammen, dass sie nicht bindend sind. Die Forderung, Gender Mainstreaming und die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter bei allen Maßnahmen zur Umsetzung der beschäftigungspolitischen Leitlinien zu berücksichtigen (Europäische Kommission 2005), lässt sich mit 'peer pressure' allein nicht umsetzen. Dazu kommt, dass die Leitlinien an das überwiegend regelbasierte Vorgehen in den Makropolitiken und an das ex-ante Koordinierungsverbot in diesen Bereichen gebunden sind. Daher ist der Spielraum einer effektiven Koordinierung erheblich eingeschränkt.

Fehlen einer europäischen Finanzmarktaufsicht sowie von makroprudenziellen[2] *Instrumenten, die Finanzstabilität sicherstellen*: Der Umstand, dass ein global agierendes Banken- und Finanzsystem von nationalen Aufsichtsbehörden, die noch dazu nur schwach koordiniert sind, kontrolliert wurde, ist mit Krisenausbruch als große Schwäche erkannt worden. Als Reaktion darauf wurden im Jahr 2011 europäische Aufsichtsbehörden (EFSF) sowie der Europäische Rat für Systemrisiken (ESRB) eingerichtet. Die Regulierungsreform, die seit Krisenausbruch in Angriff genommen wurde, orientiert sich nun weitgehend an den Empfehlungen der De Larosiere Arbeitsgruppe, die im Herbst 2008 eingerichtet wurde (De Larosiere 2009).[3] Die Regulierungsreform setzt dabei aber lediglich an einigen Schwachstellen der Regulierungsarchitektur an, ohne eine fundamentale Änderung der Struktur des Finanzsystems eingeleitet zu haben.

Fehlen eines Europäischen Krisenfonds: Da in der Vorstellungswelt der Neuen Klassischen Makroökonomie Finanzkrisen nicht existent sind, wurde auch die Forderung nach einem Krisenfonds, der im Zuge der Asienkrise in den 1990er Jahren aufgestellt wurde und durch Beiträge der Finanzindustrie gespeist werden sollte, nicht ernst genommen. Dies stellt sich heute als großes Problem dar, da die Maßnahmen der Bankenstabilisierung über Mittel nationaler Budgets erfolgen. Dieser Umstand hat die Staatsschuldenkrise verschärft, weil er zu einer Verschränkung von Risiken des nationalen Bankensystems mit jenen der Staatshaushalte führt. Geraten Banken eines Landes in Schwierigkeiten, wird automatisch auch das jeweilige Land schlechter bewertet und vice versa.

Die Defizite der skizzierten Koordinierungsarchitektur sind wesentlich verantwortlich für die Krise, in der sich die Europäische Währungsunion befindet. So haben sich seit Bestehen der Währungsunion die Ungleichgewichte innerhalb der Eurozone ausgeweitet. Für boomende Länder wie Irland oder Spanien, für die aufgrund der höheren Inflationsraten der Realzins niedriger war, war die Geldpolitik der EZB zu expansiv, für die schwach wachsenden Länder wie Deutschland oder Italien hingegen zu restriktiv. Sowohl zwischen den Ländern als auch zwischen den Politikbereichen gut abgestimmte fiskal-, lohn- und strukturpolitische Instrumente hätten hier die sich aufbauenden Divergenzen korrigieren können.

2 Benennung für Aufsichtsmaßnahmen, die im Besonderen auf den störungsfreien Zustand des (nationalen oder globalen) Finanzsystems gerichtet ist.

3 Am Rande sei erwähnt, dass in dieses so genannte „wise men committee" ausschließlich männliche Vertreter nominiert wurden, von denen einige sehr eng mit der Finanzwirtschaft verbunden sind.

Mangels einer effizienten Koordinierung der Lohn- mit den Makropolitiken und aufgrund des innereuropäischen Standortwettbewerbs ist es nicht nur zu einer Senkung der Lohnquoten gekommen, sondern auch zu einer Verschiebung der Wettbewerbsverhältnisse. So schlug sich etwa bis zur Krise die Verbesserung der deutschen (sowie der niederländischen und österreichischen) Wettbewerbssituation, die zu einem erheblichen Teil lohnkostenbedingt war, in immer größer werdenden Leistungsbilanzüberschüssen, auch gegenüber den europäischen Handelspartnern, nieder. Weil wirksame Elemente einer Transferunion fehlten, konnten sich aufbauende Divergenzen in der wirtschaftlichen Entwicklung der Länder nicht abgebaut werden. Darüber hinaus sind die Koordinierungsdefizite für die im Vergleich mit den USA bis zur Krise unterdurchschnittliche Wachstums- und Beschäftigungsentwicklung im Euroraum verantwortlich. Von den zahlreichen konzeptuellen Vorschlägen zur Stärkung der wirtschaftspolitischen Koordinierung wurden bis zur Krise lediglich zwei Initiativen umgesetzt: Die Einrichtung des Makroökonomischen Dialogs sowie die Etablierung der Offenen Methode der Koordinierung (OMK).

Die Einrichtung des *Makroökonomischen Dialogs* während der Deutschen Präsidentschaft 1999, die als Zugeständnis an die KritikerInnen des Vertrags von Maastricht interpretiert werden kann, sollte die Makropolitiken besser mit der Lohnpolitik abstimmen. Dem Dialog wurde allerdings, sowohl in der Konzeption als auch in der Praxis, keine wirksam koordinierende Funktion zuerkannt. Er wird lediglich als Diskussionsforum abgehalten, in dem die EZB, die Europäische Kommission, der Europäische Rat sowie die Sozialpartner aktuelle wirtschafts-, währungs- und lohnpolitische Fragen debattieren sowie kontroverse Einschätzungen austauschen (vgl. Hallwirth/Koll 2009).

Beginnend mit der Lissabon Agenda im Jahr 2000 hat sich in der Struktur-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik die *Offene Methode der Koordinierung* in Form eines freiwilligen *peer review*- und *peer pressure*-Prozesses sowie eines *best practice*-Austausches zwischen den Mitgliedstaaten durchgesetzt. Ursprünglich sollten mit der Lissabon Agenda auch verstärkt beschäftigungs- und sozialpolitische Zielsetzungen verfolgt werden (vgl. Koll 2011). Die Koordinierungsmethode wäre ein Vehikel gewesen, um diesen Zielen stärker zum Durchbruch zu verhelfen. Die Umsetzung der Lissabon Agenda im Wege dieser Koordinierungsmethode wurde jedoch letztlich dazu genutzt, den Wohlfahrtsstaat in Richtung Wettbewerbsstaat umzubauen: durch Deregulierung, Flexibilisierung und Privatisierung. Mit diesem Prozess ging auch eine Stärkung des Rates der Finanzminister (ECOFIN) zuungunsten jenes der Sozialminister einher.

Auf dem Weg zur Europäischen Wirtschaftsregierung?

Während die Europäische Union im ersten Jahr die seit Sommer 2007 währende Krise zunächst ignorierte, wurden im Zuge ihrer Verschärfung seit Herbst 2008 laufend Initiativen angestoßen, die einerseits mittelfristig Koordinierungsdefizite beseitigen und andererseits kurzfristig das Krisenmanagement erleichtern sollten. Was Letzteres betrifft, so wurde im Mai 2010 ein Europäischer Rettungsschirm (Europäische Finanzstabilisierungsfazilität, EFSF) eingerichtet, der ab Mitte 2012 durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) abgelöst wird.

Wesentliche Eckpfeiler der neuen Koordinierungsarchitektur sind der im März 2011 vereinbarte Euro-Plus-Pakt sowie ein im Dezember 2011 verabschiedetes Legislativpaket mit sechs Rechtsakten („Sixpack"), wobei vier Rechtsakte der (zweiten) Reform des SWP gewidmet sind und zwei neue Rechtsakte der Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte. Darüber hinaus wurde im März 2012 von 25 EU-Staaten der Fiskalpakt unterzeichnet.

Makroökonomische Überwachung

Im Rahmen der makroökonomischen *Überwachung* sollen auf Basis von Indikatoren („Scoreboard") Risiken von makroökonomischen Ungleichgewichten durch die Europäische Kommission frühzeitig identifiziert werden. Überschreiten ausgewählte Indikatoren gewisse Schwellenwerte und wurde auf die an die Mitgliedstaaten gerichteten Empfehlungen des Rates für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN) nicht reagiert, kann letztlich eine jährliche Geldbuße in Höhe von 0,1% des Bruttoinlandprodukts des Vorjahres verhängt werden. Bei diesem „Verfahren bei einem übermäßigen Ungleichgewicht" („Excessive Imbalance Procedure") gilt das Prinzip, wonach das Verfahren automatisch anläuft, wenn es nicht in kürzester Zeit von einer qualifizierten Mehrheit der Mitgliedstaaten gestoppt wird (*reverse majority*).

Die Wahl der Indikatoren, anhand derer Ungleichgewichte festgestellt werden, und deren Schwellenwerte, wie sie nun von der Europäischen Kommission vorgeschlagen werden,[4] lassen eine einseitige Auslegung der bestehenden Ungleichge-

4 Zu den Indikatoren zählen Leistungsbilanzsaldo in Relation zum BIP, Nettoauslandsposition in Relation zum BIP, Veränderung der Exportmarktanteile, Veränderung der nominellen Lohnstückkosten, Veränderung des real effektiven Wechselkurses, Verschuldung des Privatsektors in Prozent des BIP, Kreditwachstum des Privatsektors, Veränderung der Hauspreise, Bruttoverschuldungsquote und die Arbeitslosenquote (European Commission 2011).

wichte vermuten. So schlägt die Europäische Kommission einen Schwellenwert bei den Leistungsbilanzüberschüssen bei 6% des BIP (im Durchschnitt der letzten drei Jahre) vor, während er bei den Leistungsbilanzdefiziten lediglich 4% beträgt. Die Anpassungslast liegt somit asymmetrisch bei den Defizitländern, die dann über Strukturreformen und moderate Lohnabschlüsse ihre Wettbewerbsfähigkeit erhöhen sollen. Es wurde damit dem Wunsch der Überschussländer nach einem geringeren Schwellenwert, ab dem ein Leistungsbilanzdefizit reduziert werden muss, nachgegeben. Schließlich werden hohe Lohnabschlüsse sanktioniert, während Lohndeflation nicht als Problem gesehen wird. Ebenso wenig wird die Problematik sinkender Lohn- und steigender Gewinnquoten adressiert. Die fast ausschließlich an einigen wenigen Wettbewerbsfaktoren orientierten Indikatoren erzeugen zudem die Illusion, komplexe Wirkungszusammenhänge steuern zu können (Klatzer/Schlager 2011). Es fehlen zudem Indikatoren, die einen hohen Grad an sozialer Absicherung fördern. Dies ist nicht nur unter sozialpolitischen und geschlechtergerechten Gesichtspunkten relevant. Eine makroökonomische Bedeutung ergibt sich daraus, dass ein gut ausgebauter Wohlfahrtsstaat mit umverteilender Wirkung, hohen Sozialtransfers sowie eine hohe Staatsquote wichtige Voraussetzungen dafür sind, dass sich konjunkturelle Einbrüche nicht zu stark auf Wachstum und Arbeitslosigkeit auswirken (Dolls u.a. 2011). Eine Folge der fehlenden Koordinierung und Harmonisierung von Kapitalsteuern auf EU-Ebene stellt die Erosion der Steuerbasis dar, da die Staaten in einen Steuerwettlauf nach unten eintreten. Indikatoren, die die Entwicklung der Steuergrundlage messen, wären hier angebracht.

Fiskalpolitische Überwachung

Den zweiten Eckpfeiler der geplanten neuen Steuerungsarchitektur stellt die *fiskalpolitische Überwachung* dar. So wurde der Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) nach der Reform 2005 einer neuerlichen Reform unterzogen. Der SWP wird nun noch stärker regelgebunden. So darf das jährliche Wachstum der Staatsausgaben das mittelfristige Wirtschaftswachstum nicht überschreiten. Länder mit weniger soliden Staatshaushalten, also diejenigen, die noch kein Nulldefizit erreicht haben, dürfen die Ausgaben nur mit einer geringeren Rate als das Wirtschaftswachstum erhöhen. Mit den Beschlüssen zur Verankerung einer Schuldenbremse in der Verfassung würde die prozyklische Ausrichtung des SWP noch verstärkt.

Euro-Plus-Pakt

Darüber hinaus wurde im März 2011 mit dem Euro-Plus-Pakt eine Vereinbarung zwischen 23 EU-Mitgliedstaaten getroffen,[5] mit dem Ziel, die wirtschaftspolitische Koordinierung in zentralen Bereichen zu verstärken. Hierzu zählen zum Beispiel die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit, auch durch Liberalisierung noch geschützter Sektoren, Förderung der Beschäftigung (*Flexicurity*) oder aber auch die Harmonisierung der Körperschaftssteuerbemessungsgrundlage (Breuss 2011). Hier gibt es zahlreiche Überschneidungen mit bereits bestehenden Koordinierungsprozessen sowie mit Elementen des *Sixpack* oder der Wachstumsstrategie „Europa 2020".

Bewertung der wirtschaftspolitischen Koordinierungsarchitektur aus feministischer Sicht

Wirtschaftspolitische Strategien der EU bis zur Krise und deren Wirkungen auf Frauen

Deregulierung und Flexibilisierung der Märkte sowie die Nicht-Koordinierung der Geld- und Fiskalpolitik stellen die Grundpfeiler der wirtschaftspolitischen Strategie der Währungsunion dar. Die Geldpolitik wurde dem primären Ziel der Preisstabilität verpflichtet, in der Fiskalpolitik wurden stabilisierungs- und verteilungspolitische Ziele zugunsten des Nulldefizitziels des SWPs aufgegeben; mangels Harmonisierung der Unternehmens- und Kapitalsteuern fand ein Steuerwettlauf nach unten statt, der die Finanzierungsbasis emanzipatorischer Politik auf nationaler Ebene zunehmend einschränkte und dazu führte, dass der Anteil der Lohnsteuern am Gesamtsteueraufkommen stieg, während jener der Gewinn- und Kapitalsteuern sank (Schratzenstaller 2004). Aus diesem Grund wurde 'Gender Budgeting' als zentraler Ansatzpunkt emanzipatorischer Politik von manchen als nicht ausreichend gesehen (Schuberth 2004). Die Durchsetzung von nationalen geschlechtergerechten Budgets ist schwieriger in einer Situation, in der Nulldefizit, der Ausbau wachstumsfördernder budgetärer Ausgabekategorien zuungunsten von Sozialausgaben sowie der weiter ungehinderte Steuerwettbewerb im Unternehmenssteuerbereich zentrale fiskalische Strategien auf EU-Ebene darstellen.

5 Neben 17 Eurostaaten sind sechs Nicht-Eurostaaten (Bulgarien, Dänemark, Lettland, Litauen, Polen und Rumänien) dem Euro-Plus-Pakt beigetreten.

Die fehlende ex-ante Koordinierung von Geld- und Fiskalpolitik, die geringe Bedeutung konjunkturstabilisierungspolitischer Ziele sowie die Wirkungen der Geld- und Fiskalpolitik generell sind keineswegs geschlechtsneutral, wenngleich empirische Studien dazu rar sind. Für die Geldpolitik beispielsweise zeigten Romer und Romer (1999), dass eine expansive, antizyklische Geldpolitik in Konjunkturabschwüngen Armut reduzieren und somit auch die Lebensbedingungen von Frauen verbessern hilft, deren Armutsrate generell höher ist als jene von Männern. Dies sollte auch langfristig über den Konjunkturzyklus hinaus wirken (Ball 1999). Fiskalpolitik hat eine Reihe von Effekten auf Frauen, die über die Frage der Verteilung der budgetären Ausgabekategorien zwischen den Geschlechtern sowie über die geschlechtsspezifische Verteilung des Aufkommens aus Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen hinausgehen. Nicht nur die Einnahmen- und Ausgabenstruktur, sondern auch die Höhe des Nettodefizits sowie deren Variation im Verlauf des Konjunkturzyklus haben entscheidende Auswirkungen auf die Situation von Frauen. Eine antizyklische Fiskalpolitik reduziert Arbeitslosigkeit im Konjunkturabschwung und beeinflusst Beschäftigung auch nachhaltig positiv; dies gilt analog für die antizyklische Geldpolitik (Ball 1999). Neben ihren konjunkturstabilisierenden Wirkungen beeinflusst Fiskalpolitik Produktivität und Wachstum, was wiederum geschlechtsspezifische Verteilungsimplikationen hat. Budgetkonsolidierung trifft Frauen weitaus stärker als Männer, da sie eher von der Rückführung von Sozialausgaben betroffen sind. Auch die Frage, ob Geld- und Fiskalpolitik koordiniert werden sollen oder ob jeder Bereich einer eigenen, möglicherweise durch Vorschriften geregelten Strategie folgen soll, wie dies bis zur Finanzkrise 2007 im Euroraum der Fall war, ist von maßgeblicher Bedeutung für die Höhe von Arbeitslosigkeit und Armut in der Bevölkerung.

Die neue Koordinierungsarchitektur – mögliche Effekte auf Frauen

Die Finanzkrise hat zahlreiche Koordinierungsdefizite der Währungsunion offen gelegt und darüber hinaus die Folgen des Primats des Marktes gegenüber der Politik spürbar werden lassen. Die Krise hätte nun dazu genutzt werden können, diese Defizite zu beseitigen. In Kombination mit einer strengen Regulierung des Finanzsystems wäre dies eine wesentliche Voraussetzung dafür gewesen, das Primat der Politik wiederherzustellen. Die eingeleiteten Reformen der Koordinierungsarchitektur stellen allerdings eher eine Symptomkur dar, statt an den Ursachen anzusetzen. Die Initiativen der EU zur Regulierung des Finanzsektors seit Krisenausbruch haben an den problematischen Grundstrukturen, die zur

Krise geführt haben, kaum etwas geändert. In der Fiskalpolitik wird das als überholt geglaubte Paradigma der Neuen Klassischen Makroökonomie, wonach Fiskalpolitik nicht konjunktursteuernd eingesetzt werden soll, reaktiviert.

Die von vielen gefeierte Renaissance des Keynesianismus war von kurzer Dauer. Die Konzentration aller Anstrengungen auf eine Fiskalunion, die ausschließlich als Disziplinierungsunion zu verstehen ist, wird letztlich prozyklisch wirken und den Wirtschaftsabschwung verschärfen – mit vermutlich weitreichenden sozialen Folgen: Sozialstaatliche Leistungen werden reduziert und Ungleichheiten verstärkt, auch zwischen den Geschlechtern. Der Druck steigt, solidarisch finanzierte, sozialstaatliche Sicherungssysteme bei Pensionen und Gesundheit, aber auch bei staatlichen Dienstleistungen oder Transfers, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sicherstellen, zu reduzieren. Im Zuge des Wirtschaftsabschwungs steigt die Arbeitslosigkeit wieder, wie das in den Krisenländern der Währungsunion bereits seit längerer Zeit der Fall ist. Während im Zuge des konjunkturellen Einbruchs 2009 die Arbeitslosenquoten von Männern im Durchschnitt aller EU-Länder stärker gestiegen sind als jene der Frauen und damit die Arbeitslosenquote der Männer im EU-Schnitt etwa auf dem gleichen Stand wie die von Frauen lag (Schuberth 2011), ist beim neuerlichen Abschwung auch mit einem nicht unerheblich stärkeren Anstieg der Arbeitslosigkeit von Frauen zu rechnen. Denn Frauen sind zu einem großen Teil im öffentlichen Dienst beschäftigt, wo nun Arbeitsplätze abgebaut werden. Als Gedankengebäude ist der Neoliberalismus, der als ein Paradigma der „Maskulinisierung von Gesellschaft, Politik und Staat" verstanden werden kann (Sauer 2010), weil er die menschliche Existenz in einen ökonomischen und sozialen Überlebenskampf zwängt, in den europäischen Institutionen und zum Teil auch in nationalen Bürokratien zwar allgegenwärtig, als umfassendes hegemoniales Konzept konnte er sich aber in der EU bislang nicht durchsetzen. Die zur Staatsschuldenkrise uminterpretierte Finanzkrise wird nun dazu genützt, neoliberale Wirtschaftspolitik als Sachzwang mit Bestandsgarantie zu konstitutionalisieren (Klatzer/Schlager 2011).

Die nun stattfindende tendenzielle Verlagerung von Entscheidungsprozessen von nationalen Parlamenten und Bürokratien auf EU-Institutionen in zentralen Bereichen der Wirtschaftspolitik bedeutet auch, dass Partizipationsmöglichkeiten von Frauen noch mehr eingeschränkt werden. Zudem sind manche dieser Institutionen besonders anfällig gegenüber Lobbyismus (Klatzer/Schlager 2011) oder der weitaus effektiveren ideologischen Kaperung (*capture by the knowledge base*). Die Privatisierungs- oder Deregulierungsempfehlungen und die Darstellung der fiskalischen Reformen als unausweichlich, um dem strengen Urteil der Finanzmärkte zu genügen, passen in dieses Bild. Ebenso der Umstand, dass die Regulierung

der Finanzmärkte oder Maßnahmen zur Eindämmung des Steuerwettlaufs nach unten keinen bedeutenden Stellenwert in der Krisenbekämpfung genießen.

Ein Blick in die Zukunft

Die Finanzkrise, die nun auch im Gewand einer Staatsschulden-, Euro- und Demokratiekrise in Erscheinung tritt, lässt sich nur bewältigen, wenn effektive Maßnahmen des Krisenmanagements[6] um eine grundlegende Reform der wirtschaftspolitischen Koordinierungsarchitektur und deren Demokratisierung ergänzt werden. Dabei sind prozedurale Aspekte weniger wichtig als die zugrunde liegende wirtschaftspolitische Orientierung. Zentrale Ansatzpunkte einer wachstums- und verteilungsgerechten Strategie bilden dabei die EU-weite Harmonisierung und Koordinierung der Einnahmenseite der Budgets (Mindestsätze für Unternehmens- und Vermögenssteuern), um die Budgets nachhaltig und verteilungsgerecht zu konsolidieren; die Beseitigung makroökonomischer Ungleichgewichte in der Währungsunion durch die Stärkung des makroökonomischen Dialogs, die Regulierung des Finanzsystems, um die weitere Destabilisierung von Krisenländern im Rahmen von sich selbst erfüllenden Prophezeiungen zu verhindern, und letztlich die Stärkung von Elementen der Politischen Union, z.B. im Rahmen einer Ausweitung des EU-Budgets, das derzeit lediglich ca. 1% des EU-BIP beträgt. Dabei ist die Forderung nach einer Übertragung von wirtschaftspolitischen Entscheidungskompetenzen an demokratisch legitimierte Institutionen von zentraler Bedeutung. Die unzureichende Berücksichtigung von gendergerechten Anliegen in der wirtschaftspolitischen Ausrichtung der EU hängt letztlich auch damit zusammen, dass finanzwirtschaftliche Akteure und Expertengremien Bürgerinnen und Bürger aus den politischen Prozessen ausschließen – ein Phänomen, das Colin Crouch (2008) mit dem Begriff der Postdemokratie beschrieben hat.

Literatur

Ball, Laurence, 1999: Aggregate Demand and Long-Run Unemployment. Brookings Papers on Economic Activity. 1999. Heft 2, 189-251.

Breuss, Fritz, 2011: EU-Wirtschaftsregierung. Eine notwendige aber nicht hinreichende Bedingung für das Überleben der Eurozone und des Euro. FIW Policy Brief Nr. 12. August 2011.

6 Dazu zählen beispielsweise Eurobonds oder die Lender of Last Resort-Funktion der EZB.

Buiter, Willem H./Corsetti, Giancarlo./Roubini, Nouriel, 1993: Excessive Deficits: Sense and Nonsense in the Treaty of Maastricht. Economic Policy. Issue 1. Reprint in: de Grauwe, Paul, (Hg.) 2001: The Political Economy of Monetary Union. Cheltenham, 297-331.

Crouch, Colin, 2008: Postdemokratie. Frankfurt/M.

De Grauwe, Paul, 2011: The ECB as a Lender of Last Resort. VoxEU.org, 18 August.

De Larosiere Report, 2009: Report der High Level Group of Supervision in der EU. Brussels, 25.02.2009. http://ec.europa.eu/commission_barroso/president/pdf/statement_20090225_en.pdf (Download: 1 March 2009)

Dolls, Matthias/Fuest, Clemens/Peichl, Andreas, 2010: Automatic Stabilizers and Economic Crisis: US vs. Europe. NBER Working Paper No. 16275.

Europäische Kommission, 2005: Mitteilung für die Frühjahrstagung des Europäischen Rates. Zusammenarbeit für Wachstum und Beschäftigung. Integrierte Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung (2005-2008). Brüssel

European Commission, 2010: Innovative Financing at the Global Level. Commission Staff Working Document. Brussels.

–, 2010: Special Issue: the Impact of the Global Crisis on Competitiveness and Current Account Divergences in the Euro Area. Quarterly Report on the Euro Area. Volume 9. No 1/2010.

–, 2011: Scoreboard for the Surveillance of Macroeconomic Imbalances: Envisaged Initial Design. Commission Staff Working Paper, SEC(2011) 1361 final. Brussels, 8.11.2011. http://www.europarl.europa.eu/registre/docs_autres_institutions/commission_europeenne/sec/2011/1361/COM_SEC(2011)1361_EN.pdf (Download: 5 January 2012)

Fagan, Colette/Grimshaw, Damian/Rubery, Jill, 2006: The Subordination of the Gender Equality Objective: the National Reform Programmes and "Making Work Pay" Policies. Industrial Relations Journal, Vol. 37, No. 6, pp. 571-592, November 2006.

Hallwirth, Volker/Koll, Willi, 2009: Zehn Jahre Makroökonomischer Dialog – eine Zwischenbilanz. Wirtschaftsdienst. Heft, 26-33.

Jonung, Lars/Jaakko Kiander/Vartia, Pentti., 2008: The Great Financial Crisis in Finland and Sweden: The Dynamics of Boom, Bust and Recovery, 1985-2000. European Commission. European Economy. Economic Paper No. 350. Luxembourg.

Klatzer, Elisabeth/Schlager, Christa, 2011: Europäische Wirtschaftsregierung – eine stille neoliberale Revolution. Kurswechsel. Heft 1, 61-81.

Koll, Willi, 2011: Governance in der Krise. Neue Elemente der Koordinierung in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (WWU). IMK Policy Brief, November 2011.

Maes, Ivo, 2010: Economic Thought at the European Commission and the Creation of EMU (1957-1991). Storia del Pensiero Economico. FrancoAngeli Editore. Vol. 0(2), 63-80.

Reinhart, Carmen/Rogoff, Kenneth, 2009: This Time is Different: Eight Centuries of Financial Folly. Princeton.

Romer, Christina D./Romer, David H., 1999: Monetary Policy and the Well-Being of the Poor. In: Federal Reserve Bank of Kansas City (Hg.): Income Inequality: Issues and Policy Options). Kansas, p. 21-49.

Sauer, Birgit, 2010: Das Geschlecht der Finanz- und Wirtschaftskrise. Kurswechsel. Heft 1, 38-47.

Schratzenstaller, Margit, 2004: Steuerwettbewerb in der erweiterten EU. Interventionen. Jg. 1. Heft 2, 13-22.

Schuberth, Helene, 2011: Financial Crisis and Gender Inequality. In: Niechoj, Torsten/Onaran, Özlem/Stockhammer, Engelbert/Truger, Achim/van Treeck, Till. (Hg.): Stabilising an Unequal Economy? Public Debt, Financial Regulation, and Income Distribution. Marburg, 281-99.

–, 2004: Ziele der Geldpolitik – Die Rolle von Konjunkturstabilisierung. Wirtschaft und Gesellschaft. 2/2004, 177-195.

–, 2005: Fiskalische Strategien auf EU-Ebene: Implikationen für Gender Budgeting. In: Salmhofer, Gudrun/Lichtenecker, Ruperta (Hg.): Gender Budgeting. Theorie und Praxis im internationalen Vergleich. Innsbruck, 49-61.

–/Young, Brigitte, 2011: The Role of Gender in Financial Market Regulation. In: Young, Brigitte/Bakker, Isabelle/Elson, Diane (Hg.), Questioning Financial Governance from a Feminist Perspective. New York, 168-187.

Weber, Beat, 2006: The Construction of the Single Market in Financial Services and the Politics of Inclusion and Exclusion. In: Mooslechner, Peter/Schuberth, Helene/Weber, Beat. (Hg.): The Political Economy of Financial Market Regulation. The Dynamics of Inclusion and Exclusion. Cheltenham, UK/Northampton, MA, USA, 115-140.

Wyplosz, Charles, 2011: An Open Letter to Dr Jens Weidmann. VoxEU.org, 18 November.

Young, Brigitte/Schuberth, Helene, 2010: The Global Financial Meltdown and the Impact of Financial Governance on Gender. GARNET-Policy Brief, January. Paris.

Gabriele Michalitsch

Arbeit und Geschlecht: Macht- und Wahrheitseffekte der Krise

Finanz- und Wirtschaftskrise, Schulden- und Eurokrise, Staats- und Demokratiekrise, Krise des Sozialen und Krise der Care-Ökonomie – die Krisendiagnostik ließe sich weit über diese Phänomene hinaus fortsetzen.[1] Die „Vielfachkrise" (Demirović u.a. 2011) des gegenwärtigen neoliberalen Kapitalismus artikuliert sich nicht zuletzt in fundamentalen diskursiven Verschiebungen[2]: Waren kapitalismuskritische Theorien und Begriffe wie Profit, Ausbeutung oder Klasse noch Anfang 2008 weitgehend als inadäquat oder überholt gebrandmarkt, vielfach tabuisiert und marginalisiert, feierte (Kapitalismus-)Kritik mit Beginn der Finanzkrise vor allem im medialen Mainstream ein eindrucksvolles Comeback. Die „Doppelkrise der Arbeit" (Eckert 2009, 20) mit Massenarbeitslosigkeit einerseits und Fluidität von Arbeitsverhältnissen andererseits scheint jedoch angesichts der gegenwärtigen Krisenkonjunktur in den Hintergrund getreten zu sein. Dabei kommt Arbeit in westlichen Gesellschaften „quasireligiöser Charakter" (ebd.) zu, denn sie verbindet sich nicht nur mit individueller gesellschaftlicher Positionierung, sondern bedeutet auch Sinnvermittlung und daher vorrangigen Bezugspunkt von Identität. Trotzdem stellt Arbeit insbesondere in Verbindung mit Geschlechterverhältnissen einen oftmals überdeckten und vergleichsweise randständigen Topos von Kritik im Krisenkontext dar.

Krise und Kritik stehen stets in engem Zusammenhang. Auf ihre inhärente Verknüpfung verweist schon der gemeinsame griechische Wortstamm *krinein* (scheiden, auswählen, trennen, beurteilen). Während das griechische *krisis* Entscheidung, Ausschlag, Trennung bedeutet und somit den Aspekt der fundamentalen Veränderung hervorhebt, bezeichnet *krites* den Richter und verweist auf Urteilsfähigkeit. Im Altgriechischen implizierte der nicht ersetzbare Begriff *krisis* stets „zugespitzte Alternativen, die keine Revision mehr zuließen: Erfolg oder Scheitern (...), Heil oder Verdammnis" (Koselleck 2006, 204): *Krisis*

1 So wird beispielsweise neben Klima-, Ressourcen- oder Ernährungskrise verschiedentlich auch eine Krise von Männlichkeit konstatiert (vgl. Bereswill/Neuber 2011).

2 Zur Diskontinuität des ökonomischen Diskurses vgl. Stiglitz 2010, 303ff..

zielte auf die kriegsentscheidende Schlacht oder die lebensbedrohliche Phase einer Krankheit, in der Theologie bezeichnet *krisis* das Gericht Gottes. Immer handelt es sich hierbei um Letztentscheidungen, deren Endgültigkeit ein angemessenes Urteil erfordert (vgl. ebd.). Insbesondere im ökonomischen Kontext gelten Krisen zugleich jedoch auch als „Generatoren des Fortschritts" (Kosellek 2006, 211). Da ökonomischen Krisenmodellen die Gleichgewichtsmetaphorik des 18. Jahrhunderts zugrunde liegt, wird dann von Krise gesprochen, wenn das Marktgleichgewicht in irgendeiner Weise als gestört erscheint und nur durch allgemeine Produktivitätssteigerung wieder hergestellt werden kann. Insofern ist der ökonomische Terminus der Krise an den Begriff des Fortschritts gekoppelt (vgl. ebd.).

Im ökonomischen Krisendiskurs bleibt dieser Zusammenhang von Krise und Kritik verdeckt, da Krise und Krisenbewältigung als innerökonomischer, rein marktförmig und nicht auch diskursiv ausgestalteter Prozess verstanden werden. Tatsächlich nährt jede Krise Kritik und bedarf ihrer, um sie generierende Problematiken, Widersprüche, Konflikte ebenso wie Potenziale notwendigen Wandels aufzuzeigen.

Kritik zielt – Foucault folgend – nicht nur auf die viel zitierte „Kunst nicht dermaßen regiert zu werden" (Foucault 1992, 12), sie ist auch die „Kunst der freiwilligen Un-Knechtschaft, der reflektierten Unfügsamkeit" (ebd., 15). Kritik manifestiert sich dabei darin, dass sich „das Subjekt das Recht herausnimmt, die Wahrheit auf ihre Machteffekte hin zu befragen und die Macht auf ihre Wahrheitsdiskurse" (ebd.). Ihr kommt demnach die Funktion von Ent-Unterwerfung gegenüber der Ausübung von Macht durch die Politik der Wahrheit zu.

Wahrheit – nach Foucault ein „Ensemble von geregelten Verfahren für Produktion, Gesetz, Verteilung, Zirkulation und Wirkungsweise der Aussagen" (Foucault 1978, 53f.) – ist „zirkulär an Machtsysteme gebunden, die sie produzieren und stützen, und an Machtwirkungen, die von ihr ausgehen und sie reproduzieren" (ebd.). Foucault zufolge ist Wahrheit in westlichen Gesellschaften um den wissenschaftlichen Diskurs und die diesen produzierenden Institutionen zentriert (vgl. Foucault 1978, 52). Die Produktion von Wahrheit leitet Individuen und formt sie so zu Subjekten.

Als Ausgangspunkte und zugleich als Konsequenzen von Macht gelten Foucault Differenzierungen und Teilungen: Ungleichheiten bedingen Macht, sie stellen aber auch deren Effekte dar (vgl. Foucault 1983, 114). Macht vollzieht sich zugleich „von unzähligen Punkten aus und im Spiel ungleicher und beweglicher Beziehungen" (Foucault 1983, 115). Machtbeziehungen sind gleichzeitig intentional und nicht-subjektiv, lokal wie global ebenso vielfältig wie heterogen.

Von Foucaults Kritik-Begriff ausgehend untersuche ich im vorliegenden Beitrag Macht- und Wahrheitseffekte der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 im Hinblick auf Arbeit und Geschlechterverhältnisse. Arbeit und Geschlecht verstehe ich in diesem Zusammenhang als diskursive wie nicht-diskursive, Dispositive formierende Praktiken, in denen sich Machteffekte und Wahrheitsdiskurse verschränken. Trotz deren enger Verflechtung werde ich dabei Macht- und Wahrheitseffekte zunächst analytisch getrennt behandeln. Als Machteffekte verstehe ich hierbei arbeitsbezogene sozioökonomische Geschlechter-Wirkungen der Krise. Unter Wahrheitseffekten subsumiere ich zum einen Verknüpfungen von Arbeits- und Geschlechterdimensionen des ökonomischen Diskurses, zum anderen eng mit Ökonomie und Krise verbundene, Geschlecht redefinierende Diskurse insbesondere zu Demographie und Sicherheit, die letztlich auch auf die Beziehung von Arbeit und Geschlecht wirken. Von einem umfassenden Arbeitsbegriff ausgehend argumentiere ich dabei, dass Arbeit und die darauf bezogenen Diskurse im Kontext der Krise seit 2008 durch Kontinuität und Verfestigung von Geschlechterhierarchien charakterisiert sind.

1. Geschlechterhierarchische Ökonomie: Machteffekte von Arbeit und Geschlecht

Als neoliberale Transformationsprozesse von Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung in der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 kulminierten und sich der Staat als Stabilisierungsinstanz profilierte, galt die Erneuerung der globalen Finanzarchitektur – durchaus im Sinn einer Überwindung ihrer neoliberalen Prägung – als unabdingbar. Einschneidende regulatorische Veränderungen wie etwa die Einführung einer Finanztransaktionssteuer und Einschränkungen der Geschäftstätigkeit von Finanzinstitutionen blieben bis dato jedoch aus (vgl. Marterbauer 2011, 68ff.). Vielmehr erscheint nunmehr Austeritätspolitik im Gefolge der Krise, in der sich die zunehmende Unterwerfung von Staaten unter die Vorherrschaft des Finanzsektors spiegelt, als Fortführung und Zuspitzung neoliberaler Transformation (vgl. Stiglitz 2010, 34ff., 201 ff.; Marterbauer 2011, 90f.; Prager 2012).[3] Globalisierte, finanzialisierte Märkte haben Nationalökonomien weitgehend abgelöst, Politik und Ökonomie zeigen sich als zunehmend ineinan-

3 Besonders deutlich wurde dies zuletzt etwa an der Politik der Ratingagenturen gegenüber europäischen Staaten mit der Herabstufung von deren Bonität und den damit verbundenen Forderungen beispielsweise nach Ausgabenkürzungen des öffentlichen Sektors.

der verflochtene integrale Struktur.[4] Dennoch beschränkt sich das dominante Ökonomie-Verständnis auf das Marktsegment. Von einem diesen Marktreduktionismus überschreitenden, auf umfassende Güter- und Leistungsproduktion bezogenen Ökonomiebegriff ausgehend, lässt sich Wirtschaft demgegenüber in hochgradig nach Geschlecht hierarchisierte Segmente gliedern: globaler Finanzmarkt, „reale Marktwirtschaft", öffentlicher Dienstleistungssektor, informeller Sektor und als „privat" definierte Versorgungsökonomie. Der Finanzsektor steht an der Spitze dieser an Einkommen, Status und Entscheidungshorizonten ablesbaren ökonomischen Hierarchie, die Versorgungsökonomie an deren Ende. Damit verbindet sich eine entsprechende Hierarchisierung der Arbeitskräfte, die wiederum ihrerseits eng mit Geschlecht verknüpft ist.

Das Finanzsystem, das auch nach seiner Krise weiterhin als wesentlich spekulative Triebkraft globalisierter Ökonomie fungiert, ist nicht nur im Hinblick auf die Dominanz von Männern als Akteuren, sondern auch im Hinblick auf hegemoniale Männlichkeit als dem Leitsystem von Handeln und Verhalten hochgradig maskulinisiert. Dies gilt in abgeschwächter Form auch für das „realwirtschaftliche" Marktsegment, in dem sich die mit Geschlecht verknüpfte Machtasymmetrie zwischen Arbeit und Kapital im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise allerdings noch verschärfte.

Frauen haben im Verhältnis zu Männern einen deutlich eingeschränkteren Zugang zu Kapital. Dies lässt sich auf – nicht zuletzt in der Tradition patrilinearer Vererbung begründete – geschlechtsspezifische Ungleichheiten der Vermögensverteilung ebenso zurückführen wie auf die Verwobenheit von hegemonialer Männlichkeit und dominanten Mustern von Unternehmertum (vgl. Bandhauer-Schöffmann 2002; Michalitsch 2006, 75ff.). Auch wenn etwa die Zahl österreichischer Unternehmerinnen – vorwiegend in Gewerbe, Handwerk, Handel sowie Tourismus und Freizeitwirtschaft tätig – in den letzten Dekaden deutlich gestiegen ist, befindet sich immer noch nur etwa ein Drittel aller Unternehmen in weiblicher Hand. Frauen betreiben überwiegend Kleinbetriebe und Ein-Personen-Unternehmen; etwa ein Fünftel aller Frauen-Unternehmen werden im Nebenerwerb betrieben und bei 96% der weiblich geführten Unternehmen in Österreich liegt das jährliche Umsatzvolumen unter einer Million Euro (Heckl u.a. 2010, 1).

4 So charakterisieren beispielsweise Hardt/Negri (2000) mit dem Empire ein im Werden begriffenes gleichermaßen politisches wie ökonomisches Regime, in dem die Trennung von Politik und Ökonomie weitestgehend aufgehoben ist.

Die Krise seit 2008 führte im Finanz- wie auch im Realsektor zu Konzentrationsprozessen, mit denen sich die Machtasymmetrie zwischen Arbeit und Kapital verstärkte und damit nicht zuletzt auch Geschlechterdisparitäten zementierten. Dies manifestiert sich beispielsweise an anhaltend hoher Erwerbslosigkeit und fortschreitender Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen, an zumindest partiellen Reallohnsenkungen, erhöhten Leistungs- wie Flexibilitätsanforderungen und an der zunehmenden Delegation unternehmerischer Risiken an die Arbeitskräfte, etwa durch auslastungsbezogene Entgeltsysteme oder Auftragsvergabe an Neue Selbstständige. Diese Entwicklungen treffen verstärkt den Dienstleistungsbereich und damit Frauen, die über 80% der im tertiären Sektor Beschäftigten stellen (Eichwalder/Moser 2010, 143). Sie vertiefen folglich sozioökonomische Ungleichheiten und Hierarchien zwischen den Geschlechtern.

Zwar steigen europaweit die Frauenerwerbsquoten, dies ist jedoch seit Mitte der 1990er Jahre vorrangig auf die Ausweitung von Teilzeitarbeit zurückzuführen – und damit auf die Umverteilung von Erwerbsarbeit zwischen Frauen, nicht aber zwischen den Geschlechtern. In Vollzeitäquivalenten blieb das Ausmaß der Frauenerwerbsbeteiligung weitgehend konstant, zunehmend ersetzen Teilzeitbeschäftigungen weibliche Vollzeiterwerbsarbeit.[5] So liegt die Teilzeitrate von Frauen im EU-Schnitt bei über 32%, von Männern dagegen nur bei knapp 8%. In den osteuropäischen Mitgliedsländern liegen die Teilzeitquoten von Frauen vergleichsweise niedrig, in Österreich und Deutschland hingegen deutlich über 40%, in den Niederlanden sogar bei 75% (Europäische Kommission 2009a, 30). Wurden die Arbeitsmarktwirkungen der Krise insbesondere in Deutschland und Österreich für Männer durch das Instrument der vorübergehenden Kurzarbeit aufgefangen, so hat sich der Trend der Ausweitung dauerhafter Teilzeitarbeit – auch in Form geringfügiger Beschäftigung – für Frauen in der Krise eher noch verstärkt.

Dabei wird vor allem Frauenerwerbsarbeit immer mehr in prekäre Beschäftigungsverhältnisse an den Rand des Arbeitsmarktes gedrängt.[6] So sind etwa drei Viertel aller geringfügig Beschäftigten und über 80% aller Teilzeitbeschäftigten

5 Dass Teilzeitarbeit vielfach mit einem hohen Maß an Prekarität einhergeht, resultiert aus mit dieser verbundenen, vielfach nicht Existenz sichernden Einkommen und davon abgeleiteten Sozialtransfers wie Arbeitslosengeld oder Renten.

6 „Nur mehr etwas mehr als die Hälfte aller Frauen [in Österreich, G.M.] – 56,7% – arbeiteten 2008 normalerweise 36 oder mehr Stunden pro Woche. Damit ergeben sich im Zehnjahresvergleich deutliche Verschiebungen. Denn 1998 arbeiteten noch sieben von zehn erwerbstätigen Frauen (69,3%) 36 oder mehr Stunden pro Woche" (Kytir/Moser 2010, 134).

in Österreich Frauen, aber auch bei befristeten Arbeitsverhältnissen oder Neuen Selbstständigen sind Frauen – wenn auch in wesentlich geringerem Maße – überrepräsentiert (vgl. Kytir/Moser 2010, 133ff.).

Prekarität bedeutet neben Flexibilität und Mangel an sozialer Sicherheit – Robert Castel (2008) folgend – eine gesellschaftliche Zone zwischen Integration und Entkoppelung, einen Übergangsbereich mit Aufstiegshoffnungen und Abstiegsängsten (vgl. Hardering 2009, 133f.).[7] Schließlich ermöglicht sich normalisierende Prekarität in zunehmendem Maße „Regieren durch Unsicherheit" (Lorey 2011).[8]

Frauen sind Männern demnach ökonomisch nach wie vor untergeordnet und leben vielfach in persönlicher wirtschaftlicher Abhängigkeit. Nicht zuletzt zählen allein lebende Frauen, ob erwerbstätig oder in Pension, zu den gesellschaftlichen Gruppen mit dem höchsten Armutsrisiko.[9] Damit wird schließlich auch die Ehe als nach wie vor gesellschaftlich dominante Lebensform gestützt.

Im Zuge nunmehr vor allem unter dem Druck globaler Finanzakteure durchgesetzter Sparprogramme zur „Konsolidierung" öffentlicher Haushalte und damit fortschreitender „Verschlankung" des Staates wird aber auch öffentliches Dienstleistungsangebot tendenziell eingeschränkt. Die daraus resultierenden Verlagerungen, etwa von Sozial-, Pflege- oder Gesundheitsdiensten, führ(t)en zur Ausweitung weiblicher Niedriglohnarbeit im Marktsegment und zu vermehrter Informalisierung vorrangig weiblicher Beschäftigung. Rechtliche Zugangsbarrieren zum Arbeitsmarkt zwingen vorrangig Migrantinnen in informelle Haus- und Betreuungsarbeit (vgl. Beck-Gernsheim 2009, 93f.; Lutz 2005) und ermöglichen damit die Verschiebung von Care-Arbeit zwischen Frauen, ohne die dominante geschlechtsspezifische Arbeitsteilung infrage zu stellen. Gleichzeitig polarisieren sich damit auch Arbeits- und Lebensverhältnisse von Frauen.

7 Zu Prekarisierung vgl. beispielsweise Castel/Dörre (2009), die sich jedoch nur am Rande auf Geschlechterverhältnisse beziehen. Kritisch im Hinblick auf die weitgehende Ausblendung von Geschlechterdimensionen einerseits und vermeintliche Gewinne von Frauen durch die Erosion des Normalarbeitsverhältnisses andererseits im Kontext des Prekarisierungsdiskurses vgl. Duden 2011.

8 Auf diesen Aspekt von Prekarität komme ich in Abschnitt 2.2. zurück.

9 Armut und Armutsgefährdung werden – infolge der Erwerbsarbeitszentriertheit der Sozialsysteme Deutschlands wie Österreichs und der zunehmenden Privatisierung der Altersvorsorge – insbesondere im Alter virulent. So lag das Armutsrisiko 2006 für über 65jährige Frauen in fast allen EU-Ländern deutlich über dem von Männern, in Österreich bei 20% (Männer: 11%), in Deutschland bei 14 % (Männer: 11%) (Europäische Kommission 2009a, 36).

Verringertes öffentliches Leistungsangebot führt aber – ebenso wie Realeinkommensbußen und Arbeitsplatzverlust (oder auch bloß Angst vor einem solchen) – zu verstärktem Druck auf die private, nach wie vor primär Frauen zugewiesene Versorgungsökonomie, mangelnde öffentliche Dienste – oder Einkommensrückgänge – durch mehr Eigenleistungen auszugleichen. Nach wie vor bildet die traditionelle geschlechtsspezifische Zuweisung unbezahlter Versorgungsarbeit eine wesentliche Grundlage ökonomischer Geschlechterhierarchien: Frauen leisten rund 80 % der unbezahlten Haus-, Kindererziehungs-, Betreuungs- und Pflegearbeit. So verbrachten erwerbstätige Frauen 2007 im EU-Schnitt 25,5 Stunden pro Woche mit unbezahlter Versorgungsarbeit, Männer hingegen nur 7,8 Stunden (Europäische Kommission 2009a, 33). Da Erwerbseinkommen von Frauen im Allgemeinen deutlich unter denjenigen von Männern liegen, scheint eine traditionell geschlechtsspezifische Arbeitsteilung aus Sicht des einzelnen Haushalts durchaus rational (vgl. Habermann in diesem Band). Denn geringere Einkommens- und Aufstiegschancen lassen es ökonomisch folgerichtig erscheinen, dass überwiegend Frauen – etwa zugunsten von Kinderbetreuung oder Pflege von Angehörigen – ihre Erwerbsarbeit unterbrechen oder reduzieren. Frauen stehen folglich aufgrund der ihnen zugewiesenen Versorgungsarbeit im Gegensatz zu Männern dem Arbeitsmarkt nicht kontinuierlich und ausschließlich zur Verfügung, weibliche Mobilität und Flexibilität werden durch zu leistende Familienarbeit eingeschränkt (vgl. Müller 2008). Geschlechtliche Arbeitsteilung im Privaten und Geschlechterdisparitäten am Arbeitsmarkt stützen sich gegenseitig. Mehr krisenbedingte Eigenarbeit im „Privaten" bedeutet demnach nicht zuletzt verringerte Partizipationschancen von Frauen am Arbeitsmarkt, verschlechterte Arbeitsmarktbedingungen mehr Rückzug ins Private.

Insgesamt lässt sich somit eine Verschärfung von sozioökonomischen Geschlechterhierarchien diagnostizieren. Zunehmende Geschlechterungleichheiten bedeuten – im Anschluss an Foucault – nicht nur eine Artikulation von geschlechtlichen Machtverhältnissen, sondern zeigen auch deren strukturelle Verschiebung zugunsten von Männern im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise. Diese Verschiebung manifestiert sich aber auch, wie in weiterer Folge skizziert, auf diskursiver Ebene.

2. Geschlechterhierarchisches Wissen: Wahrheitsdiskurse über Arbeit und Geschlecht

Im Folgenden beziehe ich mich zunächst auf den die ökonomische Disziplin dominierenden Diskurs um Arbeit. Dabei geht es mir darum, zumindest ansatzweise

die – auch im Kontext von Finanz- und Wirtschaftskrise wirkende – implizite Verknüpfung von Arbeit und Männlichkeit und die diskursive Verschleierung von soziökonomischen Geschlechterhierarchien aufzuzeigen. In weiterer Folge greife ich Geschlechterdifferenzen rekonstruierende Aspekte des Krisendiskurses und der diesen flankierenden öffentlichen Debatten zu Demographie und Sicherheit auf, die in zweierlei Hinsicht auf Arbeit zurückwirken: Einerseits scheinen sie geeignet, die „Doppelkrise der Arbeit" und ihre Verbindung mit Geschlecht zu dethematisieren, andererseits legitimieren sie infolge ihrer retraditionalisierenden Geschlechterkonzeptionen nicht nur die bestehende geschlechtliche Arbeitsteilung, sondern reproduzieren diese letztlich auch.

2.1. „Wahre" Arbeit

Seit dem 19. Jahrhundert begründet Arbeit nicht nur die Bindung an eine soziale Gruppe und den Nationalstaat, sondern stellt auch die zentrale Grundlage sozialer und politischer Ordnung dar (Eckert 2009, 22). Sie wird in Abhängigkeit von Verwertungsprozessen des Kapitals als Erwerbsarbeit – und damit vorrangig als Lohnarbeit – definiert. Jenseits des Marktes erbrachte und nicht-entlohnte Tätigkeiten werden entsprechend nicht als Arbeit anerkannt. Die damit verbundene Trennung von marktvermittelten, bezahlten, gesellschaftlich als Arbeit anerkannten und vielfach mit Männlichkeit verknüpften Tätigkeiten einerseits und nicht-marktvermittelten, „privaten", unbezahlten, gesellschaftlich kaum als Arbeit anerkannten und vielfach mit Weiblichkeit verknüpften Tätigkeiten andererseits bestimmt bis heute die Deutung von Arbeit und deren Zuweisung.

Dass ökonomisches Wissen folglich keineswegs geschlechtsneutral ist, wurde in den letzten Dekaden von feministischen Ökonominnen vielfach problematisiert. Die maskulinistische Ausrichtung ist – wie sich schon an hierarchischen Geschlechterkonstruktionen bei Adam Smith zeigt – tief in die Fundamente modernen ökonomischen Denkens eingelassen (vgl. Michalitsch 2010b). Das neoklassische Modell des *homo oeconomicus* oder Gary Beckers *New Home Economics* bilden nur besonders prominente Beispiele von implizitem bzw. explizitem Maskulinismus in der ökonomischen Disziplin (vgl. Habermann 2008; Michalitsch 2000; Hewitson 1999; Maier 1993 sowie Habermann in diesem Band).

Vielfach stellen Geschlechterverhältnisse und Frauenarbeit im Kontext ökonomischen Wissens eine Leerstelle dar, in der sich Strategien der Entnennung spiegeln. Sie verleihen Fragen nach Auslassung und Dethematisierung in den Wirtschaftswissenschaften besondere Geschlechterrelevanz. So wird der Frauen zugewiesene Haushalt – dessen interne Beziehungen ausblendend – lediglich als

Konsumeinheit und im Hinblick auf das Angebot am Arbeitsmarkt gefasst, als Produktions- und Reproduktionsstätte jedoch nicht problematisiert. Die implizite Verknüpfung von Ökonomie und Männlichkeit verschwindet darüber hinaus hinter scheinbar geschlechtsneutralen Kollektivbegriffen (vgl. Kreisky 1997) wie Haushalt, Markt oder Unternehmen und mit diesen verbundenen – solcherart entgeschlechtlichten – Konzepten, wie etwa Arbeitsangebot oder Konkurrenz.[10]

Dies gilt in spezifischer Weise auch für statistisches Wirtschaftswissen, mit dem sich eine eigene „politische Geschlechter-Arithmetik"[11] verknüpft. Eine Vielzahl dominanter statistischer sozioökonomischer Indikatoren blendet Geschlechterverhältnisse aus. So liegt etwa das Ausmaß weiblicher Armutsgefährdung deutlich über dem ausgewiesenen, da Haushaltseinkommen als Berechnungsgrundlage dienen und Verteilungsungleichheiten innerhalb der Haushalte verdeckt bleiben. Auch der Indikator Gender Pay Gap unterschätzt beispielsweise durch den Bezug auf Stundenlöhne strukturelle ökonomische Geschlechterhierarchien. Aggregierte Einkommen – etwa auf Basis von Lohn- und Einkommensteuer- oder Sozialversicherungsdaten – zeigen deutlich höhere geschlechtsspezifische Differenzen.

2.2. „Wahres" Geschlecht

Entsprechend sind auch ökonomischer Krisendiskurs und Geschlechterdiskurs vielfach ineinander verwoben, stets ist Geschlecht in Erzählweisen der Krise eingelassen.[12] In welcher Weise Geschlechterverhältnisse dabei thematisiert oder ausgeblendet werden, wird von diskursiven Strategien des Benennens und Verschweigens bestimmt, die Maßstäbe setzen, anhand derer die Krise definiert und vermessen wird, wen sie trifft und wie ihr zu begegnen ist (Beigewum/Attac 2010, 67f.).

---

10 Das Arbeitsangebot resultiert in makroökonomischen Theorien aus Entscheidungen der Haushalte zwischen Arbeitszeit und Freizeit, unbezahlte Versorgungsarbeit wird ausgeblendet. Zur Verknüpfung von Konkurrenzprinzip und Männlichkeit vgl. Michalitsch 2003.

11 Die Statistik wurde in ihren Anfängen zunächst als „politische Arithmetik" bezeichnet. Als ihre Gründer gelten John Graunt und William Petty. Der Terminus „Political Arithmetic" geht auf Petty zurück, er bezeichnet damit seine Methode „to express (my self) in terms of *Number, Weight*, or *Measure;* to use only Arguments of Sense, and to consider only such Causes, as have visible Foundations in Nature (...)" (Pettys Hervorhebung) (Petty 2010, 207).

12 Vgl. den Beitrag von Alexandra Scheele in diesem Band.

So wurden mit dem rapiden Anstieg der Arbeitslosigkeit in der ersten Hälfte 2009 medial vor allem Männer als Hauptbetroffene der Krise ausgemacht, während Frauen als „kaum betroffen" dargestellt wurden (ebd.). Auch die Zunahme sexualisierter Gewalt in wirtschaftlichen Krisenzeiten, in denen Stress und Angst vor Arbeitsplatzverlust zu verhaltensbestimmenden Faktoren werden (vgl. Europäische Kommission 2009b, 11), wurde weitestgehend ausgeblendet. Die Funktionsweise von Kapitalismus und seine inhärente Krisendynamik verschleiernd fokussierte die mediale Ergründung von Krisenursachen 2009 zudem nicht auf das Hinterfragen ökonomischer Systemrationalität und ihr eingeschriebener Männlichkeitsentwürfe, sondern auf individuelles Verhalten männlicher Entscheidungsträger. Im Rückgriff auf deren „Natur" wurden diese zuweilen zugleich exkulpiert: Zwar hätten männliche Risikobereitschaft und Profitgier die Krise hervorgerufen (Frauen seien eben mehr auf Sicherheit und soziale Zusammenhänge bedacht, folglich risikoaverser und weniger auf skrupellose Gewinnmaximierung fixiert), verantwortlich dafür sei jedoch die hormonelle Konstitution von Männern. Das männliche Sexualhormon Testosteron avancierte so zur tiefer liegenden Krisenursache (vgl. Sauer 2011, 81; Beigewum/Attac 2010, 68).

Damit belebte der Krisendiskurs Geschlechterstereotype neu und verankerte diese einmal mehr in „Natur". Solche Biologismen stützen sich auf eine entsprechende medizinisch-biologische Tradition des Wissens (vgl. Honegger 1991; Schiebinger 1993, 168ff.), das die Geschlechter über körperliche Differenzen definiert und sich in zeitgenössischen Diskursen immer wieder artikuliert. In den letzten beiden Dekaden sind es vor allem „Erkenntnisse" der Neurowissenschaften und der Genetik (vgl. Schmitz 2009; Kadi 2011; Kaiser u.a. 2009; Rieder 2004), die fundamentale Unterschiede der Körper festschreiben.

Im Zeichen der Sorge um „Überalterung" und global konkurrenzfähiges Humankapital verbinden sich derart Differenz konstruierende Diskurse vielfach mit unmittelbar re-traditionalisierenden Diskursen wie etwa der anhaltenden Demographie-Debatte. Einmal mehr wird dabei weibliche Gebärwilligkeit verhandelt und – mit klassistischem wie rassistischem Subtext unterlegt – insbesondere Kinderlosigkeit von Akademikerinnen problematisiert (vgl. Michalitsch 2010a, 98f.; Correll 2005; 2011).

Darüber hinaus wird – angesichts sich vertiefender gesellschaftlicher Spaltungen – der Sicherheitsbegriff seiner wohlfahrtsstaatlichen Bedeutungsgehalte zunehmend entleert und in polizeilich-militärische Kontexte eingebettet (vgl. Sauer 2011, 87ff.). Mit „Krieg gegen den Terror" mischen sich dabei zunehmend Konstruktionen äußerer und innerer Feinde und formieren ein neues staatsbezogenes

Sicherheitsparadigma. Damit geht nicht nur verstärkte Kontrolle insbesondere des öffentlichen Raums, sondern auch dessen spezifische Militarisierung einher: Kein Shopping-Center, keine öffentliche Veranstaltung ohne uniformiertes – fast ausschließlich männliches – Security-Personal. Orientierung an solcherart redefinierter Sicherheit impliziert Aufwertung kriegerisch-konkurrenzieller Männlichkeitskonzeptionen und Remaskulinisierung von Staatlichkeit.[13] Im Zuge des Avancements ökonomischer Konkurrenz- und politischer Feindschaftsorientierung verschieben sich unter Bedingungen krisenbedingt verschärfter sozialer Unsicherheit neoliberale Selbstverantwortungspostulate zu Appellen sozialdarwinistischer Selbsterhaltung. Die Etablierung einer derart ausgerichteten „Kultur der Härte" (Fach 2000, 121ff.) fordert verhärtete Subjektivität, die an traditionelle Entwürfe beziehungslos-kämpferischer Männlichkeit anschließt.

Die hier nur angerissenen Wahrheitsdiskurse zu Arbeit und Geschlecht verweisen darauf, wie der Arbeitsbegriff im ökonomischen Diskurs mit Geschlecht verknüpft ist, aber auch, wie sozioökonomische Geschlechterungleichheiten wirtschaftswissenschaftlich verdeckt werden. Im Krisendiskurs selbst wird Geschlecht tendenziell als „von Natur aus" different rekonstruiert. Implizit nimmt auch die begleitende Demographiedebatte auf einen biologischen Geschlechterbegriff Bezug, während die Redefinition des Sicherheitsbegriffs traditionelle Entwürfe kriegerisch-konkurrenzieller Männlichkeit forciert. Die hier beleuchteten Formen von Wahrheitsproduktion im Kontext von Finanz- und Wirtschaftskrise lassen sich demnach einerseits als Geschlechterverhältnisse ausblendend, andererseits als Geschlechterentwürfe retraditionalisierend qualifizieren.

3. Geschlechterreproduktion: Persistenzen der Unterordnung

Der Versuch, aus einer Foucaultschen Perspektive der Kritik Macht- und Wahrheitseffekte der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 im Hinblick auf Arbeit und Geschlecht aufzuzeigen, macht die Kontinuität neoliberaler Transformationsprozesse und die damit einhergehende Verschärfung von Geschlechterhierarchien im Krisenkontext deutlich. Diese manifestieren sich als krisenbedingte Machteffekte in der verstärkten, mit Geschlecht verknüpften Asymmetrie zwischen Arbeit und Kapital, in zunehmender Geschlechterungleichheit am Arbeitsmarkt, in

13 Diese manifestiert sich nicht zuletzt in Bedeutungsverschiebungen innerhalb der Staatsapparate zu Lasten demokratisch legitimierter und in den letzten Dekaden zunehmend feminisierter – etwa sozial-, familien-, bildungs- oder kulturpolitischer – Institutionen und Politikfelder.

sich ausweitender Informalisierung weiblicher Beschäftigung und in verstärkten Belastungen der vorrangig von Frauen getragenen Versorgungsökonomie. Die hier als Wahrheitseffekte der Krise behandelten Diskurse über Arbeit und Geschlecht folgen gleichfalls einem Muster der Kontinuität[14], auf die sowohl die tief in die Tradition eingelassene implizite Verschränkung von Arbeitsbegriff und Männlichkeit im ökonomischen Diskurs wie auch das Aufgreifen „natürlicher" Geschlechterdifferenzen im Krisendiskurs selbst sowie Bezugnahmen auf weibliche Gebärwilligkeit bzw. kämpferisch-konkurrenzielle Männlichkeit in diesen begleitenden Auseinandersetzungen um Demographie und Sicherheit verweisen. Solcherart retraditionalisierende Geschlechterentwürfe werden im Krisenkontext zuweilen lediglich zugespitzt und gehen mit – ebenfalls keineswegs neuer – spezifischer Dethematisierung von Geschlechterverhältnissen einher. Diese Kontinuität und die enge Verwobenheit von Macht- und Wahrheitseffekten deuten darauf hin, dass Geschlechterhierarchien im Krisenkontext – wie schon in der Vergangenheit[15] – reproduziert und Geschlechterverhältnisse retraditionalisiert werden. Die vorliegende skizzenhafte Diagnose vermag die Komplexität von Geschlechterreproduktion nur anzudeuten, sie verweist jedoch auf ein die gesamte Gesellschaft durchziehendes Gefüge von Macht- und Herrschaftsverhältnissen, das von Geschlecht als bedingender wie bedingter Struktur diskursiv wie nicht-diskursiv bestimmt wird und sich über Arbeit als wesentlichen, Lebensverhältnisse unmittelbar bestimmenden Modus von Vergesellschaftung artikuliert.

Eben darin besteht zugleich die zentrale Herausforderung für feministische Kritik, die entsprechend verstärkt am gesamtgesellschaftlichen Geschlechtersystem auszurichten wäre. Dies impliziert, analytisch – wie aktivistisch – auf Zusammenhänge zwischen allen gesellschaftlichen Bereichen sowie zwischen Mikro-, Meso- und Makroebene zu fokussieren, davon ausgehend radikale Gesellschaftskritik zu formulieren und dabei Ansatzpunkte für Wandel herauszuarbeiten. Dies hieße insbesondere auch, kollektive Dimensionen individualisierter arbeitsbezogener Erfahrungshorizonte verstärkt zu problematisieren und somit Arbeitsverhältnisse als Lebensverhältnisse zu repolitisieren (vgl. Funder u.a. 2008). Arbeit und Arbeitsbegriff werden – wie schon seit den 1970er Jahren – weiterhin ebenso zentrale Topoi feministischer Kämpfe bleiben (müssen) wie Fragen nach alternativen Formen gesellschaftlicher Inklusion (vgl. Hofmeister/

14 Die eingangs konstatierte krisenbedingte Diskontinuität lässt sich demnach nicht auf das Verhältnis von Arbeit und Geschlecht beziehen.

15 Zu anti-emanzipatorischen Effekten der „Großen Depression" der 1930er Jahre vgl. Martschukat 2011.

Witt 2009; Scheele 2010; Littig/Spitzer 2011). Grundlage hierfür bildet ein umfassendes Ökonomieverständnis, das die Grenzen des Marktes überschreitet. Nur der Blick auf die Gesamtheit des Ökonomischen wird letztlich auch den Arbeitsbegriff entscheidend verändern und feministische Alternativen zu Kapitalismus denkbar machen.

Literatur

Bandhauer-Schöffmann, Irene, 2002: Der Schumpetersche Unternehmer. Eine feministische Kritik an einer Erzählung über moderne Männlichkeit. Kurswechsel. O. Jg. Heft 1, 22-31.

Beck-Gernsheim, Elisabeth, 2009: „Und für Opa sorgt 'ne Frau aus Osteuropa." Die stille Globalisierung der Familienarbeit. In: König, Helmut/Schmidt, Julia/Sicking, Manfred (Hg.): Die Zukunft der Arbeit in Europa. Chancen und Risiken neuer Beschäftigungsverhältnisse. Bielefeld, 91-101.

Beigewum/Attac, 2010: Mythen der Krise. Einsprüche gegen falsche Lehren aus dem großen Crash. Hamburg.

Bereswill, Mechthild/Neuber, Anke (Hg.), 2011: In der Krise? Männlichkeiten im 21. Jahrhundert. Münster.

Castel, Robert, 2008: Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit. Konstanz.

–/Dörre, Klaus (Hg.), 2009: Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Frankfurt/M.

Correll, Lena, 2005: Kinder kriegen. Zur aktuellen Debatte um Menschen ohne Kinder. Femina Politica. 14. Jg. Heft 2, 96-100.

–, 2011: Das Gespenst des deutschen Geburtenrückgangs. Eine kritische Analyse wissenschaftlicher Diskurse zum Bevölkerungswandel. Femina Politica. 20. Jg. Heft 1, 101-110.

Demirović, Alex (Hg.), 2011: Vielfachkrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus. Hamburg.

Duden, Barbara, 2011: „Gleichstellung" oder „Feminisierung" der Lasten des neosozialen Umbaus? Thesen zur Zeitgeschichte von Prekarisierung und Geschlecht. Unveröffentlichtes Vortragsmanuskript. Hannover.

Eckert, Andreas, 2009: Globale Perspektiven auf die Geschichte und Gegenwart von Arbeit – Eine Skizze. In: König, Helmut/Schmidt, Julia/Sicking, Manfred (Hg.): Die Zukunft der Arbeit in Europa. Chancen und Risiken neuer Beschäftigungsverhältnisse. Bielefeld, 19-32.

Europäische Kommission, 2009a: Bericht zur Gleichstellung von Frauen und Männern 2009. Luxemburg.

–, 2009b: Gleichstellung von Frauen und Männern – 2010. Brüssel.

Eichwalder, Reinhard/Moser, Cornelia, 2010: Aspekte der geschlechtsspezifischen Arbeitsmarktsegregation. In: Bundesministerin für Frauen und Öffentlichen Dienst

(Hg.): Frauenbericht 2010. Bericht betreffend die Situation von Frauen in Österreich im Zeitraum von 1998 bis 2008. Wien, 141-152.

Fach, Wolfgang, 2000: Staatskörperkultur. Ein Traktat über den „schlanken Staat". In: Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (Hg.): Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Frankfurt/M., 110-130.

Foucault, Michel, 1978: Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit. Berlin.

–, 1983: Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit 1. Frankfurt/M.

–, 1992: Was ist Kritik? Berlin.

Funder, Maria/Kurz-Scherf, Ingrid/Merkel, Ina/Rudolph, Clarissa, 2008: Geschlechterverhältnisse im Spannungsfeld von Arbeit, Politik und Kultur. In: Marburger Gender-Kolleg (Hg.): Geschlecht, Macht, Arbeit. Interdisziplinäre Perspektiven und politische Intervention. Münster, 7-19.

Habermann, Friederike 2008: Der homo oeconomicus und das Andere. Hegemonie, Identität und Emanzipation. Baden-Baden.

Hardering, Friedericke, 2009: Prekarität und Prekarisierung. Jüngere Tendenzen der Debatte über die neue soziale Unsicherheit. In: König, Helmut/Schmidt, Julia/Sicking, Manfred (Hg.): Die Zukunft der Arbeit in Europa. Chancen und Risiken neuer Beschäftigungsverhältnisse. Bielefeld, 131-149.

Hardt, Michael/Negri, Antonio (2002): Empire. Cambridge.

Heckl, Eva/Dorr, Andrea/Gavac, Karin/Talker, Christine Maria, 2010: Unternehmerinnen in Österreich. Status quo 2009. Wien.

Hewitson, Gillian J., 1999: Feminist Economics. Interrogating the Masculinity of Rational Economic Man, Cheltenham/Northhampton.

Hofmeister, Heather/Witt, Nadine, 2009: Breaking the Cycle – Wege aus der starren gesellschaftlichen Konstruktion von Arbeit und Geschlecht in Europa. In: König, Helmut/Schmidt, Julia/Sicking, Manfred (Hg.): Die Zukunft der Arbeit in Europa. Chancen und Risiken neuer Beschäftigungsverhältnisse. Bielefeld, 103-130.

Honegger, Claudia, 1991: Die Ordnung der Geschlechter. Die Wissenschaften vom Menschen und das Weib 1750 – 1850. Frankfurt/M., New York.

Kadi, Ulrike, 2011: Hirn mit Ei. In: Wiedlack, Maria Katharina/Lasthofer, Kathrin (Hg.): Körperregime und Geschlecht. Innsbruck, 204-220.

Kaiser, Anelis/Haller, Sven/Schmitz, Sigrid/Nitsch, Cordula, 2009: On Sex/Gender Related Similarities and Differences in fMRI Language Research. Brain Research Reviews. 61. Jg. Heft 2, 49-59.

Koselleck, Reinhart, 2006: Begriffsgeschichten. Studien zur Semantik und Pragmatik der politischen und sozialen Sprache. Frankfurt/M.

Kreisky, Eva, 1997: Diskreter Maskulinismus. Über geschlechtsneutralen Schein politischer Idole, politischer Ideale und politischer Institutionen. In: Kreisky, Eva/Sauer, Birgit (Hg.): Das geheime Glossar der Politikwissenschaft. Geschlechtskritische Inspektion der Kategorien einer Disziplin. Frankfurt/M., New York, 161–213.

Kytir, Josef/Moser, Cornelia, 2010: Erwerbsbeteiligung und Lebensunterhalt von Frauen und Männern. In: Bundesministerin für Frauen und Öffentlichen Dienst (Hg.): Frauenbericht 2010. Bericht betreffend die Situation von Frauen in Österreich im Zeitraum von 1998 bis 2008. Wien, 129-136.

Littig, Beate/Spitzer, Markus, 2011: Arbeit neu. Erweiterte Arbeitskonzepte im Vergleich. Literaturstudie zum Stand der Debatte um erweiterte Arbeitskonzepte. Arbeitspapier 229, Hans-Böckler-Stiftung. Düsseldorf.

Lorey, Isabell, 2011: Gouvernementale Prekarisierung. http://eipcp.net/transversal/0811. (Download: 10.10.2011).

Lutz, Helma, 2005: Der Privathaushalt als Weltmarkt für weibliche Arbeitskräfte. In: Peripherie. 25. Jg. Heft 97/98, 65-87.

Maier, Friederike, 1993: Homo Oeconomicus. Zur geschlechtsspezifischen Konstruktion der Wirtschaftswissenschaften. In: Prokla 93. Frauen in der Ökonomie. 23. Jg. Heft 4, 551-571.

Marterbauer, Markus, 2011: Zahlen bitte! Die Kosten der Krise tragen wir alle. Wien.

Martschukat, Jürgen, 2011: „I Relinquished Power in the Family": Von Männlichkeits-, Sozial- und Wirtschaftskrisen in den 1930er Jahren. In: Bereswill, Mechthild/Neuber, Anke (Hg.): In der Krise? Männlichkeiten im 21. Jahrhundert. Münster, 18-36.

Michalitsch, Gabriele, 2000: Jenseits des homo oeconomicus? Geschlechtergrenzen der neoklassischen Ökonomie. In: Krondorfer, Birge/Mostböck, Carina (Hg.): Frauen und Ökonomie – oder: Geld essen Kritik auf. Wien, 91-104.

–, 2003: Mann gegen Mann. Maskulinismen des neoklassischen Konkurrenzprinzips. In: zfwu. Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik. 4. Jg. Heft 1, 73-81.

–, 2006: Die neoliberale Domestizierung des Subjekts. Von den Leidenschaften zum Kalkül. Frankfurt/M.

–, 2010a: No Sharing, No Caring. Demographics, Gender Hierarchies and Neoliberal Restructuring. In: Kahlert, Heike/Ernst, Waltraud (Hg.): Reframing Demographic Change in Europe. Perspectives on Gender and Welfare State Transformations. Münster/Hamburg, 95-119.

–, 2010b: Geschlechterregierung und politische Ökonomie: Was Adam Smith damit zu tun hat, dass Frauen heute weniger als Männer verdienen. L'Homme. Europäische Zeitschrift für Feministische Geschichtswissenschaft. 21. Jg. Heft 2, 119-133.

Müller, Dana, 2008: Der Traum einer kontinuierlichen Beschäftigung – Erwerbsunterbrechungen bei Männern und Frauen. In: Szydlik, Marc (Hg.): Flexibilisierung. Folgen für Arbeit und Familie. Wiesbaden, 47-67.

Petty, William, 2010 (1690): Political Arithmetick, or A Discourse Concerning, The Extent and Value of Lands, People, Buildings: Husbandry, Manufacture, Commerce, Fishery, Artizans, Seamen, Soldiers; Publick Revenues, Interest, Taxes, Superlucration, Registries, Banks; Valuation of Men, Increasing of Seamen, of Militia's, Harbours, Situation, Shipping, Power at Sea, &c. As the same relates to every Country in general, but more particularly to the Territories of His Majesty of Great Britain, and his Neigh-

bours of Holland, Zealand, and France. In: The Economic Writings of Sir William Petty. Vol. 1. Hg. v. Charles Henry Hull, Cambridge 1899. The Online Library of Liberty 2010. http://oll.libertyfund.org/index.php? option=com_staticxt&staticfile=show.php%3Ftitle=1677&Itemid=28. (Download: 10.8.2011).

Prager, Christoph, 2012: Ratingagenturen. Wien.

Rieder, Katrin, 2004: X-Y-Mythos: Konstruktion von Geschlecht durch Genetik. In: Bosshart-Pfluger, Catherine/Grisard, Dominique/Späti, Christina (Hg.): Geschlecht und Wissen. Beiträge der 10. Schweizerischen Historikerinnentagung 2002. Zürich, 319–331.

Sauer, Birgit, 2011: Restrukturierung von Männlichkeit. Staat und Geschlecht im Kontext von ökonomischer Globalisierung und politischer Internationalisierung. In: Bereswill, Mechthild/Neuber, Anke (Hg.): In der Krise? Männlichkeiten im 21. Jahrhundert. Münster, 80-103.

Scheele, Alexandra, 2010: Emanzipatorische Potenziale einer Zusammenführung von Arbeit und Politik. In: Frey, Michael/Heilmann, Andreas/Lohr, Karin/Manske, Alexandra/Völker, Susanne (Hg.): Perspektiven auf Arbeit und Geschlecht. Transformationen, Reflexionen, Interventionen. München, 119-134.

Schiebinger, Londa, 1993: Am Busen der Natur. Erkenntnis und Geschlecht in den Anfängen der Wissenschaft. Stuttgart.

Schmitz, Sigrid, 2009: Geschlecht zwischen Determination und Konstruktion; Auseinandersetzung mit biologischen und neurowissenschaftlichen Ansätzen. In: Faulstich-Wieland, Hannelore (Hg.): Enzyklopädie Erziehungswissenschaft Online. Fachgebiet Geschlechterforschung. Weinheim/München.

Stiglitz, Joseph, 2010: In freiem Fall. Vom Versagen der Märkte zur Neuordnung der Weltwirtschaft. München.

Diana Auth

Auswirkungen der (Finanz- und Wirtschafts-)Krise auf den Wohlfahrtsstaat[1]

Einleitung

Der deutsche Wohlfahrtsstaat hat die globale Finanz- und Wirtschaftskrise bislang wohlbehalten und strukturell unverändert überstanden – so sieht es zumindest auf den ersten Blick aus. Die Sozialpolitik in Deutschland der Jahre 2008 bis 2011 ist weder geprägt von umfangreichen Kürzungen noch von weitreichenden strukturellen Veränderungen. Die letzten größeren wohlfahrtsstaatlichen Reformen hatte die Große Koalition aus CDU/CSU und SPD bereits verabschiedet, als die Finanzkrise im Herbst 2008 begann. Dazu zählen die Pflegereform, die Einführung des Gesundheitsfonds und die Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre. Vieles spricht sogar dafür, dass der Wohlfahrtsstaat maßgeblich dazu beigetragen hat, die Wirtschaftskrise in Deutschland im Jahr 2009 zu verkraften.

Doch die Bankenrettungen, die Anti-Krisenpolitik und die Überwindung der europäischen Schuldenkrise kosten viel Geld, was die Staatsschulden in Deutschland weiter steigen lässt. Um diese zu senken, sind Kürzungen bei den Sozialleistungen kaum zu vermeiden, da sie mit Abstand den größten Posten im Staatshaushalt ausmachen. Zudem ist zu erwarten, dass die Lösung bestehender wohlfahrtsstaatlicher Probleme, z.B. der Finanzierung, der Kinderarmut sowie der Alterung der Gesellschaft, beeinträchtigt wird.

Der deutsche Wohlfahrtsstaat, der in der fordistisch geprägten Nachkriegsphase auf- und ausgebaut wurde (vgl. Butterwegge 2012, 63ff.), basiert auf einer funktionierenden kapitalistischen Ökonomie, die stark exportorientiert ist, einer bestimmten Form von Beschäftigung, dem Normalarbeitsverhältnis, und auf einer spezifischen Form der Familie und des Zusammenlebens, der bürgerlichen Kleinfamilie mit einem männlichen Familienernährer (vgl. Dackweiler/Schäfer 2010, 7ff.). Der deutsche Sozialstaat gilt als Prototyp des konservativ-

1 Ich bedanke mich bei Kai Eicker-Wolf und den Herausgeberinnen dieses Bandes für ihre kritischen Kommentare und hilfreichen Anregungen.

korporatistischen Wohlfahrtsstaates, der sich durch ein mittleres Maß an De-Kommodifizerung und einen hohen Stratifizierungsgrad auszeichnet. Der deutsche Wohlfahrtsstaat ist durch Sozialversicherungen geprägt, in denen das Äquivalenzprinzip dominiert, in die aber auch Elemente des sozialen Ausgleichs integriert sind. Statusunterschiede werden sozialpolitisch auf diese Weise reproduziert, der Grad der Umverteilung ist begrenzt. Kennzeichnend ist zudem das Prinzip der Subsidiarität, das sich v.a. in abgeleiteten Sicherungselementen und der Aufrechterhaltung des männlichen Ernährermodells widerspiegelt. Soziale Dienste werden v.a. von Wohlfahrtsverbänden angeboten, sind aber generell eher unterentwickelt. Private und betriebliche Absicherungen spielen traditionell eine eher geringe Rolle (vgl. Esping-Andersen 1990). Dieser konservativ-korporatistische Wohlfahrtsstaat fordistisch-keynesianischer Prägung ist Mitte der 1970er Jahre in die Krise geraten (vgl. Hirsch 1996, 83ff.). In den 1980er Jahren begann unter konservativ-liberaler Regierung der neoliberale Um- und Abbau wohlfahrtsstaatlicher Leistungen und Institutionen, der von der rot-grünen Regierung seit Ende der 1990er Jahre in Richtung eines aktivierenden Sozialstaates weiter vorangetrieben wurde (vgl. Butterwegge 2012, 113ff.).

Im Mittelpunkt dieses Beitrags steht nun die Sozialpolitik in Deutschland seit Beginn der Krise. Es wird zum einen danach gefragt, welche Auswirkungen die globale Finanz- und Wirtschaftskrise auf den deutschen Wohlfahrtsstaat hat, insbesondere in welche Richtung sich dieser (weiter-)entwickelt hat und welche Personengruppen von dem Ab- und Umbau sozialstaatlicher Leistungen besonders betroffen sind. Zum anderen wird die andauernde „Krise des Sozialstaates" in den Blick genommen. Es wird untersucht, inwieweit sich die Spielräume zur Bewältigung bestehender und neuer sozialpolitischer Problemlagen, die sich v.a. aus dem demographischen Wandel, dem Wandel von Arbeit sowie dem Wandel von Lebensformen und Geschlechterverhältnissen ergeben, infolge der Anti-Krisen- und der darauf folgenden Konsolidierungspolitik verändert bzw. verringert haben. Dabei stehen folgende wohlfahrtsstaatliche Politikfelder im Mittelpunkt: die Arbeitsmarktpolitik und die Grundsicherung für Arbeitssuchende, die Rentenversicherung, die Krankenversicherung sowie die Familienpolitik. In einem Fazit werden die sozialen und die geschlechtsspezifischen Auswirkungen der deutschen Wohlfahrtsstaatspolitik nach der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 2008 bis 2011 kritisch reflektiert, in die wohlfahrtsstaatliche Reformdebatte eingebettet und mögliche Reformschritte skizziert.

Anti-Krisenpolitik und Konsolidierungspolitik im Kontext der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland

Die globale Finanzkrise begann mit der Immobilienkrise in den USA und führte weltweit zu zahlreichen Bankenpleiten und einem Rückgang der Aktienkurse. Der Finanzkrise folgte eine globale Wirtschaftskrise, zu deren Bewältigung die meisten westlichen Regierungen konjunkturelle und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ergriffen haben. Auch Deutschland war von dem globalen Nachfragerückgang betroffen. Die Große Koalition reagierte mit einer Anti-Krisenpolitik auf die wirtschaftliche Rezession. Es wurden im November 2008 und im Januar 2009 zwei Konjunkturpakete beschlossen, deren wichtigste Maßnahmen die Bereitstellung von Finanzmitteln für Infrastrukturmaßnahmen (v.a. Schulen, Hochschulen, Verkehr, Krankenhäuser und Städtebau), Entlastungen für BürgerInnen (Absenkung der Einkommensteuer und der Sozialversicherungsbeiträge, Einführung der sog. Abwrackprämie), Entlastungen für Unternehmen (u.a. Kredithilfen für mittelständische Unternehmen) sowie Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung (Ausweitung der Kurzarbeit sowie Aktivierungs- und Qualifizierungsmaßnahmen) waren. Mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz der konservativ-liberalen Regierung, die im Oktober 2009 die Große Koalition abgelöst hatte, folgte Ende 2009 das dritte Konjunkturpaket, in dessen Zentrum v.a. steuerliche Entlastungen für besser verdienende Eltern, HotelbesitzerInnen und Unternehmen stehen. Die Steuerentlastungen wurden vielfach als sozial unausgewogen kritisiert und bedienen Klientelinteressen.
Als Folge der Anti-Krisenpolitik befindet sich die deutsche Wirtschaft nach der Rezession im Jahr 2010 wieder auf Wachstumskurs. Der gegenwärtig noch anhaltende Aufschwung wird einerseits getragen von der Exportwirtschaft, andererseits hat sich aber auch die Binnenkonjunktur belebt, wenn auch in geringerem Maße als der Export. Die Zahl der Arbeitslosen geht zurück und die Beschäftigung

Tabelle 1: Wirtschaftsindikatoren für Deutschland (2007-2010)

	2007	*2008*	*2009*	*2010*
Veränderung des preisbereinigten BIP gegenüber dem Vorjahr (in %)	2,7	1,0	-4,7	3,6
Finanzierungssaldo des Staates (in Mrd. Euro)	6,6	2,8	-72,9	-88,6
Schuldenstand der BRD (in % des BIP)	64,9	66,3	73,5	83,2

Quelle: Statistisches Bundesamt 2011a; 2011b

nimmt wieder zu. Die Überwindung der wirtschaftlichen Krise lässt sich anhand mehrerer volkswirtschaftlicher Indikatoren zeigen.

Das Wirtschaftswachstum lag vor der Finanzkrise im Jahr 2007 bei 2,7% und 2008 noch bei 1%, aber 2009 sank das preisbereinigte BIP auf -4,7%. Im Jahr 2010 hatte sich die deutsche Wirtschaft wieder erholt und das Wirtschaftswachstum lag wieder bei 3,6% (vgl. Statistisches Bundesamt 2011a, 6). Anfang 2011 hat die Höhe des BIP das Vorkrisenniveau von Anfang 2008 überschritten (vgl. Statistisches Bundesamt 2011e).

Infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise hat allerdings die Staatsverschuldung zugenommen. Während der Finanzierungssaldo des deutschen Staates in den Jahren 2007 und 2008 noch positiv ausfiel und Haushaltsüberschüsse in Höhe von 6,6 Mrd. und 2,8 Mrd. Euro zu verzeichnen waren, beliefen sich die Haushaltsdefizite in den Jahren 2009 und 2010 auf 72,9 Mrd. (3% des BIP) bzw. 88,6 Mrd. Euro (3,5% des BIP) (vgl. Statistisches Bundesamt 2011a, 21).

Infolge des Staatsdefizits hat sich auch der Schuldenstand der Bundesrepublik kontinuierlich erhöht. Er betrug vor der Krise im Jahr 2007 64,9% des BIP. Während der Krise, in den Jahren 2008 und 2009, stieg er auf 66,3% und 73,5% des BIP an. Auch nach der Krise, im Jahr 2010, erfolgte ein weiterer Anstieg auf 83,2% des BIP (vgl. Statistisches Bundesamt 2011b). Nach dem Stabilitäts- und Wirtschaftspakt der EU dürfen die Staatschulden jedoch 60% und die jährliche Nettoneuverschuldung 3% des BIP nicht überschreiten. Es ist nicht das erste Mal, dass Deutschland gegen die sog. Maastricht-Kriterien verstößt. Dies war bereits in den Jahren 2002 bis 2005 der Fall. Gegen Deutschland (und auch gegen Frankreich) wurden damals Defizitverfahren eingeleitet, die vom Ministerrat jedoch ausgesetzt und letztendlich wieder eingestellt wurden. Seit Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 verstoßen nun die meisten Länder der Eurozone gegen die Konvergenzkriterien, was die erneute Einleitung von Defizitverfahren zur Folge hat. Hier wird deutlich, dass die Krise längst nicht überwunden ist. Dies zeigt die seit 2010 anhaltende Schuldenkrise („Eurokrise“) einiger europäischer Länder (insbesondere Griechenlands, Irlands und Portugals), auf die die EU im Mai 2010 mit dem Euro-Rettungsschirm, der bis 2013 befristeten Vergabe günstiger Kredite an betroffene Euro-Länder sowie dessen Erweiterung um den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) Mitte 2011, einem dauerhaften Mechanismus zur finanziellen Unterstützung überschuldeter Mitgliedsstaaten, reagierte. Ein weiterer Beleg für die anhaltende Krise ist die knapp abgewendete Zahlungsunfähigkeit der USA Anfang August 2011.

Die konservativ-liberale Koalition vollzog im Jahr 2010 aufgrund des hohen Schuldenstands den Wandel von einer expansiven Finanzpolitik hin zu einer

Haushaltskonsolidierungspolitik. Sie verkündete Mitte 2010 ein Sparpaket, das Einsparungen in Höhe von rund 80 Mrd. Euro bis zum Jahr 2014 umfasst (zu den Konsolidierungsmaßnahmen vgl. auch Schratzenstaller in diesem Band). Ziel ist es, das Haushaltsdefizit bis 2016 auf 0,35% des BIP zu reduzieren. Um diesen Grenzwert zu erreichen, muss der Bund seinen Haushalt um 10 Mrd. Euro jährlich kürzen. Die Einsparungen haben ihren Ursprung in der neuen Schuldengrenze, die 2009 unter der Großen Koalition im Grundgesetz verankert wurde und der zufolge die strukturelle (also nicht konjunkturelle) Nettokreditaufnahme des Bundes ab dem Haushaltsjahr 2011 auf 0,35% des BIP begrenzt ist. Diese Neuregelung orientiert sich an der präventiven Komponente des Europäischen Stabilitäts- und Wirtschaftspakts (vgl. Art. 109 und Art. 115 GG). Die Schuldengrenze wurde u.a. vom DGB kritisiert, weil dadurch Investitionen im sozialen Bereich und in der Infrastruktur verhindert würden (vgl. DGB 2009). Zudem, darauf verweist das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK), bestehe nur ein geringer konjunktureller Spielraum für die Finanzpolitik, was sich negativ auf das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung auswirkt. Das IMK plädiert dafür, für die konjunkturabhängigen Ausgaben – das sind in erster Linie die Sozialtransfers – keine Defizitvorgaben zu machen (vgl. IMK 2009). Im Rahmen des Haushaltsbegleitgesetzes 2011, dem Kern des Sparpakets, hat die Bundesregierung Einsparungen von rund 17,5 Mrd. Euro bis 2014 bei der Energiebesteuerung, der Luftverkehrssteuer sowie bei Familien- und Sozialleistungen geplant. Mit dem Haushaltsbegleitgesetz soll der „Sozialstaat treffsicher und finanzierbar“ bleiben, so die Bundesregierung (2010a). Außerdem gehören zu diesem Sanierungspaket die Erhöhung der Tabaksteuer und der Kernbrennstoffsteuer sowie die für 2012 geplante Finanzmarkt-Transaktionssteuer.

Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Finanzsituation des Wohlfahrtsstaates

Soziale Sicherungssysteme sind von wirtschaftlichen Krisen in doppelter Weise betroffen: durch Ausgabensteigerungen einerseits und durch Einnahmeausfälle andererseits. Der deutsche Wohlfahrtsstaat ist aufgrund seiner starken Beitragsorientierung v.a. abhängig von der Einkommensentwicklung der abhängig Beschäftigten. Da die Arbeitnehmerentgelte die wichtigste Einkommensquelle für Sozialleistungen sind, hängt der Grad der Wohlfahrtsstaatlichkeit stark von der Zahl der sozialversicherungspflichtigen (Vollzeit-)Beschäftigten und der Lohnquote ab.

Tabelle 2: Arbeitsmarktindikatoren für Deutschland (2007-2010)

	2007	*2008*	*2009*	*2010*
Arbeitslosenquote (in %)	9,0	7,8	8,1	7,7
... Männer	8,5	7,4	8,3	7,9
... Frauen	9,6	8,2	7,9	7,5
Veränderung der Erwerbstätigen im Inland (in %)	1,7	1,4	0,0	0,5
Lohnquote (in %)	64,3	65,4	68,4	66,3
Nettolöhne und -gehälter (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	1,2	1,4	-0,3	3,4
Finanzierungssaldo der Sozialversicherungen (in Mrd. Euro)	9,79	7,75	-3,79	-10,62

Quelle: Statistisches Bundesamt 2011a; 2011c

Die Arbeitslosenquote lag im Jahr 2007 bei 9,0%. Nach einem Höchststand im Jahr 2005 mit 11,7% war sie tendenziell fallend. Diesem Trend folgend sank sie im Jahr 2008 zunächst weiter auf 7,8%. Im Jahr 2009 machte sich die Krise auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar und die Arbeitslosenquote stieg wieder auf 8,1%. Nach dieser moderaten Steigerung, die der ausgeweiteten Kurzarbeitergeldregelung zu verdanken war, fiel sie im Jahr 2010 aufgrund der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung wieder auf 7,7%.

Lag die Arbeitslosenquote der Frauen vor der Krise in den Jahren 2007 und 2008 über der der Männer, so hat sich dieses Verhältnis infolge der Krise geändert. Da typische Männerarbeitsplätze stärker von konjunkturellen Entwicklungen betroffen sind, ist die Arbeitslosenquote der Männer in stärkerem Maße angestiegen, während die Arbeitslosenquote der Frauen auch während der Krise weiter gefallen ist (vgl. Statistisches Bundesamt 2011c).

Anders als zu Beginn der Wirtschaftskrise angenommen, hat die Arbeitslosigkeit demnach nicht eklatant zugenommen, sondern sie liegt im Gegenteil 2010 wieder auf einem Niveau, das letztmals im Rahmen des Wiedervereinigungsbooms und davor Mitte der 1980er Jahre erreicht worden war.

Die Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen verhält sich spiegelbildlich zur Abnahme der Arbeitslosigkeit. Sie stieg im Jahr 2007 um 1,7% und im Jahr 2008 nochmals um 1,4% an. Im Jahr 2009 stagnierte die Beschäftigungsentwicklung krisenbedingt. Im Jahr 2010 erhöhte sie sich wieder um 0,5% (vgl. Statistisches Bundesamt 2011a, 7). Das Beschäftigungsniveau ist damit Anfang 2011 höher als zu Beginn der 1990er Jahre. Doch die Zahl der Erwerbstätigen allein sagt noch nichts über die Art der Beschäftigung aus. Die sozialversicherungspflichtige

Vollzeitbeschäftigung hat als Folge der wirtschaftlichen Rezession zunächst bis Ende 2009 abgenommen. Erst seit Beginn des Aufschwungs im Jahr 2010 nimmt sie insgesamt wieder langsam zu. Demgegenüber waren Teilzeitbeschäftigte generell nicht von der Krise betroffen. Im Gegenteil, die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Teilzeitbeschäftigten stieg auch während der Rezession 2009 kontinuierlich weiter an. Dies hat mit der Zunahme von Stellen im Bildungs-, Erziehungs-, Sozial- und Gesundheitswesen zu tun. Öffentliche oder private Dienstleistungstätigkeiten sind weniger abhängig von konjunkturellen Einflüssen, denn sie zählen zu einem großen Teil zum Öffentlichen Dienst oder sind vom Staat und den Sozialversicherungen abhängig (vgl. Fichtner u.a. 2011, 24ff.).

Der Beschäftigungsanstieg nach der Rezession erfolgte weitgehend auf der Basis atypischer Beschäftigung (Leiharbeit, befristete Beschäftigung, sozialversicherungspflichtige oder geringfügige Teilzeitarbeit). Drei Viertel aller Beschäftigungsverhältnisse, die zwischen 2009 und 2010 entstanden sind, sind atypisch. Die Hälfte des Beschäftigungsanstiegs erfolgte auf der Basis von Leiharbeit. Diese Entwicklung ist bedenklich, denn Leiharbeitsverhältnisse sind schlecht bezahlt und meist nur von geringer Dauer (vgl. Statistik der BA 2011; Statistisches Bundesamt 2011d).

Eine Differenzierung der Beschäftigungsentwicklung nach Geschlecht ergibt folgendes Bild: Da die Teilzeitarbeit einen Frauenanteil von 84% aufweist (vgl. Statistisches Bundesamt 2009, 18, Zahlen für 2008), kann man daraus schlussfolgern, dass Frauenarbeitsplätze von der Krise in geringerem Maße betroffen sind als Männerarbeitsplätze. Zudem ist die sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigung bei den Männern seit 2008 leicht rückläufig, bei den Frauen hat sie dagegen leicht zugenommen (vgl. Statistisches Bundesamt 2011d).

Neben der Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen und der Art der Beschäftigung ist mit Blick auf die Sozialversicherungen auch die Entwicklung der Löhne und Gehälter wichtig. Die Nettolöhne und -gehälter stiegen vor der Krise im Jahr 2007 um 1,2% und im Jahr 2008 noch einmal um 1,4%. Im Jahr 2009 hat sich die Krise durch ein Absinken der Nettolöhne und -gehälter um 0,3% bemerkbar gemacht. Doch bereits im Jahr 2010 stiegen die Nettolöhne und -gehälter wieder um 3,4%. Der wirtschaftliche Aufschwung hat sich hier positiv ausgewirkt (vgl. Statistisches Bundesamt 2011a, 19). Für das erste Quartal 2011 kommen Wagner und Brenke jedoch zu dem Ergebnis, dass die Nettolöhne, insbesondere die Netto-Stundenlöhne, bei Berücksichtigung der Preissteigerungen wieder sinken. Die Betrachtung der inflationsbereinigten Netto-Stundenlöhne zeigt, dass die Entwicklung hin zu sinkenden Netto-Stundenlöhnen, die bei den Geringverdienenden im Jahr 2000 begann, mittlerweile auch bei den mittleren

und überdurchschnittlichen Einkommen angekommen ist. Diese Entwicklung schwächt die Binnenkaufkraft, und sie ist makroökonomisch und verteilungspolitisch fragwürdig (vgl. Wagner/Brenke 2011, 15).

Die Lohnquote ist in Deutschland generell rückläufig. Sie ist von 72,2% im Jahr 2000 auf 64,3% im Jahr 2007 gesunken. In den beiden Folgejahren (2008 und 2009) ist sie – trotz Krise – wieder auf 65,4% und 68,4% angestiegen, was daran liegt, dass die Gewinne krisenbedingt zunächst stärker einbrochen sind als die vertragsgebundenen Löhne. Im Jahr 2010 fällt die Lohnquote wieder etwas auf 66,3% (vgl. Statistisches Bundesamt 2011a, 18). Ursachen dafür sind der Rückgang sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse einerseits und niedrige Wachstumsraten bei Löhnen und Gehältern andererseits.

> „Der nunmehr seit zehn Jahren andauernde und durch die jüngste Krise nur kurz unterbrochene Trend der Einkommensumverteilung zulasten der Arbeitnehmer setzt sich fort. Das verletzt nicht nur die Gerechtigkeitsvorstellungen in breiten Teilen der Bevölkerung, sondern bremst auch das nationale Wirtschaftswachstum." (Wagner/Brenke 2011, 15)

Der Finanzierungssaldo der Sozialversicherungen entwickelte sich – nach mehreren Jahren im Soll (2001-2006) – in den Jahren 2007 und 2008 positiv (+10,90 und +8,84 Mrd. Euro). Im Jahr 2009 lag er – aufgrund der gestiegenen Arbeitslosigkeit und der Ausweitung des Kurzarbeitergeldes – bei -13,34 Mrd. Euro. Bereits im Jahr 2010 wies er infolge des Wirtschaftsaufschwungs wieder einen positiven Wert in Höhe von +1,88 Mrd. Euro auf (vgl. Statistisches Bundesamt 2011a, 22).

Trotz der positiven Einnahmesituation des Staates und der Sozialversicherungen sind im Bundeshaushalt 2011 – als Konsequenz aus Schuldenbremse und selbst verordneter Konsolidierungspolitik – in vielen Ressorts Sparmaßnahmen durchgeführt worden. Die sozialpolitischen Kürzungen machen dabei 30% des gesamten Konsolidierungspakets aus (vgl. Heise/Lierse 2011, 12). Von Kürzungen betroffen sind die Bereiche Arbeit und Soziales (-8,6%), Gesundheit (-2,2%) und Familie (-1,6%). Einen höheren Etat erhielt dagegen der Bereich Bildung und Forschung (+7.2%) (vgl. Deutscher Bundestag 2010a, 30). Auch im Bundeshaushalt 2012 wird der Konsolidierungskurs fortgesetzt. Der Bereich Arbeit und Soziales wird erneut um 3,6%, das Gesundheitsressort um 8,2% und der Etat des Familienministeriums leicht um 0,1% gekürzt. Demgegenüber wird der Bildungs- und Forschungsbereich erneut um 9,9% erhöht (vgl. Deutscher Bundestag 2011b, 28, eigene Berechnungen).

Arbeit und Soziales

Arbeitsmarktpolitik

Eine der wichtigsten Maßnahmen, um zu verhindern, dass die wirtschaftliche Rezession direkt auf den Arbeitsmarkt durchschlägt und die Zahl der Arbeitslosen ansteigen lässt, ist die Kurzarbeit. Die Beschäftigen reduzieren bei dieser Maßnahme interner Flexibilität ihre Arbeitszeit bei Aufrechterhaltung ihres Beschäftigungsverhältnisses. Die Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes wurde im Kontext der beiden Konjunkturpakete von bisher 12 Monate auf 18 Monate verlängert. Diese Regelung war zunächst auf ein Jahr befristet. Sie ist später bis Ende 2010 und im Beschäftigungschancengesetz noch einmal bis März 2011 verlängert worden. Die Beschäftigten (auch LeiharbeiterInnen) erhalten aus den Mitteln der Arbeitslosenversicherung 60% (bzw. 67%, wenn Kinder zu versorgen sind) ihres Nettolohns als Kurzarbeitergeld. Zudem wurde der Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung zur Hälfte von der Bundesagentur für Arbeit (BA) übernommen, um die Arbeitgeber zusätzlich zu entlasten. Die Höhe der Beitragszahlungen zur Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung bemisst sich zum einen an dem ausgezahlten Kurzarbeitergeld, zum anderen an einem „fiktiven Arbeitsentgelt" in der Höhe von 80% des ausgefallenen Verdienstes. Der Höhepunkt der Kurzarbeit lag im Mai 2009 bei knapp 1,5 Mio. BezieherInnen von konjunkturell bedingtem Kurzarbeitergeld (ohne Saison- und Transferkurzarbeitergeld). Gut drei Viertel der Kurzarbeitenden sind Männer, was daran liegt, dass von der wirtschaftlichen Rezession v.a. exportorientierte Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, insbesondere Großbetriebe der Automobilindustrie und deren Zulieferbetriebe, der Maschinenbau sowie die Metallerzeugung und -bearbeitung betroffen sind (vgl. Brenke/Rinne/Zimmermann 2010, 7ff.), in denen mehrheitlich Männer arbeiten. Seit Mitte 2009 ist die Zahl der KurzarbeiterInnen gesunken und hat im März 2011 bei knapp 100.000 gelegen (vgl. Statistik der BA 2011). Mit Hilfe der verbesserten Konditionen der Kurzarbeit und des Kurzarbeitergeldes konnten die Folgen der wirtschaftlichen Rezession auf dem Arbeitsmarkt abgemildert werden. Davon haben viele (v.a. männliche) Beschäftigte sowie Unternehmen, die in der darauf folgenden Phase des Aufschwungs auf ihre qualifizierten Beschäftigen zurückgreifen konnten, profitiert.

Zusätzlich wurde der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung von Anfang 2009 bis Ende 2010 auf 2,8% gesenkt. Seit 2011 beträgt er wieder 3,0%.

Mit dem Beschäftigungschancengesetz, das im Herbst 2010 verabschiedet wurde und Anfang 2011 in Kraft getreten ist, werden die Ziele verfolgt, bestehende Arbeitsverhältnisse während der Wirtschaftskrise zu sichern und die

Sonderkonditionen der Kurzarbeit und weitere Arbeitsmarktinstrumente (z.B. Förderung älterer Beschäftigter) zu verlängern. Mit diesem Gesetz setzt Arbeitsministerin von der Leyen die beschäftigungssichernde Arbeitsmarktpolitik fort. Das Beschäftigungschancengesetz stellt eine Übergangsregelung dar, die 2012 von der sog. „Instrumentenreform", also der Überarbeitung aller arbeitsmarktpolitischen Instrumente, abgelöst werden soll.

Dieser erfolgreichen Anti-Krisenpolitik folgte eine Konsolidierungspolitik, von der die Arbeitsmarktpolitik stark betroffen ist. Im Haushalt für das Jahr 2011 (und auch für 2012) sind massive Kürzungen des Etats von Arbeitsministerin von der Leyen vorgenommen worden, die nur zum Teil durch die sinkende Arbeitslosigkeit abgemildert werden konnten. In dem mit knapp 132 Mrd. Euro größten Etat sind über 11 Mrd. Euro eingespart worden. Die Kürzungen trafen v.a. die Leistungen für Langzeitarbeitslose.

Grundsicherung für Arbeitsuchende

Im Rahmen des Haushaltsbegleitgesetzes 2011, in dem die Sparmaßnahmen der Bundesregierung zusammengefasst sind, wird der zeitlich auf zwei Jahre befristete Zuschlag für Arbeitslosengeld II-BezieherInnen, die vorher Arbeitslosengeld I bezogen haben, gestrichen. Er lag bei 160 Euro für Ledige und 320 Euro für Verheiratete. Bislang wurde der Zuschlag im ersten Jahr komplett und im zweiten Jahr zur Hälfte gewährt. Durch den Wegfall wird mit Einsparungen in Höhe von 210 Mio. Euro jährlich gerechnet (vgl. Deutscher Bundestag 2010b, 28).

Im Haushaltsbegleitgesetz 2011 wurde zudem beschlossen, BezieherInnen von Arbeitslosengeld II den Zuschuss zur Rentenversicherung zu streichen. Dies ist bereits die zweite Kürzung in diesem Bereich innerhalb weniger Jahre. Bis Ende 2006 wurden auf der Basis von 400 Euro Rentenversicherungsbeiträge von der BA gezahlt, seit 2007 auf der Grundlage von 205 Euro. Seit 2011 fallen die Beitragszahlungen ganz weg. Begründet wurde diese Maßnahme damit, dass der Beitrag sowieso nicht ausreicht, um eine ausreichend hohe Rente zu beziehen (vgl. Heise/Lierse 2011, 12). Damit sind Einsparungen in Höhe von 1,8 Mrd. Euro pro Jahr vorgesehen (vgl. Deutscher Bundestag 2010b, 28). Diese Kürzung hat zur Folge, dass Zeiten der Langzeitarbeitslosigkeit nicht mehr als Pflichtbeitragszeiten gelten, sondern nur noch als Anrechnungszeiten. Dadurch werden zwar Lücken in der Versicherungsbiographie vermieden, aber es werden keine Anwartschaften für die zukünftige Rente mehr erworben, was sich negativ auf die Rentenhöhe auswirkt. Die Gefahr von Altersarmut infolge von Arbeitslosigkeit steigt durch diese Konsolidierungsmaßnahme, was bei der Opposition und den Gewerkschaften auf Kritik gestoßen ist (vgl. Steffen 2011).

Neben den Kürzungen der Leistungen für Langzeitarbeitslose sind zudem im Haushalt 2011 Einsparungen bei den Leistungen zur Eingliederung in Arbeit in der Höhe von 1,3 Mrd. Euro vorgesehen (vgl. Haushaltsgesetz 2011 2010: Einzelplan 11, 66). Dazu werden Pflichtleistungen in Ermessensleistungen umgewandelt.

Um das Bundesverfassungsgerichtsurteil vom Februar 2010 zur Bildungsförderung für Kinder in Hartz IV-Familien umzusetzen, wurden im Haushalt 2011 480 Mrd. Euro veranschlagt (vgl. Haushaltsgesetz 2011 2010: Einzelplan 11, 65). Beschlossen wurde, den allgemeinen Regelsatz für Erwachsene ab 2011 um 5 Euro auf 364 Euro zu erhöhen. Die Regelsätze für Kinder und Jugendliche bleiben unverändert. Zudem gibt es seit 2011 ein Bildungspaket für Kinder aus Hartz IV-Familien.

Im Haushaltsbegleitgesetz 2011 wurde auch beschlossen, den Heizzuschuss für WohngeldempfängerInnen zu streichen. Die dadurch veranschlagten Einsparungen liegen bei 140 Mio. Euro im Jahr 2011 und bei 260 Mio. Euro in den Folgejahren (vgl. Deutscher Bundestag 2010b, 30).

Zusammenfassend zeigt sich, dass durch die Anti-Krisenpolitik v.a. die männlichen, im Bau- oder im verarbeitenden Gewerbe beschäftigten Insider des Arbeitsmarktes subventioniert wurden (vgl. Ganßmann/Himmelreicher 2009, 653), während die Konsolidierungspolitik die Arbeitsmarkt-Outsider stärker getroffen und ihre Einkommenssituation verschärft hat – gegenwärtig und im Alter. In der konsolidierungsorientierten Arbeitsmarktpolitik wird der wohlfahrtsstaatliche Aktivierungstrend fortgesetzt. Die Leistungen werden gesenkt, um die Arbeitsanreize für (Langzeit-)Arbeitslose zu erhöhen und um die Eigenverantwortung zu stärken (vgl. Heise/Lierse 2011, 11).

Gesetzliche Rentenversicherung

Da die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) im Umlageverfahren finanziert wird, wirkte sich die Finanzkrise nicht unmittelbar negativ auf deren Finanzsituation aus. Die Bewältigung der sich anschließenden Wirtschaftskrise mittels massiven Einsatzes von Kurzarbeit in den Jahren 2008 bis 2010 hat die Einnahmesituation der GRV auf relativ konstantem Niveau gehalten, da die Basis für die Beitragszahlungen bei Kurzarbeit deutlich höher ist als das ausgezahlte Kurzarbeitergeld (s.o.). Infolge des Wirtschaftsaufschwungs seit 2010 hat sich auch die Finanzsituation der GRV weiter entspannt. Die Einnahmen aus Pflichtbeiträgen steigen seit 2007 kontinuierlich und lagen im Jahr 2009 bei 180,6 Mrd.

Euro und 2010 bei 184,4 Mrd. Euro (vgl. DRV Bund 2010, 228; DRV 2011a). Die Nachhaltigkeitsrücklage (bis 2003: Schwankungsreserve) ist seit 2006 kontinuierlich von 0,6 Monatsausgaben auf 1,0 Monatsausgaben in den Jahren 2008 und 2009 angestiegen und beträgt im Jahr 2010 1,1 Monatsausgaben (vgl. DRV Bund 2010, 233; DRV 2011b). Insgesamt lässt sich schlussfolgern, dass die GRV finanziell gut durch die Finanz- und Wirtschaftskrise gekommen ist.

Dennoch gibt es GewinnerInnen und VerliererInnen der Anti-Krisenpolitik einerseits und der darauf folgenden Konsolidierungspolitik andererseits. Auf der GewinnerInnen-Seite finden sich – zumindest kurzfristig bis 2011 – die gegenwärtigen RentnerInnen, die von der 2009 unter der Großen Koalition in Kraft getretenen Rentengarantie („erweiterte Rentenschutzklausel") profitieren. Danach sinken die Renten auch dann nicht, wenn die Lohnentwicklung negativ ausfällt. Die nicht durchgeführten Rentenkürzungen müssen allerdings ab dem Jahr 2011 durch halbierte Rentenerhöhungen nachgeholt werden. Diese neu eingeführte Regelung hatte eine „Nullrunde" im Jahr 2010 zur Folge, nachdem die Renten im Jahr zuvor um 2,41% im Westen und 3,38% im Osten angehoben wurden. Die Renten, die 2010 aufgrund der negativen Lohnentwicklung in der Phase der Rezession normalerweise hätten sinken müssen, sind konstant geblieben. Die Rentenkürzung, die sich in der Rezession negativ auf die Binnennachfrage der RentnerInnen ausgewirkt hätte, blieb aus. Viele PolitikerInnen und ExpertInnen haben die Rentengarantie jedoch aufgrund der Gefahr vieler kommender Nullrunden kritisiert, da bereits der sog. Riester-Faktor, mit dem die Aufwendungen der Beschäftigten für die private Altersvorsorge auf die RentnerInnen übertragen werden, in den Jahren 2008 und 2009 ausgesetzt wurde. Auch der Nachhaltigkeitsfaktor, in dem das Verhältnis von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und RentnerInnen abgebildet wird, kann die Rentenanpassung negativ beeinflussen.

Im Jahr 2011 hat die Rentenerhöhung 0,99% betragen, während die Lohnentwicklung im Westen bei 3,1% und im Osten bei 2,55% gelegen hat. Damit liegt die Rentenanpassung unterhalb der Inflationsrate, was die Kaufkraft der RentnerInnen schmälert.

Auch die KurzarbeiterInnen, die von der Entlassung verschont wurden und deren Rentenversicherungsbeitrag nur moderat gekürzt wurde, können zumindest zu denen gezählt werden, die mit einem blauen Auge davon gekommen sind.

Hinzu kommen auch die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die früher als erwartet in den Genuss niedrigerer Beitragssätze kommen. Im Haushaltsbegleitgesetz 2011 wurde beschlossen, den Beitragssatz ab dem Jahr 2014 auf 19,6% zu senken. Dieser Plan wurde zunächst aufgehoben, um ihn dann aber

aufgrund der positiven Entwicklung der Rentenfinanzen vorzeitig umzusetzen. Der Beitragssatz sinkt nun bereits im Jahr 2012 auf 19,6%, nachdem er von 2007 bis 2011 konstant bei 19,9% gelegen hatte.

Auf der VerliererInnen-Seite stehen in erster Linie die Langzeitarbeitslosen, deren Zuschuss zur Rentenversicherung gestrichen wurde (s.o.).

Auch die so genannten Riester-Renten, die seit gut zehn Jahren staatlich gefördert werden, verlieren an Attraktivität. Infolge der andauernden Finanzkrise fallen die Renditen der privaten kapitalgedeckten Altersvorsorgeprodukte niedriger aus. Bis Ende 2008 hatten private Rentenfonds durchschnittlich fast ein Viertel ihres Wertes verloren (vgl. Ganßmann/Himmelreicher 2009, 655). Je nach Anlageform und Auszahlungszeitpunkt wird es unter den derzeit ca. 14,6 Mio. „Riester-RentnerInnen" – da es sich um eine individuelle Absicherungsform handelt – ebenfalls GewinnerInnen und VerliererInnen geben.

Gesundheit

Die letzte große Reform der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) aus den Jahren 2006/07 brachte den Gesundheitsfonds, nachdem der Großen Koalition die Quadratur des Kreises, also die Verknüpfung eines Kopfpauschalensystems mit einem Bürgerversicherungsmodell, nicht gelungen war. Der Gesundheitsfonds, der Anknüpfungspunkte für beide Modelle bietet, wurde 2007 verabschiedet und 2009 eingeführt. Der Beitragssatz wurde auf 15,5% vereinheitlicht und der Beitrag der Arbeitgeber bei 7,3% eingefroren. Der Steuerzuschuss sollte nach dem GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz, wie die Gesundheitsreform 2006/07 offiziell heißt, im ersten Jahr bei 4 Mrd. Euro liegen und in den Folgejahren jährlich um 1,5 Mrd. Euro erhöht werden, bis er im Jahr 2014 auf 14 Mrd. Euro angestiegen wäre. Dieser Betrag entspricht den Ausgaben für beitragsfrei mitversicherte Kinder. Im Rahmen des zweiten Konjunkturpakets der Großen Koalition wurde beschlossen, dass der Bund für 2009 einen weiteren Zuschuss von 3,2 Mrd. Euro und für 2010 nochmals einen Zuschuss von über 6 Mrd. Euro in den Gesundheitsfonds der GKV einzahlt. Im Rahmen des Sozialversicherungs-Stabilisierungsgesetzes wurde zudem vereinbart, 2010 weitere 3,9 Mrd. Euro an den Gesundheitsfonds zu zahlen, um die krisenbedingten Einnahmeausfälle zu kompensieren. Durch diese Maßnahmen konnte der Beitragssatz der GKV vorübergehend um 0,6 Prozentpunkte auf 14,9% gesenkt werden. Im Rahmen des Haushaltsbegleitgesetzes 2011 wurde die Gewährung eines weiteren einmaligen Zuschusses von 2 Mrd. Euro an den Gesundheitsfonds beschlossen. Insgesamt hat der Bundeszuschuss zum Gesundheitsfonds damit im Jahr 2009 bei 7,2 Mrd.

Euro, im Jahr 2010 bei 15,7 Mrd. Euro und 2011 bei 15,3 Mrd. Euro gelegen. Die Schwelle von 14 Mrd. Euro ist also erfreulicherweise schneller erreicht worden, als dies ursprünglich geplant war.

Die Erhöhung steuerfinanzierter Anteile an der Finanzierung des Gesundheitsfonds ist sozial gerechtfertigt, weil auf diese Weise die Finanzierungslasten auf eine breitere Basis verteilt werden. So zahlen beispielsweise für die beitragsfreie Mitversicherung von Kindern oder für Leistungen bei Schwangerschaft und Mutterschutz nun nicht mehr nur die versicherten Beschäftigten, sondern alle Steuerpflichtigen, also auch Unternehmen, ImmobilienbesitzerInnen oder privat Krankenversicherte. Hier hat die Wirtschaftskrise positiven Einfluss auf den sozialpolitischen Wandel genommen. Die CDU/CSU, die zuvor gegen die Ausdehnung steuerfinanzierter Anteile am Gesundheitsfonds war, hat sich im Rahmen der Krise darauf eingelassen, um die Beiträge senken zu können.

Durch das Ende 2010 verabschiedete GKV-Finanzierungsgesetz ist die befristete Absenkung des allgemeinen Beitragssatzes wieder aufgehoben worden. Er liegt seit 2011 wieder bei 15,5%. Weitere Ausgabensteigerungen oder Einnahmeausfälle der GKV sollen allein über die einkommensunabhängigen Zusatzbeiträge der Beschäftigten finanziert werden. Diese „kleine Kopfpauschale", die niedrige EinkommensbezieherInnen dauerhaft stärker belastet als hohe, ist bei 2% des beitragspflichtigen Einkommens gedeckelt (vgl. Heise/Lierse 2011, 12). Der im Haushaltsbegleitgesetz 2011 beschlossene zusätzliche Zuschuss des Bundes von 2 Mrd. Euro dient der Finanzierung des Sozialausgleichs im Zusammenhang mit den Zusatzbeiträgen für die Jahre 2012 bis 2014 (vgl. BMG 2011).

Familienpolitik

Im Koalitionsvertrag vereinbarte die konservativ-liberale Regierung 2009, das Elterngeld weiterzuentwickeln und zu flexibilisieren. Konkret wurde angekündigt, die (gleichzeitige) Teilzeit-Elternzeit als besonders wünschenswertes Modell zu fördern. Es sollte ein Teilelterngeld für bis zu 28 Monate eingeführt werden, wenn beide Eltern gleichzeitig Elternzeit nehmen und Teilzeit arbeiten, wobei die genaue finanzielle Ausstattung offen blieb. Zudem wurde angekündigt, die Partnermonate zu stärken (vgl. CDU/CSU/FDP 2009, 69).

Die Einführung eines Teilelterngeldes und die Ausdehnung der Partnermonate von zwei auf vier Monate kündigte Familienministerin Schröder noch Anfang 2010 in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung (24.01.2010, 5) an. Kurz darauf wurden die Pläne zur Weiterentwicklung des Elterngeldes aus finanziellen Gründen auf Eis gelegt. Im Rahmen des Haushaltsbegleitgesetzes

2011 hat die Familienministerin stattdessen Kürzungen beim Elterngeld zugestimmt. Das Elterngeld, das mit gut 4,3 Mrd. Euro den größten Anteil am Etat des Familienministeriums hat (insgesamt 6,5 Mrd. Euro) (vgl. Deutscher Bundestag 2010a, 30, 49), wird seit dem Jahr 2011 auf das Arbeitslosengeld II, den Kinderzuschlag und die Sozialhilfe angerechnet. Dadurch vermindert sich der Bedarf um 300 Euro, und das Elterngeld fällt für diese Personengruppen faktisch komplett weg. Begründet wird dies mit dem Lohnabstandsgebot und der Tatsache, dass das Elterngeld keine sozialpolitische Leistung sei, sondern eine familienpolitische Maßnahme, die Erwerbstätigen die Entscheidung für ein Kind erleichtern soll (vgl. Bundesregierung 2010; FR vom 17.06.2010). Die Pläne von Familienministerin Schröder, das Elterngeld auch auf Minijobs anzurechnen, wurden wieder fallen gelassen, um gering Verdienende nicht stärker zu belasten. Für mittlere Einkommen ab 1.200 Euro sinkt die Lohnersatzrate von 67% auf 65%. Der Maximalbetrag von 1.800 Euro bleibt unangetastet, so dass sehr gut Verdienende keine Einbußen erleiden. Lediglich bei Paaren mit einem zu versteuernden Einkommen von einer halben Mio. Euro (Alleinerziehende: 250.000 Euro) entfällt das Elterngeld. Insgesamt sind von den Kürzungen also in erster Linie TransferleistungsbezieherInnen betroffen. Nach Schätzungen des Familienministeriums sind ca. 100.000 Arbeitslosengeld II-EmpfängerInnen von der Anrechnung des Elterngeldes betroffen. Dazu kommen noch schätzungsweise 220.000 ElterngeldbezieherInnen (150.000 Frauen und 70.000 Männer), die von der Absenkung der Lohnersatzrate betroffen sind. Letztere stellen mehr als ein Viertel der gesamten ElterngeldbezieherInnen dar. Dazu zählen auch ca. 2.200 Personen, deren Elterngeld aufgrund der Höhe des zu versteuernden Einkommens ganz wegfällt. Der Bund rechnet insgesamt mit Einsparungen in der Höhe von 430 Mio. Euro (vgl. Deutscher Bundestag 2011a).

Insgesamt lässt sich schlussfolgern, dass gut Verdienende weitgehend geschont werden. Der selektive Charakter des Elterngeldes wird durch die Kürzungsmaßnahmen gestärkt (vgl. Auth/Buchholz/Janczyk 2010).

Der zweite wichtige familienpolitische Reformbereich neben dem Elterngeld ist der Ausbau der frühkindlichen Betreuung. Nach dem Kinderförderungsgesetz aus dem Jahr 2008 sollen bis 2013 Betreuungsplätze für ein Drittel der unter Dreijährigen geschaffen und ein Rechtsanspruch auf Betreuung für einjährige Kinder eingeführt werden. Der Bund stellte für die Ausbaumaßnahmen 4 Mrd. Euro zur Verfügung. Ein Drittel des Geldes kommt vom Bund und je ein Drittel sollen die Länder und die Kommunen bereitstellen. Auch während der Wirtschafts- und Finanzkrise wurde an diesem Plan festgehalten. Im Rahmen des Konjunkturpakets II wurden den Ländern und Kommunen 6,5 Mrd. Euro für die Jahre 2009

und 2010 zur Verfügung gestellt, die in Bildungsinfrastrukturmaßnahmen fließen sollen, zu denen auch die frühkindliche Infrastruktur zählt. Diese Mittel tragen derzeit den Ausbau (vgl. BMFSFJ 2011a, 3ff.). Die Ausbaudynamik muss jedoch noch weiter zunehmen, um das angestrebte Ergebnis zu erreichen, so das Fazit des zweiten Evaluationsberichtes (vgl. BMFSFJ 2011a, 6). Das Familienministerium wirft den Ländern vor, das Geld nicht in ausreichendem Maße abzurufen (vgl. BMFSFJ Pressemitteilung Nr. 94/2011 vom 08.11.2011). Auch der Deutsche Städtetag führt die mangelnde Bereitschaft der Länder als einen der Hauptgründe für den schleppenden Ausbau der frühkindlichen Betreuung an (vgl. Deutscher Städtetag Pressemitteilung vom 08.11.2011). Da die Steuersenkungspolitik der konservativ-liberalen Regierung im Jahr 2010 steuerliche Mindereinnahmen zur Folge hat (vgl. Statistisches Bundesamt 2011a, 36), ist es nahe liegend, dass sich dies auch negativ auf den Ausbau der frühkindlichen Betreuungsplätze auswirkt.

Fazit: Selektive wohlfahrtsstaatliche Auswirkungen der Krise

Die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise sind sozial ungleich verteilt. Zum einen kommt der Aufschwung nicht allen Beschäftigten gleichermaßen zu Gute. Neu entstanden sind v.a. atypische Beschäftigungsverhältnisse, deren soziale Absicherung oftmals unzureichend ist. Die Schere zwischen gut verdienenden, sozial abgesicherten Vollzeitbeschäftigten einerseits und Geringverdienenden und/oder prekär Beschäftigten andererseits öffnet sich weiter. Nicht nur der Beschäftigungsaufschwung, auch die Sparmaßnahmen sind stark selektiv. Besonders betroffen sind Langzeitarbeitslose. Die Kürzungen der Rentenanwartschaften von Langzeitarbeitslosen, aber auch die Zunahme prekär Beschäftigter und Geringverdienender, lässt das Risiko der Altersarmut steigen. Von den Kürzungen beim Elterngeld sind besonders langzeitarbeitslose Frauen (und deren Kinder) betroffen. Darunter sind nach Schätzungen der Bundesregierung ca. 43.000 Alleinerziehende (vgl. Deutscher Bundestag 2011, 3). Viele der wohlfahrtsstaatlichen Maßnahmen treffen die Gruppe der abhängig Beschäftigen stärker als andere Beschäftigtengruppen oder Unternehmen, beispielsweise die Anhebung von Sozialversicherungsbeiträgen oder die Ausdehnung der Zusatzbeiträge in der Krankenversicherung. Des Weiteren sind Männer von der Wirtschaftskrise stärker betroffen als Frauen, was daran liegt, dass Männer häufiger in den exportorientierten Branchen des verarbeitenden Gewerbes beschäftigt sind. Dies bezieht sich v.a. auf die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit (vgl. Rosemann/Kirchmann 2010, 563ff.). Diese Entwicklung ist allerdings vor dem Hintergrund eines geschlechtlich segregierten Arbeitsmarktes zu betrachten.

Frauen arbeiten nach wie vor häufiger Teilzeit, verdienen weniger und haben geringere Weiterqualifizierungs- und Aufstiegschancen als Männer, wie jüngst der erste Gleichstellungsbericht der Bundesregierung erneut belegte (vgl. BMFSFJ 2011b, 109ff.).

Mit den wohlfahrtsstaatlichen Konsolidierungsmaßnahmen setzt die konservativ-liberale Regierung den Trend in Richtung eines aktivierenden Wohlfahrtsstaates fort. Mittels Leistungskürzungen werden die Beschäftigungsanreize für Arbeitslose und die Eigenverantwortung der BürgerInnen, z.B. zur privaten Absicherung oder zur Weiterqualifizierung, erhöht. Die gesamte Wohlfahrtsstaatspolitik steht unter dem Primat der Wachstums- und Beschäftigungsförderung, ohne die Folgen für die Bedürftigen zu berücksichtigen. Daher sprechen Heise und Lierse (2011, 13) von einer schleichenden „Ökonomisierung des Sozialen" infolge der wohlfahrtsstaatlichen Konsolidierungspolitik konservativ-liberaler Prägung.

Die Politik der Aktivierung, also der Um- und Abbau des Wohlfahrtsstaates in Richtung Eigenverantwortung und Selbstregulierung sowie Re-Aktivierung subsidiärer Elemente und Re-Privatisierungen ehemals kollektiver Risiken, setzt nicht nur bei den gesellschaftlich Schwächsten an, er verkleinert auch die Spielräume für die wohlfahrtsstaatliche Bearbeitung neuer sozialer Risiken und Problemlagen, die sich aus dem demographischen Wandel, dem Wandel der Ökonomie hin zur Dienstleistungs-, Wissens- und Informationsgesellschaft, dem Wandel der Erwerbsarbeit in Richtung Pluralisierung, Dynamisierung und Prekarisierung sowie aus dem Wandel von Familienformen und Geschlechterverhältnissen im Hinblick auf die Erwerbsbeteiligung von Frauen und Müttern und die Pluralisierung und z.T. Ent-Traditionalisierung von Lebensweisen und Familienformen ergeben (vgl. Kurz-Scherf 2007; Castel/Dörre 2009). Dieser Wandel wird bislang wohlfahrtsstaatlich nicht in ausreichendem Maße berücksichtigt, aufgefangen und abgesichert. Die Aktivierungs- und Ökonomisierungspolitik vollzieht sich in Deutschland, ohne dass die Kernprinzipien des Wohlfahrtsstaates (Wachstumsabhängigkeit, Erwerbszentrierung und Ernährermodell) wirkungsvoll aufgebrochen werden. Wohlfahrtsstaatliche Reformansätze, die die Ehe- und Erwerbszentrierung zumindest lockern, wie der Ausbau sozialer Dienste im Kinderbetreuungs- und im Pflegebereich, die Mindestsicherung im Alter oder die Absicherung unsteter Erwerbsbiographien, sind infolge der Konsolidierungspolitik ins Stocken geraten oder auf Eis gelegt worden. Modelle eines demokratischen Sozialstaats (vgl. Lessenich/Möhring-Hesse 2004), einer Bürgerversicherung (vgl. u.a. Butterwegge 2007) oder eines egalitären Geschlechterregimes und Wohlfahrtsstaates (vgl. Pascall/Lewis 2004; Fraser

1996) können als Ansatzpunkte für eine nachhaltige, geschlechtergerechte und sozial ausgewogene Reform des sozialversicherungsbasierten deutschen Wohlfahrtsstaates dienen. Lessenich und Möhring-Hesse (2004, 3) beispielsweise formulieren das Leitbild eines demokratischen Sozialstaates, dessen Hauptaufgabe es ist, „die materiellen Voraussetzungen allgemeiner Beteiligung in und an der demokratischen Gesellschaft zu gewährleisten". Alle BürgerInnen besitzen das Recht auf sozialstaatliche Unterstützung und gleichzeitig die Pflicht, sich an deren Finanzierung zu beteiligen. Über den Sozialstaat wird soziale Solidarität organisiert und vermittelt. Kern dieses Sozialstaatsleitbilds sind verallgemeinerte Sozialversicherungen mit Mindestsicherungselementen und ein allen zugängliches hochwertiges System sozialer Dienste. Butterwegge (2012, 289ff.) plädiert für eine allgemeine, einheitliche und solidarische Bürgerversicherung. Diese würde sämtliche Versicherungszweige umfassen, die Konkurrenz zwischen gesetzlicher und privater Versicherung beenden und für einen sozialen Ausgleich sorgen, indem alle Einkunftsarten beitragspflichtig und alle WohnbürgerInnen Mitglied wären. Aus feministischer Perspektive ist v.a. die Umverteilung und Aufwertung von Fürsorgearbeit sowie deren soziale Absicherung in Form von bürgerschaftlichen Rechten zentral. Pascall und Lewis (2004, 390) sprechen sich für ein Modell der inklusiven Staatbürgerschaft („inclusive citizenship") mit geteilter Erwerbs- und Fürsorgearbeit aus. Aus Gleichstellungssicht sind die Bereiche Erwerbsarbeit, Fürsorgearbeit, Einkommen, Zeit und politische Partizipation/Macht relevant. Dabei müssen die gleichstellungspolitischen Interventionen auf individueller, Haushalts-, staatlicher und zivilgesellschaftlicher Ebene erfolgen. Ziel ist die Transformation des Eineinhalb-Verdienermodells in ein Zwei-Mal-Dreiviertel-Verdiener-Modell, wobei auch die Qualität der Erwerbsarbeit berücksichtigt werden muss. Sozialpolitisch bedeutet dies, dass „men and women equally need to earn for their own security and should have equal obligation to care for children and others." (Pascall/Lewis 2004, 391).

Die Spielräume für derartige strukturelle Reformen, mit deren Hilfe die Sozialversicherungen ihre Stärken bewahren (solidarischer Ausgleich und Umverteilung, Bedarfsgerechtigkeit, Selbstverwaltung, staatliche Regulierung etc.) und wieder auf eine solide Finanzierungsbasis gestellt werden, sind angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise kleiner geworden. Dies gilt v.a. für notwendige strukturelle Reformen wie den längerfristigen Umbau ehezentrierter Leistungen zu Individualleistungen (bei Bestandsschutz) und den Ausbau mindestsichernder Leistungen, wie einer bedarfsorientierten Grundsicherung, die über die bestehende Grundsicherung im Alter hinausgeht, oder eines (bedarfsorientierten) Grundeinkommens oberhalb des Hartz IV-Niveaus. Arbeitsmarktbezogene

Reformen und Maßnahmen, die sich positiv auf die Finanzsituation der öffentlichen Haushalte im Allgemeinen und der Sozialversicherungen im Besonderen auswirken würden, stellen die Eindämmung des Niedriglohnsektors (Abschaffung der Mini- und Midi-Jobs, Begrenzung von Leiharbeit und Einführung eines Mindestlohns) sowie Lohnerhöhungen oberhalb der Inflationsrate dar. Auch die Reform des Ehegatten-Splittings, die erhebliche finanzielle Mittel freisetzen würde, zählt zu den notwendigen Reformschritten. Derzeit drohen jedoch weitere Sparmaßnahmen und Kürzungen, die v.a. zu Lasten niedriger EinkommensbezieherInnen und Langzeitarbeitsloser gehen, so dass deren gesellschaftliche Integration und Partizipationschancen nachhaltig gefährdet sind.

Literatur

Auth, Diana/Buchholz, Eva/Janczyk, Stefanie (Hg.), 2010: Selektive Emanzipation. Analysen zur Gleichstellungs- und Familienpolitik. Opladen & Farmington Hills.

Brenke, Karl/Rinne, Ulf/Zimmermann, Klaus F., 2010: Kurzarbeit: Nützlich in der Krise, aber nun den Ausstieg einleiten. DIW-Wochenbericht, Jg. 77. Heft 16. http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.355425.de/10-16-1.pdf (Download: 07.11.11).

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), 2011a: Zweiter Zwischenbericht zur Evaluation des Kinderförderungsgesetzes. Bericht der Bundesregierung 2011 nach §24a Abs. 5 SGB VIII über den Stand des Ausbaus für ein bedarfsgerechtes Angebot an Kindertagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren für das Berichtsjahr 2010, Berlin. http://www.bmfsfj.de (Download: 07.11.11).

– (Hg.), 2011b: Neue Wege – Gleiche Chancen. Gleichstellung von Frauen und Männern im Zeitverlauf. Erster Gleichstellungsbericht. Gutachten der Sachverständigenkommission. Berlin. http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Erster-Gleichstellungsbericht-Neue-Wege-Gleiche-Chancen,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf (Download: 07.11.11).

Bundesministerium für Gesundheit (BMG), 2011: Finanzierungsgrundlagen der Gesetzlichen Krankenversicherung. http://www.bmg.bund.de/krankenversicherung/finanzierung/finanzierungsgrundlagen-der-gesetzlichen-krankenversicherung.html (Download: 23.08.11).

Bundesregierung, 2010: Neue Regelungen beim Elterngeld. 26.10.2010. http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2010/11/2010-11-26-elterngeld.html (Download: 23.08.11).

Butterwegge, Christoph, 2012: Krise und Zukunft des Sozialstaates, 4. überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden.

Castel, Robert/Dörre, Klaus (Hg.), 2009: Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts. Frankfurt/New York.

CDU/CSU/FDP, 2009: Wachstum. Bildung. Zusammenhalt. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDF. http://www.cdu.de/doc/pdfc/091026-koalitionsvertrag-cducsu-fdp.pdf (Download: 23.08.11).

Dackweiler, Regina-Maria/Schäfer, Reinhild, 2010: Wohlfahrtsstaatlichkeit und Geschlechterverhältnisse aus feministischer Perspektive – Eine Einleitung. In: Dies. (Hg.): Wohlfahrtsstaatlichkeit und Geschlechterverhältnisse aus feministischer Perspektive. Münster, 7-17.

Deutsche Rentenversicherung (DRV), 2011a: Ausgewählte Einnahmen- und Ausgabenpositionen der allgemeinen Rentenversicherung für 2009 und 2010 in Milliarden Euro. http://www.deutsche-rentenversicherung.de/DRV/de/Navigation/Deutsche_RV/Finanzen/Kennzahlen_Rechengroe%C3%9Fen/einnahme_ausgabepositionen_node.html (Download: 23.08.11).

–, 2011b: Entwicklung der Nachhaltigkeitsrücklage der allgemeinen Rentenversicherung in Monatsausgaben seit 1973. http://www.deutsche-rentenversicherung.de/DRV/de/Navigation/Deutsche_RV/Finanzen/Kennzahlen_Rechengroe%C3%9Fen/entwicklung_nachhaltigkeit_node.html (Download: 23.08.11).

– Bund, 2010: Rentenversicherung in Zeitreihen. http://www.deutsche-rentenversicherung-bund.de/cae/servlet/contentblob/29974/publicationFile/19036/rv_in_zeitreihen_pdf.pdf (Download: 23.08.11).

Deutscher Bundestag, 2011a: BT-Drs. 17/5259 vom 24.03.2011. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Katja Dörner, Ekin Deligöz, Kai Gehring, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Auswirkungen der Kürzungen beim Elterngeld. http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/052/1705259.pdf (Download: 23.08.11).

–, 2011b: BT-Drs. 17/6600 vom 12.08.2011. Gesetzentwurf der Bundesregierung. Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2012 (Haushaltsgesetz 2012). http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/066/1706600.pdf (Download: 14.11.2011).

–, 2010a: BT-Drs. 17/2500 vom 13.08.2010. Gesetzentwurf der Bundesregierung. Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2011 (Haushaltsgesetz 2011). http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/025/1702500.pdf (Download: 23.08.11).

–, 2010b: BT-Drs. 17/3030 vom 27.09.2010. Gesetzentwurf der Bundesregierung. Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2011 (HBeglG 2011). http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/030/1703030.pdf (Download: 23.08.11).

DGB, 2009: Schuldenbremse ökonomisch unsinnig und sozial ungerecht. http://www.dgb.de/themen/++co++9c71edb4-24e0-11df-6d98-001ec9b03e44 (Download: 23.08.11).

Esping-Andersen, Gøsta, 1990: The Three Worlds of Welfare Capitalism. Cambridge.

Fichtner, Ferdinand/Belke, Ansgar/Bernoth, Kerstin/Bremus, Franziska/Brenke, Karl/Dreger, Christian/Steffen, Christoph Große/Hagedorn, Hendrik/Kuzin, Vladimir/

Moshgbar, Nima/Pijnenburg, Katharina/Podstawski, Maximilian, 2011: Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 2011/2012. DIW-Wochenbericht. 78. Jg. Heft 1-2. http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.366195.de/11-1-1.pdf (Download: 23.08.11).

Fraser, Nancy, 1996: Die Gleichheit der Geschlechter und das Wohlfahrtssystem: Ein postindustrielles Gedankenexperiment. In: Nagl-Docekal, Herta/Pauer-Studer, Herlinde (Hg.): Politische Theorie. Differenz und Lebensqualität. Frankfurt/M., 469-498.

Ganßmann, Heiner/Himmelreicher, Ralf K., 2009: Die Krise und die sozialen Sicherungssysteme. WSI-Mitteilungen. 62. Jg. Heft 12, 651-658.

Haushaltsgesetz 2011, 2010: Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2011 vom 22.12.2010. BGBl. I S. 2228. http://www.bundesfinanzministerium.de/nn_105826/DE/BMF__Startseite/Service/Downloads/Abt__II/Bundeshaushalt-gesamt-2011,templateId=raw,property=publicationFile.pdf (Download: 23.08.11).

Heise, Arne/Lierse, Hanna, 2011: Haushaltskonsolidierung und das europäische Sozialmodell. Auswirkungen der europäischen Sparprogramme auf die Sozialsysteme. Studie der FES. Berlin. http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/07890.pdf (Download: 07.11.2011).

Hirsch, Joachim, 1996: Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus. Berlin, Amsterdam.

Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK), 2009: Schuldenbremse ungeeignet zur Konsolidierung der Staatsfinanzen. http://www.boeckler.de/6751_1087.htm (Download: 23.08.11).

Kurz-Scherf, Ingrid, 2007: Soziabilität – auf der Suche nach neuen Leitbildern der Arbeits- und Geschlechterpolitik. In: Aulenbacher, Brigitte u.a. (Hg.): Arbeit und Geschlecht im Umbruch der modernen Gesellschaft. Wiesbaden, 269-284.

Lessenich, Stephan/Möhring-Hesse, Matthias, 2004: Ein neues Leitbild für den Sozialstaat. Eine Expertise im Auftrag der Otto Brenner Stiftung und auf Initiative ihres wissenschaftlichen Gesprächskreises. Berlin. http://www.stephan-lessenich.de/media/Expertise_OBS.pdf (Download: 07.11.2011).

Pascall, Gillian/Lewis, Jane, 2004: Emerging Gender Regimes and Policies for Gender Equality in a Wider Europe. Journal of Social Policy. 33. Jg. Heft 3, 373-394.

Rosemann, Martin/Kirchmann, Andrea, 2010: Wer sind die Betroffenen der Krise? Parallelen und Unterschiede zur vorangegangenen Krise. WSI-Mitteilungen. 63. Jg. Heft 11, 560-568.

Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA), 2011: Arbeitsmarkt in Zahlen. Kurzarbeit – aktuelle Zahlen. Nürnberg. Mai 2011. http://statistik.arbeitsagentur.de/nn_32018/SiteGlobals/Forms/Rubrikensuche/Rubrikensuche_Form.html?view=processForm&resourceId=210368&input_=&pageLocale=de&topicId=20128&year_month=aktuell&year_month.GROUP=1&search=Suchen (Download: 23.08.11).

Statistisches Bundesamt, 2011a: Bruttoinlandsprodukt 2010 für Deutschland. Wiesbaden. http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pk/2011/BIP2010/Pressebroschuere__BIP2010,property=file.pdf (Download: 23.08.11).

–, 2011b: Europäische Union (EU)-Stabilitätspakt. http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Navigation/Statistiken/VolkswirtschaftlicheGesamtrechnungen/EU-Stabilitaetspakt/EUStabilitaetspakt.psml (Download: 23.08.11).

–, 2011c: Arbeitslosenquote aller zivilen Erwerbspersonen: Deutschland/Früheres Bundesgebiet/Neue Länder, Jahre, Geschlecht und weitere Personengruppen. https://www-genesis.destatis.de/genesis/online;jsessionid=A08F2B004B6D702E6CA6A8B395E77885.tomcat_GO_1_1?operation=previous&levelindex=3&levelid=1314677574706&step=3 (Download: 23.08.11).

–, 2011d: Beschäftigungszuwachs 2010 zu großen Teilen von Zeitarbeit getragen. Pressemitteilung Nr. 270 vom 19.07.2011. http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2011/07/PD11__270__132,templateId=renderPrint.psml (Download: 23.08.11).

–, 2011e: Ausführliche Ergebnisse zur Wirtschaftsleistung im 1. Quartal 2011, Pressemitteilung Nr. 197 vom 24.05.2011. http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2011/05/PD11__197__811,templateId=renderPrint.psml (Download: 23.08.11).

–, 2009: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Struktur der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. FS 1 Reihe 4.2.1. Wiesbaden.

Steffen, Johannes, 2011: Arbeitslosigkeit und Rente. Modelle zur Absicherung von Zeiten der Arbeitslosigkeit in der gesetzlichen Rentenversicherung. Bremen. http://www.ak-sozialpolitik.de/dukumente/2011/2011-03-02%20Arbeitslosigkeit%20und%20Rente.pdf (Download: 23.08.11).

Wagner, Gert G./Brenke, Karl, 2011: „Nötig sind kräftige Lohnerhöhungen". DIW nennt neue Daten zur Einkommensentwicklung/Einbußen auch für Beschäftigte mit mittlerem Gehalt. Frankfurter Rundschau. 02.08.2011, 15.

Margit Schratzenstaller

Konsolidierungspolitiken in Deutschland und Österreich – auf Kosten von Frauen?

1. Einleitung

Die 2008 auf Europa übergreifende globale Finanz- und Wirtschaftskrise war und ist für die meisten betroffenen Länder mit erheblichen budgetären Kosten verbunden: Konjunkturpakete, Maßnahmen zur Unterstützung des Finanzsektors („Bankenpakete"), das Wirken „automatischer Stabilisatoren"[1] sowie gestiegene Zinsausgaben aufgrund der zunehmenden Verschuldung belasten die öffentlichen Haushalte. Auch in Deutschland und Österreich sind die budgetären Auswirkungen der Krise beträchtlich: Die in den Jahren 2009 und 2010 umgesetzten Konjunkturpakete erreichten in Deutschland ein Volumen von 3% und in Österreich von 4,2% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) des Jahres 2008 (vgl. Breuss u.a. 2009).[2] Zur Unterstützung der Banken entstanden nach Angaben der Europäischen Kommission für die öffentliche Hand in Deutschland im Zeitraum von 2008 bis 2010 Ausgaben von gut 330 Mrd. € oder 13,5% des BIP von 2008, in Österreich waren es gut 6 Mrd. € oder 2,1% des BIP von 2008.[3] Das Budgetdefizit erreichte daher im Jahr 2010 in Deutschland 4,3% und in Österreich 4,4% des BIP, zwischen 2007 und 2010 stieg der Schuldenstand in Deutschland von 64,9% auf

1 Automatische Stabilisatoren sind konjunkturbedingte Mehr- bzw. Minderausgaben (z.B. Arbeitslosenzahlungen) und Mehr- bzw. Mindereinnahmen bei den konjunkturabhängigen Steuern und Abgaben (z.B. Gewinnsteuern oder Lohnsteuer).

2 Diese Maßnahmen, die die gesamtwirtschaftliche Nachfrage stützen und so den Konjunktureinbruch abfedern sollten, umfassten einerseits Steuersenkungen, die mit entsprechenden Steuerausfällen einhergingen, und andererseits Mehrausgaben, z.B. vorgezogene Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur oder öffentliche Zuschüsse für den Ausbau der Kinderbetreuung oder thermische Sanierung.

3 Dabei handelt es sich einerseits um zeitlich befristete, d.h. von den Banken zurückzuzahlende Eigenkapitalhilfen, die daher die öffentlichen Haushalte nicht dauerhaft belasten, andererseits um verlorene Zuschüsse des Staates an die Banken. Angesichts der jüngst verschärften Eigenkapitalvorgaben ist in näherer Zukunft mit der Notwendigkeit weiterer staatlicher Eigenkapitalhilfen zu rechnen.

83,2% bzw. in Österreich von 60,7% auf 71,8% des BIP. Zwar sind die gesamten budgetären Kosten der Finanz- und Wirtschaftskrise in den betroffenen Ländern nicht exakt zu beziffern. Allerdings sind die Budgetdefizite seit dem Ausbruch der Krise 2008 ebenso wie die seither massiv gestiegene Gesamtverschuldung unmittelbar krisenbedingt. Dies gilt auch für die europäischen „Schuldenkrisenländer" (die so genannten PIIGS-Staaten, Portugal, Irland, Italien, Griechenland, Spanien), unabhängig von dort wirkenden Sonderfaktoren und -entwicklungen, die in diesen Ländern eine bereits ungünstige Ausgangssituation bedingten und aufgrund derer sich diese nun zumindest mittelfristig nicht oder nur schwer aus eigener Kraft der Verschuldungsspirale entziehen können.

Da Deutschland und Österreich (wie auch die überwiegende Mehrheit der EU-Mitgliedsländer) die im Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt festgelegten Verschuldungsobergrenzen (Schuldenquote von 60% des BIP, Budgetdefizit von 3% des BIP) deutlich übersteigen und somit Sanktionen drohen, wurden in beiden Ländern – ebenso wie in den meisten anderen EU-Ländern[4] – Programme zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte verabschiedet, die im Jahr 2011 einsetzten.[5]

Eine detaillierte Erörterung der Ursachen der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie der derzeit herrschenden Staatsschuldenkrise in Europa würde den Rahmen dieses Beitrags sprengen. Es kann nur kurz darauf hingewiesen werden, dass die Verschuldungsprobleme, mit denen eine Reihe von EU-Ländern derzeit konfrontiert sind, auf ebenso vielfältigen wie fundamentalen Ursachen beruhen. Sie sind keineswegs, wie in der aktuellen wirtschaftspolitischen Debatte oft behauptet, primär das Ergebnis einer über Jahrzehnte hinweg unsoliden Haushaltspolitik (Tichy 2011). Zwar existieren zweifellos Ineffizienzen im öffentlichen Sektor (etwa in der öffentlichen Verwaltung oder im Subventionsbereich); auch besteht die Notwendigkeit, die langfristige Tragfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme auch angesichts demographischer Entwicklungen sicherzustellen. Die aktuelle Staatsschuldenkrise in der EU wurzelt jedoch zu einem beträchtlichen Maß

4 Vgl. zu Übersichten (jeweils aus unterschiedlichen Perspektiven) über Volumina und grobe Struktur (einnahmen- versus ausgabenseitige Maßnahmen) der Konsolidierungsmaßnahmen in (ausgewählten) EU-Ländern European Commission (2011) und Theodoropoulou/Watt (2011). Heise/Lierse (2011) betrachten speziell die Implikationen der Konsolidierungsprogramme in sieben ausgewählten EU-Ländern für die Sozialsysteme, vernachlässigen dabei jedoch Genderaspekte völlig.

5 Aufgrund der Verschärfung der EU-Vorgaben zur öffentlichen Verschuldung im Rahmen der jüngst beschlossenen Regelwerke („Sixpack", „Twopack", Fiskalpakt) wurde in Österreich im März 2011 ein zweites Konsolidierungspaket verabschiedet, das im Rahmen dieses Beitrags jedoch nicht berücksichtigt werden kann (vgl. Schratzenstaller 2012).

erstens in den erwähnten budgetären Kosten der Finanz- und Wirtschaftskrise, die die Verschuldungssituation vieler EU-Länder innerhalb nur weniger Jahre deutlich verschlechtert hat. Einen bedeutenden Beitrag leisten *zweitens* die realwirtschaftlichen Ungleichgewichte in der EU sowie die schlechte Wettbewerbsposition der sehr stark betroffenen „Schuldenkrisenländer". *Drittens* ist die Verschärfung der Schuldenkrise in der EU in den letzten Monaten auch Ausdruck einer Vertrauenskrise in die europäischen Institutionen (Horn u.a. 2012) und wurde nicht zuletzt gefördert durch spekulative Aktivitäten, die durch eine nach wie vor unzureichende Regulierung der Finanzmärkte ermöglicht wurden.

Die nachhaltige Bewältigung der europäischen Schuldenkrise muss daher an diesen Ursachen ansetzen und dementsprechend auf mehreren Säulen ruhen: Neben längerfristig angelegten, EU-weit koordinierten Konsolidierungsprogrammen und einem kurzfristig wirksamen „Stabilisierungsmechanismus" („Rettungsschirm") sind dies Maßnahmen zur Stärkung der Wachstums- und Beschäftigungspotenziale, zum Abbau der realwirtschaftlichen Ungleichgewichte, zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der unmittelbaren „Schuldenkrisenländer", zur effektiven Regulierung der Finanzmärkte sowie zur Vergemeinschaftung der Schulden der öffentlichen Haushalte (vgl. Ederer 2011, Aiginger/Schratzenstaller 2012). Die ökonomischen Auswirkungen von Konsolidierungsmaßnahmen sind vor allem in den letzten beiden Jahrzehnten von einer inzwischen recht beachtlichen Zahl empirischer Studien untersucht worden. Dabei liegt der Fokus auf dem langfristigen Erfolg bezüglich der nachhaltigen Sanierung der öffentlichen Haushalte sowie auf den zu erwartenden makroökonomischen Effekten.[6] Genderspezifische Wirkungen, die Konsolidierungspakete (ebenso wie die meisten budgetpolitischen Maßnahmen allgemein) haben dürften, sind dagegen kaum Gegenstand detaillierter Analysen[7] – so wie auch Verteilungseffekte allgemein, die von Konsolidierungsmaßnahmen ausgehen, nur selten untersucht werden.

Die wenigen vorliegenden Untersuchungen zu den genderdifferenzierten Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie der zur Abfederung des Wirtschaftseinbruchs umgesetzten Konjunkturprogramme[8] zeigen, dass Frauen und

6 Vgl. für einen Überblick über einschlägige empirische Studien Pitlik u.a. (2010) sowie Schratzenstaller (2010).

7 Vgl. für eine erste Einschätzung ausgewählter Maßnahmen des österreichischen Konsolidierungspakets aus Genderperspektive Arbeiterkammer (2010).

8 Vgl. Scheele (2009) und Kuhl (2010) aus der deutschen Perspektive mit Blick auf den deutschen Arbeitsmarkt sowie die deutschen Konjunkturprogramme, Mahringer (2009) für den österreichischen Arbeitsmarkt sowie Walby (2009) zu den EU-Konjunkturmaßnahmen.

Männer aufgrund ihrer unterschiedlichen Stellung am Arbeitsmarkt sowie ihrer generellen sozio-ökonomischen Position jeweils unterschiedlich betroffen sind. So stieg beispielsweise die Arbeitslosigkeit der Männer schneller als jene der Frauen, bei denen Beschäftigungsverluste erst mit zeitlicher Verzögerung auftraten. Gleichzeitig kamen die Konjunkturmaßnahmen tendenziell eher den männerdominierten Branchen zugute. Vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Betroffenheit der Geschlechter von der Krise selbst sowie von den zur Abmilderung ihrer realwirtschaftlichen Auswirkungen ergriffenen Konjunkturstützungspaketen ist daher eine gendersensible Ausgestaltung der Konsolidierungsprogramme dringend angezeigt.

Die Analyse von Gleichstellungswirkungen der Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Hand sowie ggf. ihre gleichstellungsförderliche Umstrukturierung sind zentrale Anliegen des so genannten Gender Budgeting. Darunter wird die kontinuierliche Integration der Geschlechterperspektive in alle Phasen des Haushaltsprozesses, von der Planung über die Umsetzung bis zur Kontrolle der öffentlichen Haushalte verstanden (Frey 2010), wobei ein besonderer Schwerpunkt auf der Berücksichtigung der unbezahlten Arbeit[9] liegt. Obwohl inzwischen eine Reihe internationaler rechtlicher und politischer Verpflichtungen zur Umsetzung von Gender Budgeting auf der nationalen Ebene bestehen, ist der Umsetzungsstand von Gender Budgeting in den EU-Mitgliedsstaaten durchaus unterschiedlich. In Deutschland beispielsweise wurde 2007 im Auftrag der Bundesregierung eine Machbarkeitsstudie zu Gender Budgeting durchgeführt (Färber/Dohmen 2007), die jedoch keine weiteren Umsetzungsschritte auf der Bundesebene zur Folge hatte. Die bisher in Deutschland umgesetzten Gender Budgeting-Initiativen beziehen sich auf regional begrenzte Analysen von Teilbereichen der betreffenden öffentlichen Haushalte (Frey 2010). In Österreich wurde die Verpflichtung aller föderalen Ebenen zur Implementierung von Gender Budgeting 2009 in der Bundesverfassung verankert; im Rahmen der zweiten Stufe der Haushaltsrechtsreform des Bundes ist ab 2013 eine Verpflichtung des Bundes zur Durchführung von Gender Budgeting vorgesehen (Klatzer u.a. 2010).

Trotz des beträchtlichen Umfangs der bislang zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in beiden Ländern ergriffenen ausgaben- und einnahmenseitigen Maßnahmen, trotz der bestehenden rechtlichen und politischen Verpflichtungen und obwohl die Erfüllung der Verschuldungsvorgaben der so genannten „Schuldenbremse" weitere Konsolidierungsschritte erfordern wird, ignoriert die Politik bislang jedoch in Deutschland wie in Österreich die Aufforderung des Europäischen Parlaments an die EU-Mitgliedstaaten, „eine gleichstellungspolitische Folgenabschätzung vorzunehmen, bevor sie Sparmaßnahmen auf den Weg bringen, um zu vermeiden, dass Frauen überproportional davon betroffen sein werden" (zitiert in Kuhl 2010). Ebenso wie bei der Konzeption der ersten Welle von Eingriffen der öffentlichen Hand zur Bekämpfung der Krise in Form von Konjunkturpaketen wird in beiden Ländern nun auch auf eine systematische Berücksichtigung und Untersuchung der Gendereffekte der entsprechenden budgetpolitischen Maßnahmen verzichtet.

Der vorliegende Beitrag wirft einen ersten Blick auf die in Deutschland und Österreich umgesetzten Konsolidierungspakete aus der Geschlechterperspektive. Dieser kann allerdings im Wesentlichen nur den Rahmen für eine detaillierte Analyse abstecken, die weiterführenden Studien vorbehalten bleiben muss.

9 Unter unbezahlter Arbeit ist z.B. Betreuungs- und Reproduktionsarbeit, aber auch ehrenamtliche oder inoffizielle/illegale Arbeit zu verstehen.

2. Eine Genderperspektive auf die Konsolidierungsmaßnahmen in Deutschland und Österreich

2.1 Grundsätzliche Überlegungen zu Gender-Effekten von Konsolidierungsmaßnahmen

Gender Budgeting kann aus unterschiedlichen Perspektiven und mit unterschiedlichen Fokussierungen erfolgen, die jeweils ihre eigene Berechtigung, aber auch Grenzen der Aussagekraft haben. So können gendersensible Analysen zeitpunktbezogen einen gegebenen öffentlichen Haushalt oder aber Entwicklungen der Einnahmen und Ausgaben über einen längeren Zeitraum hinweg in den Blick nehmen. Sie können einzelne Maßnahmen oder ganze Maßnahmenpakete untersuchen. Analysen budgetpolitischer Maßnahmen können und sollten unabhängig vom Erkenntnisinteresse prinzipiell sowohl ex ante als auch ex post erfolgen. Sind Diskussion und Berücksichtigung von Genderaspekten ein explizites Anliegen der Politik, so ist bereits in der Planungsphase eine Genderprüfung im Sinne einer Folgenabschätzung durchzuführen, um ggf. vor Abschluss des Planungsprozesses noch Korrekturen an den Maßnahmen vornehmen zu können. In diesem Zusammenhang ist bei einer ex ante-Evaluierung auch von Interesse, inwieweit und weshalb im Laufe des Planungsprozesses Korrekturen an ursprünglichen Planungen vorgenommen wurden: insbesondere bei budgetpolitischen Maßnahmen, die mit Belastungen für einzelne Gruppen bzw. Wirtschaftssektoren einhergehen und bei denen es den entsprechenden Lobbys in unterschiedlichem Maße gelingt, ursprünglich geplante Maßnahmen abzuschwächen oder vollständig abzuwenden[10]

10 Beispiele im Rahmen der deutschen Konsolidierungsmaßnahmen wären etwa der Abbau der Energiesteuervergünstigungen, der im Endeffekt geringer ausfiel als

oder Kompensationsmaßnahmen durchzusetzen. Eine ex ante-Evaluierung zwingt die Politik zudem dazu, etwaige Konflikte mit anderen (wirtschafts-)politischen Zielen sowie die politische Prioritätensetzung offenzulegen. Nach der Umsetzung der geplanten Maßnahmen ermöglicht es eine ex post-Evaluierung, Abweichungen der tatsächlichen von den geplanten Resultaten festzustellen, um ggf. eine Korrektur der Maßnahmen einleiten zu können. Eine ex post-Überprüfung erlaubt es auch, etwaige unerwünschte „Nebenwirkungen" von Maßnahmen zu identifizieren. Sie stellt daher auch die Grundlage für eine Umstrukturierung von budgetpolitischen Maßnahmen dar, sofern deren Wirkungen vor dem Hintergrund der gesetzten (Gender-)Ziele als unbefriedigend empfunden werden.

Die Bildung von Hypothesen zu den genderdifferenzierten Wirkungen von budgetpolitischen Maßnahmen ist vergleichsweise am einfachsten im Bereich der Steuern und Abgaben. Indirekte Steuern (Verbrauchssteuern) sowie Sozialversicherungsbeiträge wirken im Allgemeinen (mit wenigen Ausnahmen) regressiv, d.h. die prozentuale Belastung sinkt bei Verbrauchssteuern in der Regel generell mit steigendem Einkommen (direkt regressiv) bzw. bei Sozialversicherungsbeiträgen oberhalb einer bestimmten Einkommensgrenze (Beitragsbemessungsgrenze) (indirekt regressiv). Direkte Steuern auf die Einkommen der privaten Haushalte (Einkommen- und Lohnsteuer) sind in der Regel progressiv ausgestaltet, die durchschnittliche Steuerbelastung nimmt also mit steigendem Einkommen zu. Ein progressiver Belastungsverlauf ist in der Regel auch bei vermögensbezogenen Steuern gegeben, entweder durch die Gewährung von Freibeträgen (allgemeine persönliche Vermögensteuer, Erbschafts- und Schenkungssteuer) oder durch gestaffelte Steuersätze (Erbschafts- und Schenkungssteuer). Da Männer im Durchschnitt höhere Arbeits- und Kapitaleinkünfte beziehen als Frauen und auch die Vermögen zu ihren Gunsten verteilt sind, werden sie durch progressive Steuern stärker belastet als Frauen, während umgekehrt regressiv wirkende Steuern Frauen überdurchschnittlich betreffen. Relevant für die genderspezifischen Verteilungseffekte sind neben dem Belastungsverlauf der betrachteten Steuer (progressiv, proportional oder regressiv) auch der Anteil an der gesamten Bemessungsgrundlage (z.B. gesamte Arbeits- oder Kapitaleinkommen), der jeweils auf Frauen bzw. Männer entfällt, sowie die geschlechtsspezifische Zusammensetzung der Gruppe der Steuerpflichtigen (z.B. mineralölsteuerpflichtige AutofahrerInnen).

ursprünglich geplant, oder die letztlich wesentlich geringer dimensionierten steuerlichen Maßnahmen zur Beteiligung des Bankensektors an den Kosten der Finanzmarktkrise; vgl. dazu im Detail Abschnitt 2.2.

Steuern und Abgaben beeinflussen darüber hinaus das Erwerbsverhalten von Frauen und Männern, insbesondere die Frauenerwerbstätigkeit sowie die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in der so genannten Reproduktionssphäre und insbesondere die von Frauen verrichtete unbezahlte Arbeit. Dies gilt vor allem für die Einkommensteuer und Sozialversicherungsbeiträge in den unteren Einkommensbereichen im Allgemeinen sowie für Mütter bzw. alleinerziehende Frauen im Besonderen. Denn bei letzteren reagieren Partizipationsentscheidung sowie das Ausmaß des Arbeitsangebots – wie einschlägige empirische Studien mehrheitlich zeigen[11] – relativ sensibel auf die Belastung mit lohnabhängigen Abgaben. Da der Umfang des Erwerbsarbeitsangebots und das Ausmaß der unbezahlten Arbeit vor allem bei Frauen (aber durchaus auch bei Männern) in engem (negativem) Zusammenhang stehen, kann davon ausgegangen werden, dass eine steuerliche Maßnahme, die das Erwerbsarbeitsangebot von Frauen reduziert, gleichzeitig das Volumen der von Frauen verrichteten unbezahlten Arbeit bzw. ihren Anteil am Gesamtvolumen der unbezahlten Arbeit erhöht und Männer entsprechend entlastet. Umgekehrt kann davon ausgegangen werden, dass Maßnahmen, die das Erwerbsarbeitsangebot von Männern erhöhen oder in seiner zeitlichen Struktur an betriebliche Belange anpassen, das Volumen der von Männern verrichteten unbezahlten Arbeit bzw. ihren Anteil am Gesamtvolumen der unbezahlten Arbeit entsprechend verringern und Frauen entsprechend belasten.

Die Formulierung von Hypothesen zu den Gleichstellungswirkungen von ausgabenseitigen Maßnahmen ist in einer generalisierenden Form wesentlich schwieriger. Es können aber doch einige grundlegende Zusammenhänge als – auch durch empirische Forschung – gesichert angesehen werden. So ist ein quantitativ wie qualitativ ausreichendes Angebot an Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen (d.h. Sachleistungen), das die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und familiären Beanspruchungen ermöglicht, generell der Frauenerwerbstätigkeit förderlich. Da das zu leistende Ausmaß an unbezahlter Arbeit verringert wird, können Betreuungseinrichtungen einen Beitrag zur gleichmäßigeren Verteilung der unbezahlten Arbeit zwischen den Geschlechtern leisten. Pauschale monetäre Sozialleistungen haben aus Frauensicht positive Verteilungseffekte (zumindest dann, wenn sie unabhängig vom Partnereinkommen gewährt werden), weil sie bei den unteren Einkommensschichten einen wesentlichen Teil des gesamten verfügbaren Einkommens ausmachen. Vor allem im Haushaltskontext können sie allerdings auch das Arbeitsangebot von Frauen verringern und den Anteil der Frauen an der im Haushalt geleisteten unbezahlten Arbeit erhöhen. Bedarfsge-

11 Vgl. für einen ausführlichen Überblick Meghir/Philipps (2008).

prüfte monetäre Sozialleistungen verbessern gezielt die Einkommenssituation von geringen Einkommen – und damit überdurchschnittlich häufig von (alleinstehenden) Frauen. Von einkommensabhängigen Sozialleistungen (also solchen, die als Einkommensersatzleistungen als Prozentsatz des vorherigen Erwerbseinkommens gewährt werden, wie etwa das Elterngeld) profitieren dagegen die in den oberen Einkommensbereichen überdurchschnittlich vertretenen Männer stärker. Einkommensabhängige Sozialleistungen können gleichzeitig die Erwerbstätigkeit von Frauen unterstützen, da diese Voraussetzung für die Inanspruchnahme ist. Die Verteilungswirkungen von Sachleistungen der öffentlichen Hand (neben den erwähnten Betreuungseinrichtungen beispielsweise Gesundheitsleistungen oder Freizeiteinrichtungen) hängen auch aus Genderperspektive von den Bedingungen der Inanspruchnahme ab: Eine generell unentgeltliche Benutzung bzw. nach Einkommenshöhe gestaffelte Nutzungsentgelte kommen vor allem den unteren Einkommen und damit den Frauen zugute; sie würden daher umgekehrt durch die Reduktion des Angebots an solchen Sachleistungen bzw. die Einführung oder Erhöhung von Nutzungsentgelten besonders stark belastet.

Über diese sehr allgemeinen Wirkungszusammenhänge hinaus müssen die spezifischen verteilungs- und beschäftigungspolitischen Wirkungen einzelner ausgabenseitiger Maßnahmen jeweils im Einzelfall betrachtet werden. Eine umfassende Analyse von Einsparungen oder Erhöhungen in einzelnen Ausgabenbereichen hätte jedenfalls sowohl direkte Effekte (Inanspruchnahme der gewährten monetären Leistungen bzw. angebotenen öffentlichen Leistungen durch Männer und Frauen, Effekte auf die geschlechtsspezifische Einkommensverteilung) als auch indirekte Effekte (Auswirkungen auf die geschlechtsspezifische Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit; direkte Beschäftigungseffekte, z.B. Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst oder im Pflegebereich und die damit verbundenen Einkommenseffekte sowie Auswirkungen auf die soziale Absicherung) zu berücksichtigen.[12]

2.2 Überblick über die Konsolidierungsmaßnahmen in Deutschland und Österreich

In Deutschland und in Österreich wurden im Lauf des Jahres 2010 Konsolidierungsprogramme beschlossen, die jeweils primär unbefristete Abgabenerhöhungen bzw. Ausgabenkürzungen vorsehen.

12 Vgl. grundsätzlich zu den Dimensionen und Ansatzpunkten einer Wirkungsanalyse von Ausgabenkürzungen Mayrhuber u.a. (2006).

Übersicht 1 enthält für die Jahre 2011 und 2012[13] die Mehreinnahmen und Minderausgaben aufgrund der Konsolidierungsmaßnahmen in Deutschland. Insgesamt wird das Konsolidierungsvolumen für 2011 mit 18,5 Mrd. € (0,7% des BIP) beziffert, 2012 soll es 25,9 Mrd. € (1% des BIP) erreichen. 2011 überwogen mit einem Anteil von knapp 62% Abgabenerhöhungen, 2012 teilt sich das Gesamtkonsolidierungsvolumen etwa hälftig in einnahme- und ausgabenseitige Maßnahmen auf. Bei den Abgabenerhöhungen ist die umfangreichste Einzelmaßnahme die Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge um 0,6 Prozentpunkte, gefolgt von der Anhebung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um 0,2 Prozentpunkte; insgesamt tragen die Beitragserhöhungen 2012 mit gut 60% zu den gesamten Abgabenerhöhungen bei. Die in der öffentlichen Debatte wesentlich umstritteneren und nach langen Auseinandersetzungen mit den entsprechenden Branchenvertretungen auch teilweise niedriger als ursprünglich geplant angesetzten neuen Steuern für die Atomindustrie (Kernbrennstoffsteuer, 1,3 Mrd. € statt ursprünglich 2,3 Mrd. €) und den Bankensektor (Bankenabgabe, 1 Mrd. € statt ursprünglich 2 Mrd. €), die Luftverkehrsabgabe (1 Mrd. €), der Abbau von Vergünstigungen bei Energie- und Stromsteuer (600 Mio. € statt ursprünglich 1,5 Mrd. €) und die Erhöhung der Tabaksteuer (500 Mio. €) erbringen demgegenüber deutlich geringere Zusatzeinnahmen.

Die Ausgabeneinsparungen setzen sich aus sehr konkreten Maßnahmen (Kürzung von Elterngeld, Arbeitslosen- und Sozialhilfezahlungen, Eingriffe in die Rentenformel) und nicht näher spezifizierten Kürzungen (bei Verwaltungsausgaben, disponiblen Ausgaben, im Gesundheitsbereich und auf Länder- und Gemeindeeben) zusammen, wobei letztere mit 60% den größeren Anteil ausmachen.

Die österreichische Bundesregierung einigte sich im Oktober 2010 auf ein ebenfalls den Zeitraum 2011 bis 2014 umfassendes Konsolidierungspaket für den Bundeshaushalt, dessen Einzelpositionen in Übersicht 2 enthalten sind. Das Konsolidierungsvolumen soll von gut 2,6 Mrd. € (0,9% des BIP) 2011 auf etwa 4,8 Mrd. € (1,5% des BIP) 2014 steigen und für den gesamten Vierjahreszeitraum knapp 15,5 Mrd. € erreichen. Ausgabeneinsparungen machen jeweils gut die Hälfte des gesamten Konsolidierungsvolumens aus. Sämtliche Bundesministerien sind von Ausgabenkürzungen betroffen; die „Zukunftsressorts" Bildung, Wissenschaft und Forschung hatten allerdings unterdurchschnittliche Konsolidierungsvor-

13 Die Konsolidierungspakete beider Länder sind grundsätzlich auf vier Jahre (2011 bis 2014) angelegt, da jedoch für Deutschland für einige Positionen nur Angaben für die Jahre 2011 und 2012 vorliegen, erfolgt hier eine Beschränkung auf diese beiden Jahre.

Übersicht 1: Konsolidierungsmaßnahmen[1)] in Deutschland, 2011 und 2012, in Mio. €

Maßnahme	2011	2012
Abgabenerhöhungen	***11.400***	***12.400***
Einführung einer Luftverkehrsabgabe	1.000	1.000
Abbau von Vergünstigungen bei der Energie- und der Stromsteuer	800	600
Einführung einer Kernbrennstoffsteuer	1.000	1.300
Erhöhung der Tabaksteuer	200	500
Einführung einer Bankenabgabe	500	800
Verpflichtung der Deutschen Bahn AG zur Auszahlung einer Bahndividende	500	500
Erhöhung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um 0,2 %-Punkte	1.800	1.900
Anhebung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Krankenversicherung um 0,6 %-Punkte	5.600	5.800
Ausgabensenkungen	***7.100***	***13.500***
Reduktion des Elterngeldes	700	700
Kürzung der Verwaltungsausgaben	800	800
Wegfall des befristeten Zuschlags beim Übergang von ALG I in ALG II	200	200
Wegfall der Heizkostenkomponente beim Wohngeld	100	300
Ersatz von Pflicht- durch Ermessensleistungen (SGB II und SGB III)	1.000	2.000
Einsparungen bei disponiblen Ausgaben	1.500	2.500
Eingriffe in die Rentenformel	-1.500	2.200
Umsetzung von Einsparmaßnahmen im Gesundheitssektor	3.000	3.000
Diskretionäre Maßnahmen von Länder und Gemeinden[2)]	1.300	1.800
Insgesamt	**18.500**	**25.900**
Anteil ausgabenseitiger Maßnahmen in %	**38**	**52**
Insgesamt, im Verhältnis zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in %	**0,7**	**1,0**

Quelle: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2011); eigene Zusammenstellung.

1) „Zukunftspaket" vom Juni 2010 sowie weitere Abgabenerhöhungen (Erhöhung von Sozialversicherungsbeiträgen) und Einsparmaßnahmen (Eingriffe in die Rentenformel, Einsparmaßnahmen im Gesundheitssektor, diskretionäre Maßnahmen von Ländern und Gemeinden). – 2) Überwiegend Einsparungen; ein kleinerer Teil der Konsolidierungsmaßnahmen besteht aus Abgabenerhöhungen (Erhöhung der Grunderwerbsteuer in einigen Bundesländern und Abgabenerhöhungen in vielen Gemeinden).

gaben. Der Bereich Soziales erbringt etwa die Hälfte des Konsolidierungsvolumens. Dabei finden die umfangreichsten Kürzungen im Bereich Pensionen (zur Reduktion des Bundeszuschusses an die Pensionsversicherung) sowie monetäre Familienleistungen statt (vgl. Schratzenstaller 2011). Die Mehreinnahmen aus den Steuererhöhungen fließen über den Steuerverbund sowohl an den Bund als auch an Länder und Gemeinden.

Nachdem im Dezember 2011 eine so genannte „Schuldenbremse" nach deutschem Vorbild (vgl. Kastrop u.a. 2010) beschlossen wurde, wonach das strukturelle (also konjunkturbereinigte) Budgetdefizit von derzeit gut 3% des BIP bis Ende 2016 auf 0,45% des BIP sinken und danach diesen Wert grundsätzlich nicht mehr überschreiten soll, sollen bis Ende 2016 kumuliert weitere 27,8 Mrd. € konsolidiert werden (vgl. Schratzenstaller 2012).

Bei einem Vergleich der allgemeinen Charakteristika der beiden Konsolidierungspakete fällt Folgendes auf:

Erstens fokussiert das deutsche Konsolidierungsprogramm sowohl einnahme- als auch ausgabenseitig auf eine relativ geringe Anzahl von Positionen, während das österreichische Konsolidierungsprogramm wesentlich breiter angelegt ist und sich das gesamte Konsolidierungsvolumen aus einer größeren Zahl von Maßnahmen mit jeweils einem geringeren Anteil am Gesamtvolumen speist. Dies gilt einmal für die Ausgabenseite, wo die Einsparungen nach einer differenzierten „Rasenmähermethode" vorgenommen worden sind: Sämtliche Ressorts des Bundes müssen Einsparungen erbringen, wobei die prozentualen Einsparvorgaben für die „Zukunftsressorts" (Bildung, Wissenschaft, Forschung) unterdurchschnittlich sind und mit Ausnahme des Bildungsbereichs (Schulen) durch Zusatzausgaben im Rahmen eines so genannten Offensivpakets (siehe dazu weiter unten) überkompensiert werden. Aber auch der Katalog an steuerlichen Maßnahmen ist in Österreich länger und weniger auf spezifische Branchen fokussiert. Das bedeutet ganz allgemein, dass die Einsparungen in Österreich im Vergleich zu Deutschland einen breiteren AdressatInnenkreis treffen, d.h. auch breiter verteilt und weniger auf bestimmte Gruppen konzentriert sind.

Zweitens ist der Konsolidierungsbeitrag des Sozialbereichs in Österreich mit gut der Hälfte der Ausgabensenkungen geringer als in Deutschland, wo sich der Beitrag dieses Bereichs zu den Ausgabeneinsparungen auf über 60% beläuft (vgl. auch Auth in diesem Band). Gleichzeitig trifft hier ein beträchtlicher Teil der Einsparungen im Sozialbereich die EmpfängerInnen von Arbeitslosenhilfe, während in Österreich die BezieherInnen von Arbeitslosenzahlungen vollkommen ausgespart werden; dafür bleibt in Deutschland der Bereich der Pflegegeldleistungen verschont.

Übersicht 2: Konsolidierungsmaßnahmen in Österreich, 2011 und 2012, in Mio. €

Maßnahme	2011	2012
Abgabenerhöhungen	***1.235***	***1.841***
Einführung einer Bankenabgabe	500	500
Einführung einer Flugticketabgabe	60	90
Einführung einer Kapitalertragsteuer auf Veräußerungsgewinne	0	50
Erhöhung des Zwischensteuersatzes bei Stiftungen von 12,5% auf 25%	50	50
Besteuerung von Liegenschaftsgewinnen juristischer Personen als Stifter	0	30
Abschaffung des Zinsenabzugs bei Anschaffungen von Beteiligungen im Konzern	0	200
Umsatzsteuermehreinnahmen aus Erhöhung von Verbrauchssteuern	66	66
Umsatzsteuermehreinnahmen aus Einführung des Reverse-Charge-Systems für Reinigungsunternehmen	17	20
Abschaffung der Energieabgabenvergütung für Dienstleistungsunternehmen	0	100
Einführung eines CO2-Zuschlags bei der Normverbrauchsabgabe	25	25
Erhöhung der Tabaksteuer	100	150
Einführung eines CO2-Zuschlags bei der Mineralölsteuer	417	470
Abschaffung des Alleinverdienerabsetzbetrags für Steuerpflichtige ohne Kinder	100	100
Betrugsbekämpfungspaket	100	200
Steuersenkungen zur Abfederung[1)]	-200	-210
Ausgabensenkungen	***1.409***	***1.981***
Recht und Sicherheit	211	350
Arbeit	120	146
Soziales und Konsumentenschutz (v.a. Kürzung Pflegegeld Pflegestufen 1 und 2)	86	140
Sozialversicherung (v.a. Bundeszuschuss zur Pensionsversicherung; mäßige Erhöhung ASVG-Pensionen, Reform Invaliditätspensionen, Aussetzung Pensionsanpassung im 1. Jahr, Aliquotierung Sonderzahlung Pensionen im 1. Jahr, Senkung der Hebesätze für Krankenversicherung der Pensionisten)	283	317
Pensionen für ehemalige Bundesbedienstete und Landeslehrer	41	54
Gesundheit	29	47
Familie und Jugend (v.a. Einschränkung Familienbeihilfe 13. Monatsbezug, Streichung Familienbeihilfe nach Berufsausbildung, für arbeitsuchende Kinder und für Studierende ab dem 24. Lebensjahr, Senkung Mehrkindzuschlag zur Familienbeihilfe)	289	322
Unterricht, Kunst und Kultur (Auswirkungen prognostizierte Schülerzahlentwicklung, Redimensionierung Schulentwicklungsprogramm)	112	180
Wissenschaft und Forschung (einschließlich Universitäten)	40	74
Wirtschaft	14	23
Verkehr, Innovation und Technologie (v.a. Einschränkung der Investitionen in die ÖBB-Infrastruktur)	76	131
Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	31	49
Umwelt	29	48
Bundesvermögen (v.a. Zinsen)	40	71
Insgesamt	**2.644**	**3.822**
Anteil ausgabenseitiger Maßnahmen in %	**53**	**52**
Insgesamt, im Verhältnis zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in %	**0,9**	**1,3**

Quelle: Schratzenstaller (2011), eigene Zusammenstellung. – 1) Erhöhung der Pendlerpauschale, Abschaffung der Kreditvertragsgebühr, Senkung der KFZ-Steuer für Spediteure.

Drittens ist der Beitrag von Maßnahmen zur Erhöhung der Einnahmen der öffentlichen Hand in beiden Konsolidierungspaketen zumindest in den ersten beiden Jahren relativ hoch: In Deutschland tragen Steuer- und Abgabenerhöhungen bzw. die Einführung neuer Steuern 2011 mit 62% und 2012 mit immerhin noch 48% zum gesamten Konsolidierungsvolumen bei, in Österreich beläuft sich ihr Anteil in beiden Jahren auf knapp die Hälfte der gesamten Konsolidierungsmaßnahmen.

Viertens unterscheidet sich die Struktur der Abgabenerhöhungen deutlich. In Deutschland machen im Jahr 2012 Umweltsteuern 23% bzw. Verbrauchssteuern (einschließlich Umweltsteuern) 27% und Sozialversicherungsbeitragserhöhungen 62% der Abgabenerhöhungen aus; höhere Steuern auf Vermögen und für Unternehmen tragen mit 10% bei. In Österreich setzen sich die Steuererhöhungen zu 34% aus Umweltsteuern bzw. zu 47% aus Verbrauchssteuern (einschließlich Umweltsteuern) und zu 37% aus Steuern auf Vermögen und Unternehmen zusammen.

Eine Betrachtung nach AdressatInnen zeigt, dass *fünftens* im deutschen Konsolidierungspaket mit gut 56% ein größerer Anteil von Maßnahmen enthalten ist, die eindeutig und direkt private Haushalte betreffen; im österreichischen Konsolidierungspaket beträgt dieser Anteil knapp 50%.[14]

14 Dabei ist dieser Anteil überschätzt, weil ein nicht quantifizierbarer Teil der Erhöhung von Normverbrauchsabgabe und Mineralölsteuer ebenso wie der Umsatzsteuermehreinnahmen aus der Erhöhung der Verbrauchssteuern auf die Unternehmen entfällt.

Im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung fällt *sechstens* die Konsolidierung in Österreich umfangreicher aus als in Deutschland: Das Konsolidierungsvolumen steigt in Österreich von 0,9% des BIP 2011 auf 1,3% 2012, in Deutschland nimmt es von 0,7% auf 1% des BIP zu.

Siebtens haben beide Länder neben den Konsolidierungsmaßnahmen auch zusätzliche Ausgaben in „Zukunftsbereichen" beschlossen. So plant die deutsche Bundesregierung Mehrausgaben in den Bereichen Bildung, Forschung und Entwicklung in Höhe von insgesamt 12 Mrd. € im Zeitraum 2011 bis 2013, die österreichische Bundesregierung will zwischen 2011 und 2015 für Bildung, Universitäten, Forschung und Entwicklung sowie thermische Sanierung kumuliert 1,8 Mrd. € zusätzlich ausgeben. Die kumulierten Beträge belaufen sich für Deutschland auf 0,5% und für Österreich auf 0,6% des nominellen BIP für 2011.

Beim Vergleich der Konsolidierungspakete Deutschlands und Österreichs ist bei der hier angestellten, notgedrungen relativ oberflächlichen Betrachtung am auffälligsten, dass die Maßnahmen in Österreich breiter angelegt zu sein scheinen (sowohl bezüglich ihrer Art und Struktur als auch der betroffenen Gruppen bzw. Branchen) als in Deutschland. Auf die möglichen Ursachen hierfür (Große Koalition in Österreich versus christlich-liberale Koalition in Deutschland; stärkere korporatistische Strukturen in Österreich; Differenzen in der Wirtschaftsstruktur; unterschiedlicher Einfluss von Lobbygruppen und Partikularinteressen, etc.) kann an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden. Es bedürfte tiefergehender Analysen, um ausgehend von den obigen Beobachtungen bestimmte länderspezifisch unterschiedliche Konsolidierungs- bzw. Politikstrategien, die ihren Ausfluss in den unterschiedlichen Strukturen der Konsolidierungspakete finden, identifizieren und erklären zu können.

2.3. Eine erste Einschätzung der steuerlichen Konsolidierungsmaßnahmen in Deutschland und Österreich aus Frauensicht

Der Rahmen dieses Beitrags lässt eine umfassende Beurteilung der Wirkungen der in Deutschland und Österreich ergriffenen Konsolidierungsmaßnahmen aus Genderperspektive nicht zu. Ressourcenbeschränkungen erfordern eine Beschränkung auf eine erste, qualitative Einschätzung. Dabei liegt der Fokus auf Maßnahmen im Steuer- und Abgabenbereich, da eine Evaluierung der ausgabenseitigen Maßnahmen ohne detaillierte Informationen über die Ausgestaltung der einzelnen Maßnahmen und ihre Einbettung in die bestehenden sozioökonomischen Rahmenbedingungen für Männer und Frauen nicht möglich ist. Aus demselben Grund muss auf eine nähere Betrachtung der in beiden Ländern

umgesetzten Offensivmaßnahmen, d.h. der zusätzlichen Ausgaben in Zukunftsbereichen, verzichtet werden. Angesichts der beträchtlichen quantitativen Bedeutung der Steuer- und Abgabenerhöhungen in den Konsolidierungspaketen beider Länder kann allerdings mit ihrer Betrachtung schon ein wesentlicher Bestandteil des gesamten Konsolidierungsvolumens abgedeckt werden.

Die hier vorgenommene Einschätzung der steuerlichen Konsolidierungsmaßnahmen in Deutschland und Österreich aus Gender- bzw. Frauensicht muss auf der Grundlage von Plausibilitätsüberlegungen bzw. allgemein bekannter stilisierter Fakten hinsichtlich der geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Verteilung von Einkommen und Vermögen sowie von bezahlter und unbezahlter Arbeit erfolgen. In diesem ersten Ansatz wird eine grobe Einschätzung der Wirkungen der einzelnen Maßnahmen auf die geschlechtsspezifische Einkommens- bzw. Vermögensverteilung, die Frauenerwerbstätigkeit sowie die geschlechtsspezifische Verteilung der unbezahlten Arbeit (mit Fokus auf die care-Arbeit, d.h. Haus-, Betreuungs- und Pflegearbeit) unternommen. Dabei werden die Maßnahmen in vier Kategorien eingeteilt: solche mit positiven Effekten für Frauen bzw. einer stärkeren Betroffenheit der Männer, solche mit negativen Effekten für Frauen, solche mit neutralen Effekten für Frauen, und solche, deren Effekte für Frauen ex ante ohne eine weiterführende Untersuchung unklar sind. Dann werden die Volumina der betreffenden Maßnahmen jeweils ins Verhältnis zum Gesamtvolumen der steuerlichen Konsolidierungsmaßnahmen bzw. zum gesamten Konsolidierungsvolumen gesetzt.

Eine quantitative Unterlegung der im Folgenden unternommenen ersten Einschätzung der Wirkungen der steuerlichen Konsolidierungsmaßnahmen aus Frauensicht müsste auf der Grundlage geeigneter methodischer Ansätze (etwa Mikrosimulationsmodelle, die die Auswirkungen von steuerlichen Maßnahmen auf das Arbeitsangebot von Frauen und Männern, die Arbeitsteilung in der Familie, die Nettoeinkommen etc. ermitteln) vorgenommen werden. Konkrete verteilungspolitische Analysen steuerlicher Maßnahmen erfordern detaillierte Daten zur gegebenen länderspezifischen Ausgangssituation hinsichtlich der Anteile von Männern und Frauen an der besteuerten Bemessungsgrundlage (Einkommen, Vermögen, Konsum, etc.) sowie zu deren personellen Verteilung jeweils innerhalb der Gruppe der Frauen bzw. Männer. Weiterführende Analysen hätten zudem die einzelnen Maßnahmen in Relation zum Gesamtkontext zu setzen: So wäre die allgemeine geschlechtsspezifische Ausgangssituation in den betreffenden Politikbereichen einschließlich bestehender Defizite aus Gleichstellungssicht (etwa durch Bedarfsanalysen ermittelte Lücken im bestehenden Angebot einer öffentlichen Leistung sowie ein sich daraus ergebender Ausgabenbedarf oder

problematische Gleichstellungswirkungen bestehender steuerlicher Regelungen, Stichwort Ehegattensplitting in Deutschland) darzustellen. Auch wäre der Umfang der Veränderung einzelner Budgetposten zu ermitteln; etwa die durch eine Steuererhöhung bewirkte prozentuale Veränderung des gesamten Aufkommens aus der betreffenden Steuer oder die prozentuale Kürzung bestimmter Ausgabenposten. Nicht zuletzt wären sämtliche Schritte im Budgetprozess in die Untersuchung mit einzubeziehen: angefangen mit der ursprünglichen Planung über die endgültige Planung bis hin zur tatsächlichen Umsetzung.

2.3.1 Die steuerlichen Maßnahmen im deutschen Konsolidierungspaket aus Frauensicht

Ausgehend von den oben formulierten allgemeinen Hypothesen zu den Wirkungen der 2011 in Deutschland umgesetzten Erhöhungen von Steuern und Abgaben kann grob festgestellt werden, dass etwa drei Viertel davon Frauen stärker treffen als Männer, da sie eine direkt regressive (Luftverkehrsabgabe, Tabaksteuer) bzw. indirekt regressive (Sozialversicherungsbeiträge) Wirkung entfalten. Zu den aus Frauensicht nachteiligen Verteilungswirkungen der Sozialversicherungsbeiträge, die mit über 60% zu den gesamten Abgabenerhöhungen beitragen, kommen deren dämpfender Einfluss auf die Frauenerwerbstätigkeit sowie – damit verbunden – negative Anreizeffekte bezüglich einer gleichmäßigeren Verteilung der unbezahlten Arbeit zwischen den Geschlechtern hinzu.

Bezogen auf das gesamte für 2012 geplante Konsolidierungsvolumen machen die steuerlichen Maßnahmen, die aus Frauensicht negative Verteilungswirkungen haben, knapp 36% aus. Die steuerlichen Änderungen mit zu erwartenden negativen Effekten auf die Frauenerwerbstätigkeit und auf den Anteil der von Frauen übernommenen unbezahlten Arbeit belaufen sich auf knapp 30% des gesamten Konsolidierungsvolumens (s. Übersicht 4).

2.3.2 Die steuerlichen Maßnahmen im österreichischen Konsolidierungspaket aus Frauensicht

Das österreichische Konsolidierungspaket unterscheidet sich vom deutschen zunächst dadurch, dass es einen relativ geringen Anteil an Steuer- und Abgabenerhöhungen aufweist, die negative Verteilungswirkungen aus Frauensicht haben (vgl. Übersicht 4): Das liegt einerseits daran, dass die österreichischen Konsolidierungsmaßnahmen keine Erhöhungen von indirekt regressiv wirkenden Sozialversicherungsbeiträgen enthalten und der Beitrag von Verbrauchssteuererhöhungen relativ gering ist. Andererseits dürfte ein beträchtlicher Anteil der

Übersicht 3: Steuerliche Konsolidierungsmaßnahmen in Deutschland aus Frauensicht

Maßnahme	Volumen absolut in Mio. €	In % der Abgaben-erhöhungen	Verteilung von Einkommen/ Vermögen	Frauenerwerbs-tätigkeit	Verteilung der unbezahlten Arbeit
Abgabenerhöhungen	***12.400***	***100***			
Einführung einer Luftverkehrsabgabe	1.000	8,1	-	0	0
Abbau von Vergünstigungen bei der Energie- und der Stromsteuer	600	4,8	0	0	0
Einführung einer Kernbrennstoffsteuer	1.300	10,5	0	0	0
Erhöhung der Tabaksteuer	500	4,0	-	0	0
Einführung einer Bankenabgabe	800	6,5	?	0	0
Verpflichtung der Deutschen Bahn AG zur Auszahlung einer Bahndividende	500	4,0	0	0	0
Erhöhung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um 0,2 %-Punkte	1.900	15,3	-	-	-
Anhebung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Krankenversicherung um 0,6 %-Punkte	5.800	46,8	-	-	-
Maßnahmen mit negativen Wirkungen für Frauen in % der gesamten Abgabenerhöhungen			74,2	62,1	62,1

Q: Eigene Zusammenstellung.
(+) Positive Effekte für Frauen bzw. stärkere Betroffenheit der Männer. (-) Negative Effekte für Frauen bzw. stärkere Betroffenheit der Frauen. (0) Neutrale geschlechtsspezifische Effekte. (?) Geschlechtsspezifische Effekte ohne genauere Untersuchung ex ante unklar.

Übersicht 4: Steuerliche Konsolidierungsmaßnahmen in Österreich aus Frauensicht

Maßnahme	Volumen absolut in Mio. €	In % der Abgaben-erhöhungen	Verteilung von Einkommen/ Vermögen	Frauen-erwerbs-tätigkeit	Verteilung der unbezahl-ten Arbeit
Abgabenerhöhungen	***1.886***	***100***			
Einführung einer Bankenabgabe	500	26,5	?	0	0
Einführung einer Flugticketabgabe	90	4,8	-	0	0
Einführung einer Kapitalertragsteuer auf Veräußerungsgewinne	50	2,7	+	0	0
Erhöhung des Zwischensteuersatzes bei Stiftungen von 12,5% auf 25%	50	2,7	?	0	0
Besteuerung von Liegenschaftsgewinnen juristischer Personen als Stifter	30	1,6	?	0	0
Abschaffung des Zinsenabzugs bei Anschaffungen von Beteiligungen im Konzern	200	10,6	0	0	0
Umsatzsteuermehreinnahmen aus Erhöhung von Verbrauchssteuern	66	3,5	+	0	0
Umsatzsteuermehreinnahmen aus Einführung des Reverse-Charge-Systems für Reinigungsunternehmen	20	1,1	0	0	0
Abschaffung der Energieabgabenvergütung für Dienstleistungsunternehmen	100	5,3	0	0	0
Einführung eines CO2-Zuschlags bei der Normverbrauchsabgabe	25	1,3	+	0	0
Erhöhung der Tabaksteuer	150	8,0	-	0	0
Einführung eines CO2-Zuschlags bei der Mineralölsteuer	470	24,9	+	0	0
Abschaffung des Alleinverdienerabsetzbetrags für Steuerpflichtige ohne Kinder	100	5,3	+	+	+
Betrugsbekämpfungspaket	200	10,6	?	?	?
Steuersenkungen zur Abfederung[1)]	-210	-1,6[2)]	-	0	0
Maßnahmen mit negativen Wirkungen für Frauen in % der gesamten Abgabenerhöhungen			14,6	0	0

Q: Eigene Zusammenstellung.

(+) Positive Effekte für Frauen bzw. stärkere Betroffenheit der Männer. (-) Negative Effekte bzw. stärkere Betroffenheit der Frauen. (0) Neutrale Effekte. (?) Effekte ohne genauere Untersuchung ex ante unklar. 1) Erhöhung der Pendlerpauschale, Abschaffung der Kreditvertragsgebühr, Senkung der KFZ-Steuer für Spediteure. – 2) Berücksichtigt ist hier nur die Erhöhung der Männer stärker begünstigenden Pendlerpauschale.

Verbrauchssteuererhöhungen Männer stärker belasten als Frauen. Nur 13% der Steuer- und Abgabenerhöhungen (Flugticketabgabe und Tabaksteuer) wirken eindeutig regressiv und damit aus Frauensicht verteilungspolitisch problematisch. Berücksichtigt man die zur Kompensation der Mineralölsteuererhöhung durchgeführte Erhöhung der Pendlerpauschale (Entlastungsvolumen 30 Mio. €), die Männer aufgrund ihrer im Durchschnitt höheren Einkommen stärker entlastet als Frauen, addieren sich die mit aus Frauensicht ungünstigen Verteilungseffekten behafteteten steuerlichen Maßnahmen auf 14,6% des gesamten steuerlichen Konsolidierungsvolumens. Die Erhöhung von Mineralölsteuer und Normverbrauchsabgabe dürfte Männer, die anteilsmäßig mit mehr Kraftfahrzeugen ausgestattet sind, die zudem verbrauchsstärker sind (und deren Anschaffung bzw. Nutzung daher steuerlich höher belastet wird), dagegen stärker treffen als Frauen. Dasselbe gilt vor dem Hintergrund der zu vermutenden ungleichen geschlechtsspezifischen Verteilung von Vermögen und Vermögenserträgen für die Einführung einer pauschalen Kapitalertragsteuer von 25% auf Gewinne aus der Veräußerung von Wertpapieren unabhängig davon, wie lange diese sich im Besitz des/der Steuerpflichtigen befinden[15], sowie die Abschaffung des Alleinverdienerabsetzbetrags für Alleinverdienerehepaare ohne Kinder, der zum weitaus überwiegenden Teil von Männern in Anspruch genommen wurde. Somit ist davon auszugehen, dass 35% der Steuererhöhungen Männer stärker belasten als Frauen. Ein negativer Einfluss auf Frauenerwerbstätigkeit und Anteil der Frauen an der gesamten unbezahlten Arbeit ist von den steuerlichen Maßnahmen nicht zu erwarten; die Abschaffung des Alleinverdienerabsetzbetrags für Alleinverdienerehepaare ohne Kinder dürfte diesbezüglich sogar eher positiv zu beurteilen sein.

Bezogen auf das gesamte Konsolidierungsvolumen für 2012 machen die Maßnahmen, die die Einkommen von Frauen relativ stärker belasten als jene von Männern, 7,1% aus; Maßnahmen mit aus Männerperspektive nachteiligeren Wirkungen erreichen dagegen einen Anteil von 16,9% (s. Übersicht 4).

2.3.3 Zusammenfassung und abschließende Bemerkungen

Während die steuerlichen Maßnahmen im deutschen Konsolidierungspaket überwiegend eindeutig negative Verteilungswirkungen für Frauen haben (74,2% aller steuerlichen Maßnahmen haben aus Frauensicht problematische Verteilungseffekte), können für Österreich nur 14,6% der Steuererhöhungen zur Konsolidierung eindeutig negative Verteilungswirkungen für Frauen zugeschrieben werden. Keine der deutschen Steuermaßnahmen hat unmittelbar ersichtliche negative Wirkungen für Männer, dagegen belasten 35% der Steuererhöhungen in Österreich Männer stärker als Frauen. Das deutsche Maßnahmenpaket enthält zudem einen beträchtlichen Anteil von Steuererhöhungen mit aus Frauensicht eher unerwünschten Effekten für die Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit.

Darüber hinaus enthält das österreichische steuerliche Konsolidierungsprogramm wesentlich mehr Maßnahmen, deren genderdifferenzierte Verteilungswirkungen ohne weitere Analysen nicht beurteilt werden können: nämlich jene, die den Unternehmensbereich (Beseitigung von steuerlichen Ausnahmen bei Energieabgaben und Körperschaftsteuer), die Banken (Einführung einer Bankenabgabe) oder die steuersparenden Stiftungen (Abschaffung steuerlicher Ausnahmen) betreffen. Die zu erwartenden Verteilungswirkungen insgesamt und auch aus Genderperspektive hängen entscheidend davon ab, inwieweit es den Unternehmen gelingt, die höheren Steuern auf ihre KundInnen (über höhere Preise) oder ArbeitnehmerInnen (über geringere Lohnzuwächse) zu überwälzen – eine Frage, die bislang weder theoretisch noch empirisch befriedigend geklärt ist (Bohnet 1999). Sofern Unternehmen die ihnen auferlegten Steuern nicht oder nur teilweise überwälzen können, verringern sie die Unternehmensgewinne und somit letztlich die an die EigentümerInnen ausgeschütteten Gewinne; deren Struktur bestimmt die zu erwartenden genderdifferenzierten Verteilungswirkungen von Steuererhöhungen. Gleiches gilt für die Bankenabgabe: Reduziert sie die Gewinne der Banken und damit letztlich die Gewinnausschüttungen an die AktionärInnen, ist angesichts der anzunehmenden ungleichen Verteilung des Aktienvermögens zugunsten der Männer zu erwarten, dass diese von der Bankenabgabe überdurchschnittlich betroffen sind. Reagieren dagegen die Banken auf die höhere Steuerbelastung mit einer Erhöhung ihrer regressiv wirkenden Gebühren, so betrifft dies stärker die Frauen.

Eine aussagefähige Analyse von Gendereffekten von Steuererhöhungen stößt neben mangelhaften Daten zur Verteilung der steuerlichen Bemessungsgrundlage sowie zur genderdifferenzierten Struktur der Steuerpflichtigen, die auch eine Quantifizierung der Verteilungswirkungen unmöglich machen, auf weitere Probleme. So werden die genderdifferenzierten Verteilungseffekte von Steuern auch vom Haushaltskontext bestimmt: Während für Single-Haushalte die Verteilungswirkungen eindeutig bestimmt werden können, hängen sie bei Paarhaushalten davon ab, wie die gesamten erzielten Einkommen vor und nach Steuern einerseits und die getätigten Ausgaben andererseits zwischen den Haushaltsmitgliedern

15 Die bisherige Regelung sieht vor, dass Gewinne aus dem Verkauf von Wertpapieren nur dann steuerpflichtig sind, wenn sie innerhalb einer sog. Spekulationsfrist von einem Jahr erzielt werden; nach Ablauf dieser Spekulationsfrist sind sie steuerfrei.

verteilt werden. Dies ist bei der Einschätzung der genderdifferenzierten Verteilungseffekte insbesondere von einkommensbezogenen Steuern und Abgaben, aber auch von Verbrauchssteuern auf im Haushalt kollektiv genutzte Güter und Dienstleistungen (z.B. Pkw) zu bedenken.

3. Fazit

Angesichts des erheblichen Umfangs der Konsolidierungsmaßnahmen, die derzeit nicht nur in Deutschland und Österreich, sondern weltweit in der überwiegenden Mehrheit der von der Finanz- und Wirtschaftskrise betroffenen Länder umgesetzt werden, ist der bestehende Mangel an Analysen der zu erwartenden Wirkungen erstaunlich. Insbesondere umfassende Evaluierungen aus Gleichstellungsperspektive fehlen völlig. Dies gilt auch für die supranationale Ebene, wo eine (vergleichende) Analyse schon daran scheitert, dass bislang noch keine Zusammenschau über die Strukturen der auf nationaler Ebene geplanten bzw. bereits umgesetzten Konsolidierungsmaßnahmen in einer Detailtiefe vorliegt, die eine zumindest grobe Einschätzung der Gendereffekte zuließe. Vor dem Hintergrund der auf der EU-Ebene bestehenden Verpflichtungen zur expliziten Berücksichtigung von Genderaspekten in Politikmaßnahmen im Allgemeinen und in der Haushaltspolitik im Besonderen ist es unbefriedigend, dass weder auf der nationalen noch auf der europäischen Ebene die umfangreichsten Konsolidierungsprogramme, die in Europa seit der Nachkriegszeit umgesetzt wurden, einer Genderprüfung unterzogen werden. Dieses Defizit verbindet sich mit einem allgemeinen Mangel an strategischer Ausrichtung und EU-weiter Koordination der Konsolidierungspakete (Aiginger/Schratzenstaller 2011).

Die hier vorgenommene exemplarische und notwendiger Weise oberflächliche Betrachtung der zu erwartenden Wirkungen der steuerlichen Maßnahmen in den Konsolidierungsprogrammen Deutschlands und Österreichs kann somit auch nur grobe Hinweise für eine Korrektur von Maßnahmen geben, die aus Frauensicht als problematisch empfunden werden. Freilich zeigt schon die hier vorgenommene sehr oberflächliche Betrachtung auch, dass die in der wirtschaftspolitischen Debatte vorherrschende Fokussierung auf den Gesamtumfang der Konsolidierungspakete insofern unbefriedigend ist, als unterschiedliche steuerliche und ausgabenseitige Maßnahmen auch aus der Geschlechterperspektive unterschiedliche Wirkungen zeitigen können. Gleichzeitig ist eine gendersensible Analyse und Gestaltung der Struktur von Konsolidierungsmaßnahmen einzubetten in eine Gesamtstrategie, die nicht nur auf den Abbau von Defiziten und Schulden zielt, sondern bei der Konsolidierung der öffentlichen Finanzen auch

Bedacht nimmt auf die kurzfristige konjunkturelle Situation, die langfristigen Wachstums- und Beschäftigungspotenziale sowie allgemein verteilungspolitische Erwägungen.[16]

Abschließend bleibt festzuhalten, dass das Beispiel der Geschlechterblindheit von Konzeption und Umsetzung der Konsolidierungsmaßnahmen in Deutschland und Österreich zeigt, dass sowohl auf der nationalstaatlichen Ebene als auch auf der supranationalen Ebene die Berücksichtigung der Genderperspektive im Budgetprozess selbst dann, wenn die formal-rechtlichen Verpflichtungen gegeben sind, noch weit von der budgetpolitischen Realität entfernt ist. Entsprechend sind Maßnahmen zur Institutionalisierung von Genderprüfungen und Gender Budgeting-Aktivitäten einschließlich Mindeststandards bezüglich der zu überprüfenden Wirkungen dringend erforderlich.

Literatur

Aiginger, Karl/Böheim, Michael/Budimir, Kristina/Gruber, Norbert/Pitlik, Hans/Schratzenstaller, Margit/Walterskirchen, Ewald, 2010: Optionen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in Österreich. Wien.

Aiginger, Karl/Schratzenstaller, Margit 2012: Ist eine Tilgung der Staatsschulden möglich und sinnvoll? ifo Schnelldienst, 65. Jg. Heft 5, 6-11.

–, 2011: Consolidating the Budget under Difficult Conditions – Ten Guidelines Viewed Against Europe's Beginning Consolidation Programmes. Intereconomics. 46 Jg. Heft 1, 36-42.

Arbeiterkammer, 2010: Budgetanalyse 2011. Wien.

Bohnet, Armin, 1999: Finanzwissenschaft: Grundlagen staatlicher Verteilungspolitik. 2. Auflage. München/Wien.

Breuss, Fritz/Kaniovski, Serguei/Schratzenstaller, Margit, 2009: Gesamtwirtschaftliche Effekte der Konjunkturbelebungsmaßnahmen. WIFO Monatsberichte. 82 Jg. Heft 9, 675-686.

Ederer, Stefan, 2011: Europäische Währungsunion in der Krise. WIFO Monatsberichte. 84. Jg. Heft 12, 783-796.

European Commission, 2011: Public Finances in EMU 2011. Brüssel.

Färber, Christine/Dohmen, Dieter, 2007: Machbarkeitsstudie Gender Budgeting auf Bundesebene. Berlin.

Frey, Regina, 2010: Gender Budgeting als geschlechterpolitische Strategie. Internationale Politik und Gesellschaft. Heft 2, 35-47.

16 Vgl. zu einem solch strategisch angelegten Gesamtkonzept Aiginger u.a. (2010).

Heise, Arne/Lierse, Hanna, 2011: Haushaltskonsolidierung und das Europäische Sozialmodell. Berlin.

Horn, Gustav/Herzog-Stein, Alexander/Tober, Silke/Truger, Achim, 2012: Den Bann durchbrechen: Wirtschaftspolitische Herausforderungen 2012. IMK Report Nr. 70.

Kastrop, Christian/Meister-Schefelen, Gisela/Sudhof, Margareta (Hg.), 2010: Die neuen Schuldenregeln im Grundgesetz. Berlin.

Klatzer, Elisabeth/Schratzenstaller, Margit/Buchinger, Birgit/Schaffer, Nicole, 2010: Gender Budgeting in the Constitution – A Look at Formal and Real Conditions in Austria. Internationale Politik und Gesellschaft. Heft 2, 48-64.

Kuhl, Mara, 2010: Wem werden Konjunkturprogramme gerecht? Friedrich-Ebert-Stiftung WISO Diskurs. Bonn.

Mahringer, Helmut, 2009: Der Arbeitsmarkt in der Wirtschafts- und Finanzkrise. WIFO Monatsberichte. 84. Jg. Heft 12, 967-978.

Mayrhuber, Christine/Neumayr, Michaela/Schratzenstaller, Margit/Buchinger, Birgit/Gschwandtner, Ulrike, 2006: Gender-Budget-Analyse für Oberösterreich. Wien.

Meghir, Costas/Phillips, David, 2008: Labour Supply and Taxes. IZA Working Paper Nr. 3405.

Pitlik, Hans/Gruber, Norbert/Walterskirchen, Ewald, 2010: Erfolgsfaktoren von Budgetkonsolidierungsstrategien im internationalen Vergleich. WIFO Monatsberichte.83. Jg. Heft 3), 233-245.

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, 2011: Europäische Schuldenkrise belastet deutsche Konjunktur. Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2011. München.

Scheele, Alexandra, 2009: Hat die Wirtschaftskrise ein Geschlecht? Blätter für deutsche und internationale Politik. 54. Jg. Heft 3, 26-28.

Schratzenstaller, Margit, 2012: Bundesfinanzrahmen 2013-2016, Konsolidierungspaket II, Stabilitätsprogramm. WIFO Monatsberichte. 85. Jg. (i.E.)

–, 2011: Bundesvoranschlag 2011 setzt erste Konsolidierungsschritte. WIFO Monatsberichte. 84. Jg. Heft 1, 63-84.

–, 2010: Budgetkonsolidierung – Allgemeine Überlegungen und Perspektiven für Österreich. In: Steger, Gerhard (Hg.): Öffentliche Haushalte in Österreich. 3. Auflage. Wien, 121-166.

Theodoropoulou, Sotiria/Watt, Andrew, 2011: Withdrawal Symptoms: An Assessment of the Austerity Packages in Europe. Brüssel.

Tichy, Gunter, 2011: Die Staatsschuldenkrise: Ursachen und Folgen. WIFO Monatsberichte. 84. Jg. Heft 12, 797-810.

Walby, Sylvia, 2009: Auditing the Gender Implications of Recovery Policies fort he Financial and Economic Crisis. Lancaster. http://www.lancs.ac.uk/fass/doc_library/sociology/walby_auditing_the_gender_implications_of_recovery_policies.pdf (Download: 03.01.12).

Maria Karamessini

Strukturkrise, Schocktherapie und Gender in Griechenland

1. Einführung

Bis zum Ausbruch der Staatsschuldenkrise Ende des Jahres 2009 war die griechische Wirtschaft im Vergleich zu den meisten anderen EU Ländern nur relativ geringfügig von der globalen Finanzkrise betroffen. Die Staatsschuldenkrise steht kennzeichnend für den Kollaps des Modells der sozialen Marktwirtschaft und des Wachstumsmusters des Kapitalismus in Griechenland im Zeitraum 1994-2008. Obwohl die Ursachen dafür struktureller und hauptsächlich binnenwirtschaftlicher Natur sind, wäre es ohne die globale Finanzkrise und unter anderen Voraussetzungen der Währungsunion nicht zu diesem Kollaps gekommen. Hinzu kommt, dass europäisches Industrie- und Finanzkapital als einer der Hauptakteure am griechischen Wachstumsmodell und der dortigen Staatsfinanzierung beteiligt war.

Um einen Dominoeffekt und den Zusammenbruch der Eurozone zu vermeiden, wurde Griechenland von den übrigen Mitgliedsländer der Eurozone sowie dem Internationalen Währungsfonds (IWF) eine Unmenge an Krediten gewährt. Das Finanzhilfepaket ist in Teilzahlungen unterteilt und eng an die Bedingung geknüpft, eine Art „Schocktherapie" anzuwenden, um den Staatshaushalt zu konsolidieren und eine „innere Abwertung" der Binnenwirtschaft zu erreichen. Das politische Rezept, bestehend aus harschen Sparmaßnahmen verbunden mit Strukturreformen, die auch Einkommensverluste und Stellenabbau mit einschließen, hat nicht nur negative Auswirkungen auf das Leben von Millionen von Menschen und Familien. Es bringt auch eine Demontage des Beschäftigungsmodells, eine Senkung des Rentenniveaus sowie Ausgabenkürzungen im Sozialbereich mit sich. Gleichzeitig tötet die „Schocktherapie" den „Patienten". Indem sie eine tiefe und anhaltende Rezession schürt, erodiert sie die Steuer- und Produktionsquellen und treibt die Marktwirtschaft somit tiefer in die Schuldenfalle. Sicherlich hat die Staatsschuldenkrise dem Ruf der Wirtschaft und der politischen Elite des Landes in den Augen der Griechen nachhaltig geschadet, wobei sie gleichzeitig den Zynismus der „Retter" des Landes und die zerstörerische Kraft der globalen Finanzmärkte und neoliberalen Kräfte in Europa aufgezeigt hat.

Die sozialen Auswirkungen der Krise und der Sparmaßnahmen zur Haushaltskonsolidierung lassen sich an der rückläufigen Beschäftigung am Arbeitsmarkt und der negativen Einkommensentwicklung, der Kürzung der Sozialausgaben, der Verschlechterung im gesamten Sozialwesen und an dem Anstieg unbezahlter Arbeit ablesen, um nur einige Aspekte zu nennen. Diese Folgen sind bei den verschiedenen Klassen, Ethnien, Altersgruppen und Geschlechtern der griechischen Bevölkerung unterschiedlich stark spürbar geworden. All diese Auswirkungen sind nicht nur schwer messbar, sondern es ist auch möglich, dass im Verlauf der Krise die verschiedenen sozialen Gruppen anders betroffen sein werden. Bis heute sind Männer stärker von den negativen Entwicklungen des griechischen Arbeitsmarktes in Folge der Krise betroffen als Frauen, wohingegen für die geschlechtsspezifische Teilung der unentgeltlichen Arbeit im familialen Umfeld das Gegenteil zutrifft.

In diesem Beitrag werden die wichtigsten sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Krise und des Sparpaketes erörtert und einige ihrer geschlechterspezifischen Auswirkungen dargestellt. Im zweiten Abschnitt werden die Erfolge und Schwachstellen des kapitalistischen Wachstumsmodells in Griechenland von 1994 bis 2008 sowie dessen Zusammenbruch mit Aufkommen der globalen Finanzkrise kurz umrissen. Der dritte Abschnitt analysiert das logische Grundprinzip sowie die Ziele und Maßnahmen des wirtschaftlichen Anpassungsprogramms (Economic Adjustment Programme, EAP) der EU und die desaströsen wirtschaftlichen und sozialen Folgen des angewandten politischen Rezeptes. Im anschließenden vierten Abschnitt werden Arbeitsmarktentwicklungen nach genderspezifischen Gesichtspunkten analysiert und die geschlechtsspezifischen Auswirkungen der wichtigsten finanziellen Konsolidierungsmaßnahmen aufgezeigt. Den Abschluss bildet eine Diskussion des neuen, auf mehrere Jahre ausgelegten Programms, das sich noch in der Planungsphase befindet und die Fundamente des gesellschaftlichen Fortschritts und der Geschlechtergerechtigkeit weiter aushöhlen wird.

2. Das Wachstumsmodell von 1994-2008: Vom Erfolg zum Kollaps

Nach einer lang anhaltenden Periode einer kriselnden Wirtschaft in den 1980er Jahren und den frühen 1990er Jahren, trat die griechische Wirtschaft 1994 in eine Periode anhaltenden Wachstums ein, die mit Eintritt der globalen Finanzkrise im Jahr 2008 abrupt endete. Im Zeitraum 1994–2007 wuchs das Bruttoinlandsprodukt (BIP) jährlich um durchschnittliche 3,7%, während die griechische Wirtschaft hohe Investitionsraten und einen Anstieg der Produktivitätsrate verzeichnen konnte.

Eine steigende Inlandsnachfrage und Rentabilität bildeten die treibenden Kräfte für eine Anhäufung von Privatvermögen und den Anstieg des BIP. Die Hauptursache für eine wachsende Inlandsnachfrage war der Privatkonsum, angetrieben durch steigende Reallöhne, Mieten, Profite und nachhaltige öffentliche Ausgaben einerseits sowie Steuererleichterungen, Steuerhinterziehung und vermehrt privat finanzierte Darlehen andererseits. Ein anderer Wachstumsmotor setzte sich zusammen aus öffentlichen Investitionen in Infrastrukturprogramme – die in den Jahren vor den Olympischen Spielen in Athen 2004 noch zunahmen – und Privatinvestitionen auf dem Immobilienmarkt. Der Rentabilität, einem weiteren Faktor für die Vermehrung des Privatwohlstandes, kann man für den gesamten Zeitraum ein stetiges Wachstum bescheinigen. 2007 lag die Profitrate nur knapp 7% unter dem Durchschnitt der goldenen Zeit des Kapitalismus in der Nachkriegsära Griechenlands (1961–1973).

Das Wachstumsmodell war in vielerlei Hinsicht erfolgreich. Ein starker Anstieg des BIP und der Produktivitätsrate während der Periode 1994–2008 führte zu einer realökonomischen Annäherung an wirtschaftlich höher entwickelte EU Staaten. Eine Steigerung der Reallöhne, einhergehend mit einem Anstieg der Produktivität, erlaubte es den Arbeitern die Früchte des Wachstums zu ernten. Ein sehr großer Anteil der Erwerbstätigen erfreute sich zunehmender Beschäftigungsstabilität, die Beschäftigungsrate von Arbeitnehmerinnen stieg. Dennoch hatte das Modell auch seine Schattenseiten. Die Geschwindigkeit, mit der neue Arbeitsplätze geschaffen wurden, reichte nicht aus, um beides, sowohl neu zum Arbeitsmarkt hinzukommende Arbeitssuchende als auch den steten Zustrom an EinwanderInnen von 1994 bis 1999, zu kompensieren. Die Arbeitslosenquote stieg infolgedessen im Zeitraum 1993–1999 um 3,3% Prozentpunkte und fiel erst in der nächsten Dekade wieder (von 12,1% im Jahr 1999 auf 7,7% im Jahr 2008). Weitere Mängel waren die extrem hohe Jugend- und Frauenarbeitslosigkeit, eine ausgesprochen ausgeprägte Arbeitsmarktsegmentation, die Prekarität der Lebensbedingungen und der Rechtslage von MigrantInnen, hohe Einkommensunterschiede, eine hohe Armutsrate und ein rapide anwachsendes Leistungsbilanzdefizit. Als Achillesferse des Modells erwies sich letztendlich jedoch die hohe Staatsverschuldung.

Nach dem Beitritt Griechenlands zur europäischen Währungsunion (am 1. Januar 2001), geriet das Staatsdefizit außer Kontrolle und erreichte 2004 schließlich 7,5% des BIP. Die Ursachen dafür liegen einerseits bei den gestiegenen öffentlichen Ausgaben für die Olympischen Spiele in Athen 2004 und andererseits bei Steuererleichterungen, die auf Kapitalanlagen, hohe Einkommen und Vermögen gewährt wurden. Die Staatsschuldenquote, also das Verhältnis

der Verschuldung zum BIP, erhöhte sich von 96,3% im Jahr 1994, über 98,9% im Jahr 2004 bis hin zu 105,4% im Jahr 2007. Ein hohes BIP – Wachstum und Ertragsniveau bewegte europäische Banken dazu, griechischen Firmen, Banken und der Regierung Geld im Überfluss zu leihen (Milios/Sotiropoulos 2010). In einer Zeit des Überangebots an Kapital und niedriger Zinssätze erschien die griechische Staatsverschuldung nicht nur zurückzahlbar, sondern sie war es damals tatsächlich noch.

Zu Beginn der globalen Finanzkrise spiegelte die hohe Staatsverschuldung den kumulativen Effekt eines lang anhaltenden Haushaltsdefizits (Stathakis 2010). 2007 entsprachen die Staatseinnahmen 37,3% des BIP (im Vergleich zu 44,4% im EU27 Schnitt), während die Staatsausgaben bei 44,7% des BIP lagen (im Vergleich zu 45,7% der EU27). Dieses Defizit stammte aus struktureller Steuervermeidung und Steuerhinterziehung von Firmen und Selbständigen, Steuerprivilegien für Banken, Reederkapital, die griechische Staatskirche, Freiberufler usw. sowie einer seit dem Jahr 2000 verminderten Besteuerung von Kapital und hohen Einkommen. Als Folge dessen sanken die Haushaltseinnahmen von 43% des BIP im Jahr 2000 auf 37,3% im Jahr 2007. Im Hinblick auf Steuerhinterziehung ist es bezeichnend, dass 64% aller griechischen Steuerzahler ein Einkommen unterhalb der Steuerbefreiungsgrenze und 17% gar kein Einkommen für das Jahr 2008 angaben, während abhängig Beschäftigte und Rentner 63% aller Einkommensteuereinnahmen in diesem Jahr erbracht haben (Vasardani 2011). Auf der Ausgabenseite spiegelte die Staatsverschuldung die kumulativen Auswirkungen exzessiver Militärausgaben sowie Kosten für die Rettung verschuldeter Privatunternehmen in den 1980er Jahren und seit kurzem auch für die Rettung von Banken wider. Hinzu kam die umfangreiche Korruption bei Staatsbeamten, welche zu einer künstlichen Verteuerung von öffentlichen Bauvorhaben und der öffentlichen Beschaffung von Gütern führte. Die Schulden für die Olympischen Spiele in Athen von 2004 und wachsende Lücken in der staatlich finanzierten Sozialversicherung machten im Jahr 2009 6,6% des BIP aus. Schätzungen der Militärausgaben deuten darauf hin, dass die griechische Regierung in den 1970er Jahren jährlich 5,8% des BIP, in den 1980er Jahren 6,2%, in den 1990er Jahren 4,6% und 3,1% in den Jahren 2001 bis 2008 für Rüstung ausgegeben hat (Grebe/Sommer 2010). Was die Korruption betrifft, sollte diese eher als integraler Bestandteil des Wirtschaftsmodells denn als bloßes Hindernis für die freie Marktwirtschaft angesehen werden (Tsakalotos 2010), da Korruption durch die Auftragsvergabe von öffentlichen Bauvorhaben, großen öffentlichen Beschaffungsmaßnahmen und bedeutenden Rüstungsverträgen ohne Ausschreibung begünstigt wird.

Die weltweite Finanzkrise verwandelte hohe, jedoch überschaubare Schulden in eine unkontrollierbare und untragbare Schuldenlast. Als Resultat der Einführung einer stark konjunkturdämpfenden Fiskalpolitik in den Jahren 2008 und 2009 wuchs das Haushaltsdefizit von 6,4% auf 15,4% des BIP an und die effektive Staatsverschuldung von 105,4% auf 127,1% des BIP im Zeitraum 2007-2009. Vor dem Hintergrund international steigender Staatsverschuldung und knappem Kapital auf den globalen Finanzmärkten, begannen Mitte November 2009 die Finanzspekulationen auf griechische Staatsanleihen – auf der Suche nach den sichersten Investitionen. Die Zahlungsfähigkeit des griechischen Staates in Frage stellend und darauf setzend, dass die EU Griechenland nicht finanziell retten würde, trieben Finanzspekulanten die so genannten „Spreads" [(Gewinn-) Spannen und -Verteilungen im Börsenjargon, Anm. d. Übers.] auf griechische Staatsanleihen und den Preis für Kreditausfallversicherungen in die Höhe.

Als Antwort auf die Verpflichtungen gegenüber der EU (Beschlüsse von Europarat, Eurogruppe und dem europäischen ECOFIN-Rat für Wirtschaft und Finanzen) und zur Beruhigung der Märkte kündigte die griechische Regierung zwischen Dezember 2009 und März 2010 vier Maßnahmenpakete zur Reduzierung des Haushaltsdefizits an. Trotz einer erfolgten Umsetzung dieser Maßnahmenpakete legten die Spekulationen auf den Finanzmärkten kräftig zu und Spreads auf griechische Staatsanleihen explodierten förmlich. Ein Zusammenbruch Griechenlands würde jedoch nicht nur den Kollaps seiner größten Gläubiger, hauptsächlich französischer und deutscher Banken, nach sich ziehen, sondern auch die europäische Währungsunion kippen. In Folge dessen einigte sich die Regierung Griechenlands mit der so genannten Troika (Europäische Kommission, Europäische Zentralbank EZB und Internationaler Währungsfond IWF) auf ein wirtschaftliches Anpassungsprogramm (EAP) im Gegenzug für durch die Länder der Eurozone und den IWF bereitgestellte Finanzhilfen (Europäische Kommission 2010).

Ein Jahr nach der Einführung des EAP und trotz einer merklichen Reduzierung des Haushaltsdefizits im Jahr 2010 führte eine Rezession zu deutlichen Abweichungen von den finanziellen Zielen für 2011 sowie zu einem spektakulären Anstieg der Staatsschuldenquote und Griechenland wurde zahlungsunfähig. Gleichzeitig stürzten sich Finanzspekulanten auf italienische und spanische Staatsanleihen. Am 21. Juli 2011 beschlossen die Regierungen der Länder der Eurozone ein zweites Finanzhilfepaket für Griechenland mit neuen Darlehen zu niedrigeren Zinsen und längeren Laufzeiten, die vom so genannten Europäischen Rettungsfonds oder „Euro-Rettungsschirm" (European Financial Stability Facility, EFSF) überwiesen werden. Zum ersten Mal wurden private Geldgeber

dazu gedrängt, sich freiwillig an dem Gesamtpaket zur Refinanzierung/Restrukturierung zu beteiligen. Im Gegenzug für dieses zweite Finanzhilfepaket hat das griechische Parlament mit knapper Mehrheit eine mittelfristige Finanzstrategie (Medium-Term Fiscal Strategy, MTFS) für 2012 bis 2015 beschlossen, welche die Sparmaßnahmen und Strukturreformen des EAP verlängert und verstärkt sowie ein ausgedehntes Privatisierungsprogramm für staatliche Firmen, Einrichtungen, Immobilien und andere Vermögenswerte mit einschließt. Am 26. Oktober 2011 formulierte der Eurogipfel die Ziele für eine Beteiligung des Privatsektors an der Restrukturierung von Staatsschulden neu, forderte einen neuen EAP-Beschluss für 2012-2015 und weitete die Kompetenzen der Troika bei der Überwachung der Umsetzung der neuen mehrjährigen Programme vor Ort aus.

Die strukturellen Faktoren für die hohe Staatsverschuldung Griechenlands sind selbstverständlich hausgemacht. Jedoch bezahlt Griechenland auch für die globale Finanzkrise, die es nicht verursacht hat, wie auch für die Mängel des EU Zusammenschlusses, für die es wiederum nicht alleinig und sicherlich nicht hauptverantwortlich war. In anderen Worten ausgedrückt, ohne die globale Finanzkrise wäre die griechische Staatsschuldenkrise nicht ausgebrochen, während der durch Spekulationen verursachte, astronomische Anstieg der Staatsverschuldung in einer solidarischeren, föderativeren Art von Währungsunion gestemmt hätte werden können. Darüber hinaus hätte die Haushaltskonsolidierung Griechenlands in solch einer Union mittels einer anderen politischen Rezeptur angestrebt werden können als der gegenwärtig umgesetzten, die den Sinn erfolgter sozialer Entbehrungen des griechischen Volkes aufs Spiel setzt, indem sie die Tragbarkeit der Schulden verschlechtert anstatt sie zu verbessern.

3. Schocktherapie und neoliberale Offensive

Das wirtschaftliche Anpassungsprogramm EAP liegt auf einer Linie mit dem „Konsens von Washington", der das neoliberale Denken weltweit verkörpert und als Anregung für Strukturanpassungsprogramme des IWF in der Dritten Welt diente. Das EAP basiert auf drei grundlegenden Zielsetzungen: Haushaltskonsolidierung, um Primärüberschüsse in der gesamtstaatlichen Bilanz zu erwirtschaften und einen weiteren Anstieg der Staatsverschuldung einzugrenzen, Stabilität des Bankensystems mittels Liquiditätsbürgschaften angesichts der starken Belastung griechischer Finanzinstitute durch Staatsanleihen und eine „innere Abwertung", um die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und die äußeren Defizite zu verringern. Der Begriff „innere Abwertung" ist gleichbedeutend mit

einer Verringerung der Lohnkosten, angesichts der Tatsache, dass eine Abwertung der Landeswährung unmöglich ist.

Abbildung 1: Gesamtstaatliche Bilanz (in % des BIP)

	EAP Ziel	*Erreicht*
2009 Basisjahr	-13.6	-15.4
2010	-8.0	-10.5
2011	-7.6	-9.0*
2012	-6.5	
2013	-4.8	
2014 Endjahr	-2.6	

* Schätzwert (Staatshaushalt 2012)

Ein wesentliches Merkmal des wirtschaftlichen Anpassungsprogramms EAP ist die „schocktherapeutische" Herangehensweise an eine Haushaltskonsolidierung. Kurz gesagt, die Bemühungen um eine Haushaltskonsolidierung sind sowohl riesigen Ausmaßes als auch schnell und kurzfristig erfolgt, um eine Art Schock in der Gesellschaft zu erzeugen, indem bei allen gesellschaftlichen Gruppen gleichzeitig angesetzt wurde. Die Zielsetzung für eine Reduzierung des gesamtstaatlichen Defizits im Zeitraum 2009 bis 2014 liegt bei 11 Prozentpunkten des BIP (vgl. Abb. 1). Wenn man den zu erwartenden Rückgang des BIP mit einrechnet, liegt der geschätzte Umfang der Haushaltskonsolidierung insgesamt bei 21,4% des BIP im Jahr 2009 (englischsprachige Ausgabe der European Economy 2011, Abb. C1, S. 78). Außerdem erhofft man sich von dem wirtschaftlichen Anpassungsprogramm EAP bereits innerhalb von zwei Jahren Primärüberschüsse zu erwirtschaften, so dass Griechenland ohne externe finanzielle Hilfen mit den Rückzahlungen an seine Gläubiger beginnen könnte, ungeachtet der zu erwartenden rezessiven Auswirkungen umfangreicher Haushaltskonsolidierungsbemühungen und einem daraus resultierenden, beträchtlichen Anstieg der Staatsschuldenquote.

Die Optionen für eine Schocktherapie und anfänglich hohe Zinsen auf Geldanleihen bei Ländern der Eurozone (5,2%) spiegeln, trotz ihrer negativen Auswirkungen auf die Wirtschaft und die Tragbarkeit der Schulden, den bestrafenden Charakter der Finanzhilfen durch Griechenlands Eurozonen-Partner und dem von ihnen geschwungenen Knüppel zur Sicherstellung der Einhaltung der in der EAP-Vereinbarung festgelegten Konditionen seitens der griechischen Regierung.

3.1 Haushaltskonsolidierung

Laut EAP wird die Haushaltskonsolidierung durch eine restriktive Finanzpolitik und durch Strukturreformen, die auf eine Reduzierung der Größe und der Rolle des öffentlichen Sektors bei wirtschaftlichen Aktivitäten und Sozialausgaben abzielen, erreicht.

Sparmaßnahmen zur Reduzierung der öffentlichen Ausgaben

Die seit Beginn des Jahres 2010 eingeführten Sparmaßnahmen schließen große Einschnitte in folgenden Bereichen mit ein: Löhne und Gehälter, Bonuszahlungen und Überstundenvergütung im öffentlichen Dienst; Pensionen und Renten im öffentlichen sowie im privaten Sektor; laufende Ausgabenbudgets der Ministerien; Zuweisung der Haushaltsmittel an Gemeinden und öffentliche Investitionen.

Zwischen Mai 2010 und Mai 2011 sanken die Nominallöhne im öffentlichen Dienst um 15% und in bei öffentlichen Versorgungsbetrieben um 25%, während die Renten im öffentlichen und im privaten Sektor nominal um 10% gekürzt wurden. Die entsprechenden Einbußen bei den Reallöhnen lagen bei 20,4% und 30,4%, während die realen Rentenvolumina um 15,4% zurückgingen. Vor kurzem wurden neuerliche Einschnitte bei Zusatzrenten und Abfindungen im Verrentungsfall angekündigt. Zusätzlich trat am 1. November 2011 für Beschäftigte im öffentlichen Dienst ein neuer, einheitlicher Tarif(vertrag) in Kraft, der eine erneute Reduzierung der Nominallöhne um durchschnittliche 30% beinhaltet. Die Löhne in öffentlichen Unternehmen und Versorgungsbetrieben unterlagen ähnlichen Kürzungen, die am selbigen Tag eingeführt wurden.

Eine Reduzierung der Personalausgaben im öffentlichen Dienst bedeutet auch Entlassungen bzw. Stellenstreichungen und eine Verlängerung der Arbeitszeiten. Das wirtschaftliche Anpassungsprogramm EAP und der mittelfristige Finanzplan MTSF schließen eine Reihe von in diese Richtung zielenden Maßnahmen mit ein:

- Verlängerung der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit von 37,5 Stunden auf 40 Stunden ohne Lohnausgleich sowie einen drastischen Überstundenabbau;
- Einstellungsstopp bei Festanstellungen im öffentlichen Dienst 2010 ohne Neubesetzung freiwerdender Stellen, ausgenommen sind Bildung, Gesundheitswesen und Sicherheit; Anwendung der Regelung „eine Neueinstellung bei zehn frei werdenden Stellen“ im Jahr 2011 und „eine Neueinstellung bei fünf frei werdenden Stellen“ von 2012 bis 2015;
- Reduzierung der befristeten Stellen und Zeitverträge um 30% im Jahr 2010, um 50% im Jahr 2011 und um jährlich 10% von 2012 bis 2015;

- Zusammenlegungen von Gemeinden bis zu einer Reduzierung auf zwei Drittel der heutigen Anzahl an Gemeinden und Verringerung kommunaler Angestelltenzahlen um die Hälfte;
- Restrukturierung und Schrumpfung öffentlicher Unternehmen wie z.B. Eisenbahn- und Busunternehmen;
- Schließung oder Zusammenlegung staatlicher Einrichtungen und Bildung einer Arbeitskräftereserve für alle oder einen Teil der dort Beschäftigten, die ein Jahr lang bis zu ihrer Entlassung mit 60% des Basislohns vergütet werden;
- Überflüssiges Personal aller staatlichen Einrichtungen und Unternehmen in staatlicher Hand wird ebenfalls in die Arbeitskräftereserve überführt oder entlassen;

In Folge des Personalabbaus auf befristeten Stellen und des Einstellungsstopps bzw. nicht vorgenommenen Neubesetzungen schrumpfte der öffentliche Beschäftigungssektor 2010 um durchschnittlich 10%. Der MTFS sieht eine weitere Reduzierung des öffentlichen Beschäftigungssektors um 20% zwischen 2011 und 2015 vor.

Beschränkung des Wohlfahrtstaates zwecks Einsparungen bei Sozialausgaben

EAP und MTFS streben eine Ausgabenkürzung im Sozialbereich von 20,8% des BIP im Jahr 2009 auf 17,3% im Jahr 2015 an. 2010 sanken die Sozialausgaben aufgrund der Rentenreform und einer Beschränkung des Wohlfahrtstaates um 9,6%. Entsprechend den EAP-Vorgaben wurde im Sommer 2010 eine radikale Reform des Rentensystems umgesetzt. Dabei wurde anstelle des früheren, staatlich bezuschussten, umlagefinanzierten Systems ein auf zwei Säulen ruhendes Rentensystem (grundlegend einkommensabhängig und beitragsorientiert) eingeführt. Der Staat ist jetzt nur noch für die Mindestrente zuständig. Die Reform beinhaltete eine Anhebung der Anwartschaftsdauer bzw. der erforderlichen Beitragszeiten für eine volle Rente auf 40 Jahre ab 2015 und passte diesen Zeitraum der zukünftigen Lebenserwartung an. Eine neue Methode zur Berechnung des Rentenniveaus wurde eingeführt, zusammen mit hohen Einbußen bei frühzeitiger Pensionierung (6% pro Jahr), mit dem Ziel, die Lohnersatzquoten sichtlich zu mindern. Diese Rentenreform beinhaltete eine Zusammenlegung aller Sozialversicherungen auf dem Markt in drei große und brachte das Rentensystem im öffentlichen Sektor auf eine Linie mit dem Rentensystem im Privatsektor, indem alle Vergünstigungen des öffentlichen Dienstes abgeschafft wurden.

Eine Reihe anderer Reformen zielte ebenfalls auf Kürzungen bei den Sozialausgaben ab:

– Erhöhte Aufnahmegebühren und Zuzahlungen für ambulante Behandlungen, Tageskliniken und diagnostische Dienstleistungen in öffentlichen Krankenhäusern;
– Eine Verschärfung der Kriterien für saisonales Arbeitslosengeld;
– Zusammenlegungen von Schulen und Verringerung ihrer Gesamtanzahl um 14%;
– Zusammenlegungen von diversen Krankenhäusern und Kliniken;
– Budgeteinschnitte der Kommunen für Schulen, Krippen und Kindertagesstätten sowie Universitäten;
– Anhebung der Klassengröße an Schulen;
– Stellenabbau bei befristeten Arbeitsverträgen;
– Keine Neubesetzung frei werdender Stellen sowie verminderte Vergütung von Überstunden (besonders für medizinisches und Pflegepersonal an Krankenhäusern);

All dies mindert die Qualität im Bildungs- und Gesundheitssektor sowie die Qualität von sozialen Dienstleistungen und verschiebt die Versorgungslasten auf die Institution Familie. Positive Entwicklungen betreffen die Rationalisierung der Gesundheitsausgaben mittels neu ausgehandelter, niedrigerer Preisen für Medikamente, die von der Sozialversicherung übernommen werden, und die Einführung eines elektronischen (Rezept-)Verschreibungssystems sowie eines zentralen, elektronischen Beschaffungssystems für Krankenhäuser.

Steigende Steuereinnahmen und Privatisierungserlöse

Die Maßnahmen, die seit 2010 zu den größten Steigerungen der öffentlichen Einnahmen führten, umfassen eine Erhöhung des Mehrwert- bzw. Umsatzsteuersatzes um 20% sowie eine Erhöhung der Steuern auf Treibstoff, Zigaretten und Alkohol um 33%, neue indirekte Steuern, eine Ausweitung der Umsatzsteuerpflicht auf bis dato davon befreite Wirtschaftsbereiche, Anwendung einer progressiven Besteuerung auf Erbschaften und Vermächtnisse; Erhebung von „Krisenabgaben" auf profitable Firmen, hochwertige Immobilien und Haushalte mit hohem Einkommen, Anhebung der Besteuerung von kirchlichem Grundbesitz und Einführung einer Ertragssteuer auf Einkommen aus Kirchenbesitztümern, Steuerausgleich bzw. Abgeltungssteuer für alle noch unkontrollierten, ausstehenden oder umstrittenen Fälle von Firmen und umsatzsteuerpflichtigen Selbständigen, Neubewertung der Bußgelder für nicht genehmigte Bauvorhaben und Verstöße gegen städtebaulichen Planungsvorschriften. Obwohl manche der oben genannten Maßnahmen die Steuergerechtigkeit fördern, deutet die Unfähigkeit und der fehlende politische Wille, Steuerhinterziehung einzudämmen,

wie auch der Anstieg des Verhältnisses indirekter zu direkter Besteuerung (von 1,37 im Jahr 2009 auf 1,63 im Jahr 2010) auf einen insgesamt regressiven Effekt der EAP-Maßnahmen auf die Einkommenshöhe hin.

Erhöhte Staatseinnahmen erhofft man sich auch aus Privatisierungserlösen. Der mittelfristige Finanzplan MTFS schließt ein weitreichendes Privatisierungsprogramm staatlicher Firmen, Einrichtungen und anderer Vermögenswerte (Banken, Transportunternehmen, Häfen, Flughäfen, Stadtwerke, Energieversorger, Telekommunikationsunternehmen, staatliches Glücksspiel und Immobilien in staatlichem Besitz) mit ein. Die anvisierten Privatisierungserlöse belaufen sich auf bis zu 50 Milliarden Euro, was 6% des jährlichen BIP über zwei Jahre hinweg und (kumulativ) mehr als 20% über die nächsten fünf Jahre entspricht und die Staatsverschuldung verringern soll (IWF 2011).

3.2 Innere Abwertung

EAP und MTFS umfassen eine große Anzahl an Reformen der Arbeits- und Warenmärkte, die gleichzeitig verschiedenen Zielen dienen: Eine Reduzierung der Personalkosten im öffentlichen Sektor und dessen Schrumpfung durch radikalen Stellenabbau, die Eröffnung neuer Möglichkeiten von Kapitalkonzentrierung im Dienstleistungssektor mittels einer merklichen Reduzierung der Anzahl an Selbständigen und innerer Abwertung, was drastische Kürzungen der Nominallöhne im Privatsektor bedeutet.

Die Arbeitnehmerrechte wurden durch eine Vielzahl an Änderungen im Arbeitsrecht erheblich eingeschränkt:
– Halbierung der Kündigungsfrist und der Höhe der Abfindungen bei Entlassungen;
– Anhebung der Untergrenze bei Massenentlassungen;
– Schaffung einer Arbeitskräftereserve für überschüssiges Personal im öffentlichen Sektor;
– Die Probezeit bei Neueinstellungen wurde von drei Monaten auf ein Jahr heraufgesetzt;
– Die maximale, kumulative Laufzeit von befristeten Arbeitsverträgen wurde auf einen Zeitraum von drei Jahren verlängert und großzügigere Ausnahmeregelungen wurden eingeführt;
– Die maximale Laufzeit von Zeitarbeitsverträgen und die zulässige Beschäftigungsdauer von Leiharbeitern wurde von 18 auf 36 Monate ausgedehnt;
– Anhebung der zulässigen Höchstdauer von Kurzarbeit in von finanziellen Schwierigkeiten betroffenen Firmen von sechs auf neun Monate im Jahr;

– In öffentlichen Versorgungsbetrieben wurde Teilzeitarbeit gesetzlich ermöglicht;
– Abschaffung der 10%igen Gehaltsprämie bei geringfügiger Teilzeitarbeit;
– Reduzierung der Überstundenvergütung um 20%;
– Verlängerung der Arbeitszeitdauer im öffentlichen Dienst von 37,5 auf 40 Wochenstunden;
– Erleichterung von flexiblen Arbeitszeitregelungen;

Die bemerkenswertesten der genannten Maßnahmen sind sowohl jene, die individuelle Kündigungen und Massenentlassungen im Privatsektor erleichtern, als auch solche, die die Arbeitskräftereserve und Entlassungen im öffentlichen Sektor betreffen. Sie schaffen einen der zentralen Aspekte des Beschäftigungsmodells in Griechenland ab, nämlich den starken Kündigungsschutz von unbefristet Festangestellten.

EAP und MTFS haben auch Änderungen im Tarifsystem mit sich gebracht, die auf eine Beschränkung der Tragweite von Tarifverträgen abzielen und vermehrt individuelles Aushandeln der Löhne und Gehälter fördern:
– Beschäftigung von Auszubildenden und Berufseinsteigern unterhalb des Mindestlohns;
– Reduzierung des Grundgehalts auf den Umfang von Schlichtungs- und Schiedsverfahren;
– Aussetzung der Tarifverhandlungen bei öffentlichen Versorgern und Unternehmen;
– In Betriebs- und Dienstvereinbarungen festgelegte Bedingungen und betriebliche Regelungen dürfen nun unter dem für bestimmte Branchen oder Sektoren üblichen Standard zurückbleiben;
– Aufhebung der Gültigkeit von (Branchen-)Tarifverträgen für Nicht-Gewerkschaftsmitglieder;

4. Geschlechterspezifische Auswirkungen der Krise und Haushaltskonsolidierung

Bisher hat die Haushaltskonsolidierung verheerende Auswirkungen auf das Leben und die Moral der Menschen, insbesondere auf die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft. 18 Monate überwachter, wirtschaftlicher Änderungen haben zu riesigen Lohn- und Rentenkürzungen, einer exzessiven Besteuerung niedriger und mittlerer Einkommen und zu Kürzungen des Wohlfahrtstaats geführt. Die Arbeitslosenquote explodierte und steigt weiter, sie ist von 7,4% im Oktober

2008 auf 18,2% im Oktober 2011 geklettert, einem historischen Höchststand. Die Jugendarbeitslosigkeit hat 45,5% erreicht, während Familien mit niedrigen und mittleren Einkommen gravierende Einkommensverluste hinnehmen mussten und vermehrt nicht mehr dazu in der Lage sind, ihre Kinder zu ernähren. Gleichzeitig werden die soziale Absicherung und der Zusammenhalt in der Gesellschaft geschwächt und die Qualität sozialer Güter und Dienstleistungen vermindert. Eine steigende Zahl von Menschen wird in Armut und soziale Ausgrenzung getrieben.

Abbildung 2: Arbeitskraft, Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit nach Geschlecht
Veränderung im Vergleich zum Vorjahreszeitraum* (in %)

	Erwerbspersonen	*Erwerbstätigkeit*	*Arbeitslosigkeit*
Männer			
2007-08	0.3	0.5	-3.6
2008-09	0.1	-2.0	41.4
2009-10	-0.5	-3.8	45.9
2010-11	-1.6	-7.4	51.9
2008q3-2011q3	-2.0	-12.6	213.3
Frauen			
2007-08	0.5	2.1	-11.1
2008-09	2.9	0.3	24.4
2009-10	1.7	-1.9	25.0
2010-11	-1.0	-7.3	32.3
2008q3-2011q3	3.6	-8.8	158.2

* Veränderungen beziehen sich auf das dritte Quartal.
Quelle: ELSTAT, Labour Force Survey/Arbeitskräfteerhebung

Die Geschlechterdimension der gegenwärtigen Wirtschaftskrise in Griechenland wurde bislang nur in einer begrenzten Anzahl von Studien untersucht (Karamessini 2011; Lyberaki 2011); es ist jedoch allgemein bekannt, dass Konjunkturschwächen und Wirtschaftskrisen Frauen und Männer unterschiedlich treffen (Milkman 1976; Bettio 1988; Humphries 1988; Rubery 1988), da sich diese aufgrund der Arbeitsmarktsegmentation und -segregation meist in unterschiedlichen Anstellungsverhältnissen, Industriezweigen, Sektoren, Unternehmensgrößen, Vertragsarten etc. befinden. Frauen sind dabei überproportional

häufig im Niedriglohnsektor und im flexibilisierten Segment des Arbeitsmarktes beschäftigt. Wirtschaftliche Erschütterungen können auch die Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt prozyklisch oder kontrazyklisch beeinflussen, abhängig vom wirtschaftlichen Entwicklungszustand eines Landes und dem Alter der Frauen sowie ihrem Bildungsniveau, Haushaltseinkommen, Familienstand usw. (Sabarwal u.a. 2010).

Abbildung 2 zeigt, dass Frauen in Griechenland in den ersten beiden Jahren viel weniger von der rückläufigen Beschäftigungsentwicklung betroffen waren als Männer, während im dritten Krisenjahr beide Geschlechter gleich stark betroffen waren. Entsprechend nahm die Arbeitslosigkeit bei Frauen weniger stark zu als bei Männern, aber die Zunahme der Frauenarbeitslosigkeit hat sich im letzten Krisenjahr beschleunigt und einen entmutigenden Charakter für die weibliche Beteiligung am Arbeitsmarkt angenommen. Tatsächlich steigerte sich die Erwerbsquote bei den Frauen in den ersten beiden Krisenjahren, wohingegen sie sich im letzten Jahr reduzierte.

Abbildung 3: Arbeitslosenquote (in %) von Männern und Frauen nach Alter

	2008q3	*2011q3*	*2008q3-2011q3*
Männer	*4.7*	*15.0*	*10.3*
15-19 Jahre alt	14.3	44.5	*30.2*
20-24	16.5	38.5	*22.0*
25-29	8.9	26.4	17.5
30-44	3.6	12.9	*9.3*
45-64	2.5	10.3	*7.8*
Frauen	*10.8*	*21.5*	*10.7*
15-19	31.5	*67.4*	*35.9*
20-24	27.9	49.7	*21.8*
25-29	17.2	35.1	*17.9*
30-44	10.2	20.4	*10.2*
45-64	5.2	12.0	*6.8*

Quelle: ELSTAT, Labour Force Survey/Arbeitskräfteerhebung.

Es ist bemerkenswert, dass der *gender gap*, also der geschlechtsspezifische Unterschied in den Arbeitslosenquoten in Griechenland, der vor der Krise bei weitem der größte der EU27 war, drei Jahre danach immer noch so vorhanden ist. Die Frauenarbeitslosigkeit, die vor der Krise mehr als doppelt (2,3 mal) so hoch war wie die Arbeitslosigkeit unter Männern, war drei Jahre später, aufgrund des schnelleren Wachstums der Arbeitslosigkeit bei Männern, immer noch 1,4 mal

Abbildung 4: Veränderung der Beschäftigtenzahlen (in %) zwischen 2008q2 und 2011q2 nach Sektor und Vertragsbefristung

	Öffentlicher Sektor	*Privater Sektor*
Männer (total)	*-9.5*	*-15.2*
Unbefristet	-8.7	-16.9
Befristet	-21.3	-2.6
Frauen (total)	*-5.0*	*-9.5*
Unbefristet	-1.0	-11.3
Befristet	-32.9	1.6

Quelle: ELSTAT, Labour Force Survey/Arbeitskräfteerhebung.

so hoch. Jedoch blieb der Unterschied an Prozentpunkten zwischen 2008 und 2011 stabil und wuchs in der Altersgruppe der 15-19-Jährigen und 30-44-Jährigen sogar noch an (Abb. 3). Frauen unter 25 sehen schweren Zeiten auf dem Arbeitsmarkt entgegen und die Aussichten werden mit dem Absturz der griechischen Wirtschaft in eine Rezession noch düsterer.

Wie bereits erwähnt war seit Anfang 2010 und umso mehr mit Umsetzung des EAP eine primäre Bedingung sämtlicher Finanzhilfe- und Sparpakete die Absenkung von Gehältern und der Beschäftigungszahlen im öffentlichen Sektor. Nichterneuerung von befristeten Verträgen, kaum Neueinstellungen und keine Neubesetzung von freiwerdenden Stellen bei Pensionierung führten zu einer spürbaren Reduzierung der Beschäftigtenzahlen im öffentlichen Sektor. Offizielle Statistiken zeigen, dass Männer davon generell vermehrt betroffen waren und auch auf unbefristeten Stellen im öffentlichen Dienst den dortigen Stellenabbau eher zu spüren bekamen als ihre Kolleginnen. Im Gegenzug dazu wurden im öffentlichen Dienst deutlich mehr befristete Stellen von Frauen gestrichen als bei ihren männlichen Kollegen.

Obwohl im öffentlichen Sektor befristet angestellte Frauen und Männer stärker vom Stellenabbau betroffen waren als unbefristet Angestellte, passierte im privaten Sektor genau das Gegenteil. Interessanterweise stieg der Frauenanteil bei den befristeten Stellen an, während der Anteil an männlichen Arbeitnehmern in diesem Sektor zurückging. Insgesamt waren männliche Arbeitnehmer im privaten Sektor weit mehr von einem Verlust des Arbeitsplatzes betroffen als dort beschäftigte Frauen.

Die geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung werden auch an der Rentenreform und den Einschnitten hinsichtlich der Verfügbarkeit und Qualität von sozialen Dienstleistungen (Bil-

dung, Gesundheit und Sozialfürsorge) anhand der Kürzungen beim Budget und Personal deutlich.

Das erklärte Primärziel der letzten Rentenreform war eine Verbesserung der Nachhaltigkeit des Rentensystems mittels einer Kürzung der Rentenansprüche. Als Folge dieser Rentenreform wird das reale Renteneintrittsalter steigen und das Rentenniveau von Männern und Frauen sinken. Jedoch wird das reale Renteneintrittsalter von Frauen effektiv stärker ansteigen als das der Männer, da Frauen, aufgrund niedriger angesetzter Mindestbeitragszeiten und häufigerem Gebrauch von Frühverrentungsmöglichkeiten, im Durchschnitt erheblich früher in Rente gingen. Hinzu kommt, dass das neue System zur Berechnung der Rentenhöhe auf Basis der Lebensarbeitszeit bzw. der addierten Beitragszeiten Frauen benachteiligt, da sie oftmals kürzere und/oder unregelmäßige Erwerbsphasen durchlaufen (Karamessini 2011) und die Angleichung des Renteneintrittsalters und die erforderliche Mindestbeitragsdauer starr und abrupt, mit einer nur sehr knappen Übergangsphase, erfolgte (Koukoulis-Spiliotopoulos/Petroglou 2010).

Schließlich untergraben die Sparpakete die Verfügbarkeit, den Zugang zu und die Qualität öffentlicher Dienstleistungen aus einer Reihe von Gründen:

- Weniger Förderung/Finanzierung
- Massive Stellenstreichungen bei befristeten Verträgen
- Verrentung von unbefristet Beschäftigten ohne Neubesetzung der Stellen
- Restrukturierung und Schrumpfung öffentlicher Unternehmen
- Zusammenschlüsse bei öffentlichen Schulen und Krankenhäusern
- Zahlungsverzögerungen bei Krankenhauszulieferern von medizinischem und sanitärem Material usw.

Im Hinblick auf öffentliche Kinderbetreuungsangebote zeigt sich, dass einige Einrichtungen bereits Opfer der Sparmaßnahmen und mangelnder finanzieller Mittel auf kommunaler Ebene geworden sind und geschlossen wurden. Dies ist eine sehr beunruhigende Entwicklung in Zeiten, in denen verarmte Mittelklassefamilien sich die Kosten für private Kindertagesstätten oder für migrantische Hilfen zur häuslichen Kinderbetreuung nicht mehr leisten können und die Bewerberzahlen auf Plätze in öffentliche Krippen und Kindertagesstätten gestiegen sind. Die Einkommensverluste von Mittelklassefamilien und die Verschiebung der Nachfrage, weg von privater Betreuung und Pflege hin zu öffentlichen Dienstleistern, hat negative Auswirkungen auf die Beschäftigung von Wanderarbeiterinnen und Einwanderinnen. Hinzu kommt, dass der Stundenlohn für Betreuung und Pflege noch mehr gefallen ist als für Reinigungstätigkeiten und manche der früheren Kohorten von MigrantInnen das Land jetzt verlassen (Lyberaki 2011).

Eine ähnliche Abwanderung von privaten zu öffentlichen Dienstleistungen kann man im Bildungs- und Gesundheitswesen beobachten, was darauf hindeutet, dass in Krisenzeiten ein großer Bedarf am Erhalt und freiem Zugang zu sozialen Dienstleistungen und ihrer Qualität besteht. Ein Aufrechterhalten dieser Dienste stellt mancherorts den alleinigen Schutz vor einer erheblichen Verschlechterung des Wohlergehens der Bürger dar, insbesondere der Bedürftigsten unter ihnen. Gleichzeitig kann dies auch wichtig sein, um rückschrittliche Entwicklungen in der Gesellschaft zu verhindern. Diese könnten darin bestehen, dass (a) der Wohlfahrtsstaat seine Aufgabe, sich um die sozialen Grundbedürfnisse zu kümmern, den Familien überträgt, (b) die traditionelle Rolle der Frau in der Kindererziehung und Pflege reaktiviert und verstärkt wird und somit (c) besonders den jungen Mädchen und Frauen aus ärmeren Haushalten der Weg hin zu Bildung und Geschlechtergleichstellung verbaut wird.

5. Aushöhlung der Fundamente des gesellschaftlichen Fortschritts und der Geschlechtergerechtigkeit

Aus einem wirtschaftlichen und finanzpolitischen Blickwinkel betrachtet tötet die „Schocktherapie“ den Patienten, während sie aus einem sozialen Blickwinkel betrachtet zu gesellschaftlichen Rückschritten führt. Indem sie die Wirtschaft in einer Schuldenfalle gefangen hält und einen Teufelskreis von Sparmaßnahmen – Rezession – erneute Sparmaßnahmen erzeugt, führt die Schocktherapie gänzlich in eine Sackgasse. Die desaströse Natur einer solchen Politik wird von großen Teilen der griechischen Bevölkerung auch als solche wahrgenommen. Insofern ist es kein Wunder, dass sich massive öffentliche Empörung breit macht und ein Gefühl extremer Verunsicherung, Verzweiflung, Hoffnungslosigkeit und Zukunftsangst herrscht. Seit Beginn der Staatsschuldenkrise ruft die Protestbewegung auf den Straßen und Plätzen danach, diejenigen für die Rückzahlung der Schulden zur Verantwortung zu ziehen, die sie verursacht haben, nämlich die politischen und wirtschaftlichen Eliten des Landes, die sich immer noch ihrer Privilegien erfreuen, Meister der Steuerhinterziehung sind und ihr Vermögen bereits im großen Stil ins Ausland und auf Offshore-Konten geschafft haben, sowie die Banken und Finanzspekulanten, die zur Eskalation des Schuldenstandes beigetragen haben. Die Protestbewegung sagt auch selbsternannten „Rettern“ den Kampf an, die die Produktivität und die Steuergrundlagen des Landes untergraben und lokale Eliten dabei unterstützen, ArbeiterInnen ihrer Rechte zu berauben, soziale Sicherheiten und Garantien zurückzuschrauben und die neoliberale Sache voranzubringen.

Auf den letzten beiden europäischen Gipfeltreffen fasste man Beschlüsse zu einem so genannten „Haircut“, einem Abschlag oder Schuldenschnitt auf die griechischen Staatsschulden und zu einem zweiten Finanzhilfepaket – unter der Voraussetzung eines weiteren, mehrjährigen wirtschaftlichen Anpassungsprogramms, welches Gehaltskürzungen und eine weitere Aufweichung des Kündigungsschutzes im privaten Sektor, erneute Gehaltskürzungen und Entlassungen im öffentlichen Sektor sowie weitere Rentenkürzungen und eine beschleunigte Privatisierung vorsieht. Außer einer Ausdünnung der Mittelschicht wird die Fortführung dieses politischen Rezeptes einen neuen historischen Höchststand der Arbeitslosigkeit zur Folge haben und eine Zerschlagung des Wohlfahrtstaats und der sozialen Sicherungsnetze riskieren. Davon ausgehend, dass Bildung, Erwerbsarbeit, öffentliche Beschäftigung und Sozialleistungen historische Vorbedingungen einer wirtschaftlichen Unabhängigkeit von Frauen und ihrer Befreiung aus traditionellen Rollenzwängen in Haushalt und Fürsorge bildeten, schlägt sich das neue Programm nicht nur im sozialen, gesellschaftlichen Rückschritt nieder, sondern es untergräbt auch die Fundamente für die Gleichstellung der Geschlechter.

aus dem Englischen von Jan Pfahl

Literatur

Bettio, Francesca, 1988: Sex Typing of Occupations, the Cycle and Restructuring in Italy. In: Rubery, Jill (Hg.): Women and Recession. London, 74-99.

European Commission, 2010: The Economic Adjustment Programme for Greece. European Economy. Occasional Papers No. 61. Brussels: European Commission Directorate-General for Economic and Financial Affairs Publications.

–, 2011: The Economic Adjustment Programme for Greece. Fourth Review – Spring 2011. European Economy. Occasional Papers No. 82. Brussels: European Commission Directorate-General for Economic and Financial Affairs Publications.

Grebe, Jan/Sommer, Jerry, 2010: Greece: High Military Expenditures Despite the Financial Crisis. BICC (Bonn International Centre for Conversion). Focus 9. September 2010. Bonn.

Humphries, Jane,1988: Women's Employment in Restructuring America: the Changing Experience of Women in Three Recessions. In: Rubery, Jill (Hg.): Women and Recession. London/New York, 20-47.

IMF, 2011: Fiscal Monitor. September 2011. Addressing Fiscal Challenges to Reduce Economic Risks. Washington.

Karamessini, Maria, 2011: Crisis in Greece. Labour Market Impact on Men and Women. External Report Commissioned by and Presented to the European Commission. Directorate-General Employment and Social Affairs. Unit G1 Equality Between Women and Men. Forthcoming at: http://www.fgb-egge.it/homepage.asp.

Koukoulis-Spiliotopoulos Sophia/Petroglou, Athena, 2010: 'Greece'. In: Regna, Simonetta/Molnar-Hiddasy, Dora/Tisheva, Genoveva (Hg.): Direct and Indirect Gender Discrimination in Old-Age Pensions in 33 European Countries. Report Financed and Prepared for the European Commission. Directorate-General for Employment, Social Affairs and Equal Opportunities Unit EMPL/G/2 by the European Network of Legal Experts in the Field of Gender Equality.

Lyberaki, Antigone, 2011: Greece Caught Between Labour Market and Macroeconomic Imperatives. In: European Parliament. Directorate General for Internal Policies. Gender Aspects of the Economic Downturn and Financial Crisis. Note PE 453.208. Brussels, 139-159.

Milios, John/Sotiropoulos, Dimitris, 2010: Crisis of Greece or Crisis of the Euro? A View From the European „Periphery“. Journal of Balkan and Near Eastern Studies. Vol. 12. No. 3, 275-292.

Milkman, Ruth, 1976: Women's Work and Economic Crisis: Some Lessons of the Great Depression. Review of Radical Political Economics. 8(1), 71-97.

Rubery, Jill, 1988: Women and Recession: a Comparative Perspective. In: Dies. (Hg.): Women and Recession. London/New York, 253-286.

Sabarwal, Shwetlana/Sinha, Nistha/Buvinic, Mayra, 2010: How Do Women Weather Economic Shocks? A Review of the Evidence. Policy Research Working Paper 5496. The World Bank Poverty Reduction and Economic Management Network. Gender and Development Unit. http://econ.worldbank.org.

Stathakis, Giorgos, 2010: The Fiscal Crisis of the Greek Economy. Kurswechsel 3/2010, 109–114.

Tsakalotos, Euclid, 2010: Greek Economic Crisis. Paper Presented at the IIPPE Conference 'Beyond the Crisis'. Rethymno, Crete, 10–12 September 2010.

Vasardani, Melina, 2011: Tax Evasion in Greece: a General Overview. In Economic Bulletin of the Bank of Greece. 35, 15–25.

Cristina Castellanos Serrano / Elvira González Gago

Wirtschaftskrise, Politik, Protest und Geschlecht in Spanien[1]

1. Einleitung

Die Auswirkungen der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise haben die Folgen einer spezifisch spanischen Krise nach dem Platzen der Immobilienblase, die für das starke Wirtschaftswachstum der Vorjahre verantwortlich gewesen war, noch einmal verschärft.

Beide Krisen – die nationale wie die internationale – und die politischen Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung sind verheerend, weil sie zu einem massiven Stellenabbau, einem Anstieg der Arbeitslosigkeit und einer Zunahme des Armutsrisikos führen. Zwar ist die Krise für die Verschlechterung der Lebensbedingungen vieler Menschen verantwortlich, aber die Auswirkungen der politischen Maßnahmen zur Stabilisierung der Finanzmärkte sind nicht minder verhängnisvoll, vor allem weil positive Ergebnisse bislang auf sich warten lassen. Anfangs sollte durch eine Erhöhung der Staatsausgaben die Vernichtung vor allem männlicher Arbeitsplätze verhindert werden; doch mittlerweile ist der Druck gestiegen, die öffentlichen Haushalte schnell zu konsolidieren, weshalb eine Besserung in absehbarer Zeit unwahrscheinlich ist. Abgesehen davon hat die geschlechterblinde Durchführung der Maßnahmen den Gleichstellungsbemühungen großen Schaden zugefügt, nicht nur im Hinblick auf die unterschiedlichen Lebensverhältnisse von Frauen und Männern, sondern auch – was vielleicht noch besorgniserregender ist – auf die gesellschaftliche Relevanz von Gleichstellungsinstitutionen und Geschlechterfragen. Die Botschaft lautet: Geschlechtergerechtigkeit ist ein Luxus, den wir uns nicht länger leisten können; außerdem sind Frauen als Arbeitskräfte für den Wirtschaftsaufschwung verzichtbar.

Angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise begehrt die Bevölkerung mehr und mehr gegen die Regionalregierungen und die Zentralregierung in Madrid

1 Wir möchten unserer Kollegin Leticia Henar Lomeña für viele interessante Diskussionen und wertvolle Anregungen danken. Außerdem danken wir Alexandra Scheele für ihre hilfreichen Kommentare zu einer ersten Fassung dieses Artikels.

auf. In vielen Städten kam es zu Demonstrationen gegen Sozialabbau, es wurden mehrere Generalstreiks ausgerufen, und die Proteste beeinflussten den Ausgang der diesjährigen Regional- und Parlamentswahlen – alles Zeichen von Unmut und wachsendem Misstrauen in die politischen Institutionen. Die Zuspitzung der Staatsschuldenkrise im Herbst 2011 hat den Druck auf die Politik noch einmal erhöht und in drei Ländern der Europäischen Union – Griechenland, Italien und Spanien – zu Regierungswechseln geführt.[2]

Dieser Artikel gibt zunächst einen kurzen Überblick über die geschlechterkulturellen Leitbilder und die tatsächliche Arbeits- und Lebenssituation von Männern und Frauen in Spanien, um anschließend auf die Abwärtsspirale der spanischen Wirtschaft in den letzten vier Jahren und ihre geschlechtsbezogenen Auswirkungen einzugehen. In diesem Zusammenhang werden auch die politischen Maßnahmen hinsichtlich ihrer geschlechter- und sozialpolitischen Folgen analysiert. Der abschließende Blick richtet sich auf die Protestbewegung in Spanien.

2. Mehr Gerechtigkeit für Männer und Frauen. Entwicklungen der spanischen Gesellschaft in den letzten dreißig Jahren

Die Auswirkungen der Krise auf Frauen und Männer hängen nicht nur von der Wirtschaftslage ab, sondern auch von den gesellschaftlichen Verhältnissen. Seit dem Übergang zur Demokratie Ende der 1970er Jahre haben sich die spanische Gesellschaft und ihre Institutionen stark verändert. Doch obwohl das traditionelle Familienmodell des Mittelmeerraums, das auf verwandtschaftlichem Zusammenhalt beruht, immer mehr an Bedeutung verliert, basiert das Sozialsystem größtenteils noch immer genau darauf, was zu gewissen Spannungen führt, wie im Folgenden deutlich wird.

In den letzten dreißig Jahren hat sich die Rolle der Frauen in der Gesellschaft und in der Wirtschaft grundlegend gewandelt. Frauen sind nicht länger rechtlich und wirtschaftlich von ihren Vätern oder Ehemännern abhängig, sondern genießen dieselben Rechte wie Männer. Zuvor entschieden Geschlecht und Familienstand darüber, welche Rechte jemand hatte. Dieser Missstand wurde beim Übergang Spaniens zur Demokratie durch eine der ersten Gesetzesänderungen beseitigt. 1981 wurde das Recht auf Scheidung eingeführt, und auch das Arbeitsmarktgesetz, das 1938 unter Franco verabschiedet worden war und den

2 Bereits im Juni 2011 kam es zu vorgezogenen Parlamentswahlen, bei denen die zuvor regierende Sozialistische Partei verloren und die eher konservativ ausgerichtete sozialdemokratische Partei gewonnen hat.

Zugang von Frauen – insbesondere von verheirateten Frauen – zum Arbeitsmarkt begrenzte, wurde abgeschafft.

Dieser Entwicklung liegen politische Anstrengungen sowohl auf nationaler als auch europäischer Ebene zugrunde. Der EU-Beitritt 1986 hat entsprechende Veränderungen vorangetrieben. Die vielfältigen EU-Richtlinien, Initiativen und Strategien zur Gleichstellung von Männern und Frauen sind seither maßgeblich verantwortlich für den Wandel. In Spanien wurde 1982 das *Instituto de la Mujer* (Fraueninstitut) gegründet, zudem wurden seit 1988 mehrere Programme zur Gleichstellung der Geschlechter auf den Weg gebracht. Am 22. März 2007 wurde das Gesetz 3/2007 „für die tatsächliche Gleichheit von Frauen und Männern" verabschiedet, das so genannte *Ley de Igualdad*[3] und die Schaffung eines Gleichstellungsministeriums beschlossen, das dann auch das letzte Gleichstellungsprogramm (2008-2011) weiterentwickeln sollte.

Im Gegensatz zu diesen gesetzlichen und institutionellen Verbesserungen hat sich die tatsächliche Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern und damit die Chancengleichheit in sehr viel geringerem Maße verändert. Männer gelten nach wie vor als Brotverdiener der Familie, was die Erwerbsmöglichkeiten von Frauen einschränkt. So wenden Männer immer noch wesentlich weniger Zeit für Kindererziehung und Hausarbeit auf als Frauen, dafür aber mehr Zeit für Lohnarbeit und Freizeit. Zudem orientiert sich das derzeitige Sozialsystem am Normalarbeitsverhältnis, was bedeutet, dass man nur mit einer unbefristeten Vollzeitstelle umfassend sozial abgesichert ist.

Dies entspricht jedoch immer weniger der Realität: Ende 2010 waren in Spanien doppelt so viele Arbeitsverträge wie im EU-Durchschnitt befristet. In Zahlen ausgedrückt waren 24,8% aller Arbeitsverträge befristet (Männer: 23,8%, Frauen: 25,9%) und 13,3% der Beschäftigten arbeiteten in Teilzeit (5,3% der männlichen und 23,4% der weiblichen Beschäftigten (vgl. Spanish Labour Force Survey, 4. Quartal 2010). Wer keinen „klassischen" Arbeitsvertrag aufweisen kann – ob Mann oder Frau – ist folglich nur unzureichend sozialversichert. Das gilt sowohl für das Arbeitslosengeld und die beitragsbasierte Rente als auch für Leistungen, die nach der zuvor geleisteten Arbeitszeit berechnet werden, wie bezahlte oder unbezahlte Elternzeit, Arbeitszeitverkürzungen und andere wichtige Instrumente zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf (vgl. González/Castellanos 2011).

3 Der volle Name lautet auf Spanisch: *Ley Orgánica 3/2007, de 22 de marzo, para la igualdad efectiva de mujeres y hombres.*

3. Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise

Das stetige Wachstum nach der Krise der frühen 1990er-Jahre sorgte in der spanischen Wirtschaft und Gesellschaft für einen Modernisierungsschub. Durch Europäisierung, Globalisierung, kulturelle Öffnung, wachsenden Wohlstand, Dezentralisierung und Migration wandelten sich Gewohnheiten, Traditionen, Erwartungen und bis zu einem gewissen Maße auch Institutionen. Das Beschäftigungs- und Lohnniveau sowie die sozialen Sicherungssysteme glichen sich immer mehr den mittel- und nordeuropäischen Standards an. Die Einführung des Euro zeitgleich mit der ersten Gruppe der Mitgliedsstaaten im Jahre 2001 galt als Zeichen dafür, dass sich Lebensverhältnisse und Politikgestaltung denen der anderen EU-Länder angenähert hatten. Die Arbeitsmarktentwicklung und das Wirtschaftswachstum wurden allgemein gelobt. Zwischen 1995 und 2007 betrug die jährliche reale Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) durchschnittlich 3,7% (National Statistics Institute, Spanish National Accounts, 2010), womit Spanien im Jahr 2007 beim Pro-Kopf-BIP in Marktpreisen fünf Prozentpunkte (Kaufkraftstandard) über dem Durchschnitt der 27 EU-Mitgliedstaaten lag, wenn auch immer noch knapp unter dem Pro-Kopf-BIP der Eurozone (23.400 € respektive 24.800 €) (Eurostat 2010). Außerdem wurden in Spanien zwischen 2000 und 2007 fast fünfeinhalb Millionen Arbeitsplätze geschaffen (Labour Force Survey, National Statistics Institute 2011). Da das Land einen von drei neuen Arbeitsplätzen in der Europäischen Union schuf, wurde es zum „Vorbild" für andere europäische Länder (National Statistics Institute, Eurostat). Die stärkere Einbindung von Frauen in den Arbeitsmarkt hat dabei wesentlich zum Aufschwung der letzten fünfzehn Jahre beigetragen; weitere Wachstumsmotoren waren Migration, Tourismus, das Baugewerbe und der Immobilienboom.

Die Veränderungen in der Gesellschaft, auf dem Arbeitsmarkt und in der Wirtschaft können exemplarisch anhand von ausgewählten Arbeitsmarkt- und Sozialdaten dargestellt werden. 2007 betrug die Erwerbsquote der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15-64 Jahre) 65,6%, womit sie leicht über dem Durchschnitt der 27 EU-Mitgliedstaaten lag (65,4%), während sie im Jahr 2000 noch bei unter 60% lag. Doch trotz dieser positiven Entwicklung blieben die „klassischen" Probleme und Asymmetrien wie eine ungleiche Verteilung von Teilzeitarbeit zwischen Männern und Frauen, das Lohngefälle sowie ein geschlechtsbezogenes Armutsrisiko bestehen.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise 2007 brachte allerdings nicht nur die Immobilienblase zum Platzen, sondern offenbarte auch die Schwächen der spanischen Wirtschaft: ihre Abhängigkeit von bestimmten Branchen sowie Asymmetrien

auf dem Arbeitsmarkt. Spanien weist traditionell instabile Beschäftigungsverhältnisse, die höchste strukturelle Arbeitslosenquote der EU und eine starke Segmentierung des Arbeitsmarktes auf (González/Castellanos 2010), weswegen Anpassungsprozesse an die zyklischen Schwankungen der Wirtschaft dramatische Folgen haben (Conde-Ruíz u.a. 2010).

Im Zuge der Krise haben sich die öffentlichen Finanzen erheblich verschlechtert: 2009 betrug das Haushaltsdefizit 11,1% des BIP[4], 2010 immerhin noch 9,2%. 2011 wird das Defizit schätzungsweise bei 8% liegen, womit die Zielmarke von 6% klar verfehlt wird. Entsprechend ist die Staatsverschuldung angestiegen, auch wenn sie – mit einem Verhältnis von 67% zum BIP im dritten Quartal 2011 – immer noch wesentlich geringer ausfällt als in anderen EU-Ländern: In Deutschland liegt das Verhältnis zum Beispiel bei 83,2%, in Frankreich bei 82,3%.

Durch den wirtschaftlichen Abwärtstrend haben sich die politischen Prioritäten aus den Jahren vor der Krise verschoben, zum Beispiel was die Förderung von Gleichstellung angeht oder auch die Ausweitung der Arbeitslosen- und Pflegeversicherung und die finanzielle Besserstellung von Familien. Stattdessen richtete sich die Aufmerksamkeit nur noch auf gefährdete, zumeist männlich dominierte Wirtschaftssektoren, auf die Finanzpolitik und die makroökonomischen Indikatoren, während Familien- und Gleichstellungspolitiken sowie die Verbesserung der sozialen Sicherungssysteme immer mehr aus dem Blick gerieten.

4. Wirtschaftspolitischen Maßnahmen: Mehrere Rückschritte

Wie weiter oben ausgeführt, verschärfte die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise die spanische Krise und führte zu einem massiven Stellenabbau und einem sprunghaften Anstieg der Arbeitslosigkeit. Diese Entwicklungen führten zunächst dazu, dass die Regierung die Staatsausgaben erhöhte, um die negativen Folgen der Rezension abzufedern, vor allem in männlich dominierten Branchen wie dem Baugewerbe, dem Finanzsektor und der Automobilindustrie. Der *Plan Español para el Estímulo de la Economía y el Empleo* (Spanischer Plan zur Anregung der Wirtschaft und der Beschäftigung), kurz Plan E, enthält eine Reihe von Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft und Eindämmung der Krise durch eine Erhöhung der Staatsausgaben. Man richtete einen mit 13 Milliarden Euro ausgestatteten kommunalen Investitionsfonds ein, aus dem in den Jahren 2009

4 2008 lag die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts nur noch bei 0,9%, 2009 bei -3,7%, 2010 bei -0,15% und im dritten Quartal 2011 bei 0,25%.

und 2010 öffentliche Bauvorhaben finanziert werden sollten, um den Stellenabbau im Baugewerbe zu bekämpfen. Mit dem gleichen Ziel der Beschäftigungssicherung wurde das Gesetz 27/2009 verabschiedet, das denjenigen Firmen eine Reduktion der Sozialabgaben zusicherte, die als Reaktion auf die Krise Kurzarbeit einführten, statt ihren Beschäftigten zu kündigen. Ein weiteres Beispiel für ein Konjunkturpaket ist der *Plan integral de automoción* (umfassender Plan für die Automobilindustrie) mit einem Budget von 4 Milliarden Euro, der eine Reihe von Maßnahmen zum Schutz von ArbeitnehmerInnenrechten enthielt.

Allerdings übten die EU-Institutionen, die Finanzmärkte und die rechte Oppositionspartei erheblichen Druck auf die Regierung aus und brachten sie so dazu, weitreichendere Konsolidierungspakete zu verabschieden und Strukturreformen einzuleiten, woraufhin im Mai 2010 eine politische Kehrtwende stattfand, die für die spanische Gesellschaft sehr unvermittelt kam.

Sämtliche „Rettungspakete" und wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise sind auffallend geschlechterblind, vor allem diejenigen, die seit Mai 2010 verabschiedet wurden. Obwohl eine Bewertung der Auswirkungen auf Männer und Frauen (Gender Mainstreaming) seit dem Inkrafttreten des Gleichstellungsgesetzes für sämtliche wichtigen Gesetzesvorhaben verpflichtend ist, wurde keines der Konjunktur- und Konsolidierungspakte einer entsprechenden Analyse unterzogen

Nach einer leichten Erholung der Wirtschaft Ende 2010 und im ersten Halbjahr 2011 spitzte sich die Situation aufgrund der Staatsschuldenkrise im Herbst 2011 wieder zu, was zu einer weiteren Schlechterstellung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen, vor allem von Frauen, Kindern, Jungen und Alten, im Zuge der Krisenbewältigungspolitik führte.

So hat seit 2010 die Gleichstellungspolitik eine Reihe von herben Rückschlägen erlitten, für die die Abschaffung des Gleichstellungsministeriums symptomatisch ist. Das Ministerium wurde 2008 mit dem Ziel gegründet, Gleichstellungspolitiken zu konzipieren, implementieren und evaluieren sowie Geschlechterdiskriminierung und Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen. Es übernahm einen Großteil der Aufgaben jener Institution, die zuvor für Geschlechtergerechtigkeit zuständig gewesen war: das *Instituto de la Mujer* (Fraueninstitut). Am 20. Oktober 2010 wurde das Gleichstellungsministerium aufgelöst – angeblich aus Spargründen. Diese Entscheidung war Teil eines generellen Trends: auch in einigen Regionalregierungen (unter anderem in Murcia und Galicien) wurden bestehende Gleichstellungsinstitutionen aus vorgeschobenen Kostengründen abgeschafft. Wenn man sich jedoch ansieht, wie wenig Geld sich in diesem Bereich tatsächlich einsparen lässt, wird deutlich, dass es vor allem um die symbolische Botschaft

geht: Wir müssen den Gürtel enger schnallen, und Gleichstellung ist ein Luxus, den wir uns nicht länger leisten können.

Die Verantwortung für Gleichstellungsthemen wurde kurzerhand dem Ministerium für Gesundheit und Soziales übertragen, wodurch ministerien- und verwaltungsübergreifende sowie regionale Gleichstellungsinitiativen erschwert wurden. Diese Herabstufung hat schwerwiegende Folgen für die Geschlechtergerechtigkeit, sowohl auf der praktischen als auch der symbolischen Ebene (Gonzáles/Castellanos 2011c, 2011f; González u.a. 2011).

Parallel zur Auflösung des Gleichstellungsministeriums wurde seit der politischen Kehrtwende 2010 auch die paritätische Besetzung der spanischen Regierung aufgegeben, auf die man so unglaublich stolz war. Anfang 2012 berief der männliche Regierungspräsident vier weibliche und neun männliche Minister in sein Kabinett.

Eine weitere aus Geschlechterperspektive äußerst negative Entwicklung ist der Umstand, dass das Thema „Elternzeit für Väter" mehr oder weniger von der politischen Agenda gestrichen wurde. Eine gerechtere Aufteilung der Elternzeit auf Väter und Mütter gilt ExpertInnen, der Frauenbewegung und Männergruppen, die sich für Geschlechtergerechtigkeit einsetzen[5], als unerlässliches Instrument, um die Einbindung von Frauen in den Arbeitsmarkt zu fördern, die Lohngefälle zu reduzieren, Geschlechterstereotype aufzuweichen und aufzuzeigen, dass Kindererziehung gleichermaßen Aufgabe von Männern und Frauen ist. Ursprünglich sollte eine Verlängerung von 13 auf 28 Tage schon im Januar 2011 in Kraft treten; diese wurde dann aber auf 2012 verschoben – abermals aus Spargründen. Die neu gewählte Regierung hat die Verlängerung der Väterzeit mittlerweile bis 2013 ausgesetzt. Die ungleiche Verteilung der Elternzeit auf Mütter und Väter und der politische Unwille, etwas daran zu ändern, konterkariert die anvisierte Gleichstellung der Geschlechter. Zudem verhindert die Tatsache, dass die Elternzeit für Väter nicht verpflichtend ist, eine gerechtere Aufteilung von Erziehungsarbeit und verfestigt Geschlechterstereotype. So wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Spanien weiterhin erschwert, die Förderung weiblicher Erwerbsarbeit gehemmt und Armut und soziale Ungleichheit von Frauen verstärkt.

Eine Maßnahme, die die wirtschaftliche und soziale Situation von Frauen mittelfristig dramatisch verschlechtern wird, ist die *Rentenreform 2011*, deren unpopulärste Maßnahme die stufenweise Anhebung des Rentenalters von 65 auf 67 Jahre ist, um angesichts einer alternden Bevölkerung die Finanzierbarkeit der Renten zu sichern. Allerdings spielen die negativen Auswirkungen der

5 http://www.igualeseintransferibles.org; http://feminismoantelacrisis.wordpress.com/; http://www.cime2011.org/home/cime2011_DeclaracionDeBarcelona.pdf

Reform auf die Gleichstellung von Frauen und Männern in der „qualifizierten" öffentlichen Diskussion kaum eine Rolle. Um einen Anspruch auf volle Rentenzahlungen zu haben, muss man künftig – unabhängig vom Rentenalter – 38,5 Jahre lang Beiträge zahlen (bisher 35 Jahre). Aufgrund der geringeren Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt betrifft diese Maßnahme Frauen stärker als Männer (vgl. González/Castellanos 2011d). Aus Geschlechterperspektive ist es zudem besonders relevant, ob und wie Kindererziehungszeiten auf die Beitragsjahre angerechnet werden. Während in Deutschland zum Beispiel Erziehungszeiten bis zum zehnten Lebensjahr des Kindes als Beitragszeiten gelten, können nach der spanischen Reform höchstens drei Jahre Erziehungszeit angegeben werden, was nur eine unwesentliche Verbesserung im Vergleich zu den bisher möglichen zwei Jahren ist. Auch die Berechnungsgrundlage ändert sich: Fortan werden die letzten 25 Jahre des Erwerbslebens berücksichtigt, zehn mehr als die derzeitigen 15 Jahre. Schließlich beträgt die minimale Einzahlungsdauer, um beitragsbasierte Rentenbezüge zu erhalten, 15 Jahre. Diese Mindestgrenze blieb von der Reform unangetastet. Da Frauen häufiger diskontinuierliche Erwerbsverläufe aufweisen als Männer, geringere Löhne beziehen und öfter in befristeten Arbeitsverhältnissen anzutreffen sind, erschweren die neuen Anforderungen den Zugang von Frauen zu einer angemessenen Altersversorgung.

Hinzukommt, dass Menschen über 65 Jahren traditionell am stärksten von Armut und sozialer Ungleichheit bedroht sind, wobei für Frauen dieser Altersgruppe das Armutsrisiko noch einmal fünf Prozentpunkte höher ist als für Männer. Dieser Unterschied hat zwei Ursachen: die Anzahl der RentenbezieherInnen und die Höhe der Bezüge. 99% der Männer im rentenfähigen Alter beziehen in Spanien eine Rente, aber nur 73% der Frauen. Auch die Höhe der Bezüge unterscheidet sich stark: 2011 betrug die Durchschnittsrente von Männern 1080,38 € monatlich (Statistics of Employment and Social Security 2011; wenn nicht anders vermerkt, stammen die Daten im Folgenden aus dieser Quelle), während die Durchschnittsrente von Frauen bei 643,11 € lag. Die Witwenrente wiederum, mit der eine von zwei Frauen über 65 Jahren ihren Lebensunterhalt bestreitet, betrug im Durchschnitt 599,11 €. Im Gegensatz dazu leben nur 2% der Männer dieses Alters von einer Witwerrente (González/Castellanos 2010); diese betrug 2011 durchschnittlich 450,61 € pro Monat. Es ist also zu erwarten, dass die Rentenreform sich negativ auf die Gleichstellung der Geschlechter auswirken und bestehende soziale Unterschiede verschärfen wird.

Die *Kaufkraft von ArbeitnehmerInnen, die den Mindestlohn beziehen*, hat sich 2011 verringert, da der Mindestlohn nicht im gleichen Maße wie die Lebenshaltungskosten, also die Inflation, gestiegen ist. Dieser negative Trend hat zwei

wichtige Folgen: Erstens führt er zu einem Lohndruck nach unten, vor allem auf Niedriglöhne; zweitens bildet der Mindestlohn die Grundlage für die Berechnung diverser staatlicher Leistungen. Die wirtschaftliche Situation von Frauen wird sich folglich weiter verschlechtern, da sie stark von solchen nicht-beitragsbasierten Transferleistungen abhängig ist.

Im Mai 2010 wurden die *Gehälter von Angestellten im öffentlichen Dienst* durchschnittlich um 5% gekürzt, und 2011 die Renten von BeamtInnen und Angestellten des öffentlichen Dienstes eingefroren, was aus Geschlechterperspektive ein großer Rückschritt ist. Frauen sind von dieser Maßnahme stärker betroffen als Männer, weil sie häufiger als diese im öffentlichen Dienst tätig sind (2010 lag ihr Anteil 7 Prozentpunkte über dem der Männer, während die Präsenz von Frauen in der Privatwirtschaft 11 Prozentpunkte unter der von Männern lag). Folglich sinkt ihre Kaufkraft, während sich Armut und soziale Ungleichheit verschärfen, vor allem bei Haushalten, die nur mit einem Einkommen auskommen müssen.

Bei den *Leistungen für Pflegebedürftige* gab es 2011 ebenfalls Rückschritte. So hat die Politik den Haushaltsposten für derartige Zahlungen, von denen vor allem Frauen – ob als Leistungsbezieherinnen oder Arbeitnehmerinnen – profitieren, zusammengestrichen. Die den Frauen gesellschaftlich auferlegte Verantwortung für Erziehung und Pflege sorgt dafür, dass sie Einsparungen in diesen Bereichen besonders hart treffen. Aufgrund dieser Entwicklung stellt sich die Frage, wie das kürzlich aufgelegte Pflegemodell in Zukunft finanziert werden soll.

Die *einmalige Zahlung von 2500 € bei Geburt eines Kindes*, die 2008 eingeführt wurde, ist mittlerweile wieder abgeschafft. Obwohl diese Leistung in der Kritik stand, weil sie das Einkommen der Familien nicht berücksichtigte, war sie trotzdem ein wichtiges Instrument, um armutsgefährdete Familien in der ersten Zeit nach der Geburt eines Kindes zu unterstützen.

Die *Erhöhung der Mehrwertsteuer* von 16% auf 18% trifft vor allem Bevölkerungsschichten mit geringer Kauf- und Sparkraft. Weil es sich um eine indirekte Steuer handelt, bringt eine Erhöhung Arbeitslose, GeringverdienerInnen und RentnerInnen stärker in Schwierigkeiten als den Rest der Bevölkerung. Frauen sind in allen drei Fällen die schwächste Gruppe.

Als Reaktion auf den wachsenden Konsolidierungsdruck wurden zudem in den nationalen, regionalen und kommunalen Haushalten *die Ausgaben für Soziales gekürzt*. Zu den größten Budgetposten der Regionen gehören Bildung und Gesundheit – Bereiche, in denen drastische Einsparungen vorgenommen werden.

Wenn die negativen Folgen der Krise und der Sparmaßnahmen auf Frauen und GeringverdienerInnen überhaupt erwähnt werden, bezeichnen PolitikerInnen und die Öffentlichkeit sie häufig als „Nebeneffekte". In den meisten Fällen werden die Auswirkungen jedoch nicht einmal untersucht. Aus Sicht von ExpertInnen und Vertreterinnen der Frauenbewegung ist dieser Trend ein Rückschritt, da er soziale und geschlechtsbezogene Ungleichheiten verschärft.

Aufgrund der lauter werdenden Rufe nach „Strukturreformen" wurde am 16. Juni 2010 eine *Arbeitsmarktreform* verabschiedet, mit der die Segmentierung des Arbeitsmarkts bekämpft werden soll. Sie beinhaltete eine Vereinheitlichung der Kündigungskosten von befristeten und unbefristeten Arbeitsverhältnissen bzw. eine Anpassung nach unten. Doch der geplante Kapitalisierungsfonds nach österreichischem Vorbild, der die innovativste Maßnahme dieser Reform war und das größte Veränderungspotenzial besaß, ist aus Kostengründen nicht mehr eingeplant.

Des Weiteren setzte die Regierung nach monatelanger Debatte im Juni 2011 schließlich ohne Zustimmung der Tarifpartner eine *Reform des Tarifrechts* durch. Der wichtigste Aspekt ist die Dezentralisierung der Tarifabschlüsse: Die Reform stärkt die Rolle der ArbeitgeberInnen, befürwortet direkte Verhandlungen zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen und nimmt von Branchen- und Flächentarifverträgen Abstand. Zugegebenermaßen ist das Tarifrecht in Spanien reformbedürftig und nicht gerade geschlechtersensibel, doch das Interesse der ArbeitgeberInnen an Geschlechterthemen ist gering, weshalb davon ausgegangen werden kann, dass direkte Lohnverhandlungen zwischen potenziellen weiblichen Beschäftigten und ArbeitgeberInnen in vielen Fällen zum Nachteil der Frauen ausfallen werden.

Im September 2011 wurde als Reaktion auf die Zuspitzung der Staatsschuldenkrise unvermutet eine weitere Strukturreform auf den Weg gebracht. So wie es der Euro-Plus-Pakt „vorschlägt", wurde zur Eindämmung des Haushaltsdefizits eine Obergrenze für Staatsschulden in der *spanischen Verfassung* verankert. Die beiden großen Parteien einigten sich über Nacht überraschend auf diese Verfassungsänderung. Zuvor war die Verfassung nur zweimal modifiziert worden, nicht, weil es keinen weiteren Änderungsbedarf gegeben hätte, sondern weil die erforderliche Mehrheit nur schwer zusammenzubekommen ist. Der EU-Stabilitätspakt und der Druck der Finanzmärkte gelten als hauptsächliche Triebfedern dieses überstürzten Deals; dieselben Kräfte waren jedoch zuvor nicht stark genug, andere wichtige Reformen einzuleiten.

5. Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise und der Haushaltskonsolidierung auf Männer und Frauen

Auf dem Arbeitsmarkt …

Wie bereits erwähnt, trafen die Krise sowie die politischen Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung Frauen und Männer in unterschiedlichem Maße. Die Finanz- und

Wirtschaftskrise hat sich stark auf die Beschäftigungs- und Arbeitslosenquote ausgewirkt. Vom ersten Quartal 2008 bis zum dritten Quartal 2011 gingen 2,2 Millionen Arbeitsplätze verloren (von denen 84% von Männern besetzt gewesen waren); 2,7 Millionen Menschen (von denen 59% Männer waren) kamen zu den vorher existierenden 2,2 Millionen Arbeitslosen hinzu (Labour Force Survey, National Institute for Statistics, 2011). Im November 2011 waren in Spanien fast fünf Millionen Menschen arbeitslos, nachdem die Arbeitslosenquote von 9,6% im ersten Quartal 2008 auf 21,5% im dritten Quartal 2011 angestiegen war (die Arbeitslosenquote von Männern betrug zu diesem Zeitpunkt 21,0%, die von Frauen 22,1%), während die EU-weite Arbeitslosenquote von 7,0% im Jahr 2008 auf 9,8% im Jahr 2011 zugelegt hat. Außerdem nimmt der Anteil der Langzeitarbeitslosen in Spanien ständig zu. Fast die Hälfte der Erwerbslosen sucht seit über einem Jahr nach Arbeit.

Die Verschlechterung betrifft jedoch nicht alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen. Angestellte mit befristeten Verträgen hatten als Erste unter dem Stellenabbau zu leiden: circa acht von zehn verloren gegangenen Arbeitsplätzen waren befristet. Entsprechend waren junge und geringqualifizierte Beschäftigte am stärksten betroffen. Von 2008 bis 2011 kletterte die Arbeitslosenquote von 20- bis 24-Jährigen von 18% auf 41,3%. Die Arbeitslosenquote von jungen Leuten ohne Hochschulabschluss hat sich in diesem Zeitraum nahezu verdoppelt, von 24,5% auf 46,8%. Gleichzeitig ging die spanische Beschäftigungsquote von Erwachsenen im Alter von 20 bis 64 Jahren um mehr als sieben Prozentpunkte zurück (von 69,1% auf 61,7%) und entfernte sich damit noch weiter von der EU-Zielsetzung von 75% bis zum Jahr 2020. Die Tatsache, dass die Krise bestimmte Wirtschaftszweige härter getroffen hat als andere, vor allem das Baugewerbe, lässt sich unter anderem anhand der Beschäftigungsquote von Männern belegen, die um zwölf Prozentpunkte auf 67,9% im Jahr 2011 gefallen ist, während die von Frauen nur um drei Prozentpunkte auf 55,4% zurückgegangen ist.

Wie erwähnt, sind von dem massiven Stellenabbau vor allem junge Leute betroffen. Die bestausgebildete Generation aller Zeiten – vor allem die bestausgebildete Generation junger Frauen, da diese die Männer beim Bildungsniveau schon Anfang der 1990er Jahre überholt haben (Instituto de la Mujer 2008) –, hat stärker unter der Krise zu leiden als die Älteren. Diese Asymmetrie gefährdet die positiven Entwicklungen der spanischen Wirtschaft und Gesellschaft der letzten Jahre, zum Beispiel die zunehmende Erwerbstätigkeit von Frauen, ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit und die Möglichkeit, auch als Mutter erwerbstätig zu sein, um nur die wichtigsten Aspekte zu nennen. Erstens bleibt so eine große Anzahl an potenziellen Arbeitskräften ungenutzt; zweitens werden die

positiven Effekte des besseren Zugangs von Frauen zum Arbeitsmarkt zunichtegemacht, wenn junge Leute nach der Ausbildung keine Arbeit finden, denn diese Altersgruppe ist am stärksten gefährdet, in eine geschlechterstereotype Arbeitsteilung zurückzufallen. Trotz dieses mittel- und langfristigen Risikos und der schlechten Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt haben Frauen in den letzten vier Jahren ein großes Beharrungsvermögen bewiesen: 250.000 Männer sind aus dem Arbeitsmarkt ausgeschieden, während 750.000 Frauen in ihn eingetreten sind (Labour Force Survey, National Institute for Statistics, 2011).

Armut und soziale Ungleichheit …

Erwerbsarbeit ist die wichtigste Einkommensquelle für Menschen im arbeitsfähigen Alter, weshalb der massive Verlust an Arbeitsplätzen 2010 zu einem Absinken der Armutsgrenze geführt hat (-2% im Vergleich zu 2009). Trotz dieses Absinkens hat sich die Armutsrisikoquote von 2008 bis 2011 von 19,6% auf 21,8% erhöht (Spanish Survey on Income and Living Conditions 2011, Statistics National Institute; wenn nicht anders vermerkt, stammen alle Armutsdaten aus dieser Quelle; die Daten für 2011 sind vorläufig). Aufgrund des vorrangigen Abbaus männlich dominierter Arbeitsplätze ist die Armutsrisikoquote von Männern fast doppelt so stark gestiegen wie die von Frauen.[6] Dennoch liegt die Armutsrisikoquote von Frauen immer noch 1,5 Prozentpunkte über der von Männern (22,5% zu 21% im Jahr 2011).[7]

Armut und soziale Ungleichheit treffen vor allem arbeits- oder beschäftigungslose Menschen, die keine RentnerInnen sind – also mehrheitlich Frauen. 2010 waren 38,9% der Arbeitslosen sowie 31,8% der nicht verrenteten Beschäftigungslosen, die unbezahlte Haus- und Erziehungsarbeit leisten, von Armut bedroht, im Gegensatz zu 13,6% der Beschäftigten und 22,7% der RentnerInnen. Allerdings ist das Armutsrisiko von ArbeitnehmerInnen in den letzten Jahren gestiegen, während das von Arbeitslosen gesunken ist.

Während staatliche Sozialleistungen ältere Menschen in den letzten Jahren zunehmend vor Armut geschützt haben, hatten Jüngere dieses Glück nicht. Das

6 Nach Geschlecht aufgeschlüsselt ist die Quote von 21% der Frauen und 18,3% der Männer im Jahr 2008 auf 22,5% der Frauen und 21% der Männer im Jahr 2011 gestiegen, d.h. um 1,5 bzw. 2,7 Prozentpunkte.

7 Eine Bemerkung zu der Survey on Income and Living Conditions: Da die Erhebung Armut und soziale Ungleichheit anhand des Haushaltseinkommens misst und nicht anhand des individuellen Einkommens von Männern und Frauen, müssen die Ergebnisse vorsichtig interpretiert werden.

Armutsrisiko der über 65-Jährigen reduzierte sich im Zeitraum 2008 bis 2011 von 27,4% (24,7% der Männer und 29,4% der Frauen) auf 21,7% (19,9% der Männer und 23% der Frauen). Das Armutsrisiko von Kindern hingegen stieg im selben Zeitraum von 24,1% auf 26,5%.[8]

Da Frauen einen schlechteren Zugang zum Arbeitsmarkt haben, sind sie durch die Tatsache benachteiligt, dass viele staatliche Sozialleistungen auf dem bisherigen Erwerbsverlauf basieren. So wirkt sich die Schlechterstellung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt nicht nur auf ihre Einkommenssituation während der erwerbstätigen Jahre aus, sondern auf die wirtschaftliche und soziale Lage während ihres ganzen Lebens, wie die oben aufgeführten Daten zu niedrigeren Renten und einem größeren Armutsrisiko (im Vergleich zu den Männern) belegen.

6. Die Reaktionen der Gesellschaft: Demonstrationen, Platzbesetzungen, Protestwahlen[9]

Der harte Sparkurs, der im Mai 2010 begann, sowie die Arbeitsmarkt- und Rentenreform gelten als politische Kehrtwende im Krisenmanagement der sozialistischen Regierung. Seitdem sind tiefe soziale Einschnitte und Strukturreformen, für die „die Märkte" verantwortlich gemacht werden, sowie Maßnahmen zur Unterstützung des Finanzsektors an der Tagesordnung. Zunächst gab es kaum Proteste – ein erster Generalstreik im September 2010 gegen die Arbeitsmarktreform war nicht besonders erfolgreich. Auslöser für die derzeitigen Proteste war die Verabschiedung der Rentenreform. Bei weiten Teilen der Bevölkerung schärfte sich dadurch der Blick für gesellschaftliche Ungerechtigkeit und soziale Ungleichheit.

Vor diesem Hintergrund waren die Regional- und Kommunalwahlen vom 22. Mai 2011 eine Gelegenheit, die politische Landschaft mit demokratischen Mitteln zu verändern. Eine Woche vor den Wahlen ging eine große Anzahl junger Frauen und Männer auf die Straße, um ihre Empörung zum Ausdruck zu bringen. Sie nannten sich „*los indignados*", „die Empörten", eine Bezeichnung, die auf den Essay *Indignez-vous* (2010) [10] des französischen Schriftstellers Stéphane Hessel zurückgeht, und ihr Protest weitete sich rasch auf alle großen Städte Spaniens

8 Obwohl in dieser Altersgruppe kein Bezug zur Erwerbstätigkeit besteht, ist das Armutsrisiko von Mädchen überraschenderweise höher als das von Jungen, und zwar um fast zwei Prozentpunkte: 25,7% der Jungen und 27,5% der Mädchen sind von Armut bedroht. Weitere Forschungen sind notwendig, um diesen Unterschied zu erklären.

9 Vgl. dazu auch Castellanos/Henar/González 2011.

10 Deutsche Übersetzung: *Empört Euch!* (2011).

sowie auf andere Länder aus. Sie zogen weltweit die Aufmerksamkeit der Medien auf sich, und etwa 80% der spanischen Bevölkerung stand hinter den Protesten.

Die „Empörten" prangerten das herrschende Zweiparteiensystem an und betonten immer wieder, dass sie sich von der Politik nicht repräsentiert fühlen. Damit bringen sie ein in der spanischen Gesellschaft weit verbreitetes Gefühl zum Ausdruck: Die politische Klasse stellt ein Problem dar. Tatsächlich bezeichnen die SpanierInnen die PolitikerInnen nach der Wirtschaft und der Arbeitslosigkeit als ihre drittgrößte Sorge (Barometer Juli 2011). Während die „Empörten" für sich beanspruchen, politisch neutral für Basisdemokratie und Gewaltfreiheit zu kämpfen, halten viele Außenstehende sie für eine linke Bewegung. Auch wenn zahlreiche Positionen in politischer Hinsicht tatsächlich recht neutral sind (Veränderung des Wahlrechts, Bekämpfung von Korruption), gehen einige konkrete Forderungen mit linken Inhalten konform, zum Beispiel die Unterstützung des neuen Abtreibungsgesetztes und das Eintreten für *Diversity*. Andererseits gewannen die Konservativen (*Partido Popular*, PP) die Regional- und Kommunalwahlen im Mai mit überwältigender Mehrheit, da linke WählerInnen die sozialistische Regierung „abstraften" und ihre Stimmen auf mehrere kleinere Parteien verteilten. Gleichzeitig war die Anzahl der NichtwählerInnen und ungültigen Stimmen so hoch wie nie. Der Anteil derjenigen, die den Wahllokalen fernblieben oder eine ungültige Stimme abgaben, betrug bei den Wahlen 2011 fast 31%, drei Prozentpunkte mehr als bei den Parlamentswahlen 2008. Das Ergebnis der Parlamentswahl vom 20. November 2011 hat diesen Trend bestätigt. Die PP gewann die absolute Mehrheit, und die restlichen Stimmen verteilten sich viel stärker als sonst auf verschiedene Parteien, von denen einige neu ins Parlament einzogen. Die drastische Veränderung der Sitzverteilung ist bis zu einem gewissen Grad eine direkte Folge der Proteste.

Die „Empörten" haben zwei Hauptziele. Erstens wollen sie die politische Debatte auf die Straße tragen und sie öffnen, damit mehr Leute an ihr teilnehmen können – schließlich geht es um Themen von allgemeinem Interesse. Zweitens wollen sie durchsetzen, dass wichtige politische Entscheidungen nach dem Konsensprinzip getroffen werden. Sie wollen frischen Wind in die Politik bringen und die Funktionsweise der Gesetzgebungs-, Regierungs- und Justizorgane verändern, da diese unfähig seien, sämtliche in der Gesellschaft vorhandenen Ansichten zu vertreten. Tausende von Menschen nahmen an Versammlungen (so genannten „*asambleas*") teil, bei denen spezielle Fragen diskutiert wurden und man versuchte, einen Konsens zu finden. Es bildeten sich AGs, die sich mit bestimmten Themen wie Gesundheit, Wirtschaft, Bildung und Wahlrecht befassten. Auch eine AG für Feminismen (*Comisión de feminismos*) wurde gegründet und spielt seitdem eine aktive Rolle.

Trotz des erklärten Ziels, Entscheidungsprozesse demokratischer zu gestalten, ist die Bewegung der „Empörten" Spiegelbild einer immer noch recht traditionellen Gesellschaft, was dazu geführt hat, dass sich Geschlechterdiskriminierung eingeschlichen hat. Paradoxerweise wurde eine geschlechterblinde Herangehensweise zum Ideal erhoben, ungeachtet der aktiven Beteiligung von Frauen und der Arbeit der AG für Feminismen in Städten wie Madrid, Barcelona, Valencia und Sevilla. Die AG hat in den vergangenen Monaten mehrere „mikrosexistische Handlungen"[11] öffentlich gemacht, wie den Gebrauch sexistischer Sprache in einigen Versammlungen oder die Missachtung von Wortmeldungen von Frauen. Anfangs kritisierte die AG diese Vorfälle, sah die Situation insgesamt jedoch als Gelegenheit, die Sensibilität für Geschlechterfragen erhöhen. Das Bekanntwerden von Übergriffen wie unangemessene Berührungen, Machtmissbrauch, sexuelle Einschüchterungsversuche, paternalistisches Verhalten und rüde Machosprache brachten die Mitglieder der AG für Feminismen jedoch dazu, das Netzwerk zu verlassen. Dennoch erklärte die AG, sie unterstütze die Bewegung der „Empörten" weiterhin.

Darüber hinaus bewirken der Ablauf der Versammlungen und das Festhalten am Konsensprinzip, so basisdemokratisch und gerecht es auch zu sein scheint, dass eine Entscheidungsfindung nahezu unmöglich ist. Zwar kursieren im Internet unzählige Manifeste, Erklärungen und Vorschläge, aber nur in den seltensten Fällen hat man sich auf verbindliche Vereinbarungen festlegen können. Dadurch verlor die Protestbewegung an Schwung und Sichtbarkeit. So gingen vor den Wahlen im November sehr viel weniger Menschen auf die Straße als noch im Mai 2011.

Dazu kommt, dass die Versammlungen die Positionen und Bedürfnisse von Minderheiten nicht berücksichtigen. Die bewusste Ablehnung von formalen Hierarchien und Strukturen und die Ernennung von SprecherInnen und Vorsitzenden nach dem Rotationsprinzip garantiert noch lange nicht, dass Frauen und gesellschaftliche Minderheiten mit einbezogen werden. Im Gegenteil, wenn man bewusst auf Quoten verzichtet, werden Führungsrollen meist von Männern übernommen.

Die Versammlungen konnten sich nur bei ganz bestimmten Themen auf gemeinsame Positionen einigen, nämlich dann, wenn diese allgemein akzeptiert und konsensfähig waren, was in der Regel bei Geschlechterthemen nicht der Fall ist. Wird der Vorschlag, sich mit Geschlechterfragen zu befassen, vom Plenum abgelehnt, werden diese gar nicht erst diskutiert. Zahlreiche Frauen engagieren sich in der Bewegung, und es gründete sich eine AG, die auf die unterschiedlichen Lebenslagen von Männern und Frauen in Spanien hingewiesen hat. Leider weiß

11 Die AG für Feminismen bezeichnete sie wörtlich als „*micromachismos*", ein Begriff, der auf Luis Bonino zurückgeht.

die Bewegung diesen wichtigen Beitrag zur Analyse- und Öffentlichkeitsarbeit nicht zu schätzen. Trotz der Tatsache, dass auf dem meistbesuchten Platz in Madrid, der „Puerta del Sol" unzählige Plakate zu Basisdemokratie zu sehen waren, wurde ein Transparent mit der Aufschrift „Die Revolution wird feministisch sein – oder gar nicht" mit der Begründung, der Slogan sei „politisch", abgehängt.[12]

Im Januar 2012 hat die konservative Regierung ein erstes Gesetz verabschiedet[13], ohne es im Hinblick auf seine Auswirkungen auf Frauen und Männer zu untersuchen. Es umfasst Kürzungen von Sozialleistungen und Steuererhöhungen zur Verringerung des Haushaltsdefizits. Die Einsparungen belaufen sich insgesamt auf 8,9 Milliarden Euro, und weitere Einschnitte werden in Kürze folgen. Dennoch gehen die „Empörten" nicht in Massen auf die Straße. Auch berichten die Medien nicht mehr von den Protesten; die „*indignados*"[14] sind aus dem öffentlichen Diskurs verschwunden. Damit sitzen sie nun im selben Boot wie die „*indignadas*"[15], die von Anfang an nicht von der Öffentlichkeit wahrgenommen wurden. Im Internet und in den sozialen Netzwerken finden immer noch zahlreiche Aktivitäten statt, doch die mediale Aufmerksamkeit hat sich wieder institutionalisierten Protesten von großen politischen Organisationen zugewandt, die sich mit klar formulierten Zielen gegen Einschnitte im Gesundheitswesen oder im Bildungsbereich wenden.

7. Einige Überlegungen zum Schluss

Die Wirtschafts- und Finanzkrise begann in Spanien etwas später als in der restlichen EU, und trotz zahlreicher Reformen und umfassender Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung ist ein baldiges Ende nicht in Sicht.

Drei Jahre Krise und geschlechterblinde politische Maßnahmen haben zu einer Angleichung der Geschlechter „nach unten" geführt. Zwar haben sich die geschlechtsbezogenen Unterschiede bei Erwerbstätigkeit und Armut verringert, jedoch nicht, weil die Lage der Frauen sich verbessert, sondern weil die der Männer sich verschlechtert hat. Trotzdem stehen Frauen nach wie vor insgesamt schlechter da als Männer, wie die einschlägigen Arbeitsmarkt- und Armutsri-

12 http://madrid.tomalaplaza.net/feminismos/

13 Real Decreto-ley 20/2011, de 30 de diciembre, de medidas urgentes en materia presupuestaria, tributaria y financiera para la corrección del déficit público.

14 Auf Spanisch ist das ein maskulines Wort im Plural, das eine Gruppe von Männern oder eine Gruppe von Männern und Frauen bezeichnen kann.

15 Auf Spanisch ist das ein feminines Wort im Plural, das sich nicht auf Männer beziehen kann.

sikodaten zeigen. Besonders besorgniserregend ist die Situation junger Frauen und Männer unter 25 Jahren, deren Arbeitslosenquote bei über 40% liegt und deren Armutsrisiko von allen Altersgruppen am schnellsten gestiegen ist. Dies könnte bisherige positive Entwicklungen zunichtemachen, nachdem sich die Unterschiede zwischen den Geschlechtern in dieser Altersgruppe in den letzten Jahren immer weiter verringert haben.

Auch wenn die Krise Männer anfangs härter traf als Frauen, könnte sich aufgrund von Entwicklungen wie der Abschaffung des Gleichstellungsministeriums die Situation für Frauen langfristig verschlechtern. Des Weiteren sind Frauen im stärkeren Maße von den Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst, vom Absenken des realen Mindestlohns, von der Reform des Rentensystems und von allgemeinen Kürzungen in den Bereichen Gesundheit, Bildung und in der Familien- und Sozialpolitik betroffen. Auch die Tatsache, dass die Verlängerung der Elternzeit für Väter mehrmals verschoben wurde, ist ein Rückschritt und betrifft Frauen insofern, als auf absehbare Zeit eine geschlechteregalitäre Arbeitsteilung verhindert wird.

Zudem wurde keine einzige der politischen Maßnahmen der letzten Monate im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf Frauen analysiert. Hierfür sind eigentlich die Regionalregierungen, die Zentralregierung sowie die Gleichstellungsinstitutionen in der öffentlichen Verwaltung, den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden verantwortlich, die sich jedoch als unfähig erwiesen haben, die Geschlechterperspektive in politische Verhandlungen einzubringen, zum Beispiel bei den Beratungen zur Arbeitsmarkt- und Rentenreform. Doch auch die Europäischen Union verletzt ihre Pflicht, da Gender-Mainstreaming-Prinzipien nicht konsequent auf alle Politikfelder und politischen Programme angewandt werden, vor allem nicht auf solche, bei denen es um die Ankurbelung der Wirtschaft geht.

Im Mai 2011, eine Woche vor den Regional- und Kommunalwahlen, ging eine große Anzahl junger Männer und Frauen – bald gefolgt von den Älteren – auf die Straße, um gegen die Handhabung der Krise durch die Politik zu protestieren. Leider lässt ihre Sensibilität für Geschlechterfragen zu wünschen übrig, was sich erstens in den nach außen getragenen Themen und zweitens im Versammlungsprinzip widerspiegelt. Diese Frauen und Männer erklären, das Wohl der Bevölkerung sei wichtiger als das der Märkte und Banken, und fordern, entsprechend behandelt zu werden. Die politischen Reaktionen – sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene – weisen hingegen zunehmend in die andere Richtung und konnten die Krise bisher nicht eindämmen.

In Spanien gewannen die Konservativen mit überwältigender Mehrheit die vorgezogenen Parlamentswahlen, obwohl sie für die nahe Zukunft drastische Einsparungen angekündigt haben, die sich vor allem auf Frauen negativ auswirken

werden. Seit Ende 2011 hat die neue Regierung damit begonnen, entsprechende Gesetze zu verabschieden.

Generell hat die Krise durch den damit einhergehenden Arbeitsplatzabbau Männer härter getroffen als Frauen, vor allem anfangs, weswegen sich eine grundsätzliche Angleichung der Lebensbedingungen „nach unten“ feststellen lässt. Gleichzeitig erachtet es die Öffentlichkeit nicht länger als nötig und dringend, gegen mangelnde Geschlechtergerechtigkeit in der spanischen Gesellschaft anzugehen. Ebenso gibt es kein Bewusstsein dafür, dass der Beitrag von Frauen unverzichtbar ist, um einen Ausweg aus der Wirtschafts- und Finanzkrise zu finden. Vielmehr besteht das Risiko, dass positive Entwicklungen aus der Zeit vor der Krise – ein besserer Zugang von Frauen zum Arbeitsmarkt und die Verringerung des Armutsrisikos – zunichtegemacht werden, weil die Sparmaßnamen die prekäre Lage von Frauen noch verschärfen.

aus dem Englischen von Sonja Finck

Literatur

Castellanos Serrano C., 2011: Una aproximación al mainstreaming de género en España: la interrelación de las políticas sociales y económicas (An Approximation to Gender Mainstreaming in Spain: the Interrelation between Social and Economic Policies). UCM, Biblioteca Complutense.

Castellanos, Cristina/Henar, Leticia/Gonzalez, Elvira, 2011: „Protests in Spain: a Gender Review“. Femina Politica. 20.Jg. Heft 2,109-112.

Centro de Investigaciones Sociológicas (CIS), (Centre of Sociological Research), July 2011 Barometer. Study number 2909. www.cis.es

Conde-Ruíz, J.I., Felgueroso, F., García Pérez, J.I., 2010: „Las Reformas Laborales en España: un modelo agotado“: („Labour Market Reforms in Spain: an Exhausted Model“). Papeles de Economía Española. nº 124.

Constitutional Act 3/2007, of 22 March, for Effective Equality between Women and Men. (Ley Orgánica 3/2007, de 22 de marzo, para la igualdad efectiva de mujeres y hombres).

Eurostat, 2009: Europe in figures. Eurostat 2009.

–, 2010: Europe in figures. Eurostat 2010.

González Gago, E./Castellanos Serrano C., 2010: „Assessment of the recent labour market reform in Spain“. European Employment Observatory (ad hoc paper).

–, 2011a: „Spain: Pre-assessment of the 2011 National Reform Programme“. European Employment Observatory.

–, 2011b: „Adapting unemployment benefit systems to the economic cycle. Spain“. European Employment Observatory. Autumn Review 2011.

–, 2011c: „Crisis and Recovery in Europe. Labour Market impact on men and women“ National Report Spain. EGGE.

–, 2011d: „The socio-economic impact of pension systems on the respective situations of women and men and the effects of recent trends in pension reforms“ National Report Spain.

–, 2011e: „Analysis Note on the impact of career interruptions on women's participation: the Spanish case“. EGGE.

–, 2011f: National Expert Assessment of the Gender Perspective in the National Reform Programme for Employment. EGGE.

González Gago, E./Segales Kirzner, M./Castellanos Serrano C., 2011: „The Impact of the Economic Crisis on the Situation of Women and Men and on Gender Equality Policies. National Report: Spain“.

Hessel, Stephane, 2010 : „Indignez-vous“. Montpellier.

Instituto de la Mujer, 2008: Las mujeres en cifras (1983-2008). Instituto de la Mujer (Ministerio de Igualdad).

Labour Force Survey (LFS), National Institute for Statistics 2011.

Ministry of Labour and Immigration, 2011: Observatory: Following the NRP 2011.

National Statistics Institute, Spanish National Accounts 2010.

Royal Decree 1975/2008: Real Decreto 1975/2008, de 28 de noviembre, sobre las medidas urgentes a adoptar en materia económica, fiscal, de empleo y de acceso a la vivienda.

–197/2009. Real Decreto 197/2009, de 23 de febrero, por el que se desarrolla el Estatuto del Trabajo Autónomo en materia de contrato del trabajador autónomo económicamente dependiente y su registro y se crea el Registro Estatal de asociaciones profesionales de trabajadores autónomos.

Royal Decree-Law 9/2008. Real Decreto-ley 9/2008, de 28 de noviembre, por el que se crean un Fondo Estatal de Inversión Local y un Fondo Especial del Estado para la Dinamización de la Economía y el Empleo y se aprueban créditos extraordinarios para atender a su financiación.

– 2/2009: Real Decreto-ley 2/2009, de 6 de marzo, de medidas urgentes para el mantenimiento y el fomento del empleo y la protección de las personas desempleadas.

Spanish Labour Force Survey. 4Q2010.

Spanish Survey on Income and Living Conditions 2011. Statistics National Institute.

Statistics of Employment and Social Security 2011.

Statistical Yearbook of the Ministry of Labour and Immigration 2010.

Time Use Survey 2011.

III.

Alternativen denken

Eva Berendsen

Am Besten nicht Neues!? Feministisch inspirierte Überlegungen zu einer alternativen Finanzökonomie

I. Einleitung

Als im September 2008 die Bilder der Angestellten von Lehman Brothers um die Welt gingen, wie sie eilig Umzugskartons mit Büroutensilien aus dem Gebäude am New Yorker Times Square schafften, war der Ausbruch der Finanzkrise mit dem Zusammenbruch der US-amerikanischen Investmentbank nicht nur datiert, die Szene lieferte gleichzeitig das passende Bild zur Stimmung: „Nichts wie weg!“ suggerierten die Damen und Herren in ihren schicken Business-Outfits, raus aus einer Bank, die sich – unter tätiger Mitwirkung derselben Damen und Herren – mit Verpackungstricks bei der Kreditverbriefung verspekuliert hatte; raus aus einem Finanzsystem, das Krisen produziert statt Stabilität, Wachstum und Wohlstand zu garantieren. In den ersten Monaten, die auf den „schwarzen September“ folgten, wurden selbst Journalisten in den Wirtschaftsteilen der großen liberalen Zeitungen und Magazine dieser Welt nicht müde, an den maroden Grundpfeilern der Finanzökonomie zu rütteln[1]. Nicht nur der Keynesianismus schien wieder hoffähig, bisweilen wurde gar die Systemfrage in Spiel gebracht. Längst nicht mehr nur die GlobalisierungskritikerInnen von Attac, sondern auch als revolutionäre Sprachrohre unverdächtige Wochenblätter wie „Der Spiegel“ oder „Die Zeit“ fragten sich: Was ist das für ein „Casino-Kapitalismus“, in dem wir leben? Der Ausbruch der Finanzkrise schien selbst im so genannten Mainstream ein Möglichkeitsfenster für die Artikulation von Kritik am herrschenden System und für einen Paradigmenwechsel der Wirtschaftsweise zu öffnen. Auch Politiker und Politikerinnen entdeckten schockartig die Schattenseiten der von ihnen selbst beförderten Enthemmungen des Finanzmarktkapitalismus.

Tatsächlich wurden dann aber von Seiten der Politik dem großen Gerede zum Trotz letztlich nur vergleichsweise undramatische Korrekturen vorgenommen,

1 Vgl. ausführlich den Beitrag von van Dyk in diesem Band.

die an die Grundstrukturen der Wirtschaftsweise, die den viel geschmähten „Casino-Kapitalismus“ hervorgebracht hat, nicht heranreichen. Das große Vorhaben etwa, ein „zweites Bretton Woods“[2] zu installieren, die flexiblen Wechselkurse wieder abzuschaffen und die globale Reisefreiheit des Kapitals einzuschränken, versandeten in unverbindlichen Gelöbnissen der G20 zur „Transparenz“ der Finanzmärkte[3]. Während hierzulande noch manche auf einen ökologisch und sozial nachhaltigen Umbau der Wirtschaft hofften, kam die „Abwrackprämie“ zur Stabilisierung der Automobilindustrie. Es gab durchaus gravierende Eingriffe entgegen der bis zum Ausbruch der Krise dominierenden Auffassung von den sich selbst regulierenden Marktkräften, wie etwa die Auflage gigantischer Konjunkturpakete, die Bereitstellung von ebenso gigantischen Mitteln zur Bankenrettung etc. – aber eben nicht im Sinn eines dauerhaften Paradigmenwechsels der Wirtschaftsweise und ihrer politischen Regulierung. Was die Grundstrukturen der modernen Ökonomien auf nationalstaatlicher Ebene ebenso wie im europäischen und globalen Maßstab anbelangt, folgt die Politik letztendlich dem Motto „am Besten nichts Neues“. Dennoch warf schon die Finanzkrise 2008 und wirft deren Zuspitzung 2011 erst recht die Frage auf, wie denn der vielfach eingeforderte aber bislang nicht erfolgte Paradigmenwechsel der Wirtschaftsweise und der Wirtschaftspolitik konkret aussehen könnte und sollte.

In diesem Kontext hat die Finanzkrise hat auch eine markante Leerstelle linker Theorie und Praxis offen gelegt: Während das Tableau kritischer Analysen zum *state of the art* der kapitalistischen Wirtschaftsweise breit gefächert ist, fehlt es an überzeugenden Alternativangeboten. Wie auch die folgenden Ausführungen illustrieren, kann man sich bei der Suche nach Alternativen zum derzeitigen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell, nach Transformationsoptionen, die sich als realistisch *und* emanzipatorisch bezeichnen lassen, leicht in theoretischen und praktischen Problemstricken verheddern. Dies wird umso virulenter, wenn die Geschlechterverhältnisse mit einbezogen werden; denn die systematische Integration feministischer Perspektiven macht das ohnehin komplizierte Unterfangen, alternative ökonomische und gesellschaftliche Möglichkeiten zu denken und praktisch zu entwickeln, noch deutlich komplexer. Insbesondere dann, wenn

2 Das versprachen u.a. der damalige IWF-Chef Dominique Strauss-Kahn und der frühere britische Premier Gordon Brown während des Washingtoner G20-Gipfels im November 2008.

3 Finanzakteure außerhalb des Bankensektors, zum Beispiel Hedgefonds, sollen nach den Beschlüssen der G20 (Gipfel in Cannes 2011) künftig besser überwacht werden; vage blieb indes, wie das zu realisieren sei. Die von Deutschland und Frankreich geforderte Finanztransaktionssteuer stieß international auf Ablehnung.

– wie in diesem Beitrag – weniger die Frage fokussiert wird, ob und wie sich eine Geschlechterbalance in der fast exklusiven Männerwelt des Finanzsektors herstellen lässt – „Feminismus" somit also nicht allein als Programm zur Stärkung von Frauen unter Status-quo-Bedingungen begriffen wird, sondern als „transformative critique of hierarchies that are linked and ideologically 'naturalized' by denigration of feminine" (Peterson zit. nach Barker 2006, 212) – also als ein Projekt, welches herrschaftsförmige Konstruktionen von Geschlecht kritisiert und auf ein umfassendes Konzept sozialer Gerechtigkeit auf der Grundlage einer ebenso breiten wie tiefen Demokratisierung der Arbeits-, Lebens- und Geschlechterverhältnisse verpflichtet ist (vgl. Kurz-Scherf 2009, 40).

Den hier angestellten Überlegungen liegt die These zugrunde, dass ein linkes, sozial-emanzipatorisches Alternativangebot zum herrschenden Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell u.a. auch deshalb nicht vorliegt beziehungsweise dass die vorliegenden Alternativangebote u.a. auch deshalb nicht überzeugen, weil sie geschlechtsblind sind (vgl. z.B. Dieterich 2006; Altvater/Zelik 2009). Dies gilt sowohl für Debatten, die vorrangig auf die Mikro-Ebenen des Wirtschaftens fokussiert sind – also z.B. für Konzepte, zur Ausgestaltung einer „Solidarischen Ökonomie" auf Projekt- und Unternehmensebene[4] – wie auch für alternative Optionen auf der Meso- und Makroebene von Wirtschaft und Politik. Die Integration von Geschlecht in die Suche nach Alternativen zum Status quo stellt allerdings auch die feministische Debatte vor bislang teilweise noch nicht einmal registrierte Herausforderungen. Wir erleben eine Wirtschafts- und Gesellschaftskrise, die von den Finanzmärkten ausgeht. Es bedarf folglich eines feministisch inspirierten Alternativangebots, das *auch* eine kritisch-feministische Analyse der Finanzmärkte umfasst, um im Hier und Jetzt in deren Konstruktion und Wirkungsweise kompetent intervenieren zu können. Die Kritik am Finanzmarktkapitalismus und die Suche nach Alternativen kann sich aus einer feministischen Perspektive aber nicht auf die Finanzmärkte beschränken, sondern muss sich mit den Grundlagen beschäftigen, wie *Ökonomie* funktioniert und wie sie in den herrschenden wirtschaftswissenschaftlichen Theorien gedacht und vorgestellt wird. Denn die heutige Gestalt des Finanzkapitalismus ist keine neue Erfindung von Finanz-Jongleuren, sondern hat ihre Wurzeln in den Grundstrukturen einer kapitalistischen Ökonomie, ist als eine Zuspitzung dessen zu betrachten, wie die kapitalistische Ökonomie seit ihrer Entstehung theoretisiert und praktiziert wird. Eine kritisch-feministische Auseinandersetzung mit „Casino-Kapitalismus" ist deshalb nicht zuletzt eine kritisch-feministische Auseinandersetzung mit den

4 Vgl. ausführlich den Beitrag von Voss in diesem Band.

falschen Annahmen der Ökonomie als Wissenschaft. Denn die herrschende Konstruktion von Ökonomie und den sie konstituierenden Kategorien ist durch und durch androzentrisch und damit – wie es Nancy Fraser in einem anderen Zusammenhang analysiert hat – „ideologisch und falsch" (Fraser 1994, 173 ff.).

Der vorliegenden Beitrag zielt darauf, Elemente feministischer Kritik am herrschenden (finanz-)ökonomischen Entwicklungsmodell aufzuspüren und insbesondere unter der Frage zu diskutieren, wie daraus Konsequenzen zur Vermeidung künftiger Fehlentwicklungen und Verwerfungen gezogen werden können. Es geht zugleich um das Aufzeigen von Forschungsbedarf feministischer Wissenschaft im Hinblick auf die Entwicklung konkreter Konzepte zu einem Paradigmenwechsel der Wirtschaftsweise und ihrer politischen Regulierung. Der Beitrag konzentriert sich vor allem auf drei Aspekte, die zugleich den Gang der Argumentation strukturieren:

1. Der Finanzkapitalismus ist als eine Zuspitzung der androzentrischen Konstruktion einer autonomen, vom gesellschaftlichen Lebens- und Reproduktionszusammenhang abgekoppelten „Marktökonomie" zu deuten.
2. Der Finanzkapitalismus basiert auf der androzentrischen Vorstellung vom grenzenlosen Wachstum, das sich zum Beispiel über geschickte Börsenspekulation förmlich aus dem Nichts selbst schöpft. Die „Grenzen des Wachstums" müssen politisch neu gezogen und verteidigt werden.
3. Der Finanzkapitalismus ist männlich durchdrungene Praxis: Im Finanzsektor dominiert ein androzentrisches Berufsleitbild, das von einem bestimmten, ausschließlich einer spezifischen Fassung der ökonomischen Vernunft verpflichteten, Menschentypus konturiert wird. Der Investmentbanker ist der noch unsympathischere Bruder des Homo Oeconomicus.

II. Elemente und Konsequenzen feministischer Kritik an der Finanzökonomie

1. Für ein Zusammendenken wirtschaftlicher Sphären

Im Krisendiskurs ist nur zu häufig davon die Rede, die Finanzökonomie habe sich von der Realökonomie abgekoppelt (Stichwort: *profits without production*), weil sich in dieser „virtuellen" Sphäre viel höhere Gewinne erzielen ließen – und nach wie vor lassen – als sie der Produktionssektor zu generieren vermochte oder noch vermag (Huffschmidt 2002). Indem die Zirkulationssphäre autonom zu werden und sich von der Produktionssphäre abzusetzen scheint (siehe auch Vogl 2010/2011, 80), bedarf es offenbar – so scheint es jedenfalls – nicht einmal mehr

des Einsatzes einer Muskelzuckung Arbeitskraft am Fließband, um in Sekundenschnelle Millionen zu gewinnen (oder zu verlieren). Ökonomische Prozesse wurden somit diskursiv ihrer materiellen Grundlage entledigt – eine Vorstellung, die Altvater/Mahnkopf (1996) treffender Weise als einen „Mythos" kritisiert haben. Schließlich wurde der Überschuss an Kapital, für das verzweifelt nach Anlagemöglichkeiten gesucht wird, zunächst in der Realökonomie erwirtschaftet (siehe auch Kurz-Scherf 2009, 36/37).

Aus einer feministischen Perspektive lässt sich aus der Abkoppelungs-These eine androzentrische Vorstellung von Ökonomie herausfiltern: Schon die so genannte Reproduktionssphäre wird systematisch aus herrschenden wirtschaftswissenschaftlichen, in mathematische Gleichungen gegossenen Modellen herausgehalten (Regenhardt 1998); sie verläuft gewissermaßen abgekoppelt vom ökonomischen Kerngeschäft. Die unbezahlte Versorgungsökonomie ist keine Variable, mit der sich (gut) rechnen lässt; sie ist zu basal, zu material und emotional, zu wenig markt-vermittelt, zu unproduktiv. In der Rede von der Abkopplung der Finanz- von der Realökonomie wird diese Logik gleichsam auf die Spitze getrieben, indem jegliche *materiellen* Praktiken ausgeblendet bzw. verschleiert werden. Etwas plakativ könnte man sagen: Es ist nicht nur unerheblich, wer dafür Sorge trägt, den Kühlschrank zu füllen, sondern auch, wer auf welche Weise den Kühlschrank zusammenbaut. An Altvater/Mahnkopf geschlechtskompetent anknüpfend enttarnt sich die Konstruktion der Finanzökonomie als *androzentrischer Mythos*.

Baustellen feministischer Wissenschaft

Die feministische Ökonomik und Sozialwissenschaft hat die in die Ökonomietheorie eingelassene Trennungsstruktur moderner Wirtschaft in der Vergangenheit zu Recht skandalisiert und eine Korrektur der falschen Vorstellung gefordert, die „Marktökonomie" existiere tatsächlich als eine autonome Wirtschaftssphäre; dies – so wurde immer wieder argumentiert – sei eine androzentrische Projektion, die den tatsächlichen Zusammenhang von Produktion und Reproduktion ausblende. Letztlich führen theoretische Defizite auch zu politischen Fehlschlüssen, wie uns der feministische Strang der Internationalen Politischen Ökonomie (Bakker 2003, 2007; Elson 1993; Sauer 2001; Young 1998) in seiner Auseinandersetzung mit neoliberalen Politikmaßnahmen gelehrt hat: Geschlechtsblinde (Krisen-)Politik geht etwa in Form von Strukturanpassungsprogrammen auf Kosten der unbezahlt Hausarbeit Leistenden, also auch im Jahr 2011 noch vorrangig auf Kosten von Frauen. Das gleiche Problem stellt sich, wenn im Zusammenhang des auch in Deutschland erwartbaren so genannten „Zweitrundeneffekts" der Krise staatliche

Ausgaben gekürzt und Frauen in Folge erwartbarer Reprivatisierungen im Care-Bereich im Sinne der traditionellen geschlechtlichen Arbeitsteilung stärker in die Pflicht genommen werden. Christa Wichterich vermutet, dass Frauen – wie schon in früheren Krisen – als „soziale Airbags" gefragt seien, „die mit Mehrarbeit im Haushalt Lohnkürzungen und Kündigung der Männer auffangen, mit zwei Mini-Jobs die eigene Entlassung ausgleichen, mit ehrenamtlicher Arbeit oder Selbsthilfe das Schrumpfen öffentlicher Leistungen abfedern." (Wichterich (2009, 25)

Als eine Möglichkeit der Bearbeitung androzentrischer Projektionen in Wirtschaftstheorie und -politik kann die Integration sämtlicher Grundlagen und Wirkungen von Ökonomie in die wirtschaftswissenschaftlichen Modelle und Gleichungen angesehen werden – also sowohl die durch menschliches Wirtschaften in Mitleidenschaft gezogene Umwelt, deren Komponenten als „externe Effekte" aus ökonomischen Rechnungen elegant externalisiert werden, als auch die Vor- und Nachleistungen der sog. Reproduktionssphäre, denen in der ökonomischen Semantik noch nicht einmal ein entsprechender Fachbegriff zugewiesen wurde. Genau diesen Weg beschreitet die neoklassische bzw. neoliberale Wirtschaftstheorie am Anschluss an Gary S. Becker[5]. Aus feministischer Perspektive fragt sich allerdings, ob die Integration des „Care"-Bereichs in ökonomische Gleichungen wirklich sinnvoll ist? Geht es tatsächlich darum, nach gängigen Kosten-Nutzen-Kalkülen dessen Effizienz zu errechnen? Vielleicht tut die Reproduktionssphäre doch sogar gut daran, eine Variable zu sein und zu bleiben, mit der es sich schlecht rechnen lässt.

Allerdings hinterlässt die mit diesem Argument oft verbundene Pauschalkritik an Ökonomie und „ökonomischer Vernunft" schlechthin gerade aus feministischer Perspektive auch ein gewisses Unbehagen. Bestimmte Bereiche unter der Logik dessen zu betrachten, was man ökonomische Entscheidungskalküle nennt, kann durchaus sinnvoll sein – beispielsweise in der Kritik von Anerkennungsdefiziten unbezahlter Arbeit. Und die Frage, wie unter einer Reihe von Restriktionen, zum Beispiel der Knappheit von Ressourcen, gescheit gewirtschaftet werden kann, erledigt sich ja nicht durch die Feststellung, dass dies aktuell nicht der Fall ist.

Bei der Suche nach Alternativen zum status quo wird man also nicht umhin kommen, Normen und Leitlinien für „gutes" Wirtschaften zu entwickeln, das an den Bedürfnissen der Menschen orientiert ist. Ein emanzipatorischer Wirtschafts- und Gesellschaftsentwurf muss der Tatsache Rechnung tragen, dass es Bedürfnisse gibt, die über Tätigkeiten und Praxen befriedigt werden, die nicht marktfähig sind bzw. nicht marktfähig sein sollten; dass diese Tätigkeiten und

5 Vgl. ausführlich den Beitrag von Habermann in diesem Band.

Praxen aber dennoch gesellschaftlich und materiell anerkannt werden müssen. Es bleibt zu fragen: wie sich der Zusammenhang zwischen Produktion und Reproduktion, zwischen Finanzen und Ressourcen, zwischen Ökonomie, Politik und Kultur so organisieren und konstruieren lässt, dass Ökonomie nicht immer weiter Geschlechterstereotype und Geschlechterhierarchien produziert und voraussetzt, die nicht zuletzt auch die Bewältigung grundlegender sozialer und ökologischer Herausforderungen blockieren.

2. Grenzen des Wachstums, reloaded

2.1 „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität"

Seit einigen Monaten wird eine Debatte revitalisiert, die vor 40 Jahren schon einmal Blüten getragen hat, als der „Club of Rome" den Bericht von Denis Meadows mit dem Titel „Grenzen des Wachstums" veröffentlichte (1972). Nun wird in manchen Kreisen die – ohnehin nie gänzlich verstummte – Skepsis an einem Gesellschafts- und Entwicklungsmodell, das an der Vorstellung vom unbegrenzten Wirtschaftswachstums und unbegrenzt verfügbaren natürlichen Ressourcen festhält, wieder lauter, und den sich daran anschließenden Bewegungen werden bereits Namen gegeben: Décroissance in Frankreich, De-Growth im anglo-sächsischen und Post-Wachstumsökonomie im deutschsprachigen Raum. In Ländern wie Frankreich oder Großbritannien haben Parlamente oder Regierungen Kommissionen eingerichtet, die sich mit Wachstum und Nachhaltigkeit beschäftigen sollen, und seit Anfang 2011 hat auch der Deutsche Bundestag unter dem Stichwort „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität" eine Enquete-Kommission eingerichtet. Nach wenigen Monaten lässt sich deren Arbeit sicher noch nicht hinreichend beurteilen, allerdings lassen sich bereits einige aus feministischer Perspektive höchst problematische Tendenzen erkennen: Die Fraktionen von CDU/CSU und FDP haben zum einen darauf hingewirkt, dass sich die 17 ParlamentarierInnen und 17 Sachverständige um „nachhaltiges Wirtschaften und gesellschaftlichen Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft" (Drucksache 17/3853; Einsetzungsbeschluss der Kommission. Vgl. Deutscher Bundestag 2010) kümmern sollen; alle in der Kommission vertretenen Fraktionen haben es zum anderen unterlassen, auf eine geschlechtsparitätische Besetzung und auf die systematische Berücksichtigung feministischer Fragestellungen zu insistieren[6]. So ist weder eine tatsächlich (gen-

6 Die im Nachhinein von der Union ernannte Ökonomin Beate Jochimsen ist die einzige weibliche Expertin. EineN Sachverständigen mit feministischem Forschungsprofil hat die Kommission nicht benannt. Zwar wurden im Laufe des Jahres 2011

der-)kritische Analyse des an Wachstum orientierten Wirtschaft- und Gesellschaftsmodells als Ergebnis der Kommissionsarbeit wahrscheinlich, noch kann im Hinblick auf ihren Abschlussbericht mit konkreten politischen Forderungen gerechnet werden, die eine Abkehr vom Wachstumsparadigma auf der Ebene der Realpolitik ermöglichen. Vielmehr wird es gemäß der Mehrheitsverhältnisse in der Kommission (analog zu den Gewichtungen im Parlament) wohl eher um die Bekräftigung der „Nachhaltigkeit" des Modells der „Soziale Marktwirtschaft" einschl. der darin enthaltenen Wachstumslogik gehen (Berendsen 2011).

Dennoch bleibt festzuhalten, dass die Krise an den Finanzmärkten zumindest diskursiv die Möglichkeit für eine Debatte über die Basisannahmen des Wachstumsfetischismus zu bieten scheint – und zwar über den Zirkel der „üblichen Verdächtigen" aus dem links-alternativen Milieu hinaus. Es bleibt zu fragen, ob und wie Wachstumskritik ein herrschaftskritisches Potential entfalten kann und ob und wie Visionen von einer Post-Wachstumsökonomie als emanzipatorisches, feministisch fundiertes Transformationsangebot zu verstehen sind.

2.2 Grenzenloses Wachstum? – oder: Geld & Geschlecht

Was hat nun aber die Vorstellung vom grenzenlosen Wirtschaftswachstum mit der Krise an den Finanzmärkten zu tun? Ist die Kategorie Geschlecht eine relevante Dimension in diesem Zusammenhang – und wenn ja: inwiefern?

Die meisten alten Industrienationen haben einen Entwicklungsstand der Versorgung mit marktgängigen Waren erreicht, der es nicht mehr zulässt, weiteres Wachstum vorrangig durch den Einfluss realer Größen wie Bevölkerungswachstum und technischen Fortschritt zu stimulieren und zu erklären. Das enorme Wachstum der Finanzmärkte seit den siebziger Jahren ist auch ein Reflex auf die Wachstumshemmnisse in der Industrie seit den siebziger Jahren (Huffschmidt 2002). Als Kapital weltweit nach lukrativen Anlagemöglichkeiten suchte, dienten „innovative Finanzprodukte" wie Derivate auch dazu, industrielle Wachstumsbarrieren zu überbrücken. Wenn Kredite mit Krediten aufgenommen und

die Arbeitsmarktforscherin und Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) Jutta Allmendinger zum Thema „Gibt es einen Zusammenhang zwischen dem gesellschaftlichen Ziel Wirtschaftswachstum und dem Geschlechterverhältnis?" und die feministische Philosophin Martha Nussbaum zum Thema „Wachstum und globale Gerechtigkeit" jeweils zur öffentlichen Anhörung eingeladen, um als externe Expertinnen vor der Kommission zu referieren und deren Debatte zu bereichern. Ob die Leerstelle an feministisch geschulter Expertise in der Kommissionsarbeit auf diese Weise gefüllt werden kann, ist allerdings eher fraglich.

Hebelwirkungen ausgenutzt werden, scheinen Gewinne förmlich aus dem Nichts geschöpft werden zu können.

Geld scheint über die Funktion des Zinses angeblich und auf eigenartige Weise in der Lage zu sein, sich selbst zu vermehren. Anhand einer historischen Rekonstruktion – beginnend bei der aristotelischen Ökonomieanalyse bis hin zu aktuellen Debatten über die „Selbstreproduktion des Kapitals" – analysiert Joseph Vogl (2010/2011, 132) den der autonomen Geldvermehrung zugrunde liegenden Mythos als Ausdruck der Vorstellung von einer „künstlichen Fortpflanzung", die im Geldverleih ein „sich selbst gebärendes Geldmittel hervorbringt" (2010/2011, 122). Erstaunlicher Weise blendet Vogl die offenkundige Geschlechterdimension der „künstlichen Fortpflanzung" vollständig aus. Mainstream-ökonomische Geldtheorien präsentieren Geld denn auch als (geschlechts-)neutrales Tauschmittel, indem sie den Zins als Preis des (eigenen oder fremden) Geldes begreifen und in ihm eine Belohnungsfunktion (für den Verzicht des Geldgebers auf gegenwärtigen Konsum) verwirklicht sehen (Hubert 2009).

Auch die marxistische Geldtheorie bleibt geschlechtsblind (Haug/Hauser 1992). „Geld" ist danach „nicht eine Sache, sondern ein gesellschaftliches Verhältnis" (Marx zit. nach Bammé 2005, 29) – ein Produktionsverhältnis sowie ein Verhältnis zwischen Gläubiger und Schuldner. Geld ist nicht bloß als Zirkulationsmittel zu verstehen, sondern wird schließlich selbst zur Ware, die zinstragend an diejenigen verliehen wird, die es als Kapital investieren – und einen Produktions- und Akkumulationsprozess in Gang setzen, der so organisiert ist, dass ein Mehrwert entsteht, aus dem Zinsen gezahlt werden können (Altvater 2004, 13). Damit erzwingen Zinsen – wie u.a. Elmar Altvater betont – in der Rückkopplung der Finanz- an die Realökonomie Wachstum (vgl. ebd.). Die Prozesse der wirklichen Wertbildung bleiben aber verborgen, so dass die Illusion vom Geld heckenden Geld entsteht (Bammé 2005, 42). In diesem Zusammenhang ist freilich auch auf die Verteilungsfrage, auf die Rolle sozialer Ungleichheiten in kapitalistischen Geld- und Eigentumsgesellschaften zu verweisen (Bammé 2005, 30). Denn schließlich kann nur verleihen, der hat – an jemanden, der möglicherweise weniger, aber immerhin Sicherheiten zu bieten hat. An dieser Stelle werden nicht nur soziale sondern auch Geschlechterungleichheiten virulent: Frauen sind historisch kaum als Vermögensbesitzerinnen in Erscheinung getreten, und verfügen zugleich auch über weniger Sicherheiten als Männer.

Baustellen von und für feministische Wissenschaft

In theoretisch-analytischer Hinsicht besteht Bedarf an einer dezidiert feministischen Analyse der ökonomischen Grundkategorien Geld, Kredit, Zins, Kapital und Eigentum. Eine solche dürfte einen wichtigen Beitrag für das Verständnis der Prozesse an den Finanzmärkten wie auch für die Entwicklung eines alternativen Ökonomie-Entwurfs leisten. Dabei ist nicht zuletzt aus einer feministischen Perspektive, welche der Ambivalenz gesellschaftlicher (Modernisierungs-)Prozesse Rechnung trägt, zu berücksichtigen, dass Geld einerseits immer eine der zentralen Dimensionen der Geschlechterungleichheit war, dass aber gerade deshalb das „eigene" Geld in der Geschichte und auch im Hier und Jetzt ein wichtiges Emanzipationsmittel war und ist.

2.3 Wachstumsfiktion & Geschlecht: Was ist hier eigentlich noch „real"?

Finanzmärkte sind keine Erfindung böser Broker. Die Entwicklung komplexer Finanzinstrumente folgte im Kontext der Internationalisierung der Finanzmärkte und Warenströme auch der Notwendigkeit, dass sich Wirtschaftstreibende gegen allerlei Risiken des Wirtschaftens absichern müssen. Nichtsdestotrotz haben diese Produkte, die in Häusern wie Goldman Sachs, Citigroup oder JP Morgan – um nur die größten Investmentbanken zu nennen – erfunden wurden, eine Eigendynamik entwickelt, die spätestens seit 2008 kritisch diskutiert und moniert wird. Es ist nicht mehr klar, wo Investition aufhört und das Casino beginnt. Joseph Vogl schreibt, im Terminhandel habe sich mittlerweile die „Abkopplung eines Zeitgeschäfts vom Warentausch" vollzogen (2010/2011, 92). Es werde immer schwieriger, „reale" ökonomische Transaktionen von „fiktiven" abzugrenzen (ebd.). Es liege in der Logik des Future-Handels, dass wirkliche Lieferungen und Lieferabsichten mittlerweile für irrelevant erklärt worden seien (Vogl 2010/2011, 93). Der Future-Handel umgehe die physischen Bedingungen der Produktion ebenso wie „die Materialität von Transfer und Transport" (ebd.). Die Spekulation wird zum Normalfall, zum Synonym für die Beschaffung von Liquidität; die Grenze zwischen Spekulant/Glücksspieler und Investor verwischt ins Unkenntliche. Denn:

> „Sofern hier das Differenzkriterium zwischen realen und fiktiven Werten nicht mehr zählt, sofern Hedging, also der Handel mit Finanzderivaten, eine Investition in Risiken, also den Handel mit Finanzderivaten, verlangt, werden Investition und Spekulation nicht nur verwechselbar, sondern als symmetrische Seiten ein und derselben Operation virulent" (Vogl 2010/2011, 95).

Wenn die Vereinten Nationen in den vergangenen Monaten immer wieder „alarmierende" Rekordpreise für die Grundnahrungsmittel Reis und Zucker meldeten[7],

7 Der Rohstoff-Preisindex des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts (HWWI), der Energieträger wie Rohöl ausklammert, stieg 2010 um 41,3 Prozent (Die Zeit, 13.1.2011).

dann könnte das einerseits an Umwelteinflüssen (Dürren oder Unwetter) oder Katastrophen bei der Rohstoffproduktion (Deep Water Horizon) liegen; weil aber die reinen Finanztransaktionen an den Rohstoffmärkten um ein Vielfaches höher sind als die zugrunde liegenden Rohstoffmengen[8], sehen Beobachter dies als Beleg dafür, dass fachfremde Anleger und Spekulanten, Banken und Brokerhäuser den Handel mit Rohstoffen übernommen haben. „Wandernde Spekulationsblasen" nennt Rolf J. Langhammer, Vizepräsident des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, institutionelle Anleger, die an den Rohstoffmärkten entsprechende Finanzprodukte nicht für *reale* wirtschaftliche Prozesse nutzen – also zur Risikoabsicherung in einem besonders risikoreichen Wirtschaftssegment (z.B. Bauern, die sich gegen künftige Ernteausfälle absichern wollen oder Lieferanten, um die Preise von Nahrungsmitteln berechenbarer zu machen) –, sondern zur Spekulation (Wischermann/Die Zeit 2011). Auf den Handelsplätzen der Welt ist die US-amerikanische Aufsichtsbehörde CFTC die einzige Institution, die registriert, wer zu welchem Zweck mit welchen Summen im Warentermingeschäft für Rohstoffe aktiv ist (vgl. Lütge 2011).

Baustellen feministischer Wissenschaft

Sofern die Prognose, von einer mittel- bis längerfristigen Persistenz des globalisierten Wirtschaftssystems ausgehen zu müssen, realistisch und man bereit ist, auf das Hier und Jetzt gerichtete Reformvorschläge zu überdenken, dann könnte eine erste Intervention darin bestehen, bestimmte Bereiche und Sektoren dem Zugriff der Finanzmärkte zu entziehen. Feministinnen um die Ökonomin Adelheid Biesecker (Biesecker u.a. 2000) haben gefordert, „Nachhaltiges Investment" zu fördern. Es gibt bereits Angebote des „ethischen" ebenso wie des „ökologischen Investments", die Ökonomie und Wachstum in eine nicht ausschließlich renditegesteuerte Richtung lenken sollen. Mit „nachhaltigem Investment" sollen aber zugleich auch Grenzen des Wachstums politisch gezogen und verteidigt werden, indem Banken nicht als Spekulanten, sondern als Vermittler „Vorsorgenden Wirtschaftens" auftreten. In dieser Vision werden die Finanzinstitutionen zu Unterstützern kleiner, selbstorganisierter und selbstverwalteter Projekte. Nahrungsmittel sollen der Spekulation entzogen werden, ebenso wie Gesundheit, Bildung, Wasserversorgung oder der öffentliche Nah- und Fernverkehr.

Unschärfen dieses Konzepts betreffen insbesondere die Frage, welche Akteurinnen in der Lage sind bzw. demnächst sein sollen, wie auch immer definierte

8 Laut FAO werden beispielsweise 3,4 Millionen Tonnen Kakaobohnen im Jahr geerntet, aber etwa 60 Millionen Tonnen gehandelt.

„Grenzen des Wachstums" auch durchzusetzen: Der Staat, die Vereinten Nationen, zivilgesellschaftliche Institutionen, eine Bewegung? Und: Wer soll die „Grenzen des Wachstums" definieren: Schon wieder der Staat? Sind wir nicht eigentlich skeptisch, was staatliche Allwissenheits- und Allmachtsphantasien anbelangt?

Und weiter: Ist es überhaupt möglich und wünschenswert, einen Unterschied machen zu wollen zwischen Bereichen, in denen finanzspekuliert werden darf, und solchen, die dem Zugriff der Finanzmärkte entzogen werden? Nach dem Motto: Macht mit den Mercedes-Aktien, was Ihr wollt, aber verschont Nahrungsmittel und denkt an die „Dritte Welt"! Es ist zweifellos wünschenswert, Geld auf seine den Menschen „dienende" Funktion zurückzuführen, aber forciert das nicht eine unzulässige Unterscheidung zwischen „produktivem" und „unproduktivem", „gutem" und „schlechtem", „schaffendem" und „raffendem" Kapital?

Will man die Finanzmärkte tatsächlich regulieren, so bedarf es normengeleiteter Kriterien. Welche Projekte, Vorhaben und Unternehmen wollen wir in der Gesellschaft der Zukunft? Wo können Märkte den Koordinierungs- und Lenkungsbedarf einer komplexen Ökonomie entlasten, wo nicht? Wie kann dieser Koordinierungs- und Lenkungsbedarf auf demokratische oder doch zumindest demokratieverträgliche und ökonomisch kompetente Weise bewerkstelligt werden? Die Debatte um „Nachhaltiges Wirtschaften" darf sich nicht darin erschöpfen, sympathische Konzepte und intelligente Technologien für einen irgendwie „grün" angehauchten Umbau des Kapitalismus zu verhandeln. Es muss auch und – gerade in feministischer Perspektive – insbesondere um Verteilungs- und Machtfragen sowie um die Realisierung von Wirtschaftsdemokratie gehen. Forschungs- und Konzeptionsdefizite liegen in diesem Feld nicht nur in der Aktualisierung mittlerweile veralteter, weil beispielsweise auf den Nationalstaat beschränkter Modelle von Wirtschaftsdemokratie; Wirtschaftsdemokratie darf auch nicht mehr nur von der Organisation von und der Mitbestimmung in Industriebetrieben handeln, sondern muss auch die demokratische und mithin gleichberechtigte Gestaltung der so genannten Reproduktionssphäre umfassen.

3. *Homo Oeconomicus, ade*

Über die ökonomietheoretische Modalfigur, den homo oeconomicus, haben feministische Ökonominnen aus gutem Grund schon viel geforscht und publiziert (Ferber/Nelson 2003; Hoppe 2002; Barker 1999; Maier 1994; Barker/Kuiper 2003; Regenhard 1998; Kreisky 2001; Habermann 2009). Analog zur Konstruktion einer „autonomen Marktsphäre" ist das wirtschaftswissenschaftli-

che Subjekt der Neoklassik der Inbegriff einer Männlichkeitsphantasie: Umfassend informiert, rational handelnd und grenzenlos autonom jettet er durch das Wirtschaftsgeschehen. Doch auch diesbezüglich hat die Finanzkrise immerhin dazu beigetragen, diese androzentrische Kopfgeburt zumindest ansatzweise als Karikatur zu entzaubern (vgl. Kurz-Scherf 2009). Fortschrittsgläubigkeit und technikgestützte Machbarkeitsphantasien haben bei Akteuren in der Finanzbranche eine extreme Dynamik entfaltet. Irrationaler Überschwang prägte und lenkte das Hantieren der Akteure im Finanzsektor, wo doch vermeintlich klare Kalkulation gefordert war. Und selbst dort, wo streng kalkuliert wurde, erwies sich die finanzökonomische Realität komplexer als gedacht: Wie die in der Publikation *Strukturierte Verantwortungslosigkeit* (Honegger/Nickel/Magnin 2010) gebündelten Befunde eindrücklich zeigen, waren die in den Bankenetagen angestellten Physiker überfordert, Entscheidungsgrundlagen für die Analysten zu liefern. Diese als „Quants" gefasste Gruppe fütterte ihre Computer mit allen zur Verfügung stehenden Informationen, und musste letztlich einsehen, dass sich das Geschehen auf den Aktien-, Devisen- und Sekundärmärkten nicht hundertprozentig vorhersehen lässt –, ja dass es sogar fundamental abweichen kann von der mathematischen Kalkulation. Die fälschliche Vorstellung, die Entwicklung von Aktienkursen auf der Grundlage der höheren Mathematik vorhersehen und kontrollieren zu können, ist *ein* Resultat des wirtschaftswissenschaftlichen Menschenbildes, das einem sehr spezifischen Verständnis ökonomischer Rationalität huldigt wie andere Kreise der unbefleckten Empfängnis.

Ein *anderes* Resultat ist aus normativer Sicht problematisch. Denn der homo oeconomicus soll ja nicht nur allwissend und rational sein, er wird vielmehr auch als ein durch und durch autonomes Wesen vorgestellt, das sich selbst nicht kümmert und nicht sorgt – und gleichzeitig nicht auf Sorge und Pflege anderer angewiesen ist. Die Autorin Kathrin Röggla erzählt in ihrem Essay von dem Schriftsteller-Kollegen Ulrich Peltzer, der für das Drehbuch zu dem Film „Unter dir die Stadt" (2010) Recherchen im Bankermilieu unternommen hatte:

> „Peltzers Schilderung der Obszönität von deren Macht gipfelten in der Beschreibung einer Herrentoilette in den obersten Stockwerken des Turmes der Commerzbank. Diese war ganz aus Glas gestaltet, sodass man beim Pinkeln den Eindruck hatte, man pinkle auf die Stadt Frankfurt. Ja, wer es hier heraufgeschafft hat, der darf sich diesem Vergnügen widmen". (Röggla 2009, 48-49)

Es gilt, ein neues Leitbild auch für den/die ökonomische/n Akteur/in zu entwickeln, der/die an Vor- und Fürsorge interessiert sein muss, der/die sich zu

kümmern hat. Akteure, die einer anderen ökonomischen Rationalität verpflichtet sind: eine Rationalität, die die Sorge um sich selbst genauso umfasst wie die Sorge um und für andere. Niemand sollte sich von der Vorstellung erquicken lassen, er uriniere auf eine Stadt und deren Menschen. Vielmehr müsste die Frage auf der Hand liegen: „Sag mal, wer putzt denn eigentlich dieses (Männer)Klo?"

Eine Rationalität der Sorge um und für sich selbst ebenso wie der Sorge um und für andere umfasst selbstverständlich auch die so genannte Reproduktionssphäre, sie ist aber keineswegs auf den familiären, nachbarschaftlichen oder freundschaftlichen Nahbereich begrenzt. Sie zielt perspektivisch auf einen grundlegenden Paradigmenwechsel des Ökonomischen vom Primat der Verwertung hin zum Primat der Versorgung[9]. Eine der zentralen Herausforderungen der Erarbeitung feministischer Konzepte für einen solchen Paradigmenwechsel liegt in der Differenzierung und Vermittlung unterschiedlicher Ebenen und Sphären und unterschiedlicher Logiken ökonomischer Rationalität, die aber doch auch auf ein Ziel – die nachhaltige, sozial- und geschlechtergerechte Befriedigung von Bedürfnissen unter demokratieverträglichen und demokratieförderlichen Bedingungen – ausgerichtet sind.

III. Auch nichts Neues zum Schluss: „Her mit der Utopie" (Bernadette La Hengst)

Mittlerweile, im Herbst 2011, scheint sich das Möglichkeitsfenster für die Artikulation von Fundamentalkritik am herrschenden Wirtschafts- und Gesellschaftssystem wieder geschlossen zu haben. Gleichzeitig passieren gewissermaßen im Wochentakt Dinge, die beunruhigen, Fragen aufwerfen – und anscheinend schnelles politisches Handeln erfordern. Obwohl manche Prozesse wie der drohende Kollaps der griechischen Staatsfinanzen und die Krisen in anderen südeuropäischen Ländern durchaus vorhersehbar waren, steht man als Beobachterin betroffen und hilflos da, während in den einzelnen Ländern Proteste und Kämpfe stattfinden, die kaum auf Verständnis stoßen: Schließlich hätten die Griechen nun einmal über ihre Verhältnisse gelebt. Aus der Mottenkiste werden Reformvorgaben gefischt, die den neoliberalen Schocktherapien – Privatisierung, Liberalisierung, Deregulierung – der Strukturanpassungsprogramme nur allzu sehr ähneln und von denen man geglaubt hat, sie hätten sich auch unter politischen EntscheiderInnen in ihrer Radikalität längst diskreditiert. Also nicht nur: am Besten nichts Neues, sondern: am Allerbesten wieder Uraltes!

9 Vgl. ausführlich Kurz-Scherf 2009 und den Beitrag von Kurz-Scherf in diesem Band.

Trotz zum Teil vehementer Kritik an den Prozessen in der Finanzbranche scheinen sich die Praxen dort bislang kaum gewandelt zu haben. Die Automatisierung und Computerisierung des Aktienhandels hat sich zum Beispiel trotz der Bankrotterklärung vom September 2008 und der folgenden Ereignisse offenbar immer noch nicht so weit blamiert, dass man darauf verzichten wollte. Dabei nimmt das ganze Gebilde groteske Züge an: In Manhattan erzielt diejenige Bank – es ist die New York Bank –, die in direkter Nähe zum dortigen Internetknoten an der Broad Street Nummer 60 ihr Rechenzentrum hat, „signifikante Vorteile", schreibt Jörg Wittkewitz in der F.A.Z., „weil sie Millisekunden vor anderen Finanzdienstleistern reagieren kann". Das gesamte Finanzsystem bleibe extrem verletzbar – man stelle sich nur eine erfolgreiche Cyberattacke vor, die das Herzstück des virtuellen Handels lahm legte (vgl. Wittkewitz 2011). Zur inhärenten Krisenanfälligkeit des Finanzkapitalismus kommt demnach noch eine technologievermittelte hinzu, die im Zusammenhang mit dem Technik- und Fortschrittswahn der „masters of the universe" (Krugman 2009) entziffert werden muss.

Viele Menschen, die jetzt, im Herbst des Jahres 2011, in New York, Athen, Berlin, Köln, Frankfurt und anderen Städten auf die Straßen gehen, wissen, dass es „so" nicht weitergehen kann. Bleibt die Frage nach dem „wie dann?". Auch wenn sich diese Frage aktuell und akut nicht mit einem fertig ausgearbeiteten Alternativangebot aus der Feder avantgardistischer Vordenker „beantworten" lässt, so hat sie sich damit doch keineswegs erledigt. Sie muss vielmehr in einem gemeinsamen, glokalen Suchprozess kommuniziert und dabei auch immer wieder neu gestellt werden. Wie wollen wir leben? Wer hat welche Vorstellungen vom guten Leben? Wie kann die Freiheit jedes Einzelnen zur Bedingung der gleichen Freiheit Aller werden? Wie muss das Gesellschaftsmodell gestaltet sein, das dies ermöglicht? Und was ist die politische Ökonomie einer solchen Gesellschaft? Eine kompetente Intervention, so habe ich auszuführen versucht, benötigt eine Perspektive, die sich geschlechtskompetent am *state of the art* abarbeitet; sie erfordert aber auch eine konkrete Utopie, die mit einer Sensibilität und einer Parteinahme für Praxen, Personen und Bedürfnisse ausgestattet sein muss, die nur dann sichtbar werden, wenn man *auch* vom Küchenboden, von der Wickelkommode oder von der Altenpflege aus auf die Welt blickt.

Literatur

Altvater, Elmar, 2004: Eine andere Welt mit welchem Geld? Über neoliberale Kritik der Globalisierungkritik, unbelehrte Ignoranz und Gesells Lehre von Freigeld und Freiland. http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/altvater/altvater.pdf (Download: 19.02.2012)

–/Mahnkopf, Birgit, 1996: Grenzen der Globalisierung. Münster.

–/Zelik, Raul, 2009: Vermessung der Utopie. Ein Gespräch über Mythen des Kapitalismus und die kommende Gesellschaft. München.

Bakker, Isabella, 2003: Power, Production and Social Reproduction. Basingstoke.

Barker, Drucilla K., 1999: Neoclassical Economics. In: Peterson, Janice/Lewis, Margaret (Hg.): The Elgar Companion to Feminist Economics. Cheltenham.

–, 2006: Feminist Economists Negotiate Development. In: Dies/Kuiper, Edith (Hg.): Feminist Economics and the World Bank: History, Theory and Policy. London/New York, 209-217.

–/Kuiper, Edith (Hg.), 2003: Towards a Feminist Philosophy of Economics. London/New York

Becker, Gary S., 1982: Der ökonomische Ansatz zur Erklärung menschlichen Verhaltens. Tübingen.

Berendsen, Eva-Maria, 2011: Im Salon des Parlaments. Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität: Eine Enquete-Kommission will die ganz großen Fragen beantworten. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.09.2011. http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/enquete-kommission-wachstum-im-salon-des-parlaments-11340185.html (Download: 19.02.2012)

Biesecker, Adelheid/Mathes, Maite/Schön, Susanne/Scurrell, Babette (Hg.), 2000: Vorsorgendes Wirtschaften. Auf dem Weg zu einer Ökonomie des Guten Lebens. Bielefeld.

Binswanger, Mathias, 1996: Haben sich die Finanzmärkte von der Realökonomie abgekoppelt? In: Ders./Hengsbach, Friedlhelm (Hg.): Haben sich die Finanzmärkte von der Realökonomie abgekoppelt? Frankfurt/M.

Deutscher Bundestag 2010: Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS90/DIEGRÜNEN . Einsetzung einer Enquete-Kommission „Wachstum,Wohlstand,Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft" . Drucksache 17/3853, http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/038/1703853.pdf (Download: 19.02.2012)

Dieterich, Heinz, 2006: Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Berlin.

Elson, Diane, 1993: Feministische Ansätze in der Entwicklungsökonomie. Prokla. 23. Jg. Heft 93. Nr. 4, 529-550.

Ferber, Marianne A./Nelson, Julie A. (Hg.), 2003: Feminist Economics Today: Beyod Economic Man. Chicago/London.

Fischermann, Thomas, 2011: Teurer Stoff. Die Preise für Öl, Metalle, Nahrung und Agrarrohstoffe steigen rasant. Kann man dagegen etwas tun? Die Zeit, 13.01.2011, 17.

Fraser, Nancy, 1994: Widerspenstige Praktiken. Macht, Diskurs, Geschlecht. Frankfurt/M.

Habermann, Friederike, 2008: Der homo oeconomicus und das Andere. Hegemonie, Identität und Emanzipation. Baden-Baden.

Haug, Frigga/Hauser, Kornelia, 1992: Marxistische Theorien und feministischer Standpunkt. In: Knapp, Gudrun-Axeli/Wetterer, Angelika (Hg.): TraditionenBrüche: Entwicklungen feministischer Theorie. Freiburg, 115-149.

Honegger, Claudia/Nickel, Sighard/Magnin, Chantal, 2010: Strukturierte Verantwortungslosigkeit. Berichte aus der Bankenwelt. Berlin

Hoppe, Hella, 2002: Feministische Ökonomik. Berlin.

Huffschmid, Jörg 2002: Politische Ökonomie der Finanzmärkte. Hamburg

Lütge, Gunhild, 2011: Von den Guten und den Bösen. Die Nahrungsmittelindustrie fürchtet Rohstoffspekulanten – und braucht sie zugleich. Die Zeit, 24. 02. 2011 http://www.zeit.de/2011/09/Nahrungsmittelindustrie-Rohstoffspekulanten/seite-1 (Download: 19.02.2012)

Kreisky, Eva, 2001: Weltwirtschaft als Kampffeld: Aspekte des Zusammenspiels von Globalismus und Maskulinismus. Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP) 2001/2, 137-160.

Krugman, Paul, 2009: Die neue Weltwirtschaftskrise. Bonn.

Kurz-Scherf, Ingrid, 2009: Monopoly-Kapitalismus: Reservat der Männlichkeit. In: Blätter für deutsche und internationale Politik (Hg.): Das Ende des Kasino-Kapitalismus? Berlin, 36-40.

Maier, Friederike, 1994: Das Wirtschaftssubjekt hat (k)ein Geschlecht! Oder: Bemerkungen zum gesicherten Wissen der Ökonomik zur Geschlechterfrage. In Carl, Andrea-Hilla/Maier, Friederike/Regenhardt, Ulla (Hg.): Ökonomische Theorie und Geschlechterverhältnis. Berlin, 15-39.

Regenhardt, Ulla, 1998: Gender & Ökonomie. Zur Geschlechterhierarchie in den Wirtschaftswissenschaften. In: Dies., (Hg.): Die männliche Wirtschaft: Geschlechtertrennung und Konzepte zur Frauenintegration. Berlin, 111-149.

Röggla, Katrin, 2009: Gespensterarbeit, Krisenmanagement und Weltmarktfiktion. Wien.

Sauer, Birgit, 2001: Die Asche des Souveräns: Staat und Demokratie in der Geschlechterdebatte. Frankfurt/M.

Seith, Anne 2009: Casino-Kapitalismus feiert Comeback. In: Spiegel-Online 15.10.2009 http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,655185,00.html (Download: 19.02.2012)

Vogl , Joseph, 2010/2011: Das Gespenst des Kapitals. Zürich.

Wichterich, Christa, 2009: Frauen als soziale Airbags. Lunapark 21. Heft 6, 22-25.

Wittkewitz, Jörg, 2011: Neuer Staatsfeind Nummer eins. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. Juni 2011, 27.

Young, Brigitte, 1998: Genderregime und Staat in der globalen Netzwerk-Ökonomie. Prokla. 28. Jg. Heft 111, Nr. 2, 175-198.

Zeise, Lucas, 2010: Geld. Der vertrackte Kern des Kapitalismus. Köln.

Elisabeth Voß

Solidarische Ökonomie als wirtschaftliche Selbsthilfe und in gesellschaftlicher Dimension

Die kapitalistische Wirtschaftsweise mit ihren vielfältigen Krisen verliert ihre Legitimation. Selbst ein Konservativer wie der FAZ-Herausgeber Frank Schirrmacher gibt zu, dass Linke Recht haben könnten mit ihrer Kritik am Kapitalismus, und der Superreiche Warren Buffett fordert eine stärkere Besteuerung der Reichen. Jedes Jahr sterben weltweit Millionen Menschen an Hunger, in Ressourcenkriegen und Kämpfen um Land, auf der Flucht vor Perspektivlosigkeit, Elend und Krieg. Die Krisen zeigen das hässliche Gesicht einer Wirtschaftsweise, der es nicht darum geht, menschliche Bedürfnisse zu befriedigen, sondern Gewinne zu erwirtschaften. Waren und Dienstleistungen dienen als Mittel zu diesem Zweck, ihr Gebrauchswert interessiert nur, soweit er der Realisierung des Tauschwerts dient. Der Preis für den schönen Schein der bunten Warenwelt ist die gnadenlose Ausbeutung und letztlich Zerstörung der Natur und der Würde, der Gesundheit und des Lebens eines großen Teils der Menschen auf dieser Erde. Börsenspekulation, Banken und Gier sind nur Symptome dieser Wirtschaftsweise, die Ursachen liegen im kapitalistischen System selbst. Der Mythos einer Wirtschaft, in der die „unsichtbare Hand“[1] des Marktes den größtmöglichen Vorteil für alle bringt, wenn sich Menschen darin ungestört und nur auf ihren eigenen Vorteil bedacht begegnen können, scheint zerstört.

Angesichts der tödlichen Folgen gewinnorientierter Wirtschaftsweisen stellt sich mit besonderer Dringlichkeit die Frage, was Menschen wirklich brauchen, was für eine „unmittelbare Produktion und Reproduktion des Lebens“ (Mies 2005) erforderlich ist an Rohstoffen, Energie und menschlicher Arbeitskraft, und wo das, was eigentlich der Menschheit als Gemeinressourcen zustünde, illegitimerweise im Interesse einiger Weniger verbraucht und zerstört wird. Diese Fragestellung geht deutlich weiter, als z.B. Konzepte einer Green Economy, oder Wirtschaftsdemokratie-Diskurse in Gewerkschaften, die das System nicht in

1 Der Begriff „unsichtbare Hand“ wurde im 18. Jahrhundert von dem wirtschaftsliberalen Ökonomen Adam Smith geprägt.

Frage stellen: „Wirtschaftsdemokratie, mit einer besonderen Verpflichtung auf ökologische und soziale Nachhaltigkeit beansprucht nicht, eine grundsätzliche Alternative zu einer Wirtschaftsordnung mit Privatkapital und Markt zu sein. Wirtschaftsdemokratie ist aber zweifellos eine Perspektive für eine zeitgemäße Form des sozial regulierten Kapitalismus“ (Schabedoth 2011).

Unternehmen in konventionellen Strukturen verfolgen häufig neben der Gewinnerzielung auch andere Ziele. Sei es, dass sie Teile ihrer Überschüsse (steuersparend) gemeinnützigen Zwecken zuführen (*charity*) oder mit ihrer Geschäftstätigkeit direkt gesellschaftliche Verbesserungen umsetzen (*social business*[2]), dass sie kontinuierlich ökologische Verbesserungen vornehmen (Öko-Audit) oder gesellschaftliche Auswirkungen ihrer Unternehmenspolitik in ihre Entscheidungsprozesse einbeziehen (*corporate social responsibility*[3], Gemeinwohlökonomie[4]).

Alle Versuche, den Raubtierkapitalismus zu zähmen und bessere reale Lebensverhältnisse zu schaffen, sind legitim und respektabel, allerdings habe ich starke Zweifel, ob diese Reparaturen ausreichen, um dauerhaft eine global gerechte Welt zu gestalten. So lange das Eigentum an Produktionsmitteln unangetastet die Herrschaft über die Arbeitenden erlaubt, werden Nachhaltigkeit, Gemeinwohl etc. ebenfalls zur Ware und zum Verkaufsargument im Wettlauf um mehr Wachstum und mehr Gewinne.

Aber was tun? Welche Alternativen gibt es? Im Folgenden möchte ich den Versuch unternehmen, Aspekte einer anderen, nicht vorrangig gewinnorientierten Wirtschaftsweise zu skizzieren. Gleichzeitig möchte ich der Versuchung widerstehen, angesichts der Dringlichkeit der aktuellen Fragestellungen einfache Antworten zu suchen, da es aus meiner Sicht in erster Linie darauf ankommt, einen Perspektivwechsel vorzunehmen – weg von der Konzentration auf die Frage, *was* zu tun ist, hin zu einer Beschäftigung damit, *wie*, auf welche Art und Weise Wirtschaft anders organisiert werden könnte und in vielfältigen Versuchen alternativer Ökonomien weltweit heute schon anders organisiert wird: demokratisch, bedürfnisorientiert, solidarisch.

2 genisis Institute for Social Business and Impact Strategies, Berlin: http://www.genisis-institute.org/ und Zeitschrift „enorm – Wirtschaft für den Menschen“: http://www.enorm-magazin.de/

3 Die „Gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen“ ist auch ein Programmbereich der wirtschaftsnahen Bertelsmann-Stiftung: http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-06DB4370-6A591785/bst/hs.xsl/461.htm

4 Vgl. Felber 2010 und: http://www.gemeinwohl-oekonomie.org/

Demokratisierung der Wirtschaft im System und darüber hinaus

Für viele Menschen ist „die Wirtschaft“ das ganz Andere, das Fremde, häufig das, mit dem sie nichts zu tun haben möchten. Aus der Alltagserfahrung mag dies nachvollziehbar sein, blendet aber einen Teil der gelebten Realität aus. Daher liegt eine große Herausforderung darin, sich den Begriff und das Verständnis von Wirtschaft anzueignen. Denn ist nicht eigentlich Wirtschaft etwas ganz Einfaches? Es gibt die Natur mit ihren Ressourcen und die Menschen (als Teil dieser Natur), die dank ihrer Kreativität und Arbeitsfähigkeit aus diesen Ressourcen Nützliches[5] herstellen können. Die dafür erforderlichen Werkzeuge und Maschinen, ebenso wie Wasser, Rohstoffe und Halbfertigprodukte, sind letztlich, wenn auch oft in vielen Stufen der Wertschöpfung, aus dem, was die Natur bietet, unter Einwirkung menschlicher Arbeit entstanden. Die materiellen und immateriellen Ergebnisse dieser Arbeit mit den Ressourcen – die Produkte und Leistungen – werden in einem nächsten Schritt verteilt. Auch dies erfolgt häufig in vielen aufeinander aufbauenden Vertriebsstufen, bis das aus Natur und Arbeit Hergestellte endlich bei den NutzerInnen angekommen ist.

Ich spreche bewusst von „Produkten und Leistungen“ und nicht von „Waren und Dienstleistungen“, um zu verdeutlichen, dass der Austausch nicht in jedem Fall über den Markt erfolgt, sondern dass auch andere Austauschformen existieren, z.B. direkter Tausch, Verteilung unter den Mitgliedern ohne Verrechnung, „Verschenken“ als *open source* etc. Die Zirkulation ist ebenso vielfältig wie die Herstellung von Produkten und Leistungen, die nur zu einem Teil durch Erwerbsarbeit erfolgt, zum größeren Teil als reproduktive oder Sorge-Arbeit, Selbstversorgung oder gesellschaftliches Engagement in Haushalten und Gärten, lokalen Gemeinschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen (Olympe 2007; Stiftung Fraueninitiative/Mertens 2011). Ohne Wirtschaft kann kein Mensch leben. Jede und jeder überall auf der Welt ist darauf angewiesen, Wohnraum, Lebensmittel, Energie, Gesundheitsversorgung, Bildungsangebote, Mobilität und vieles andere zu nutzen. Ob dies überhaupt zur Verfügung steht, und wenn ja, in welcher Qualität und zu welchen Bedingungen – das ist im Wesentlichen eine Frage des Zugangs zu Ressourcen, und eine Frage der Aushandlungsprozesse in Wirtschaft und Gesellschaft, also eine Frage der Demokratie (vgl. z.B. von Braunmühl 2011): Wer entscheidet darüber, was in welcher Menge und auf welche

5 Ebenso können Menschen natürlich auch Unnützes bzw. Schädliches herstellen, und welche Produkte menschlicher Arbeit wie bewertet werden, das unterscheidet sich je nach Interessenlage.

Art und Weise hergestellt wird, und wer entscheidet darüber, wer zu welchen Bedingungen die Produkte und Leistungen erhält?

Die US-amerikanische Wissenschaftlerin Elinor Ostrom hat 2009 den Wirtschaftsnobelpreis für ihre Forschungen zu *Commons* (Gemeingütern) bekommen. Sie beschreibt *Commons* als gemeinschaftlich bewirtschaftete Ressourcen auf der Basis selbstdefinierter Regeln. *Commons* sind also weit mehr als nur Ressourcen, sie stellen eine Wirtschaftsweise dar, die sowohl den Nutzen für alle Mitglieder einer Gemeinschaft sicherstellt als auch die Ressourcen vor Übernutzung und Zerstörung bewahrt (Ostrom 2011).

Die herrschende, zentralistische und exportorientierte Wachstumswirtschaft, die systematisch Verschleiß und Verschwendung produziert, lässt sich nicht durch reine Reduzierung der Mengen nachhaltig gestalten. Eine Postwachstumsgesellschaft braucht qualitativ andere Produktions- und Reproduktionslogiken, kleinteiliger und auf lokale Bedarfe und Selbstorganisation ausgerichtet. Darauf orientierte sich bereits die Bielefelder Subsistenzperspektive, die seit den 1970er Jahren von Maria Mies, Claudia von Werlhof und Veronika Bennholdt-Thomsen aus feministischen Debatten entwickelt wurde (vgl. z.B. Mies 2005; Baier/Müller 2006). Heute boomt die DIY-Bewegung (DIY = Do It Yourself), weltweit arbeiten vor allem Frauen zur Versorgung ihrer Familien in Nachbarschaftsgärten (Meyer-Renschhausen u.a. 2002)[6] und in Deutschland haben sich etwa 50 Frauen zum „Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften" (www.vorsorgendeswirtschaften.de) zusammengeschlossen. Der alte Streitpunkt der Frauenbewegung, wie die Gleichwertigkeit von Hausarbeit gewährleistet werden kann, und ob sie zu entfremdeter Erwerbsarbeit werden sollte oder nicht, wird in Kommuneprojekten mit gemeinsamer Kasse beigelegt, indem alle Tätigkeiten gleichgestellt sind, unabhängig davon, ob sie monetäre Einkommen generieren oder der Reproduktion dienen. In selbstorganisierten Strukturen können so die Grenzen zwischen Produktion und Reproduktion tendenziell aufgelöst werden.

In größerem Stil landwirtschaften CSA-Gemeinschaftshöfe (CSA = Community Supported Agriculture). In Japan, den USA und Frankreich gibt es bereits Tausende solcher Höfe, in Deutschland scheint langsam eine Bewegung zu entstehen (http://solidarische-landwirtschaft.org). In diesem Unternehmensmodell

6 Allein in Deutschland listet die Stiftung Interkultur (www.stiftung-interkultur.de) gegenwärtig 121 Gartenprojekte auf. Diese Gärten erfüllen eine wichtige soziale Funktion, Menschen aus unterschiedlichen Kulturen treffen aufeinander, im Garten des Berliner Südost Europa Kultur e.V. (www.suedost-ev.de/interkultureller_garten/interkultureller_garten.php) versuchen z.B. bosnische Kriegsflüchtlinge ihre Traumatisierungen zu überwinden.

finanziert eine Wirtschaftsgemeinschaft aus oft mehreren Hundert Menschen einen Landwirtschaftsbetrieb, der von einer kleineren Hofgemeinschaft professionell bewirtschaftet wird. Die Erträge teilen sich die Mitglieder der Wirtschaftsgemeinschaft, die Produktion und Verteilung ist also dem Markt entzogen. Dies entspricht dem Leitbild der „Ernährungssouveränität" aus dem Weltagrarbericht 2008[7], das nur durch eine bäuerliche Landwirtschaft, die auf Selbstversorgung in lokalen Strukturen ausgerichtet ist, umgesetzt werden kann. Damit verwendete erstmals ein UN-Dokument den Begriff „Ernährungssouveränität", der von Via Campesina (www.viacampesina.org), einem weltweiten Zusammenschluss von KleinbäuerInnen und LandarbeiterInnen, stammt[8].

Was kann unter Solidarischer Ökonomie verstanden werden und wer spricht für sie?

Der entscheidende Unterschied zur herkömmlichen, auf Macht, Konkurrenz und Gewinnmaximierung basierenden Ökonomie besteht darin, dass in Solidarischen Ökonomien[9] die Menschen im Vordergrund stehen, nicht die Gewinne: *people before profits*. Was das konkret bedeutet, ob es überhaupt Gewinne geben sollte oder nicht und wofür diese verwendet werden, darüber gibt es unterschiedliche Auffassungen. Jedoch ist das Motiv und der Antrieb solidarischen Wirtschaftens immer die Befriedigung konkreter Bedürfnisse und nicht die Erzielung von Gewinnen.

Unter Solidarität wird gegenseitige Unterstützung verstanden, nicht Wohltätigkeit oder soziales Handeln im Sinne von *charity*[10], sondern Handeln zum eigenen Nutzen auf der Basis von Gegenseitigkeit. Solidarität ist nicht immer „gut" und wünschenswert, sondern es kommt darauf an, wer mit wem und für

7 Weltagrarrat IAAST – International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology for Development: Weltagrarbericht, http://www.weltagrarbericht.de/

8 Im Unterschied zum alten Leitbild der „Ernährungssicherung", die sicherstellen soll, dass alle Menschen ausreichend zu Essen haben, bedeutet „Ernährungssouveränität" das Recht und die reale Möglichkeit aller Länder, Gemeinschaften und letztlich jedes einzelnen Menschen darauf, ihre/seine Lebensmittel selbst herstellen zu können.

9 Ich verwende den Begriff in der Mehrzahl, um zu verdeutlichen, dass es sich nicht um ein einheitliches, verbindlich definiertes Konzept handelt, sondern dass wir es mit einem lebendigen, vielfältigen Wirtschaftssektor zu tun haben.

10 Der Begriff „sozial" wird in Deutschland häufig als „charity" verstanden, während er im Angelsächsischen eher „gesellschaftlich" bedeutet (z.B. „social networks" im Internet).

wen, bzw. vielleicht auch gegen wen solidarisch ist, d.h. in wessen Interesse sich Menschen zu solidarischen Einheiten zusammen tun.

Der Begriff „Solidarische Ökonomie" ist nicht eindeutig definiert, denn es gibt keine Instanz, die das Recht oder die Macht hätte, eine solche Festlegung verbindlich vorzunehmen. In demokratischen Unternehmungen wirtschaftlicher Selbsthilfe entscheiden die Akteure selbst, wie sie ihr Handeln beschreiben und wie sie ihr Selbstverständnis definieren[11]. Außenstehende können ihre Sichtweisen und Beobachtungen darlegen, aber Versuche, diese vielfältige andere Ökonomie in ein definitorisches Korsett zu zwingen und damit Aussagen zu treffen über das, was andere tun, würde ich als illegitime patriarchale Machtdemonstration ablehnen.

Es sind unterschiedliche Begriffe für andere, nicht vorrangig gewinnorientierte Wirtschaftsweisen gebräuchlich, z.B. Alternative, Soziale oder Solidarische Ökonomie. Während „Alternative Ökonomie" vor allem das kulturelle Milieu der Alternativenbewegung der 1970/80er Jahre meint, orientiert sich „Soziale Ökonomie" an der recht weiten Definition, wie sie von europäischen Verbänden und Institutionen verwendet wird (s.u.). Der in Lateinamerika gebräuchliche Begriff „Solidarische Ökonomie" gilt mitunter als politischer, weil er die Selbstorganisation stärker betont. Er wurde vom chilenischen Wirtschaftswissenschaftler Luis Razeto Migliaro geprägt (vgl. Eder 2003). Razeto untersuchte in den 1970/80er Jahren, wie es Menschen, die nach herkömmlichen betriebswirtschaftlichen Vorstellungen über keinerlei Voraussetzungen zu erfolgreicher unternehmerischer Tätigkeit verfügten, trotzdem gelang, in Notzeiten die Versorgung ihrer Familien und Gemeinschaften mit dem Lebensnotwendigen sicherzustellen. Er entdeckte einen bis dahin unbekannten Produktionsfaktor, den er „Faktor C" nannte, die Kraft der Zusammenarbeit, deren sieben Bestandteile im Spanischen alle mit C beginnen: „Companerismo (Freundschaft), Cooperacion (Zusammenarbeit), Comunidad (Gemeinschaft), ComUnion (Einheit in der Vielfalt), Colectividad (Kollektivität), Carisma (Charisma), garniert mit der Kategorie des Compartir (Teilen)" (Eder 2003, 2f.).

Seit dem internationalen Kongress „Wie wollen wir wirtschaften? Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus", der im November 2006 von der Bewegungsakademie Verden und der TU Berlin zusammen mit vielen MitträgerInnen

11 Wenn Macht sich wesentlich darin äußert, die Deutungshoheit über die Definition von Begriffen und über die Erklärung von Sachverhalten zu haben, wenn also die wesentliche Machtfrage lautet: „Wer erklärt die Welt?", dann ist diese Selbstdefinition der Akteure Solidarischer Ökonomien ein wesentlicher Machtfaktor dieses anderen Wirtschaftssektors.

und UnterstützerInnen in Berlin durchgeführt wurde, ist der Begriff „Solidarische Ökonomie" für diese andere Form des Wirtschaftens auch in Deutschland relativ bekannt geworden. Den OrganisatorInnen war es damals wichtig, deutlich zu machen, dass Solidarische Ökonomien mehr sind als Nischen, dass es sich vielmehr um einen weltweit wachsenden, vielfältigen Wirtschaftssektor handelt. Ihr Verständnis dieses Wirtschaftssektors war geprägt von einer globalen Perspektive und von der Einsicht in die Notwendigkeit der Zusammengehörigkeit von sozialen Bewegungen und konkreten Unternehmungen anderen Wirtschaftens.

Für das Verständnis Solidarischer Ökonomien kann es hilfreich sein, einen Blick auf das Selbstverständnis, die Werte und Prinzipien internationaler Organisationen und Netzwerke von Akteuren anderen Wirtschaftens zu werfen. Insbesondere die „Stellungnahme zur genossenschaftlichen Identität" des Internationalen Genossenschaftsbundes (ICA)[12], die „Social Economy Charter" des Verbandes Social Economy Europe[13], das Selbstverständnis des Netzwerks für Soziale und Solidarische Ökonomie RIPESS (Réseau Intercontinental de Promotion de l'Économie Sociale et Solidaire)[14] und die „Charta des Weltsozialforums von Porto Alegre"[15] können als Referenzen zum Verständnis Solidarischer Ökonomien herangezogen werden. Es finden sich darin unter anderem die Begriffe: Freiwilligkeit, Gleichheit, Demokratie, Solidarität, Selbsthilfe, Nutzen statt Gewinn, Gesellschaftliche Verantwortung, Unabhängigkeit vom Staat.

Laut *Social Economy Europe* gehören schon heute etwa 10% aller Unternehmen in Europa zur Sozialen Ökonomie, in denen etwa 10% aller Beschäftigten arbeiten[16]. Dazu zählen insbesondere Genossenschaften, Stiftungen, Vereine und Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit. Für Deutschland wurden 2006 mehr als eine halbe Million Soziale Unternehmen (insbesondere Vereine) mit über 2 Millionen Arbeitsplätzen identifiziert[17]. Das Unternehmensregister weist aktuell für Deutschland fast 8.400 Genossenschaften aus[18]. Laut Internationalem Genossenschaftsverband (ICA) sind etwa 440.000 Menschen in Deutschland in Genossenschaften beschäftigt und ein Viertel aller EinwohnerInnen (20 Mio.)

12 http://www.ica.coop/coop/principles/coopidentitylanguages.pdf
13 http://www.socialeconomy.eu.org/spip.php?article263&lang=en
14 http://www.ripess.org und http://www.ripesseu.net/http://www.ripesseu.net/en/definitions.html
15 http://weltsozialforum.org/prinzipien/
16 http://www.socialeconomy.eu.org/IMG/pdf/SocialEconomyEurope-D.pdf
17 http://www.socialeconomy.eu.org/spip.php?rubrique264&lang=en
18 https://www.unternehmensregister.de/ (Stand Dezember 2011)

sind Mitglied einer Genossenschaft[19]. Diese Zahlen sagen jedoch nichts darüber aus, inwieweit genossenschaftliche, soziale und solidarische Werte in der Praxis dieser Unternehmungen wirklich gelebt werden.

Ebenso wie die herrschende Wirtschaft werden auch solidarökonomische Strukturen und Diskurse von Männern dominiert. Die Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit dürfte eine der großen Herausforderungen Solidarischer Ökonomien sein. Jedoch gibt es einen eigenen Sektor von Frauenbetrieben und -projekten. Als Teil der Alternativen Ökonomien entstanden seit den 1970er Jahren bundesweit Frauenbuchläden, Frauencafés, Frauentagungshäuser, Frauenstiftungen, Frauenzeitungen[20] etc.(vgl. z.B. Daiber/Buch 2007; Bollwahn u.a. 2008). Die Geschichte der Frauenprojekte ist untrennbar verbunden mit dem Kampf von Frauen um gesellschaftliche Gleichberechtigung, gegen den Abtreibungsparagrafen 218 StGB, gegen sexualisierte Gewalt, für die Anerkennung lesbischer Lebensweisen und für eine geschlechtergerechte Sprache. Heute organisieren sich Frauenprojekte (ebenso wie gemischte Projekte) zunehmend nicht mehr in Form kollektiver Betriebe, sondern durch Kooperation einzelner Selbstständiger (Plogstedt 2006).

Als im September 2011 in Barcelona das europäische Netzwerk RIPESS als Teil des internationalen RIPESS gegründet wurde, waren sich die InitiatorInnen der Geschlechterproblematik sehr bewusst. Alle Gremien sollten geschlechtergerecht besetzt werden, darum waren z.B. KandidatInnen der Gründungsorganisationen für das Koordinationsgremium jeweils nur zu zweit in männlicher und weiblicher Besetzung zur Wahl zugelassen. Sie sollten dann untereinander ausmachen, wer die Position fest einnimmt und wer StellvertreterIn ist. Zum allseitigen Erschrecken entschieden fast alle Zweierteams, dass die Frau die StellvertreterInnenrolle übernimmt, so dass das Koordinationsgremium nun trotz Quote sehr männerdominiert besetzt ist.

Kann es – insbesondere auf internationaler Ebene – Netzwerke und Organisationen geben, die nicht nur formal, sondern ganz real und lebendig demokratisch legitimiert sind? Welche Diskussionen und Abstimmungsprozesse an der Basis liegen ihnen zugrunde? Wer organisiert sich in solchen Strukturen? Welche Sozialcharaktere werden von ihnen angezogen und setzen sich darin durch? Sind es immer die Schnellsten, Lautesten und Durchsetzungsfähigsten, die auch in alternativen Zusammenhängen Gehör finden, oder gibt es praktische Erfahrungen damit, gesellschaftlich übliche Dominanzen zu reduzieren? Und ist Repräsentation überhaupt ein angemessener demokratischer Modus für Netzwerke und Organisationen selbstorganisierter Einheiten, oder welche Alternativen gäbe es?

19 http://www.ica.coop/coop/statistics.html

20 1976 erschien die erste Ausgabe der autonomen Frauenzeitschrift COURAGE, die sich immerhin acht Jahre am Markt behaupten konnte: http://library.fes.de/courage/

Wirtschaften am Markt, im Staat – und jenseits davon?

Schon heute existieren weltweit verschiedenste Ansätze anderen Wirtschaftens mit unterschiedlichen Ausprägungen, Größenordnungen und Reichweiten, zum Beispiel selbstverwaltete Betriebe und Hausprojekte, Energiegenossenschaften, Gesundheitsprojekte, Kinderläden und freie Schulen, Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften und Dorfläden. Solidarische Ökonomien werden oft in kleinen, dissidenten Einheiten erprobt, diese andere Wirtschaftsweise umfasst jedoch letztlich weit mehr als nur kleine, feine Alternativprojekte. Wer ernsthaft die Gesellschaft von ihrer ökonomischen Basis her verändern möchte, muss die kuschelige Gartenzwergperspektive verlassen und sich zum Beispiel auch mit Alternativen in großen Unternehmensstrukturen, transnationalen Handelsabkommen und öffentlichen Unternehmen befassen.

Der Genossenschaftsverbund Mondragon[21] im spanischen Baskenland mit fast 84.000 Beschäftigten zeigt, dass auch größere, wirtschaftlich erfolgreiche Strukturen ihren genossenschaftlichen Charakter bewahren können. Trotz Krise hat kein Mitglied seinen Arbeitsplatz verloren, und das „Zentrum für genossenschaftliche Entwicklung und Führung" Otalora bietet „ein effektives kontinuierliches Lernen der Leitungsmitglieder und Mitglieder der Sozialorgane in der Genossenschaftsvereinigung" an. Das Lohngefälle beträgt i.d.R. 1 zu 6 (max. 1 zu 8), d.h. auch die ManagerInnen verdienen nur das Sechsfache, in Ausnahmefällen das Achtfache der Ungelernten. Damit widerspricht Mondragon dem „Oppenheimerschen Transformationsgesetz", das besagt, dass Produktivgenossenschaften auf längere Sicht entweder scheitern, weil sie am Markt nicht bestehen können, oder erfolgreich werden und ihren genossenschaftlichen Charakter aufgeben.

Brasilien mit seinem großen Sektor der Solidarischen Ökonomie scheint vielen ein Vorbild zu sein. Dieser Sektor umfasst Unternehmenskooperationen (v.a. von bäuerlichen Familienbetrieben), Vereine, informelle Gruppen, Produktivgenossenschaften und Finanzierungseinrichtungen. Seit der Einrichtung eines Staatssekretariats für Solidarische Ökonomie 2003 durch die Lula-Regierung,

21 http://www.mondragon-corporation.com/DEU.aspx?language=de-DE

unterstützt durch Caritas, Gewerkschaften und Universitäten, werden selbstverwaltete Arbeitsplätze geschaffen, um die Armut zu besiegen. Allerdings nimmt gleichzeitig das Landgrabbing und die Zerstörung des Regenwaldes im Amazonas-Gebiet zu – häufig gegen den erbitterten Widerstand der Einheimischen und unter Anwendung tödlicher Gewalt.

Ein Beispiel für solidarische transnationale Kooperation ist die Alternativa Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América (ALBA), in der – auf Initiative von Venezuela und Kuba – eine umfassende wirtschaftliche Zusammenarbeit lateinamerikanischer und karibischer Länder organisiert wird, um von den Freihandelsbestrebungen der USA unabhängiger zu werden. Der wirtschaftliche Austausch erfolgt in einer eigenen Verrechnungseinheit (Sucre[22]), und basiert – unter Nachhaltigkeitsaspekten ein Graus – auf Erdöl.

Mit zunehmender Privatisierung der Daseinsvorsorge – Wasser/Abwasser, Energie, Mobilität, Gesundheitswesen, Bildung, Müllentsorgung etc. – stellt sich die Frage nach solidarwirtschaftlichen Alternativen. Denn die Rekommunalisierung oder Verstaatlichung alleine reicht nicht aus, in diesen oft intransparenten Strukturen kommt es schnell zu Misswirtschaft und erneuter Privatisierung, z.B. in Form der berüchtigten „Öffentlich Privaten Partnerschaften" (ÖPP oder PPP für *Public Private Partnership*) (Rügemer 2008). Wenn BürgerInnen die Daseinsvorsorge in die eigene Hand nehmen, entstehen z.B. ländliche Wasser-/Abwassergenossenschaften, Bioenergiedörfer oder genossenschaftliche Stromnetz-Betreiber wie z.B. die EWS-Stromrebellen im Dorf Schönau und angrenzenden Gemeinden[23]. In größeren Städten finden soziale Auseinandersetzungen um Rekommunalisierung, Transparenz und eine demokratische Steuerung und Kontrolle öffentlicher Unternehmen statt[24].

Ein interessantes Beispiel sind die kalifornischen Stadtwerke Sacramento (SMUD)[25]. Bereits 1926 wurden sie durch einen Volksentscheid kommunalisiert, 1989 wurde in einer Volksabstimmung entschieden, dass SMUD aus der Atomenergie aussteigt, und 2006 entschied die Bevölkerung sich gegen eine Ausdehnung des Geschäftsgebiets. Die 1,4 Mio. BürgerInnen im Versorgungsgebiet gelten als „customer-owner", d.h. als EigentümerInnen allein aufgrund ihrer Eigenschaft als NutzerInnen (Denter 2011). Das ist ein fundamentaler Unterschied zu einer Genossenschaft, die ein privatwirtschaftliches Unternehmen darstellt, in dem diejenigen die Entscheidungen treffen, die als Mitglieder einen Anteil am Kapital der Genossenschaft übernommen haben.

22 Benannt nach Antonio José de Sucre (1795-1830), Unabhängigkeitskämpfer, erster Präsident Boliviens.

23 Schon 1997 übernahm z.B. die Genossenschaft „Elektrizitätswerke Schönau eG" (EWS) das Stromnetz des Ortes: http://www.ews-schoenau.de/

24 Z.B. in Berlin: Erfolgreiches Volksbegehren zur Offenlegung der Verträge über die Teilprivatisierung der Berliner Wasserwerke: http://berliner-wassertisch.net/und Berliner Energietisch zur Rekommunalisierung der Stromnetze und Gründung eines Stadtwerks zur Erzeugung regenerativer Energien: http://berliner-energietisch.net/

25 SMUD online: http://www.smud.org

Solidarische Ökonomie ist also weit mehr als ein Dritter Sektor neben Staat und Marktwirtschaft. Sie lässt sich sowohl am Markt als auch teilweise in staatlichen Strukturen verorten, ebenso wie in gesellschaftlichen Räumen mehr oder weniger fern von beidem. Unternehmungen, die der Selbstversorgung ihrer Mitglieder dienen (z.B. Wohnungsgenossenschaften oder CSA) oder Projekte der Umsonstökonomie (z.B. *Open Source* oder Umsonstläden) sind trotzdem nicht vollkommen unabhängig von Markt und Staat: Ihre Leistungen unterliegen dem Marktvergleich (z.B. Wohnungsmieten oder Gemüsepreise), werden zur Nutzung für berufliche Zwecke entwickelt (z.B. freie Software) oder sind aus dem Markt herausgefallen (Dinge im Umsonstladen). Wer sich z.B. im Umsonstladen engagiert, ist auf Erwerbsarbeit am Markt oder staatliche Lohnersatzleistungen angewiesen. Dem Staat und den von ihm gesetzten Rahmenbedingungen unterliegen marktferne Projekte wie alle anderen auch.

Warum greifen in der Krise nicht viel mehr Menschen zu wirtschaftlicher Selbsthilfe?

Wirtschaftliche Selbsthilfe in Form von Genossenschaften, Alternativbetrieben und anderen solidarwirtschaftlichen Strukturen ist oft aus der Not geboren. Sie kann die gröbsten Ungerechtigkeiten lindern und die Situation der Beteiligten verbessern. Zwei Voraussetzungen sind dafür wesentlich: Zum einen die Überzeugung, dass die Welt veränderbar ist, entsprechend dem Slogan der Weltsozialforen: „Another world is possible", zum anderen die persönliche Überzeugung der Handelnden, dass sie selbst auch dazu in der Lage sind, die Welt (ihre Welt) zu verändern. Insofern beinhaltet wirtschaftliche Selbsthilfe auch eine Kritik am Bestehenden und ein Aufbegehren dagegen.

Gemessen an den vielen Veranstaltungen und Publikationen zum Thema und an der Notwendigkeit, sich angesichts zunehmender Armut und Ausgrenzung wirtschaftlich selbst zu organisieren, entscheiden sich nur verhältnismäßig wenige Menschen zu wirtschaftlicher Selbsthilfe. Haben sie resigniert und können sich „eine andere Welt" nicht vorstellen? Oder trauen sie sich nicht zu, ihr eigenes Leben selbst zu gestalten?

Vereinzelt gibt es Versuche von Beschäftigten, von der Schließung bedrohte Betriebe zu übernehmen (vgl. z.B. Klemisch u.a. 2010; Bierbaum u.a. 2011). In Argentinien entstand in der Krise Anfang dieses Jahrhunderts eine Bewegung von „empresas recuperadas" (zurückeroberte Fabriken) (Hille 2010). Schon 1973 hatten im französischen Besançon ArbeiterInnen die Uhrenfabrik LIP besetzt und eine Zeitlang in eigener Regie fortgeführt[26]. In Deutschland gab es z.B. die AN Maschinenbau Bremen, die ab 1984 immerhin für ein paar Jahre in Selbstverwaltung produzierte, letztlich aber Teil des Siemens-Konzerns wurde. Im Jahr 2008 begann ein kleiner Teil der ehemaligen Beschäftigten der von einem Finanzinvestor abgewickelten Thüringer Fahrradfabrik Bike Systems mit solidarischer Unterstützung unter dem Namen Strike Bike mit der Montage von Fahrrädern. Dieser Versuch endete Ende 2010 mit der Insolvenz des Unternehmens. Aktuell versucht die Genossenschaft hnGeno[27], die von Attac-AktivistInnen, BetriebsrätInnen und KundInnen der Firma Hess Natur gegründet wurde, diesen Naturtextilversand zu kaufen. Vorangegangen war eine erfolgreiche Kampagne gegen den Verkauf von Hess Natur an den Investor Carlyle, der auch im Rüstungsgeschäft tätig ist. Diese möchte als Kampagne „Betriebe in Belegschaftshand" das Thema – auch über hnGeno hinaus – voranbringen. Eine Welle von Betriebsübernahmen ist aber noch lange nicht in Sicht, ebenso wenig wie ein Boom von Neugründungen selbstverwalteter Betriebe und Projekte.

Die Fähigkeit zur Selbstorganisation ist ein Privileg, über das nicht viele Menschen verfügen. Die Praxis Solidarischer Ökonomien zeigt, dass häufig die Impulse aus der Mittelschicht kommen, von Menschen (vor allem Männern), die aus sozialer Verantwortung handeln und gemeinsam mit Notleidenden Strukturen wirtschaftlicher Selbsthilfe aufbauen[28]. Mein Eindruck ist, dass dort, wo im Moment eine Zunahme von Selbstorganisationsprozessen zu beobachten ist – in Baugemeinschaften, Energiegenossenschaften, Fair Trade oder CSA-Projekten – es sich eher um Mittelschichtsprojekte handelt, in denen die Beteiligten, trotz teilweise gegenteiliger Ansprüche, mehr oder weniger unter sich bleiben.

26 Christian Rouaud (Regie): Les LIP oder die Macht der Phantasie, Film, Frankreich 2007.

27 Genossenschaft hnGeno: http://www.hngeno.de/

28 Bekannte Gründer von Selbsthilfeunternehmen sind z.B. Friedrich-Wilhelm Raiffeisen und Hermann Schulze-Delitzsch (beide gelten als Begründer der Genossenschaftsbewegung), Abbé Pierre (Emmaus Gemeinschaften), Pater José María Arizmendiarrieta (Mondragon), Domenico Lucano (Flüchtlingsdorf Riace).

Selbstorganisation kann erlernt werden, braucht aber ein förderndes Umfeld. Viele Menschen kennen keine Beispiele wirtschaftlicher Selbsthilfe, sie haben keine Idee davon, dass Wirtschaft auch anders funktionieren könnte und dass sie selbst wirtschaftlich handelnde Akteure sein könnten. Initiativen, die mit der Zusammenarbeit beginnen möchten, fällt es oft schwer, sich auf ein gemeinsames Vorgehen zu verständigen, sie unterschätzen die Bedeutung von gruppendynamischen Prozessen und haben kaum Zugang zu Unterstützungsstrukturen. Der Aufbau selbstorganisierter Unternehmungen braucht Fortbildung, Beratung und Finanzierungsunterstützung. Diese sind nicht in ausreichendem Maße vorhanden, ebenso wie rechtliche Rahmenbedingungen, zum Beispiel das Fehlen geeigneter Rechtsformen, ein Problem darstellen.

Wie kann Selbstorganisation gelingen?

Neben dem notwendigen Fach- und Organisationswissen, Branchenkenntnissen und Finanzierungsfragen ist für das Gelingen kooperativer Unternehmungen das Engagement der Beteiligten und die Art und Weise ihres Zusammenwirkens, die „Kultur der Kooperation", entscheidend. Dafür spielen *soft skills*, also zwischenmenschliche Fähigkeiten und die Art und Weise des Umgangs miteinander, eine wesentliche Rolle. Es gibt keine Patentrezepte, jede Unternehmung entwickelt eigene Strukturen und eine eigene Kultur, die auch abhängig ist von der Anzahl der Mitglieder, der räumlichen Ausdehnung, dem Tätigkeitsbereich etc.

Um ein gemeinsames Vorhaben als etwas Eigenes zu begreifen, brauchen Menschen die praktische Erfahrung, dass sie dieses Gemeinsame mitgestalten können. Daher besteht eine große Herausforderung darin, alle Beteiligten einzubeziehen und demokratiefördernde Umgangsweisen zu entwickeln und zu pflegen, damit sich nicht ungewollte Hierarchien und informelle Machtstrukturen etablieren. Engagement und Demokratie sind Zwillingsgeschwister, die existentiell aufeinander angewiesen sind. Wenn erst die Fronten zwischen „oben" und „unten" mit gegenseitigen Verletzungen und Ressentiments verhärtet sind, dann ist es schwer, das aus eigener Kraft noch aufzubrechen.

Aus vielfältigen Selbstverwaltungserfahrungen und frauenbewegten Auseinandersetzungen mit patriarchalen Strukturen und Verhaltensmustern sind Sichtweisen erwachsen und Erfahrungsschätze zusammengetragen worden, die ich für eine Kultur der Kooperation als sehr wertvoll ansehe. Organisationen und Vernetzungszusammenhänge sollten bewusst gestaltend mit der Geschlechterfrage umgehen und kulturelle Errungenschaften der Frauenbewegung aufnehmen, damit sich nicht immer wieder gesellschaftliche Dominanzen reproduzieren, und

selbstverwaltete Strukturen nicht weiterhin von Männern dominiert werden. Hilfreich ist z.B. die Festlegung von gemeinsamen Regeln, Sanktionen und Zuständigkeiten, bevor es zu Konflikten kommt. Diese gemeinsamen Grundlagen sollten allen Beteiligten bekannt und im Zweifelsfall auch leicht schriftlich auffindbar sein. Es lohnt sich auch, Zeit und Raum für den regelmäßigen Austausch über die Art und Weise der Kooperation, und für das offene Ansprechen von Fragen und Problemen zu geben. Denn ungeregelte Freiräume und unausgesprochenes Unbehagen werden schnell zur Freiheit einiger weniger, die durchsetzungsfähig und mitunter auch skrupellos genug sind, durch ihr Tun oder Lassen andere vor vollendete Tatsachen zu stellen. Wenn sich eine Gruppe miteinander wohl fühlen kann, werden die Mitglieder dabei bleiben und neue dazu kommen.

Organisiert Euch – solidarisch wirtschaften ist möglich!

Handlungsfelder zur gesellschaftlichen Verankerung Solidarischer Ökonomien finden sich in Theorie, Praxis und Politik. Eine andere Wirtschaft entsteht aus der Empörung über die herrschenden Verhältnisse, aus der Vernetzung und dem gemeinsamen Engagement zu ihrer Veränderung, und aus der Organisation ökonomischer Selbsthilfe- und Unterstützungs-Strukturen.[29]

Solidarische Ökonomien können als Versuche verstanden werden, konkrete Schritte zu einer global gerechten Gesellschaft zu gehen. Dabei kommen ihnen verschiedene Funktionen zu, z.B.:

- Ideologische Funktion: Die Praxis Solidarischer Ökonomien kann wirtschaftsliberale Glaubenssätze und Ideologien sowie antidemokratische Wirtschaftspraxis delegitimieren, indem sie – allein durch ihre Existenz, und ohne eine andere Ideologie zu entwickeln – beweist, dass anderes Wirtschaften möglich ist.
- Materielle Funktion: Die Praxis Solidarischer Ökonomien kann die reale Lebenssituation der an ihr beteiligten Menschen verbessern. Wenn solidarwirtschaftliche Unternehmungen darüber hinaus auch sozial i.S.v. „gesellschaftlich" agieren, hat dies ebenfalls materielle Auswirkungen auf ihr (v.a. lokales) Umfeld. Wenn sie miteinander wirtschaften, können sie sich gegenseitig unterstützen und stabilisieren.

29 Empörung (Stéphane Hessel, 2011), Vernetzung (Lina Ben Mhenni, 2011) und Engagement (Stéphane Hessel, 2011), sind notwendige, aber nicht hinreichende Bedingungen gesellschaftlicher Transformation. Diese bedarf auch der Organisation politischer und ökonomischer Strukturen.

- Politische Funktion: Strukturen Solidarischer Ökonomien entstehen häufig aus sozialen Konflikten. Um wirtschaftlich zu funktionieren, benötigen sie Ressourcen wie z.B. Grund und Boden, Gebäude, Produktionsmittel, Geld, Wissen und Zeit. All dies steht nicht zur freien Verfügung, sondern muss sich in irgendeiner Form angeeignet werden. Ohne Kooperation mit sozialen Bewegungen werden die erforderlichen Aneignungskämpfe kaum möglich sein.
- Bildungsfunktion: In den vielfältigen Unternehmungen Solidarischer Ökonomien eignen sich die Beteiligten sowohl fachliches als auch organisatorisches und gruppendynamisches Praxiswissen an. Neben ihrer aktuellen Bedeutung können diese Projekte daher auch als Keimformen einer anderen Welt verstanden werden, in denen Einsichten, Kenntnisse und Fähigkeiten für ein Wirtschaften nach dem Kapitalismus und den Aufbau einer solidarischen Gesellschaft erworben werden.

Für diese Funktionen Solidarischer Ökonomien ist es hilfreich, immer wieder auftauchende Fragen und Widersprüche zu benennen und solidarisch zu bearbeiten, denn kaum etwas wäre schlimmer, als wenn diese kleineren und größeren Versuche anderen Wirtschaftens ideologisiert und als Heilslehren ihrer Glaubwürdigkeit beraubt würden. Ein perfektes Modell anderen Wirtschaftens kann es nicht geben, Kompromisse mit dem Bestehenden sind immer erforderlich, denn es gibt nichts Richtiges im Falschen. Auch die in diesen Projekten Handelnden sind keine besseren Menschen, darum brauchen solidarwirtschaftliche Unternehmungen Strukturen, in die sich verschiedenste Menschen mit ihren Stärken und Schwächen einbringen können.

Es gibt keine Ein-Punkt-Konzepte zur Rettung der Welt, sondern eine Vielheit von Ansätzen, die in Theorie und Praxis das Bestehende in Frage stellen. Eine Kultur der Kooperation beweist sich u.a. an der Fähigkeit, Unterschiede zu respektieren ohne sie zu ignorieren, und sich mit ihnen kritisch auseinanderzusetzen. Solidarische Kritik als Voraussetzung der Entwicklung einer „Kooperation statt Konkurrenz" (Felber 2009) kann gar nicht genug wertgeschätzt werden, und es ist eine Herausforderung, sie als integrierten Bestandteil gemeinsamen Handelns methodisch auszuarbeiten.

Für die gesellschaftliche Attraktivität wirtschaftlicher Alternativen spielt ihre alltägliche Ausgestaltung, also die Unternehmenskultur, eine wichtige Rolle. Die Arbeitsbedingungen in selbstverwalteten Betrieben und Projekten können abschrecken, die „Selbstausbeutung" – mehr Arbeit für weniger Geld – ist legendär. Oft wird von den hohen „Transaktionskosten der Selbstverwaltung" gesprochen. Jedoch ist die Beschäftigung einer Gruppe mit sich selbst – sofern sie zielgerichtet erfolgt – keine vertane Zeit, sondern eine sinnvolle und notwendige Investition

in eine wesentliche Grundlage gemeinsamen Wirtschaftens. Umgekehrt sollten die Transaktionskosten der Hierarchie nicht unterschätzt werden.[30]

Trotz aller Zweifel, ob die vielfältigen Versuche Solidarischer Ökonomien angesichts der Übermacht wirtschaftlich mächtiger Interessen eine reale Chance haben, weltweit gesellschaftlich wirksam zu werden, bleibt uns nichts, als es zu versuchen. Wenn es gelänge, dass ein großer Teil der unterschiedlichen Unternehmungen und Projekte anderen Wirtschaftens, die nicht vorrangig auf Gewinnerwirtschaftung abzielen, sondern die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse in den Mittelpunkt ihrer ökonomischen Praxis stellen, ein gemeinsames Selbstverständnis entwickelten, und wenn sie sich darüber hinaus als Teil sozialer Bewegungen für eine global gerechte Gesellschaft begriffen und in diesem Sinne gemeinsam agierten, dann könnten vielleicht Solidarische Ökonomien in größerem Maße als bisher entstehen. Um ihr transformatorisches Potential zu entfalten, bräuchten sie einen offenen und aktiven Umgang mit ihrem Doppelcharakter als tendenziell systemstabilisierende Nothilfe-Reparaturbetriebe und gleichzeitig Keimformen einer anderen Welt.

Literatur

Baier, Andrea/Müller, Christa, 2006: Der Bielefelder Subsistenzansatz. Coforum. http://coforum.de/?1228.

Bierbaum, Heinz u.a., 2011: Den Betrieb übernehmen. Zeitschrift Luxemburg 3. Berlin. http://www.zeitschrift-luxemburg.de/?p=1642.

Braunmühl, Claudia von, 2011: Demokratische Wege in die Postwachstumsgesellschaft. Standpunkte 17/2011. Rosa Luxemburg Stiftung. Berlin.

Daiber, Birgit/Buch, Ricarda, 2007: Risikoexistenz Frau – Zur Geschichte von Frauennetzwerken und Frauenbetrieben in Berlin. Berlin.

Denter, Roman, 2011: Stadtwerke Sacramento, in: Neue Energie für Berlin – Netze in Bürgerhand! Herausgegeben von attac Berlin, BürgerBegehren Klimaschutz und PowerShift, 2. Aufl., Berlin. http://www.buerger-begehren-klimaschutz.de/projekte.html.

Eder, Hans, 2003: Der „Faktor C". Kern einer anderen Wirtschaft, Gesellschaft und Zivilisation.... SoliTat 42. Internationale Solidarität. Salzburg. Oktober.

Felber, Christian, 2009: Kooperation statt Konkurrenz, 10 Schritte aus der Krise. Wien.

30 Möglicherweise finden sich die Transaktionskosten der Hierarchie bereits im jährlich veröffentlichten Engagement-Index der Beratungsfirma Gallup (http://eu.gallup.com), die z.B. für 2010 einen volkswirtschaftlichen Schaden zwischen 121,8 und 125,7 Mrd. Euro durch Demotivation, fehlende Bindung ans Unternehmen und innere Kündigung herausgefunden hat.

–, 2010: Gemeinwohl-Ökonomie. Das Wirtschaftsmodell der Zukunft. Wien.

Hessel, Stéphane, 2011: Empört Euch! Berlin. (frz. Original 2010: Indignez-vous! Montpellier).

–, im Gespräch mit Gilles Vanderpooten, 2011: Engagiert Euch! Berlin (frz. Original 2011: Engagez-vous! La Tour d'Aigues).

Hille, Kristina, 2010: Reaktivierte Unternehmen: Die empresas recuperadas in Argentinien. Das Parlament. Ausgabe 1272010. http://www.bundestag.de/dasparlament/2010/12/Beilage/005.html.

Klemisch, Herbert/Sack, Kerstin/Ehrsam, Christoph, 2010: Betriebsübernahme durch Belegschaften – Eine aktuelle Bestandsaufnahme. Studie im Auftrag der Hans Böckler Stiftung. KNi PAPERS 02/2010. Köln. http://www.boeckler.de/pdf_fof/S-2009-303-1-1.pdf.

Meyer-Renschhausen, Elisabeth/Müller, Renate/Becker, Petra, 2002: Die Gärten der Frauen. Zur sozialen Bedeutung von Kleinstlandwirtschaft in Stadt und Land weltweit. Herbolzheim.

Mhenni, Lina Ben, 2011: Vernetzt Euch! Berlin (frz. Original 2011: Tunisian Gitl – Bloguese pour une printemps arabe, Montpellier).

Mies, Maria, 2005: Die Susistenzperspektive. Transkription eines Videos von O. Ressler, aufgenommen in Köln. http://www.ressler.at/de/the_subsistence_perspective/.

MGV, taz, ZdK (Hg.)/Barbara Bollwahn, 2008: Frauengenossenschaften – Genossenschaftsfrauen. Berlin. http://www.zdk-hamburg.de/documents/Frauengenossenschaften.pdf.

Olympe – Feministische Arbeitshefte zur Politik, Heft 30: Care Ökonomie. Neue Landschaften von feministischen Analysen und Debatten, Ottenbach (Schweiz). 2009.

Ostrom, Elinor, 2011: Was mehr wird, wenn wir teilen – Vom gesellschaftlichen Wert der Gemeingüter. München.

Plogstedt, Sibylle, 2006: Frauenbetriebe – Vom Kollektiv zur Einzelunternehmerin. Königstein/Taunus.

Schabedoth, Joachim, 2011: Eine neue Chance für mehr Demokratie in der Wirtschaft, Paper zur Tagung „Linksreformismus", 04.-06.02.2011 in Berlin. http://www.linksreformismus.de/?page_id=154.

Werner, Rügemer, 2008: „Heuschrecken" im öffentlichen Raum: Public Private Partnership – Anatomie eines globalen Finanzinstruments. Bielefeld.

Stiftung Fraueninitiative (Hrsg.), Heide Mertens, 2011: Das Ganze der Arbeit – Bedürfnisorientiertes Wirtschaften im lokalen Umfeld. Köln.

Voß, Elisabeth, 2010: Wegweiser Solidarische Ökonomie ¡Anders Wirtschaften ist möglich! Neu Ulm.

Dieser Beitrag entstand im Dezember 2011. Alle als Beleg angeführten Internetadressen waren zu diesem Zeitpunkt gültig.

Lena Schürmann / Lena Correll

Zwischen sozialer Inklusion und Individualisierung von Risiken – Mikrokredite auf dem geschlechterpolitischen Prüfstand

Mikrokredite gelten seit langem als ein Erfolgsrezept zur Armutsbekämpfung in den so genannten Entwicklungsländern[1]. Benachteiligte Bevölkerungsgruppen – insbesondere Frauen[2] und Arme – sollen mittels Kleinstkrediten in die Lage versetzt werden, ein eigenes Unternehmen zu gründen. Dieses mache sie nicht nur ökonomisch unabhängig, sondern befördere in Selbstbildungsprozessen auch die Ausbildung von Selbstbewusstsein und erlaube ihnen so, sich aus traditionellen patriarchalischen Familienstrukturen zu lösen. Mit diesem finanziellen wie mentalen Empowerment von als „nicht bankfähig"[3] angesehenen Individuen würde, so das emanzipatorische Versprechen der Mikrokredite, neben ökonomischem Wachstum auch gesellschaftliche Veränderung angeregt.

Auch in Europa wird seit zehn Jahren verstärkt die Förderung selbständiger Erwerbstätigkeit propagiert. Im Kontext der europäischen Beschäftigungsstrategie von Lissabon wird Selbständigkeit als ein Ausweg aus der Beschäftigungskrise und als eine Antwort auf den strukturellen Wandel der Erwerbsarbeit betrachtet. Eine politische Strategie ist dabei der Abbau von Zugangsschranken zu Investitionskapital für Kleinstgründungen. So heißt es beispielsweise „Kleinstkredite können große Bedeutung bei der Umsetzung der Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung" haben (EU Kommission 2007, 3)[4]. In den EU-

1 Inwieweit dies für die so genannten Entwicklungsländer tatsächlich zutrifft, kann hier nicht näher ausgeführt werden (siehe hierzu z.B. Wichterich 2010).

2 Der Frauenanteil an den Mikrokreditnehmer/n liegt weltweit bei über 60%, in Asien beträgt er 93,8% (Becker 2010, 52).

3 Unter „nicht bankfähigen" Bevölkerungsgruppen werden jene verstanden, „die keine Sicherheiten bieten, kein stabiles Beschäftigungsverhältnis vorweisen und ihre Kreditwürdigkeit – auch in der Vergangenheit – nicht überprüfbar belegen können" (EU Kommission 2007, 6).

4 Die Europäische Kommission hat nicht nur Mittel für Mikro-Kredite bereitgestellt, sondern befasst sich ebenfalls mit der Veränderung von Rahmenbedingungen und Gesetzen zur besseren Förderung durch Mikrokredite (vgl. EU Kommission 2007). Im

Papieren zur Lissabon-Strategie werden Frauen explizit als wichtige Zielgruppe von Mikrokrediten genannt:

> „Derartige Kredite sind ein wichtiges Mittel zur Förderung der unternehmerischen Initiative – vor allem von Frauen und Angehörigen ethnischer Minderheiten – in Form von Selbstständigkeit und Kleinstbetrieben" (EU Kommission 2007, 3).

Die Zielsetzung der Mikrokredite wird dabei in einer doppelten Weise beschrieben: „Sie kommen aber nicht nur der unternehmerischen Initiative und der Wettbewerbsfähigkeit zugute, sondern auch der sozialen Integration" (EU Kommission 2007, 3). Neben intensiverem unternehmerischen Wettbewerb, der letztlich ein höheres Wachstum generieren soll, soll zugleich eine sozialpolitische Zielsetzung verfolgt werden: die der sozialen Inklusion randständiger Bevölkerungsgruppen.

In Deutschland hingegen, das sich lange Zeit durch eine im europäischen Vergleich eher niedrige Allein-Selbstständigenquote auszeichnete (vgl. Kelleter 2009, 1216)[5], wurde erst im Rahmen der Finanz- und Wirtschaftskrise das Instrument Mikrokredite politisch breiter gefördert. Im Januar 2010 verkündete die Arbeitsministerin Ursula von der Leyen den finanziellen Ausbau des Mikrofinanzfonds für Deutschland als „Schutzschirm für Kleinunternehmen". Damit erhielt der bereits 2004 durch lokale Mikrokredit-Initiativen und die GLS Bank gegründete Mikrokreditfonds eine starke politische und materielle Aufwertung: Das Fondsvolumen, das bisher ca. drei Millionen Euro betrug, wurde um 100 Mio. Euro aufgestockt. Diese Stärkung des Fonds wird politisch folgendermaßen begründet:

> „In der aktuellen Krise halten sich die Banken auch mit niedrigen Krediten für Kleinunternehmen und Selbständige zurück. (...) In schwieriger Zeit eröffnet nun der Mikrokreditfonds neue Finanzierungswege, über die kleine Unternehmen Personal und Know-how über die Krise retten können. Der Mikrokreditfonds (...) sichert Arbeitsplätze und stärkt die Zukunftsfähigkeit des ganzen Landes" (BMAS 2010).

Mit diesen 100 Mio. EUR, von denen 60 Mio. EUR vom Europäischen Sozialfonds und 40 Mio. EUR aus dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Juli 2009 wurde durch die EU ein zusätzlicher Mikrofinanzfonds von 100 Millionen Euro aufgelegt, der dazu dienen soll, Kredite an arbeitslose Personen abzusichern, die im Zuge der durch die Finanzkrise erfolgten Arbeitsmarktumstrukturierung ihren Arbeitsplatz verloren haben (vgl. Desmedt 2010, 57)

5 In Deutschland beträgt die Selbstständigenquote derzeit 11 %. Die Mehrzahl der Selbstständigen sind mittlerweile Solo-Selbstständige. Ihr Anteil an allen Erwerbstätigen ist in den letzten 20 Jahren um rund 20 % auf 6 % im Jahr 2008 gestiegen (vgl. Kelleter 2009).

bereit gestellt wurden (vgl. Lämmermann/Maas 2010, 83), sichert der Mikrokreditfonds Kredite bis 25.000 Euro an Unternehmensgründer_innen und „kleine Selbständige" ab.

Der vorliegende Beitrag nimmt das politische Instrument Mikrokredit, das in Deutschland insbesondere in der Finanzkrise an Bedeutung gewonnen hat, aus einer geschlechterpolitischen Perspektive näher unter die Lupe. Dazu wird zunächst das Instrument der Mikrokredite genauer analysiert. Anhand empirischer Daten zur Kreditvergabe gehen wir der Frage nach, ob und wie Frauen an dieser Maßnahme in Deutschland partizipieren. Die quantitative Betrachtung wird dabei um eine qualitative Untersuchung der Wirkungsweise von Mikrokrediten auf der Ebene des subjektiven Handelns ergänzt. Anhand der exemplarischen Fallrekonstruktion einer Mikrokreditnehmerin wird geprüft, in welcher Weise Mikrokredite geeignet sind, individuelle Handlungsmöglichkeiten zu erweitern und eine eigenständige Existenzsicherung zu gewährleisten bzw. zu erleichtern. Anschließend diskutieren wir, was dieses Instrument für den Abbau struktureller Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt leistet. Der Beitrag endet mit einer kritischen Bilanzierung des Mikrokredit-Programmes und diskutiert weitergehende Ansätze für mehr Geschlechtergerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt.

1. Der deutsche Mikrofinanzfond – ein geschlechterpolitischer Erfolg?

Die Verleihung des Friedensnobelpreises im Jahr 2006 an Mohammed Yunus, den Gründer der Grameen Bank, einer erfolgreichen Mikrokredit-Institution, markiert den vorläufigen Höhepunkt der Popularität eines politischen Instruments, das seit Ende der 1990er Jahre durch ein Netzwerk von Nichtregierungsorganisationen, den Vereinten Nationen, multilateralen Gebern, Staaten und der Privatwirtschaft weltweit propagiert und zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung implementiert wird.[6] Mikrokredite werden in zahlreichen Ländern Asiens, Afrika, Südamerika und Osteuropa eingesetzt, wobei das Volumen des Mikrofinanzsektors mittlerweile ca. 30 Billionen US Dollar beträgt (Becker 2010, 68).

In Europa werden Mikrokredite insbesondere von der Europäischen Kommission als wirtschafts- und sozialpolitisches Instrument zum Ausbau der

6 So unterstützen beispielsweise das United Nations Development Programm (UNDP), der United Nations Capital Development Fund (UNCDF) und der United Nations Childrens Fund (UNICEF) Mikrokredite (vgl. UN 1997).

Dienstleistungsgesellschaft, zur Förderung von Wachstum, Beschäftigung und sozialer Inklusion propagiert. Mit der „Europäischen Initiative zu Mikrokrediten" von 2007[7], und den in den Folgejahren eingerichteten Programmen JASMINE (Joint Action to Support Micro-Finance Institutions in Europe, von 2008) und JEREMIE (Joint European Ressources for Micro to Medium Enterprises, von 2009) wurde der Ausbau von Mikrofinanzprodukten in Europa vorangetrieben.[8] Während in anderen europäischen Ländern Mikrokredite schon seit den 1980er Jahren in größerem Umfang zum Einsatz[9] kommen, haben sich Mikrokredite in Deutschland zunächst nur zögerlich entwickelt.[10] Im Rahmen der Krisenprogramme zeigt sich erstmalig ein deutlicher Bedeutungsanstieg von Mikrokrediten. Wie erwähnt, wurde der Mikrokreditfonds durch die Bundesregierung um 100 Mio. Euro aufgestockt. In der Folge stiegen die bewilligten Mikrokredite des Deutschen Mikrofinanzinstitutes sprunghaft an. Wurden 2009 nur 287 Kredite vergeben (Lämmermann/Maas 2010, 83), waren es in den Jahren 2010

7 Die EU-Kommission forderte im Rahmen dieser Initiative die EU-Mitgliedstaaten u.a. dazu auf, die institutionellen, gesetzlichen und gewerblichen Rahmenbedingungen des Finanzsektors stärker auf die Bedürfnisse von Kleinstunternehmen auszurichten und beispielsweise den Marktzugang für Mikrofinanzinstitutionen innerhalb und außerhalb des Bankensektors zu erleichtern. Hierzu sollen zusätzliche Finanzmittel für Finanzinstitutionen außerhalb des Bankensektors bereitgestellt werden (vgl. EU Kommission 2007).

8 Die 2008 eingerichtete Initiative JASEMINE (mit einem Umfang von 40-50 Millionen Euro) wird gemeinsam von der Europäischen Kommission mit der EIB (Europäischen Investitionsbank) und der Europäischen Investitionsgruppe umgesetzt. Zielsetzung stellt die technische Unterstützung für Kleinstkreditinstitute sowie die Bereitstellung von Finanzmitteln für Institute aus dem Nicht-Bankensektor dar. JEREMIE stellt ein Instrument im Rahmen der Strukturfonds dar. Ein Teil der Strukturmittel kann nur dafür genutzt werden, so genannte Holding-Fonds einzurichten, die wiederum für die Einrichtung von Finanzierungsprodukten, die speziell auf Kleinst- und kleine und mittlere Unternehmen ausgerichtet sind, genutzt werden sollen (vgl. Groß 2009, 5f).

9 Zur Entwicklung der Mikrokredite in England und Belgien vgl. Desmedt 2010. Zu Mikrokrediten in Frankreich vgl. Brana 2011. Für einen allgemeinen Überblick zu Europa vgl. Jayo u.a. 2010.

10 Ein Grund dafür liegt darin, dass in Deutschland die gewerbliche Kreditvergabe lizensierten Banken vorbehalten ist. 2004 wurde das Deutsche Mikrofinanzinstitut gegründet, als Dachorganisation verschiedener lokaler Mikrokredit-Initiativen, die einen Mikrofinanzfonds aufgelegt haben. Bereits seit 2005 werden durch diesen Fonds Mikrokredite an Personen, die als nicht bankfähig gelten, vergeben, wenn auch nur in einem deutlich geringem Umfang.

und 2011 insgesamt 6.600 (BMAS 2012). Bis zum Jahr 2015 sollen 15.000 Mikrokredite vergeben werden (vgl. Lämmermann/Maas 2010). Gerade aus einer geschlechterpolitischen Perspektive ist es wichtig zu verdeutlichen, dass sich das deutsche Mikrokreditprogramm in verschiedenen Aspekten von dem aus der Entwicklungszusammenarbeit bekannten Modell der Mikrokredite der von Yunus gegründeten Grameen Bank unterscheidet: Während in Bangladesch der Adressatenkreis klar geschlechtsspezifisch formuliert ist und vorrangig Frauen Zielgruppe dieser Maßnahme sind, findet in Deutschland keine solche Konzentration auf eine spezifische Bevölkerungsgruppe statt. Bundesweit richten sich insgesamt nur drei der 56 akkreditierten Mikrofinanzierer explizit an die Zielgruppe der weiblichen Selbständigen. Auch die institutionelle Ausgestaltung stellt sich anders dar. Während in Bangladesch nach dem Genossenschaftsprinzip Kreditkollektive[11] als vermittelnde Agenten zwischen individuelle Kreditnehmer und Banken treten, wird diese Funktion in Deutschland durch Mikrofinanzierer übernommen. Da aufgrund bankenrechtlicher Regularien in Deutschland ausschließlich Banken zur Kreditabwicklung ermächtigt sind, fungieren Mikrofinanzierer, zumeist Einrichtungen der Gründungsberatung, nur als Kreditvermittler. Sie beraten Existenzgründer, prüfen die Businesspläne und übernehmen die Selektionsfunktion, d.h. sie empfehlen der Bank, wer einen Mikrokredit erhalten soll.[12] Anders als das Peer-Pressure- Prinzip in Bangladesch soll durch professionelle Begleitungs- und Beratungsangebote eine hohe Rückzahlquote erzielt werden. Auch das deutsche Programm richtet sich an Bevölkerungsgruppen, die von einer marktvermittelten Kreditvergabe ausgeschlossen sind. Dies sind z.B. Personen, die kein Eigenkapital oder andere Sicherheiten – wie ein geregeltes Erwerbseinkommen – besitzen, gegen die Schufa-Einträge vorliegen.[13]

11 Die Kreditkollektive bestehen aus fünf bis sechs Kreditnehmer_innen, die abwechselnd einen Kredit erhalten und gegenseitig füreinander bürgen.

12 Als Bank für die Kreditabwicklung fungiert die GLS Bank, die die Kredite vergibt und die Kreditbedingungen (Zinssatz) festlegt. Die Mikrofinanzierer sind nach dem „first loss"-Prinzip an den Ausfallrisiken beteiligt, sie tragen die Kosten für die ersten 20% von Kreditausfällen. Umgekehrt erhalten sie eine Erfolgsprämie für die vermittelten Kredite und profitieren von einer hohen Rückzahlquote durch Benefite, die durch die GLS Bank an die Mikrofinanzierer jährlich ausgeschüttet wird.

13 Einem Bericht der Europäischen Kommission zufolge ist davon auszugehen, dass der Bevölkerungsanteil ohne Zugang zu (allgemeinen) Krediten in Deutschland 46% beträgt und 3% der deutschen Bevölkerung finanziell ausgegrenzt sind und keinen Kontozugang erhalten (vgl. Europäische Kommission 2008).

Die nicht-vorhandene Fokussierung auf Frauen in der deutschen Ausgestaltung des Mikrokreditinstruments, die es auch von der EU-typischen Ausgestaltung unterscheidet, wird auch am Anteil der Kreditnehmerinnen deutlich. Ein Drittel der laufenden Mikrokredite wurde an Frauen vergeben (BMAS 2012). Dieser Anteil Bleibt deutlich hinter dem EU-Durchschnitt von 44% zurück (vgl. Desmedt 2010).

Es muss jedoch beachtet werden, dass selbständige Frauen in Deutschland am Mikrokredit-Programm zumindest stärker partizipieren als an der klassischen Wirtschaftsförderung. Wie Piorkoswki (2002) in einer Untersuchung über Genderaspekte in der finanziellen Förderung von Unternehmensgründungen für die Bundesrepublik feststellt, war die Kreditförderung von Unternehmensgründungen in der Bundesrepublik mehrheitlich auf den gewerblichen (und mit Einschränkungen auf den freiberuflichen Bereich) ausgelegt, wobei in der Fördersystematik von einem hohen Investitionsvolumen beim Anlagevermögen für Maschinen und Anlagen ausgegangen wird. Hier werden also vorwiegend Betriebe in klassischen Männerbranchen – wie Produktion, Industrie, Hochtechnologie oder die Baubranche – gefördert. Die von Frauen gegründeten Unternehmen finden sich dagegen überwiegend im frauendominierten Arbeitsfeld des Dienstleistungssektors[14] (Gather u.a. 2008), weswegen sie – mit Ausnahme von den Leistungen der Bundesagentur für Arbeit – bisher kaum Zugang zu den klassischen Fördermitteln haben. U.a. auch in Folge dieses Ausschlusses weisen von Frauen gegründete Unternehmen überwiegend eine niedrigere Kapitalausstattung auf als Betriebe, die von Männern gegründet werden (vgl. Fehrenbach 2004; Lauxen-Ulbrich/Leicht 2005; Sternberg/Luckgen 2004). Als ein Instrument zur finanziellen Förderung von Kleinstunternehmen im Dienstleistungssektor bedienen Mikrokredite damit zumindest eine Gruppe von Unternehmensgründer_innen, die lange vom Zugang zu Investitionskapital ausgeschlossen war. Dadurch, dass nicht mehr ausschließlich so genannte „wirtschaftsaktive Gründungen" zum Förderungsgegenstand werden, leisten Mikrokredite einen wichtigen Beitrag, veränderte Vorstellungen vom Unternehmer und unternehmerischen Aktivitäten zu befördern.

Neben der Frage der quantitativen Teilhabe von Frauen an den Mikrokreditfonds stellt sich die Frage, wie Mikrokredite aus individueller Perspektive erlebt

14 Laut Mikrozensus von 2004 arbeiten annähernd neun von zehn selbstständigen Frauen im Dienstleistungsbereich. Bei den männlichen Selbstständigen trifft das nur auf zwei Drittel zu (vgl. Gather u.a. 2008).

und wahrgenommen werden. Dies wird im Folgenden exemplarisch anhand der Fallrekonstruktion einer Mikrokreditnehmerin beleuchtet.[15]

2. Die individuelle Perspektive auf Mikrokredite: Zwischen Selbstverwirklichung und ungesicherter Existenz

Frau P. hat einen Mikrokredit in Höhe von 3.000 Euro aufgenommen, um die Kosten für das Marketing ihres Catering-Unternehmens, welches sich noch in der Gründungsphase befindet, zu bestreiten. Die 38-Jährige arbeitet als Reinigungskraft und in einem Call-Center.[16] Damit verdient sie ca. 700 Euro netto monatlich. Dieses Arbeitsarrangement wird von ihr als eine pragmatische Entscheidung zur Sicherung ihres Lebensunterhalts begründet, da es sie davon entlaste, mit ihrer Existenzgründung bereits kurzfristig Gewinne erzielen zu müssen. Eine Gründungsförderung durch die Arbeitsagentur lehnt Frau P. ab:

> „Was ich nicht wollte, war in die Selbstständigkeit starten von Hartz IV aus. [...] Also ich habe so viel mit diesen Ämtern in den letzten Jahren erlebt, dass ich gesagt habe, ich möchte das nicht. Also entweder, ich schaffe das aus eigener Kraft – oder halt nicht. So. Dass mir irgendjemand ein Darlehen gibt, habe ich sowieso nicht geglaubt, ja, dass das irgendwie mal passiert." (Frau P. 16, Z. 116- 122)

Frau P. gehört zur beschriebenen Gruppe von Personen, die als „nicht bankfähig" gelten und nur über das Instrument des Mikrokredits Zugang zu einem Gründungskredit erhalten. Einen Kredit zu erhalten wird von ihr positiv gedeutet als etwas, was sie aus eigener Kraft geschafft hat, etwas, womit sie sich nicht den „Ämtern" ausliefern muss. Die Selbständigkeit stellt für Frau P. eine Möglichkeit dar, langfristige ökonomische Erfolgserwartungen mit biographischen Ansprüchen auf Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung zu vereinen.

Im Gründungsprozess ist sie selbst verantwortlich für eine Reihe von Entscheidungen (und nicht das „Amt") und wertet diese Gestaltungsspielräume als Zugewinn von Handlungsautonomie. Als ausgebildete Hauswirtschaftlerin, die über mehrjährige Berufserfahrung im Kantinen- und Gaststättenbereich verfügt, kann sie mit der Eröffnung eines Catering-Unternehmens auf ihren

15 Hierfür wird auf empirisches Material aus einem laufenden Forschungsprojekt an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin unter der Leitung von Prof. Claudia Gather zu Geschlechterdifferenzen in der Gründungsfinanzierung zurückgegriffen.

16 Frau P. hat mit 15 Jahren ihr Elternhaus verlassen. Mit Mitte 20 absolviert sie eine Ausbildung, mit Anfang 30 das Abitur. Nach einem Semester bricht sie ihr Studium ab und beginnt mit ihrer Existenzgründung. Zuvor war sie vorrangig in der Gastronomie tätig und hatte wechselnde Gelegenheitsjobs, so u.a. auf einem Großmarkt.

beruflichen Kompetenzen aufbauen. Mit ihrer Selbstständigkeit verfolgt Frau P. nicht allein ökonomische Rationalitätskalküle, nicht allein eine Ausrichtung auf einen zukünftigen Markterfolg, sondern sie erlebt die Selbstständigkeit als Selbstverwirklichung (z.B. indem sie Geschirr oder Rezepte selbst auswählt).

Frau P. deutet den Erfolg in der Selbständigkeit als individuelle Leistung eines weitgehend autonom gedachten Subjektes und entwirft sich damit in einer Weise, die konträr zu den institutionell produzierten Zuschreibungen an unterstützungsbedürftige Transferleistungsempfänger steht. Auf diese Vorstellung des autonomen Subjekts, die im Mikrokredit-Diskurs entworfen und von Frau P. aufgegriffen wird, kommen wir weiter unten zurück.

Frau P. erlebt die Möglichkeit einen Mikrokredit zu erhalten als persönliche Bestätigung. Dies wird an ihrer Schilderung des ersten zufälligen Treffens mit Frau F. vom Mikrofinanzinstitut auf einer Gründungsmesse deutlich:

> Und Frau F. „hat direkt gemeint, da muss ein Trailer her und eine gescheite Webseite. (...) wenn Sie uns einen Businessplan schreiben können, können wir Ihnen in vier Wochen ein Mikrodarlehen geben. Da stand ich dann da und mir ist erst mal alles aus dem Gesicht gefallen. Also war irgendwie so den Tränen nahe, ja? Und habe mich dann hingesetzt, habe angefangen den Businessplan zu schreiben und habe den auch wirklich in vier Wochen fertig gekriegt". (Frau P., Z, 261-274)

In der Beratung erhält Frau P. Anerkennung und Verständnis für ihre Geschäftsidee. Die Aussicht auf einen Zugang zu einem Kleinkredit, der ihr, die weder über Rücklagen noch Eigenkapital verfügt, bei einer 'gewöhnlichen' Geschäftsbank verwehrt werden würde, beflügelt sie und bestärkt sie in ihrem Vorhaben.

Es kommt es zum erhofften Kreditabschluss. In der Beratung dazu macht Frau P. die Erfahrung, dass ihre Erwerbstätigkeit in statusniedrigen und niedrig entlohnten Tätigkeiten nicht als Nachteil für die Kreditvergabe angesehen wird:

> „Ja, also mein Gespräch hat keine fünf Minuten gedauert. Und der erste Satz war: Sie sind die Frau, die nebenbei noch arbeitet? Und ich so: Ja (lacht) ich gehe noch putzen. (lacht) Und arbeite im Call-Center und irgendwie war das so, ja (...). Und das hat richtig gut getan. Also so ohne Auflagen und nichts. Also die fanden meine Kalkulation, was ich mit dem Mikrodarlehen vorhabe, auch realistisch" (Frau P., Z. 311-316).

Frau P. wird als Kreditnehmerin 'ernst' genommen, ihr wird die Rückzahlung des Darlehens zugetraut. Auch sie selbst hat den Eindruck, die Anforderungen erfolgreich bewältigen zu können: „Ich bezahle im Monat auf zwei Jahre, ich glaube, 135 Euro. Und das ist machbar. Also das schafft man" (Frau P., Z. 331-332).

Dadurch, dass das erfolgreiche Bewältigen der institutionellen Anforderung, also die Rückzahlung des Kredits, zum vordergründigen Handlungsziel der

Kreditnehmerin wird, gerät die eigentliche Herausforderung, die selbständige Existenzsicherung, aus dem Blick. Dies legt den Eindruck nahe, dass sich im Kontext der Kreditbeziehung die Definition von Erfolg in der Selbständigkeit verschiebt. Der Erfolg besteht für Frau P. in der Erfahrung, als kreditwürdig und damit als anerkannt zu gelten. Anders als bei Transferleistungen ist sie als Kreditnehmerin nicht hilfebedürftig, sondern ihr werden ein kreatives Potential und Fähigkeiten zur Selbstorganisation zugeschrieben. Die Selbstständigkeit eröffnet ihr Spielräume für das berufliche Handeln, die ihr in der abhängigen Erwerbstätigkeit verwehrt sind. Den Chancen zur Selbstverwirklichung stehen jedoch strukturelle Risiken einer weitgehend ungesicherten Existenz gegenüber.

3. Abbau struktureller Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt durch Mikrokredite?

Wie dargestellt, wird durch das Instrument der Mikrokredite der Adressatenkreis für Kredite erweitert: Dadurch erhalten gesellschaftlich benachteiligte Personen, die von der Kreditvergabe üblicherweise ausgeschlossen werden, einen Zugang zu Kleinkrediten. Über das Medium des Mikrokredits findet, wie durch das Fallbeispiel deutlich wurde, eine Form der gesellschaftlichen (Markt-)Inklusion von sonst vielfach ausgeschlossenen Personengruppen statt. Diese Personen werden „bankfähig", sie erhalten institutionelle Wertschätzung und Anerkennung und werden in ihrer Handlungsfähigkeit bestärkt.

Wie am Fallbeispiel aber gleichzeitig deutlich wurde, gewährleistet der Mikrokredit allein noch keine langfristige existenzsichernde Beschäftigung. Das Einkommen der Mikrokreditnehmerin verbleibt im hier betrachteten Fall vielmehr unterhalb der Grenze zum Niedriglohn (vgl. Kalina/Weinkopf 2009), und auch die langfristige Tragfähigkeit der geförderten Selbständigkeit erscheint durchaus fraglich. Diese Unternehmerin stellt keinen Einzelfall dar. Wie eine Untersuchung von Gather u.a. (2010) belegt, ist der Anteil der Geringverdienerinnen unter selbständigen Frauen sehr hoch: Gut 40% der selbständigen Frauen verdienen in Deutschland ein Bruttoeinkommen unter 1.278 Euro. Die Einkommensunterschiede zwischen männlichen und weiblichen Selbständigen sind noch ausgeprägter als bei abhängiger Beschäftigung: Der Gender-Pay-Gap in der Selbständigkeit beträgt 34,7 % (Gather u.a. 2010, 95). Auch europaweit ist „unsere" Unternehmerin kein Einzelfall: Desmedt (2010) belegt in ihrer EU-Studie (Länderschwerpunkte Belgien und England), dass Mikrokredite nicht zu einer dauerhaften Verbesserung der Einkommenssituation von (selbständig) erwerbstätigen Frauen führen. Alle von ihr befragten Mikrokreditnehmerinnen (insgesamt 22) realisieren mit ihrer Selbständigkeit nur prekäre Erwerbseinkommen.[17]

Während die europäische Kommission Mikrokredite als Hilfsangebot für den „Sprung von der Arbeitslosigkeit in die Selbstständigkeit" (EU Kommission 2007, 9) propagiert, erweisen sich Mikrokredite (wie auch andere Instrumente zur Förderung der Selbständigkeit) gerade aus geschlechterpolitischer Perspektive als problematisch. Mikrokredite werden als Elemente der so genannten aktivierenden Arbeitsmarktpolitik eingesetzt. Diese „aktivierende Arbeitsmarktpolitik" ist gekennzeichnet durch einen „Übergang von der öffentlichen zur privaten Sicherheit, vom gesellschaftlichen zum individuellen Risikomanagement, von der Sozialversicherung zur Eigenverantwortung, von der Staatsversorgung zur Selbstsorge" (Lessenich 2003, 86). Dementsprechend propagiert die mittels Mikrokrediten betriebene Förderung der Selbständigkeit „Eigenverantwortung als Leitprinzip" (Scheele 2010). Das Konzept der Mikrokredite, so wie es überwiegend praktiziert wird, überträgt das schumpeterische Unternehmer-Ideal auf bislang von der Kreditvergabe ausgeschlossene Bevölkerungsgruppen. Dieses Ideal basiert auf der Vorstellung eines unabhängigen, von Reproduktionsaufgaben freigesetzten Unternehmers und betont das kreative Potential und die Eigenaktivität. Fraglich ist jedoch, inwieweit der erweiterte Adressatenkreis die Spielräume, die dieses Leitbild verspricht, nutzen kann.[18]

Insoweit das Konzept der Mikrokredite ausschließlich auf den Kapitalbedarf bei Unternehmensgründungen ausgerichtet ist, verfehlt es z.B. die tatsächliche Problemlage von Frauen: Da ein Großteil der selbständigen Frauen Geringverdienerinnen sind, ist für sie als Gründerinnen der Zugang zu Investitionskapital nicht das Hauptproblem; vielmehr stehen Fragen der eigenständigen Existenzsicherung und der sozialen Absicherung im Vordergrund. Aufgrund ihres niedrigen Einkommens haben viele Selbständige keine Rentenversicherung und zahlen auch keine Beiträge in die freiwillige Arbeitslosenversicherung ein (Schulze-Buschoff 2010, 188). Problematisch an der derzeitigen Regelung ist, dass Selbständige – mit Ausnahme des besonders geregelten Erwerbsbereiches künstlerischer Tätigkeit

17 Quantitative Studien, die diese Ergebnisse belegen, liegen bisher nicht vor.

18 Die Nutzung hängt auch davon ab, ob die im unternehmerischen Leitbild enthaltenen Vorstellungen von Arbeit und Selbstständigkeit unangetastet bleiben oder sich verändern. Beispielsweise stellt sich die Frage, ob sich ein neues Leitbild eines Teilzeit-Unternehmertums entwickelt. Die Beharrlichkeit bestehender gesellschaftlicher Vorstellungen wird am Arbeitsbegriff deutlich: Zwar hat sich die Frauenerwerbstätigkeit erhöht, aber das, was gesellschaftlich als Arbeit gilt, bleibt auf Erwerbsarbeit beschränkt.

und Medienproduktion – ihren Beitrag zur Rentenversicherung vollständig selbst aufbringen müssen. Auch die Kosten für die Krankenversicherung beinhalten für Selbständige im unteren Einkommensbereich häufig eine erhebliche finanzielle Belastung (zur Diskussion vgl. Bieback 2004; Betzelt/Fachinger 2004; Schulze-Buschoff 2010).

Zur Beförderung von Geschlechtergerechtigkeit wäre es wichtig, für Selbständige mit niedrigen Einkommen Möglichkeiten einer Partizipation an wohlfahrtsstaatlichen Leistungen und sozialer Sicherung zu schaffen. Anstatt Selbständigkeit als individualisiertes Modell von entsicherter Erwerbsarbeit politisch zu befördern, sollten politische Rahmenbedingungen geschaffen werden, die eine nachhaltige Absicherung und damit auch eine nachhaltige soziale Inklusion ermöglichen. Denn wie deutlich wurde, reicht eine gleichberechtigte Markinklusion nicht aus, um gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

Aber nicht nur die mangelnde soziale Absicherung von Selbstständigen wird durch das Mikrokredit-Programm nicht angetastet, sondern auch die geschlechtliche Arbeitsmarktsegregation bleibt unberührt. Solange dies so ist, ist wenig verwunderlich, dass Frauen nur bedingt von Mikrokrediten profitieren. So stehen die niedrigen Einkommen von weiblichen Selbständigen in einem engen Zusammenhang mit der geschlechtlichen Segregation des Arbeitsmarktes und der gesellschaftlichen Entwertung der typischerweise durch Frauen durchgeführten Arbeit. Desmedt erklärt in ihrer Studie zu Mikrokrediten, die Art der geschlechtlichen Einbindung von Frauen in den Arbeitsmarkt sei kein Zufall, sondern in der EU politisch gewollt:

> „The hidden and silent political agenda of gender equality in the EU seems to be mainly about including women into the labour market, preferably by integrating them into the 'secondary' labour market (with low-paid jobs, flexible workers, part-timers, etc.)" (Desmedt 2010, 75).

Vor diesem Hintergrund erscheint auch die im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland höhere europäische Quote von 44% weiblichen Mikrokreditnehmerinnen als ein fragwürdiger Erfolg. Desmedt erklärt deshalb:

> „Setting up actions and policies to attract female workers into the secondary labour market and into flexible and low-cost employment forms maintains a traditional gender system in which women's incomes, across occupational sectors, remain lower than those of male workers" (Desmedt 2010,75).

Auch die EU-Politik gilt es zu verändern, so dass Politiken und Maßnahmen gefördert werden, die sowohl eine geschlechtergerechte Arbeitswelt wie auch eine Finanzwelt ermöglichen.

4. Fazit: Mikrokredite sind aus geschlechterpolitischer Perspektive keine Alternative

In Deutschland wurden im Zuge der Krise des Finanzmarktes Mikrokreditprogramme stark ausgeweitet. Dadurch erhalten neue Bevölkerungsgruppen einen Kreditzugang, die zuvor von Fördermitteln ausgeschlossen waren. Anders als bei den Yunus-Mikrokreditprogrammen und auch als im EU-Kontext werden in der deutschen Ausgestaltung Frauen jedoch nicht als zentrale Zielgruppe der Kredite definiert. Dementsprechend können Frauen in Deutschland auch nur zu einem geringen Anteil (28%) von den Mikrokrediten „profitieren". Einzig im Vergleich zu herkömmlichen Kreditprogrammen kann von einer Erhöhung der Frauenbeteiligung gesprochen werden. Unsere Ergebnisse bestätigen die fast einhelligen Ergebnisse feministischer Wissenschaftlerinnen, die in ihren Überblicksanalysen der von der deutschen Bundesregierung angedachten und durchgesetzten Krisenmaßnahmen (z.B. Konjunkturpakete I und II) erklären, dass diese Maßnahmen Frauen benachteiligen (vgl. Scheele 2009; Sauer 2010; Kuhl 2010; Wichterich 2010). Um dies zukünftig zu verhindern, gilt es Genderbudgetanalysen vorzunehmen, wenn Krisenprogramme aufgelegt werden, und zwar bevor diese in die Praxis umgesetzt werden.[19] Allerdings verdeutlichen unsere Befunde neben der Notwendigkeit quantitativer Analysen auch die Notwendigkeit von qualitativen und strukturellen Analysen, damit Fragen nach der Qualität der durch Mikrokredite geschaffenen Arbeit sowohl aus individueller als auch aus gesamtgesellschaftlicher Perspektive untersucht werden können.

So zeigt das Fallbeispiel einer Mikrokreditnehmerin, dass Mikrokredite individuelle Handlungsspielräume erweitern, aber gleichzeitig – nicht nur in diesem Einzelfall, sondern in der Regel – keine langfristige, eigenständige Existenzsicherung gewährleisten. Die durch Mikrokredite ermöglichte soziale Inklusion bleibt prekär. Unsere Diskussion der Frage, inwiefern Mikrokredite als Instrument für den Abbau struktureller Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt dienlich sein können, kommt zu einem eindeutigen Ergebnis: Mikrokredite stellen in ihrer aktuellen Ausgestaltung ein Instrument der aktivierenden Arbeits-

19 Das Europäische Parlament hat die Mitgliedsstaaten zwar aufgefordert „eine gleichstellungspolitische Folgenabschätzung vorzunehmen, bevor sie Sparmaßnahmen auf den Weg bringen, um zu vermeiden, dass Frauen überproportional davon betroffen sein werden" (Kuhl 2010, 4). Budget-orientierte Gender-Analysen, die dafür notwendig wären, liegen in Deutschland nur vereinzelt vor. Anders z.B. in Österreich, dort hat der Staat die „Verpflichtung zu Gender-Budgeting-Analysen in das Grundgesetz" aufgenommen (Kuhl 2010, 4).

markpolitik dar, das Risiken individualisiert und die geschlechtliche Segregation des Arbeitsmarktes reproduziert.

Anders als in Europa und in anderen Teilen der Welt gilt die Förderung der Selbständigkeit von Frauen hierzulande nicht als Zielkomponente von Mikrokrediten. Unter geschlechterpolitischen Gesichtspunkten kann sich die Aufnahme der Genderorientierung in das Konzept der Mikrokredite aber nicht auf eine Veränderung des Geschlechterproporzes unter den Kreditnehmer_innen beschränken. Angesichts des strukturellen Wandels und der Flexibilisierung der Erwerbsarbeit ist es vielmehr zugleich auch wichtig, die Systeme der sozialen Sicherung so anzupassen, dass sie die gleichberechtigte Inklusion von Selbständigen ermöglichen. Ein Mittel dazu könnte die Einführung von Marktregularien analog zu den gewerkschaftlich verhandelten Honorarsätzen im Bereich des Mediensektors darstellen (vgl. zur Diskussion von Gestaltungsansätzen zur Sicherung selbständiger Erwerbsarbeit u.a Pongratz/Simon 2010). Weiterhin erforderlich ist die Förderung von Netzwerken, die nicht marktförmig organisiert sind, in denen sich Selbständige wechselseitig unterstützen – etwa wie in einem Tauschring – oder auf der Grundlage einer Förderung der kooperativen Nutzung von Geschäftsräumen, Infrastruktur und bestimmten Dienstleistungen (Buchhaltung, Telefonzentrale, Sekretariat etc.). Zudem ist die mangelnde Rentenabsicherung von Selbstständigen eine der dringlichsten Herausforderungen politischen Handelns.

Abschließend gilt es festzuhalten: Das „ökonomisches Empowerment", das die derzeitige Ausgestaltung und Einbettung von Mikrokrediten in Aussicht stellt, „gibt Frauen keine Macht, ökonomische und soziale Verhältnisse anders zu gestalten, sondern integriert sie und steigert die Konkurrenz als auch die Effizienz auf den Märkten" (Wichterich 2010). Nancy Fraser warnt, dass durch solche Formen des ökonomischen Empowerments, „der Traum von Frauenemanzipation in den Dienst der kapitalistischen Akkumulationsmaschine" gestellt werde (Fraser 2009) und dabei Züge eines Alptraums entwickle. In den so genannten Entwicklungsländern, wo 94% der Mikrokredite an Frauen vergeben werden, hat sich gezeigt:

> „Die Privatisierung und Feminisierung in der Armutsbekämpfung durch Mikrokredite hat gleichzeitig eine Entlastungsfunktion für den Staat: Die fleißigen Frauen übernehmen die Armutsreduktion in Eigenverantwortung und nehmen dem Staat damit soziale Verpflichtungen ab" (Wichterich 2010).

Die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Finanzkrisen mittels Mikrokrediten entlastet den Staat dabei allerdings zuungunsten bereits marginalisierter Bevölkerungsgruppen. Dies gilt auch für die Bundesrepublik Deutschland. Young (2009) bezeichnet dieses Phänomen in Anlehnung an Colin Crouch als „privatisierten Keynesianismus", in dem die Absicherung gegen Risiken und die dabei entstehenden Kosten und Lasten gänzlich auf Individuen und Privathaushalte abgeschoben werden (vgl. auch Wichterich 2010).

Auch die Rolle von Mikrokrediten im globalen Finanzmarkt gilt es zu hinterfragen. Denn Mikrokredite stellen mittlerweile ein globales Finanzmodell dar, in das private und institutionelle Anleger investieren. Das weltweite Volumen des Mikrofinanzsektors wird auf 30 Billionen US-Dollar geschätzt (Becker 2010, 76). Die Gefahr von Finanzspekulationen wird derzeit vielerorts deutlich, nicht zuletzt im Lebensmittelbereich, wo aktuell gefordert wird, Spekulationen mit Lebensmitteln weltweit zu verbieten. Ob und wo Mikrokredite weltweit welche geschlechterpolitischen Konsequenzen zeitigen, gilt es differenziert zu untersuchen. Bezogen auf die Europäische Union und auf Deutschland, so hat unser Beitrag gezeigt, sind sie in ihrer jetzigen Form leider kein Weg zu mehr Geschlechtergerechtigkeit.

Literatur

Becker, Philipp M., 2010: Investing in Microfinance. Integrating New Asset Classes into an Asset Allocation Framework Applying Scenario Methodology. Wiesbaden.

BMAS (Bundesministerium für Arbeit und Soziales), 2010: Kredit soll kleinen Firmen helfen Pressenmitteilung. Vom 27.01.2010. http://www.bmas.de/portal/41766/2010__01__27__mikrokredit.html (Download: 01.10.2010)

Bieback, Karl-Jürgen, 2004: Der Versuch, neue Selbständigkeit und Scheinselbständigkeit sozialstaatlich zu regulieren. Kritische Justiz. Jg. 34, 249-271.

Betzelt, Sigrid/Fachinger, Uwe 2004: Jenseits des Normalunternehmers: Selbständige Erwerbsformen und ihre soziale Absicherung. Zeitschrift für Sozialreform. Jg. 50, 21-30.

BMAS (Bundesministerium für Arbeit und Soziales), 2012: Guten Geschäftsideen auf die Sprünge helfen. Pressemitteilung. Vom 03.01.2012. http://www.bmas.de/DE/Service/Presse/Pressemitteilungen/mikrokreditfonds.html (Download: 10.04.2012)

Brana, Sophie, 2011: Microcredit: an Answer to the Gender Problem in Funding? Small Business Economics. Juni 2011, 1-14.

Desmedt, Emmanuelle, 2010: Trapped in Ideology. The Limitations of Micro-Finance in Helping Women Creating Viable Micro-Businesses. York. http://etheses.whiterose.ac.uk/1464. (Download: 07.07.2011)

EU Kommission, 2007: Eine Europäische Initiative zur Entwicklung von Kleinstkrediten für mehr Wachstum und Beschäftigung. Brüssel. 20.12.2007. KOM (2007).

European Commission, 2008: JASEMINE: European Commission Initiative to Reinforce Development of Micro-Credit in Europe. Brüssel.

–, 2008: Financial Service Provision and Prevention of Financial Exclusion. März 2008. Brüssel.

–, 2008a: The European Commission and the EIB Group Launch the JASMINE Initiative to Develop Micro-Finance Institutions in Europe in Support of Growth and employment. Rapid Press Release. IP/08/1312. http://tiny.cc/jasmine08 (Download: 01.07.2009)

–, 2008b: JASMINE: European Commission Initiative to Reinforce Development of Micro-Credit in Europe. http://tiny.cc/jasmine07 (Download: 01.07.2010)

–, 2008c: The European Commission Launches the JASMINE Initiative to Develop Micro-Finance Institutions in Europe in Support of Growth and Employment. http://ec.europa.eu/growthandjobs/(Download: 01.07.2010)

European Investment Fund, 2009: JEREMIE. Joint European Resources for Micro to Medium Enterprises. Progress Report on Evaluation and Implementation Activities in 27 EU Member States. http://tiny.cc/jeremie06b (Download: 01.07.2010)

European Parliament, 2009: European Parliament Resolution of 24 March 2009 with Recommendations to the Commission on a European Initiative for the Development of Micro-Credits in Support of Growth and Employment. http://tiny.cc/mfresolution09 (Download: 01.07.2010)

Fraser, Nancy, 2009: Feminismus, Kapitalismus und die List der Geschichte. Blätter für deutsche und internationale Politik. Bd. 54. Nr. 8, 43-57.

Fehrenbach, Silke, 2004: Charakteristika der von Frauen und Männern geführten Betriebe in Deutschland. In: Leicht, Rene/Welter, Friederike (Hg.): Gründerinnen und selbstständige Frauen. Karlsruhe, 170-192.

Gather, Claudia/Schulze, Eva/Schmidt, Tanja/Wascher, Eva, 2008: Selbstständige Frauen in Berlin – Erste Ergebnisse aus verschiedenen Datenquellen im Vergleich. Studie gefördert von der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen und vom Europäischen Sozialfonds. Berlin. Discussion Paper 03. 06/2008. Harriet Taylor Mill-Institut.

Gather, Claudia/Schmidt, Tanja/Ulbricht, Susan, 2010: Der Gender Income Gap bei den Selbstständigen – Empirische Befunde. In: Bührmann, Andrea D./Pongratz, Hans J. (Hg.): Prekäres Unternehmertum. Wiesbaden, 87-111.

Groß, Tobias, 2009: Mikrokredite als ein Instrument der sozialen Integration – aktuelle Maßnahmen von Seiten der EU. In: Der Paritätische Wohlfahrtsverband (Hg.): Arbeitshandbuch Finanzen für den sozialen Bereich. Hamburg, 1-10.

Hajek, Katharina/Opratko, Benjamin, 2011: Krise Geschlecht. Welche Wirtschaft, wessen Krise? Perspektiven – Magazin für linke Theorie & Praxis. Nr. 9. http://www.perspektiven-online.at/2010/01/20/welche-wirtschaft-wessen-krise/ (Download: 20.6.2011).

Jayo, Barbara/Gonzalez, Anabel/Contett, Casey 2010: Overview of the Microcredit Sector in the European Union. EMN Working Paper Nr. 6. Brüssel/Paris.

Kalina, Thorsten/Weinkopf, Claudia, 2010: Niedriglohnbeschäftigung 2008: Stagnation auf hohem Niveau- Lohnspektrum franst nach unten aus. Institut für Arbeit und Qualifikation. IAQ-Report. Nr. 06/2010. Gelsenkirchen.

Kelleter, Kai, 2009: Selbständige in Deutschland. Ergebnisse des Mikrozensus 2008. In: Statistisches Bundesamt (Hg.): Wirtschaft und Statistik 12/2009, 1204-1217.

Kuhl, Maria, 2010: Wem werden Konjunkturprogramme gerecht? Eine budgetorientierte Gender-Analyse der Konjunkturpakete I und II. Wiso Diskurs. Expertisen zur Dokumentation zur Wirtschafts- und Sozialpolitik. Expertise im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn.

Lämmermann, Stefanie/Maas, Brigitte, 2011: Germany. In: Jayo, Barbara/Gonzalez, Anabel/Contett, Casey 2010: Overview of the Microcredit Sector in the European Union. EMN Working Paper Nr. 6, Paris/Brüssel, 82-83.

Lauxen-Ulbrich, Maria/Leicht, Rene, 2005: Wie Frauen gründen und was sie unternehmen. Nationaler Report Deutschland. Teilprojekt: Statistiken über Gründerinnen und selbständige Frauen. Institut für Mittelstandsforschung, Mannheim.

Lessenich, Stephan, 2003: Soziale Subjektivität. Die neue Regierung der Gesellschaft. Mittelweg 34. 4, 80-93.

Piorkoswki, Michael Burkhard, 2002: Genderaspekte in der Finanziellen Förderung von Unternehmensgründungen. Eine qualitative und quantitative Analyse der Programme auf Bundesebene – unter besonderer Berücksichtigung der Gründung durch Frauen. http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/PRM-23940-Broschure-Genderaspekte-inder, property=pdf,bereich=,rwb=true.pdf (Download: 01.07.2010)

Sauer, Birgit 2010: Crisis! What Gender? Eine geschlechterkritische Deutung der Finanz- und Wirtschaftskrise. ak – analyse & kritik – zeitschrift für linke Debatte und Praxis. Nr. 551. 18.06.2010, http://www.akweb.de/ak_s/ak551/29.htm (Download: 30.06.2011).

Scheele, Alexandra, 2009: Hat die Wirtschaftskrise ein Geschlecht? In: Eurozine http://www.eurozine.com/articles/2009-03-10-scheele-de.html (Download 01.07.2010) (Erstveröffentlichung in: Blätter für deutsche und internationale Politik. Nr. 3, 2009, 26-28.

–, 2010: Eigenverantwortung als Leitprinzip: Das SGB II im Kontext wohlfahrtsstaatlicher Reformen. In: Jaehrling, Karen/Rudolph, Clarissa (Hg.): Grundsicherung und Geschlecht. Münster, 24-38.

Schulze-Buschoff, Karin, 2010: Sozialpolitische Perspektiven der ‚neuen Selbständigkeit'. In: Bürmann, Andrea/Pongratz, Hans (Hg.): Prekäres Unternehmertum. Unsicherheiten von selbständiger Erwerbstätigkeit und Unternehmensgründung. Wiesbaden, 167-192

Sternberg, Rolf/Lückgen, Ingo, 2004: Global Entrepreneurship Monitor 2004. Unternehmensgründungen im weltweiten Vergleich. Länderbericht Deutschland 2004. Köln.

UN (United Nations), 1997: Role of Microcredit in the Eradication of poverty. Report of the Secretary-General. New York.

Wichterich, Christa, 2010: Geschlechteranalysen und -diskurse in der Krise. Peripherie. Nr. 118/119, 164-187.

Young, Brigitte, 2009: „Die Subprime-Krise und die geschlechtsspezifische Schuldenfalle". In: Friedrich-Ebert-Stiftung 2009, 15-27. www.library.fes.de/pdf-files/wiso/06753-20091109.pdf (Download: 30.06.2011)

Irene Dölling

Vergesellschaftungsmodi jenseits des Arbeitsparadigmas

1. Krise des Kapitalismus, 'große Transformation'?

Seit einiger Zeit mehren sich die Anzeichen dafür, dass sich die kapitalistisch-bürgerlich-demokratische Gesellschaft in einer Regulationskrise befindet, die, wenn auch ungleichzeitig, alle Teilsysteme erfasst. Nicht nur ist die Finanzkrise von 2008 in eine Staatskrise übergegangen, was auch anzeigt, dass keine „(relativen) Lösungen der ihr zugrunde liegenden globalen Widersprüche" (Klein 2010, 11) gefunden wurden. Zahlreiche Untersuchungen belegen auch, dass bisherige Regulierungen des Arbeitsmarktes brüchig werden, der Sozialstaat in seiner bisherigen, fordistischen Form sowie die Institution Familie mit ihren geläufigen Geschlechternormen und Arbeitsteilungen unter Druck geraten und solche normativen, bis in die Gesetzgebung wirkenden Aufspaltungen des gesellschaftlichen Universums wie die Trennung in 'öffentlich' und 'privat' erodieren. Alle diese Symptome verweisen in ihrer Gesamtkonstellation darauf, dass bisherige Vergesellschaftungs-, Integrations- und Kontrollmodi, die für die 'organisierte' (Wagner), wohlfahrtsstaatliche Moderne kennzeichnend waren, tendenziell veralten und dysfunktional werden. Vieles deutet darauf hin, dass die kapitalistische Moderne aktuell vor einer ähnlich grundlegenden Veränderung der Regulationsweisen der Gesellschaft steht, wie sie Karl Polanyi als *The Great Transformation* für die Herausbildung der kapitalistischen Wirtschaftsweise beschrieben hat. Offen ist allerdings, ob die zu findenden Lösungen für die aktuellen Widersprüche zu neuen/veränderten Regulationsweisen führen, die im Rahmen des Kapitalismus bleiben, oder ob diese neue Phase der kapitalistischen Entwicklung zugleich eine Phase ist, „in der sich der Beginn des Übergangs zu einer anderen Gesellschaft" (Klein 2010, 12), also zu einer Transformation über den Kapitalismus hinaus abzeichnet. Auch wenn die Beantwortung dieser Frage von komplexen Bedingungen und Kräfteverhältnissen abhängt und letztlich nur praktisch-politisch entschieden wird, ist die Sozialwissenschaft aktuell doch herausgefordert, durch ihre Forschungen und Analysen zur Suche nach Antworten beizutragen. SoziologInnen, insbesondere die Jenenser Gruppe um

Klaus Dörre, Stephan Lessenich und Hartmut Rosa, haben schon vor einigen Jahren darauf hingewiesen, dass die Soziologie (und das trifft tendenziell auch auf den wissenschaftlichen Feminismus zu) in dieser Situation, in der sich eine grundlegende Transformation der kapitalistisch-modernen Gesellschaft als Möglichkeit abzeichnet, ihre weitgehend verloren gegangene Aufgabe der Kritik wieder beleben muss, indem sie die „immanente Krisenhaftigkeit kapitalistischer Vergesellschaftung", das „systemisch unterdrückte(s), politisch stillgestellte(s) oder gesellschaftlich marginalisierte(s) sozialdestruktive(s) Potenzial" (Dörre u.a. 2009, 14) des Kapitalismus ins Zentrum ihrer Sozialkritik rückt und zugleich im Gegebenen, in den Widersprüchlichkeiten und Ambivalenzen der aktuellen Gesellschaft objektive Bedingungen und subjektive Potenziale für Transformationen benennt und intelligibel macht, die über den status quo hinausweisen. Letzteres setzt voraus, die wissenschaftlichen Erkenntnismittel offenzuhalten für Neues, Ungewohntes, Marginales, damit der analytisch-kritische Blick nicht durch eingeschliffene Begriffe und Konzepte eingeschränkt wird und damit für Mögliches im Gegebenen blind bleibt. So ist es z.B. fraglich, ob Denkmuster des Erwerbsarbeitsparadigmas, die gegenwärtig die sozialwissenschaftlichen und feministischen Diskurse zur Zukunft der Arbeit bzw. der 'Arbeitsgesellschaft' dominieren, kritische Analysen, die Entwicklungen bzw. Entwicklungspotenziale sicht- und verhandelbar machen wollen, die über den Kapitalismus hinausgehen, nicht eher blockieren. Meine These, die ich im Folgenden diskutieren möchte, lautet: Um den Möglichkeiten für die Herausbildung eines veränderten/neuen Vergesellschaftungs- und Integrationsmodus in der postfordistischen kapitalistischen Gesellschaft auf die Spur zu kommen, ist eine Überwindung des (Erwerbs-)Arbeitsparadigmas notwendig. Ich werde zunächst (2) Merkmale und Grenzen dieses Paradigmas skizzieren und mit Rekurs auf Max Webers Konzept der methodischen Lebensführung die Notwendigkeit der Auflösung der 'Arbeiter-Identität' (Hardt/Negri) begründen. Anschließend (3) werde ich aktuelle Tendenzen beschreiben, die auf die Möglichkeiten eines neuen Vergesellschaftungs- und Integrationsmodus deuten und abschließend (4) noch einmal darauf zu sprechen kommen, welche Aufgaben m.E. eine – feministisch orientierte – kapitalismuskritische Sozialwissenschaft zu leisten hätte.

2. Merkmale und Grenzen des (Erwerbs-)Arbeitsparadigmas

Mit der Herausbildung moderner, auf kapitalistische Warenproduktion gegründeter Gesellschaften hat 'Arbeit' einen grundlegenden Bedeutungswandel erfahren (das trifft auch auf die 'real-sozialistische' Variante moderner Gesellschaften

zu). Arbeit stieg von einer der „unsichersten, ja unwürdigsten und elendsten Lebensstellungen“ auf zu „einer Beschäftigung und einem Status“ und zur „Basismatrix der modernen ‘Lohnarbeitsgesellschaft’“ (Castel 2000, S. 11). War Arbeit, insbesondere die körperliche, bis dahin verachtet, wird sie nun zur Quelle allen Reichtums (Adam Smith) bzw. zur Grundlage menschlichen Fortschritts und zum entscheidenden Merkmal des gesellschaftlichen Wesens Mensch (Karl Marx) umgedeutet. Fortan bilden Arbeit, und das heißt im modernen Kontext: Lohn- bzw. Erwerbsarbeit, und soziale Anerkennung/soziale Positionierung eine untrennbare Einheit, wobei diese eine sozialstrukturell bzw. nach Geschlecht differenzierte Ausgestaltung erfährt. Mit dem Nationalstaat entwickelt sich im 19. Jahrhundert die Institution, die geeignet ist, die ‘soziale Frage’, also die Absicherung gegen die Risiken einer an Arbeitsfähigkeit gebundenen individuellen Existenz (mehr oder weniger) zu lösen. Richten sich diese Absicherungen zunächst insbesondere an Lohnarbeiter, erfährt im 20. Jahrhundert, vor allem in den beiden Jahrzehnten nach Ende des II. Weltkriegs, der Sozialstaat seinen Höhepunkt: nicht nur wird der Kreis der Leistungen und der – in einer Vielzahl von Kollektiven definierten – Anspruchsberechtigten erweitert, so dass schließlich nicht nur Lohnarbeiter, sondern generell Erwerbstätige (und ihre Angehörigen) zu Leistungsempfängern mit rechtlichen Ansprüchen werden. Der Sozialstaat schafft auch mit dem ‘Sozialeigentum’ eine neue Form von Eigentum, die einerseits das Prinzip des Privateigentums nicht verletzt (die individuelle Zahlung ist der Zugang zu vielen Sozialleistungen), zugleich aber über dieses hinausweist (Sozialeigentum ist nicht vererbbar). Der Sozialstaat als „Garant des Transfereigentums“ (Castel 2000, 278) bewahrt die von ihrer Arbeit lebenden Menschen vor „gesellschaftlicher Entmündigung“ (Castel 2000, 277), er hat daher in einem umfassenden Sinne eine integrierende und vergesellschaftende Funktion. Lohn-/Erwerbs-Arbeit verschafft nicht nur Anerkennung (vor allem in Geldform als Lohn oder Gehalt, aber auch in Form von Kreditwürdigkeit bzw. als Konsument/in oder Staatsbürger/in), sie bestimmt nicht nur entscheidend über den individuellen Platz im gesellschaftlichen Kosmos, sie prägt auch grundlegend individuelle Lebensführung und Identität. Heute gilt in einem umfassenden Sinne, dass alles, was Menschen alltäglich tun und denken, wahrnehmen und beurteilen, nicht ohne Bezug zu ‘(Erwerbs-)Arbeit’ ist. Freizeit (und wie sie ‘gefüllt’ wird), überhaupt individuelle Zeitregime, Muße, Faulenzen und Sich-gehen-Lassen, Sport oder gesunde Ernährung lassen sich nur in Relation zur struktur- und normgebenden Arbeit, ihren Anforderungen an Leistungsfähigkeit, Verfügbarkeit und Motiviertheit fassen. Der Stellenwert, den verschiedene Tätigkeiten für die Einzelnen in ihrer Lebensführung haben, ist von der

Unterscheidung in ‘produktive’, in der Regel bezahlte und sozial reputierliche, richtige’ Arbeit einerseits, in ‘reproduktive’, meist unbezahlte und mit wenig bis keiner sozialen Reputation verknüpfte Tätigkeiten (Nicht-Arbeit) andererseits ebenso beeinflusst wie von den damit einhergehenden geschlechterhierarchischen Arbeitsteilungen. Der Vergesellschaftungsmodus ‘Arbeit’ schlägt sich nieder in inkorporierten Klassifikationen, in Visions- und Divisionsprinzipien (Bourdieu), die die allgemeine Weltsicht (Arbeit ist die Grundlage der Gesellschaft) und den Sinn für den eigenen Platz im sozialen Gefüge (nach ‘Leistung’ und beruflicher Qualifikation) sowie das Selbstwertgefühl (ich bin wer, wenn ich Arbeit habe, ohne Arbeit ist das Leben sinnlos) orientieren. Er ist ablesbar an Machtgefällen in den unmittelbaren, z.B. familiären Beziehungen (wessen Leistungen haben den höheren Stellenwert für den Lebensstandard der Familie) und auch in der inkorporierten heterosexuellen Norm, die eng mit der Sozialfigur des Ernährers der Familie bzw. der (hinzuverdienenden) Hausfrau oder der Erwerbsarbeit und haushälterische Tätigkeiten vereinbarenden (Ehe-)Frau verknüpft ist. Er scheint auf in den Klassifikationen des praktischen Sinns, wer als ehren- und anerkennenswert gilt, wer ‘dazu gehört’ und wer nicht (z.B. als Erwerbslose/r) und deshalb auch als ‘Überflüssige/r’, ‘Sozialschmarotzer/in’ etc. ausgegrenzt werden kann. Oder, wie Judith Butler es formuliert hat, er wird sichtbar in allgemein geteilten Vorstellungen darüber, „welche Version des Körpers oder der Morphologie des menschlichen Lebens ganz allgemein als schützenswert, lebenswert und betrauerbar zugrunde gelegt wird“ (Butler 2010, 57) Das heißt z.B., für wen Schutzmaßnahmen (z.B. Sicherheit des Arbeitsplatzes, Kündigungsfristen, Bezahlung nach Tarif oder Anspruch auf Urlaub oder Extra-Zuwendungen) als selbstverständlich oder gerecht angesehen werden, welche Lebensformen bzw. Körperlichkeit als respektabel gelten und welche bzw. wessen verschlechterte oder bedrohte Lebensbedingungen (etwa von Facharbeitern, der Mittelschicht) als Unrecht beklagt oder wessen (miserable) Lebensbedingungen als hinnehmbar akzeptiert bzw. als irrelevant ausgeblendet werden (die materielle bzw. insbesondere die soziale Not von Langzeitarbeitslosen). Kurz: das Arbeitsparadigma durchdringt alle Bereiche des gesellschaftlichen und individuellen Lebens und es sind eben nicht einfach oder nur ‘die Verhältnisse’, sondern es sind auch und insbesondere seine Inkorporierung und seine alltägliche Anwendung in der praktischen Lebensführung, die seine Beständigkeit und Herrschaft sichern.

Max Weber hat in seiner Studie zur protestantischen Ethik herausgearbeitet, dass es immer je historisch bestimmter kollektiv geteilter Formen der alltäglichen individuellen Lebensführung bedarf, um potenziellen Veränderungen in der Wirtschaftsweise, die sich objektiv etwa durch technische oder soziale Entwicklungen

abzeichnen, zum Durchbruch zu verhelfen. Diese normativen Vorstellungen, wie das alltägliche Leben sinnvoll, gottgefällig, modern usw. geführt werden sollte, rekurrieren auf individuelle Bedürfnisse und weisen eine 'Wahlverwandtschaft' (also nicht unbedingt einen kausalen Zusammenhang) zu strukturell bedingten Erfordernissen auf. So waren es zunächst die Vorstellungen protestantischer, insbesondere calvinistischer Gemeinden von der Erreichung göttlicher Gnade durch „rastlose Arbeit" (Weber 1993, 144) und einer dementsprechenden 'methodischen Lebensführung', die die Ausbildung eines auf rationale Verwendung von Zeit und Fähigkeiten gerichteten praktischen Sinns beförderten. Dieser legte – auf Seiten der Lohnarbeiter wie der Unternehmer – als 'kapitalistischer Geist' „sich in schwerem Kampf gegen eine Welt feindlicher Mächte" (Weber 1993, 17) durchsetzend, den Grundstein für den Sieg der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Seine „volle ökonomische Wirkung" (ebd., 149) entfaltete der auf „innerweltliche (...) Askese" (Weber 1993, 145) gerichtete 'Geist des Kapitalismus' in dem Maße, wie er aus religiösen Banden herausgelöst wurde und sich „allmählich in nüchterne Berufstugend aufzulösen begann" (Weber 1993, 149). Arbeit als Wert 'an sich', Unterordnung der alltäglichen Lebensführung unter die Forderungen der Berufsarbeit, aber auch der Glaube, dass das Konsumieren eines stetig steigenden Warenangebots das Signum für 'Fortschritt' und individuellen Wohlstand sind – all das sind 'einverleibte', individuelle Wertvorstellungen des 'kapitalistischen Geistes'. Es ist dieser, zur Selbstverständlichkeit der alltäglichen Lebensführung gewordene 'Geist', der, wie Weber zu Beginn des 20. Jahrhunderts konstatiert, „heute den Lebensstil aller einzelnen, die in dies Triebwerk hineingeboren werden – *nicht* nur der direkt ökonomisch Erwerbstätigen –, mit überwältigendem Zwang bestimmt und vielleicht bestimmen wird, bis der letzte Zentner fossilen Brennstoffs verglüht ist" (Weber 1993, 153). Zwar hat sich – wie Boltanski und Chiapello (2003) in ihrer groß angelegten Untersuchung zum 'Neuen Geist des Kapitalismus' zeigen – in den letzten 100 Jahren einiges in den konkreten Formen und Regularien der alltäglichen, 'methodischen' Lebensführung verändert, nicht zuletzt dadurch, dass wichtige Bestandteile der Künstlerkritik[1] in

1 Boltanski und Chiapello arbeiten im Anschluss an Weber heraus, dass die kapitalistische Wirtschaftsweise immer auf Konstrukte aus anderen (kulturellen) Ordnungen der Gesellschaft zurückgreifen muss (wie Freiheit, Autonomie des einzelnen oder Gleichheit), um „gewöhnliche Menschen in konkreten Lebensumständen und insbesondere unter den Bedingungen des Arbeitslebens zur Mitwirkung zu bewegen (...)" (Boltanski/ Chiapello 2003, 51). In einer spezifischen Form der 'Landnahme' werden auch Konstrukte aus Diskursen, die den Kapitalismus kritisieren, in den 'kapitalistischen Geist' integriert. So sind in die postfordistischen, neoliberalen Unternehmenskulturen Elemente der Künstlerkritik eingeflossen, die gegen entfremdete Arbeit, Massenkonsum und standardisierte Warenproduktion die Vorstellung des kreativen, authentischen, sich selbst verwirklichenden Menschen (Künstlers) setzte.

die Leitbilder der Unternehmenskultur von moderner (kreativer, selbstverantwortlicher) Arbeitskraft, Arbeits- und Zeitorganisation integriert wurden – am „stahlharte(n) Gehäuse" (Weber 1993, 153), in das das Erwerbsarbeitsparadigma die individuellen Lebensäußerungen zwingt, hat sich nichts Grundlegendes geändert. Gerade weil die Prinzipien der Arbeitsgesellschaft (des Berufsethos) in ihrer inkorporierten, selbstverständlichen Existenzweise als praktischer Sinn kaum hinterfragt werden bzw. hinterfragbar sind, entfalten sie eine so mächtige, herrschaftssichernde Wirkung. Aber das heißt umgekehrt auch, dass einzig in Veränderungen in der Lebensführung, in den alltäglichen Klassifikationen der Welt- und Selbstsicht und ihrer habituellen 'Verankerung' Chancen dafür liegen, dass transformatorische Potenziale im objektiv Gegebenen wahrgenommen und realisiert werden (können). Hardt/Negri sprechen deshalb dezidiert davon, dass es um die „Abschaffung 'des Arbeiters'" (Hardt/Negri 2010, 340) geht, wenn über eine Transformation über den kapitalistischen *status quo* hinaus nachgedacht wird. Das meint eine Überwindung der Arbeiter-Identität, die in ihrer vergeschlechtlichten und sozial differenzierten Ausgestaltung alle Mitglieder der spätkapitalistischen Gesellschaft prägt, durch praktisches Erproben neuer, kollektiv anerkannter Formen der Lebensführung, die langfristig die Herausbildung eines neuen Vergesellschaftungs- und Integrationsmodus anstoßen. Als sozialwissenschaftliche Forschungsstrategie reicht es daher nicht aus, allein den Fokus auf 'objektive' Veränderungen in den Strukturen des Arbeitsmarktes, den sozialstaatlichen Regulierungen oder im politischen System zu richten und entweder die 'stahlharte' Beständigkeit des Kapitalismus zu konstatieren oder unvermittelt aus ihnen auf Möglichkeiten der Transformation des Gegebenen in eine 'neue Gesellschaft' zu schließen. Zu erkunden wäre vielmehr mit mindestens genauso großer Intensität, ob und wo in den aktuellen Widersprüchen Möglichkeiten für Veränderungen in der individuellen Lebensführung aufscheinen und wie sie in einer Gesellschaft, deren Mitglieder noch weitgehend vom Arbeitsparadigma beherrscht sind, intelligibel gemacht werden können.

3. Anzeichen für ein 'Veralten' des Arbeitsparadigmas

Auf den ersten Blick spricht einiges dafür, dass das Arbeitsparadigma weiterhin ungebrochen wirksam ist und dass auch im 21. Jahrhundert „Erwerbsarbeit das

zentrale Integrationsmoment in die Gesellschaft“ (Dobusch/Land 2010, 142) bleibt. Mit der seit Jahrzehnten anhaltenden strukturellen Arbeitslosigkeit ist die individuelle Bedeutung von Erwerbsarbeit für Existenzsicherung und soziale Position eher gestiegen. Es wird heute länger gearbeitet als in den 1970er bis1990er Jahren, und die Menschen gehen im Durchschnitt immer später in Rente. Der Ausbau des Dienstleistungssektors verspricht viele neue Beschäftigungsmöglichkeiten, die den Verlust industrieller Arbeitsplätze kompensieren können und mit Care-Arbeit und wissensbasierten Berufen auch neue Anforderungen an das subjektive Vermögen der Arbeitskräfte stellen, mit denen ein individuelles Interesse an Selbstverwirklichung und Autonomie korrespondiert. Mit der kontinuierlich ansteigenden Erwerbsquote von Frauen ist der Kreis derjenigen größer geworden, die Erwerbsarbeit als festen Bestandteil ihres Lebens praktizieren. Immer mehr Frauen sind dadurch einerseits inhaltlichen und zeitlichen Anforderungen an die (moderne) Arbeitskraft unterworfen, erfahren andererseits aber auch neue Formen sozialer Anerkennung und Karrieremöglichkeiten. Das stärkt eher ihr Akzeptieren des Arbeitsparadigmas, als dass dieses – trotz häufiger ‘Doppelbelastung’ – in Frage gestellt wird, zumal die Subjekte auf dem Arbeitsmarkt immer stärker ‘geschlechtsneutral’ angerufen werden. Für die neuen Anforderungen an Kreativität, Selbständigkeit und Verantwortung für die Erfüllung von Arbeitsaufgaben oder Projektzielen werden habituell „statt (männlicher) Körper- und Kampfkraft auch reflexives Argumentationsvermögen, rationale Verständigungsformen und persönliche Autonomie wichtig“. Dies führt in etlichen Berufen dazu, dass „bis in die industrielle Fertigung hinein eine Wiederbelebung der Facharbeit und ihres ‘Berufsethos’ zu beobachten (ist)“ (Vester 2009, 29). Der Umbau des Sozialstaates mit seinen Leistungskürzungen und insbesondere die rigiden Hartz IV-Gesetze wecken Ängste vor sozialem Abstieg und befördern kollektiv wie individuell ein Festklammern am zentralen Stellenwert von Erwerbsarbeit. Und trotz aller Diskurse über Umweltschutz, Energiewende, Klimakatastrophe usw. ist der Konsumismus und mit ihm der Glaube an unbegrenztes ökonomisches Wachstum mehrheitlich ungebrochen. Mit Blick auf den Arbeitsmarkt – und das ist verallgemeinerbar auf das Arbeitsparadigma insgesamt – konstatiert Susanne Völker, dass „sich die soziale Anziehungskraft und der Wirkungsradius der Erwerbsarbeit in ihrer veränderten Organisationsweise eher erweitert als reduziert“ (Völker 2008a, 287) hat.

Zugleich sind aber auch – gegenläufig zu diesen Prozessen – Veränderungen und Verschiebungen zu beobachten, die auf ein Erodieren des Arbeitsparadigmas hinweisen. Erwerbsarbeit wird zunehmend und in einem umfassenden Sinne prekär: als (kurzzeitig) befristete und/oder niedrig entlohnte Beschäftigung,

als Teilzeit- oder Leiharbeit kann sie für immer mehr Menschen immer weniger die an sie geknüpften Erwartungen auf eine auskömmliche Bezahlung, auf langfristige Planung und Absicherung des individuellen und des familiären Lebens, auf eine ausreichende Rente und eine bezahlbare medizinische Versorgung erfüllen. Die Flexibilisierung von Arbeitszeiten, Forderungen nach Mobilität und möglichst allzeitiger Verfügbarkeit führen zu ‘Übergriffen’ der Ökonomie auf individuelle Zeit und ‘private’ Räume, die auf zugespitzte Weise – beschrieben als ‘Ökonomisierung des Sozialen’ – Autonomie und souveräne Zeitverfügung in der alltäglichen Lebensführung behindern und – als erfahrener Mangel – zu einem umkämpften Gut werden lassen. Die (Arbeits-)Subjekte werden ‘geschlechtsneutral’ als Erwerbstätige angerufen, die alle notwendigen Tätigkeiten zur individuellen und generativen Reproduktion individualisiert, eigenverantwortlich und im ‘Betriebsinteresse’ möglichst reibungslos regeln. Damit gewinnt, – da bislang gängige geschlechtliche Arbeitsteilungen nicht mehr so ‘selbstverständlich’ funktionieren – für viele die Frage, wie Bedürfnisse nach guten familiären und sozialen Beziehungen, nach Zeit für sich und andere befriedigt werden können und welchen Stellenwert generell Tätigkeiten der Für- und Selbstsorge in der Gesellschaft haben, an Brisanz. Langzeitarbeitslose bzw. gänzlich aus dem Erwerbsleben Entlassene sind nicht einfach eine undifferenzierte Masse resignierter, passiver, sozial abgehängter ‘Überflüssiger’, wie sie gerne, und nicht vom nur Boulevard, klassifiziert werden. Viele suchen in individuellen Arrangements nach neuen Formen eines für sie sinn- und würdevollen Lebens ‘jenseits der Arbeit’ (vgl. Völker 2008b, 2009). Manche engagieren sich in Projekten der „Eigenarbeit“, wie Christine Nebelung „Konzepte *neuer* Arbeit“ (Nebelung 2009, 266) nennt, in denen AkteurInnen selbsttätig, „orientiert an eigenen Bedürfnissen, Fähigkeiten, Interessen und Möglichkeiten“ (ebd.) Dinge tun, die – von der Nachbarschaftshilfe bis zur ehrenamtlichen kommunalen Selbstverwaltung – in ihrer lokalen Umgebung als wichtig anerkannt werden. Auch wenn dabei meist Erwerbsarbeit der Bezugspunkt in der eigenen Wahrnehmung und Bewertung ihres Tuns[2] bleibt – praktisch haben gerade diese AkteurInnen in ihrer alltäglichen Lebensführung Verschiebungen vorgenommen, die über das Arbeitsparadigma hinausweisen.

2 Nebelung beschreibt z.B., dass die von ihr erforschten AkteurInnen in einem ostdeutschen Dorf ihre vielfältigen „Eigenarbeiten“ als Tun, nicht als Arbeiten beschreiben („Ich habe noch etwas zu tun“ – 2009, 276). Sie sprechen von ‘Hobby’ oder von Freizeittätigkeiten und von Dingen, „die getan werden müssen“ (ebd.). Diese sind zwar in ihren Augen keine ‘richtige’ Arbeit, aber sie stabilisieren das Selbstverständnis und den Selbstwert in einer sozial aktiven Gemeinschaft.

In allen skizzierten 'gegenläufigen' Entwicklungen zeigen sich Konfliktpotenziale in der Lebensführung verschiedener Akteursgruppen, die auf ein Brüchig-Werden des Arbeitsparadigmas deuten und die einen Nährboden für einen Vergesellschaftungsmodus jenseits der Erwerbsarbeit bilden (können). Ein neuartiger Vergesellschaftungs- und Integrationsmodus stellt sich aber nicht automatisch, gar 'gesetzmäßig' auf Grund objektiver Konstellationen her, er ist immer das Ergebnis von sozialen und politischen Auseinandersetzungen, Kämpfen und Kräfteverhältnissen, in denen entschieden wird, ob Menschen die sich abzeichnenden neuen Möglichkeiten des Zusammenlebens als für sich sinnvoll, erstrebenswert usw. ansehen und sich entsprechend praktisch engagieren. Dazu bedarf es nicht zuletzt eines öffentlichen, auch wissenschaftlichen Diskurses, der Konflikte und Erfahrungen mit dem brüchiger werdenden Arbeitsparadigma nicht als singuläre und marginale behandelt, sondern ihnen eine andere, kollektiv geteilte und anerkannte, potenziell gesellschaftsverändernde Dimension gibt. Im (kapitalismuskritischen) sozialwissenschaftlichen und feministischen Diskurs finden sich aktuell dafür nur Ansätze. Sie kreisen um die Frage, ob mit einem erweiterten Arbeitsbegriff diese Dimension erfasst und intelligibel gemacht werden kann, oder ob es dazu eines konzeptionellen Ansatzes bedarf, der von Nicht-Arbeit als Ausgangspunkt für einen neuen Vergesellschaftungsmodus ausgeht. Dies soll abschließend mit der Darlegung meiner Position in dieser Debatte und in der Skizzierung der Aufgaben, die m.E. eine feministische Sozialwissenschaft zu leisten hätte, erläutert werden.

4. Aufgaben einer kapitalismuskritischen, feministischen Sozialwissenschaft

Gegenwärtig lassen sich in der feministischen und sozialwissenschaftlichen Debatte grob skizziert zwei Positionen ausmachen. *Zum einen* wird am Erwerbsarbeitsparadigma festgehalten. Veränderungen in Technik, Arbeitskraftanforderungen und Arbeitsorganisation werden als Möglichkeiten für erweiterte Subjektkonstitution und Teilhabe an/in ökonomischen Prozessen verstanden. Mit einem erweiterten Arbeitsbegriff wird die Zukunft der Arbeitsgesellschaft in einer Care-Ökonomie (z.B. Madorin 2006; 2007) bzw. in einer Reproduktionsökonomie (z.B. Candeias 2011) gesehen, in der zentrale Bedürfnisse wie „soziale Infrastrukturen öffentlicher Gesundheit, Pflege, Erziehung und Bildung, Forschung, soziale Dienste, Ernährung(ssouveränität) und Schutz unserer natürlichen Umwelt" (Candeias 2011, 98) die Wirtschaftslogik dominieren oder zumindest die Bereiche sind, in denen in wachsender Zahl Arbeitsplätze entstehen und somit den Verlust von Industriearbeitsplätzen kompensieren. Diese Position, so könnte man formulieren, zeichnet sich durch ein Fortschreiben der Dominanz des *Ökonomischen*, also dadurch aus, dass es primär Veränderungen *in* der Erwerbssphäre sind, in denen transformatorische Potenziale gesehen werden, die (dann auch) Auswirkungen auf die Lebensführung haben. *Zum anderen* (exemplarisch: Hirsch 2010) wird für eine Begrenzung des Arbeitsbegriffs plädiert, für einen „Kampf um eine neue Hegemonie jenseits der Hegemonie der Erwerbsarbeit" (Hirsch 2010, 72), in dem es um „die Erschließung von freien Potentialen und freier Zeit für nicht-ökonomische Arbeit (sic!) und Fähigkeiten" (ebd.) geht. Hier wird konzeptionell das transformatorische Potenzial primär in einer (langfristigen) Veränderung des Vergesellschaftungs- und Integrationsmodus gesehen. Da dies auch meine Position ist (vgl. Dölling 2010; 2011), werde ich mich im Folgenden auf Argumente konzentrieren, die für diesen konzeptionellen Ansatz sprechen.

Beiden Diskurssträngen ist zunächst gemein, dass sie wichtige Erkenntnisse des Feminismus aufnehmen. Dieser hat schon sehr früh, in Deutschland seit den 1970er Jahren, mit der 'Hausarbeitsdebatte' darauf aufmerksam gemacht, dass Rationalität und Effektivität kapitalistischen Wirtschaftens zur Voraussetzung haben, dass vom ökonomischen Tun (der 'produktiven' Arbeit) die ('reproduktiven') Tätigkeiten abgespalten werden. Diese dienen der tagtäglichen wie langfristigen Existenzsicherung, der Reproduktion verausgabter Kräfte und der Fürsorge für die nachwachsende Generation bzw. für Pflegebedürftige und werden in die 'Privatsphäre' verdrängt und als 'weiblich' konnotierte Hausarbeit unsichtbar gemacht. Die Frauen- und Geschlechterforschung ist seither nicht müde geworden zu betonen, dass Gesellschaftstheorien, aber auch arbeits- und industriesoziologische Konzepte, die dieser strukturellen Aufspaltung, der Unsichtbarmachung 'reproduktiver' Tätigkeiten und der Vergeschlechtlichung beider Bereiche nicht Rechnung tragen, soziale Wirklichkeit nicht hinreichend erfassen und in ihren Aussagen und Prognosen deren Komplexität und Widersprüchlichkeit verfehlen. Eine feministische Forderung war daher, 'Hausarbeit' wie Erwerbsarbeit als unverzichtbar für individuelle Existenz wie für gesellschaftliche Stabilität anzuerkennen und beide gerecht zwischen Männern und Frauen zu verteilen. Während die Befürworter eines erweiterten Arbeitsbegriffs dafür plädieren, beides als Arbeit zu fassen und die Ökonomie um diejenigen (Care-)Tätigkeiten zu erweitern, die bislang traditionell unbezahlt, gering geschätzt und in der Mehrzahl von Frauen 'privat' verrichtet wurden, wird von den KritikerInnen des Arbeitsparadigmas ein anderes Moment ins Spiel gebracht, das – zumindest in den Anfängen und in einigen Gruppierungen innerhalb des Feminismus – neben den

bereits genannten Argumenten auch eine Rolle spielte. Gemeint ist die explizite Kapitalismuskritik des 'frühen' Feminismus, die sich in der Forderung äußerte, Hausarbeit nicht 'einfach' im Rahmen des Gegebenen stärker – etwa durch monetäre Leistungen – anzuerkennen und Männer zur hälftigen Übernahme häuslicher Tätigkeiten zu verpflichten, so sehr das tagespolitisch voranzubringen war. Vielmehr ging es grundsätzlicher um die Überwindung der Ursachen für die strukturelle Trennung von Erwerbs- und Hausarbeit, die wesentlich in den kapitalistisch-ökonomischen Verhältnissen gesehen wurden. In diesem Kontext wurde das Argument stark gemacht, dass die bislang in der 'Privatform' geleisteten Tätigkeiten und die Zeitstrukturen der individuellen Für- und Selbstsorge Potenziale enthalten, die auf ein empathisches, solidarisches, ökologisch sensibles Miteinander und auf gute Bedingungen für ein würdevolles Leben aller zielen (‚Arbeit aus Liebe' wurde dies genannt). Deshalb, so die Folgerung, sollten diese Tätigkeiten auch nicht der Logik kapitalistischen, also profitorientierten Wirtschaftens unterworfen bzw. ihr (wieder) entzogen werden[3]. Daran anknüpfend wird im aktuellen 'arbeitskritischen' Ansatz betont, dass in einer kapitalismuskritischen (feministischen) Sozialwissenschaft der analytische Fokus darauf gerichtet sein muss, wo und wie die Logik, die Herrschaft kapitalistischer Ökonomie nicht ausgedehnt, sondern eingeschränkt werden kann. Auf 'Nicht-Arbeit'[4] sollte daher der Blick geworfen werden, also auf Tätigkeiten, die bisher noch nicht oder weniger stark als die Erwerbssphäre der ökonomischen Logik unterworfen sind und in denen Menschen (wieder) mehr Souveränität über das eigene Leben und die Fähigkeit zu einer Gestaltung ihrer Lebensbedingungen entwickeln können, die an ihren Bedürfnissen und kollektiven Interessen orientiert ist.

Zweifellos verändern sich aktuell in der Erwerbssphäre die Anforderungen an die Arbeitskraft insofern, als zunehmend soziale Kompetenzen, Verantwortung für ganze Arbeitsabläufe und für die Erreichung von Zielen verlangt werden. Damit 'veralten' auch bisherige Formen hierarchischen Experten- und Herrschaftswissen, und es scheint ein größerer Einfluss der Arbeitenden auf die Arbeitsprozesse bzw. die Ausbildung von Subjektivität in der Arbeit möglich zu werden. Die Anerkennung, die die (Arbeits-)Subjekte unter diesen Bedingungen in kooperativen Beziehungen gewinnen können, bleibt dennoch dem Herrschaftsmechanismus unterworfen, der kapitalistisches Wirtschaften kennzeichnet und Subjektivität auf 'Arbeiter-Identität' begrenzt, die nicht zuletzt eine vergeschlechtlichte Gestalt hat. Es bindet die Sozietät wie die Individuen mit seinen Versprechungen auf Anerkennung qua Leistung, seinem Konsumismus und seiner Wachstumsorientierung an die kapitalistische Wirtschaftsweise. Dies nicht zuletzt deshalb, weil die kapitalistische Ökonomie die Tendenz zur 'Landnahme' (vgl. Dörre 2010; Boltanski/Chiapello 2003), d.h. zur Ausdehnung ihrer Logik auf andere Teilbereiche der Gesellschaft hat (vgl. van Dyk in diesem Band), was sich aktuell in der 'Ökonomisierung des Sozialen', d.h. unter anderem im Zugriff auf Subjektpotenziale, Zeit und Lebensgestaltung der Arbeitskräfte zeigt. Wesentliche Anstöße für ein Aufbrechen der 'Arbeiter-Identität' müssen deshalb primär 'von außen' kommen, durch praktische Erfahrungen von Formen der Lebensführung, in denen Erwerbsarbeit zwar nicht zwangsläufig gegen null geht, in denen sie aber dennoch einen veränderten Stellenwert in dem Sinne hat, dass sie nicht mehr der alles beherrschende Vergesellschaftungsmodus ist. Ein feministisch-sozialwissenschaftliches Plädoyer für eine Vorrangstellung von Nicht-Arbeit in der praktischen Lebensführung ist daher notwendig verbunden mit der Benennung objektiver Bedingungen dafür, dass Menschen es für sich als sinnvoll ansehen, sich von den Wirkungen des Erwerbsarbeitsparadigmas praktisch zu lösen: Arbeitszeitverkürzungen, ein (bedingungsloses) Grundeinkommen, allgemein zugängliche Bildungsangebote sind elementare Voraussetzungen dafür, dass Menschen in Formen direkter Demokratie, durch Engagement in lokalen Projekten und Einflussnahme auf ihre unmittelbaren Lebensbedingungen Formen der Lebensführung erproben und Tätigkeiten neu bewerten, die weniger oder gar nicht mehr von den Zwängen kapitalistischer Lohnarbeit bestimmt sind.

Eine kapitalismuskritische feministische Sozialwissenschaft kann sich nicht darauf beschränken, den Androzentrismus in den bisher gängigen Vorstellungen von (Erwerbs-)Arbeit zu kritisieren oder in der soziologischen Debatte um einen erweiterten Arbeitsbegriff das alte feministische Argument aufzunehmen, dass die sog. 'reproduktive Arbeit' gesellschaftlich wie individuell genauso wichtig und unverzichtbar ist und deshalb in einer 'Care-Ökonomie' Anerkennung finden muss. Sie kann sich nicht darauf beschränken, den gesellschaftlichen Wert

3 Das klang an in der sog. 'Hausarbeitsdebatte' (Della Costa u.a.) und wurde weiter geführt in den Überlegungen von Claudia Werlhof und Maria Mies zur Subsistenzproduktion. Aus der Subsistenzperspektive ist „das Ziel: Leben" (Mies 1983) und sie steht im Gegensatz zur Warenproduktion mit deren Tendenz, „alles autonome Leben in Ware zu verwandeln" (Mies 2001, 181).

4 Für 'Nicht-Arbeit', also für Tätigkeiten, die im weitesten Sinne auf die Für- und Selbstsorge, auf die Befriedigung von Bedürfnissen des sozialen Miteinander und auf das Erfahren wechselseitiger Angewiesenheit sowie auf die Gestaltung entsprechender Lebensbedingungen gerichtet sind, gibt es bislang keinen 'guten' Begriff. Diese 'Begriffsschwäche' kann als Anzeichen dafür gelesen werden, wie sehr der soziologische Diskurs noch von den Denkmustern der industriegesellschaftlichen Moderne geprägt ist.

von Tätigkeiten dadurch zu erhöhen, dass sie in den Rang von 'Arbeit' gehoben werden. Sie läuft sonst Gefahr, die nicht-ökonomische Logik dieser Tätigkeiten, die es politisch auf die Agenda zu setzen und praktisch in den individuellen Habitus zu verankern und zu realisieren gilt, zu verfehlen – und damit auch das alternativ-transformatorische Potenzial, das in der Kritik an den Begrenzungen, Einschränkungen und Pathologien eben dieser ökonomischen Logik steckt. Zu leisten hätte sie – beginnend mit einer kritischen Reflexion ihrer, nach wie vor von der industriegesellschaftlichen Moderne geprägten Begriffe und Konzepte – Erkenntnisse des Feminismus in eine gesellschaftstheoretische Debatte einzubringen, die im Gegebenen objektive und subjektive Möglichkeiten für ein transformatorisches Überschreiten des Arbeitsparadigmas und seiner komplexen, herrschaftssichernden Wirkungen auf die (vergeschlechtlichte) 'Arbeiter-Identität' sichtbar macht.

Literatur

Boltanski, Luc/Chiapello, Ève, 2003: Der neue Geist des Kapitalismus. Konstanz.

Butler, Judith, 2010: Raster des Krieges. Warum wir nicht jedes Leid beklagen. Frankfurt/M., New York.

Candeias, Mario, 2011: Strategische Probleme eines gerechten Übergangs. LuXemburg. H. 1/2011, 90-97.

Castel, Robert, 2000: Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit. Konstanz.

Dobusch, Leonhard/Land, Rainer, 2010: Thesen zu einer Renaissance des Linksreformismus. Berliner Debatte. Initial. H. 1/2010, 141-144.

Dölling, Irene, 2010: Transformationen. Nach dem Ende der 'arbeiterlichen Gesellschaft' das Ende der Arbeitsgesellschaft? In: Frey, Michael/Heilmann, Andreas/Lohr, Karin/Manske, Alexandra/Völker, Susanne (Hg.): Perspektiven auf Arbeit und Geschlecht. Transformationen, Reflexionen, Interventionen. München und Mehring, 31-46.

–, 2011: Fragen an ein kapitalismuskritisches feministisches Projekt. LuXemburg. H. 2/2011, 114-121.

Dörre, Klaus, 2010: Landnahme, sekundäre Ausbeutung und soziale Zeitregimes. Eine Ideenskizze. In. Frey, Michael/Heilmann, Andreas/Lohr, Karin/Manske, Alexandra/Völker, Susanne (Hg.): Perspektiven auf Arbeit und Geschlecht. Transformationen, Reflexionen, Interventionen. München und Mehring, 47-72.

Dörre, Klaus/Lessenich, Stephan/Rosa, Hartmut, 2009: Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte. Unter Mitarbeit von Thomas Barth. Frankfurt/M.

Hardt, Michael/Negri, Antonio, 2010: Common Wealth. Das Ende des Eigentums. Frankfurt/M., New York.

Hirsch, Michael, 2010: Die Restauration der Arbeitsgesellschaft. Hartz IV und die Hegemonie der Erwerbsarbeit . Blätter für deutsche und internationale Politik. H. 11/2010, 67-74.

Klein, Dieter, 2010: Eine zweite große Transformation und die Linke. Kontrovers. Beiträge zur politischen Bildung. Berlin.

Madörin, Mascha, 2006: Plädoyer für eine eigenständige Theorie der Care-Ökonomie. In: Niechoj, Torsten/Tullney, Marco (Hg.): Geschlechterverhältnisse in der Ökonomie. Marburg, 277-297.

–, 2007: Neoliberalismus und die Reorganisation der Care-Ökonomie. Eine Forschungsskizze. In: Denknetz. Jahrbuch 2007, 141-162.

Mies, Maria, 2001: Hausfrauisierung, Globalisierung, Subsistenzperspektive. In: Knapp, Gudrun-Axeli/Wetterer, Angelika (Hg.): Soziale Verortung der Geschlechter. Gesellschaftstheorie und feministische Kritik. Münster, 157-187.

Nebelung, Christine, 2009: Erwerbs-, aber nicht arbeitslos. Chancen und Grenzen von Eigenarbeit aus der Perspektive ostdeutscher Landbewohner. In: Herlyn, Gerrit/Müske, Johannes/Schönberger, Klaus/Sutter, Ove (Hg.): Arbeit und Nicht-Arbeit. Entgrenzungen und Begrenzungen von Lebensbereichen und Praxen. München und Mehring, 265-282.

Vester, Michael, 2009: Arbeitsteilung, Arbeitsethos und die Ideologie der Entgrenzung. In: Herlyn, Gerrit/Müske, Johannes/Schönberger, Klaus/Sutter, Ove (Hg.): Arbeit und Nicht-Arbeit. Entgrenzungen und Begrenzungen von Lebensbereichen und Praxen. München und Mehring, 21-50.

Völker, Susanne, 2008a: Entsicherte Verhältnisse – (Un)Möglichkeiten fürsorglicher Praxis. Berliner Journal für Soziologie. 18 (2), 282-306.

–, 2008b: Soziologie und Geschlechterforschung in entsicherten Verhältnissen – Plädoyer für eine praxeologische Öffnung. Österreichische Zeitschrift für Soziologie. H. 4/2008, 79-96.

–, 2009: 'Entsicherte Verhältnisse': Impulse des Prekarisierungsdiskurses für eine geschlechtersoziologische Zeitdiagnose. In: Aulenbacher, Brigitte/Wetterer, Angelika (Hg.): Arbeit. Perspektiven und Diagnosen der Geschlechterforschung. (Forum Frauen- und Geschlechterforschung Bd. 25). Münster, 268-286.

Weber, Max, 1993: Die protestantische Ethik und der 'Geist' des Kapitalismus. Bodenheim.

Silke van Dyk

Kritik in der Krise
Zum Kritikhype im Gefolge der Finanzmarktkrise

Das Verhältnis von Kapitalismus und Kritik ist ein politischer wie soziologischer Dauerbrenner. Die kritische Analyse kapitalistischer Modernisierung durchzieht die Werke der soziologischen Klassiker von Marx bis Weber; die Frage nach Möglichkeiten und Grenzen kritischer Gesellschaftstheorie im sich wandelnden Kapitalismus umtreibt kritische Theoretiker/innen bis heute – mit konjunkturellen Schwankungen und derzeit wiederkehrender Dringlichkeit (z.B. Jaeggi/Wesche 2009; Dörre u.a. 2009; Boltanski 2010). Der vorliegende Beitrag konzentriert sich auf eine spezifische Kritikdiagnose, die die jüngere wissenschaftliche, mediale und popkulturelle Diskussion wesentlich geprägt hat: In einem breiten Spektrum zeitdiagnostischer Subjekt(ivierungs)- und Kapitalismusanalysen – von der Arbeits- und Industriesoziologie über gouvernementalitätstheoretische Arbeiten und eine postmodern konturierte Konsumsoziologie bis hin zur französischen pragmatistischen Soziologie – hat die Diagnose an Prominenz gewonnen, dass Kritik und Dissidenz, dass kreative Abweichung und Nonkonformität von potentiellen Störfaktoren zu Produktivkräften des Kapitalismus avanciert sind (im Überblick: van Dyk 2009). Diese auf so unterschiedliche Strömungen zurückgehende Perspektive, die ich im folgenden „Vereinnahmungsdiagnose" nenne, geht von der Beobachtung aus, dass der Kapitalismus eben jene Strategien und Praktiken aufsaugt und zu Innovationsgeneratoren umarbeitet, die ursprünglich als Kritik am System artikuliert worden sind. Der Tenor lautet: „Es ist nutzlos, das System verändern zu wollen; wenn man sich ihm widersetzt, stärkt man es; wenn man es bekämpft, geht es umso ungreifbarer daraus hervor." (Maier 2005). Gar Revolutionen würden – so Umberto Eco (2007: 155) – „in noch pittoreskeren Formen von Integration" enden. Das hochflexible kapitalistische System arbeitet demnach alles ein, was sich ihm entgegenstellt, es unterlaufen oder erschüttern könnte. Das Resultat dieser Entwicklung, so die Diagnose: Ein nach den weltweiten Kämpfen der 1960er und 1970er Jahre gestärktes System mit (ideologisch) gelähmten Gegner/innen.

Das System stark? Das Getriebe geschmiert? Die Kritik gelähmt? Wird dieser Befund der aktuellen Konstellation aus Finanzmarktkrise, Staats(schulden)krisen, Kritikkonjunktur und zunehmenden Protesten weltweit gerecht? Hier lohnt ein zweiter Blick, kann doch seit Herbst 2008 mit Recht von einer neuen historischen Konstellation gesprochen werden: Ausgelöst durch das Platzen der US-Immobilienblase und der Insolvenz der Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 entstanden die schwersten Turbulenzen der Finanzmärkte seit der Weltwirtschaftskrise 1929, welche sich zu einer globalen Finanz- und Wirtschaftskrise historischen Ausmaßes verdichtet haben. Gefolgt wurde der Einbruch von einer Welle der Kritik am neoliberalen Finanzmarktkapitalismus, die von einer ungewöhnlich breiten Koalition zum Teil traditionell eher „kritikunverdächtiger" Akteure getragen wurde. Zeitgleich gaben erste Krisenreaktionen Anlass zu der Deutung, es würden Instrumente linker Kritiker/innen des neoliberalen Finanzmarktkapitalismus aufgegriffen, um das System vor dem Kollaps zu bewahren.

Ziel des Beitrags ist es, der Bedeutung und Reichweite der Kritikwelle nachzugehen und das Verhältnis von kapitalistischem System und Kritikkonjunktur im Kontext der Wirtschafts- und Finanzkrise zu bestimmen. Es soll aufgezeigt werden, warum – entgegen dem ersten Eindruck – die populäre Vereinnahmungsdiagnose als analytisches Instrumentarium ungeeignet ist, um die aktuellen Entwicklungen zu analysieren: Die instruktive Zeitdiagnose der Vereinnahmung und Vermarktlichung von Kritik auf Arbeits- und Konsumgütermärkten ist im Zuge ihrer Popularisierung verallgemeinert und verflacht worden, wodurch der Blick auf das vielschichtige Verhältnis von Kritik- und Krisendynamiken, Kräfteverhältnissen und sich wandelnden Kompromissgleichgewichten verstellt wird. Nach einem Überblick über die angedeutete Kritikrenaissance (I) folgt eine kritische Auseinandersetzung mit der Vereinnahmungsdiagnose, die den Ausgangspunkt für eine Reformulierung des facettenreichen Verhältnisses von (kapitalistischem) System und Kritik bildet (II). Am Beispiel der krisenbegleitenden Kritikkonjunktur wird schließlich aufgezeigt, dass die derzeit allgegenwärtigen Kritiken des (Finanzmarkt-)Kapitalismus schwach bleiben, weit davon entfernt, Motor kapitalistischer Entwicklung zu werden (III). In einem kurzen Ausblick wird der Frage nachgegangen, worin die Schwäche der Kritik am finanzmarktgetriebenen Kapitalismus begründet liegt und wo Ansatzpunkte für ihre Vitalisierung liegen könnten (IV).

I. Die Finanzmarktkrise und die Renaissance der Kapitalismuskritik

Ausgelöst durch eine ungekannte Verselbständigung der Finanzsphäre gegenüber anderen wirtschaftlichen Bereichen ist der über drei Jahrzehnte weitgehend unangefochtene neoliberale Finanzmarktkapitalismus mitten in seinen Zentren in die Krise geraten (vgl. zur Krisenanalyse z.B. Prokla 2009; Blätter für deutsche und internationale Politik 2009; Crouch 2011; Harvey 2011). Forciert durch weltweite Prozesse der Deregulierung, der Umverteilung zugunsten von Kapitaleigner/innen sowie der Privatisierung sozialer Sicherungssysteme ist eine Akkumulation von immer größeren Finanzmassen auf den Finanzmärkten zu konstatieren (Sassen 2009). Die Suche nach profitablen Anlagemöglichkeiten für dieses Kapital hat dazu geführt, dass im Zuge einer „financialisation als Lösung der Absatzkrise" (Harvey 2009, 54) nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche in spekulative Finanzgeschäfte einbezogen wurden. Die aktuelle Krise weist alle Merkmale einer Überakkumulationskrise auf, da das Kapital keine profitablen Anlagemöglichkeiten mehr findet: „Denn immer weniger fließt in die tatsächliche Produktion, immer mehr in die Spekulation mit Vermögensanlagen, was die zunehmende Häufigkeit und Tiefe der Finanzkrisen, die wir erleben, erklärt: Es sind sämtlich Vermögensanlagekrisen." (Harvey 2009, 53) Die Niedrigzinspolitik der USA und insbesondere die Ausweitung der Konsumkredite und Hypothekenvergabe stellen weniger die Ursachen als die Auslöser der Finanzmarktkrise seit 2008 dar. Den durch die Hypothekenkrise ausgelösten Turbulenzen auf den Finanzmärkten folgten – wie allseits bekannt – eine Bankenkrise, eine Krise des Welthandels, eine Krise der Exportindustrien und insbesondere die sich aktuell zuspitzenden Staatsschuldenkrisen.

Die unmittelbaren Krisendiagnosen nach der Lehmann-Pleite waren auf den ersten Blick radikal – und zwar nicht nur auf Seiten derjenigen, die sich bereits vor der Krise kritisch mit dem Kapitalismus beschäftigt hatten, sondern in einer sehr viel breiteren Öffentlichkeit (vgl. im Überblick Warde 2011). Seinen Niederschlag fand dies in einer Flut kapitalismuskritischer Beiträge im breiten Spektrum so genannter Mainstream-Medien, von denen viele für eine eher wirtschaftsliberale Haltung bekannt waren: Ein Managementexperte propagierte in einem Interview mit der ZEIT dramatisch: „Der Kapitalismus ist genauso gescheitert wie der Sozialismus. Diese Krise ist das Symptom eines fundamentalen Wandels, es sind die Geburtswehen für eine neue Welt. So etwas hat in der Geschichte möglicherweise noch nie stattgefunden." (Hackhausen 2009) Ende Oktober 2008 überschrieb die *Washington Post* ihr Editorial zur Krise mit der Frage „Ist der Kapitalismus tot?", kurz zuvor hatte bereits die FAZ konstatiert: „Seit der Bankenkrise ist die

Kapitalismuskritik wieder ein heißes Thema." (Kaube 2008). Die ZEIT titelte im Juli 2009: „Pleite der letzten Utopie. Der Börsencrash scheint abgewendet. Unabwendbar ist aber der Ruin des kapitalistischen Heilsversprechens" (Jessen u. a. 2009). Auch wenn die Titelüberschrift „We are all socialists now" des Magazins *Newsweek (06.02.2009)* eher ironisch gemeint war, trifft sie doch den Geist der ersten Monate nach der Insolvenz von Lehman Brothers. Kapitalismuskritik – zumal die des so genannten Kasinokapitalismus – war plötzlich en vogue.

Zugleich blieb allerdings häufig im Unklaren, ob die radikale Rhetorik tatsächlich auf die Grundstrukturen des kapitalistischen Systems zielte oder „nur" auf die Auswüchse des neoliberalen Finanzmarktkapitalismus mit der hinter der zweiten Variante aufscheinenden systemimmanenten Alternative eines regulierten Kapitalismus. Das *Time* Magazin schlug Anfang 2009 zwar vor, Marx neu zu durchdenken, allerdings nicht für den Weg zur Revolution, sondern um mit ihm den Kapitalismus zu retten (Gumbel 2009). Dort, wo die Kritik konkreter wird, geht es vor allem um eine „Moralisierung der Märkte" (Stehr 2007) und das Aufbrechen einer eindimensionalen Gewinnorientierung sowie die staatliche Einhegung des „entfesselten" Finanzmarktkapitalismus. Die (länderspezifisch variierende) Liste von Reformvorschlägen ist lang und fokussiert mehrheitlich den Finanz- und Bankensektor: Das Feld reicht von effektiver(er) Bankenkontrolle, einer Besteuerung von Finanz- und Währungstransaktionen (so genannte Tobin Tax) über die Begrenzung von Bonuszahlungen, die Schließung von Steueroasen und die Förderung ethischer Anlagen.

Die Kritikkonjunktur ging einher mit einer auf den ersten Blick ungewöhnlich erscheinenden Reaktion der politischen Entscheidungsträger. Die ersten Reaktionen auf die Krise sind allseits bekannt:[1] Milliardenschwere, in rasender Eile verabschiedete Rettungspakete für Banken, Verstaatlichungen von Hypothekeninstituten, antizyklische Konjunkturprogramme – eingebettet in eine Problematisierung deregulierter Märkte. Die staatlichen Bankenrettungen und Konjunkturprogramme sind in den ersten Wochen vielerorts so gedeutet worden, dass sich „das System" in der Krise seinen linken Kritiker/innen habe beugen

1 Sowohl der Krisenverlauf als auch die Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise(nfolgen) variieren natürlich – sowohl zwischen den europäischen Ländern als auch im Weltmaßstab – abhängig von den länderspezifischen Akkumulations- und Regulationsweisen. Vgl. im Überblick zu unterschiedlichen Krisenstrategien innerhalb der EU: Becker/Jäger 2009. Nichtsdestotrotz lassen sich aber zumindest für die westeuropäischen Länder wie für die USA allen Spezifika zum Trotz ähnliche Tendenzen ausmachen, die eine verallgemeinernde Erörterung des Verhältnisses von Kritik und Krise erlauben.

müssen: „Die Politik macht doch längst das, was links immer forderte. Sie pumpt Geld in die Wirtschaft, als ob es kein Morgen gäbe. Sie steigt in private Banken ein, und sie enteignet diese sogar, wenn es opportun erscheint." (von Petersdorf 2009). Exemplarisch auch das Zugeständnis des deutschen Finanzministers und neoliberalen Hardliners Wolfgang Schäuble im Herbst 2008: „Wir müssen umdenken – ja sogar durchaus keynesianisch." (Handelsblatt, 28.11.2008) In verschiedensten Publikationen wird die Lernbereitschaft der kapitalistischen Akteure in den ersten Monaten mehr oder weniger verwundert zur Kenntnis genommen: „Plötzlich priesen sie als Heilmittel, was ihnen noch Monate zuvor als linksextremistische Einfälle erschienen wäre." (Kraiker 2011, 65) Ein Fall für die Vereinnahmungsdiagnose?

II. Die Vereinnahmungsdiagnose revisited

Die populäre Diagnose der umfassenden Vereinnahmung von Kritik speist sich, wie bereits angedeutet, aus sehr unterschiedlichen Quellen. Gemeinsam ist den Quellen trotz verschiedener Schwerpunktsetzungen die Annahme, dass das kapitalistische System auf eine außerökonomische *Legitimierung* und Rechtfertigung angewiesen ist, um auch diejenigen einzubinden, deren tatsächliche Profitchancen gering sind (Boltanski/Chiapello 2001, 462f.). Im Zuge dessen werden, so die Annahme, auch kritische Impulse und Praktiken aufgegriffen, deren Nichtbeachtung das System destabilisieren könnte. Im Prozess der Vereinnahmung der Kritik und ihrer Transformation zur Legitimationsressource werde diese von den ursprünglichen Trägergruppen gelöst und via Kommodifizierung und Vermarktlichung als *Motor* kapitalistischer Dynamik ins System integriert. Ergebnis dieser Re-Konstellierung sei, so die verbreitete Diagnose, eine umfassende *Lähmung* der (vormals) kritischen Kräfte.

Wie Analysen zur Subjektivierung von Arbeit aufzeigen, geht es konkret darum, dass kritische Impulse, Selbstverwirklichungsbestrebungen und kreativer Eigensinn als Ressourcen im Produktionsprozess verwertet (und ausgebeutet) werden (z.B. Kocyba 2005, 79). Aber auch über den konkreten Arbeitsprozess hinausgehend wird konstatiert: „Konzepte wie Aktivierung, Empowerment, Partizipation und Flexibilität, deren Wurzeln auf die Kämpfe sozialer Emanzipationsbewegungen zurückweisen, haben sich in institutionelle Anforderungen und normative Erwartungen verwandelt." (Bröckling u.a. 2004, 14) Kritiken sozialer Bewegungen sind demzufolge zu Systemanforderungen geworden – und zwar nicht nur im Sinne einer rhetorischen Umarmung, sondern in materialisierter und institutionalisierter Gestalt.

Eve Chiapello und Luc Boltanski (2006), die mit *Der neue Geist des Kapitalismus* die theoretisch wie empirisch elaborierteste Vereinnahmungsanalyse vorgelegt haben, unterscheiden zu diagnostischen Zwecken zwei Formen der Kapitalismuskritik: die Sozialkritik und die Künstlerkritik. Im Zentrum der Sozialkritik stehen Ausbeutung, Armut und soziale Ungleichheit; Trägerin dieser Kritik war klassischerweise die Arbeiterbewegung. Die Künstlerkritik, die zunächst auf Künstler- und Intellektuellenkreise beschränkt war, im Zuge der 68er-Bewegung aber eine beträchtliche Ausweitung erfuhr, thematisiert eher Fragen der Unterdrückung, der Entfremdung und der Uniformierung in der Massen- und Konsumgesellschaft und propagiert im Gegenzug Autonomie, Kreativität und Freiheit als gesellschaftliche Ideale. Diese Kritiken wurden, so die Autor/innen, im Zeitraum von 1965 bis 1975 so stark, dass sie zu einer „wirkliche(n) Krise der Regierbarkeit der kapitalistischen Welt" (Boltanski/Chiapello 2001, 469) geführt haben. Boltanski und Chiapello zeigen nun, wie angesichts dieser Krise insbesondere die Autonomie- und Selbstbestimmungsideale der Künstlerkritik aufgegriffen, von ihren Träger/innen „gelöst" und zum Motor der Veränderung des Kapitalistischen Geistes wurden: Im Zuge dessen sei ein projektbasierter Geist des Kapitalismus entstanden, der wesentlich auf flachen Hierarchien, sozialen Netzwerke, Flexibilität, Mobilität, Entstandardisierung und partizipativen Mangementtechniken basiert. Als Folge dieser Entwicklung konstatieren Boltanski und Chiapello (2006, 22ff.) seit den 1980er Jahren eine „Lähmung der Kritik" (2006, 259), der ihr ursprünglich systemkritisches Anliegen abhanden gekommen sei. Die Lähmung der Kritik sei, so auch gouvernementalitätstheoretische Arbeiten, der Erkenntnis geschuldet, „dass der vermeintliche Sand, mit dem man hoffte, das Getriebe blockieren zu können, dieses inzwischen als Schmiermittel am Laufen hält" (Bröckling 2003, 35).

Zu Problemen der Vereinnahmungsdiagnose

Es ist ein großes Verdienst dieser Perspektive, den Blick auf die veränderten Bedingungen von Kritik und Protest im Gegenwartskapitalismus gelenkt zu haben: Kritik *kann* zum Motor kapitalistischer Entwicklung werden, Protest zur willkommenen Dynamik. Tatsächlich bleiben jedoch, bedingt auch durch die vorschnelle Popularisierung und Verallgemeinerung der Diagnose („das System lebt von der Kritik", vgl. im Überblick van Dyk 2010), zentrale Fragen offen: Ist tatsächlich davon auszugehen, dass das kapitalistische System unter allen Bedingungen und in allen Kontexten gleichermaßen auf *außerökonomische Legitimierung* angewiesen ist? Welche Rolle spielt *Kritik als Motor* im Verhältnis

zu anderen Motoren kapitalistischer Dynamik? Welche Elemente von Kritik werden gerade nicht aufgegriffen, qualifizieren sich (unter welchen Bedingungen) nicht als Systemressource? Muss Vereinnahmung mit einer *Lähmung der Kritik* einhergehen oder kann sie – im Gegenteil – diese als „Erfolgsfall" auch stärken? Bevor ausgehend von dem „Dreischritt" der Vereinnahmungsdiagnose – Notwendigkeit außerökonomischer Legitimierung, Kritik als Motor des Kapitalismus, Lähmung der Kritik – die aktuelle Kritikdynamik reflektiert werden kann, gilt es zunächst, den Blick auf die vereinnahmende Instanz sowie den Modus der Vereinnahmung zu richten.

Die Idee, dass das kapitalistische System auf seine Kritik(er/innen) angewiesen ist, bildet zwar den Kern der Vereinnahmungsdiagnose, doch es bleibt offen, was eigentlich die (vereinnahmende) Instanz ist: Der Vereinnahmungsdiagnose fehlt es an einer polit-ökonomischen Unterfütterung, so dass das, was eigentlich im Zentrum der Diagnose steht – das kapitalistische System in flexibler Anpassung – in einzelne Akte der Vereinnahmung von qualitativ sehr Unterschiedlichem durch einen heterogenen Reigen von Akteuren zerfällt: Wir lesen von Vorgesetzten, die vom Eigensinn und der Kritikfähigkeit ihrer Beschäftigten profitieren, von einem Staat, der Selbststeuerungspotenziale und Autonomiebegehren der Menschen für seine Aktivierungspolitik zu nutzen weiß, oder von Unternehmen, die mit subkulturellen Lifestyle-Accessoires Geschäfte machen. All dies verdichtet sich dann irgendwie zum „System".

Die für die aktuelle Kritik- und Krisenkonstellation so wichtige Frage, wie sich kritikinduzierte Krisen des Kapitalismus zu (systemischen) Überakkumulations- und Anlagekrisen verhalten, spielt in den Vereinnahmungsdiagnosen keine Rolle und kann auf der Basis einer solch vagen Systemperspektive auch nicht beantwortet werden. Kritikunabhängigen Modifikationen neoliberaler Politik widmen Boltanski und Chiapello in ihrer umfangreichen Studie ganze 1,5 Seiten. Sie interessieren sich weniger für das kapitalistische System als für den (sich wandelnden) Geist des Kapitalismus, und hier insbesondere für den Geist des Projekt- und Netzwerkkapitalismus, der sich ihrer Analyse zufolge durch die Vereinnahmung künstlerkritischer Motive seit den 1970er Jahren herausgebildet und den Geist des organisierten Kapitalismus abgelöst hat (vgl. kritisch auch: Deutschmann 2008, 128). Dabei bleibt offen, wie sich die unterschiedlichen Rechtfertigungsordnungen in Form des kapitalistischen Geistes in die angenommene (äußerst reduzierte) Grundstruktur des Kapitalismus (unbegrenzte Kapitalakkumulation, Konkurrenz zwischen Kapitalisten, Lohnarbeitsverhältnis) einschreiben – von wesentlichen gesellschaftlichen Entwicklungen wie dem Wandel der Geschlechterverhältnisse ganz abgesehen.

Stattdessen fokussieren nicht nur Boltanski und Chiapello, sondern auch Analysen zur Subjektivierung von Arbeit, postmoderne Konsumsoziologien und Gouvernementalitätsstudien auf die Umarbeitung von vor allem künstlerkritikaffinen Praktiken und Lebensweisen zu Produktivitätsressourcen und Konsumgütern im Projekt- und Netzwerkkapitalismus. Es geht um die Einspeisung dieser Praktiken in die Funktionsmodi von Arbeits- und Konsumgütermärkten, ohne dass damit geklärt wäre, ob bzw. wie sich die kapitalistische Grundstruktur durch diese Prozesse verändert. Wie „das System" mit polit-ökonomisch fundierten Kritiken der kapitalistischen Grundstruktur – also mit Kritiken, die dem Wortsinne nach Kapitalismuskritik sind – verfährt, wird dabei in keiner Weise thematisiert. Stattdessen erfährt die Diagnose insbesondere in ihrer populären Verbreitung eine radikale „Verflachung", derzufolge „Kritik in *jedweder Gestalt* Gefahr läuft, die Munition für die moralische Wiedergeburt des Kapitalismus zu liefern" (Kocyba/Voswinkel 2008, 57).

Die Konzentration auf kritikaffine Praktiken auf Arbeits- und Konsumgütermärkten hat zur Folge, dass Vereinnahmung allein im *Modus der Kommerzialisierung und Vermarktlichung* gedacht wird: Gefragt wird, ob sich eine Kritik(praxis) via Mode, Musik oder Lifestyle in den Konsumgütermarkt einspeisen lässt – „Vom Protest zum Produkt" (Doll 2006) – oder ob sie als produktive Ressource im Arbeitsprozess ausgebeutet werden kann. Tatsächlich sind Kommerzialisierung und Vermarktlichung aber nur ein möglicher (wenn auch zentraler) Modus der Be-/Umarbeitung von Gegenkultur und Kritik im Kapitalismus. Instruktiv ist an diesem Punkt Boltanskis und Chiapellos eigene Differenzierung von Sozial- und Künstlerkritik, die ein wichtiges Werkzeug liefert, um unterschiedliche Bedingungen und Modi der Integration von Kritik im Kapitalismus zu verstehen: Für Boltanski/Chiapello geriet die Sozialkritik durch die kapitalistischen Verschiebungen im Weltsystem, den Zusammenbruch des Kommunismus und die sukzessive Verankerung der Alternativlosigkeit des neoliberalen Modells seit den 1980er Jahren – also im Zuge zunehmender Vermarktlichung und Kommodifizierung – in die Krise. Mit der Dynamik der Künstlerkritik verhält es sich den Autoren zufolge in Zeiten von Liberalisierung und Deregulierung genau umgekehrt: „(I)hre Krise (ist) eher eine Folge ihres scheinbaren Erfolgs und der Leichtigkeit, mit der sie der Kapitalismus vereinnahmen und für sich nutzen konnte." (Boltanski/Chiapello 2006, 375) Die Durchsetzung sozialkritischer Positionen im Bereich der Sozial- und Tarifpolitik sei stets, auch in Hochphasen des organisierten Kapitalismus, auf eine starke soziale Bewegung von unten angewiesen gewesen, während künstlerkritische Positionen sich von ihren Träger/innen abgelöst hätten um so als Produktivitätsmotoren Prozesse

der Vermarktlichung zu stützen. Boltanski und Chiapello schöpfen das Potenzial dieser instruktiven Unterscheidung jedoch nicht aus, so dass Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen einer Befriedung des Klassenkampfes durch soziale Maßnahmen einerseits und der Entdeckung neuer Produktivitätsressourcen im Zuge von Vereinnahmungsprozessen andererseits (zu) vage bleiben.

Vereinnahmung oder Kompromiss?

Zum besseren Verständnis der Komplexität des Verhältnisses von Kapitalismus und Kritik kann Antonio Gramscis Hegemonietheorie beitragen: Der Vereinnahmung von (Künstler-)Kritik im Modus der Kommerzialisierung und Vermarktlichung kann im Anschluss an Gramsci die Ausbildung eines hegemonialen Kompromissgleichgewichts zur Seite gestellt werden:

> „Die Tatsache der Hegemonie setzt zweifellos voraus, daß den Interessen und Tendenzen der Gruppierungen, über welche die Hegemonie ausgeübt werden soll, Rechnung getragen wird, daß sich ein gewisses Gleichgewicht des Kompromisses herausbildet, daß also die führende Gruppe Opfer korporativ-ökonomischer Art bringt, aber es besteht auch kein Zweifel, daß solche Opfer und ein solcher Kompromiss nicht das Wesentliche betreffen können (...)." (Gramsci 1999, 1566-7)

Aus dieser Perspektive geht es weniger darum, wie (vormals) kritische Impulse gewinnbringend kommodifiziert und zu Innovationsgeneratoren umgearbeitet werden, als darum, zwecks Stabilisierung der kapitalistischen Formation den unterlegenen Interessen durch (ideologische und materiale) Zugeständnisse entgegenzukommen, die das System in seiner Kernstruktur aber unberührt lassen. Die Kritik ist hier weniger Legitimationsressource („kapitalistischer Geist") einer an sich amoralischen Grundstruktur, sondern Teil eines komplexen und dynamischen Kompromissgleichgewichts innerhalb des kapitalistischen Systems. Aus dieser Perspektive wird das kapitalistische System als (potenziell widersprüchliches) gesellschaftliches Verhältnis adressiert und nicht als ein geschlossenes und in dieser Geschlossenheit flexibles Quasi-System-Subjekt, das sich die Kritik als ihm „Fremdes" einverleibt. Der Perspektive auf die *Vereinnahmung* von Künstlerkritiken via Kommodifizierung und Vermarktlichung wird damit die Perspektive auf die *partielle Berücksichtigung unterlegener Interessen* via Integration in ein hegemoniales Kompromissgleichgewicht zur Seite gestellt. Anders als im Fall der Vereinnahmung von Kritik, im Zuge derer der kritische Inhalt von seinen ursprünglichen Träger/innen gelöst und kommodifiziert wird, bleiben die Kritiken und unterlegenen Interessen im Fall des hegemonialen Kompromissgleichgewichts an Kräfteverhältnisse und damit an starke Akteure und Bewegungen gebunden

– wie nicht zuletzt der umfassende Abbau sozialer Rechte und das weitgehende Verstummen der Sozialkritik im Zuge der Schwächung von Gewerkschaften und (Arbeiter-)Bewegungen seit den 1970er Jahren gezeigt hat. Die Lähmung der Kritik ist damit nicht das Ergebnis der erfolgreichen systemischen Vereinnahmung von Kritik, die im Zuge dessen auf ihre ursprünglichen Träger/innen nicht mehr angewiesen ist, sondern im Gegenteil Ausdruck geschwächter Trägergruppen.

Wie stellt sich nun vor diesem Hintergrund das in der öffentlichen Diskussion vorschnell im Modus der Vereinnahmung diskutierte Verhältnis von Kapitalismus und Kritik im Gefolge der Krise(n) seit 2008ff. dar? Welcher Art sind die Kritiken, die die aktuelle Kritikkonjunktur tragen, welchen Einfluss entfalten sie und wie spielen „Kapitalismus" und „Kritik" zusammen?

III. Finanzmarktkrise und Renaissance der Kapitalismuskritik revisited

Wenn wir das Aufwallen der Kritik am Finanzmarktkapitalismus in den Blick nehmen, kann mit Boltanskis und Chiapellos Unterscheidung von einer Renaissance und Modifizierung genau der Sozialkritik gesprochen werden, die im Zuge der Konjunktur von Künstlerkritik(en) im Projekt- und Netzwerkkapitalismus kontinuierlich an Einfluss verloren hat. Als Empörungsquellen der Sozialkritik benennen Boltanski und Chiapello die folgenden beiden Sachverhalte:

> 1) „Der Kapitalismus wird als Quelle der Armut in der Arbeiterschaft und als Quelle von Ungleichheiten in einem zuvor ungekannten Ausmaß betrachtet." 2) „Der Kapitalismus fördert als Quelle von Opportunismus und Egoismus allein die Eigeninteressen und erweist sich dadurch als verderblich für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die gemeinschaftliche Solidarität, insbesondere die Minimalsolidarität zwischen Reichen und Armen." (Boltanski/Chiapello 2006, 80)

Insbesondere die Identifizierung der zweiten Quelle bringt die gegenwärtige Empörung über Banker/innen und Finanzmanager/innen im Konkreten und das Finanzsystem im Abstrakten auf den Punkt. Der bekannte Tenor lautet: Die Verantwortlichen in der Finanzwelt haben in ihrem (je nach Perspektive mehr oder weniger systeminduzierten) Egoismus den Bogen überspannt und jetzt müssen die 'einfachen Leute' in der realen Welt bezahlen. Klassische Verteilungsfragen (Quelle 1) haben in den vergangenen Monaten vor allem im Zuge der Staatsschuldenkrisen und drastischen Sparpolitiken in Griechenland, Italien, Spanien und Großbritannien, aber auch in vielen anderen Ländern, an Dringlichkeit und Dynamik gewonnen. Welches Potenzial birgt dieses Wiederaufleben der Sozialkritik?

Modifizierter Neoliberalismus als hegemoniales Projekt?

Eines ist auf den ersten Blick klar: Die aktuellen Kritiken am neoliberalen Finanzmarktkapitalismus sind keine Kritiken, die via Vermarktlichung und Kommodifizierung in Arbeits- und Konsumgütermärkte eingespeist werden können, zielen die kritischen Stimmen doch im Gegenteil auf eine De-Kommodifizierung sozio-ökonomischer Prozesse und die Problematisierung von Finanzmärkten. Die entscheidende, mit Gramsci gestellte Frage ist deshalb, ob die Kritik am deregulierten Finanzmarktkapitalismus stark genug ist, um eine Rekonfiguration des hegemonialen Kompromissgleichgewichts zu erwirken, oder anders gefasst: Hat der Neoliberalismus seine Krise überlebt, wenn ja wie bzw. mit welchen Modifikationen? Für die Beantwortung dieser Frage ist zunächst festzuhalten, dass – entgegen dem Tenor in den ersten Wochen nach Ausbruch der Finanzkrise – mehr Staat nicht automatisch Ausweis eines Einflusses oder gar Sieges der Kritik ist: Weder staatliche Interventionen noch Konjunkturprogramme sind per se ein liberalismuskritisches Projekt, man denke nur an den Rüstungskeynesianismus unter Ronald Reagan und daran, dass das neoliberale Projekt immer (auch) ein Staatsprojekt war: staatliches Handeln im Interesse der Geldvermögenbesitzer. So resümiert Elmar Altvater zur Rolle des Staates im Krisenmanagement seit 2008: „Der finanzgetriebene Kapitalismus verwandelt sich unter den Sachzwängen der Krise in einen staatsgetriebenen Kapitalismus. (...) Der Staat operiert dabei nicht als demokratischer Bürgerstaat, sondern im Interesse der Verwertung des Kapitals, der Renditen von Finanztiteln, der Stabilität von Finanzinstitutionen“ (Altvater 2009, 202). Die Bankenrettungen stellten, das dürfte anders als in den ersten Wochen nach der Krise inzwischen kaum mehr strittig sein, keine Verstaatlichungen mit gestalterischer Zukunftsperspektive dar, sondern die Umverteilung öffentlicher Gelder zugunsten kollabierender Kreditinstitute. Der US-Ökonom Josef E. Stiglitz (2009) spricht in diesem Zusammenhang von der Installierung eines „Ersatz Capitalism“, der sich durch die Privatisierung der Gewinne und die Verstaatlichung der Verluste auszeichne. Und auch die Anlage der Konjunkturprogramme war – kleineren Ausnahmen zum Trotz – ein klares Signal des „weiter so“ und kein Auftakt für eine ökologisch und sozial verträgliche Wende in der Krise. Colin Crouch konstatiert das „befremdliche Überleben des Neoliberalismus“, der ihm zufolge „nach dem Zusammenbruch der Finanzmärkte politisch einflussreicher dasteht denn je“ (2011, 12; vgl. auch Harvey 2010; Ali 2009). Und tatsächlich: Die Verhandlung der aktuellen Staatsschuldenkrise, die überaus erfolgreiche Verschiebung von der Markt- zur Staatskrise (Altvater 2009, 202f.), die rigide Spardoktrin fern aller anti-zyklischen Konjunkturimpulse, die allgegenwärtige Anklage, Bürger/innen und Staat hätten über ihre Verhältnisse

gelebt (als hätte es Milliardenzahlungen an Banken nie gegeben) sowie umfassende Sozialkürzungen ungekannten Ausmaßes (so in Griechenland, Portugal, aber auch Großbritannien und Italien) scheinen dafür zu sprechen, dass das neoliberale Modell weiterhin fest im Sattel sitzt. Der Ökonom Paul Krugman konstatierte jüngst in der *New York Times*: „Die Lehren aus der Finanzkrise von 2008 hat man in schwindelerregendem Tempo vergessen. In der Diskussion dominieren wieder dieselben Ideen, die uns die Krise beschert haben.“ (Krugman 2011; vgl. für den medialen Diskurs auch: Warde 2011; Berger 2011)

Die Analysen der Kontinuität neoliberaler Politiken dürfen allerdings nicht den Blick auf komplexe (Aushandlungs-)Prozesse im Kontext der Krise(n) verstellen. Nicht zuletzt die Konflikte zwischen Deutschland, Frankreich und den USA über die „richtige“ Krisenpolitik – angefangen von der Rolle der Zentralbanken über den Stellenwert von Stabilitätspolitiken bis hin zur Bedeutung der Binnennachfrage – offenbaren, dass wir es eben nicht mit einem „System-Subjekt“ zu tun haben, das Kritik neoliberaler Politik als ihm Äußerliches konsumiert. Konkret sind wir stattdessen mit komplexen Konstellationen wie der Folgenden konfrontiert: Der IWF dringt – so geschehen im September 2011 – auf ein neues Konjunkturprogramm in Deutschland und eine Teilverstaatlichung europäischer Banken, während der deutsche Finanzminister in seiner Reaktion das Primat prozyklischer Konsolidierungspolitik stark macht (im Gegensatz zu seiner plötzlichen Keynesianismus-Begeisterung im Herbst 2008), zugleich aber die FDP rügt, dass diese sich einer Finanztransaktionssteuer in den Euro-Ländern verweigert (Süddeutsche Zeitung 07.09.2011). Hier zeigt sich in wenigen Sätzen die Parallelität von Kontinuität (Konsolidierungspolitik) und Wandel (Einführung einer Finanztransaktionssteuer, aber auch Abrücken von den allerersten Krisenreaktionen) und deren Umkämpftheit zwischen zentralen Akteuren. Tatsächlich kann gerade die wachsende Zahl der Anhänger/innen einer Finanzmarkttransaktionssteuer auf internationale Devisengeschäfte („Tobin-Tax“) – 1998 eine Gründungsforderung des globalisierungskritischen Netzwerks Attac – als Beispiel dafür dienen, wie eine Forderung von Basisbewegungen und wenigen kritischen Wissenschaftler/innen den Weg in die Parteien und Parlamente genommen hat – ohne allerdings bislang Realität geworden zu sein. Bei aller Stabilität ist eine begrenzte Berücksichtigung von Kritiken, die im Sinne Gramscis nicht das Wesentliche betreffen, nicht zu verkennen.

Zugleich bleibt aber zu fragen, ob die (Post-)Krisenpolitik tatsächlich Ausdruck eines neuen Kompromissgleichgewichts in Zeiten stärker werdender Neoliberalismus-Kritiken ist oder ob sie nicht vorrangig eine systemlogische Reaktion auf Gefährdungen der Kapitalakkumulation darstellt, die unbesehen

der Kritik operiert. Alex Demirović betont die mächtige „Kontinuität der neoliberalen Politik, die lediglich dort versuchen wird, Grenzen zu setzen, wo ein zu risikoreiches Verhalten, die Gewinne der Finanzmarktindustrie gefährden kann" (Demirović 2009, 604); auch Saskia Sassen (2009) weist auf die systembedingte Umsteuerung hin: „financialised capitalism has reached the limits of ist own logic". Andere Autor/innen schreiben den Konjunkturen der Kritik und ihrem destabilisierenden Potenzial eine etwas größere Rolle zu, zumal – so das Argument – unterschiedliche Fraktionen innerhalb des Machtblocks um die Vorherrschaft im Rahmen der Krisenbewältigung ringen. Das *Institut für Gesellschaftsanalyse* geht davon aus, dass

> „die strategische Grundsituation in den nächsten Jahren mit hoher Wahrscheinlichkeit dadurch geprägt sein (wird), dass der Erhalt der institutionellen Grundstruktur des neoliberalen Finanzmarkt-Kapitalismus gekoppelt wird mit Elementen, die über ihn hinausweisen und seine Kohärenz und damit seine Hegemonie in Frage stellen. Beides – relative Stabilität und wachsende Inkonsistenz und die Herausbildung neuer Elemente – stehen nicht nur nebeneinander, sondern bedingen sich." (Institut für Gesellschaftsanalyse 2009, 3)

Wie stark die Elemente werden, die über die aktuelle Grundstruktur des Finanzmarktkapitalismus hinausweisen, wird dabei wesentlich von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen sowie der Stärke und Reichweite der Kritik(positionen) abhängen.

„Kein Kapitalismus ist auch keine Lösung"

Wie ist vor diesem Hintergrund nun der eingangs skizzierte Boom von Kapitalismuskritiken zu beurteilen? Auch wenn der internationale Blätterwald von einer wahren Welle der Kapitalismuskritik erfasst wurde, bleibt der Großteil der Kritiken doch vor allem eins: radikale Rhetorik, die vor allem in der Abstraktion funktioniert. Nicht nur die mögliche Alternative bleibt unbenannt, auch Ideen für sukzessive Transformationsschritte oder für einen Prozess, in dessen Rahmen solche Schritte (von wem?) zu entwickeln wären, sucht man – von sehr vereinzelten Ausnahmen abgesehen[2] – vergeblich. Das, was möglicherweise anders werden könnte, bleibt so unkonkret, dass es nicht einmal aus nächster Nähe systembedrohlich wirkt, die Kritik erscheint eher als dem Zeitgeist angemessener Gestus („radical chic") denn als ernsthafte Suche nach Wegen zu Alternativen. So lästert ein Autor der liberalen Wirtschaftswoche über die mediale Kapitalismuskritik als „Zwergenaufstand im Kaffeehaus" (Schnaas 2011) und Georg Fülberth resümiert pointiert: „Das Reden vom 'Ende des Kapitalismus' bleibt Feuilleton." (Fülberth 2009, 210)

2 Vgl. z.B. Harribey (2011): „Plädoyer für eine neue Kapitalismuskritik" in der *Le Monde diplomatique* oder Vattimo (2009) zur Idee eines postmodernen Kommunismus.

Die faktische Schwäche des feuilletonistischen *radical chic* hängt indirekt auch damit zusammen, dass es keine „handfesteren" Systemkritiken gibt, auf die die abstrakten Problematisierungen (mehr oder weniger gewollt) verweisen würden. Denn parallel zum Boom der rhetorischen Kapitalismuskritik ist im Angesicht der Finanzmarktkrise eine gewisse Sprachlosigkeit auf Seiten derjenigen Kräfte festzustellen, die ihre Aufmerksamkeit traditionell der Kritik des kapitalistischen Systems gewidmet haben. Diese Sprachlosigkeit ist nicht zuletzt dem Umstand geschuldet, dass sich die undogmatische radikale Linke in den letzten Jahren mit guten Gründen von alten Revolutionsphantasien mitsamt ihrer problematischen Hauptwiderspruchslogik verabschiedet hat, um radikalen gesellschaftlichen Wandel schrittweise voranzutreiben (z.B. Interventionistische Linke 2011). Zugleich stimmt aber auch, „dass diejenigen, die meinen, sie wollten die Welt verändern, gewaltige Artikulationsschwierigkeiten haben, wenn's konkret wird" (Stenner 2010, 19). Zu häufig wird von Bewegungslinken das Risiko gescheut, gemeinsam mit unterschiedlichen Akteuren nach hegemoniefähigen Wegen und Zielen zu suchen, obwohl auch und gerade antikapitalistische Kritik nur in der Auseinandersetzung mit Anders-Denkenden voranzubringen ist (vgl. auch Hürtgen 2011). Nicht die Vereinnahmung von Kritik durch das kapitalistische System droht hier zu ideologischer Lähmung zu führen, sondern es ist im Gegenteil die *Angst vor Vereinnahmung*, die allzu viele Kritiker/innen in Sorge um die Reinheit ihrer Radikalität im Ungefähren und Vagen verharren lässt.

Die in die Sackgasse gedachte radikale Abstinenz ist nicht zuletzt der Popularität der simplifizierten Vereinnahmungsdiagnose (auch) in linken Bewegungen (z.B. Phase 2. Magazin für die linksradikale Bewegung zum Thema „Das regierte Leben", September 2005) geschuldet, die zu unproduktiver Scheu vor Prozessen komplexer und stets riskanter Hegemoniebildung führt. Die auffällige Zurückhaltung der organisierten Bewegungslinken gegenüber den auch in Deutschland aufkeimenden Occupy-Protesten, dürfte nicht unwesentlich auf diese Sorge zurückzuführen sein. Ganz in diesem Sinne rät der slowenische Philosoph Slavoj Žižek den Occupy-Bewegten selbst von vorzeitigen Positionierungen ab: „Alles, was wir jetzt sagen, kann uns weggenommen werden – alles, nur nicht unser Schweigen." (Žižek 2011)

Bei allen guten Gründen dafür, sich der Forderung nach der Vorlage einer ausgearbeiteten Alternative zum kapitalistischen System im Hier und Jetzt zu verweigern, birgt die utopische Leerstelle aber doch auch erhebliche Probleme

für die Gestaltungs- und Durchsetzungskraft radikaler Kritiken: Denn „(n)icht die Heftigkeit der moralischen Anklage, sondern die Vorstellbarkeit einer realisierbaren Systemalternative ist für die Möglichkeit transzendierender Kritik entscheidend“ (Kocyba/Voswinkel 2008, 57). So konstatiert Joachim Hirsch, dass zwar niemand mehr die Heilsversprechen des neoliberalen Kapitalismus glaube, weshalb man diese auch nicht mehr höre, dass das System aber zugleich erstaunlich stabil bleibe, denn es fehle „die Vorstellung davon, wie es anders sein könnte“ (Hirsch 2010, 20). Solange Kapitalismuskritik ohne utopische Momente bleibt und solange selbst aus weiter Ferne unschwer zu erkennen ist, dass nach konkreten Schritten für radikale(re) Transformationen und Hegemoniebildungen – aus in Feuilleton, Wissenschaft und radikaler Linker sehr verschiedenen Gründen – gar nicht gesucht wird, bleibt diese Kritik „dem Risiko einer legitimatorischen Funktionalisierung ausgesetzt“ (Kocyba/Voswinkel 2008, 57). Hier geht es nicht um die inhaltliche Vereinnahmung konkreter Ideen und Kritiken, sondern um die ideologische Vereinnahmung des Utopiedefizits radikaler Kritik zur Untermauerung der faktischen Alternativlosigkeit des Gegenstands der Kritik. Das freundliche Gewährenlassen der Kritik bis hin zu ihrer Bekräftigung durch Banker/innen oder liberale Journalist/innen suggeriert eine Pluralität, die dem kapitalistischen System gut zu Gesichte steht und funktioniert zugleich als stabilisierender Dampfablasser in Zeiten der Krise. Nur vor diesem Hintergrund ist die aktuelle Konstellation eines (erheblich) diskreditierten, gleichwohl ökonomisch und politisch weitgehend stabilen Finanzmarktkapitalismus zu verstehen.

Kritikhype und Kritikschwäche

Die nach Jahren neoliberaler Hegemonie durchaus spektakuläre öffentliche Diskreditierung der neoliberalen Finanzmarktarchitektur offenbart jedoch auffällige Leerstellen: Kritiken, die die realwirtschaftlichen Grundlagen der Krise problematisieren, die die Krise nicht als vorrangiges Problem eines entfesselten Finanzsektors, sondern als Folge einer systematischen Politik der Umverteilung und Privatisierung von Kapital analysieren, bleiben marginalisiert. Die Frage, wodurch die gigantischen Vermögen hervorgebracht wurden, die heute auf der Suche nach rentablen Anlagen um den Finanzmarktglobus ziehen, hat es bislang nicht auf die Titelseiten und in die Krisenprogramme geschafft (vgl. z.B. Harvey 2009; Huffschmidt 2009; Sassen 2009). Die weitgehende Beschränkung konkreter Kritiken auf die Sphäre der Finanzmärkte hat ebenso wie die feuilletonistisch entschärfte Systemkritik die machtpolitische Notwendigkeit, Kompromissgleichgewichte neu zu verhandeln, die auch die realwirtschaftliche Sphäre substantiell

betreffen, wesentlich reduziert: „Die Zusammenhänge zwischen Finanzmarktkrise, Krise des Sozialstaats und Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge sind ebenso tabu wie es Debatten über eine Re-Regulierung der Arbeitsmärkte sind.“ (Mahnkopf 2010, 109f.)

Die Frage, wie „ungeschoren“ der Finanzmarktkapitalismus aus der Krise hervorgehen wird und welches Destabilisierungspotenzial partiellen Zugeständnissen (wie die geplante Einführung der Tobin-Tax) zukommen kann, wird letztlich allein davon abhängen, ob und ggf. wie die Bevölkerung revoltiert. Die Integration von Sozialkritik in ein hegemoniales Kompromissgleichgewicht war, wie die Historie zeigt, stets auf starke soziale Bewegungen angewiesen – so bei der Einführung der Bismarck'schen Sozialversicherung Ende des 19. Jahrhunderts in Deutschland, der Umsetzung des New Deals im Nachgang des Börsencrashs von 1929 oder des Wohlfahrtsstaatsausbaus der 1960er und 1970er Jahre in vielen Industrienationen. Dieser Blick auf die Bedeutung von Kräfteverhältnissen wird durch den einflussreichen Fokus der Vereinnahmungsdiagnose auf den Modus der Vermarktlichung individueller kritischer Praktiken verstellt. Während wir allerorten auf Vergleiche der aktuellen Krise mit der Weltwirtschaftskrise von 1929 stoßen, wird der zentrale Unterschied in der Regel übersehen: dass es seinerzeit ein kommunistisches Alternativprojekt gab und dass Roosevelt in den USA eine sehr starke Arbeiterbewegung gegenüberstand, ohne die es niemals zur produktiven Krisenkonsequenz des New Deal gekommen wäre (Ali 2010, 65f.; Kocka 2011, 34). Heute sind die Regierungen wie Crouch (2011, 162) es formuliert, „mehr mit Kapitalbewegungen als mit Arbeiterbewegungen befasst“.

Der Einwand gegen diese Feststellung liegt auf der Hand: Vielleicht haben wir es nicht mehr mit traditionellen Arbeiterbewegungen zu tun, wohl aber mit Sozialprotesten, die sich von Spanien, Griechenland und New York ausgehend ausbreiten und seit Herbst 2011 in Anlehnung an „Occupy Wallstreet“ als weltumspannende Occupy-Bewegung firmieren. Könnten diese Proteste nicht ein Hinweis darauf sein, dass die wenigen Zugeständnisse im Zuge des Krisenmanagements nicht ausreichend sind, um das hegemoniale Kompromissgleichgewicht zu sichern? Eine ausführliche Auseinandersetzung mit der Occupy-Bewegung würde den Rahmen dieses Beitrags sprengen. Festzuhalten ist jedoch zweierlei: Selten ist eine vergleichsweise kleine Bewegung medial so groß geschrieben worden und selten hat es eine Bewegung so vielen so leicht gemacht, sich mit ihr zu identifizieren, konnten doch alle ihr allgemeines Unbehagen, „dass irgendetwas falsch läuft“ auf die kampierenden Zeitgenoss/innen projizieren. Die Bewegung ist auffällig unambitioniert darin geblieben, die realwirtschaftlichen Grundlagen der Krise zum Thema zu machen und den so wirkungslos verhallenden, in diese

Richtung zielenden Kritiken mehr Gehör zu verschaffen. Dass es innerhalb des vergangenen Jahres parallel zum Aufkeimen der Occupy-Bewegung, den politischen und wirtschaftlichen Eliten so erfolgreich gelungen ist, die (Finanz-)Marktkrise in eine Staats(schulden)-Krise umzudeuten, ist untrüglicher Ausweis der aktuellen Schwäche der Kritik. Die Dominanz von Fragen des Raums (Camp) und der Form (Prozesse der Entscheidungsfindung) haben eine inhaltliche Leerstelle geschaffen, die es ermöglicht hat, die Bewegung weitgehend „beliebig zu vereinnahmen" (Kreutzfeldt 2011, 12). Bundeskanzlerin Angela Merkel schaffte es gar, die Proteste als Unterstützung ihrer Regierungspolitik und als Plädoyer für das Modell christdemokratischer sozialer Marktwirtschaft zu interpretieren (taz 18.10.2011). Tatsächlich hat das von Slavoj Žižek empfohlene Schweigen, das vor einer allzu schnellen inhaltlichen Vereinnahmung bewahren sollte, diese radikale Form der rhetorischen Vereinnahmung erst möglich gemacht.

IV. Ausblick

Es gibt gute Gründe angesichts sich multiplizierender Krisen bei einem gleichzeitigen Kritik-Hype das Verhältnis von Kapitalismus und Kritik neu zu bestimmen. Und es gibt ebenfalls gute Gründe die seit Jahren prominent diskutierte Diagnose der flexiblen Vereinnahmung von Kritik im Kapitalismus im Lichte dieser Entwicklung und im Hinblick auf ihr (zeit-)diagnostisches Potenzial zu reflektieren. Dies gilt um so mehr, als die Vorstellung, Entscheidungsträger/innen in Politik und Wirtschaft hätten in Reaktion auf die Krise auf die Instrumente der Kritiker/innen des deregulierten Finanzmarktkapitalismus zurückgegriffen und diese für die Krisenbearbeitung vereinnahmt, in den ersten Monaten der Krise sehr verbreitet war.

Die argumentative Grundstruktur der Vereinnahmungsdiagnose greift für das Verständnis der aktuellen Situation jedoch in mehrfacher Hinsicht zu kurz. So hat sich gezeigt, dass von der materiellen Vereinnahmung im Modus der Vermarktlichung und Kommodifizierung die rein rhetorische Vereinnahmung zu unterscheiden ist, die allein der Legitimierung des Bestehenden dient, ohne dieses praktisch zu modifizieren: Wir finden diese Vereinnahmung in der erstaunlich positiven Rezeption und Verbreitung der vagen feuilletonistischen Kapitalismuskritiken sowie in der auffälligen politischen Umarmung der Occupy-Bewegung. Ferner stoßen wir auf einen Mechanismus, der unmittelbar auf den argumentativen Erfolg der Vereinnahmungsdiagnose selbst zurückverweist und insbesondere radikale kritische Kräfte lähmt: die Angst vor Vereinnahmung. Pointierter als es die Empfehlung Slavoj Žižeks tut – zu schweigen, um nicht vereinnahmbar

zu sein – ist diese Position kaum auf den Punkt zu bringen. Neben *rhetorischer Umarmung* und *Lähmung durch Vereinnahmungsfurcht* hilft für das Verständnis der derzeitigen Situation die Perspektive auf die partielle Berücksichtigung von Kritiken am Finanzmarktkapitalismus im Sinne Gramscis: Die Integration von unterlegenen Interessen in ein *hegemoniales Kompromissgleichgewicht* wird nicht über den Modus der Vermarktlichung stabilisiert, sondern von organisierten Kräften und Bewegungen getragen. Statt der einfachen Gegenüberstellung „System und Kritik" zu folgen und jede Berücksichtigung von Kritik(en) als ideologische Lähmung zu deuten, muss es darum gehen, den Kräfteverhältnissen, Fraktionen und Aushandlungen innerhalb des Systems – das zudem keineswegs als allein ökonomisches zu bestimmen ist[3] – nachzuspüren und Verschiebungen im hegemonialen Konsens in den Blick zu nehmen. Die wachsende Beliebtheit der so genannten Tobin-Tax bei den politischen und wirtschaftlichen Eliten kann hier als Beispiel dienen: Inwiefern es sich hierbei um eine symbolische Geste handelt, die auf die Restauration der bestehenden Verhältnisse hinausläuft, oder aber um eine materielle Verschiebung des Kompromissgleichgewichts, die es oppositionellen Kräften ermöglicht, an den entstehenden Rissen und Inkohärenzen anzusetzen, um den Einfluss ihrer Interessen auszubauen, wird (auch) eine Frage der Kräfteverhältnisse sein.

Was die Kräfteverhältnisse betrifft, stellt sich die Frage, warum Kritik jenseits allzu vager, rhetorischer Kapitalismuskritik einerseits und konkreter Banken- und Finanzmarktschelte andererseits so unerfolgreich geblieben ist – trotz des weit verbreiteten Unbehagens, das die Occupy-Bewegung zur beliebten Projektionsfläche gemacht hat. Ein wesentliches Moment dürfte die überaus erfolgreiche *Konstruktion von Komplexität* im Feld der Finanzmärkte sein: Es handelt sich um eine Thematik, die angesichts der ihr zugeschriebenen Undurchdringlichkeit viele Zeitgenoss/innen veranlasst, sich mit dezidierten Positionen jenseits eines generellen Unbehagens zurückzuhalten. Dass auch vermeintliche Expert/innen über Finanzmärkte sprechen wie über kapriziöse Verwandte, von denen man nie weiß, was sie als nächstes tun, macht es für viele Menschen gewiss nicht leichter, eine kritische Position zu formulieren: Finanzmärkte sind in der allgegenwärtigen Diktion „nervös, erholen sich, zaudern, steigern sich in Euphorie. (...) Gestandene Ökonomen spekulieren, wann die Märkte wieder angreifen." (Ganßmann 2011, 1)

3 Der Eindruck, dass im Gefolge der Krise ökonomistisch verengte Krisendiagnosen vorherrschen, ist nicht von der Hand zu weisen. Die Frage danach, inwiefern die Krise auch als „Ausdruck hegemonialer Männlichkeit" zu begreifen ist, wirft beispielsweise Ingrid Kurz-Scherf (2009) auf.

Nicht zu unterschätzen ist darüber hinaus die lähmende Wirkung der verbreiteten Annahme, dass nicht nur gewisse Banken *„too big to fail"* sind, sondern das dies für den Kapitalismus selbst zu gelten scheint. Manchmal ist Schweigen auch Ausdruck des Mangels an überzeugenden Alternativen und des eklatanten Utopiedefizits gerade auch der radikalen Kapitalismuskritik. Mit der fehlenden Alternative hängt schließlich auch der Umstand zusammen, dass sich der systemische Bedarf an außerökonomischer Legitimierung – anders als im Kontext der Vereinnahmungsdiagnose propagiert – in Grenzen zu halten scheint: Wie sonst wäre der erstaunliche Umstand zu erklären, dass das kapitalistische System im Zuge des Kritik-Hypes zwar erheblich diskreditiert ist, ohne dabei aber signifikant ökonomisch und/oder politisch geschwächt zu erscheinen? Anders als auf Arbeits- und insbesondere Konsumgütermärkten, auf denen die partielle *compliance* von Arbeitnehmer/innen und Kund/innen in viel konkreterer Weise von Bedeutung ist, scheint der neoliberale Finanzmarktkapitalismus mit seiner immensen Unbeliebtheit gut leben zu können.

Zu hoffen bleibt, dass „die stetige Beleidigung für die menschliche Freiheit, die von einem System ausgeht, das sich selbst als alternativlos setzt" (Misik 2006, 48) immer wieder aufs Neue für Unruhe und Instabilität sorgt. „Nicht jeder würde das für sich zu formulieren wissen, doch jeder spürt es, irgendwie: das Fehlen eines Außen, eines möglichen 'es könnte auch anders sein'; dieser Mangel an eminenten Wahlmöglichkeiten hat eine Leere hinterlassen und sorgt für schlechte Stimmung." (ebd.) Dass diese schlechte Stimmung kippen kann, haben die – so unterschiedlichen – (Jugend-)Proteste in Griechenland, Spanien oder Großbritannien gezeigt. Ob es gelingt, daran eine kapitalismuskritische Bewegung anzuschließen, bleibt abzuwarten – die Artikulationsprobleme und der begrenzte Zulauf der Occupy-Bewegung stimmen aktuell nicht allzu optimistisch. Eine radikale Kritik, die wirkmächtiger als bisher die Grundstruktur des Systems angreifen will, muss nichtsdestotrotz an diese realen Kämpfe anschließen, die lähmende Angst vor Vereinnahmung überwinden und anerkennen, dass jede Kritik, die erfolgreich sein will, im „Innenraum" des Kapitalismus zu operieren hat. Sie wird sich um eine polit-ökonomische Unterfütterung der Systemebene bemühen müssen, ohne diese wiederum ökonomistisch zu verkürzen: Fatal sind jene in der Occupy-Bewegung aufscheinenden Lesarten der „99%", die den Finanzmärkten und ihren Profiteuren eine homogene Gruppe der Ausgebeuteten entgegenstellen und damit andere Widersprüche, Ungleichheiten und Kämpfe innerhalb der „Menge" der 99% ausblenden – so auch die geschlechtsspezifischen Implikationen und Folgen der Krise(n).

Literatur

Ali, Tariq, 2010: Sie werden versuchen, das System mit Infusionen am Leben zu erhalten. In: Stenner, Christian (Hg.): Kritik des Kapitalismus. Gespräche über die Krise. Wien, 63-74.

Altvater, Elmar, 2009: Die Finanzkrise ist eine Systemkrise des Kapitalismus. Leviathan 37, 197-210.

Becker, Joachim/Jäger, Johannes, 2009: Die EU und die große Krise. Prokla 157. 39. Jg. Heft 4, 541-558.

Berger, Jens, 2009: Die nächste Runde. Der Freitag, 23.07.2009.

Blätter für deutsche und internationale Politik (Hrsg.) (2009): Das Ende des Kasino-Kapitalismus? Globalisierung und Krise. Berlin.

Boltanski, Luc, 2010: Soziologie und Sozialkritik. Frankfurt/M.

–/Chiapello, Eve, 2001: Die Rolle der Kritik in der Dynamik des Kapitalismus und der normative Wandel. Berliner Journal für Soziologie. Bd. 11. Heft 4, 459-477.

–/–, 2006: Der neue Geist des Kapitalismus. Konstanz.

Bröckling, Ulrich, 2003: Bakunin Consulting, Inc. Anarchismus, Management und die Kunst, nicht regiert zu werden. In: von Osten, Marion (Hg.): Norm der Abweichung. Zürich, Wien/New York, 19-38.

–/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas, 2004: Einleitung In: Dies. (Hg.): Glossar der Gegenwart, Frankfurt/M., 9-16.

Crouch, Colin, 2011: Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus. Frankfurt/M.

Demirović, Alex, 2009: Kehrt der Staat zurück? Wirtschaftskrise und Demokratie. Prokla 157. 39. Jg. Heft 4, 589-506.

Deutschmann, Christoph, 2008: „Kapitalismus" und „Geist des Kapitalismus" – Anmerkungen zum theoretischen Ansatz Boltanski/Chiapellos. In: Wagner, Gabriele/Hessinger, Philipp (Hg.): Ein neuer Geist des Kapitalismus? Paradoxien und Ambivalenzen der Netzwerkökonomie. Wiesbaden, 127-144.

Dörre, Klaus/Lessenich, Stephan/Rosa, Hartmut, 2009: Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte, Frankfurt/M.

Doll, Martin, 2006: Vom Protest zum Produkt. Über die Schattenseite der Rebellion als Lifestyle. In: Jörn Lamla/Neckel, Sighard (Hg.): Politisierter Konsum – konsumierte Politik, Wiesbaden, 163-183.

van Dyk, Silke, 2010: Grenzüberschreitung als Norm? Zur „Vereinnahmung" von Gegenstrategien im Kapitalismus und den Konsequenzen für eine Soziologie des Widerständigen, in: Becker, Karina/Gertenbach, Lars/Laux, Henning/Reitz, Tilman (Hg.): Grenzverschiebungen des Kapitalismus. Umkämpfte Räume und Orte des Widerstands, Frankfurt/M., New York, 33-54.

Eco, Umberto, 2007: Für eine semiotische Guerilla. In: Ders.: Über Gott und die Welt, 146-156.

Fülberth, Georg, 2009: Die Krise als Anlass für eine kleine Revolution? In: Pfeiffer, Hermannus (Hg.): Land in Sicht? Die Krise, die Aussichten und die Linke. Köln, 202-214.

Ganßmann, Heiner, 2011: Wir sind der Markt. Spekulation und Alltag. Le Monde diplomatique. 17. Jg. Heft 10, 1 und 8.

Gramsci, Antonio, 1999: Gefängnishefte, Bd. 7. Hrsg. von Wolfgang Fritz Haug u.a. Berlin/Hamburg.

Gumbel, Peter, 2009: Rethinking Marx. Time, 29.01.2009.

Hackhausen, Jörg, 2009: Der Kapitalismus ist gescheitert. Die ZEIT, 27.07.2009.

Harribey, Jean-Marie, 2011: Flucht aus der Globalisierung? Plädoyer für eine neue Kapitalismuskritik. Le Monde diplomatique. 17.Jg. Heft 10, 7.

Harvey, David, 2009: Der Finanzstaatsstreich: Ihre Krise, unsere Haftung. In: Blätter für deutsche und internationale Politik (Hrsg.): Das Ende des Kasino-Kapitalismus? Globalisierung und Krise. Berlin, 49-59.

–, 2011: The Enigma of Capital and the Crisis of Capitalism. London.

Heuser, Uwe Jean, 2011: Anständig zahlen. Die ZEIT, 19.08.2011.

Hirsch, Joachim, 2010: Was fehlt, ist die Vorstellung davon, wie es anders sein könnte. In: Stenner, Christian (Hg.): Kritik des Kapitalismus. Gespräche in der Krise. Wien, 19-26.

Hürtgen, Stefanie, 2011: Kritik als soziale Auseinandersetzung begreifen. Vier Thesen zur radikal(er)en Linken in der Krise. ak – analyse & kritik. Nr. 557, 21.01.2011.

Huffschmid, Jörg, 2009: Hinter der Bühne. Kapitalmarktgetriebener Kapitalismus und Krise, in: Pfeiffer, Hermannus (Hg.): Land in Sicht? Die Krise, die Aussichten und die Linke. Köln, 18-30.

Institut für Gesellschaftsanalyse, 2009: Die gesellschaftliche Linke in den gegenwärtigen Krisen. kontrovers. Beiträge zur politischen Bildung 2/2009. Berlin.

Interventionistische Linke, 2011: Land in Sicht. Anmerkungen zu den bestehenden Bedingungen. www.dazwischengehen.org (Download: 01.11.2011.

Jaeggi, Rahel/Wesche, Tilo (Hg.), 2009: Was ist Kritik? Frankfurt/M.

Jessen, Jens/Finger, Evelyn/Assheuer, Thomas, 2009: Pleite der letzten Utopie. Die ZEIT, 08.07.2009.

Kaube, Jürgen, 2008: Moralischer Leerverkauf. FAZ, 30.09.2009.

Kocka, Jürgen, 2011: Krisen und Kritik des Kapitalismus. Was heute neu ist. Neue Gesellschaft – Frankfurter Hefte. 9/2011, 32-35.

Kocyba, Hermann, 2005: Selbstverwirklichungszwänge und neue Unterwerfungsformen. Paradoxien der Kapitalismuskritik. In: Arbeitsgruppe SubArO (Hg.): Ökonomie der Subjektivität – Subjektivität der Ökonomie. Berlin, 79-94.

–/Voswinkel, Stephan, 2008: Kritik (in) der Netzwerkökonomie. In: Wagner, Gabriele/Hessinger, Philipp (Hg.): Ein neuer Geist des Kapitalismus? Paradoxien und Ambivalenzen der Netzwerkökonomie. Wiesbaden, 41-62.

Kraiker, Gerhard, 2011: Kapitalismus versus Demokratie. Vom Widerspruch der bürgerlichen Gesellschaft. Blätter für deutsche und internationale Politik. 10/2011, 65-73.

Kreutzfeldt, Malte, 2011: Beliebig zu vereinnahmen. die tageszeitung, 18.10.2011.

Krugman, Paul, 2011: Corporate Cash Con. The New York Times, 03.07.2011.

Kurz-Scherf, Ingrid, 2009: Monopoly-Kapitalismus – Reservat der Männlichkeit. In: Blätter für deutsche und internationale Politik (Hg.): Das Ende des Kasino-Kapitalismus? Globalisierung und Krise. Berlin, 101-106.

Mahnkopf, Birgit, 2010: Die „Satansmühle" der kapitalistischen Ökonomie oder: Der kapitalistische Realismus in der Krise. In: Neckel, Sighard (Hg.): Kapitalistischer Realismus. Von der Kunstaktion zur Gesellschaftskritik. Frankfurt/M., New York, 93-116.

Maier, Corinne, 2005: Die Entdeckung der Faulheit. Von der Kunst, bei der Arbeit möglichst wenig zu tun. München.

Misik, Robert, 2006: Genial dagegen. Kritisches Denken von Marx bis Michael Moore. Berlin.

von Petersdorff, Winand, 2009: Wohin nur mit unserer Wut? FAZ, 06.04.2009.

Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft (Hg.): Der blutige Ernst: Krise und Politik. Jg. 39. Jg. Heft 4. Münster.

Sassen, Saskia, 2009: Too Big to Save: the End of Financial Capitalism. www.opendemocracy.net. (Download: 15.10.2011).

Schnaas, Dieter, 2011: Kapitalismuskritik. Zwergenaufstand im Kaffeehaus. Wirtschafts-Woche, 02.06.2011.

Stehr, Nico, 2007: Die Moralisierung der Märkte. Eine Gesellschaftstheorie. Frankfurt/M.

Stenner, Christian, 2010: Einleitung. In: Ders. (Hg.): Kritik des Kapitalismus. Gespräche über die Krise. Wien, 7-16.

Stiglitz, Joseph, 2009: Obama's Ersatz Capitalism. New York Times, 01.04.2009.

Süddeutsche Zeitung, 07.09.2011, Schäuble gegen Konjunkturprogramm. Minister weist Forderung des IWF zurück.

Vattimo, Gianni, 2009: Postmoderner Kommunismus. In: Blätter für deutsche und internationale Politik (Hg.): Das Ende des Kasino-Kapitalismus? Globalisierung und Krise. Berlin, 239-253.

Warde, Ibrahim, 2011: Die Reue war kurz und folgenlos. Drei Jahre nach der großen Krise. Le Monde diplomatique. 17. Jg. Heft 10, 5.

Žižek, Slavoj, 2011: Aggressives Schweigen. Die Occupy-Bewegung ist in Gefahr. Süddeutsche Zeitung, 27.10.2011.

Autorinnen und Autoren

Auth, Diana, Dr., Wissenschaftliche Assistentin am Institut für Politikwissenschaft der Justus-Liebig-Universität Gießen. Arbeitsschwerpunkte: vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung, demographischer Wandel und Geschlechterverhältnis, Wandel der Arbeitsgesellschaft, Arbeitszeitforschung sowie Arbeitsmarkt-, Sozial- und Familienpolitik.

Berendsen, Eva, Dipl. Pol., Studium der Politikwissenschaften, Volkswirtschaftslehre und Friedens- und Konfliktforschung an der Philipps-Universität Marburg, Laufendes Dissertationsprojekt: Geschlechterpolitische Implikationen des Finanzmarktkapitalismus und seiner Krise.

Castellanos Serrano, Cristina, Professor für Ökonomische Politik und Geldpolitik an der Cardenal Cisneros University und Forscherin im Bereich Ökonomie, Gender Studies und Business Administration am Centro de Estudios Económicos Tomillo in Madrid. Forschungsinteressen: Gender Mainstreaming, Politische Ökonomie, Institutionelle Ökonomie, Europäische Politik, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik und Policy-Analyse.

Correll, Lena, Dr., Wissenschaftliche Leitung eines BMFSFJ Projektes an der Evangelischen Hochschule Berlin. Arbeitsschwerpunkte: Sozialpolitik, Gender, Familie, Demographischer Wandel, Frühkindliche Bildung, Qualitative Methoden und Arbeitsforschung.

Dölling, Irene, Prof. Dr. sc.phil. i.R., Studium Philosophie und Bibliothekswissenschaft; 1985 Professur für Kulturtheorie an der HUB, 1994 Professur für Frauenforschung an der Uni Potsdam. Mitbegründerin des Zentrums interdisziplinäre Frauenforschung an der HUB 1989. Arbeitsschwerpunkte: Sozialwissenschaftliche Analyse von Geschlechterverhältnissen, Transformationsforschung, Wandel der 'Arbeitsgesellschaft'.

González Gago, Elvira, Master in Europäische Integration. Direktorin im Bereich Ökonomie und Europaforschung am Centro de Estudios Económicos Tomillo in Madrid. Forschungsinteressen: Arbeitsmarkt, Sozialpolitik und Geschlechterforschung.

Habermann, Friederike, Dr. Phil., Politikwissenschaftlerin, Ökonomin, Historikerin. Sie arbeitet als freie Wissenschaftlerin über das Verwobensein von Herrschaftsverhältnissen, transnationale soziale Bewegungen sowie – und hierfür ist sie als Expertin im Projekt ′G3: Green Economy Gender_Gerecht′ beteiligt – über alternative Wirtschaftsweisen.

Heilmann, Andreas, Dr. phil., Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehr- und Forschungsbereich Soziologie der Arbeit und der Geschlechterverhältnisse am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin. Arbeitsschwerpunkte Krisen und Wandel von Arbeit und Geschlecht, Soziologie der Männlichkeit(en), Praxen und Inszenierungen von Geschlecht in der Mediendemokratie.

Karamessini, Maria, Außerordentliche Professorin für Arbeitsökonomie und Ökonomie des Wohlfahrtsstaates an der Panteion Universität für Sozial- und Politikwissenschaften in Athen; Direktorin des Zentrums für Gender Studies am Institut für Sozialpolitik; Mitglied der International Association for Feminist Economics (IAFFE). Seit 1997 Mitglied in verschiedenen ExpertInnengruppen der Europäischen Kommission im Bereich von Arbeitsmarkt und Gleichstellungspolitik, hat in dieser Funktion Geschlechterungleichheit am Arbeitsmarkt in Griechenland sowie nationale Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik analysiert.

Kurz-Scherf, Ingrid, Prof. Dr., Professorin für Politik und Geschlechterverhältnisse an der Philipps-Universität Marburg. Forschungsschwerpunkte: Arbeits- und Sozialpolitik, Politische Ökonomie, Geschlechterverhältnisse und feministische Theorie und Demokratieentwicklung.

Michalitsch, Gabriele, MMag. Dr., Universitätslektorin an den Universitäten Wien und Innsbruck. Arbeitsschwerpunkte: Politische Ökonomie, Feministische Ökonomik, Neoliberalismus.

Scheele, Alexandra, Dr., Politikwissenschaftlerin und Germanistin; seit Wintersemester 2011 akademische Mitarbeiterin am Lehrstuhl Wirtschafts- und Industriesoziologie an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus. Arbeitsschwerpunkte: Arbeits- und Industriesoziologie, Sozialpolitik, Politik der Geschlechterverhältnisse.

Schratzenstaller, Margit, geb. 1968; Referentin für öffentliche Finanzen am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung in Wien. Sie ist Expertin im Staatsschuldenausschuss und Lehrbeauftragte an der Universität Wien. Arbeitsschwerpunkte: (Europäische) Budget- und Steuerpolitik, Steuerwettbewerb und -harmonisierung, Fiskalischer Föderalismus, Gender Budgeting.

Schuberth, Helene, Dr., Ökonomin und Mitglied des BEIGEWUM (Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen). Sie studierte Ökonomie und Sozialwissenschaften an der Universität Wien sowie in Harvard. Forschungsschwerpunkte: Geld- und Fiskalpolitik, Struktur- und Arbeitsmarktpolitik, Finanzmarktregulierung sowie makroökonomische Koordinierung.

Schürmann, Lena, Dipl. Soziologin, Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin. Arbeitsschwerpunkte: Arbeits- und Geschlechterforschung, Prekäre Arbeit, Selbständigkeit, Biographieanalyse und Diskursforschung.

van Dyk, Silke, Dr., Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Arbeitsschwerpunkte: Wohlfahrtsstaatsforschung, Politische Soziologie, Soziologie des Alter(n)s und der Demografie, Soziologie der Kritik, Gesellschaftstheorie.

Voß, Elisabeth, arbeitet als Betriebswirtin und Publizistin in Berlin zu den Themen Solidarische Ökonomien, genossenschaftliche Unternehmungen, Hausprojekte, Selbstorganisation, Finanzierung und Kommunikation. Sie ist im Vorstand des alternativen Unternehmensverbandes NETZ für Selbstverwaltung und Selbstorganisation e.V. und seit über 20 Jahren Redaktionsmitglied und Autorin der CONTRASTE – Monatszeitung für Selbstorganisation und Mitglied der Genossinnenschaft Schokofabrik.

Young, Brigitte, em. Professorin für Internationale Politische Ökonomie, Institut für Politikwissenschaft, Universität Münster, gegenwärtig Gastprofessorin an der Central European University, Budapest. Arbeitsschwerpunkte: Makroökonomie, Heterodoxe Ökonomie, Governance der Weltwirtschaft, globale Finanzmärkte, Eurokrisenregulierung, Rolle von Deutschland und die Schuldenkrise, Feministische Makroökonomie.

Arbeit – Demokratie – Geschlecht



Band 14
Karen Jaehrling/Clarissa Rudolph (Hrsg.)
Grundsicherung und Geschlecht
Gleichstellungspolitische Befunde zu den Wirkungen von Hartz IV
2010 – 248 Seiten – € 27,90
ISBN 978-3-89691-866-6

Band 13
Lena Correll
Anrufungen zur Mutterschaft
Eine wissenssoziologische Untersuchung von Kinderlosigkeit
2010 – 330 Seiten – € 34,90
ISBN 978-3-89691-787-4

Band 12
Stefanie Janczyk
Arbeit und Leben:
Eine spannungsreiche Ko-Konstitution
Zur Revision zeitgenössischer Konzepte der Arbeitsforschung
2009 – 257 Seiten – € 27,90
ISBN 978-3-89691-775-1

Band 11
Ingrid Kurz-Scherf/Julia Lepperhoff/
Alexandra Scheele (Hrsg.)
Feminismus: Kritik und Intervention
2009 – 299 Seiten – € 29,90
ISBN 978-3-89691-777-5

Band 10
Anja Lieb
Demokratie: Ein politisches und soziales Projekt?
Zum Stellenwert von Arbeit in zeitgenössischen Demokratiekonzepten
2009 – 242 Seiten – € 27,90
ISBN 978-3-89691-761-4

Band 9
Angelika Koch
Allzeitverfügbar?
Rechtsansprüche auf Teilzeit in der betrieblichen Praxis bei Hochqualifizierten mit Kindern
2008 – 267 Seiten – € 27,90
ISBN 978-3-89691-755-3

Band 8
Sabine Beckmann
Geteilte Arbeit?
Männer und Care-Regime in Schweden, Frankreich und Deutschland
2008 – 292 Seiten – € 27,90
ISBN 978-3-89691-745-4

Band 7
Marburger Gender-Kolleg (Hrsg.)
Geschlecht Macht Arbeit
Interdisziplinäre Perspektiven und politische Intervention
2008 – 246 Seiten – € 27,90
ISBN 978-3-89691-740-9

Forum Frauen- und Geschlechterforschung



Band 34
Birgit Bütow / Chantal Munsch (Hrsg.)
Soziale Arbeit und Geschlecht
Herausforderungen jenseits von Universalisierung und Essentialisierung
2012 – 293 Seiten – € 29,90
ISBN 978-3-89691-234-3

Band 33
Beate Binder / Ina Kerner / Eveline Kilian / Gabriele Jähnert / Hildegard Nickel (Hrsg.)
Travelling Gender Studies
Grenzüberschreitende Wissens- und Institutionentransfers
2011 – 244 Seiten – € 27,90
ISBN 978-3-89691-233-6

Band 32
Elvira Scheich / Karen Wagels (Hrsg.)
Körper Raum Transformation
gender-Dimensionen von Natur und Materie
2011 – 258 Seiten – € 27,90
ISBN 978-3-89691-232-9



2. Auflage

Band 25
Brigitte Aulenbacher / Angelika Wetterer (Hrsg.)
Arbeit
Perspektiven und Diagnosen der Geschlechterforschung
2012 – 309 Seiten – € 29,90
ISBN 978-3-89691-225-1

Band 31
Mechthild Bereswill / Anke Neuber (Hrsg.)
In der Krise?
Männlichkeiten im 21. Jahrhundert
2011 – 194 Seiten – 24,90 €
ISBN 978-3-89691-231-2

Band 30
Sandra Smykalla / Dagmar Vinz (Hrsg.)
Intersektionalität zwischen Gender und Diversity
Theorien, Methoden und Politiken der Chancengleichheit
2011 – 317 Seiten – 29,90 €
ISBN 978-3-89691-230-5

Widersprüche

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich

Die Widersprüche verstehen sich als kritisches, undogmatisches, theorieorientiertes und zugleich praxisnahes Zeitschriftenprojekt. Sie sind ein anerkanntes Forum für Theorie und Politik des Sozialen, Kritik und Kontroverse, Entwürfe alternativer Praxis. Die Zeitschrift wurde 1981 von Mitgliedern der Arbeitsfelder Gesundheit, Soziales und Schule des Sozialistischen Büros gegründet und werden seitdem vom Sozialistischen Büro herausgegeben.

Die Widersprüche erscheinen mit vier Heften im Jahr – jeweils zum Quartalsende – als Zeitschrift mit einem Jahresumfang von ca. 520 Seiten und zugleich als eigenständige Buchtitel. Jede Ausgabe widmet sich einem Schwerpunktthema. Sie enthält darüber hinaus ein Magazin mit Rezensionen, Informationen, Materialien und Terminen.

Die Widersprüche können einzeln oder im Abonnement bezogen werden. Sofern das Abonnement nicht 8 Wochen vor Ende des Kalenderjahres gekündigt wird, verlängert es sich automatisch.

Bezugsbedingungen:
- als Einzelheft: 15,00 €
- als Jahres-Abo-Preis: 42,00 €
- StudentInnen-Abo: 27,00 € (nur gegen Vorlage einer Bescheinigung)

(jeweils zzgl. Porto)



Widersprüche 124
Einfach anders!?
Ambivalente Alternativen der Vergesellschaftung
2012 – 124 Seiten – 15,00 €
ISBN 978-3-89691-984-7

Widersprüche 123
Einspruch!
Partizipation und Rechtsansprüche in Politik, Gesellschaft und Sozialer Arbeit
2012 – 144 Seiten – 15,00 €
ISBN 978-3-89691-983-0

Widersprüche 122
Was kommt danach?
Gesellschaftspolitische Perspektiven jenseits des Neoliberalismus
2011 – 117 Seiten – 15,00 €
ISBN 978-3-89691-982-3

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT
e-mail: info@dampfboot-verlag.de
http://www.dampfboot-verlag.de